

Lebenslauf und Gesellschaft: zum Einsatz von kollektiven Biographien in der historischen Sozialforschung

Schröder, Wilhelm Heinz (Ed.)

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerk / collection

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schröder, W. H. (Hrsg.). (1985). *Lebenslauf und Gesellschaft: zum Einsatz von kollektiven Biographien in der historischen Sozialforschung* (Historisch-Sozialwissenschaftliche Forschungen : quantitative sozialwissenschaftliche Analysen von historischen und prozeß-produzierten Daten, 18). Stuttgart: Klett-Cotta. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-337042>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

HSF

Historisch-Sozialwissenschaftliche Forschungen

Quantitative sozialwissenschaftliche Analysen
von historischen und prozeß-produzierten Daten

Herausgegeben von
Heinrich Best, Wolfgang Bick, Paul J. Müller,
Herbert Reinke, Wilhelm H. Schröder

Zentrum für historische Sozialforschung

Band 18

Klett-Cotta

Wilhelm Heinz Schröder (Hrsg.)

Lebenslauf und Gesellschaft

Zum Einsatz von kollektiven Biographien
in der historischen Sozialforschung

Klett-Cotta

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Lebenslauf und Gesellschaft:

zum Einsatz von kollektiven Biographien in d. histor. Sozialforschung

Wilhelm Heinz Schröder (Hrsg.). – Stuttgart:

Klett-Cotta, 1985.

(Historisch-sozialwissenschaftliche Forschungen; Bd. 18)

ISBN 3-608-91137-5

NE: Schröder, Wilhelm Heinz [Hrsg.]; GT

Verlagsgemeinschaft Ernst Klett Verlag – J. G. Cotta'sche Buchhandlung

Alle Rechte vorbehalten

© Ernst Klett Verlage GmbH u. Co. KG, Stuttgart 1985.

Gesamtherstellung: Zehnersche Buchdruckerei, Speyer

ISBN 3-608-91137-5

ISSN 0713-2153 (Historisch-Sozialwissenschaftliche Forschungen)

Inhalt

Wilhelm Heinz Schröder	Kollektive Biographien in der historischen Sozialforschung: Eine Einführung	7
Christina Vanja	Klosterleben und Gesellschaft: Lebensläufe von Nonnen und Stiftsfrauen in spätmittelalterlichen hessischen Konventen	18
	<i>Summary</i>	27
Peter Hersche	Eine geistlich-weltliche Körperschaft im Alten Reich: Quantitative Annäherungen an die deutschen Domkapitel	28
	<i>Summary</i>	46
Alwin Müller	Minderheit und sozialer Aufstieg: Juden in Köln zwischen 1808 und 1850	48
	<i>Summary</i>	75
Angelika Schmidt	Personale Verflechtung und gesellschaftliche Stellung der Hochschullehrer in Baden 1830–1890 . . .	76
	<i>Summary</i>	113
Wolfgang Weber	Die deutschen Ordinarien für Geschichte und ihre Wissenschaft. Ein historisch-wissenschaftssoziologischer Beitrag zur Erforschung des Historismus . .	114
	<i>Summary</i>	145
Robert Deutsch, Wilhelm Heinz Schröder	Geschichtswissenschaft zwischen professioneller Autonomie und politisch-sozialer Heteronomie: Wissensproduktion und kollektive Biographie der rumänischen Historiker 1924–1974	147
	<i>Summary</i>	180
Heinrich Best	Biographie und politisches Verhalten: Wirtschaftliche Interessen, Sozialisationserfahrungen und regionale Bindungen als Determinanten parlamentarischen Entscheidungshandelns in Deutschland, Frankreich und Großbritannien um die Mitte des 19. Jahrhunderts	181
	<i>Summary</i>	208
Christl Wickert	Frauen im Parlament: Lebensläufe sozialdemokratischer Parlamentarierinnen in der Weimarer Republik	210
	<i>Summary</i>	239
Hannes Siegrist	Lebensläufe von Angestellten: Die Schweizer Techniker im 19. und 20. Jahrhundert	241
	<i>Summary</i>	275
Autorenverzeichnis		277

Kollektive Biographien in der historischen Sozialforschung: Eine Einführung

Begriffsklärung

In einem methodisch richtungsweisenden Artikel hat Lawrence Stone¹ Anfang der 1970er-Jahre versucht, die kollektive Biographie als interdisziplinär verfügbare Methode zu begreifen, und einen ersten systematischen Überblick über die Einsatzmöglichkeiten der kollektiven Biographie in der Geschichtswissenschaft vermittelt². Obgleich Stone die Begriffe *Kollektive Biographie* und *Prosopographie* synonym verwendet, entscheidet er sich für den Terminus Prosopographie, ohne seine Entscheidung näher zu begründen. Diese willkürliche Entscheidung führt keinesfalls zu einer hilfreichen terminologischen Klärung, sondern trägt — zumindest soweit es den deutschsprachigen Sprach- und Wissenschaftsraum betrifft — zu begrifflichen Mißverständnissen bei. Der Terminus „Prosopographie“ ist von der Altertumswissenschaft und teilweise auch von der Mediavistik eindeutig belegt und bedeutet in erster Linie „ein aus den Quellen ... erarbeitetes Verzeichnis sämtlicher bekannter Personen innerhalb eines begrenzten Zeitabschnitts“³. Erst in zweiter Linie meint Prosopographie auch die Methode zur Auswertung jener Verzeichnisse. Gegenüber dieser

-
1. Stone zählte lange zu den wichtigsten Repräsentanten und intransigenten Verfechtern einer stark quantitativ orientierten kollektiven Biographik, vgl. u. a.: Stone, L., *The Crisis of the Aristocracy. 1558–1641*, Oxford 1965; ders., *The Causes of the English Revolution. 1529–1642*, London 1972; ders., *Family and Fortune: Studies in Aristocratic Finance in the 16th and 17th Centuries*, Oxford 1973; ders., *The Family, Sex and Marriage in England. 1500–1800*, New York 1977. — Inzwischen hat sich Stone erklärtermaßen zu einem — gleichermaßen intransigenten — „narrativen“ Historiker gewandelt, vgl.: Stone L., *The Revival of Narrative: Reflections on a New Old History*, in: *Past and Present*, No. 85 (1979), S. 3–24; vgl. u. a. die ausgezeichnete Replik auf diesen Gesinnungswandel bei: Tilly, Ch., *The Old New Social History and the New Old Social History*, in: *Review 7* (1984), S. 363–406.
 2. Stone, L., *Prosopography*, in: Gilbert, F. und Graubard, S. R. (Hg.), *Historical Studies Today*, New York 1972, S. 107–140 (auch in: *Daedalus* 1971, S. 46–79); eine gekürzte Fassung ist ins Deutsche übersetzt worden (diese wird auch in der Folge zitiert): Stone, L., *Prosopographie. Englische Erfahrungen*, in: Jarausch, K. H. (Hg.), *Quantifizierung in der Geschichtswissenschaft*, Düsseldorf 1976, S. 64–97.
 3. Fuchs, K. und Raab, H., *Wörterbuch zur Geschichte*, 4. Aufl., München 1980, Bd. 2, S. 646.

engen, auf die Bedürfnisse der Altertumswissenschaft zugeschnittenen Definition⁴ versteht Stone selbst unter „Prosopographie“ oder besser: „Kollektiver Biographie“: „die Untersuchung der allgemeinen Merkmale ... einer Gruppe von handelnden Personen der Geschichte durch ein zusammenfassendes Studium ihrer Lebensläufe“⁵. So allgemein formuliert, ist die Methode der kollektiven Biographie in der Geschichtswissenschaft nicht neu, und Stone stellt auch zu Recht fest, daß seit den 1930er-Jahren die kollektive Biographie sich „... zu einer der wertvollsten und gebräuchlichsten Methoden der Geschichtsforschung ...“⁶ entwickelt habe.

Die heuristische Funktion der Stoneschen Definition ist nur begrenzt; es lassen sich jedoch zwei Wesensmerkmale bzw. Intentionen von kollektiver Biographie erkennen:

- Statt großer historischer Einzelpersönlichkeiten sind Aggregate bzw. Kollektive von historischen Personen Gegenstand der Untersuchung; die Zugehörigkeit zum Kollektiv wird durch ein charakteristisches Merkmal bzw. durch eine festgelegte Position bestimmt.
- Entgegen der einseitigen Fixierung auf bestimmte biographische Merkmale und einzelner Lebensphasen wird — zumindest prinzipiell — der Lebenslauf als Ganzes thematisiert, auch wenn der faktische Forschungsschwerpunkt sicherlich auf den Phasen des Erwachsenenalters liegt.

Angaben zur Methode und Vorgehensweise werden in der Stoneschen Definition nur implizit gemacht.

Die Kollektive Biographie gehört zum methodischen Instrumentarium der historischen Sozialforschung. Unter *historischer Sozialforschung* soll in der Folge verstanden werden: die theoretisch und methodisch reflektierte, empirische, besonders auch quantitativ gestützte Erforschung sozialer Strukturen und Prozesse in der Geschichte. Überträgt man diese Definition analog auf die kollektive Biographie, so kann man die *kollektive Biographie* verstehen als: die theoretisch und methodisch reflektierte, empirische, besonders auch quantitativ gestützte Erforschung eines historischen Personenkollektivs in seinem jeweiligen gesellschaftlichen Kontext anhand einer vergleichenden Analyse der individuellen Lebensläufe der Kollektivmitglieder. So definiert, wird einerseits deutlich, daß kollektive Biographie im Schnittpunkt verschiedener Wissenschaftsdisziplinen steht und daß neben der Geschichtswissenschaft vor allem die Soziologie, die Politikwissenschaft, die Ethnologie und die Psychologie beteiligt sind⁷. Andererseits läßt sich auch erkennen und begründen, warum die kollektive

4. Zur weiterführenden Diskussion in der Mediavistik über Inhalt und Abgrenzung von „Sozialgeschichte“, „Prosopographie“ und „Personenforschung“ vgl. u.a. die Sektionsbeiträge auf dem 32. deutschen Historikertag in Hamburg 1978 in: Prosopographie als Sozialgeschichte? Methoden personengeschichtlicher Erforschung des Mittelalters, München 1978; zur prosopographischen Forschungspraxis mit EDV-Einsatz in der Mediavistik und der Frühen Neuzeit vgl. auch: Portmann, U., The Identification of Persons in the Middle Ages: Results from the First „Freiburger Bürgerbuch“ (1341-1416), in: Historical Social Research 18 (1981), S. 11-26 (dort auch Hinweise auf andere Projekte).

5. Stone, Prosopographie, S. 64.

6. Stone, Prosopographie, S. 64.

7. Vgl. u.a.: Kohli, M. (Hg.), Soziologie des Lebenslaufs, Darmstadt/Neuwied 1978; Bertaux,

Biographie wohl ein rasch expandierender, aber noch relativ junger Zweig der deutschen Geschichtswissenschaft darstellt, der erst in den letzten zehn Jahren wachsende Anerkennung und Anwendung gefunden hat. Diese Expansion und Dynamik gilt gleichermaßen für die Forschungen zur mittelalterlichen wie zur neueren Geschichte; und z. B. die mittelalterliche Personenforschung hat unter dem Titel „Prosopographie als Sozialgeschichte?“ schon auf dem Hamburger Historikertag 1978 eine erste erfolgreiche Bilanz ziehen können.

Beim obigen Definitionsvorschlag wurde bewußt ausgeklammert, welche Erkenntnisrichtung eine kollektive Biographie intendiert, und im gleichen Sinne ist die Formulierung „Lebenslauf und Gesellschaft“ zu verstehen. Kollektive Biographie läßt einerseits Rückschlüsse auf das Typische, das Allgemeine zu, d. h. auf allgemeinere gesellschaftliche Aggregate oder auf die Gesamtgesellschaft — und dies ist zweifellos die eindeutig dominierende Erkenntnisrichtung in der Forschungspraxis. Andererseits läßt kollektive Biographie auch den Rekurs auf das Untypische, das Abweichende, das Individuelle zu, d. h. auf kleinere gesellschaftliche Aggregate oder auf den individuellen Lebenslauf selbst. Diese doppelte Erkenntnisrichtung muß besonders hervorgehoben werden, um vorschnellen Kritiken und Vorurteilen zu begegnen, die wechselseitig kollektive Biographie durch „Objektivitätsverdacht“ oder durch „Subjektivitätsverdacht“ als Forschungsmethode in Zweifel ziehen.

Ohne an dieser Stelle den langwährenden Methodenstreit in den Geistes- und Sozialwissenschaften⁸ wieder aufzunehmen und einen methodischen Einheitsbrei anrühren zu wollen, scheinen wesentliche Argumente sowohl für die sogenannte „objektivierende“ als auch für die sogenannte „subjektivierende“ Methode zu sprechen, insbesondere aber gegen die Verabsolutierung der einen wie der anderen als der einen richtigen Methode⁹. Hier gewinnt nun die kollektive Biographie ihren besonderen Stellenwert als *eine* Form methodischer Synthese oder zumindest eines pluralen Nebeneinanders beider Methoden:

- Sie knüpft an traditionale „subjektivierende“ Forschungsstrategien der Geschichtswissenschaft an und rückt den individuellen Lebenslauf als Gegenstand der Forschung in den Vordergrund.

D. (Hg.), *Biography and Society*, Beverly Hills/London 1981; Klingenstein, G./Lutz, H./Stourz, G. (Hg.), *Biographie und Geschichtswissenschaft*, München 1979; Paul, S., *Begegnungen — Zur Geschichte persönlicher Dokumente in Ethnologie, Soziologie und Psychologie*, Hohenschäftlarn 1979 (hervorragender Literaturbericht über fast alle einschlägigen Forschungsarbeiten der letzten Jahrzehnte).

8. Dazu immer noch grundlegend der Reader: Topitsch, E. (Hg.), *Logik der Sozialwissenschaften*, 6. Aufl., Köln 1970; Kocka, J. und Nipperdey, Th. (Hg.), *Theorie und Erzählung in der Geschichte*, München 1979; Giesen, B. und Schmid, H. (Hg.), *Theorie, Handeln und Geschichte. Erklärungsprobleme in den Sozialwissenschaften*, Hamburg 1975.
9. Während allerdings die Geschichtswissenschaft bislang noch einen Nachholbedarf beim Einsatz „objektivierender“ Methoden hat, scheint dagegen in der heutigen Soziologie unter dem Oberbegriff „Qualitative Soziologie“ ein umgekehrter Nachholbedarf beim Einsatz „subjektivierender“ Methoden gegenüber den „objektivierenden“ Tendenzen der dominierenden Theorie- und Methodentraditionen (vgl. u. a.: Kohli, M., *Erwartungen an eine Soziologie des Lebenslaufs*, in: Kohli, *Soziologie*, S. 9-32) zu bestehen.

- Sie vermeidet jedoch die Überbewertung der Subjektivität durch die Einbindung des Individuums in seinen sozialen Kontext.

Kollektive Biographie meint daher einerseits:

- Untersuchung des gesellschaftlichen Wandels, der sich im individuellen und kollektiven Lebenslauf konkretisiert.

Kollektive Biographie meint andererseits:

- Untersuchung des individuellen Wandels, der auf seinen kontextuellen bzw. gesellschaftlichen Lebenslauf rückgebunden wird.

Vorgehensweise

Welche Voraussetzungen müssen nun erfüllt sein, um eine kollektive Biographie durchführen zu können? Zunächst muß ein geeignetes formalisiertes Analysemodell entwickelt werden, das uns erlaubt, individuelle Lebensläufe zu vergleichen, statistisch auszuwerten und die gewonnenen Ergebnisse zu interpretieren¹⁰. Wie in der historischen Sozialforschung selbstverständlich, muß auch bei einer kollektiven Biographie zumindest ansatzweise eine sogenannte „empirische“ Theorie formuliert werden; dies heißt zunächst nichts anderes, als daß der Forscher seine Fragestellungen sammelt und sie möglichst systematisch und logisch widerspruchsfrei miteinander verknüpft. Beispielsweise muß sich jeder Forscher bei einer kollektiven Biographie über die Konsequenzen der wichtigsten Grundannahme des Analysemodells Rechenschaft ablegen. Diese Grundannahme lautet: Über das physiologische Altern hinaus besteht ein Zusammenhang zwischen bestimmten Merkmalen einer Lebensphase mit denen der vorhergehenden.

Je nach theoretischem Ansatz kann oder muß dieser Zusammenhang unterschiedlich analysiert und gedeutet werden. Man denke z. B.¹¹:

- an den stratifikationstheoretischen Ansatz, wonach soziale Herkunft entscheidend die späteren Aufstiegschancen determiniert, oder
- an den sozialisationstheoretischen Ansatz, wonach grundlegende Einstellungen und Verhaltensmuster von Erwachsenen schon in der Kindheit und Jugend geprägt werden, oder
- an den persönlichkeitsstheoretischen Ansatz, wonach die Herausbildung von Persönlichkeitsmerkmalen in der frühen Kindheit wesentlich die Persönlichkeitsstruktur des Erwachsenen und damit auch dessen spezifische Karrierechancen determinieren, oder schließlich
- an den generationstheoretischen Ansatz, wonach vor allem verwandte Geburts-

10. Vgl. zu Folgendem: Best, H. und Schröder, W. H., Basiscurriculum für eine quantitative historische Sozialforschung, in: *Historical Social Research* 17 (1981), S. 3-50 (dort ausführliche Erläuterungen zur Methodik der historischen Sozialforschung).

11. Die Forschungen über die politischen Eliten zählen zweifellos zu jenen Forschungsbereichen mit der elaborientesten und konsequentesten Anwendung der genannten theoretischen Ansätze, vgl. exemplarisch: Greenstein, F. I. und Polsby, N. W. (Hg.), *Micropolitical Theory*, Reading usw. 1975; Putnam, R. D., *The Comparative Study of Political Elites*, Englewood Cliffs 1976; Herzog, D., *Politische Führungsgruppen*, Darmstadt 1982.

jahrgänge durch eine gemeinsame Generationslage gekennzeichnet sind, was wiederum bedeutet, daß tendenziell bei einer Generation bestimmte Arten und Weisen des Erlebens, Denkens, Fühlens und Handelns ausgeschlossen, andere dagegen dominant sind.

Diese Reihe von möglichen theoretischen Ansätzen ließe sich noch weiter fortführen.

Wenn die genannten Theorien im Sinne Poppers und Hempels „empirische“ Theorien sein sollen, müssen die in ihren Aussagen vorhandenen Begriffe erfahrbar sein, d.h. sie müssen operationalisiert werden¹². Ergebnis der Operationalisierung ist die Festlegung eines Indikators, der das gemeinte, aber nicht unmittelbar beobachtbare Phänomen anzeigt. Die Gültigkeit der Aussagen steht und fällt mit der Zuverlässigkeit der Operationalisierung, dies um so mehr, als die meisten Indikatoren selten das Ganze, sondern nur Teile des Objektbereichs beobachtbar machen, somit muß stringent begründet werden, warum man vom Teil auf das Ganze schließen kann. Bei kollektiven Biographien häufig gebrauchte Operationalisierungen wären z. B.:

- der Beruf des Vaters als Indikator für die soziale Herkunft,
- die Höhe des Einkommens als Indikator für den sozialen Status und
- die Sequenz der Berufspositionen als Indikator für soziale Mobilität.

Der nächste notwendige Schritt in einem Analysemodell besteht in der Festlegung von Merkmalsklassen, d.h. im Falle des Berufsindikators z. B. müßte eine Berufsklassifikation erstellt werden. Eine solche Berufsklassifikation hätte eine Reihe von analytischen Vorgaben zu berücksichtigen, z. B. müßte eine solche Berufsklassifikation einerseits den spezifischen Fragestellungen des Forschers adäquat strukturiert sein, aber andererseits vergleichbar mit anderen Berufsklassifikationen bleiben¹³.

Ein weiterer notwendiger Schritt wäre die formalisierte Strukturierung des Lebenslaufs in einzelne objektivierbare Merkmale und — soweit es erkennbare Laufbahnen gibt — in chronologisch geordnete Merkmalssequenzen. Für unser Beispiel der Berufssequenz hieße dies:

- alle verfügbaren biographischen Informationen zur Berufslaufbahn der untersuchten Person werden gesammelt,
- zu markanten oder regelmäßigen Lebenszeitpunkten wird die innegehabte Berufsposition festgestellt und schließlich
- werden die festgestellten Positionen in eine Sequenz der Berufslaufbahn eingeordnet.

12. Zur Forschungsstrategie in der empirischen Sozialforschung vgl. u.a.: Friedrichs, J., Methoden der empirischen Sozialforschung, Reinbek 1973; Prim, R. und Tilmann, H., Grundlagen einer kritisch-rationalen Sozialwissenschaft, 4. Aufl., Heidelberg 1979; Kromrey, H., Empirische Sozialforschung, Opladen 1980.

13. Zur Berufsklassifikation vgl. allgemein: Daheim, H., Der Beruf in der modernen Gesellschaft, 2. Aufl., Köln/Berlin 1970; für die Geschichtswissenschaft: Hubbard, W. H. und Jarausch, K. H., Occupation and Social Structure in Modern Central Europe: Some Reflections on Coding Professions, in: Quantum Information 11 (1979), S. 10-19; bezogen auf ein kollektiv-biographisches Projekt: Schröder, W. H., Quantitative Analysis of Life Histories: The Case of the Social Democratic Candidates for the German Reichstag 1898-1912, in: Clubb, J. M. und Scheuch, E. K. (Hg.), Historical Social Research, Stuttgart 1980, S. 204-210.

Umfaßt diese Sequenz möglichst viele Erhebungspunkte auf der Zeitachse, dann spricht man von der longitudinalen Rekonstruktion einer Laufbahn bzw. eines Lebenslaufs¹⁴.

Quellen

Die Rekonstruktion einzelner biographischer Merkmale und Laufbahnen reflektiert die theoretischen Vorentscheidungen des Forschers; ob die Lebensläufe eines ausgewählten Personenkollektivs überhaupt und in welcher Form rekonstruierbar sind, hängt von den verfügbaren biographischen Quellen ab. Allgemein lassen sich drei Quellengruppen unterscheiden: autobiographische Quellen, biographische Quellen und allgemeine Quellen mit biographischen Einzelinformationen.

An autobiographischen Quellen wären zu nennen: Autobiographien im eigentlichen Sinne (einschließlich Tagebücher und Briefe) und „funktionale“ Autobiographien (wie Handbuchautobiographien, Lebensläufe für Bewerbungen, autobiographische Fragebögen usw.). Neben diesen schon als Quellen vorliegenden Autobiographien, gibt es im Rahmen der Zeitgeschichte die Möglichkeit, autobiographische Quellen zu initiieren oder zu erheben. An Verfahren hierfür wären die „Biographische Methode“ in den Sozialwissenschaften hervorzuheben, wo z. B. Personenkollektive zur Niederschrift ihrer Autobiographien veranlaßt werden, oder die verschiedenen Verfahren der retrospektiven Interviews, wo noch lebende Zeitgenossen über ihre Lebensläufe befragt werden¹⁵. An biographischen Quellen wären zu nennen: Biographien im Sinne der eigentlichen Biographik (wie große Einzelbiographien und biographische Essays/Artikel in Nachschlagewerken, Sammelwerken etc.) und funktionale Biographien (wie Nachrufe und unterschiedlichste Arten von personenbezogenen Akten/Dossiers von Behörden, Institutionen, Verbänden etc.).

14. Der Einsatz von Zeitreihen – bzw. von Längs- und Querschnittsanalysen wirft eine Reihe von Problemen auf, die hier nicht erörtert werden können. Unter einer Zeitreihe versteht man „eine nach der Zeit geordnete Folge von Beobachtungsdaten für das gleiche Phänomen (Sachverhalt)“ (Zitat: Nullau, B. et al., Verfahren zur Zeitreihenanalyse, in: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, 1, S. 61), dadurch ist eine lückenlose Beobachtung der zu untersuchenden Phänomene über die Zeit hinweg möglich; vgl. allgemein: Dierkes, M., Die Analyse von Zeitreihen und Longitudinalstudien, in: Techniken der empirischen Sozialforschung, Bd. 7, München 1977, S. 111–169; Reuband, K. H., Die Analyse von Longitudinaldaten, in: Clubb/Scheuch, Historical Social Research, S. 213–241; anwendungsbezogen: Schröder, W. H., Die Lehrkörperstruktur der TH Berlin 1879–1945, in: Rürup, R. (Hg.), Wissenschaft und Gesellschaft, Bd. 1, Berlin/Heidelberg/New York 1979, S. 51–114, 592–610.
15. Zur „biographischen Methode“ vgl.: Kohli, M., Wie es zur „biographischen Methode“ kam und was daraus geworden ist. Ein Kapitel aus der Geschichte der Sozialforschung, in: Zeitschrift für Soziologie 10 (1981), S. 273–293 (dort weitere Literatur). — Die „Oral-History“ erfreut sich wachsender Beliebtheit, auch unter populärwissenschaftlichem Vorzeichen, und hat inzwischen eine beachtliche wissenschaftliche Infrastruktur realisieren können (u. a. drei wissenschaftliche Zeitschriften). Eine Übersicht bietet: Niethammer, L. (Hg.), Lebenserfahrung und kollektives Gedächtnis. Die Praxis der Oral-History, Frankfurt a. M. 1980; die Ergebnisse des bislang größten Oral-History-Projekts in der Bundesrepublik: Niethammer, L. (Hg.), Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930 bis 1960, 2 Bde., Bonn 1983.

An allgemeinen Quellen mit biographischen Einzelinformationen wären zu nennen: Adressbücher, Personenverzeichnisse aller Art, aber auch Protokolle, Zeitungen etc.

Im günstigsten Fall findet der Historiker schon einen relativ homogenen und vollständigen Quellenbestand vor, so daß die Rekonstruktion des Lebenslaufs sich weitgehend auf die formalisierte Strukturierung der Lebensläufe beschränkt. Im Normalfall allerdings muß der Historiker unter hohem Zeit- und Arbeitsaufwand die biographischen Informationen aus den unterschiedlichsten Quellen sammeln und sie dann — unter Beachtung der Quellenkritik — zur Rekonstruktion der Lebensläufe nutzen. Elaborierte Quellenkritik und Quellenbearbeitung sind dem Historiker vertraut, an dieser Stelle seien daher nur drei spezifische Anmerkungen erlaubt.

1. Biographische Informationen liegen oft unvollständig vor und lassen sich auch durch umfangreichere Zusatzerhebungen nicht in dem gewünschten oder erforderlichen Maße vervollständigen¹⁶. Biographische Informationen sind oft unzuverlässig, ungenau und voreingenommen und lassen sich auch durch eine sorgfältige quellenkritische Aufbereitung nicht immer bereinigen. Bei der Planung einer angemessenen Forschungsstrategie für eine kollektive Biographie gilt es für den Historiker abzuwägen zwischen dem notwendigen Maß an damit untersuchbaren Fragestellungen einerseits und dem verfügbaren Maß an verlässlichen Quellen sowie an Zeit und Mittel andererseits.

2. Die Quellenüberlieferung ist durch eine starke Selektivität im Hinblick auf bestimmte Personenkollektive gekennzeichnet¹⁷. Die Quellenlage ist besonders für solche Personenkollektive günstig,

- die durch das besondere professionelle Interesse des Historikers schon biographisch bearbeitet worden sind, oder für solche,
- die bewußt oder unbewußt zu ihren Lebzeiten zahlreiche biographische (Selbst-) Zeugnisse produziert oder hinterlassen haben, oder für solche,
- die freiwillig oder unfreiwillig Subjekte bzw. Objekte der sozialen Buchführung staatlicher Einrichtungen¹⁸ gewesen sind.

Die günstige Quellenlage schlägt erwartungsgemäß auch auf die Themenwahl der Historiker durch: man findet überdurchschnittlich häufig kollektive Biographien

— Zweifellos gehören die meisten Oral-History-Projekte zur kollektiven Biographik im weiteren Sinn, quantitative Ansätze (wie sie in der Umfrageforschung und Interviewmethode selbstverständlich sind) bleiben aber dabei überraschenderweise oft ausgeblendet; zur Kritik vgl.: Reuband, K.-H., *Oral History. Notes on an Emerging Field in Historical Research*, in: *Historical Social Research* 12 (1979), S. 18–20; im allgemeinen Kontext: Kocka, J., *Theorieorientierung und Theorieskepsis in der Geschichtswissenschaft. Alte und neue Argumente*, in: *Historical Social Research* 23 (1982), S. 4–19. — Die für diesen Sammelband angesprochenen Oral-History-Projekte, die auch quantitative Ansätze verfolgen, sahen sich leider nicht in der Lage, publikationsreife Beiträge zu liefern.

16. Die Behandlung „fehlender Werte“ zählt sicherlich immer noch zu den Hauptproblemen der quantitativen historischen Sozialforschung; vgl. dazu: Best, H. und Kuznia, R., *Die Behandlung fehlender Werte bei der seriellen Analyse namentlicher Abstimmungen. Wege zur Therapie des Horror Vacui*, in: *Historical Social Research* 26 (1983), S. 49–82.

17. Vgl. Stone, *Prosopographie*, S. 76–78.

18. Über die Bestände von Massenakten in Archiven und Verwaltungen der Bundesrepublik und über methodische Probleme bei der Nutzung von Verwaltungsdaten vgl.: Bick, W./Mann, R./Müller, P. J. (Hg.), *Sozialforschung und Verwaltungsdaten*, Stuttgart 1984.

über Adelige, Patrizier, Militärs, Beamte, Unternehmer, Künstler, Gelehrte, Geistliche, Ärzte, Juristen, Politiker, Parlamentarier und Funktionäre von Verbänden und Institutionen, aber auch über aktenkundige, meist „deliquent“ gewordene Personensammlungen, die nicht den Ober- oder Mittelschichten angehörten, wie Kriminelle, Fürsorgeempfänger, Kranke etc., die aber auch nicht als repräsentativ für die Unterschichten gelten können.

3. Die Massenhaftigkeit der biographischen Quellen erfordert bestimmte Verfahren/Techniken der Datenverarbeitung und Datenanalyse. Kollektive Biographie bedeutet meist die Verarbeitung personenbezogener Massenquellen. Die Kollektive können nur eine kleinere Zahl von Personen, aber auch viele Millionen Personen umfassen. Es ist selbstverständlich, daß bei umfangreichen Kollektiven oft keine Totalerhebung mehr möglich ist; die Alternative besteht nicht im Verzicht auf die kollektive Biographie dieser Personengruppe, sondern in der Ziehung einer repräsentativen Stichprobe aus der Grundgesamtheit¹⁹. Es ist ebenso selbstverständlich, daß die manuelle Bearbeitung einer kollektiven Biographie schnell ihren „natürlichen“ Grenznutzen erreicht hat und daß in der Regel der umfassende Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung gleichermaßen sinnvoll wie unumgänglich ist. Für beide Selbstverständlichkeiten — Stichprobenziehung und EDV-Einsatz — stehen inzwischen bewährte Verfahren und Techniken zur Verfügung; ein wesentlicher Teil der Kritik an solchen Verfahren aus der Frühzeit der modernen Quantifizierung und der Computertechnologie ist heute obsolet geworden.

Insgesamt betrachtet, ist das Quellenproblem bei den Historikern oft so dominant, daß bewußt der forschungslogische Ablauf von Projekten umgekehrt wird und aus der praxisfernen Theorie eine scheinbar pragmatische Quellenorientierung wird. Man findet einen vielversprechenden Quellenbestand, bearbeitet diesen auf irgendeine Weise und überlegt erst nach der Bearbeitung, was man „eigentlich daraus machen kann“. Wenn auch unter diesen Umständen oft die inhaltliche Analyse und Darstellung nur ansatzweise durchgeführt wird oder sogar ganz unterbleibt, tröstet man sich mit dem Gedanken, daß schließlich noch die Möglichkeit einer verdienstvollen Quellenedition bliebe. Dies ist kein grundsätzlicher Einwand gegen Quelleneditionen — diese haben ihren unbestreitbaren wissenschaftlichen Wert —, sondern nur gegen die Umkehr der Forschungslogik, die letztlich inhaltlich bezogene Forschung verhindert und möglicherweise Edition als verunglückte inhaltliche Forschung in Verruf bringt²⁰.

Forschungsstand

Das Feld der kollektiven Biographie im oben definierten Sinne stellt in der Bundesrepublik einen noch relativ neuen Forschungsbereich dar; es gibt daher weniger über

19. Vgl. allgemein: Rohlinger, H., Quellen als Auswahl. Auswahl aus Quellen, in: *Historical Social Research* 24 (1982), S. 34–62; anwendungsbezogen: Weyrauch, E., Datenverarbeitung als Quellenkritik?, in: Müller, P. J. (Hg.), *Die Analyse prozeß-produzierter Daten*, Stuttgart 1977, S. 141–198.

20. Vgl.: Schröder, W. H., Lebenslaufforschung zwischen biographischer Lexikographie und kollektiver Biographie, in: *Historical Social Research* 31 (1984), S. 38–62.

abgeschlossene und mehr über laufende einschlägige Forschungsvorhaben zu berichten. Sieht man die Forschungsdokumentationen zur historischen Sozialforschung²¹ der letzten Jahre durch, dann lassen sich ca. 60 Projekte ausmachen, die — mit unterschiedlicher Intensität und Intention — in Teilbereichen oder im Gesamtprojekt mit kollektiv-biographischen Ansätzen arbeiten. Ordnet man die Projekte grob nach drei Themenfeldern, werden kollektive Biographien hergestellt:

- im Themenfeld *Politik/Staat/Verwaltung* über Repräsentanten staatlicher Institutionen (u. a. Regierungsmitglieder, Bürokraten, Militärs, Diplomaten, Richter, Bürgermeister, Magistrate), über Parlamentarier, Funktionäre und Mitglieder politischer Verbände und Parteien (u. a. SPD, USPD, NSDAP, SA, SS, SED) und über politische „Sonder“-Gruppen (u. a. Widerstandskämpfer, KZ-Insassen, Denunzianten);
- im Themenfeld *Kultur/Bildung/Wissenschaft* über Angehörige des Hochschulbereichs (Studenten und Hochschullehrer verschiedener Universitäten/Hochschulen bzw. verschiedener Disziplinen), Angehörige des Schulbereichs (Schüler und Lehrer verschiedener Schulen und Bildungseinrichtungen) und Repräsentanten von Literatur und Kunst (u. a. Schriftsteller, Maler);
- im Themenfeld *Wirtschaft/Gesellschaft* (hier gleichsam als Residualkategorie) über Mitglieder verschiedener Berufs- und Erwerbsgruppen (u. a. Arbeiter, Angestellte, Unternehmer, erwerbstätige Frauen, Techniker, Rechtsanwälte, Ärzte), Mitglieder religiös bestimmter Gruppen (u. a. Geistliche, Nonnen, Domkapitulare, Theologen, Exulanten, Juden) und über Einwohner von Städten und Gemeinden (verschiedene Orte, hier sind der Übergang zu bzw. die Kongruenz mit der historischen Demographie fließend).

Der Überblick zeigt einerseits eine Vielzahl von Anwendungsgebieten der kollektiven Biographik, macht aber andererseits auch deutlich, daß die Einsatzmöglichkeiten der kollektiven Biographik erst ansatzweise genutzt werden, da z. B. wichtige Anwendungsbereiche noch fehlen bzw. die genannten Themenfelder bislang nur punktuell bearbeitet worden sind.

Wertet man die Projektmeldungen im Hinblick auf Fachzugehörigkeit, Quellen, Datenaufbereitung und Auswertungsverfahren aus, lassen sich folgende Trends beobachten²²:

1. Die kollektive Biographik ist im besonderen Maße multidisziplinär strukturiert; Historiker, Wirtschafts- und Sozialhistoriker und Soziologen/Politologen sind fast zu gleichen Teilen dabei beteiligt, Repräsentanten anderer Disziplinen (z. B. die Ethnologie) sind nur gering vertreten. Hier dokumentiert sich das wachsende Interesse der genannten Disziplinen an der kollektiven Biographik; allerdings geschieht dies meist

21. Bick, W./Müller, P. J./Reinke, H., Historische Sozialforschung 1980, Stuttgart 1980; dies., Historische Sozialforschung 1981, Stuttgart 1981; dies., Historische Sozialforschung 1982, Stuttgart 1983; die in der Folge genannten Projektthemen können anhand der Dokumentationsregister leicht den jeweiligen Projekten zugeordnet werden; einige neuere von der Dokumentation noch nicht erfaßten Projekte wurden ergänzt.

22. Vgl. die ähnlichen Trends für ein damals vergleichbar junges Forschungsfeld der quantitativen Modernen Stadtgeschichtsforschung: Schröder, W. H., Quantifizierung und Moderne deutsche Stadtgeschichtsforschung, in: ders. (Hg.), Moderne Stadtgeschichte, Stuttgart 1979, S. 7-17.

unter anderem Vorzeichen, was die geringe Repräsentanz von interdisziplinären Forschungsprojekten mit erklärt.

2. Die kollektive Biographik bedeutet weit überwiegend Einzelforschung; Teamarbeit ist selten. Die Dominanz der Einzelforschung überrascht nicht: einerseits lassen sich zahlreiche Forschungsarbeiten auf mikroanalytischer Ebene relativ leicht bearbeiten, andererseits stehen die meisten Forschungsprojekte im Zusammenhang mit dem Erwerb eines akademischen Grades (Diplom-, Magister- und Staatsarbeit, Dissertation, Habilitationsschrift), was in der Regel den Nachweis wissenschaftlicher Einzelleistungen voraussetzt.

3. Die kollektive Biographik bedient sich einer Vielzahl unterschiedlichster Quellenarten: diese reicht von schon vorliegenden biographischen Lexika, Handbüchern und Karteien, über Einwohnermelde-, Geburts-, Tauf-, Heirats- und Sterberegister, Inventuren und Teilungen, Personalbüchern, Adressbüchern, Mitgliederlisten, Matrikeln bis hin zu eigens erhobenen autobiographischen Dokumenten in geringer Anzahl oder in massenhafter Form (z. B. die maschinenlesbar vorliegende Lebenslaufbefragung erwerbstätiger Frauen des Mikro-Zensus des Statistischen Bundesamts). Die Frage nach der Häufigkeit der Benutzung bestimmter Quellenarten läßt sich für die kollektive Biographie relativ klar beantworten: je dichter biographische Informationen in den Quellen schon vorliegen (möglichst nur ein kompakter Quellenbestand), d. h. je geringer der Aufwand für die Datenerhebung ist, um so häufiger werden die Quellen benutzt. Gerade bei der Quellenbearbeitung stößt die kollektive Biographik (vor allem im Rahmen von Einzelforschung) schnell an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit: müssen die notwendigen biographischen Daten der zu untersuchenden Kollektivmitglieder erst in (meist jahrelanger) mühsamer Kleinarbeit aus den unterschiedlichsten archivalischen und nicht-archivalischen Quellen oder durch zahlreiche retrospektive Interviews zusammengetragen werden, ist schnell der Grenznutzen von Forschung erreicht.

4. Die kollektive Biographik produziert zunehmend maschinenlesbare Datensätze, nutzt aber den EDV-Einsatz meist nur als notwendiges Hilfsmittel für die Verarbeitung von Massendaten und für die Anwendung einfacher statistischer Analyseverfahren (deskriptive Statistik, Kreuztabellenanalyse). Komplexere Auswertungstechniken (z. B. Varianzanalyse, Pfadanalyse, Faktorenanalyse, Verfahren des allgemeinen linearen Modells bzw. Inhaltsanalyse, Kohortenanalyse, Zeitreihenanalyse) werden meist nur von größeren Projekten und von Soziologen angewandt. Nicht immer ist der Einsatz solcher komplexen Auswertungstechniken angebracht; je nach Art, Umfang und Meßniveau der biographischen Daten sollen die jeweils dafür spezifischen und angemessenen Verfahren eingesetzt werden, was allerdings voraussetzt, daß der jeweilige Forscher über umfassende Kenntnisse in Methodik und Statistik verfügt. Solche Kenntnisse sind unter den Historikern inzwischen stärker verbreitet, als es noch Ende der 1970er-Jahre der Fall gewesen ist, dennoch sind die immer noch vorhandenen Defizite in Methodik und Statistik innerhalb der Universitätsausbildung der Historiker gravierend und machen sich auch in der Forschungsplanung und -durchführung nachhaltig und nachteilig bemerkbar²³.

23. Vgl. Best/Schröder, Basiscurriculum, S. 2-8.

Ihrer ständig wachsenden Verbreitung und Bedeutung entsprechend, erhielt die kollektive Biographik auf dem 34. Historikertag in Münster 1982 die Gelegenheit, sich in einer eigenen Sektionsveranstaltung einem breiten Fachpublikum vorzustellen. Die Sektion „Lebenslauf und Gesellschaft: Zum Einsatz kollektiver Biographien in der historischen Sozialforschung“²⁴ darf in der bilanzierenden Rückschau sicherlich als ein bemerkenswerter Erfolg gewertet werden. Die zahlreichen Diskussionen und Reaktionen während und im Gefolge der Veranstaltung haben gleichermaßen die aktuelle Relevanz des Themas als auch die Notwendigkeit einer umfassenderen Präsentation der vorhandenen kollektiv-biographischen Ansätze — über die vorgebrachten Sektionsbeiträge hinaus — erwiesen. Der vorliegende Sammelband versucht, diesem Verlangen nach umfassenderer Präsentation nachzukommen. Die neun Beiträge des Sammelbands beanspruchen keinesfalls repräsentativ für den gesamten aktuellen Anwendungsbereich der deutsch-sprachigen kollektiven Biographik zu sein. Eine repräsentative Auswahl von Beiträgen wäre auch nicht möglich gewesen, da die meisten in den Forschungsdokumentationen angezeigten Projekte noch nicht so weit vorangetrieben worden sind, als daß sie gesicherte Auswertungsergebnisse im Zusammenhang hätten darstellen und publizieren können. Dennoch demonstrieren die Sammelband-Beiträge in exemplarischer Form den augenblicklichen Forschungsstand und die Leistungsfähigkeit der kollektiven Biographik im deutschsprachigen Raum; mit ihrer Publikation ist zugleich die Hoffnung verknüpft, daß die kollektive Biographie bald zum Standardrepertoire geschichtswissenschaftlicher Methodik zählen wird.

24. Die Sektion präsentierte folgende Beiträge: „Kollektive Biographien in der historischen Sozialforschung: Ansätze, Methoden, Befunde“ (W. H. Schröder); „Biographie und politisches Verhalten: Determinanten parlamentarischen Entscheidungshandelns im 19. und frühen 20. Jahrhundert“ (H. Best); „Kollektive Biographie und historische Wissenschaftssoziologie: Studien zur Geschichte der deutschen Geschichtswissenschaft“ (W. Weber); „Soziale Standortbestimmung als Ergebnis einer kollektiven Biographie: Eine quantitative Analyse zur Sozialstruktur der SA-Führerschaft“ (M. Jamin); „Erwerbsbiographien von Frauen: Untersuchungen zum Wandel in den Beziehungen von Familienzyklus und Erwerbstätigkeit im 20. Jahrhundert“ (W. Müller). — Die Kurzfassungen der Beiträge sind abgedruckt in: Bericht über die 34. Versammlung deutscher Historiker in Münster/Westf., Stuttgart 1984, S. 58-67.

Klosterleben und Gesellschaft: Lebensläufe von Nonnen und Stiftsfrauen in spätmittelalterlichen hessischen Konventen*

„*Darumme virbyd(en) wir von der gewalt unß herryn von Praemonstreyn ... daz ken jungfrowen zu Hachenburnen engen rocke, snebenleiche schuhen, krueßen tucher, fingern rynges ... silber und mit edylm steynen forbaz me nich sollin tren, und virbiedin yn tanzen un reygen zu singen ...*“ So beginnt ein Katalog von Anweisungen, den die Bevollmächtigten von Prémontré 1370 an die Frauen des Prämonstratenserstiftes Hachborn südlich von Marburg/Lahn in Oberhessen richteten¹. Das Schreiben verbot weiterhin den unkontrollierten Ein- und Ausgang von Männern, begrenzte die Möglichkeiten der Frauen, das Stift für längere Zeit zu verlassen, und untersagte ihnen insbesondere den Besuch von Kirmessen, Hochzeiten und Kindtaufen; es forderte die Stiftsfrauen zur Teilnahme am Gottesdienst an den Festtagen auf und untersagte es ihnen, innerhalb der ersten drei Tage nach dem Tod einer Nonne zu singen. Als Strafe drohten zehn Tage Buße. Im Jahre 1444 berichtete in ähnlicher Weise der Erzbischof von Mainz, die Nonnen des Zisterzienserinnenklosters Georgenberg bei Frankenberg/Eder seien von der Klosterregel abgewichen und Geistliche und Laien beiderlei Geschlechtes hätten nach Belieben ohne besondere Erlaubnis das Kloster betreten und wieder verlassen².

Die beiden genannten Konvente wurden auch in der Folgezeit mehrfach aufgrund solcher Anschuldigungen visitiert, die Nonnen und Stiftsfrauen zeitweise exkommuniziert und schließlich sogar mit Züchtigung und Kerkerhaft bedroht³. Solche und ähnliche Visitationsberichte waren im späten Mittelalter für Nonnen- wie Mönchs-

* „Für diesen Band erweiterte Fassung von: Zwischen Rosenkränzen und Schnabelschuhen: Zur Lebensweise von Frauen in Hessischen Klöstern und Stiften des späten Mittelalters,“ in: Journal für Geschichte 2/84, S. 16–21.

1. Schunder, Friedrich (Hrsg.), Die oberhessischen Klöster. Regesten und Urkunden. Erster Band, Marburg 1961 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen und Waldeck 9, Klosterarchive Band 3), Nr. 887.
2. Schunder, Die oberhessischen Klöster, Nr. 603.
3. Schunder, Die oberhessischen Klöster, Nr. 916 und 1001; Eckardt, Albrecht (Bearbeiter), Die oberhessischen Klöster. Regesten und Urkunden. Zweiter Band, Marburg 1977 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen 9, Klosterarchive Band 7), Nr. 1243 und 1278.

klöster und -stifte sehr zahlreich und keineswegs regional beschränkt⁴. Wenn die Berichte auch in ihrer parteilichen Zuspitzung zu sehen sind und ihre Allgemeingültigkeit nicht vorschnell festgestellt werden sollte — da die Zeiten eines regelhaften Lebens gewöhnlich in den Quellen nicht festgehalten wurden —, so spiegeln die angeführten Berichte dennoch einen wesentlichen Zug des spätmittelalterlichen Klosterlebens wider: nämlich die Weltzugewandtheit von Kloster- und Stiftsinsass/inn/en. Will man nicht, wie es in älteren Darstellungen zu finden ist, die allgemein menschliche Schwäche oder die Glaubensschwäche von Frauen im besonderen zur Erklärung dieser Art klösterlichen Lebens heranziehen, so stellt sich neben der Frage nach den allgemeinen Tendenzen der Zeit („Verweltlichung der Kirche“, „Demoralisierung durch den Schwarzen Tod“) auch die Frage nach dem gesellschaftlichen und sozialen Charakter der mittelalterlichen Klöster und Stifte überhaupt. Hieraus ergeben sich folgende Fragestellungen:

- Wer konnte oder wollte überhaupt in ein Kloster oder Stift eintreten, welche Bedingungen waren daran geknüpft und welche Gründe konnte ein Klostereintritt haben?
- Waren es Frauen, die nicht verheiratet werden konnten⁵, oder strebten sie das Klosterleben an, weil sie sich dabei eher als in einer Ehe „emanzipieren“ konnten⁶?
- Traten sie freiwillig in die Konvente ein oder wurden sie von ihren Familien dorthin „abgeschoben“?
- Welche Lebensbedingungen fanden sie in einem Kloster oder Stift vor und welche Einstellung hatten sie selbst zum dortigen Leben?

Dies sind einige Fragen, denen bei der Untersuchung dreier kleinerer hessischer Frauenkonvente nachgegangen wurde und die Erklärungshinweise zur Lebensweise spätmittelalterlicher Nonnen und Stiftsfrauen bieten können.

Einen wesentlichen Bestandteil der Untersuchung bildete hierbei die prosopo-

-
4. Vgl. Elm, Kaspar, Verfall und Erneuerung des Ordenswesens im Spätmittelalter. Forschungen und Forschungsaufgaben, in: Untersuchungen zu Kloster und Stift, Göttingen 1980 (Studien zur Germania Sacra 14. Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte 68), S. 188–238; ders., Westfälisches Zisterziensertum und Spätmittelalterliche Reformbewegung, in: Westfälische Zeitschrift 128 (1979), S. 9–32; ders. und Feige, Peter, Der Verfall des zisterziensischen Ordenslebens im späten Mittelalter, in: Die Zisterzienser. Ordensleben zwischen Ideal und Wirklichkeit, Bonn 1980 (Schriften des Rheinischen Museumsamtes 10), S. 237–242.
 5. Die Darstellung von Klöstern und Stiften als Versorgungsinstitute für die weiblichen Familienmitglieder, die nicht verheiratet werden konnten, ist insbesondere durch Carl Büchers „Frauenfrage des Mittelalters“ geprägt, der für das späte Mittelalter einen Frauenüberschuß annahm: Bücher, Carl, Die Frauenfrage im Mittelalter, Tübingen 1882. Dieses stark durch die Probleme des 19. Jahrhunderts bestimmte Bild entbehrt jedoch bisher statistischer Grundlagen, die wissenschaftlichen Ansprüchen genügen können. Vgl. auch Wesoly, Kurt, Der weibliche Bevölkerungsanteil in spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen Städten und die Betätigung von Frauen im zünftigen Handwerk (insbesondere am Mittel- und Oberrhein), in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 128 (1980), S. 69–117.
 6. Vgl. Becker, Gabriele u. a., Zum kulturellen Bild und zur realen Situation der Frau im Mittelalter und in der frühen Neuzeit, in: dies. u. a., Aus der Zeit der Verzweiflung. Zur Genese und Aktualität des Hexenbildes, Frankfurt a. M. 1977, S. 67.

graphische Erfassung der Konvente⁷. Die Kurzbiographien von 250 Nonnen bzw. Stiftsfrauen, die hierbei entstanden, enthalten Angaben über die lokale Herkunft, die Familienherkunft, Mitgift und Privatvermögen, die Stellung im Konvent (Klosterämter u. ä.), besondere Unternehmungen einzelner Frauen u. a. m.⁸ Neben Urkunden, Rechnungen und Einkünfteverzeichnissen stehen für die hessischen Konvente als besonders fruchtbare Quelle die Abfindungslisten aus der Zeit der Reformation zur Verfügung: sie enthalten Angaben über den Herkunftsort, die Aufenthaltsdauer im Konvent, die Abfindungssumme und evtl. die Lebensform nach dem Verlassen des Konvents (z. B. Heirat)⁹. Aufgeführt sind in diesen Listen auch die Laienschwestern, eine sonst nur selten in den Quellen ausgewiesene Personengruppe. Da die in dieser Weise insgesamt erfaßten Personen als Gruppe jedoch weder vollständig noch repräsentativ sind — ein für die Mediävistik fast durchgängig zutreffendes Problem —, kann die Interpretation der Ergebnisse nur im Zusammenhang mit der umfassenden qualitativen und quantitativen Analyse allen überlieferten Quellenmaterials erfolgen.

Hierzu gehören neben den schriftlichen Quellen auch die gegenständlichen Überreste: die erhaltenen Konventsgebäude, die anhand der Mauerreste erschließbare Gesamtfläche der Klosteranlage, die nicht zuletzt aufgrund der Katasterkarten der frühen Neuzeit auch in ihren Einzelheiten rekonstruierbar ist, daneben die Bodenbeschaffenheit der zugehörigen Ländereien, die Aussagen über die Wirtschaftsstruktur ermöglichen kann.

In diesem Rahmen bietet der Weg über die Einzelbiographien eine für die genannten Fragestellungen bislang noch kaum genutzte Möglichkeit, zu einer kollektiven Biographie einer solchen Gesellschaftsgruppe zu gelangen¹⁰. Wegen des überschaubaren Datenumfangs wurden die Angaben manuell geordnet und ausgewertet.

Bei den untersuchten Konventen handelt es sich um das eingangs zitierte Prämonstratenserinnenstift Hachborn bei Marburg/Lahn und die beiden Zisterzienserinnen-

7. Zu prosopographischen Forschungsmethoden in der Mediävistik vgl.: Werner, Ferdinand, Personenforschung: Aufgaben und Möglichkeiten, in: *Mittelalterforschung*, Berlin 1981 (Forschung und Information. Schriftenreihe der Rias-Funkuniversität Band 29). S. 84–92; Althoff, Gerd u. a., *Prosopographie als Sozialgeschichte? Methoden personengeschichtlicher Erforschung des Mittelalters*, München 1978 (Vgl. auch: 32. Versammlung deutscher Historiker in Hamburg, 4. bis 8. Oktober 1978 — Beiheft zur „Geschichte in Wissenschaft und Unterricht“ 1979, S. 175–198) sowie Stone, Lawrence, *Prosopographie — englische Erfahrungen*, in: Jarausch, Konrad (Hrsg.), *Quantifizierung in der Geschichtswissenschaft. Probleme und Möglichkeiten*, Düsseldorf 1976, S. 64–67.
8. Vgl. auch: Vanja, Christina, Background, Social Situation and Form of Living of Women in Hessian Closters of the Late Middle Ages, in: *Historical Social Research* 20 (1981), S. 75–79.
9. Vgl. Franz, Eckhard G., Die hessischen Klöster und ihre Konvente in der Reformation, in: *Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte* 19 (1969), S. 147–223.
10. Die älteren Klostermonographien begnügen sich in der Regel mit der Auflistung von Äbten und Äbtissinnen bzw. anderen herausragenden Personen oder Persönlichkeiten. Zum Stellenwert kollektiver Biographien im Rahmen der Frauengeschichtsschreibung vgl. auch: Vanja, Christina, Probleme und Möglichkeiten der Arbeit über weibliche Biographien in der mittelalterlichen Geschichte, in: Dokumentation der Tagung „Weibliche Biographien“ in Bielefeld, Oktober 1981, Geschäftsstelle Frauenforschung = Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis 7 (1982), S. 14–17.

klöster Caldern bei Marburg/Lahn und Georgenberg bei Frankenberg/Eder in Hessen. Am Ende des 12. bzw. in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts gegründet, verfügten sie über kleinere bis mittlere Grundherrschaften mit Eigenwirtschaft und verpachtetem Streubesitz¹¹.

Im Rahmen der Eigenwirtschaft bewirtschafteten alle drei Klöster zwei bis drei Höfe am Ort des Konventssitzes und in der näheren Umgebung. Vor allem die beiden Zisterzienserinnenklöster hielten ihre Eigenwirtschaft bis in das 16. Jahrhundert hinein aufrecht, wobei sie teilweise jedoch weltliche Hofleute einsetzten. Bei der Herstellung dieser Wirtschaftszentren gingen die Klöster sehr planmäßig und systematisch vor, kauften Bauernstellen aus und arrondierten den Besitz durch Kauf, Tausch und Pachtung.

Die Hauptarbeitsbereiche auf den Klosterhöfen bildeten die Land- und Viehwirtschaft mit vorherrschendem Getreideanbau und der Haltung von Rindern, Kühen, Schweinen und Schafen, Gemüse- und Obstanbau, Brauerei, Müllerei, Bäckerei, Fischerei u. a. Diese zentralen Wirtschaftsbereiche erfuhren im Laufe der Jahrhunderte keine wesentlichen Veränderungen. Die Priorität lag bis zum 16. Jahrhundert auf dem Getreideanbau. Der Streubesitz der Klöster verteilte sich auf zahlreiche Dörfer der näheren und weiteren Umgebung. Auch hierzu gehörten Häuser und Hofstellen, Ackerland, Wiesen, Weiden, Fischwasser, Mühlen und Wälder. Außerdem hatten sie Zehnt- und Patronatsrechte in der näheren Umgebung inne. Die beiden Zisterzienserinnenklöster betrieben eine umfangreiche Tuchproduktion (Woll- und Leinentücher) und verkauften ihre Produkte auf den städtischen Märkten. Daß es sich dabei um eine umfangreiche Tuchherstellung handelte, macht nicht zuletzt ein Beschwerdebrief Marburger Handwerker von 1525 deutlich, der bei einem unbeschränkten Weiterbestehen der klösterlichen Konkurrenz den Ruin Marburger Woll- und Leinenhandwerks vorhersagte^{11a}. Wie den Urkunden zu entnehmen ist, wurden alle Arbeitsgänge der komplizierten Tuchherstellung in den Klöstern selbst vorgenommen, von der Woll- und Leinenproduktion bis zur Einfärbung des Tuches.

Besitzungen und Rechte erwarben die drei Klöster nicht zuletzt durch die hessischen Landgrafen, mit deren Territorialpolitik ihre Gründung und Entwicklung auf das engste verflochten war¹². Das Kloster Georgenberg, das zunächst durch ein kleineres Herrengeschlecht, den Herren von Itter, nördlich von Frankenberg gegründet worden war, wurde auf Betreiben der thüringischen Landgrafen um 1249 in die unmittelbare Nähe der landgräflichen Stadt Frankenberg verlegt und dort mit weiteren für die Entwicklung des Klosters bedeutsamen Privilegien und Schenkungen ausgestattet. Über die Gründung des Klosters Caldern sind keine Quellen erhalten, jedoch war auch diese Klostergründung deutlich mit dem Aufbau des Landes Hessen verbunden. Schon 1250 übergab ihm die Landgräfin selbst das Patronat über ihre Pfarrkirche in Caldern. Das Stift Hachborn war zunächst mehr mit dem Erzbistum Mainz

11. Ausführlich: Vanja, Christina, Besitz- und Sozialgeschichte der Zisterzienserinnenklöster Caldern und Georgenberg und des Prämonstratenserinnenstiftes Hachborn in Hessen im späten Mittelalter, Darmstadt und Marburg 1984 (Quellen und Forschungen zur hessischen Geschichte Band 45)

11a. F. Küch, Quellen zur Rechtsgeschichte der Stadt Marburg, Bd. 1., Marburg 1918, S. 291 und 294.

12. Vgl. Demandt, Karl E., Geschichte des Landes Hessen, 2. Auflage, Kassel 1972.

verbunden, geriet jedoch zunehmend unter landgräflichen Einfluß und wurde gleichfalls landsässig. Schenkungen machten daneben die adeligen und bürgerlichen Familien des näheren Umkreises zu ihrem Seelenheil und im Hinblick auf die dort lebenden Angehörigen.

Die äußere Entwicklung der Klöster und des Stiftes schuf somit bereits in vielerlei Hinsicht Kontakte zur Umwelt, die ein Leben in vollkommener Abgeschiedenheit von vornherein ausschlossen und eine umfangreiche Verwaltungstätigkeit mit sich brachten: es wurden Käufe und Verkäufe getätigt, Pachtverträge abgeschlossen, Tagelöhner und Gesinde beschäftigt und die Arbeit von Laienbrüdern (Konversen) und später Pfründnern und weltlichen Hofleuten im Rahmen der Eigenwirtschaft organisiert; Gerichtsprozesse mußten geführt und die eigenen Rechte verteidigt werden, ein Problem, das insbesondere im 15. Jahrhundert zunahm, als die Städte und auch die bauerlichen Gemeinden ihre Rechte und Interessen geltend machten. Die Patronatsrechte waren mit dem Recht der Präsentation der Priester und Einflußmöglichkeiten in Kirchenangelegenheiten verbunden. Begrenzt verfügten die Klöster schließlich auch über Gerichtsrechte.

Dies sind einige der wesentlichen Aufgabenbereiche von Klöstern und Stiften, mit denen zumindest ein Teil der Nonnen beschäftigt war: Die Oberleitung hatten der Prior oder Propst und die Äbtissin oder Meisterin inne, die in der Regel alle Urkunden gemeinsam unterzeichneten; Stellvertreterinnen waren die Priorinnen und, falls das Kloster groß genug war, die Subpriorinnen. Für einzelne Bereiche waren die Küsterinnen, Kellnerinnen (Vorratswirtschaft), Bursarinnen (Rechnungswesen) oder Seelgerätsverwalterinnen (für fromme Stiftungen zugunsten des Klosters) zuständig. Während ihres Aufenthaltes im Kloster oder Stift konnten die Frauen verschiedene Ämter innehaben. Charakteristisch ist der Aufstieg bis zur Äbtissin oder Meisterin. Daß das Äbtissinnenamt bei den Zisterzienserinnen jedoch nicht auf Lebenszeit vergeben wurde, sondern unter Beibehaltung von Privilegien wieder abgetreten werden konnte, finden sich in den Klöstern auch frühere Äbtissinnen in anderen Ämtern oder als einfache Nonne wieder.

Der herrschaftliche Charakter der Klöster und Stifte drückte sich nicht zuletzt in der vielfach leicht erhöhten Anlage über den Dörfern aus, in denen sich ihre Rechte besonders konzentrierten. Nur das Kloster Georgenberg lag wegen der schwierigen Grenzlage um Frankenberg/Eder im Tal¹³. Zinseinnahmen und Verkäufe aus der Eigenproduktion ermöglichten den Nonnen den Konsum von Luxusartikeln der damaligen Zeit, wie sie in den Klosterrechnungen festgehalten sind: Gewürze wie Safran und Pfeffer, Stockfische und Heringe oder Feigen¹⁴.

An der privilegierten Stellung des Klosters oder des Stifts waren jedoch die Nonnen, wie es insbesondere die Untersuchung der beiden Zisterzienserinnenklöster

13. Hierzu vgl.: Anhalt, Erich, Der Kreis Frankenberg. Geschichte seiner Gerichte, Herrschaften und Ämter von der Urzeit bis ins 19. Jahrhundert, Marburg 1928, insb. S. 64.

14. Vgl. Irsigler, Franz, Ein großbürgerlicher Haushalt am Ende des 14. Jahrhunderts, in: Festschrift M. Zender. Studien zu Volkskultur, Sprache und Landesgeschichte II, Bonn 1972, S. 634-668; Wiswe, Hans, Kulturgeschichte der Kochkunst, München 1970; Klösterliche Sachkultur des Mittelalters. Internationaler Kongreß Krems a.d. Donau 18.-21. September 1978, Wien 1980 (Veröffentlichungen des Institutes für mittelalterliche Realienkunde Österreichs Nr. 3).

deutlich macht, in unterschiedlicher Weise beteiligt: im Unterschied zu den Chor- oder Ordensschwestern hatten die Laienschwestern (Konversinnen) keine Rechte in der Selbstverwaltung der Klöster (Äbtissinnenwahl u. ä.), waren von Bildungsmöglichkeiten weitgehend ausgeschlossen und mußten häufig harte Arbeit in der klösterlichen Tuchproduktion, in der Küche oder der Milchwirtschaft, um nur einige Tätigkeitsbereiche zu nennen, verrichten¹⁵.

Die Unterschiede zwischen den Nonnen hingen vor allem mit der unterschiedlichen sozialen Herkunft der einzelnen Frauen zusammen: die Aufnahme in die Klöster und Stifte war entgegen den Ordensvorschriften bereits seit dem 13. Jahrhundert an eine Mitgift gebunden. Diese war für die Ordensschwestern unabdingbar, doch brachte auch ein Teil der Laienschwestern eine — allerdings geringere — Mitgift ein. Die Mitgift bestand aus Höfen und Ländereien oder Einkünften bzw. Barbeträgen. Die Mitgiften wurden in der Regel dem Kloster übergeben oder gingen später als Seelenheilstiftung in dessen Besitz über. Dagegen erhielten im Stift Hachborn die Stiftsfrauen selbst diese Schenkungen als Leibgedinge, die unmittelbar ihrem Unterhalt dienten. Solche Leibgedinge erwarben die Nonnen und Stiftsfrauen aller drei Konvente vor allem seit dem 14. Jahrhundert auch über die eigentlichen Mitgiften hinaus zu ihrem persönlichen Nutzen.

Solche Leibgedinge konnten in jährlichen Korngülden, aber auch in Form von Gewürzgülden oder Kleidergeld bestehen. Sie stammten häufig aus Testamenten und Vermächtnissen oder wurden von den Nonnen mit eigenem Geld erworben. So kam es, daß einzelne Nonnen auch persönlich über Güter verfügten, Land verpachteten oder ihre Rechte gerichtlich verteidigten. Auffallend ist, daß Leibgedinge und Güterkäufe gerade in einer Zeit zunahmen, in der alle drei Klöster einen wirtschaftlichen Niedergang erlebten, der wohl mit der allgemeinen Agrardepression in dieser Zeit zusammenhing¹⁶. Dies machen die Klagen über die Not, Verpfändung und Verschuldung deutlich. In Hachborn mußten die Schulden des Stiftes sogar durch die einzelnen Nonnen übernommen werden. Soziale Differenzierungen, eine verstärkte Privatisierung innerhalb der Konvente und ein erhöhtes Selbstbewußtsein der Nonnen müssen als Folgen dieser Entwicklung gesehen werden¹⁷.

Den Hintergrund des privaten Eigentums bildete die vornehme Herkunft eines großen Teiles der Nonnen bzw. der Stiftsfrauen: im Prämonstratenserinnenstift Hachborn waren offensichtlich ausschließlich Frauen adeliger Herkunft, die den Ritterfamilien der umliegenden Gegend entstammten. Die beiden Zisterzienserinnen-

15. Vgl. auch: Kuhn-Refus, Maren, Zisterzienserinnen in Deutschland, in: Die Zisterzienser. Ordensleben zwischen Ideal und Wirklichkeit, Bonn 1980 (Schriften des Rheinischen Museumsamtes 10), S. 125–148.

16. Vgl. Abel, Wilhelm, Geschichte des deutschen Landwirtschaft vom frühen Mittelalter bis zum 19. Jahrhundert, Stuttgart 1978; ders., Agrarkrisen und Agrarkonjunktur. Eine Geschichte der Land- und Ernährungswirtschaft Mitteleuropas seit dem hohen Mittelalter, Hamburg und Berlin 1978; ders., Strukturen und Krisen der spätmittelalterlichen Wirtschaft, Stuttgart und New York 1980.

17. Besonders anschaulich wurden diese Entwicklungsprozesse für die Nonnen englischer Konvente bereits durch Eileen Power dargestellt: vgl. Power, Eileen, Medieval English Nunneries 1275 to 1535, Cambridge 1922; dies., Medieval People, 8. Auflage, New York 1969; dies., Medieval Women, Cambridge 1979 (Neuaufgabe von 1975).

klöster Caldern und Georgenberg waren demgegenüber sozial und ständisch gemischt: in ihnen befanden sich sowohl Frauen aus dem niederen Adel als auch aus dem städtischen Bürgertum, vor allem aus dem Patriziat.

Die Laienschwestern in Caldern und Georgenberg kamen, soweit erkennbar, aus den nichtpatrizischen Bürgerfamilien der nähergelegenen Städte und aus den den Klöstern benachbarten Dörfern. Auch unter den Laienschwestern gab es Unterschiede: zumindest ein Teil kam aus nicht unvermögenden Familien und brachte eine größere Mitgift ein. Sie dürften wohl wie die Ordensschwestern im Kloster eine relativ privilegierte Stellung gehabt haben und nicht zu härteren Arbeiten herangezogen worden sein. Einige Laienschwestern waren sogar mit Ordensschwestern verwandt. Andere Laienschwestern klagten jedoch bei der Festlegung ihrer Abfindung anlässlich der Auflösung der Konvente über die harte Arbeit im Kloster. Sie waren alle ohne Mitgift in das Kloster eingetreten und stammten teilweise aus den Dörfern, teilweise aus ärmeren städtischen Familien.

Die Frage nach den Gründen für einen Klostereintritt ist neben den allgemeinen religiösen Entwicklungen vor allem im Zusammenhang mit den Familienverhältnissen zu sehen: während die Laienschwestern zumindest zu einem großen Teil als Arbeitskräfte in das Kloster kamen, um ihren Lebensunterhalt zu sichern, stellte das Klosterleben für die adeligen Nonnen insbesondere eine standesgemäße, d. h. sozial abgesicherte und arbeitsfreie Alternative zur Ehe dar¹⁸. Die meisten Frauen dürften dabei relativ jung in das Kloster gekommen sein: das Mindesteintrittsalter lag bei 9 bzw. 12 Jahren. Einen Teil der Kinder, Töchter wie Söhne, für ein geistliches Leben zu bestimmen, war Teil der adeligen und häufig auch der patrizischen Familienpolitik. Allerdings hatten die Söhne dabei verschiedene Möglichkeiten: sie mußten nicht unbedingt in einen Konvent eintreten, sondern konnten auch andere geistliche Laufbahnen einschlagen. Den Töchtern, die keine priesterlichen Funktionen in der Kirche übernehmen durften, standen im wesentlichen nur Klöster und Stifte offen, allein im 13. und 14. Jahrhundert finden sich einzelne adelige und patrizische Frauen auch als Beginen, d. h. als nichtordensgebundene geistliche Frauen¹⁹.

Die Orientierung eines Teiles der Kinder auf ein geistliches Leben hatte für die Familien unterschiedliche Funktionen: sie diente dem Seelenheil der Familie, bot Einflußmöglichkeiten im Bereich der Kirche (in den untersuchten Klöstern waren die Klosterämter fast ausschließlich mit adeligen Frauen besetzt) und sicherte nicht zuletzt das Familienvermögen. Die Mitgiften für den Eintritt in das Kloster oder Stift lagen in dem untersuchten Bereich deutlich unter den Heiratsmitgiften, die seit dem 14. Jahrhundert durch den Abschluß sogenannter Eheverabredungen, in denen Mitgift, Morgengabe und Wittum festgelegt wurden, sehr gut überliefert sind²⁰.

18. Untersuchungen über die Familienverhältnisse im Spätmittelalter fehlen bisher weitgehend. Als einen ersten Ansatz zur Untersuchung städtischer Familien vgl.: Maschke, Erich, Die Familie in der deutschen Stadt des späten Mittelalters, Heidelberg 1980 (Sitzungsberichte der Heidelberger Akademie der Wissenschaften, Phil.-hist. Klasse. Vorgetragen 1977).

19. Vgl. auch: Johag, Helga Maria, Die Beziehungen zwischen Klerus und Bürgerschaft in Köln zwischen 1250 und 1350, Diss. Bonn 1977.

20. Ausgewertet wurden für diese Fragestellung 80 Eheverträge aus dem oberhessischen Bereich, die sich in den Staatsarchiven Marburg und Darmstadt befinden. Die Nonnen, die nach der Säkularisierung der Klöster heirateten, mußten Heiratsmitgiften aufbringen, die das anderthalb bis zweifache der Klostermitgiften umfaßten.

Ein vielleicht noch wichtigerer Gesichtspunkt war die Erbrechtsproblematik: erbberechtigt waren in der Landgrafschaft Hessen alle Kinder, Töchter und Söhne²¹. Die immer wieder neue Aufteilung des Familienbesitzes unter die Kinder und andere Erben führte jedoch zu einer Zerstückelung des Familienbesitzes und möglicherweise zu einer Verarmung der Familien überhaupt, deren soziale Lage im 14. und 15. Jahrhundert zumindest teilweise durch den Rückgang von Einnahmen aus der Landwirtschaft und die Bestrebungen der Landgrafen, ihr Territorium auszubauen, bedroht war. Seit dem 15. Jahrhundert machte sich auf diesem Hintergrund die Tendenz breit, die Töchter bei ihrer Heirat auf ihr Erbrecht verzichten zu lassen²². Die Töchter in den Klöstern wurden bei Erbschaften häufig sowieso nur mit Einkünften aus Familienbesitz, nicht aber mit den Besitzrechten selbst bedacht. Seit dem 15. Jahrhundert nehmen Hinweise auf die Erbberechtigung der Nonnen ab; eine Enterbung beim Klostereintritt ist daher auch in ihrem Fall zu vermuten.

Bei der Auswahl des Konvents, in den die Kinder eintreten sollten, spielten dessen soziale Zusammensetzung, die örtliche Nähe und die Aufnahmekapazitäten eine Rolle. Politische Gesichtspunkte, die z. B. die Zusammensetzung oberschwäbischer Zisterzienserinnenkonvente bestimmten, scheinen in Hessen keine Bedeutung besessen zu haben²³. Eine Sicherung von Konventsplätzen für Familienangehörige gab es offensichtlich nicht²⁴. Häufig wurden zwei oder drei Schwestern zusammen in ein Kloster oder Stift gegeben; dort fanden sich Cousinen, Tanten und Nichten, Mütter und Töchter oder andere Verwandte zusammen. Das Kloster oder Stift bildete also wieder in sich einen relativ intimen familienähnlichen Lebensbereich. Hinzu kamen Bildungsmöglichkeiten, die jedoch im späten Mittelalter nicht zu überschätzen sind²⁵, die Möglichkeit zur Übernahme der einzigen für Frauen offenen geistlichen Ämter und allgemein eine gesellschaftlich anerkannte, integrierte und standesge-

21. Auch die im 16. Jahrhundert festgehaltenen hessischen Erbrechtsgewohnheiten nehmen noch keinen Unterschied nach dem Geschlecht vor. Vgl.: Welkoborsky, Gerhard, Erbrechtsgewohnheiten in der Landgrafschaft Hessen-Marburg im 16. Jahrhundert, in: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte 23 (1973), S. 231–258; Diestelkamp, Bernhard, Das Verhältnis von Gesetz und Gewohnheitsrecht im 16. Jahrhundert — Aufgezeigt am Beispiel der oberhessischen Erbgewohnheiten von 1572, in: Rechtshistorische Studien. Hans Thieme zum 70. Geburtstag zugeeignet von seinen Schülern, Köln und Wien 1977, S. 1–33.

22. Die allgemeine Verbreitung dieser sich hier bereits andeutenden Tendenz zum Erbverzicht der Töchter in adeligen Familien macht auch Heinz Reif in seiner Untersuchung westfälischer Adelsfamilien deutlich: Reif, Heinz, Westfälischer Adel 1770–1860. Vom Herrschaftsstand zur regionalen Elite, Göttingen 1979 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 35); ders., Zum Zusammenhang von Sozialstruktur, Familien- und Lebenszyklus im westfälischen Adel in der Mitte des 18. Jahrhunderts, in: Mitterauer, Michael und Sieder, Reinhard (Hrsg.), Historische Familienforschung, Frankfurt a. M. 1982, S. 123–155.

23. Vgl. Kuhn-Refus, Maren, Die soziale Zusammensetzung der Konvente in den oberschwäbischen Frauenzisterzen, in: Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte 41 (1982), S. 7–31.

24. So wurde z. B. eine Frau in das Stift Hachborn nicht aufgenommen, obwohl dem Stift bereits Einkünfte für ihren Unterhalt übergeben worden waren: vgl. Schunder, Die oberhessischen Klöster, Nr. 970.

25. Das Kloster Georgenberg besaß eine eigene Schule, die noch im 14. Jahrhundert auch von weltlichen Mädchen besucht wurde. Allgemein vgl. Power, Medieval Nunneries.

mäße Existenz, die durchaus eine Alternative zum Eheleben darstellen konnte. Daher verwundert es nicht, daß gerade die adeligen Nonnen in der Zeit der Reformation heftig gegen die Auflösung der Kloster- und Stiftskonvente protestierten. Die Nonnen des Klosters Georgenberg konnten es 1527 durchsetzen, bis zu ihrem Tode im Kloster bleiben zu können. Es blieben vorwiegend adelige Frauen. Den neuen evangelischen Pfarrer nahmen sie in Kauf²⁶. 1569 übergaben sie das Kloster den Landgrafen, da sie zur Verwaltung zu alt waren, behielten aber das Wohnrecht.

Die angeschnittenen Aspekte des Kloster- und Stiftslebens zeigen dieses somit als gesellschaftlichen Teilbereich und festen Bestandteil des spätmittelalterlichen Lebens, der mit anderen Bereichen der Gesellschaft auf das engste verbunden war. Das Bedürfnis der Anfangs zitierten Hachborner Nonnen, sich modisch zu kleiden, Schmuck zu tragen und an gesellschaftlichen Vergnügungen teilzunehmen, wird auf diesem Hintergrund verständlich.

Die Auflösung der hessischen Klöster und Stifte 1526/27 wurde mit dem Sittenverfall in den Konventen und dem gottlosen Leben der Nonnen und Mönche begründet. Diese Argumentation war jedoch nur teilweise begründet — viele Konvente waren in dieser Zeit reformiert und wieder strengeren Regeln unterworfen²⁷ — und ging auf den Grundwiderspruch der Klöster zwischen religiösem Anspruch und gesellschaftlicher Eingebundenheit nicht ein²⁸. Eine wesentliche Rolle bei der Auflösung der mittelalterlichen Klöster und Stifte spielten die neuen Lebensvorstellungen, die sich in der frühen Neuzeit auf dem Hintergrund sich verändernder gesellschaftlicher Verhältnisse herausbildeten. Insbesondere erfuhr die Ehe eine grundlegende Aufwertung²⁹. Ein müßiges Leben, frei von Arbeit oder die Sorge um die Familie, verlor in dem Maße seine Rechtfertigung wie die mittelalterliche Dreiteilung in Betende, Arbeitende und Kämpfende zerfiel und jeder für sein eigenes Seelenheil und auch für seinen Lebensunterhalt eintreten mußte.

Die Klöster und Stifte der Neuzeit veränderten ihren Charakter: sie übernahmen gezielt gesellschaftliche Aufgaben, sei es im erzieherischen und karitativen Bereich oder bei der Missionierung der Kolonialländer. In sehr vielen Klöstern waren seit dem 16. Jahrhundert vorwiegend bürgerliche Frauen³⁰. Die Stifte dienten dagegen vor allem der Erziehung der Töchter adeliger Familien und ihrer Vorbereitung auf eine spätere Ehe. Kinder ohne eigene Überzeugung Zeit ihres Lebens in ein Kloster

26. Einen entsprechenden Versuch machten auch die Calderner Nonnen, doch konnten sie sich nicht durchsetzen: Staatsarchiv Marburg, 22a Kirchensachen Generalia, Caldern.

Allgemein zum Widerstand gegen die Aufhebung der Klöster in den hessischen Konventen vgl.: Schunder, Friedrich, Die Aufhebung der oberhessischen Klöster in der Reformation, in: Festgabe für Paul Kirn zum 70. Geburtstag, Berlin 1961, S. 191–197.

27. Vgl. auch: Heinemyer, Walter, Territorium und Kirche in Hessen vor der Reformation, in: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte 6 (1956), S. 138–163.

28. So war auch das Kloster Georgenberg um 1490 grundlegend reformiert und mit westfälischen Nonnen besetzt worden: Schunder, Die oberhessischen Klöster, Nr. 646.

29. Der Wandel der mittelalterlichen „familia“, die verschiedenartigste Gemeinschaften umfassen konnte, zur modernen Familie („famille“) drückt somit auch eine durch den gesellschaftlichen Wandel bedingte Einschränkung der Vielfalt an Lebensformen, die möglich und anerkannt gewesen waren, aus. Vgl. Mitterauer, Michael und Sieder, Reinhard, Vom Patriarchat zur Partnerschaft. Zum Strukturwandel der Familie, München 1977.

30. Vgl. Kuhn-Refus, Die soziale Zusammensetzung, S. 20ff.

zu geben, wurde gleichzeitig zu einem Problem, das spätestens seit dem 18. Jahrhundert mit dem Wunsch nach eigener Persönlichkeitsentfaltung und der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben kollidierte, ein Konflikt, den Diderot am Ende des 18. Jahrhunderts in seinem Roman „Die Nonne“³¹ sehr anschaulich schilderte, der jedoch in dieser Weise für die mittelalterliche Gesellschaft nicht denkbar ist.

Summary

This article is concerned with the reasons women in the late Middle Ages entered nunneries, with their family background and with their lifeconditions in the convents. The basis for the study are two cistercian and one premonstratensian nunnery in Upper Hesse in the period from the 13th to the 16th century. The main goal is to show a collective biography on the base of prosopographical research.

The analysis of the biographies of 250 nuns, founded on the investigation of the whole sourcematerial of the cloister- and familyarchives, shows the multifarious aspects of their life: the religious predestination on one side and the very close connections to the secular world on the other side. Especially since the 14th century the life of the nuns began to become very worldly. They had a number of conflicts with supervisors because of their disregard of the enclosure, their contacts with men, their fashionable cloths and other secular amusements.

The study shows their mostly noble birth, the possession of privat property and the family politics, which determined a part of the children for monastic life because of family interests, as some reasons for their wishing to live just as their secular sisters and brothers. On the other hand the life in a nunnery was also -especially for noble women — a positiv and acceptable alternative to marriage because of the possibilities for an education, for forms of selfgovernment and for a chance to attain the only ecclesiastical offices of the Middle Ages opened to women.

31. Diderot, Denis, *Die Nonne*, Frankfurt a.M. 1966.

Eine geistlich-weltliche Körperschaft im Alten Reich: Quantitative Annäherungen an die deutschen Domkapitel

Die deutschen Domkapitel und ihre Erforschung¹

Im rechtlichen und sozialen Gefüge der katholischen Kirche spielen seit dem Mittelalter die Domkapitel (*DK*)² traditionsgemäß eine hervorragende Rolle. In besonderem Maße gilt dies für die Reichskirche, die deutsche Kirche vor der Säkularisation von 1803. Die deutschen Bischöfe waren bis dahin ja gleichzeitig Reichsfürsten, also auch weltliche Herrscher. Der geistlich-weltliche Doppelcharakter der von ihnen regierten Staaten wird nun aber nicht allein in der Person des Fürstbischofs sichtbar, sondern ebensosehr in der in jedem Bistum vorhandenen Institution des DK. Der Fürstbischof war der eine Pol des deutschen geistlichen Staates, das DK der andere. Während der Sedisvakanz übte es allein die Regierung aus. Es besaß das ausschließliche Bischofswahlrecht. Da die Wahl meist ex gremio erfolgte, bot sich den in den DK vertretenen adeligen, ausnahmsweise sogar bürgerlichen Familien die sonst kaum mehr realisierbare Chance, zur Fürstenwürde aufzusteigen. Neben dem Fürsten erhob das DK Anspruch auf Mitregierung. Mit eigenem Vermögen versehen, war es vom Bischof ökonomisch unabhängig und bot den mehrheitlich adeligen Kapitularen eine standesgemäße Versorgung. Wo Landstände vorhanden waren, war das DK erster und vornehmster Stand, wo keine bestanden oder sie nicht mehr zusammentraten, nahm das DK deren Funktion wahr, repräsentierte somit das Land gegenüber dem Fürsten. Domkapitulare beanspruchten auch die Spitzenstellungen in der weltlichen und teilweise auch in der geistlichen Regierung des Fürstbistums. Über die DK erlangten die darin vertretenen Familien, vor allem etwa diejenigen der Reichsritterschaft, eine weit über ihren Stand hinausreichende Machtposition.

Die Erforschung der deutschen DK, die wegen ihrer eigentümlichen geistlich-welt-

1. Der vorliegende Aufsatz ist eine Zusammenfassung unseres dreibändigen Werks „Die deutschen Domkapitel im 17. und 18. Jahrhundert“ (I: Einleitung und Namenslisten, II: Vergleichende sozialgeschichtliche Untersuchungen, III: Tabellen). Es ist soeben im Selbstverlag erschienen und direkt beim Verfasser erhältlich (Anschrift: PD Dr. phil. Peter Hersche, CH-3510 Ursellen). Im Hinblick auf diese umfassende Publikation halten wir uns im folgenden bei den Anmerkungen und Literaturhinweisen stark zurück.

2. Im Text werden durchgehend folgende Abkürzungen verwendet: *DK* = Domkapitel; *DH*, *DHH* = Domherr(en); *KK* = Kanonikat(e) (d. h. Pfründe an einer Domkirche).

lichen Doppelstellung keineswegs bloß eine Aufgabe der Kirchengeschichte sein kann, hat sich vorerst auf das Mittelalter konzentriert³. Erst nach dem Kriege geriet auch die Neuzeit ins Blickfeld, und es erschienen die ersten Monographien einzelner DK⁴. Diese sind jedoch methodisch allesamt traditionell verfassungs- und personen- geschichtlich konzipiert. Nur ausnahmsweise, und wenn überhaupt, dann bloß als Zugabe, weisen sie auch ein paar Tabellen auf, in denen einige zahlenmäßig faßbare Veränderungen, etwa die Verdrängung des Bürgertums durch den Adel innerhalb der DK, sichtbar gemacht werden. Von sozialgeschichtlichen, gar quantitativen Untersu- chungen aber kann deswegen in diesen Arbeiten gleichwohl nicht die Rede sein⁵. Auch können diese Studien wegen der noch ungenügenden Materialerschließung kaum je vergleichend vorgehen. Von daher war der Ansatzpunkt für unsere Arbeit gegeben: Es sollte eine auf quantitativer Basis beruhende, systematisch vergleichende sozialgeschichtliche Darstellung aller deutschen DK in der Neuzeit geliefert werden. Gleichzeitig sollten in Anbetracht der noch wenig vorangeschrittenen monographi- schen Bearbeitung alle erhobenen Daten publiziert werden⁶.

Quellen und Umfang der Datensammlung

Wir haben unsere Untersuchung auf das 17. und 18. Jahrhundert bis zur Säkularisa- tion beschränkt. Die Zeit um 1600 bildet einen gewissen natürlichen Einschnitt inso- fern, als damals nach dem Eindringen der Gegenreformation alle neuen Domherren (*DHH*) wieder katholisch waren. Bei einer Vorverlegung hätten sich Abgrenzungs- probleme zwischen den Konfessionen ergeben. Auch verschlechtert sich vor 1600 die Quellenlage gerade für eine quantitative Untersuchung merklich. Wir haben nur die

3. Vgl. dazu zusammenfassend Santifaller, Leo, Zur Geschichte des ottonisch-salischen Reichs- kirchensystems, 2. Aufl., Wien 1964 (Sitzungsberichte der österreichischen Akademie der Wissenschaften, Phil.-hist. Klasse, 1. Abhandlungen, Bd. 229).
4. Als Beispiele seien erwähnt: Wolfgruber, Karl, Das Brixner Domkapitel in seiner persön- lichen Zusammensetzung in der Neuzeit 1500–1803, Innsbruck 1951 (Schlern-Schriften 80); Gräfin zu Dohna, Sophie Mathilde, Die ständischen Verhältnisse am Domkapitel von Trier vom 16. bis 18. Jahrhundert, Trier 1960; Keinemann, Friedrich, Das Domkapitel zu Münster im 18. Jahrhundert, Münster 1967 (Veröffentlichungen der historischen Kommission West- falens 22); Bosshard-Pfluger, Catherine, Das Basler Domkapitel von seiner Übersiedlung nach Arlesheim bis zur Säkularisation (1687–1803), Basel 1983 (Quellen und Forschungen zur Basler Geschichte 11).
5. Als einziger hat bei den DK einen systematischen quantitativen Ansatz versucht: Hartmann, Helmut, Der Stiftsadel an den alten Domkapiteln zu Mainz, Trier, Bamberg und Würzburg, in: Mainzer Zeitschrift, Mittelrheinisches Jahrbuch für Archäologie, Kunst und Geschichte 73/74 (1978/79), S. 99–138. Hinzuweisen ist hier ferner auf eine neue französische Arbeit, welche das Kapitel von Laon im Mittelalter einer Faktorenanalyse unterzieht: Millet, Hèle- ne, Les chanoines du chapitre cathédral de Laon (1272–1412), Rom 1982 (Collection de l'école française de Rome 56).
6. Vgl. unser in Anm. 1 erwähntes Buch. Im Rahmen des großangelegten Forschungsunterneh- mens der „Germania Sacra“ ist bisher *ein* DK bearbeitet worden: Das Bistum Münster 4,2: Das Domstift St. Paulus zu Münster, bearb. von Wilhelm Kohl, Berlin 1982 (Germania Sacra N. F. 17,2).

DK jener Territorien berücksichtigt, die Sitz und Stimme auf dem Reichstag hatten, also zur Reichskirche im engeren Sinn zählen. Es sind dies Augsburg, Bamberg, Basel, Brixen, Chur, Eichstätt, Freising, Hildesheim, Köln, Konstanz, Lüttich, Mainz, Münster, Osnabrück, Paderborn, Passau, Regensburg, Salzburg, Speyer, Straßburg, Trient, Trier, Worms und Würzburg. Die wenigen katholischen DHH der gemischten Stifter Halberstadt, Lübeck und Minden haben wir als Anhang in die Personenlisten aufgenommen, aber die Daten nur beschränkt weiterverarbeitet.

Soweit annehmbare Monographien vorlagen, haben wir die uns interessierenden Daten diesen entnommen, was für gut 40% der Fälle möglich war. Etwa ein Drittel des gesammelten Datenmaterials entstammt publizierten älteren DHH-Listen, die aber hinsichtlich ihrer Qualität nicht an jene der ersten Gruppe heranreichen, somit zusätzlich ein Zurückgehen auf archivalische Quellen und Spezialliteratur erforderten, um die gewünschte Vollständigkeit zu erlangen. Der Rest der Daten, etwa ein Viertel, mußte archivalischem Material entnommen werden, ist also in unserer Untersuchung zum erstenmal publiziert⁷. Als archivalische Quellen dienten vor allem die Aufschwörbücher, jene in den meisten Kapiteln angelegten chronologisch gereihten Wappentafeln der neu aufgenommenen DHH, auf denen nicht selten zusätzliche Angaben zu ihrer Lebensgeschichte notiert sind. Sofern diese oder andere handschriftliche Listen nicht greifbar waren, wurden die Protokolle der Kapitelssitzungen herangezogen. Sie sind für eine monographische Bearbeitung die ideale Quellengrundlage, wegen ihres Umfangs verbietet sich aber eine systematische Durcharbeitung, wenn man nicht bloß eines, sondern 24 DK untersuchen möchte. Weitere Archivalien, etwa solche aus privaten Adelsarchiven, wurden nicht beigezogen, da dies ins Uferlose geführt und der nötige Aufwand in keinem Verhältnis zum Ertrag gestanden hätte. Die Intensität der Quellenbenutzung kann bei einer statistischen Untersuchung *aller* DK nicht dieselbe sein wie für die monographische Bearbeitung eines einzigen.

Insgesamt haben wir 5725 Fälle untersucht. Unter Fällen verstehen wir dabei nicht Personen, wie dies in Kollektivbiographien die Regel ist, sondern innegehabte Kanonikate (KK) an einer Domkirche. Ein DH konnte ja an mehreren DK zugleich bepfündet sein, er konnte kumulieren. Man hätte auch von der Person als Falleinheit ausgehen können, wodurch sich die Anzahl der Fälle um mehr als 2000 vermindert hätte. Doch wäre dies sowohl bei der Quellensammlung wie bei der Verarbeitung mit EDV arbeitstechnisch aufwendiger und komplizierter gewesen. Die Untersuchung der Kumulationen bildet ein besonderes Kapitel unseres Buches. Sie war mit der bisherigen monographischen Bearbeitung der DK nicht möglich, weil sich die Kumulationen ja vollständig nur feststellen lassen, wenn man zuvor die Namen aller DHH gesammelt hat. Der Vollständigkeitsgrad unserer Personenlisten dürfte bei annähernd 100% liegen. Es gibt einige wenige DK, bei denen die Quellenlage zeitweise so schlecht ist, daß hier absolute Sicherheit nicht möglich ist. Doch kann es sich bei den fehlenden höchstens um Einzelfälle handeln⁸.

7. Dies betrifft vor allem die Kapitel von Eichstätt, Freising, Konstanz, Osnabrück, Speyer, Straßburg und Worms.

8. Bei den DK Straßburg und Worms sind Primärquellen schon in den Wirren der Französischen Revolution untergegangen. Teilweise können die Lücken in den DHH-Listen durch Rückgriff auf andere Quellen oder Ausnutzung von Kumulationshinweisen gefüllt werden.

Aufgenommene Variablen

Neben den Namen und einigen zusätzlichen Identifikationszeichen haben wir folgende Variablen aufgenommen:

- Name bzw. Ort des Kapitels,
- Dignitäten und Personate (besondere Würden und Ämter im Kapitel, wie z. B. Propst, Dekan, Kustos, Scholaster usw.),
- Akademische Grade (in Theologie oder Recht, erforderlich für nichtadlige Bewerber um ein KK),
- Grund und Jahr des Eintritts (als hauptsächlichste Möglichkeiten kommen vor die Nomination durch das Kapitel im Turnus, also die Selbstergänzung, und andererseits die Verleihung eines KK durch den Papst, durch die sog. Provision),
- Grund und Jahr des Austritts (Tod, einfache Resignation, Resignation und Heirat, Wahl zum Bischof, Ausschluß),
- Stand (Adel mit den sieben Kategorien Reichsfürsten, Reichsgrafen, Reichsfreiherrn, Reichsritter und untitulierter Reichsadel, landsässige Grafen, landsässige Freiherrn, gewöhnlicher landsässiger Adel; Bürgertum mit den Kategorien Oberschicht/Mittel- und Unterschicht),
- Geographische Herkunft (Stammsitz der Familie bzw. Geburtsort),
- Kumulationen mit anderen DK,
- Standeserhöhungen mit Jahr der Veränderung (dieselben Kategorien wie bei der Variable „Stand“ mit Einbezug der nobilitierten Bürgerlichen).

Außer bei der Variable „Grund des Eintritts“, wo besondere Verhältnisse vorliegen, beträgt der Vollständigkeitsgrad bei allen Variablen mehr als 90%, meist gegen 100%. Insgesamt sind so 45 000–50 000 einzelne Daten erhoben worden. Die Kodierung ergab sich in der Regel von selbst, einzig für die Variable „Stand“ (und entsprechend für die Variable „Standeserhöhungen“) waren einige zusätzliche Überlegungen und Vorentscheidungen notwendig. Die Variable bezieht sich nicht auf das Individuum, sondern auf die Familie. Sie kann in der Regel auch nicht den Quellen oder den monographischen Darstellungen entnommen werden. Wir haben uns an die Angaben in den verschiedenen Adelslexika, deren Tradition ja bis in unseren Untersuchungszeitraum zurückreicht, gehalten; zusätzlich wurden gedruckte Universitätsmatrikel usw. herangezogen⁹. Bei der Festlegung der verschiedenen Kategorien (values) wurde für den Adel in der Regel von der Situation um 1600 ausgegangen, beim Bürgertum, wo wir ja keine fixe juristische Abgrenzung vornehmen konnten, auf die elterliche und allenfalls großelterliche Generation abgestellt. Mit Einbezug der Variable „Standeserhöhungen“ kann man auch jeden beliebigen anderen Ausgangspunkt als 1600 wählen. Über die neun Kategorien hinausgehende Differenzierungen wären bei den Reichsgrafen und -freiherrn sowie den Bürgerlichen angezeigt gewesen. Gerade hier ist aber die Anzahl Fälle verhältnismäßig gering, eine zusätzliche Feineinteilung hätte also nichts gebracht. Bei den Bürgerlichen zwingt zudem das Quellenmaterial zu Beschränkungen; es gibt hier namentlich im 17. Jahrhundert DHH, von denen man kaum mehr als ihren Namen kennt.

Aus diesen Variablen, deren Werte direkt den Quellen und der Literatur entnom-

9. Vgl. dazu die Literaturliste in Abschnitt 1.4 von Bd. I des in Anm. 1 erwähnten Werkes.

men wurden, konnten durch Rekodierung weitere abgeleitet werden. So haben wir bei den Kapiteln drei regionale Großgruppen gebildet (Norddeutschland, reichsritterliche Kapitel [= Rheinland und Franken], süddeutsche und österreichische Kapitel). Chronologisch wurde der gesamte Untersuchungszeitraum aufgrund des Eintrittsjahrs in vier Perioden zu je 50 Jahren aufgeteilt, ausnahmsweise auch Zehnjahresschnitte vorgenommen. Auch eine Ranggruppierung der DK aufgrund ihres Reichtums wurde versucht, doch ergaben die Untersuchungen damit selten signifikante Resultate. Mehr ließ sich mit einer Ranggliederung der einzelnen Familien, aufgrund der Anzahl der innegehabten KK, herausholen.

Nicht als Variable wurden aufgenommen: Geburtsjahr, Weihen, weitere Angaben zum Studium, Ahnen, kirchliche und weltliche Ämter außerhalb des Kapitels, Kumulationen mit Nebienstiftern. Entweder waren diese Daten zu wenig relevant für unsere Untersuchung, oder aber sie wären nur mit einem unverhältnismäßigen Aufwand zu erheben oder zu verarbeiten gewesen.

Verarbeitung der Daten

Nach einer ersten Grobschätzung der anfallenden Datenmenge haben wir uns entschlossen, unsere Untersuchung von Anfang an auf EDV auszurichten. Die Daten wurden verschlüsselt (mit Ausnahme der Namen und Vornamen) auf Lochkarten aufgenommen, wobei aus Kostengründen darauf geachtet wurde, pro Fall nicht mehr als eine Karte zu beanspruchen¹⁰. Auf Band gespeichert, sind sie im Zentrum für Historische Sozialforschung e. V. in Köln verfügbar¹¹. Sie sind aber auch vollumfänglich in Band I unseres Werks „Die deutschen Domkapitel im 17. und 18. Jahrhundert“¹² wiedergegeben, und zwar in Form von computergedruckten, chronologisch nach Kapiteln geordneten Listen. Dazu wurde ebenfalls mit EDV ein alphabetisches Gesamtregister erstellt und abgedruckt. Wir hoffen damit, als Beiprodukt der eigentlichen sozialgeschichtlichen Untersuchung, welche Band II einnimmt, dem daran nicht speziell interessierten Archivar, Kirchenhistoriker, Familienforscher, Lokalhistoriker, Denkmalpfleger, Genealogen und interessierten Laien aus den darin vorkommenden Familien ein zwar ästhetisch nicht sehr ansprechendes, aber platzsparendes und preisgünstiges Arbeitsmittel und Nachschlagewerk geliefert zu haben.

Die Daten wurden mit SPSS verarbeitet, was im allgemeinen ohne weiteres möglich war. Einzig bei der Variable „Kumulationen“ muß man mit einigen Schwierigkeiten rechnen. Wir haben darauf verzichtet, hier eigene Programme auszuarbeiten, sondern zusätzlich den Taschenrechner benutzt, was uns vielleicht einen Tag gekostet hat, also beträchtlich viel weniger Zeit als jenes. Wie der Leser bereits bemerkt haben wird, handelt es sich bei unseren Daten fast ausschließlich um Daten auf Nominalskalenniveau, für die bekanntlich die Anzahl der anwendbaren statistischen Methoden sehr begrenzt ist. Im wesentlichen sind es Kreuztabellen, die wir mit SPSS

10. Erweiterungsmöglichkeiten sind gleichwohl offengehalten, indem die Karten mit „1“ nummeriert wurden.

11. Tape-Volume „DOMQ“.

12. Vgl. Anm. 1.

erstellt haben, sowie einige besondere Auszählungen. Sie sind beide in Band III unseres Buches wiedergegeben.

Wir haben uns bemüht, den Fachjargon zu vermeiden und möglichst Allgemeinverständlichkeit zu erreichen. Unsere Arbeit richtet sich ja nicht nur an den geschulten Sozialhistoriker, sondern, wie eben erwähnt, an viele Kreise, auch solche, denen sozialgeschichtliche Fragestellungen und quantitative Methoden nicht geläufig sind. Auch sie sollten das Buch benutzen können. Der traditionelle verfassungs- und institutionengeschichtliche Ansatz tritt in ihm allerdings völlig zurück, etwas weniger der biographische¹³. Daß bei diesem Vorgehen keineswegs alle Fragen beantwortet werden können, liegt auf der Hand. Nur ein kleiner Teil der für die Geschichte der DK relevanten Fakten ist überhaupt quantifizierbar. Aber auch die Analyse der solcherart verwertbaren Daten wirft oft mehr Fragen auf als Antworten zu geben sind. Eine quantitative Untersuchung wie die unsrige kann erstmals Schneisen in das Gestrüpp der Quellen schlagen, kann neue Richtungen der Forschung aufzeigen, auf neue Probleme hinweisen und alte präziser formulieren. Wir maßen uns nicht an, die monographische Forschung als überholt und überflüssig zu qualifizieren. Aber es wäre wünschenswert, wenn sie die traditionellen Bahnen etwas verlasse und die aus der quantitativen Untersuchung erwachsenen Fragestellungen ebenfalls in den Blick bekäme. Bloß auf verfassungsgeschichtlicher Grundlage erarbeitete Darstellungen können nämlich gelegentlich böse in die Irre gehen. Anspruch und Wirklichkeit klaffen auch bei den DK auseinander; nicht alles durch die Statuten Festgelegte ist später auch immer und strikte eingehalten worden. Damit ist zugleich dem möglichen Einwand begegnet, die bisweilen aufwendigen quantitativen Untersuchungen bestätigten bloß bereits Bekanntes. Viele zunächst erahnte Zusammenhänge werden erst bei einem systematischen zahlenmäßigen Vergleich klar sichtbar. Außerdem gibt es Einzelbeispiele, in denen bisher unbewiesene Annahmen durch das Zahlenmaterial widerlegt werden.

Einzelergebnisse der Untersuchung

Stand

Was die ständische Zusammensetzung der DK betrifft, so wußte man bisher aus der Verfassungsgeschichte, daß die norddeutschen und reichsritterlichen Kapitel¹⁴, dazu Salzburg, in der Neuzeit nurmehr Adelige aufnahmen. Passau schloß bürgerliche Kandidaten 1662/73 statutengemäß aus, Konstanz folgte diesem Beispiel im 18. Jahrhundert. Von daher könnte man die Hypothese formulieren, das bürgerliche Element, die Graduierten, seien in den DK immer mehr zurückgedrängt worden. Dies wird durch die von uns gefundenen Zahlen bestätigt. Das Bürgertum aus der Oberschicht konnte zwar seinen Bestand insgesamt halten. Allerdings sind diese Familien, wie sich aus der Variable „Standeserhöhungen“ ergibt, inzwischen fast alle nobilitiert

13. Außer den rein quantitativen Analysen haben wir in einem besonderen Abschnitt eine mehr qualitative Wertung der führenden DHH-Familien vorgenommen.

14. Zu diesen rechnen wir Bamberg, Mainz, Speyer, Trier, Worms und Würzburg.

worden¹⁵. Die bürgerliche Mittel- und Unterschicht hingegen ist fast völlig eliminiert worden. Erreichte ihr Anteil in der ersten Periode (1601–1650) insgesamt immerhin noch 4,3%, so fiel er in der letzten (1751–1803) auf 0,5%. Die Hälfte davon war allein in Chur. Bloß in diesem mit Abstand kleinsten, bescheidensten und ärmsten DK war es damals noch ohne weiteres möglich, aus dieser Schicht DH zu werden. Am bezeichnendsten für die eingetretenen Veränderungen ist Brixen. In der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts war hier das Verhältnis von Adeligen und Bürgerlichen fast gleich, es war damals für diese sogar noch möglich, den Bischofsstuhl zu besteigen. Im folgenden Halbjahrhundert aber reduzierte sich der Anteil der Bürgerlichen um die Hälfte und im letzten betrug er schließlich noch 11%. Ebenfalls sinkend, wenn auch weniger brüsk, war der Anteil des Bürgertums in Freising, Regensburg, Konstanz und Augsburg. Bloß in Basel blieb er stabil. In Augsburg konnte der Trend zuletzt nur aufgehalten werden, weil Papst Benedikt XIV. mit einer Bulle (1743) die Ansprüche der Bürgerlichen schützte. Ein Sonderfall ist Köln, weil hier der Anteil der Bürgerlichen statutarisch fixiert war. Doch verschwindet auch hier die Mittel- und Unterschicht zugunsten des Briefadels. Sonderfälle sind auch die an der Peripherie des Reiches gelegenen DK Trient und Lüttich. Hier konnte infolge besonderer kirchenpolitischer Konstellationen ein lokales, allerdings zuletzt auch fast nur noch der Oberschicht entstammendes und vielfach neugeadeltes Bürgertum seine Stellung in den DK wahren und auf Kosten des „landesfremden“ Adels, d. h. des deutschen Reichsadels, sogar noch leicht ausbauen.

Bei den übrigen DK kann man bloß die Verschiebungen innerhalb der verschiedenen Adelsgruppen beobachten. Sie sind bei einigen Kapiteln nicht unwesentlich, insgesamt aber zeigt sich hier doch durch die beiden Jahrhunderte hindurch das Bild einer erstaunlichen Stabilität. Eine Ausnahme macht einzig die oberste Kategorie, die Reichsfürsten. Ihr Anteil, der mit über 5% in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts einen Höhepunkt erreicht hatte, sinkt zuletzt unter die 1%-Marke. Die beharrlichen Bestrebungen namentlich der Reichsritterschaft, die Fürsten von den Dompfänden auszuschließen, haben also offensichtlich Früchte getragen.

Grund des Eintritts

Die Besetzung der Dompfründen war in der deutschen Kirche seit dem Wiener Konkordat (1448) prinzipiell so geregelt, daß die Besetzung der in den geraden Monaten erledigten KK dem Papst zustand (Provision), während bei den in den ungeraden Monaten vakant gewordenen das Kapitel sich selbst ergänzen konnte (Turnus/Nomination). Die Verteilung mußte somit nach den Regeln der Wahrscheinlichkeit ungefähr 1:1 sein. Das trifft auch zu, wenn man die Globalzahlen betrachtet: die Nominationen machen 43% aus, die Provisionen 46%¹⁶. Einige Kapitel tanzen aber aus der

15. Damit wurden ihre Angehörigen allerdings gleichwohl nicht sofort als Adelige aufgenommen, da dazu Ahnenproben über mehrere Generationen (zuletzt in der Regel auf 16 Stellen, d. h. fünf Generationen) verlangt wurden. Einige Familien konnten aber, nach einer Karenzzeit von etwa einem Jahrhundert, ihre Nachkommen statt als Graduierte als Adelige in den DK unterbringen (besonders in Lüttich und Trient).

16. Den Rest machen die seltenen übrigen Möglichkeiten (z. B. bischöfliche Provision, kaiserli-

Reihe, und hier zeigt es sich, daß man von scheinbar verbindlichen juristischen Festlegungen nicht auf den faktischen Zustand schließen darf. In den DK Eichstätt, Speyer und Worms entspricht das Verhältnis der beiden hauptsächlichsten Besetzungsmodi zunächst ungefähr dem Durchschnitt. Dann aber vergrößert sich der Anteil der Nominationen immer mehr und beträgt zuletzt 60–70%. Offensichtlich haben diese DK versucht, ihre Besetzungspraxis derjenigen der benachbarten angesehenen reichsritterlichen DK, die Provisionen gar nicht akzeptierten, anzugleichen, was ihnen zum Teil gelungen zu sein scheint. Umgekehrt beträgt der Anteil der Provisionen in den drei ganz im Süden gelegenen DK Brixen, Chur und Trient insgesamt um die 60%. Besonders Trient ist ein Extremfall, indem hier die Provisionen die Nominationen um mehr als das Doppelte überragen und außerdem der Anteil der letzteren eine ständig sinkende Tendenz aufweist, nämlich von einem Drittel auf ein Sechstel. Die Unterschiede in den Verhältniszahlen sind in beiden Fällen vor allem durch die Resignationen verursacht, die sowohl an den Papst wie an das Kapitel gerichtet werden konnten, wobei sich aber im Laufe der Zeit ganz unterschiedliche Praktiken herausbildeten.

Interessant ist natürlich der Vergleich mit der ständischen Verteilung. So sind die vielfach unbeliebten Reichsfürsten bevorzugt durch Provision in die Kapitel gekommen. Umgekehrt hat die zahlenmäßig bedeutendste Gruppe der Reichsritter ihren Anteil vor allem mit Hilfe der Nomination gehalten. Eine enorm wichtige Rolle spielte die Provision für die Bürgerlichen. Wir finden hier ganz verzerrte Verhältnisse, insofern als nämlich die Provisionen die Nominationen in der Oberschicht um rund das vierfache überragen, in der Mittel- und Unterschicht sogar um das siebenfache. Wenn wir uns an die obenerwähnte Grundtatsache erinnern, so wird klar, daß das Bürgertum sein Verbleiben in den DK im wesentlichen dem Papst zu verdanken hat. Ohne die Provisionen wäre es fast völlig verschwunden. Der Adel hat aber nicht bloß das Instrument der Nomination egoistisch für seine Interessen eingesetzt. Wenn man die chronologische Entwicklung miteinbezieht, so sieht man, daß sein Anteil vor allem deswegen gewachsen ist, weil er sich zusätzliche Provisionen ergattern konnte.

Austritt

Auch beim Austritt gibt es im wesentlichen zwei Möglichkeiten, nämlich Tod oder Resignation, d. h. freiwillige Aufgabe der Pfründe. Bei dieser Variable muß von vorneherein zwischen Adel und Bürgertum unterschieden werden. Bürgerliche resignierten nämlich nur selten, da für sie jene familiären Rücksichten, die einen Adeligen zur Resignation veranlassen konnten, nicht oder kaum galten¹⁷. Im allgemeinen gilt die

che Erstbitten usw.) aus. Die Untersuchung der Variable „Grund des Eintritts“ erstreckt sich nur auf etwa die Hälfte aller Kapitel. Bei einigen wären die Angaben nur mühsam zu beschaffen gewesen, bei andern ist die Untersuchung uninteressant, weil sie sich ausschließlich selbst ergänzten.

17. Falls eine Familie mehrere Angehörige in den DK hatte, der zum Stammhalter vorgesehene Sohn aber frühzeitig starb oder keine Kinder hatte, resignierte in der Regel ein Bruder sein KK, um zu heiraten. Insgesamt sind bei den Adeligen gut ein Drittel aller Resignationen wegen Heirat erfolgt. Häufig kamen bei Adeligen auch Resignationen „in favorem“, zugunsten eines anderen Familienmitglieds vor.

Aussage, daß man eine Pfründe, wenn man mehrere zur Auswahl hat, um so weniger resigniert, je angesehener und reicher das DK ist, was ja verständlich ist. So weist das angesehenste Kapitel im Reich, Mainz, auffallend wenig Resignationen auf. Überdurchschnittlich ist hingegen ihr Anteil in allen ärmeren Kapiteln, vor allem im 17. Jahrhundert, wo der Konkurrenzkampf um die Pfründen noch nicht so entflammt war wie später. Anfänglich gaben die deutschen DHH offenbar eine Pfründe leicht wieder auf, wenn sich eine bessere Versorgung bot. Ein anderer Grund zum „Sitzbleiben“ ergab sich, wenn in einem Kapitel zwei um die dominierende Stellung kämpfende Gruppen einander gegenüberstanden. Man konnte nämlich nicht mit Gewißheit damit rechnen, daß der bei einer Resignation frei werdende Sitz wiederum der eigenen Gruppe zufiel. Die höheren Adelsränge resignieren eher als die niederen. Vor allem wenn eine bestimmte adlige Gruppe in einem Domkapitel eine kleine Minderheit bildet, ihre Angehörigen sich dort also gewissermaßen als „Fremde“ fühlen müssen, resignieren sie ihre Pfründen signifikant häufiger wieder. Bei den Bürgerlichen nahm die ohnehin geringe Lust zum Resignieren im Laufe der Zeit noch mehr ab. Begreiflich, wenn man an ihre wenig erquickliche Lage in den DK denkt. Generell läßt sich überhaupt sagen, daß die Tendenz zum Resignieren mit fortschreitender Zeit bis 1750 abnimmt. Allerdings gibt es auch bezeichnende Ausnahmen wie Trier, Speyer oder die norddeutschen DK. Die Gründe dazu sind allerdings sehr verschiedene.

Es lohnt sich bei den Austrittsgründen noch, die Möglichkeit der Wahl zum Bischof etwas näher zu betrachten, obschon dieser Wert bloß 4% der Gesamtheit ausmacht. Die Besetzung der Reichsbistümer ist schon von Feine untersucht worden¹⁸. Was er noch nicht sagen konnte, jetzt aber möglich ist, ist ein Vergleich der ständischen Verteilung bei den Bischöfen mit derjenigen der DK, oder m. a. W. die Beantwortung der Frage, welche DHH die größten Chancen des Aufstiegs zur Fürstenwürde hatten. Zusammengefaßt ergibt sich, daß bei den Bischöfen die Reichsfürsten stark, die Reichsritter leicht übervertreten waren. Etwas untervertreten ist der landsässige Adel, sehr stark das Bürgertum, was ja nicht überraschen kann.

Akademische Grade

Für bürgerliche Bewerber um ein KK an einer Domkirche war ein akademischer Grad in Theologie oder Recht notwendige Voraussetzung zur Aufnahme. Die Gesamtverteilung zwischen den Fächern stellt sich wie folgt dar: 39,4% Theologen, 55,9% Juristen, 4,7% beide Fächer. Aufgeteilt nach Epochen stellt man bei den Theologen eine ständige Abnahme fest. Sind zu Beginn die beiden Fächer fast gleich stark vertreten, so dominieren zuletzt die Juristen im Verhältnis 2:1. Allerdings verstecken sich hinter den Gesamtzahlen starke regionale Unterschiede. So nimmt in den Tiroler Kapiteln entgegen dem allgemeinen Trend der Anteil der Theologen zu. Dasselbe gilt für die ebenfalls im Süden gelegenen Kapitel Basel und Konstanz. In den übrigen schwäbischen und bayerischen Kapiteln hingegen entsprechen die Veränderungen in

18. Feine, Hans Erich, Die Besetzung der Reichsbistümer vom Westfälischen Frieden bis zur Säkularisation 1648–1803, Stuttgart 1921.

etwa dem Schnitt. Dagegen zeigen die beiden Kapitel Köln und Lüttich einen enormen und ständig wachsenden Überhang an Juristen. In Köln ist das Verhältnis am Beginn noch fast ausgeglichen, am Schluß aber kommen fünf Juristen auf einen Theologen. Noch extremer sind die Werte in Lüttich, wo die Juristen allerdings von Anfang an im Übergewicht sind. Zuletzt finden wir unter dreißig graduierten DHH noch einen Theologen.

Enge Korrelationen ergeben sich mit der Variable „Grund des Eintritts“. Bei den Theologen finden wir nämlich doppelt so viele Providierte wie bei den Juristen. Das ist nicht erstaunlich, weil das theologische Studium ja vielfach in Rom absolviert wurde, wodurch man sich nach Abschluß gute Chancen auf eine Provision ausrechnen konnte. Eine weitere Korrelation besteht mit dem Stand. Die Oberschicht, die vielfach der städtischen Magistratur angehörte, bevorzugte unter den beiden Fächern das Rechtsstudium, und zwar ziemlich genau im Verhältnis 2:1. Demgegenüber finden wir bei der Mittel- und Unterschicht 70% Theologen. Wir stoßen hier auf einen Sachverhalt, dem man bisher eigentlich erst für das 19. und 20. Jahrhundert Bedeutung zugemessen hat, nämlich das Theologiestudium als Möglichkeit eines sozialen Aufstiegs aus bescheidenen Verhältnissen im Rahmen einer kirchlichen Karriere. Ein solcher Aufstieg blieb zwar wegen des Zölibats direkt folgenlos, konnte immerhin indirekte Wirkungen haben. Der insgesamt sinkende Anteil an Theologen kann nicht allein auf die Eliminierung der Mittel- und Unterschicht zurückgeführt werden. Dies gilt höchstens für Köln und Lüttich. Im Süden aber nahmen die Theologen ja zu, ob schon auch hier diese Schicht abnimmt. Man stellt hier fest, daß sich die bürgerliche Oberschicht nach langer Vernachlässigung im Zeitalter der Aufklärung wieder vermehrt der Theologie zugewandt hat. Zur Erklärung dieses eher überraschenden Phänomens lassen sich vorderhand nur Vermutungen anstellen. Eine Rolle könnten die vergleichsweise besseren Aussichten auf eine Provision gespielt haben. Wie noch zu zeigen sein wird, hatten die Theologen auch immer eine etwas größere Chance, eine Dignität zu erhalten. Schließlich entstand mit der Abnahme der Bürgerlichen in einigen Kapiteln ein spürbares Vakuum an akademisch Gebildeten. Auf ein gewisses Minimum an Fachleuten, sei es in Recht, sei es in Theologie, konnten die DK nicht verzichten¹⁹. Der Mangel könnte ein Grund gewesen sein, daß das Theologiestudium wieder attraktiv wurde.

Dignitäten und Personate

Bei den Dignitären, die insgesamt etwas mehr als ein Fünftel aller DHH ausmachten, stellt sich die Hauptfrage, ob ihre Zusammensetzung der Gesamtheit entspricht oder ob hier signifikante Abweichungen auftreten. Wenn man sich das bisher über die Bürgerlichen Gesagte vergegenwärtigt, so würde man erwarten, daß diese bei den Dignitäten hoffnungslos im Hintertreffen waren. Diese Vermutung ist aber falsch. Vielmehr stellen die Dignitäre ein ziemlich getreues Spiegelbild der ständischen Ver-

19. Für die Adeligen war zwar zur Erlangung eines KK auch ein Universitätsstudium vorgeschrieben, aber bloß von zwei Jahren und ohne Abschluß. Freiwillig haben sich Adelige nur sehr selten (ca. 1%) dieser Prozedur unterzogen. Natürlich verfügten auch die rein adeligen Kapitel über solche Fachleute, bloß standen sie hier außerhalb (z. B. als Syndikus).

teilung überhaupt dar. Auch im zeitlichen Verlauf zeigen sich keine besonderen Abweichungen. Das zunächst überraschende Ergebnis erklärt sich vielleicht, wenn man die Studienabschlüsse der bürgerlichen Dignitäre betrachtet. Gerade umgekehrt zur Gesamtverteilung überwiegen hier nämlich die Theologen, und zwar etwa im Verhältnis 2:1. Es war eine Tatsache, daß für gewisse Dignitäten, besonders für den Dekan und noch mehr für den Scholaster, eine gute Ausbildung in Theologie wenn nicht als notwendig, so doch als sehr wünschenswert angesehen wurde. So waren die Bürgerlichen mit ihren akademischen Graden hier in den nicht rein adeligen DK gegenüber ihren ständisch vornehmeren Konkurrenten in einer besseren Ausgangslage. Zuletzt konnte es sogar so weit kommen, daß sie etwas überrepräsentiert waren. Was die Adeligen anbelangt, so ist die Feststellung interessant, daß auch die führenden Adelsgeschlechter in den DK verhältnismäßig kaum mehr Dignitäre aufweisen. Überraschend ist zuletzt der Sachverhalt, daß knapp die Hälfte der zum Bischof gewählten vorher keine Dignität besessen haben²⁰. Eine solche war also keineswegs notwendige Vorstufe für den Aufstieg zur Fürstenwürde.

Geographische Herkunft²¹

Bei dieser Variable kann man zunächst aufgrund der erhaltenen Zahlen festhalten, daß die Rekrutierung bei den am Rande gelegenen DK in Norddeutschland, in Lütlich, Basel, Chur, Brixen und Trient eine stark lokale war. 70%–90% aller DHH kommen hier aus der Umgebung, eine Eigenheit, die sich mit fortschreitender Zeit noch verstärkt. Eine Ausnahme bilden die an der Ostgrenze gelegenen DK, etwa Hildesheim, Würzburg und Bamberg. Da der Adel hier häufig protestantisch war, blieb die Rekrutierungsbasis immer recht schmal, so daß diese Kapitel stets auf einen gewissen Zuzug von außen angewiesen waren. Bei den DK im Südosten fanden geradezu dramatische Umschichtungsprozesse statt. Hier hatte um 1600 der bayerische land-sässige Adel noch eine starke Stellung eingenommen. Nach der völligen Rekatholisierung des Habsburgerreiches drängten nun österreichische Adelige mit aller Macht in diese DK und reduzierten den bayerischen Anteil um die Hälfte. Einige Zahlen mögen diese Entwicklung verdeutlichen. In Passau waren Bayern und Österreicher zunächst etwa gleich stark vertreten, nämlich je etwa 40%. Zuletzt aber gab es dort überhaupt keine Bayern mehr, während der Anteil der Österreicher vorübergehend, im dritten Zeitabschnitt, auf 86% stieg. Kleinere Kontingente stellten die Bayern in Augsburg, Eichstätt und Salzburg. Auch hier wurden sie völlig verdrängt und an ihre Stelle traten Österreicher, denen es in Eichstätt sogar gelang, den Fürstbischofsstuhl zu erobern. Nur in ihren Hauskapiteln Freising und Regensburg konnten sich die bayerischen Adeligen noch halten. Aber auch hier erreichten die zunächst kaum vertretenen Österreicher zuletzt Anteile von 20–30%. In etwas schwächerem Maße waren

20. Hier muß allerdings die große Anzahl Reichsfürsten berücksichtigt werden, die direkt auf die Wahl zum Fürstbischof aspirierten und nur zu diesem Zwecke in ein DK eintraten, ohne an einer Dignität überhaupt interessiert zu sein.

21. Hier müssen die beiden edelfreien Kapitel Köln und Straßburg unberücksichtigt bleiben, da deren Angehörige sich nach exklusiv ständischen Kriterien aus dem ganzen Reich rekrutierten.

auch die schwäbischen Reichsritter, die in den genannten DK um 1600 ebenfalls ansehnliche Kontingente gestellt hatten, ein Opfer der österreichischen Expansion. Ihnen boten sich aber Ausweichmöglichkeiten in den übrigen reichsritterlichen Kapiteln. Diese suchten ständische Exklusivität zu erlangen und damit veränderte sich auch die Rekrutierungsbasis. So finden wir z.B. in Speyer und Worms noch bis weit ins 17. Jahrhundert hinein verhältnismäßig viele norddeutsche Adelige, weit mehr als aus dem geographisch näher gelegenen Schwaben. Während sie sich in Speyer im großen ganzen halten konnten, wurden sie aus Worms, wo sie anfänglich mehr als ein Drittel der DHH gestellt hatten, später fast völlig verdrängt. An ihre Stelle traten schwäbische und fränkische Reichsritter, die zuerst gar nicht in Worms erschienen waren. Das Beispiel zeigt ein Faktum auf, das mehr oder weniger für alle reichsritterlichen, d.h. in der Mitte des Reichs gelegenen Kapitel gilt: holten sie sich ihren Nachwuchs zunächst vor allem aus den geographisch nahe gelegenen Ritterkreisen, so findet im 18. Jahrhundert eine stärkere Durchmischung innerhalb der gesamten Reichsritterschaft statt, in der man wohl den Ausdruck eines gesteigerten Korpsgeistes sehen kann. Abschließungstendenzen zeigen auch die norddeutschen Kapitel. Generell kann gesagt werden, daß das Kriterium der Herkunft eine je länger desto größere Rolle für die Aufnahme spielt. Man sucht die ergiebigen Pfründen den eigenen Landsleuten oder einer größeren ständischen Gruppe zu sichern. Allerdings gibt es auch im späten 18. Jahrhundert vereinzelt sehr bezeichnende Ausnahmen²².

Kumulationen

Bei den Kumulationen kann man zwei Hauptfragen an das Datenmaterial stellen, nämlich erstens: in welchem Maß wurde überhaupt kumuliert, d.h. wieviele Kumulationen trafen im Schnitt auf den einzelnen DH bzw. eine Gruppe (Kapitel usw.); und zweitens: welche Kapitel kumulierten bevorzugt miteinander? Die Untersuchung wirft allerdings einige methodische und technische Probleme auf, auf die im Rahmen dieses Aufsatzes nicht weiter eingegangen werden kann²³. Wir beschränken uns hier darauf, einige allgemeine Ergebnisse mitzuteilen:

- 43% der KK sind nicht kumuliert. Vom Rest sind gut ein Drittel einmal, rund ein Sechstel zweimal kumuliert. Höhere Kumulationen sind Ausnahmen. Die Verteilung auf der Zeitachse ist ziemlich stabil, einzig im letzten Zeitabschnitt zeigt sich eine Tendenz zu vermehrten Kumulationen. Man bemerkt ferner, daß mit wenigen Ausnahmen die anfänglich noch bestehenden z.T. extremen Unterschiede in der Kumulationshäufigkeit mit fortschreitender Zeit verschwinden, sich die Kapitel hierin einander also angleichen.
- Mit der Variable „Stand“ ergibt sich eine enge Korrelation: es wird umso mehr kumuliert, je höher der Stand ist. Die fleißigsten Pfründensammler sind die Reichsfürsten, es gibt unter ihnen solche, die bis zu zehn KK erwerben. Umgekehrt sind Kumulationen bei bürgerlichen DHH eine große Ausnahme, und zwar je länger desto mehr.

22. So erscheinen etwa Schweizer in den norddeutschen Kapiteln, Norddeutsche hingegen in Passau.

23. Vgl. dazu das Kapitel über die Kumulationen in unserer Darstellung Bd. II.

- Die bei der Variable „Herkunft“ erwähnten „Überfremdungen“ lassen sich nicht allein durch die Kumulationen erklären. Von den Norddeutschen in Speyer oder den Österreichern in Eichstätt waren viele anderswo nicht mehr bepfündet.
- An der Peripherie gelegene Kapitel kumulieren weniger häufig als solche im Zentrum, an Schnittpunkten von Verkehrsachsen oder keiner Region eindeutig zugeordnete. Dieses kann man gut bei Augsburg, Eichstätt und Salzburg zeigen, deren Kumulationshäufigkeit merklich über dem Durchschnitt liegt. Letzteres gilt für die reichen Kapitel ganz allgemein, während die armen fast immer weit weniger häufig kumuliert werden.
- Kapitel mit vielen Kumulationen weisen in der Regel auch eine hohe Streuung der Kumulationen bzw. einen weiten Radius der Kumulationsbeziehungen auf. Dies kann man positiv bei den eben genannten drei DK beobachten, negativ etwa bei Basel, Mainz und Regensburg.
- Die engsten Kumulationsbeziehungen weisen peripher gelegene, aber einander benachbarte Kapitel auf, die gleichzeitig von anderen relativ weit entfernt sind. Dies gilt z. B. für die vier norddeutschen Kapitel untereinander, weiter für Bamberg-Würzburg, Passau-Salzburg, Brixen-Trient.

Allgemeine Schlußfolgerungen

Regionale Typen

Ausgehend von einigen Elementen der Verfassungsgeschichte kann man bei den deutschen DK drei größere regionale Gruppen bilden, nämlich die norddeutschen, die reichsritterlichen, d. h. rheinländisch-fränkischen, und die süddeutsch-österreichischen. Die bei der vergleichenden sozialgeschichtlichen Untersuchung bei mehreren Variablen gewonnenen Befunde bestätigen im wesentlichen diese regionale Gliederung, wir haben es also mit eigentlichen regionalen Typen zu tun, die voneinander deutlich geschieden werden können. Nicht in dieses Schema einfügen lassen sich natürlich die beiden edelfreien Kapitel Köln und Straßburg, ebenso wenig Lüttich, das immerhin mit dem benachbarten Köln in einigem vergleichbar ist. Überhaupt bilden die ganz an der Grenze des Reiches gelegenen Kapitel, also neben Lüttich noch Basel, Chur, Trient und mit einigen Einschränkungen Brixen eine gewisse Sondergruppe. Obschon auch sie in größere regionale Zusammenhänge eingebunden sind, weisen sie doch ein gewisses Eigenleben auf, das sich im Laufe der Zeit noch verstärkt, so daß diese Kapitel am Schluß noch mehr aus dem Rahmen fallen, während bei den übrigen eher eine gegenseitige Angleichung stattfindet. Jene weisen verfassungsmäßig wenig Entwicklungen auf. Ihnen gemeinsam, aber unterschiedlich zu den anderen DK sind etwa starke lokale Rekrutierung, Vorhandensein verschiedener Adelsgruppen, von denen keine bestimmte dominiert, bedeutende Rolle der Bürgerlichen, u. a. bei der Besetzung der Dignitäten, wenig Kumulationen, bei den kleinen unter ihnen eine gewisse Neigung zur Vorherrschaft einiger Familien. Gewisse Besonderheiten gibt es auch bei den am Ostrand gelegenen DK, also einerseits Hildesheim und Paderborn, andererseits Bamberg und Würzburg, doch treten sie weniger hervor als bei den erstgenannten.

Innerhalb der süddeutsch-österreichischen Gruppe heben sich Salzburg und Passau durch eine höhere und im Verlaufe der Zeit zunehmende ständische Exklusivität heraus. Bei Salzburg muß man berücksichtigen, daß es sich um ein Metropolitankapitel handelt, das die Tendenz hat, sich den übrigen Metropolitankapiteln (Köln, Mainz, Trier) anzugleichen. Eher umgekehrt verläuft trotz des abnehmenden bürgerlichen Anteils die Entwicklung in den bescheidenen und schlecht dotierten DK Freising und Regensburg. Ihr Einzugsgebiet und damit die Kumulationshäufigkeit vermindert sich, sie machen einen immer geschlosseneren und provinzielleren Eindruck und sind vor allem noch wichtig als Versorgungsstätten des sonst fast überall ausgeschalteten niederen bayerischen Adels. Die im Schnittpunkt verschiedener Einflußbereiche gelegenen und untereinander durch Kumulationen, vor allem am Anfang, stark verbundenen DK Augsburg und Eichstätt weisen eine spannungsreiche Geschichte auf²⁴. In beiden kämpfen verschiedene soziale Gruppen um den maßgeblichen Einfluß. In Augsburg erringen zuletzt die schwäbischen Reichsritter eine dominierende Stellung, es gelingt ihnen indessen nicht, die Bürgerlichen gänzlich zu verdrängen. Eichstätt ist zunächst durch die Rekrutierung und die Kumulationen durchaus dem südostdeutschen Raum verbunden. Es stellt aber gleichzeitig, durch den prinzipiellen Ausschluß der Bürgerlichen und die Dominanz der Reichsritter, namentlich der schwäbischen, ein Bindeglied zu den reichsritterlichen DK dar. Nach ihnen orientiert es sich auch zunehmend, wie sich vor allem an den Kumulationen ablesen läßt. Bis zum Schluß spielen aber auch Österreicher eine wichtige Rolle im Kapitel. Die beiden ebenfalls noch zur süddeutschen Gruppe zählenden DK Basel und Konstanz weisen einige Gemeinsamkeiten untereinander auf, etwa die starke lokale Rekrutierung, den hohen Anteil von Nominationen beim Adel, während die Bürgerlichen fast nur durch Provision ins Kapitel kommen, den hohen Theologenanteil bei diesen usw. Im Laufe der Zeit entwickeln sich aber die beiden, auch durch Kumulationen nur schwach verbundenen Kapitel auseinander. Man könnte diese Entwicklung, die bei verschiedenen Variablen sichtbar wird, kurz so charakterisieren, daß Basel provinzieller wird und noch mehr als schon bisher an den Rand rückt, während sich Konstanz der Gruppe der reichsritterlichen DK anschließen sucht, indem es sich immer mehr nach diesen ausrichtet.

Die reichsritterlichen Kapitel weisen untereinander, verglichen mit den süddeutsch-österreichischen, geringere Unterschiede auf, ebenso wenig finden in ihnen größere Umschichtungsprozesse statt. Eine enorme Stabilität zeigt sich vor allem bei den im Windschatten großer Ereignisse gelegenen fränkischen Kapiteln Bamberg und Würzburg, die miteinander durch Kumulationen eng verbunden sind. Letzteres gilt auch für die beiden DK Mainz und Trier, doch geht hier die Entwicklung bei verschiedenen Variablen (Grund des Ein- und Austritts, Herkunft, Kumulationen) auseinander. Das Streben nach ständischer Exklusivität ist bei beiden ausgeprägt. Ein deutlicher Trend dazu zeigt sich auch in dem allerdings wenig bedeutenden Worms, das dadurch noch mehr ein Anhängsel der größeren DK, insbesondere von Mainz, wird. Demgegenüber führt Speyer ein stärkeres Eigenleben, insbesondere kann hier

24. Dasselbe gilt für das benachbarte und mit beiden DK durch Kumulationen verbundene Kapitel der Fürstpropstei Ellwangen, das mit den DK sehr enge Verwandtschaft aufweist. Vgl. zu ihm die Arbeit von Mildner, Eduard, Das Ellwanger Stiftskapitel in seiner persönlichen Zusammensetzung, Ellwangen o.J. (1968), mit vielen statistischen Angaben.

der norddeutsche Adel im Gegensatz zu den anderen Kapiteln seine Stellung wahren.

Die norddeutschen Kapitel können eigentlich als Einheit betrachtet werden, die um das Zentrum Münster organisiert ist, wie die Kumulationen zeigen. Typisch für sie alle sind Beherrschung durch den lokalen landsässigen Adel, hohe Selbstergänzungsrate bei gleichwohl grundsätzlicher Akzeptation von Provisionen, eine ständig steigende Anzahl von Resignationen und daher verhältnismäßig kurze durchschnittliche Aufenthaltsdauer, sowie eine ständige Zunahme der Kumulationen, bei gleichzeitiger Konzentration auf die eigene Region und damit eine stetige Verflechtung untereinander. Auch hier zeigen sich Abschließungs- und Provinzialisierungstendenzen. Am ehesten Abweichungen von dieser typischen Entwicklung weist das ja auch geographisch etwas abgelegene Hildesheim auf, anfänglich auch Paderborn.

Die beiden edelfreien DK Köln und Straßburg weisen unter sich viele Gemeinsamkeiten auf und sind auch durch Kumulationen eng miteinander verbunden. In ihrer ständischen Zusammensetzung entwickeln sie sich aber auseinander. Köln ist durchlässiger, hier konnten neu in den Grafenstand aufgenommene Familien nach einer gewissen Wartezeit aufgenommen werden, so daß wir hier zuletzt sogar mehrere Vertreter der ehemals bürgerlichen Fugger finden. Straßburg hingegen schloß sich rigoros ab, so daß sich hier eine eigentliche Domherrenoligarchie entwickeln konnte, indem einige wenige Familien die Pfründen unter sich verteilten. Von den deutschen KK²⁵ entfielen im 18. Jahrhundert 40% allein auf die drei Geschlechter Königsegg, Manderscheid und Salm. Die in der Rangliste folgenden Familien (Waldburg, Fürstenberg, Hohenlohe, Löwenstein, Hohenzollern und Hessen) beanspruchten weitere 36%, so daß für „Außenseiter“ zuletzt kaum mehr Platz offen war. Ähnlich verlief die Entwicklung bei den Franzosen im Straßburger DK, indem hier die Familie Rohan, die ja auch die letzten vier Fürstbischöfe stellte, eine absolut dominierende Rolle spielte. Bei der Säkularisation waren unter den 20 übriggebliebenen DHH sechs Königsegg, vier Rohan und je drei Salm und Hohenlohe²⁶.

Zeitliche Veränderungen

Bei einigen Variablen lassen sich auf der Zeitachse parallel laufende Veränderungen in allen oder fast allen DK feststellen. Damit sind einige generelle Aussagen zu ihrer Geschichte in den beiden letzten Jahrhunderten ihres Bestehens möglich. Auf ein Faktum haben wir schon mehrfach hingewiesen, nämlich die Reduktion des bürgerlichen Elements in den DK, insbesondere die Eliminierung der bürgerlichen Mittel- und Unterschicht. Die im 16. Jahrhundert in ganz Europa einsetzende feudale Reaktion läßt sich auch bei den deutschen DK sehr schön beobachten. Die Antwort des Bürgertums ist ebenfalls bezeichnend: es verschaffte sich Adelsbriefe und versuchte

25. Seit 1687 waren acht der insgesamt 24 KK französischen Adligen reserviert.

26. Die im 17. Jahrhundert führende Familie Manderscheid zeigt die Gefahren der Politik, möglichst viele Söhne in den DK unterzubringen, auf. Sie starb nämlich 1780 aus, nachdem der letzte männliche Sproß, DH Franz Joseph Georg von Manderscheid-Blankenheim noch in hohem Alter seine KK resigniert hatte, um sich zu verheiraten, ihm aber Kinder versagt blieben.

auf diesem Wege, zu den begehrten Pfründen zu gelangen. Der Adel begegnete dem, indem er die Anforderungen bei der Ahnenprobe in die Höhe schraubte: in der Regel mußte ein Proband nun 16 adelige Ahnen aufweisen. Gleichwohl gelang es einigen Familien nach einer allerdings langen Wartezeit, diese Hürden zu übersteigen, bloß waren sie nun nicht mehr Repräsentanten der bürgerlichen Schicht. Innerhalb des Adels zeigt sich eine Nivellierungstendenz. Die rangmäßig höchste Gruppe der Reichsfürsten wird weitgehend ausgeschaltet. Auf der andern Seite steigt die Gruppe des gewöhnlichen landsässigen Niederadels zu einem großen Teil durch Standeserhöhungen in die Ränge des höheren Reichsadels auf. Die meisten reichsritterlichen Familien lassen sich schon im 17. Jahrhundert in den Reichsfreiherrnstand erheben. Diesem Beispiel folgend, legt sich im 18. Jahrhundert auch der norddeutsche landsässige Adel den Freiherrentitel zu, meist ohne ausdrückliche Verleihung. Geht man bei den Familien vom Adelsrang um 1600 aus oder zieht man um diesen Zeitpunkt einen Schnitt, so ergibt sich, daß die Reichsritter rund 40% der DHH ausmachen, der landsässige Niederadel rund 30%. Die übrigen Gruppen folgen mit großem Abstand. Zieht man aber einen Schnitt bei der Säkularisation, so sieht das Bild ganz anders aus: führend sind nun die Reichsfreiherrn mit 36%, die Reichsgrafen mit 31,5%. Die Standeserhöhungen vor allem haben bewirkt, daß nun ein einigermaßen homogener Stiftsadel entstanden ist, mindestens innerhalb der drei großen Regionen.

Eine weitere allgemeine Veränderung betrifft die Herkunft. Auch hier waren die Kapitel anfänglich stark durchmischt. Mit fortlaufender Zeit nimmt die räumliche Mobilität ab, die Rekrutierung aus dem eigenen regionalen Bereich zu. Es betrifft dies, wie bereits bemerkt, vor allem die an der Peripherie gelegenen DK, gilt aber auch für die Gruppe der norddeutschen und der reichsritterlichen DK untereinander. Hatten sie zunächst gegenseitige Bepfründungen ohne große Anstände vorgenommen, so schlossen sie sich später immer mehr nach außen ab. Allerdings nimmt die Mobilität innerhalb der beiden regionalen Großgruppen zu. Völlig gelang die Abschließung nirgends. Papst und Kaiser unterstützten solche Bestrebungen nicht, auch mußte man immer mit Retorsionsmaßnahmen rechnen. Im Südosten finden bemerkenswerte Umschichtungen statt, unter denen das Vordringen der österreichischen Adeligen auf Kosten der bayerischen und schwäbischen das bemerkenswerteste Faktum ist. Auch hier finden innere Angleichungsprozesse bei gleichzeitiger Abgrenzung nach außen statt. Bloß erfassen diese Vorgänge nur einzelne kleine Gruppen, nicht die regionale Großgruppe als Ganzes. So orientiert sich Passau nach Salzburg hin, dasselbe geschieht etwas später und etwas weniger eindeutig mit Brixen. Diese Kapitel werden zu Institutionen des österreichischen Grafenstandes. Freising und Regensburg gleichen einander an und werden zu Refugien des bayerischen Adels. Eichstätt und Konstanz, in denen die schwäbische Reichsritterschaft eine große Rolle spielt, wechseln in gewissem Sinne die Orientierung und wenden sich den übrigen reichsritterlichen Kapiteln zu. Basel und Trient gehen eigene Wege und verprovinzialisieren.

Als dritte allgemeine Tendenz könnte man die wachsende Kumulationshäufigkeit bezeichnen, die vor allem in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts bemerkbar wird. Zwei bis drei Kumulationen werden nun in den meisten DK und Familien zur Norm. Am stärksten ist die Steigerung bei den norddeutschen Kapiteln, etwas weniger stark bei den reichsritterlichen. Im Süden nimmt die Kumulationshäufigkeit nur bei einigen Kapiteln zu, insgesamt sogar ab. Nun muß man hier aber die ganz an der Peri-

pherie gelegenen DK, die ja mit ihrer zunehmenden Provinzialisierung auch weniger kumulieren, abrechnen und ferner berücksichtigen, daß hier einige Kapitel (z. B. Augsburg und Eichstätt) anfänglich zur Spitzengruppe zählen, also bloß eine Angleichung nach unten stattfindet.

Die Krise der deutschen Domkapitel am Vorabend der Säkularisation

Eine sozialgeschichtliche Untersuchung der deutschen DK kann der Frage nicht aus dem Wege gehen, ob die Säkularisation von 1803, die ihr Dasein beendete, ein mehr zufälliges unglückliches Ereignis, einer Naturkatastrophe vergleichbar, war, oder aber bloß der endgültige Abschluß einer längeren krisenhaften Entwicklung. Wir neigen aufgrund unserer Resultate dazu, die Frage im zweiten Sinne zu beantworten. Neben ihrer in der Neuzeit immer mehr zurücktretenden primären geistlichen Aufgabe hatten die DK traditionell zwei wichtige weltliche Funktionen ausgeübt: einerseits waren sie klassische Versorgungsstätten für die in ihnen vertretenen Familien, namentlich die adeligen, die ja insgesamt fast 90 % aller DHH stellten, andererseits waren sie ein wesentlicher Machtfaktor im Gefüge des geistlichen Staates und damit im Reiche überhaupt. Diese beiden Funktionen sind aber seit der Mitte des 18. Jahrhunderts ernsthaft in Frage gestellt worden.

Was zunächst die Rolle als Versorgungsstätten des Adels anbelangt, so konnten die DK diese nur noch schlecht erfüllen, weil sich immer mehr Bewerber zu den Pfründen, deren Zahl ja praktisch fixiert war, drängten. Berechnet man die durchschnittliche Verweildauer der mit Tod abgegangenen DHH, so stellt man fest, daß sie überall ansteigt, im Schnitt von 25,5 in der ersten auf 32,5 Jahre in der letzten Periode. Ein Teil dieses Anstiegs geht möglicherweise auf ein früheres durchschnittliches Eintrittsalter zurück, der andere ist aber sicher auf die allgemein steigende Lebenserwartung zurückzuführen. Dazu kam die zuerst bei den reichen Kapiteln bemerkbare, zuletzt aber auch die weniger gut dotierten Kapitel erfassende Neigung der DHH, auf den einmal erworbenen Pfründen so lange als möglich sitzenzubleiben. Diese beiden Tatsachen besagen aber nichts anderes, als daß Vakanzen und damit die Möglichkeit zu Neuaufnahmen immer seltenere Ereignisse wurden. Die Frequenz der Eintritte verminderte sich in der Tat, wie zahlenmäßig eindeutig zu belegen ist, immer mehr. Ferner nahmen, wie wir gesehen haben, gerade in den rein adeligen Kapiteln die Kumulationen zu. Damit blieben für die Neuankömmlinge natürlich noch weniger Stellen übrig. Über den Grund, weshalb die Kumulationen so zunahmen, kann vorderhand nur spekuliert werden. Einige einst mächtige Familien, die später wenig Nachkommen hatten, haben offensichtlich versucht, ihre Machtposition mittels forcierter Kumulationen zu halten. Möglicherweise reichte aber auch das teilweise noch auf Naturalien beruhende Einkommen für die ständig wachsenden Ansprüche der Lebenshaltung der geistlichen Kavaliers nicht mehr aus, so daß Kumulationen zu einer ökonomischen Notwendigkeit wurden.

Zwar gibt es einige Fakten, die auf die umgekehrte Entwicklung hinzudeuten scheinen. Bei näherer Betrachtung erweisen sie sich indessen allesamt als Trugschlüsse. Etwas Luft wurde den DK natürlich durch die aussterbenden Familien, die endgültig aus dem Konkurrenzkampf um die Pfründen ausschieden, verschafft. Aber dieser Gewinn wurde mehr als wettgemacht durch das Nachrücken von neu in den

Adel aufgenommenen bürgerlichen Familien, somit das Problem auf die Dauer eher noch verschärft. Auch in jenen wenigen Kapiteln, bei denen die DHH im Gegensatz zum allgemeinen Trend eher mehr resignierten, verbesserte sich die Situation nicht. Man kann nämlich, wenn man die Einzelfälle untersucht, zeigen, daß solche Resignationen zum größten Teil an Verwandte erfolgten, am häufigsten zugunsten eines Bruders oder Neffen²⁷. Das heißt aber nichts anderes, als daß diese Pfründen nicht mehr frei verfügbar waren, sondern im Gegenteil zu quasi erblichen Stellen wurden, somit für alle anderen Kandidaten unerreichbar waren. Schließlich scheint auch die Eliminierung von Bürgerlichen, die ja in der Vergangenheit dem Adel ebenfalls einige zusätzliche Pfründen verschafft hatte, um diese Zeit an kritische Grenzen gestoßen zu sein, wie das Beispiel Augsburg zeigt. Abgesehen davon hätten die vielen Nobilitierungen bürgerlicher DHH-Familien solche Bestrebungen ohnehin auf die Dauer unterlaufen.

Es ist nicht zu leugnen, daß die DK ihre althergebrachte Aufgabe als „Spitäler des Adels“ je länger desto unvollkommener und ungenügender erfüllen konnten. Das belegt auch die zunehmende Zahl jener jungen katholischen Adeligen, welche gar nicht erst auf eine Pfründe rechneten, sondern auf eine Karriere im Militär oder in der Verwaltung hin steuerten, was allerdings generell wegen der damit nicht mehr verbundenen Zölibatspflicht das Versorgungsproblem des Adels nur noch vergrößerte. Eine wirkliche Lösung wäre nur mit radikalen Maßnahmen möglich gewesen, etwa dem grundsätzlichen Verbot aller Kumulationen, wodurch sich, aufgrund der gegen Ende des 18. Jahrhunderts feststellbaren Kumulationshäufigkeit das Stellenangebot mit einem Schlag etwa verdoppelt hätte. Aber zu solch umstürzenden Neuerungen konnte sich die betroffene Schicht offenbar nicht mehr aufraffen; Klagen über die „Benefizienpluralität“ kamen allenfalls von Bürgerlichen. Damit sind wir beim zweiten existenzbedrohenden, allerdings nicht mehr quantifizierbaren Faktor, der bürgerlichen Kritik an den adeligen DK²⁸. Sie stellte auch ihre Machtstellung grundsätzlich in Frage. Ansatzpunkt der Kritik waren neben den gehäuften Kumulationen die den Bürgerlichen nicht verborgen gebliebene Verdrängung ihrer Vertreter aus den DK und das Überwiegen des weltlichen Elements auf Kosten der ehemals allein wichtigen geistlichen Funktionen. Diese wurden nun zum größten Teil ersatzweise von Bürgerlichen wahrgenommen; Bürgerliche waren auch die wesentlichen Träger jener sich aus der Aufklärung herleitenden innerkirchlichen Reformbewegung seit den sechziger Jahren des 18. Jahrhunderts. Diese gut gebildeten und eifrigen Geistlichen konnten nicht mehr verstehen, daß in den DK „ein Knabe, bloß weil er adelig ist, einem heiligen, gelehrten, in priesterlichen Arbeiten grau gewordenen Manne vorgezogen wird“²⁹. Gewiß gab es unter der adeligen Spitze der Reichskirche auch vorbildliche Figuren, wie den westfälischen Minister Franz Egon von Fürstenberg, die Brüder Erthal oder den späteren Fürstprimas Karl Theodor von Dalberg. Sonst aber galten

27. Am Beispiel Münsters untersucht in der vortrefflichen sozialgeschichtlichen Arbeit von Reif, Heinz, *Westfälischer Adel 1770–1860*, Göttingen 1979 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 35).

28. Wende, Peter, *Die geistlichen Staaten und ihre Auflösung im Urteil der zeitgenössischen Publizistik*, Lübeck-Hamburg 1966.

29. Wittola, Max Anton, *Über den Mißbrauch, Unadelige von Domstiften auszuschließen*, in: *Neueste Beiträge zur Religionslehre und Kirchengeschichte* 2 (1791), S. 611f.

die adeligen DHH eher als Untätige, Schmarotzer und Drohnen. Beispiele dazu gab es genug. Es war auch nicht einzusehen, weshalb die adeligen geistlichen Kavaliers zwei bis drei Pfründen benötigten, wenn anderswo bürgerliche Bewerber lange auf ein viel bescheideneres Benefizium warten mußten. Was hatte die aufwendige Lebensführung vieler adeliger DHH noch mit der Urkirche gemein?

Gewiß gab es auch Positives von den DK zu sagen, vor allem wenn man vom Politischen her argumentierte. Die DK galten als Palladium der Freiheit gegenüber absolutistischer Willkür, von der auch einige geistliche Fürsten nicht frei waren. Für solche Fragen war man gegen Ende des 18. Jahrhunderts sehr sensibel. Die verschiedenen Reformvorschläge, die damals gemacht wurden, liefen denn auch meist nicht auf eine völlige Abschaffung der DK hinaus, sondern auf eine Umwandlung. Sie sollten die geistliche Funktion völlig verlieren und diese vom meist mit Bürgerlichen besetzten Konsistorium wahrgenommen werden. Als rein weltliches Gremium wären sie ein Vorläufer des modernen Parlaments geworden. In ihm hätte neben dem Adel auch das Bürgertum eine größere Rolle spielen können. Selbstverständlich wären auch Kumulationen grundsätzlich verboten gewesen. Zur Verwirklichung dieser Vorschläge, die der immer massiveren Kritik den Wind aus den Segeln genommen hätten, ist es nicht mehr gekommen. Die schwierige außenpolitische Lage des Reiches im Napoleonischen Zeitalter erzwang die radikale Lösung der Säkularisation, mit der manche weltliche Fürsten, angesichts des immensen Vermögens der DK, schon früher geliebäugelt hatten. Sie war die letzte Konsequenz einer langen Entwicklung, die auf diesem Wege nicht mehr weitergehen konnte. Mit den ausgeschütteten Pensionen betonte sie nochmals den problematisch gewordenen Versorgungscharakter der alten Kapitel, mit der Auflösung der geistlichen Staaten entmachtete sie sie als politische Institution. Der Weg wurde frei, die DK wieder zu dem zu machen, was sie einst gewesen waren: rein geistliche Körperschaften, die jedermann, der die nötigen Fähigkeiten und Interessen mitbrachte, offenstanden.

Summary

The present article is a summary of a quantitative Social History in three volumes (can be obtained directly from the author) treating of the 24 cathedral chapters of the Old German Empire in the 17th and 18th century. The research on the cathedral chapters which were as well spiritual as secular corporations, until now is rather traditional in its methods, i.e. focusing on the constitutions and the biographies of the canons. Actually there are only a few monographies. Our study which comprehends all chapters examines 5725 cases. The case-unit is not the person, but the prebend. The following variables are taken up: name (locality) of the chapter, dignitaries, degrees (for commoners), the ways of applying to and retiring from the chapters, social status (seven categories for the nobility, two for the commoners), advancements in rank, origin, cumulations. The completeness of the data is generally more than 90%, often towards 100%. All data is published in form of chronological lists of the canons in every chapter, besides an index of names is given. Therefore our work serves as a reference-book too. The data were processed with SPSS, crosstabulations and other statistics are published also.

For regional inquiries the chapters were classified into three groups: Northern Germany, the chapters of the Knights of the Empire (i.e. Rhineland and Franconia), Southern Germany and Austria. To show the chronological development we divided the entire period (1601-1803) into four periods of about fifty years. The article presents some important results for every variable. Some general statements are possible. From the viewpoint of social history the hypothesis of three regional types has been verified. Chapters at the border of the Empire form a particular group which shows more and more deviations to the standard. On the other hand the chapters in the center assimilate. Spatial mobility decreases, local recruitment increases. There are tendencies to closeness and occasional provincialism. Cumulations increase in the second half of 18th century. Canons from the middle and lower classes were almost completely eliminated during the two centuries. Thus the European feudal reaction can clearly be demonstrated using the example of the German cathedral chapters.

Our research shows that the chapters get into a crisis in the late 18th century. They could no more accomplish their functions as providing institutions for the German nobility. For many reasons the run to the prebends grew as well as the commoners' criticism influenced by the Enlightenment. They disapproved the loss of the chapters' spiritual functions, the prevalence of the nobility, the growing exclusion of the commoners and the enormous cumulations. Proposals to a reform failed. The difficult situation in the Empire during the Napoleonic Wars forced the secularization (1803) which brought the end to the old German cathedral chapters.

Minderheit und sozialer Aufstieg: Juden in Köln zwischen 1808 und 1850

Der folgende Beitrag¹ versucht, am Beispiel der jüdischen Minorität Kölns Möglichkeiten und Grenzen einer mit quantitativen Methoden arbeitenden historischen Sozialforschung aufzuzeigen. Da in Köln erst ab 1798 die Zuwanderung von Juden wieder erlaubt war, bietet sich zugleich die Möglichkeit, die Entwicklung eines historischen Personenkollektivs gleichsam vom Nullpunkt an zu verfolgen. Neben einer Untersuchung der beruflichen und sozialen Gliederung werden die horizontale und vertikale Mobilität analysiert.

Zur Aufbereitung der Daten

Da auf keine sozialstatistische Dokumentation der Juden Kölns zurückgegriffen werden konnte, mußte zunächst die Gruppe der Juden ermittelt werden. Hierzu wurden alle einschlägigen Quellen² in eine auf Karteikarten erstellte Dokumentation aufgenommen. Dies begann mit der namentlichen Identifizierung, ging über die Zuord-

1. Dem Aufsatz liegt meine 1982 abgeschlossene Dissertation zugrunde: Die Geschichte der Juden in Köln von der Wiederzulassung 1798 bis um 1850. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte einer Minderheit, Köln 1984. Da der Schwerpunkt des vorliegenden Beitrags auf der methodischen Ebene liegt, müssen die Ergebnisse notwendigerweise stark verkürzt wiedergegeben werden. Eine eingehendere Diskussion bietet auch Müller, Alwin, Das Sozialprofil der Juden in Köln (1808–1850), in: Bohnke-Kollwitz, Jutta, u. a. (Hg.), Köln und das rheinische Judentum, Festschrift Germania Judaica 1959–1984, Köln 1984, S. 102–116. Vgl. auch Müller, Alwin, Die Geschichte der Juden in Köln zu Beginn des 19. Jahrhunderts, in: Geschichte in Köln, H. 5, Köln 1979, S. 16–47.
2. Hier sei insgesamt auf die Quellen verwiesen, ein Einzelnachweis entfällt damit in den meisten Fällen: Historisches Archiv der Stadt Köln (= HASTK), 400, II-16 bis 16, 14, II-4B-15, II-4C-1, Bd. 1–3, II-4D-1, Franz. Verw. 2474, 2475; Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Roerdep. 1793, S. 72, 1797, S. 58, 1798 und 1799; Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv Köln (= RWWAK), 1/3/1 bis 1/3/3, 1/3/8, 1/4/1 bis 1/4/7, 1/19/1, 1/23 f/48, 1/25/9, 1/25/16, 1/26/1 bis 1/26/5, 1/27/6, 1/51/1 bis 1/51/11, 1/51/16; Central Archives for the History of Jewish People Jerusalem, INV 796; Archives of the Leo-Baeck-Institut New York, Kober Coll., 1 bis 25, Hans Eltzbacher Coll., AR-C. 1424, 3626, IV; Archiv der Synagogen-Gemeinde Köln, Friedhofsbuch; Privatarchiv Schulte Neuß; Adressbuch der Stadt Köln 1813–1851; Verzeichniß der Einwohner der Stadt Cöln, welche an Grund- und Gewerbesteuer 10 [bzw. 30] Thaler pro 1826 entrichten, Köln o. J. [1826]; Verzeichniß der Meißtbeerbten der Stadt Köln o. O. o. J. [Köln 1849]; Schulte, Klaus H. S., Dokumentation zur Ge-

nung der einzelnen Daten bis zur Rekonstituierung von Familien³. Hierbei war das Ziel größtmögliche Vollständigkeit. Insgesamt wurden für die sozialstatistischen Aussagen folgende Variablen erhoben:

- Name
- Geburts- und Sterbedatum
- Beruf des Vaters
- Heiratsdatum, verheiratet und Zahl der Kinder 1808, 1820, 1845
- Adresse 1813, 1817-50 pro Jahr
- Beruf 1808, 1810, 1812, 1827-50 pro Jahr
- Firmenmitgliedschaft 1818-50 pro Jahr
- Gewerbeumfang 1817-50 pro Jahr⁴
- Patensteuer 1820
- Gewerbesteuer 1821-50 pro Jahr
- Zahl der Beschäftigten 1817-50 pro Jahr
- Klassensteuer 1849
- Wohlstand 1820
- Beitrag zur Synagogengemeinde 1801
- Kultussteuer an die Konsistorialsynagoge in Bonn 1825-40 pro Jahr
- Steuer beim Eintritt in die Synagogengemeinde 1851
- Notabel der Juden 1808
- Notabel der Handelskammer 1812, 1821
- Mitglied der Handelskammer 1822-28, 1849-50 pro Jahr
- Mitglied des Stadtrats 1846-48 pro Jahr
- Grundbesitz 1812, 1820
- Grundsteuer 1844, 1845, 1848

Jeder Historiker hat mit Inkonsistenzen zu rechnen, die in der formalen und inhaltlichen Struktur der Quellen liegen, wenn er sogenannte prozeß-produzierte Daten bearbeitet, d. h. „Aufzeichnungen formaler Organisationen, die im Rahmen derer Tätigkeiten als ‚Nebenprodukt‘ abfallen und nicht nur zum Zwecke wissenschaftlicher bzw. statistischer Auswertungen erhoben wurden.“⁵ So kam es etwa vor, daß in polizeilich aufgestellten Judenlisten als Angestellte oder Rentner bezeichnete Personen in den Gewerbesteuerakten als steuerpflichtig aufgeführt wurden, eventuell ein Hinweis darauf, daß sie zwei Berufe ausübten. Hier mußte in jedem einzelnen Fall ge-

schichte der Juden am linken Niederrhein seit dem 17. Jahrhundert, Düsseldorf 1972; Schulte, Klaus H. S., Bonner Juden und ihre Nachkommen bis um 1930. Eine familien- und sozialgeschichtliche Dokumentation, Bonn 1976; Kober, Adolf, Das Namensregister der Kölner Juden von 1808, Berlin 1926; Kober, Adolf, History of Jews in Cologne, Philadelphia 1940, App. A, S. 319.

3. Zu den hiermit verbundenen Problemen vgl. ausführlich Wrigley, E. A. (Hg.), Identifying People in the Past, London 1973.

4. Der Gewerbeumfang diene als Hilfsvariable zur Ermittlung von Gewerbesteuerzahlungen.

5. Bick, Wolfgang, und Müller, Paul J., Die Buchführung der Verwaltungen als sozialwissenschaftliche Datenbasis, in: Müller, Paul J. (Hg.), Die Analyse prozeß-produzierter Daten, Stuttgart 1977, S. 42-88, hier S. 42. Vgl. auch Clubb, Jerome M., und Scheuch, Erwin K. (Hg.), Historical Social Research. The Use of Historical and Process-Produced Data, Stuttgart 1980, bes. S. 11-50, 369-413.

prüft werden, welcher Quelle der Vorzug zu geben war. Es ließen sich auch nicht immer und für alle Fälle vollständige Daten ermitteln. Insgesamt kann jedoch davon ausgegangen werden, daß sich die fehlenden Angaben normal verteilen und damit keine systematischen Verzerrungen aufgetreten sind.

In die folgenden sozialstatistischen Auswertungen gingen aufgrund dieser Datenbasis alle nachweisbaren männlichen Erwerbstätigen ein (412 Personen), z. T. ergänzt um 17 weibliche Juden, die für eine gewisse Zeit — in der Regel nach dem Tod ihres Mannes — dessen Geschäft weiterführten (insgesamt also 429 Personen).

Die Dokumentation wurde nun in einem zweiten Arbeitsschritt in maschinenlesbare Form überführt und mit Hilfe des Programmpaketes SPSS im Rechenzentrum der Universität Köln ausgewertet. Eine computergestützte Auswertung wurde vor allen Dingen aus zwei Gründen gewählt: Zum einen sind die Zusammenhänge zwischen etwa 470 einzelnen Variablen pro Fall auch bei „nur“ 429 Fällen für eine Auswertung von Hand kaum noch überschaubar, zum anderen sollen diese Daten durch eine spätere Übergabe an das Kölner „Zentrum für Historische Sozialforschung“ einer Sekundäranalyse und komparatistischen Fragestellungen zugänglich gemacht werden⁶.

Ausgeklammert von der Betrachtung blieben Personen, die nicht mehr an dem differentiellen Bewertungssystem „Beruf“ teilhatten, d. h. im eigentlichen Sinne keinen Beruf (mehr) ausübten sowie „Sonstige“ (Rentner, Privatleute, Gefängnisinsassen, Militärangehörige etc.). Sie sind in ein Berufs- und Schichtkontinuum nicht oder nur sehr ungenau einzuordnen. Rentner z. B. konnten einerseits von einer Rente lebende Rentiers sein — und damit über ein gewisses Auskommen und einen gewissen Sozialstatus verfügen —, andererseits aber auch zeitweise oder für immer aus dem Berufsleben ausgeschiedene Personen bezeichnen, die von dem Status oder Prestige bzw. den sozioökonomischen Gegebenheiten ihres zuletzt ausgeübten Berufes lebten⁷. Eine generelle Einbeziehung dieser Personengruppen hätte die Dimensionen der Bewertung zu heterogen werden lassen und die Messungen verfälscht.

Die regionale Herkunft

Motive der Zuwanderung nach Köln waren vor allem die hier in der Großstadt in höherem Maße vorhandenen ökonomischen und schulischen Möglichkeiten⁸. Rechtli-

6. Hierauf haben jüngst Best und Schröder aufmerksam gemacht: Best, Heinrich, und Schröder, Wilhelm H., Basiscurriculum für eine quantitative historische Sozialforschung. Vorschläge für eine Einführungsveranstaltung am Beispiel des Zentrum-Herbstseminars, in: Historical Social Research 17, 1981, S. 3–50, hier S. 14.

7. Auf die nach dem Ausscheiden aus dem aktiven Berufsleben vielfach anzutreffende Altersverarmung verweisen etwa Borscheid, Peter, und Schomerus, Heilwig, Mobilität und soziale Lage der württembergischen Fabrikarbeiterschaft im 19. Jahrhundert, in: Müller, Paul J. (Hg.), Die Analyse prozeß-produzierter Daten, Stuttgart 1977, S. 199–224, hier S. 205–211.

8. HASTK, 400, II-4C-1. Die Quellen verzeichnen für 317 männliche Ernährer/Haushaltsvorstände (= 76,9% aller Männer) die regionale Herkunft. Angaben für Frauen fehlen völlig. In den Quellen wird nicht immer eindeutig zwischen Geburts- und Herkunftsort, d. h. letztem Wohnort vor der Übersiedlung nach Köln unterschieden. In den meisten Fällen geben sie al-

che Gründe beeinflussten demgegenüber nur in geringem Maße eine Immigration. 82,6% aller jüdischen Zuwanderer kamen aus preußischem Staatsgebiet, der überwiegende Teil aus der späteren Rheinprovinz (74,8%), weitere 5% aus der angrenzenden Provinz Westfalen. Die Judenschaft Kölns wuchs damit vor allem durch Zuzug aus ländlichen Gebieten der Rheinprovinz, in der 1817 noch etwa zwei Drittel aller Juden in Landgemeinden lebten⁹. Vor allem aus Bonn, Deutz und Mühlheim a. Rhein zog eine größere Anzahl von Juden nach Köln (jeweils bis max. 10% der Zuwanderer), während der Anteil der übrigen Herkunftsorte bei unter 1% lag. Zunächst handelte es sich bei den Zuwanderern um Juden mit niedriger spezifischer Berufsausbildung und geringem ökonomisch-sozialem Status. Erst etwa ab Mitte der 20er Jahre begannen verstärkt Angehörige qualifizierterer Berufe nach Köln zu kommen (vgl. Tab. 1).

Die berufliche Gliederung

Zur Ermittlung der beruflichen Gliederung¹⁰ wurde die Methode der kollektiven Biographie verwendet, d. h. biographische Einzelinformationen möglichst aller Individuen, die an wirtschaftlichen Aktivitäten Anteil hatten, gingen in die Analyse ein. Untersuchungsobjekt war somit die Summe der erhobenen Individualbiographien¹¹. Ferner wurde die dynamische Betrachtungsweise der Zeitreihenanalyse gewählt. Die historische Entwicklung wurde also kontinuierlich im Zeitverlauf verfolgt, denn je dichter die Analysepunkte auf der Zeitachse angesiedelt sind, um so exakter und differenzierter lassen sich strukturelle Wandlungsprozesse nachzeichnen, desto weniger statische Momentaufnahmen müssen hergestellt und damit Ungenauigkeiten in Kauf genommen werden¹². Auf eine geschlechtsspezifische Analyse der Berufsstruktur konnte aus o. g. Gründen verzichtet werden.

Kriterium für die Zuordnung zu einer bestimmten Berufsgruppe war in erster Linie nicht der sozio-ökonomische Status, auf den weiter unten näher eingegangen wird, sondern der Tätigkeitsbereich der einzelnen Personen. Generell wurde der ausgeübte und nicht der erlernte Beruf untersucht. Der Begriff Beruf wird somit im Sinne von ausgeübter Tätigkeit verwendet. Die Berufe wurden zunächst pro Jahr in der ausführ-

lerdings wohl den Geburtsort an. Die Untersuchung der regionalen Herkunft setzt im Gegensatz zu den folgenden Analysen bereits 1798 ein.

9. Richarz, Monika (Hg.), Jüdisches Leben in Deutschland. Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte 1780–1871, Stuttgart 1976, S. 29.
10. Nur für 1808, 1810, 1812 und 1817–1850 liegen Daten vor. Quellen: wie Anm. 2.
11. Vgl. Floud, Roderick, Einführung in quantitative Methoden für Historiker, Stuttgart 1980, S. 174. Die hier gebrauchte Definition von kollektiver Biographie folgt Schröder, Wilhelm H., Probleme und Methoden der quantitativen Analyse von kollektiven Biographien. Das Beispiel der sozialdemokratischen Reichstagskandidaten (1898–1912), in: Best, Heinrich, und Mann, Reinhard (Hg.), Quantitative Methoden in der historisch-sozialwissenschaftlichen Forschung, Stuttgart 1977, S. 88–125, hier S. 99. Vgl. insgesamt Clubb und Scheuch, Historical Social Research, S. 135–232.
12. Schröder, Probleme, S. 98. Vgl. zur Zeitreihenanalyse etwa auch Ohler, Norbert, Quantitative Methoden für Historiker. Eine Einführung, München 1980, S. 123–152; Floud, Einführung, S. 98–138.

lichsten in den Quellen gebotenen Form aufgenommen und nicht-hierarchisch, alphabetisch geordnet. Ein Kaufmann wurde also mit genauer Spezifizierung seines Tätigkeitsfeldes z. B. als ‚Textilkaufmann‘ verzeichnet¹³. Dies ergab bei einer Grundgesamtheit von 429 Personen 370 verschiedene Berufsausprägungen. Hierbei konnte keine Anlehnung an heutige Berufsklassifizierungen erfolgen, wie sie vom Statistischen Bundesamt vorgenommen werden¹⁴. Besondere Schwierigkeiten ergaben sich durch die hohe Zahl von Doppelberufen (in bestimmten Jahren bis 30% aller Berufstätigen), die z. T. verschiedenen Berufskategorien angehörten¹⁵. In diesen Fällen wurde der erstgenannte Beruf als Hauptberuf angenommen, da nach dem Zuordnungsgrundsatz verfahren wurde, daß der Schwerpunkt der Berufsausübung in der Regel in der zuerst angeführten Tätigkeit liegt¹⁶. Um die hohe Zahl von 370 Berufen in übersichtlicher Form zusammenzufassen, mußten nach geeigneten Kriterien wie etwa Artverwandtschaft von Berufstätigkeiten und Berufsmilieus Klassen gebildet werden.

In der gegenwärtigen wissenschaftlichen Diskussion werden Berufe meist nach der durch Clark in die wirtschaftsgeschichtliche Forschung eingeführten Einteilung in Sektoren¹⁷ zusammengefaßt. Dies erwies sich als wenig hilfreich, wie eine Stichprobenauswertung für 1848 ergab¹⁸, nach der im primären Sektor keine Person beschäftigt war, im tertiären Sektor aber 80%. Eine weitere Möglichkeit bietet die Einteilung nach der zeitgenössischen Gewerbesteuerklassifizierung¹⁹. Auch sie zeigte aber nach einer probeweisen Auswertung ebenfalls für 1848 Schwächen, da eine große Anzahl von Berufsklassen zu geringe Besetzungszahlen aufwiesen²⁰. So mußte also eine Klassifikation gefunden werden, die einerseits den Kriterien ausreichender Trennschärfe zwischen den Berufen genügte, andererseits aber auch entsprechend aussagekräftige Besetzungszahlen lieferte. Zudem sollten die Berufsklassen so gebildet werden, daß für Juden ‚typische‘ Tätigkeitsfelder — wie etwa Geldhandel, Fleischeri sowie Hausiergewerbe — in ihrer Entwicklung verfolgt werden konnten. Die Einteilung erfolgte deshalb in der Weise, daß die Berufe klassifiziert wurden nach: Be-

13. Vgl. Hubbard, William H., und Jarausch, Konrad H., *Occupation and Social Structure in Modern Central Europe: Some Reflections on Coding Professions*, in: *Quantum Information* 11, 1979, S. 10–19; Best und Schröder, *Basiscurriculum*, S. 14.

14. Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Hg.), *Klassifizierung der Berufe. Systematisches und alphabetisches Verzeichnis der Berufsbenennungen*, Stuttgart und Mainz 1970.

15. Z. B. ‚Metzger und Wirt‘ oder ‚Metzger und Kaufmann‘.

16. Ebenso bei Statistisches Bundesamt, *Klassifizierung*, S. 12. Eine andere Möglichkeit bietet Momsen, Ingwer Ernst, *Die Bevölkerung der Stadt Husum von 1769 bis 1860. Versuch einer historischen Sozialgeographie*, Kiel 1969, S. 42 f., 103, der folgende Rangordnung der Berufe bei Doppelbenennungen annimmt: Gewerbe, Handel, Verkehr, Gaststättenwesen, Landwirtschaft, Tagelohn, öffentliches Amt, Unterhalt.

17. Clark, Colin, *The Conditions of Economic Progress*, London 1940.

18. 1848 wurde gewählt, da für dieses Jahr die letzte vollständige, auch Angestellte umfassende Liste mit Juden vorliegt.

19. Bei der Gewerbesteureinteilung ab 1821 gab es in Köln folgende Klassen: A) Kaufleute mit kaufmännischen Rechten, Ba) Kaufleute ohne kaufmännische Rechte, Bb) Marketender, C) Wirtschaft, D) Bäcker, E) Fleischer, F) Brauer/Brenner, H) Handwerker, J) Müller, Ka) Schiffer, Kb) Fuhrleute, L) Hausierer (HASTK, 400, II-16 bis 16,14).

20. Wirte, Bäcker, Brauer, Müller jeweils unter fünf Personen.

Tabelle 2: Berufsrecodierung

1. Recodierung	2. Recodierung
Bankier Bankier und Kaufmann Geldwechsler Geldwechsler und Kaufmann	Finanzwesen
Großhändler in Eisen Leder Landesprodukten Spirituosen Textil sonstige Großhändler	Großhändler
Ärzte Juristen Lehrer Kultusbeamte sonstige freie Berufe	freie Berufe
Mühlenbesitzer sonstige Fabrikanten	Fabrikanten
Kleinhändler in Landesprodukten Leder Schreibwaren Spirituosen Textil Vieh sonstige Kleinhändler Makler	Kleinhändler
Fleischer	Fleischer
Handwerker in Eisen Leder Schmuck Textil Bäcker Schreiner sonstige Handwerker	Handwerker
Brauer Wirte Wirte und Kaufleute	Gastgewerbe

Hausierer für eigene Rechnung	Hausierer
Hausierer für fremde Rechnung	Angestellte
Angestellte	
städtische Angestellte	
Rentner	Sonstige
Privatmänner	
Sonstige	
Quellenbefund: 370 verschiedene Berufe	

rufe im Finanzwesen, im Großhandel, freie Berufe, Fabrikanten, Kleinhändler, Fleischer, Handwerker, Gastgewerbe, Hausierer und Angestellte, wobei die einzelnen Gruppen jeweils weiter nach Branchen unterteilt wurden (vgl. Tab. 2).

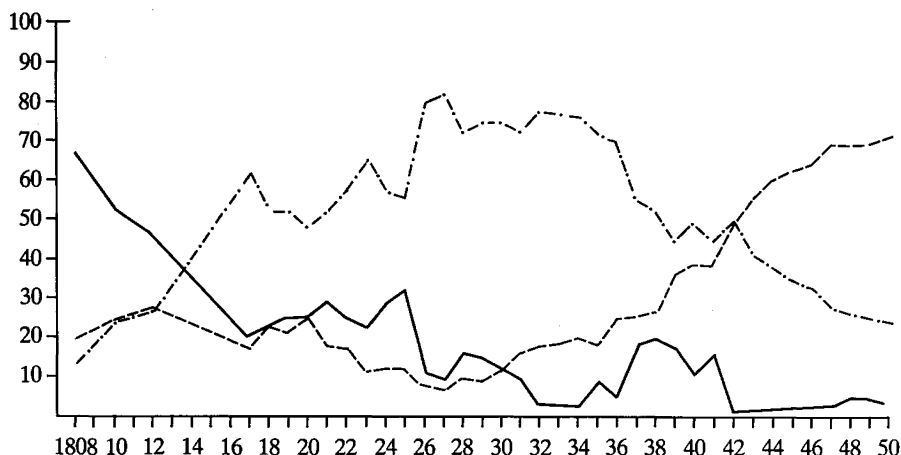
Etwa die Hälfte der Juden blieb während des Untersuchungszeitraums in Handelsberufen²¹. Hier war die Entwicklung zunächst durch einen rapiden Rückgang des Hausierhandels bei gleichzeitigem Anwachsen des Kleinhandels gekennzeichnet. Gegen Ende der 1820er Jahre setzte sich dieser Trend dann dahingehend fort, daß nun die Zahl der Großhändler gegenüber dem Kleinhandel stark zunahm, wie die Abbildung 1 auf der Seite 56 verdeutlicht.

Im Großhandel war es vor allem der Textilbereich (1850: 50%), der gegenüber der zu Beginn des Jahrhunderts dominierenden Nahrungs- und Genußmittelbranche über die Zeit zunahm, im Kleinhandel der Textil- und Viehhandel (jeweils um 20%). Die Zahl der im Finanzwesen tätigen Juden war demgegenüber gering (max. 22%). Generell war eine starke Tendenz zur Berufsspezialisierung und damit Professionalisierung nachweisbar. Einen steigenden Anteil an der Berufsverteilung zeigten Handwerk (max. 27%, 1844) und Fabrikation (1850: 10%), wobei bei letzterer allerdings eine enge Verbindung zum Handel bestand. Waren etwa zwei Drittel der Fabrikanten in der Nahrungs- und Genußmittelbranche beschäftigt, so lag der Schwerpunkt im Handwerk zum einen in der traditionell stark besetzten Fleischerei, zum anderen im Schmuckhandwerk. Mit der Krise des Handwerks gegen Mitte der 1840er Jahre erfolgte wiederum eine verstärkte Hinwendung zum Handel. Seit den 1820er Jahren stieg die Zahl der Angestellten rasch an, vor allem ein Ausdruck verschärfter Zuwanderungsbestimmungen seitens der Stadt, die mit Ergreifen dieses Berufes umgangen werden konnten, denn man benötigte als Angestellter keine Niederlassungserlaubnis. Das Gastgewerbe spielte demgegenüber in der jüdischen Berufsverteilung nur eine sehr untergeordnete Rolle. Berufe in der Landwirtschaft fehlten völlig.

Vergleicht man die Berufsstruktur der Juden mit der der Gesamtbevölkerung²² in Köln, so war erstere vor allem durch einen höheren Anteil von Selbständigen (80 ≈ 40%) und durch eine starke Zunahme von Fabrikanten gekennzeichnet. Gleich-

21. Quellen: wie Anm. 2.

22. Berechnet nach Ayçoberry, Pierre, *Historie Sociale de la Ville de Cologne (1815–1875)*, 2 Bde., Thèse Lille 1980, hier Bd. 2, App. 11, S. 71.



(Die Werte für 1809, 1811, 1813-16 sind interpoliert)

- Großhändler
- · - · - Kleinhändler
- Hausierer

Abbildung 1: Berufe im Handel (1808-1850) (in %)

falls blieben die Juden in etwa doppelt so hohem Maße im Handel engagiert wie die Gesamtbevölkerung. Überdurchschnittlich hoch war auch die Zahl der Juden in freien Berufen, während im Handwerk eine vergleichbare Entwicklung vorlag.

Vor allem ein Vergleich der Berufsstruktur um die Jahrhundertmitte mit der der voremanzipatorischen Zeit macht deutlich, welche entscheidenden Wandlungsprozesse stattgefunden hatten. Der arme, sich mühsam vom ‚Nothandel‘ ernährende ‚Schacher‘-Jude gehörte in Köln der Vergangenheit an. Statt dessen gab es eine breite Palette bürgerlich-ehrbarer Berufe, in denen die Juden jetzt tätig waren.

Die Intra-Generationen-Mobilität

Betrachten wir nun die berufliche Mobilität anhand des Karriereverlaufs jeder einzelnen Person²³. Da hier z. T. die Besetzungszahlen allerdings sehr niedrig sind, können diese Aussagen nur tendenziellen Charakter haben. Die Auswertung erfolgte durch eine Berufssequenzanalyse²⁴, bei der die ausgeübten Berufe jeder einzelnen Person in ihrer zeitlichen Abfolge als Karrieresequenz untersucht wurden. Dabei

23. Quellen: wie Anm. 2.

24. Vgl. Schröder, Probleme.

wurde das Augenmerk vor allem auf die erste Sequenzposition, d.h. den ersten ausgeübten Beruf in Köln nach 1808 sowie den letzten ausgeübten Beruf in Köln am Ende der Berufskarriere vor dem Ausscheiden aus dem aktiven Berufsleben bzw. am Ende des Untersuchungszeitraumes (1850) gerichtet²⁵.

Hierzu mußte zunächst ein Schichtungsmodell für die Berufsklassen erstellt werden. Danach wurden die Berufsgruppen aufgrund der Mittelsätze der Gewerbesteueranlagung sowie unter Heranziehung der Literatur zur sozialen Schichtung im 19. Jahrhundert²⁶ nach dem Raster in Tabelle 3 geordnet.

Tabelle 3: Rangskala der Berufsklassen

Bewertung des Berufs	Berufsklassen
hoch	Finanzwesen Großhändler freie Berufe Fabrikanten Kleinhändler Fleischer Handwerker Gastgewerbe Hausierer
niedrig	Angestellte

Insgesamt gab es bis auf die Angestellten, die zu fast 50% der Mobilen zum Großhandel aufstiegen, wenig spektakuläre Mobilitätsbewegungen. Bei allen übrigen Berufen erfolgte der Abstrom in Richtung auf den auf der Rangskala benachbarten Beruf: War der Beruf des Mobilen niedrig skaliert, so lag auch seine Zielposition in einem benachbarten niedrigen oder mittleren Beruf; war der ursprüngliche Beruf hoch eingestuft, so wanderte der Berufswechsler in einen hohen oder mittleren Beruf ab. Eine Ausnahme bildeten hier neben den Angestellten die Hausierer. Auffällig ist, daß der im Kapitel zur Berufsstruktur genannte steile Anstieg der Zahl der Großhändler nicht primär durch abwandernde Kleinhändler hervorgerufen wurde, denn nur 3,3% aller Großhändler waren vorher Kleinhändler, vielmehr — neben einem hohen Selbstrekrutierungsanteil durch neu zuwandernde Großhändler (81,1%) — vor allem von Angestellten (11,5%). Damit ließ sich die Hypothese falsifizieren, daß die

25. Ihren vollen Wert erhielt diese Analyse, wenn als Endpunkt nicht das in dieser Beziehung willkürlich durch den Rahmen der Gesamtuntersuchung vorgegebene Jahr 1850 angesetzt würde, sondern die gesamte Karriere aller untersuchten Personen bis zu ihrem Tod umfassen könnte. Dies war jedoch aufgrund der Quellenlage und Zielsetzung des Projektes nicht möglich.
26. Hierzu ausführlich u. Anm. 36. Eine explizite Differenzierung nach der Stellung im Beruf (selbständig–unselbständig) konnte hier unterbleiben, da nur eine Berufsgruppe (Angestellte) unselbständig war und sie schon aufgrund ihrer Schichtzugehörigkeit am niedrigsten eingestuft wurde.

über den Untersuchungszeitraum festgestellte Abnahme von Kleinhändlern und die gleichzeitige Zunahme von Großhändlern *allein* auf einen Wechsel vom Klein- zum Großhandel zurückzuführen war. Weiterhin konnte eine signifikante negative Korrelation zwischen der Höhe des Berufes auf der Rangskala und der Häufigkeit eines Berufswechsels festgestellt werden: je niedriger ein Beruf skaliert war, desto häufiger wurde er gewechselt (vgl. Tab. 4).

Tabelle 4: Berufe nach der Häufigkeit des Berufswechsels

Unter 10%	Fabrikanten	5,6%
	Fleischer	8,8%
	Großhändler	9,2%
um 15%	Handwerker	12,5%
	freie Berufe	16,1%
um 30%	Finanzwesen	29,2%
	Kleinhändler	31,8%
um 70%	Gastgewerbe	66,6%
	Angestellte	76,2%
	Hausierer	77,3%

Der festgestellte Wandel der Berufsstruktur war damit nicht nur auf Zuwanderung von Personen mit qualifizierteren Berufen zurückzuführen, sondern auch innerhalb der bereits längere Zeit in Köln wohnenden Gruppe der Juden war eine deutlich aufstiegsorientierte Mobilität zu rangmäßig höheren Berufen feststellbar.

Die Sozialstruktur

Hier soll der Versuch unternommen werden, die soziale Zusammensetzung der Gruppe der männlichen jüdischen Erwerbstätigen in Köln durch die Auswertung einiger Stichjahre näher zu bestimmen. Ziel der Untersuchung ist, ein Schichtenmodell für die soziale Zuordnung jedes einzelnen zu entwickeln und die Wandlungen der jüdischen Sozialstruktur in der Übergangsphase zum Industriezeitalter darzustellen. Dies geschieht durch die Abbildung bestimmter gesellschaftlicher Positionen nach dem Gesichtspunkt ‚hoch‘ — ‚niedrig‘.

Hat zwar generell die Literatur zur sozialen Schichtung heutiger — industrieller — Gesellschaften mittlerweile einen beachtlichen Umfang angenommen, so fehlen für die Zeit vor dem 20. Jahrhundert

- eine universell akzeptierte Stratifikationsmatrix und ein einheitlicher theoretischer Begriffsrahmen²⁷,
- ausreichende und vor allem vergleichbare Untersuchungen zur sozialen Schichtung.

27. Hubbard und Jaraus, *Occupation*, S. 10; Mayer, Kurt B., und Buckley, Walter, *Soziale Schichtung. Eine Einführung*, Stuttgart 1976, Vorwort.

So gilt auch heute noch die 1973 getroffene Feststellung von Kunze: „Die Zahl der Schichtungsversuche für das 19. Jahrhundert ist sehr gering. Dies liegt an der Unzulänglichkeit des Quellenmaterials, aber auch an den teilweise wegen ihrer großen sozialen Breite schwer einstufbaren sozialen Gruppen.“²⁸ Deshalb muß hier zunächst auf allgemeine Überlegungen zur Analyse sozialer Schichtung zurückgegriffen werden.

Aus der unterschiedlichen Bewertung differierender Positionen ergibt sich eine Hierarchie und damit ein soziales Schichtungsgefüge: „Als eine soziale Schicht betrachten wir eine Anzahl von Personen, die Positionen einnehmen, welche ungefähr als gleichwertig betrachtet werden und gegenüber anderen Personen als höher oder geringwertig eingeschätzt werden.“²⁹ Ein auch heute noch gültiges Ordnungsschema für die diversen hierbei anwendbaren Untersuchungsmethoden der empirischen Sozialforschung hat 1958 Pfautz vorgeschlagen³⁰, indem er nach subjektiven und objektiven Ansätzen zur Ermittlung sozialer Schichtung unterscheidet: Subjektiv nennt er die Forschungsstrategien, bei denen die Wahl der Schichtungskriterien und die Abgrenzung der eruierten Schichten voneinander den Untersuchungsobjekten selbst überlassen bleibt, objektiv hingegen diejenigen, bei denen dies vom Forscher selbst ausgeht. Ein subjektiver Ansatz, der eine Kristallisation von Schichtungskriterien aus der Perzeption der untersuchten Mitglieder untereinander — kurz gesagt, aus der sozialen Selbsteinschätzung der Untersuchungsobjekte — gewinnt, ist insofern, als er auf Strategien der Befragung angewiesen ist, nicht auf historische Gesellschaften anwendbar. Demzufolge mußte der Ansatz einer objektiven — auch als externer Ansatz bezeichneten — Forschungsstrategie gewählt werden. Er beruht — wie gezeigt — auf der Interpretation bestimmter Variablen durch den Forscher.

Zur Durchführung dieses Ansatzes wurden mehrere diskriminierende Merkmale zu einem Index aggregiert³¹. Allerdings ist der Bemerkung Saalfelds zuzustimmen, daß jede Quantifizierung umstritten bleiben muß, bedeutet doch jede Klassifizierung primär eine qualitative Aussage³². Die Zahl der herangezogenen Dimensionen sozialer Schichtung bieten dabei ebenso wie die Festlegung von Schichtgrenzen und die Bewertung der einzelnen Kriterien eine breite Skala von Möglichkeiten. Gleichfalls muß dahingestellt bleiben, ob gerade und nur diese Kriterien für eine historische Gesellschaft strukturbildend im Sinne von deutlich voneinander abgegrenzten oder abgrenzbaren Schichten bzw. Klassen gewesen sind.

28. Kunze, Eduard, Wandlungen der sozialökonomischen Struktur zweier historischer Städte in Österreich (Krems und Stein), in: Helczmanovski, Heimold (Hg.), Beiträge zur Bevölkerungs- und Sozialgeschichte Österreichs. Nebst einem Überblick über die Entwicklung der Bevölkerungs- und Sozialstatistik, München 1973, S. 333–372, hier S. 354 („Schichtungs-“ i. O. kursiv).

29. Mayer und Buckley, Soziale Schichtung, S. 2.

30. Pfautz, Harold W., The current Literature on Social Stratification. Critique and Bibliography, in: American Journal of Sociology 58, 1952/53, S. 391–418, bes. S. 395–400.

31. Ähnlich verfährt Saalfeld, Diedrich, Kriterien für eine quantifizierende Darstellung der sozialen Differenzierung einer historischen Gesellschaft. Das Beispiel Göttingen 1760–1860, in: Best, Heinrich, und Mann, Reinhard (Hg.), Quantitative Methoden in der historisch-sozialwissenschaftlichen Forschung, Stuttgart 1977, S. 65–87.

32. Saalfeld, Kriterien, S. 86, dort nur auf Berufsklassifikation bezogen.

Aufgrund der einigermaßen günstigen Quellenlage konnte hier ein multidimensionales Schichtungsmodell gewählt werden. Zumindest als theoretisches Konstrukt lassen sich hiernach folgende Differenzierungen zur Einstufung von Individuen oder Gruppen in soziale Schichtungsdimensionen nachweisen: ökonomische Lage, soziale Lage, Status, Möglichkeit kommunalpolitischer Einflußnahme sowie Besitz. Selbstverständlich ergeben sich in der Praxis zwischen den Kategorien z.T. enge Überschneidungen. Im folgenden soll nun kurz auf diese Dimensionen und die hierunter subsumierten Variablen eingegangen werden.

Als Indices, die bestimmte sozio-ökonomische Zustände und deren Veränderung in der Zeit bezeichnen, wurden nachfolgende Merkmale herangezogen:

1. Ökonomische Lage

Sie bezeichnet die Stellung einer Person in der wirtschaftlichen Ordnung.

1.1 Beruf

Der auch für Schichtungsversuche industrieller Gesellschaften am häufigsten verwendete Indikator für die Ermittlung sozialer Schichtzugehörigkeit ist der Beruf. Bereits seit dem Mittelalter war den Zeitgenossen eine bestimmte Rangfolge von Berufen bewußt³³. Sie wurden nach ihrem Ansehen auf einer hierarchischen Skala geordnet.

Da für die vor- und frühindustrielle Zeit nur in den seltensten Fällen Daten etwa zur Schulbildung, zum erlernten Beruf oder zum Einkommen vorliegen, so daß sich eine ganze Reihe von Kriterien der sozialen Schichtung und Mobilität dem historischen Zugriff weitgehend entziehen, wird in der historischen Sozialforschung allgemein als *das* entscheidende Merkmal sozialer Unterscheidung der (ausgeübte) Beruf — im Sinne von Stand, Gewerbe, Erwerbstätigkeit — zugrundegelegt. Er stellt eine relativ leicht zu erhebende Kategorie dar und ist oftmals der einzige in den Quellen faßbare Indikator für die Ermittlung von sozio-ökonomischer Position. Gleichzeitig kann die Berufsposition in historischen wie zeitgeschichtlichen Schichtungsanalysen vor allem deshalb als dominantes Merkmal einer sozialen Differenzierung gelten, als in sie als Derivate verschiedene andere, für historische Gesellschaften als Untersuchungsobjekte nicht mehr rekonstruierbare Eigenschaften einfließen. Dies gilt vor allem insofern, als der Beruf soziale, politische, finanzielle und ökonomische Konsequenzen beinhaltet und gleichzeitig den Platz einer Person sowohl innerhalb der (ökonomischen) Klassenstruktur als auch der (sozialen) Prestigehierarchie beschreibt und zudem enge Verbindungslinien zur politischen Autorität hat³⁴. So vermitteln

33. Beispiele hierfür z.B. bei Saalfeld, Diedrich, Die ständische Gliederung der Gesellschaft Deutschlands im Zeitalter des Absolutismus. Ein Quantifizierungsversuch, in: Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 67, 1980, S. 457–483, hier S. 459–462, 470.

34. Hubbard und Jarausch, Occupation, S. 10; Saalfeld, Kriterien, S. 66; Armstrong, W. A., The Use of Information about Occupations, in: Wrigley, E. A. (Hg.), Nineteenth Century Society. Essays in the Use of Quantitative Methods for the Study of Social Data, Cambridge 1972, S. 191–310; Katz, M. B., Occupational Classification in History, in: Journal of Interdisciplinary History 3, 1973, S. 68–99.

etwa Berufsangaben Informationen über die Stellung im Beruf (Angestellter — Selbständiger), Ausbildungs- bzw. Bildungsniveau (z. B. Meister, akademische Ausbildung) sowie Macht (politische Macht, vor allem aber Macht im Arbeitsprozeß selbst). Gleichzeitig lassen sie Rückschlüsse auf den Lebensstil zu. Damit läßt sich zusammenfassend feststellen, daß die Variable Beruf in der empirischen Schichtungsforschung ein eindeutig dominierendes Kriterium sozialer Differenzierung ist und deswegen als nahezu universeller Indikator auch für historische Zeiten angesehen werden kann.

Dementsprechend wurden die einzelnen Berufsangaben in ein geschichtetes Klassifizierungsschema eingefügt, das aus den Kategorien besteht, wie sie in Tabelle 5 aufgeführt sind.

Über den Rangplatz eines Berufes entschied die Berufsausbildung, die Stellung im Beruf, sein Status im Sinne von Imagewert, vor allem aber die Klassifizierung der einzelnen Berufsgruppen nach der Gewerbesteueranlagung in Köln³⁵. Die so gewonnenen Ergebnisse wurden mit der bisherigen Literatur zur sozialen Schichtung im 19. Jahrhundert³⁶ verglichen, wobei jedoch regionale Abweichungen durchaus möglich waren³⁷.

35. HASTK, 400, II-16 bis 16,14.

36. Müller-List, Gabriele, Die Sozialstruktur der evangelischen Einwohner Bonns im 19. Jahrhundert, Bonn 1980, S. 87–132 verwendet kein eigentliches Schichtenmodell, macht es jedenfalls nicht explizit, sie unterscheidet nur grob nach Selbständigen, Verwaltungspersonal und Angestellten bzw. Gehilfen im weitesten Sinne. Das Modell von Saalfeld, Ständische Gliederung, S. 460, 469–474, 477 ist zu sehr der Ständegesellschaft des ausgehenden Absolutismus und großräumigen Gliederungen (Deutschland) verpflichtet, um für den Beginn der städtisch-industriellen Klassengesellschaft des 19. Jahrhunderts in Köln noch Gültigkeit beanspruchen zu können; gleiches gilt für Schuler, Thomas, Wohnlage und Sozialstruktur in Bielefeld im Jahr 1781, in: Irsigler, Franz (Hg.), Quantitative Methoden in der Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Vorneuzeit, Stuttgart 1978, S. 50–68. Bei Borscheid und Schomerus, Mobilität fehlt ein explizites Schichtenmodell. Als Basis dienen deshalb vor allem: Momsen, Huum, S. 114–209; Kunze, Wandlungen, S. 358 f.; Feldenkirchen, Wilfried, Aspekte der Bevölkerungs- und Sozialstruktur der Stadt Köln in der französischen Zeit (1794–1814), in: Rheinische Vierteljahrsblätter 44, 1980, S. 187–227; Köllmann, Wolfgang, Sozialgeschichte der Stadt Barmen im 19. Jahrhundert, Tübingen 1960, S. 102 f., 289–292; Ayçoberry, Pierre, Probleme der Sozialschichtung in Köln im Zeitalter der Frühindustrialisierung, in: Fischer, Wolfgang (Hg.), Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Probleme der frühen Industrialisierung, Berlin 1968, S. 512–528, hier S. 515–524 (orientiert sich weitgehend an dem Modell von Köllmann); Ayçoberry, Pierre, Der Strukturwandel im Kölner Mittelstand 1820 bis 1850, in: Geschichte und Gesellschaft 1, 1975, S. 78–98, hier S. 85; Meibeyer, Wolfgang, Bevölkerungs- und sozialgeographische Differenzierung der Stadt Braunschweig um die Mitte des 18. Jahrhunderts, in: Braunschweigisches Jahrbuch 47, 1966, S. 125–157, hier S. 142 f.; Saalfeld, Kriterien, S. 77 f.; Hubbard und Jarausch, Occupation, S. 16–19 (Grazhaus-Code, Bonn-Göttingen-Code). Weitere Untersuchungen finden sich bei Kaelble, Hartmut, Historische Mobilitätsforschung. Westeuropa und die USA im 19. und 20. Jahrhundert, Darmstadt 1978 und Kaelble, Hartmut (Hg.), Geschichte der sozialen Mobilität seit der industriellen Revolution, Königstein/Ts. 1978 (mit umfangreicher Bibliographie) sowie Saalfeld, Ständische Gliederung, S. 469 Anm. 38.

37. Hierauf weist Rohlinger, Harald, Das Sozialprofil der Hanauer Turnerwehr 1849, unveröff. Vortragsmanuskript, S. 11 Anm. 1 beim Vergleich der Städte Hanau und Göttingen hin.

Tabelle 5: Geschichtete Berufsklassen

Berufsklasse	Schichtzugehörigkeit
Finanzwesen Großhändler	Oberschicht
freie Berufe Fabrikanten	Obere Mittelschicht
Kleinhändler	Mittelschicht
Fleischer Handwerker Gastgewerbe	Untere Mittelschicht
Hausierer Angestellte	Unterschicht

1.2 Firmenmitgliedschaft

Bestimmte Personen, vor allem Personen gehobener Berufsklassen (primär Großhändler), schlossen sich bereits früh zu Firmen zusammen. Dieser, im Gegensatz zu nicht in Firmen vereinigten Personen, höhere Grad an Organisation kann zwar nicht als ausschlaggebendes Schichtungskriterium angesehen werden, bezeugte jedoch — wie eine Untersuchung der Steuerleistung ergab — im Gegensatz zu den nichtorganisierten Personen ein gewisses Maß an entwickelter Berufsausübung. Deshalb wurde die Firmenmitgliedschaft, wenn auch nur mit einem geringen Punktwert (1 Punkt), in die Untersuchung einbezogen³⁸.

1.3 Einkommen

Für historische Untersuchungsobjekte ist das Einkommen nur in den wenigsten Fällen greifbar. Da sich aber die Höhe der steuerlichen Veranlagung nach den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen des jeweils Veranlagten richtete, darf erwartet werden, daß die festgesetzten Steuerbeträge in hohem Maße mit dem Einkommen des Veranlagten korrelieren³⁹. Angehörige verschiedener Berufsgruppen zahlten z. T. erheblich differierende Steuerbeträge⁴⁰, denn die Besteuerung hing entscheidend ab von der Zahl der beschäftigten Gehilfen, der Anzahl der zu unterhaltenden Familienangehörigen, dem Alter und Gesundheitszustand des Veranlagten sowie vor allem

38. Quellen: HASTK, 400, II-4C-1, Bd. 1-3: pass.; Adressbuch 1795 ff. Dieser Indikator ist bisher m. E. noch nicht in die sozialhistorische Forschung eingeführt worden.

39. Saalfeld, Kriterien, S. 66, der Einkommen allerdings als sozialen Index betrachtet. Vgl. Momsen, Husum, S. 202-205.

40. So lag z. B. in Köln der Mittelsatz für Kaufleute ohne kaufmännische Rechte bei 12 Rtl., während Kaufleute mit kaufmännischen Rechten 30 Rtl./Jahr zahlten (HASTK, 400, II-16, pass.).

der Größe und Lage des Geschäftes⁴¹. Damit läßt sich mit Weyrauch festhalten, daß „trotz aller immanenten Aussageschwächen (...) Steuerbücher die wichtigsten Quellen zur Eruierung und Erhebung sozioökonomischer und stratifikatorischer Strukturen“ bleiben⁴².

Für die vorliegende Untersuchung wurden vor allem zwei Steuerveranlagungen herangezogen, zum einen, allerdings nur für das Jahr 1820, die Patentsteuer⁴³, zum anderen ab 1821 die Gewerbesteuer⁴⁴. Da die Gewerbesteuerrollen für Köln vernichtet sind und der überwiegende Teil der erhaltenen Gewerbesteuerakten nur noch aus Reklamationen über die erfolgte Veranlagung besteht, konnte der gezahlte Gewerbesteuersatz z. T. nur im Falle erfolgter Reklamation ermittelt werden. Über diese Quellen ließ sich jedoch ein Großteil der Gewerbesteuerveranlagungen rekonstruieren. Da für die Juden Kölns vollständige Listen nur für 1844/45/48 vorliegen, mußten allerdings in einigen Fällen Werte interpoliert werden⁴⁵.

41. HASTK, 400, II-16 bis 16,14, pass.

42. Weyrauch, Erdmann, Datenverarbeitung als Quellenkritik, in: Müller, Paul J. (Hg.), Die Analyse prozeß-produzierter Daten, Stuttgart 1977, S. 141–178, hier S. 163 Anm. 34; vgl. Weyrauch, Erdmann, Methodische Überlegungen zum Einsatz von EDV im Arbeitsvorhaben „Sozialschichtung in Städten“, in: Irsigler, Franz (Hg.), Quantitative Methoden in der Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Vorneuzeit, Stuttgart 1978, S. 9–25, hier S. 15–19.

43. Durch Gesetz vom 1. Brumaire VII (= 12. 10. 1798) eingeführte Staatssteuer, die den Ertrag des Gewerbes nach seiner Leistungsfähigkeit besteuerte. 1820 wurde sie in einer Steuerreform durch die Gewerbesteuer ersetzt.

44. Bei der Gewerbesteuer handelte es sich um eine nach dem Gesetz vom 30. 5. 1820 an Stelle der Patentsteuer eingeführte Staatssteuer (s. o. Anm. 19). Quelle: HASTK, 400, II-16 bis 16,14.

45. Bei der Interpolation wurde folgendermaßen vorgegangen: Fehlte für eine Person ein Gewerbesteuerbetrag für das entsprechende Stichjahr, so wurde der Mittelwert der von dieser Person gezahlten Gewerbesteuer aus den vorhergehenden und folgenden Jahren interpoliert (personenbezogene Interpolation). Dieses Verfahren erschien zulässig, da es sich bei einer Änderung der Gewerbesteuerveranlagung um einen langfristigen Prozeß handelte (HASTK, 400, II-16 bis 16,14, pass.). — War auf diese Weise kein Mittelwert zu erhalten, so wurde der Mittelwert aller Untersuchungsobjekte, d. h. aller Juden der entsprechenden Berufsgruppe gebildet und für das entsprechende Jahr eingesetzt (berufsweise Interpolation). Da die Mitglieder der Familie Oppenheim wegen ihrer exzeptionellen Stellung im Kölner Wirtschaftsleben einer gegenüber ihren Berufsgenossen extrem hohen Gewerbesteuerveranlagung unterlagen, wurden sie, um das Bild nicht zu verzerren, hierbei ausgeschlossen. — Wo auch diese berufsweise Interpolation keine Ergebnisse zeigte, mußte in Einzelfällen auf die Mittelsätze der Gewerbesteuerveranlagung der gesamten Berufsgruppe gemäß der Gewerbesteuerfestsetzung zurückgegriffen werden (klassenweise Interpolation) (HASTK, 400, II-16 bis 16,14 pass.). — Da freiberuflich Tätige keine Gewerbesteuer zahlten, mußte ihnen, um das Bild nicht systematisch zu verzerren, ein bestimmter Gewerbesteuerwert zugewiesen werden (hier: 28 Rtl., d. h. ein Satz etwas unterhalb des Mittelsatzes für Großhändler von 30 Rtl. gemäß der o. g. geschichteten Klassifizierung der Berufe). Der Interpretation von Richarz, Jüdisches Leben, S. 43, daß vor allem Lehrer als bis in die 20er Jahre nicht-akademisch gebildete Gemeindebeamte der Unterschicht zuzurechnen seien, kann ich mich so nicht anschließen, da zwar ihr ökonomisches Auskommen meist gering war, ihr sozialer Status gleichwohl jedoch höher gewesen sein dürfte als etwa der eines Krämers oder Hausierers. Auch Ayçoberry stuft Lehrer höher ein (Ayçoberry, Probleme, S. 515).

1.4 Zahl der Beschäftigten

Hier ließe sich unterscheiden nach Lehrlingen, Gesellen, Dienstboten und Angestellten, wobei es sich anbietet, das Verhältnis von Selbständigen und Unselbständigen als Indikator der allgemeinen *wirtschaftlichen* Lage bzw. deren Entwicklung anzusehen. Im Gegensatz hierzu bietet die Zahl der Dienstboten einen eher *sozialen* Index, der allerdings mittelbar auch auf wirtschaftliche Zustände schließen läßt. Insofern jeder Gehilfe einer bestimmten Arbeits- oder Produktionsleistung entspricht, dürfen Beschäftigungszahlen als Maßstab für die Beschäftigungsintensität und damit die Größe des Gewerbeumfangs angesehen werden. Je höher die soziale Schichtzugehörigkeit und je größer der Gewerbeumfang, desto eher und mehr lassen sich Dienstboten und Gehilfen (Lehrlinge und Gesellen) vermuten. Ein Großkaufmann hat also mit höherer Vorhersagewahrscheinlichkeit Dienstboten und Gehilfen als ein Hausierer⁴⁶. Zu ähnlichen Ergebnissen kommen Kunze und Saalfeld für die ständische Gesellschaft der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, die die Gleichung aufstellen: Je höher die Sozialgruppe, desto höher die Zahl der Bediensteten und desto größer die Haushaltsgröße, „versetzte [doch] die Beschäftigung von Gesindearbeitskräften (Handlungsgehilfen, Gesellen, Lehrlingen, Knechten, Mägden u.a.) die Kaufleute, Handwerker und Bauern in die Lage, ihre Produktion oder den Umsatz und im allgemeinen auch die Einkommen und Vermögen zu erhöhen. Dies hob wiederum das Ansehen der Familie.“⁴⁷ Dienstboten sind allerdings, wie Saalfeld⁴⁸ richtig feststellt — und hier wird man für Köln auch Gesellen, Lehrlinge und zumindest z.T. Angestellte hinzufügen müssen — selten in den Quellen der Zeit faßbar, sondern meistens nur die steuerzahlenden Haushaltsvorstände. Da für die Juden Kölns nur unvollständige Aufstellungen über die Zahl der Beschäftigten vorliegen, wurde — um die Auswertung nicht zu verzerren — die Beschäftigung von Gehilfen nur gering (1 Punkt) gewichtet⁴⁹.

46. Allerdings waren auch die Angestellten in sich noch einmal hierarchisch differenziert, wie Marquardt für den Gesellenstand gezeigt hat (Marquardt, Frederik D., Sozialer Aufstieg, sozialer Abstieg und die Entstehung der Berliner Arbeiterklasse, 1806–1848, in: Geschichte und Gesellschaft 1, 1975, S. 43–77, hier S. 49. Ein Unterscheidungskriterium zwischen fachlich ausgebildeten und nicht-ausgebildeten Hilfskräften, das nicht zuletzt Rückschlüsse auf ihr Tätigkeitsfeld zuläßt, nennt Momsen: Beschäftigte das Handwerk meist fachlich ausgebildete Hilfskräfte und war seine Beschäftigungszahl begrenzt, so wurden in industriellen Betrieben neben Fachkräften auch unausgebildete Arbeitskräfte beschäftigt. Zudem war die Zahl der Arbeitskräfte hier nicht beschränkt. In den historischen Statistiken/Volkszählungen wurden unausgebildete Arbeitskräfte meistens als ‚Arbeitsmänner‘ oder ‚Tagelöhner‘ bezeichnet, ausgebildete hingegen mit ihrer fachlichen Qualifikation, z.B. ‚Zuckersieder‘, ‚Eisengießer‘ (Momsen, Husum, S. 169–181).

47. Saalfeld, Ständische Gliederung, S. 477. Dies hat zum Konstrukt eines Dienstbotenindex geführt, „worunter die Zahl des gewerblichen und häuslichen familienfremden Dienstpersonals je 100 Haushalte verstanden wird“ (Saalfeld, Kriterien, S. 78f.). Zum Begriff des Dienstbotenindex und seiner Verwendung vgl. weiterhin Momsen, Husum, S. 165–181; Meibeyer, Braunschweig, S. 131, 141; Saalfeld, Kriterien, S. 78f.; Kunze, Wandlungen, S. 344, 354.

48. Saalfeld, Ständische Gliederung, S. 473.

49. Es wurde zudem nicht nach Hausbediensteten, Lehrlingen, Gesellen und Angestellten unterschieden, vielmehr alle Personen nach dem Kriterium ihrer Unselbständigkeit als Angestellte bezeichnet. Quellen: HASTK, 400, II-4C-1, Bd. 1–3, pass.; Adressbuch 1795 ff.

2. Soziale Lage

Sie bezeichnet die Stellung einer Person in der gesellschaftlichen Ordnung. Sie ergibt sich häufig aus der ökonomischen Lage, ist aber nicht notwendig von ihr abhängig.

2.1 Klassensteuer

Für 1849 verzeichnet eine Aufstellung die klassifizierte städtische Einkommenssteuer⁵⁰.

2.2 Wohlstand

Für 1820 liegt im Gefolge der verschärften Zuzugsbestimmungen ein Verzeichnis der Polizeibehörden vor, das einzelne Juden mit dem Attribut ‚Wohlstand‘ versah⁵¹.

2.3 Beitrag zur Synagogengemeinde Köln 1801

Die in Köln ansässigen Juden zahlten bei Gründung der jüdischen Gemeinde 1801 einen bestimmten Steuersatz, dessen Höhe Auskunft über ihre soziale Lage gibt⁵².

2.4 Kultussteuer an die Konsistorialsynagoge

Ein von der Konsistorialsynagoge in Bonn jährlich festgesetzter Betrag zu ihrem Unterhalt wurde von den Verteilern der jüdischen Gemeinde — meist dem Vorstand — auf die einzelnen Mitglieder gemäß ihrem Vermögen bzw. ihrer Zahlungsfähigkeit umgelegt⁵³.

3. Status

Der Status drückt die soziale Schätzung oder Bewertung einer Person aus.

3.1 Notabel der Juden (1808)

Hierzu zählten die in wirtschaftlicher Hinsicht ‚empfehlenswertesten‘ und höchstbesteuerten Personen der jüdischen Gemeinde⁵⁴.

3.2 Notabel der Handelskammer

Die Notabeln der Handelskammer waren die wichtigsten Kaufleute der Stadt, die zudem allein zum Handelsgericht wahlberechtigt waren⁵⁵.

50. Die Veranlagung erfolgte nach dem Gesamteinkommen aus Grundeigentum, Kapitalvermögen und Beschäftigung. Quelle: Verzeichniß der Meißtbeerbten [1849].

51. Quelle: HASTK, 400, II-4C-1, Bd. 1: Nachweis der Juden in Köln, 29. 6. 1820, 20. 7. 1820.

52. Quelle: Kober, Cologne, App. A, S. 319.

53. Quelle: HASTK, 400, II-4D-1.

54. Quelle: HASTK, Franz. Verw., 2474.

55. Kellenbenz, Hermann, und Eyll, Klara van, Die Geschichte der unternehmerischen Selbstverwaltung in Köln 1797–1914. Hg. aus Anlaß des 175jährigen Bestehens der Industrie- und Handelskammer am 8. Nov. 1972, Köln 1972, S. 117. Quelle: RWWAK, 1/4/2 für 1829–30; 1/4/3 für 1832; 1/4/5 für 1833–41; 1/4/6 für 1836–38; 1/4/7 für 1843–60.

3.3 Mitglied der Handelskammer

Eine Mitgliedschaft in der Handelskammer bedeutete Teilhabe an der Interessenvertretung der gewerblichen Wirtschaft⁵⁶.

4. Kommunalpolitischer Einfluß

Diese Variable bezeichnet das Maß der Einwirkungsmöglichkeiten der jeweiligen Person auf kommunalpolitische Entscheidungen.

4.1 Mitglied des Stadtrates

Eine Mitgliedschaft im Stadtrat gab wenigstens formal die Möglichkeit politischer Einflußnahme⁵⁷.

5. Besitz

Grund- und Hausbesitz sind weitere soziale Kennzeichen einer Person. Sie bezeichnen das Maß der Verfügungsgewalt über Immobilien, wobei die Höhe der steuerlichen Veranlagung Auskunft über Grund- und Gebäudewert gibt⁵⁸.

5.1 Grundbesitz

5.2. Grundsteuer

Einen Überblick über die für die einzelnen Stichjahre herangezogenen Merkmale⁵⁹ und deren Bewertung durch Indexpunkte vermittelt die Tabelle 6.

56. Quelle: Kellenbenz und Eyll, Selbstverwaltung, Anhang, S. 234–239.

57. Quelle: Treue, Wilhelm, Abraham Oppenheim (1804–1878), in: Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsbiographien 8, Münster 1962, S. 1–31, hier S. 30.

58. Vgl. Meibeyer, Braunschweig, S. 147–155; Momsen, Husum, S. 272–330. Eine Unterscheidung nach Hauseigentümer — Mieter ließ sich nicht durchführen. Quelle: für Grundbesitz: HASTK, 400, II-4C-1, Bd. 1: Nachweisung der Juden in Köln, 29. 6. 1820, 20. 7. 1820; für Grundsteuer 1844/45/48: HASTK, 400, II-4D-1.

59. Weitere soziale Kennzeichen im Sinne einer generalisierenden Theorie wären etwa:

- Geburtsort
- Religionsbekenntnis
- Beruf des Vaters (als Index für die soziale Herkunft)
- Schulbesuch bzw. Schulbesuch der Kinder
- Ämter und Ehrenämter
- soziale Abweichung (Insasse eines Gefängnisses, Arbeitshauses, einer Besserungsanstalt)
- Mitgliedschaft in Vereinen/Zünften/Organisationen (da die bürgerliche Organisation für Köln noch nicht aufgearbeitet ist und nur für wenige Vereine und Organisationen Quellen greifbar sind, wurde hier auf diese Variable verzichtet)
- Familienstand (so sind Ledige wirtschaftlich meist weniger gut gestellt als Verheiratete; Witwer, vor allem aber verwitwete Frauen, sinken in ihrem sozio-ökonomischen Status ab)
- Alter
- Gesundheitszustand

Vgl. hierzu insgesamt Momsen, Husum, S. 114–209.

Tabelle 6: Bewertung der Schichtmerkmale nach Indexpunkten

Kategorie	Schichtmerkmal	Indexpunkte			
		1808	1820	1835	1848
Ökonomische Lage	Beruf	1-10	1-10	1-10	1-10
	Firmenmitgliedschaft	—	0-1	0-1	0-1
	Gewerbesteuer	—	0-7	—	0-7
	Patentsteuer	—	0-7	—	—
	Zahl der Beschäftigten	—	—	0-1	0-1
soziale Lage	Klassensteuer	—	—	—	0-6
	Wohlstand	—	0; 5	—	—
	Beitrag zur Synagogengem.	0-3	—	—	—
	Kultussteuer zur Konsistorial-synagoge Bonn	—	—	0-5	—
Status	Notabel d. Juden	0; 8	—	—	—
	Notabel d. Handelskammer	—	0; 7	—	—
	Mitglied d. Handelskammer	—	—	—	0; 7
kommunalpolitischer Einfluß	Mitglied des Stadtrats	—	—	—	0; 7
Besitz	Grundbesitz	—	0; 5	—	—
	Grundsteuer	—	—	—	0-6
Summe Indexpunkte		1-21	1-42	1-17	1-45
Befund		1-21	1-40	1-17	1-37
Anzahl der Personen		30	50	76	249

Da sich die Validität (Gültigkeit) und Valenz (Aussagekraft) der Untersuchung proportional zur Indikatorendichte verhält, sollten die Aussagen zur sozialen Schichtung durch eine möglichst große Zahl von Indikatoren aus möglichst allen oben genannten Dimensionen sozialer Stratifikation (ökonomische und soziale Lage, Status, kommunalpolitischer Einfluß, Besitz) gestützt werden. Da die Indikatoren wiederum von der Quellendichte abhängen, erforderte sie eine Beschränkung auf vier Zeitabschnitte, die quellen- und damit indikatorenmäßig besonders gut abgedeckt waren. Es sind dies die Jahre 1808, 1820, 1835 und 1848.

Für die Zeit vor 1808 war einerseits die zu untersuchende Grundgesamtheit für statistische Aussagen nicht hinreichend groß genug, andererseits lagen außer der Berufsangabe keine weiteren Indikatoren vor⁶⁰. 1820 wurde als zweites Stichjahr auf-

60. Der Beitrag zur Synagogengemeinde 1801 kann zwar als Indikator der sozialen Lage angesehen werden, hat jedoch m. E. nicht die Aussagequalität wie die Status-Variable Notabel der Juden, die 1808 mit herangezogen werden konnte, da in letztere verschiedene Steuerangaben mit eingingen (Grundsteuer, Tür- und Fenstersteuer, Mobilar- sowie Patentsteuer) (HASTK, Franz. Verw. 2475).

grund seiner Quellendichte gewählt (außer der Berufsangabe weitere Angaben zur ökonomischen Lage — Patentsteuer, Gewerbesteuer —, Daten zur sozialen Lage sowie zu Status und Besitz), vor allem aber, da zwischen 1817 und 1820 im Hinblick auf jüdische Zuwanderer nach Köln eine neue, verschärfte Politik von Seiten der städtischen und staatlichen Behörden verfochten wurde. Diese dürfte nicht zuletzt auch ihren Niederschlag in der sozialen Schichtung gefunden haben. Das Jahr 1835 bezeichnet einen Zeitpunkt der Konsolidierung der jüdischen Gemeinde, in der sie noch nicht von innerer Spaltung gekennzeichnet war, wie etwa gegen Ende des Untersuchungszeitraumes, wo nur noch etwa ein Drittel der jüdischen Bevölkerung Kölns zur Kultusgemeinde zählte⁶¹. Gleichzeitig war die bis etwa Mitte der 1820er Jahre bei der Vergabe von Handelspatenten⁶² festgestellte Judenfeindschaft abgeebbt, wenn nicht ganz verschwunden. 1848 schließlich war zwar ein gesamtgesellschaftliches Krisenjahr, das seinen Niederschlag auch bei den Juden Kölns erwarten läßt. Es handelt sich aber vor allem um das letzte Jahr, für das vollständige Steuerangaben vorliegen.

Um der Datenbasis insbesondere wegen der bis auf 1848 doch recht geringen Fallzahlen nicht Gewalt anzutun, wurden bei der Auswertung lediglich drei Schichten unterschieden. Hierzu wurde das Maximum der erreichten Indexpunkte in Übereinstimmung mit den bei der Auswertung festgestellten Klassengrenzen in drei gleiche Teile geteilt. Personen, deren Indexpunktwert im unteren Drittel lag, wurden zur Unterschicht gerechnet, Personen mit mittlerer Indexpunktzahl zur Mittelschicht, Personen im oberen Drittel zur Oberschicht. Damit ergab sich eine soziale Gliederung der erwerbstätigen männlichen Juden Kölns zwischen 1808 und etwa 1850, wie sie in Abbildung 2 dargestellt ist.

Ein direkter Vergleich der vier Stichjahre ist nur bedingt möglich, da jeweils unterschiedliche Variablen als Indikatoren zur Auswertung herangezogen wurden. Als grundsätzlicher Trend läßt sich jedoch feststellen: Über den gesamten Untersuchungszeitraum sank der Anteil der Unterschicht von etwa drei Viertel aller Juden im Jahre 1808 auf ca. 50% 1848, während sich der der Mittelschicht verdreifachte. Starke Schwankungen war die Oberschicht ausgesetzt, deren Mitglieder 1848 bis auf knapp 4% in die Mittelschicht abstiegen und deren Stärke sich damit um fast 10% gegenüber 1835 verringert hatte. Bereits zwischen 1808 und 1820 war ihr Anteil schon einmal geschrumpft, bis 1835 aber wieder auf den Stand von 1808 angestiegen. Damit ergab sich ein durchgreifender Wandel im Schichtungsgefüge der jüdischen Minorität, der vor allem durch den Aufstieg breiter Gruppen der Unterschicht in die Mittelschicht gekennzeichnet war. Ein Vergleich mit der sozialen Schichtung der Ge-

61. Kober, Cologne, App. B, S. 329. Dies wirkte sich natürlich auch auf die Steuerzahler an die Konsistorialsynagoge in Bonn aus: Kann bis etwa Mitte der 30er Jahre davon ausgegangen werden, daß jeder Jude zum Unterhalt beitragen mußte und dementsprechend ein Fehlen in den Abgabelisten auf mangelndes Vermögen bzw. Auskommen zurückgeführt werden kann, so ist diese Aussage danach nicht mehr stichhaltig.

62. Juden benötigten im Rheinland bis 1845 zur Ausübung von Gewerben ein Handelspatent. Vgl. Bormann, K. Th. F., und Daniels, Alexander von (Hg.), Handbuch der für die Königlich Preußischen Rheinprovinzen verkündigten Gesetze, Verordnungen und Regierungsbeschlüsse aus der Zeit der Fremdherrschaft, Bd. V, Köln 1837, S. 336–338.

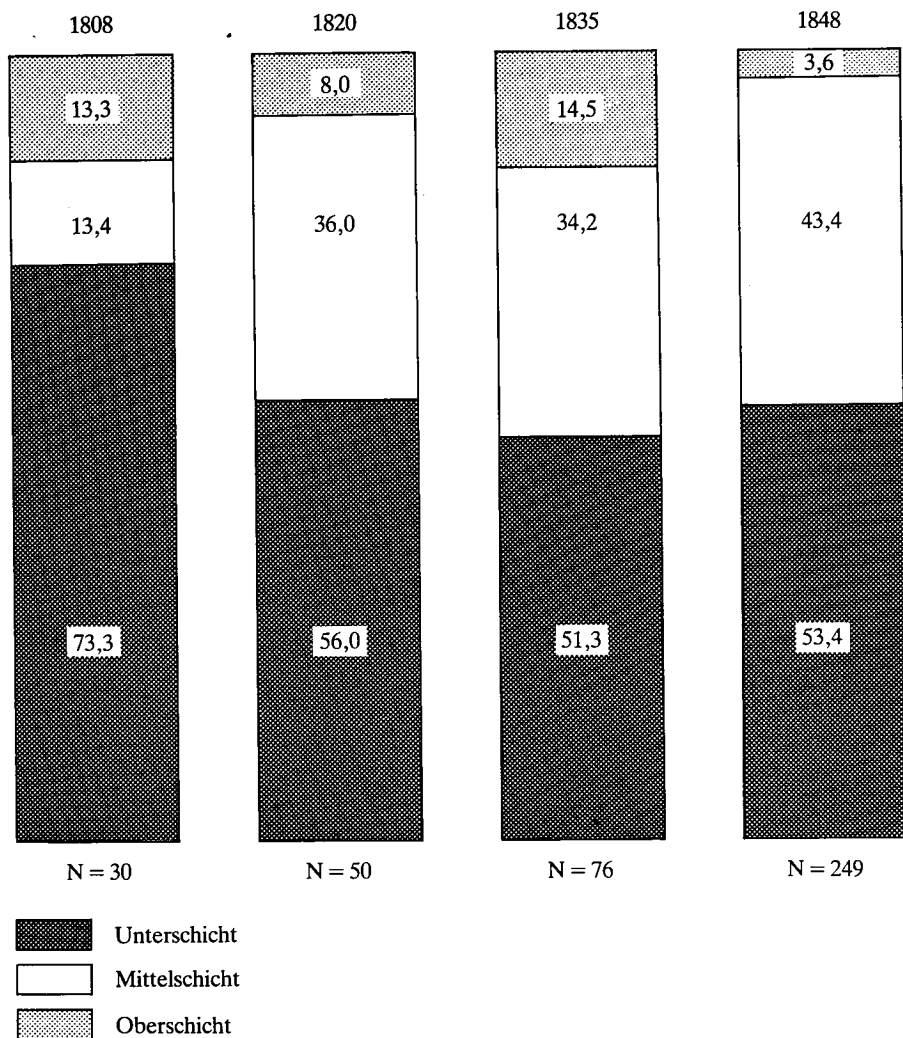


Abbildung 2: Soziale Schichtung der erwerbstätigen männlichen Juden Kölns (in %)

samtbevölkerung deutet auf ein insgesamt stärker noch oben verschobenes Schichtungsgefüge der Juden hin⁶³.

63. Hierzu ausführlich Müller, Geschichte [1984], S. 216–221.

Die Inter-Generationen-Mobilität

Der aufgezeigte Wandel in der beruflichen Tätigkeit muß sich besonders deutlich bei einem individuellen Vergleich der Berufe von Vater und Sohn manifestieren. Es werden also im Gegensatz zur Intra-Generationen- oder Karrieremobilität, die den wechselnden Standort einer Person im Laufe ihres Berufslebens untersuchte, zwei Generationen, Väter und Söhne, im Hinblick auf ihren Beruf miteinander verglichen. Diese Analyse läuft damit auf eine Beschreibung der sozialen Herkunft der Juden in Köln hinaus⁶⁴.

Hierbei konnte davon ausgegangen werden, daß, sofern Wechsel der Berufspositionen erfolgten, es sich um individuelle und nicht um kollektive Wechsel handelte, also nicht ein ganzer Beruf in seinem sozialen Ansehen stieg oder sank. Die Berufe der Söhne und Väter wurden damit jeweils auf der gleichen Skala gemessen. Gleichfalls war zu beachten, daß nicht die Position des Vaters am Ende seiner Berufskarriere mit der seines Sohnes zu einem beliebigen Zeitpunkt verglichen wurde, sondern nur dann, wenn beide einen bestimmten Alters- und damit Karrierestichpunkt (hier mindestens 37 Jahre) vor der Berufsaufgabe erreicht hatten⁶⁵. Dies schränkte natürlich aufgrund einer relativ niedrigen Altersstruktur der Juden in Köln die Zahl der Untersuchungsobjekte von vornherein ein. Da nur für etwa 38% der männlichen Personen für den Beruf des Vaters Angaben vorliegen, beanspruchen die folgenden Aussagen nur tendenzielle Reichweite.

Zunächst soll die Berufszugehörigkeit von Väter- und Sohngeneration insgesamt miteinander verglichen werden.

Die Abbildung 3 verdeutlicht, daß der Anteil der für die voremanzipatorische Zeit typischen Berufsfelder der Juden, der Geldhandel und die Fleischerei, in der Generation der Söhne zurückgegangen ist. Demgegenüber ist ein Anstieg im Bereich des Handwerks und der Fabrikation feststellbar. Den stärksten Zuwachs verzeichneten die Großhandelsberufe, deren Anteil sich in der Generation der Söhne mehr als verdoppelte.

Der erste Anschein deutet somit bereits darauf hin, daß ein beträchtlicher Anteil der Generation der Söhne im Vergleich zu den Vätern eine bessere berufliche Position bekleidete. Genaueren Aufschluß liefert die Analyse der Inter-Generationen-Mobilität, d. h. ein Vergleich der Berufsposition von Vater und Sohn auf individueller Basis. Die Tabelle 7 auf der Seite 72 veranschaulicht deshalb die individuellen Berufsbewegungen der Generation der Söhne im Vergleich zu ihrer Vätergeneration, wobei in der oberen Zeile jeweils die absolute Anzahl der Personen eingetragen ist,

64. Hierbei ließ sich aufgrund der Datenstruktur ähnlich wie bei Daheim, Hansjürgen, Berufliche Intergenerationen-Mobilität in der komplexen Gesellschaft, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 16, 1964, S. 92-124 kein einheitliches Stichjahr für die Untersuchung der Generation der Söhne festlegen. Vielmehr mußte für sie etwa die Zeit zwischen 1830 und 1850 zugrunde gelegt werden. Quellen: wie Anm. 2.

65. Allerdings löst auch die Festsetzung eines bestimmten Altersstichpunktes diese Probleme nicht vollständig, werden doch Karrierhöhepunkte in verschiedenen Berufslaufbahnen unterschiedlich schnell erreicht (Bolte, Karl Martin, und Recker, Helga, Vertikale Mobilität, in: König, René (Hg.), Handbuch der empirischen Sozialforschung, Bd. V, Stuttgart 1976, S. 40-103, hier S. 52).

die bei den Gruppenvergleichen beide in Beziehung gesetzte Merkmale gemeinsam haben, während der untere Wert die Zellenbesetzung auf der Basis der Gesamtzahl der in der Tabelle erfaßten Personen bezeichnet.

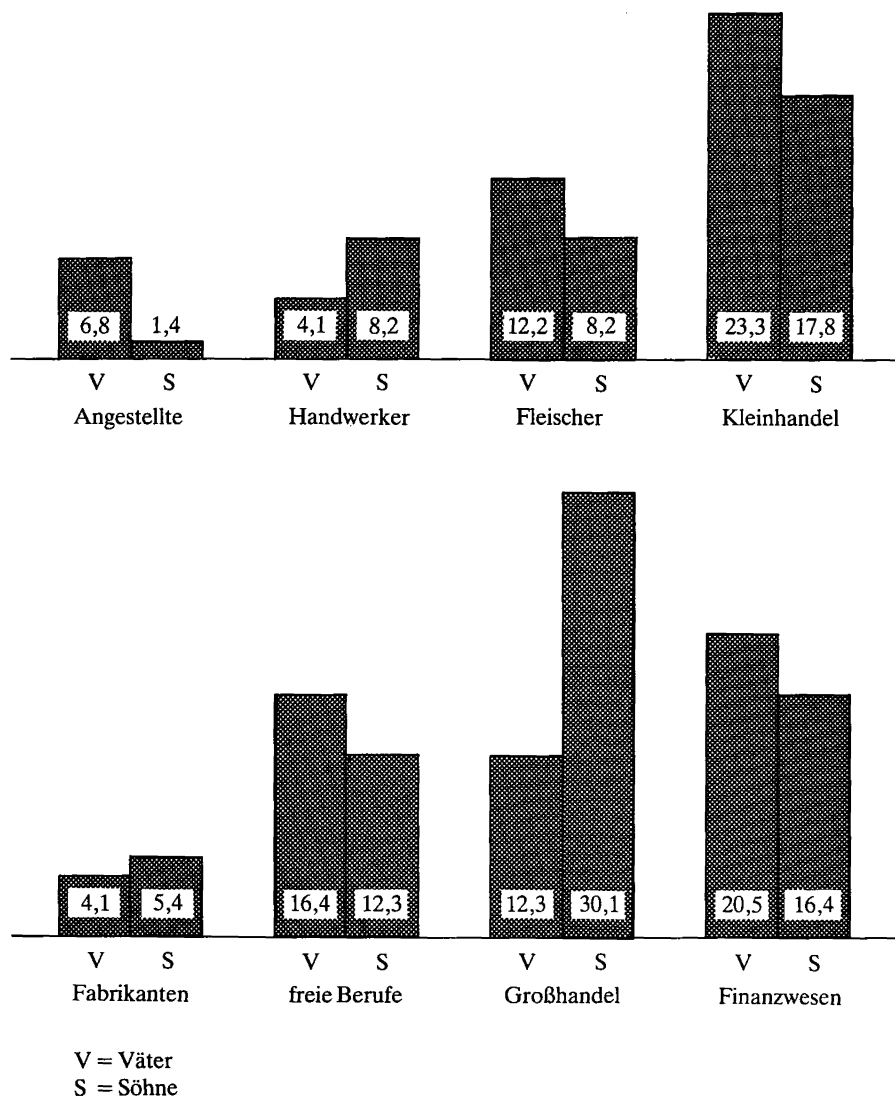


Abbildung 3: Berufszugehörigkeit in der Vater- und Sohngeneration (in %)

Tabelle 7: Berufsbewegungen der Söhne im Vergleich zu ihren Vätern

<i>Söhne:</i>	Ange- stellte	Hand- werker	Flei- scher	Klein- händler	Fabri- kanten	freie Berufe	Groß- handel	Finanz- wesen	<i>Summe der Väter</i>
<i>Väter:</i>									
Angestellte	—	1 1,4%	—	1 1,4%	1 1,4%	—	1 1,4%	1 1,4%	5 6,8%
Handwerker	—	2 2,7%	—	—	—	—	1 1,4%	—	3 4,1%
Fleischer	—	—	5 6,8%	—	—	3 4,1%	—	1 1,4%	9 12,3%
Kleinhändler	1 1,4%	2 2,7%	1 1,4%	5 6,8%	1 1,4%	—	6 8,2%	1 1,4%	17 23,3%
Fabrikanten	—	—	—	—	1 1,4%	1 1,4%	—	1 1,4%	3 4,1%
freie Berufe	—	1 1,4%	—	6 8,2%	—	3 4,1%	—	2 2,7%	12 16,4%
Großhandel	—	—	—	—	—	—	9	—	9
Finanzwesen	—	—	—	—	—	—	12,3%	—	12,3%
	—	—	—	1 1,4%	1 1,4%	2 2,7%	5 6,8%	6 8,2%	15 20,5%
<i>Summe der Söhne</i>	1 1,4%	6 8,2%	6 8,2%	13 17,8%	4 5,5%	9 12,3%	22 30,1%	12 16,4%	73 100,0%

(N = 73)

Die Summe aller absoluten Häufigkeiten und Prozentwerte außerhalb der Diagonalen von links oben nach rechts unten ergibt den Anteil der beruflich mobilen Juden. 42 von 73 Personen, also 57,8%, nahmen demnach eine andere Berufsposition ein als ihre Väter. Teilt man den Anteil der Mobilen unter Zugrundelegung der Interpretation der Berufe auf der sozialen Rangskala in aufstiegs- und abstiegsorientierte Mobilitätsbewegungen, so haben sich 22, d. h. 30,4% der Söhne im Vergleich zu ihren Vätern sozial verbessert, während 20 (= 27,4%) eine niedrigere berufliche Position als ihre Väter bekleideten. Damit lag eine leichte Tendenz zu mehr Auf- als Abstiegen vor, wobei die bereits in Köln geborenen Juden in geringerem Maße mobil waren als die Zugewanderten⁶⁶.

Entsprechende Vergleichszahlen für die Gesamtgesellschaft Kölns finden sich bei Daheim⁶⁷, der zwischen 1833 und 1840 einen Anteil von 41% Mobilen errechnete, von denen 22% aufstiegen und 19% abstiegen. Die Inter-Generationen-Mobilität unter den Juden lag somit höher als in der Kölner Gesamtbevölkerung.

Ein Blick auf einige Einzelergebnisse soll das Bild abrunden. Die Tabelle 8 auf der Seite 74 entspricht der vorangegangenen, jedoch wurde eine zeilenweise Prozenturierung gewählt, die die Abstromprozente bezeichnet. Sie gibt Aufschluß darüber, in welcher Größenordnung Söhne einer bestimmten Berufsgruppe der Väter in diesen Berufen verblieben bzw. in welche andere abgewandert sind.

Auffällig ist der hohe Anteil von Juden mit Angestellten als Väter, die in gehobene selbständige Berufe abwanderten. Hierauf wurde schon oben bei der Untersuchung der Intra-Generationen-Mobilität verwiesen, wo der Angestelltenberuf als typischer Einstiegsberuf für eine spätere selbständige Berufsausübung charakterisiert wurde. Daß alle Söhne aus Handwerkerfamilien in den (Groß-)Handel abwanderten, verdeutlicht die enge Verbindung von Handwerk und Handel. Je qualifizierter die Berufe der Vätergeneration waren, desto eher gelang es den Söhnen — wohl nicht zuletzt aufgrund einer besseren materiellen Ausgangslage⁶⁸ — mindestens ebenso qualifizierte Berufe zu besetzen. Die höchste Selbstrekrutierungsquote und damit Berufsvererbung weisen die Großhändler mit 100% auf.

Insgesamt deuten die erzielten Ergebnisse darauf hin, daß ein im Vergleich zur Kölner Gesamtbevölkerung höherer Anteil von Juden mobil mit aufstiegsorientierter Tendenz war.

Damit wird man zusammenfassend auf ökonomischem Sektor von einer gelungenen Integration der jüdischen Minorität bereits vor ihrer völligen rechtlichen Emanzipation sprechen können.

Ich glaube, daß am Beispiel der Juden Kölns eine Reihe von Problemen bei der Erforschung eines historischen Personenkollektivs zumindest angerissen werden konnte, etwa die Unvollständigkeit von Daten oder kleine Fallzahlen. Gleichzeitig

66. Untersucht man allein die 16 bereits in Köln geborenen Juden, die in die Untersuchung eingingen, so fällt der Anteil der Mobilen auf etwa 44%.

67. Daheim, *Intergenerationen-Mobilität*, S. 105. Seine Untersuchung basiert allerdings auf einer Interpretation der Berufsvariablen mit nur sechs, d. h. zwei Kategorien weniger als die hier verwendeten acht Gruppen, wobei die Häufigkeit der festgestellten Auf- und Abstiegsbewegungen von der Anzahl der Berufsgruppen abhängig ist.

68. Auf mangelndes Kapital als Barriere für sozialen Aufstieg verweist auch Kaelble, *Mobilitätsforschung*, S. 67.

Tabelle 8: Berufliche Inter-Generationen-Mobilität (Abstromprozente)

Söhne:	Ange- stelle	Hand- werker	Flei- scher	Klein- händler	Fabri- kanten	freie Berufe	Groß- händler	Finanz- wesen
Väter:								
Angestellte	—	20,0	—	20,0	20,0	—	20,0	20,0
Handwerker	—	66,7	—	—	—	—	33,3	—
Fleischer	—	—	55,6	—	—	33,3	—	11,1
Kleinhändler	5,9	11,8	5,9	29,4	5,9	—	35,3	5,9
Fabrikanten	—	—	—	—	33,3	33,3	—	33,3
freie Berufe	—	8,3	—	50,0	—	25,0	—	16,7
Großhändler	—	—	—	—	—	—	100,0	—
Finanzwesen	—	—	—	6,7	6,7	13,3	33,3	40,0

(N = 73)

konnte aber auch gezeigt werden, zu welchen positiven Ergebnissen eine theoretisch und methodisch reflektierte, quantitativ gestützte Analyse gelangen kann.

Summary

The article attempts to demonstrate the possibilities and limitations of historical social research operating with quantitative methods, using as the sample population the Jewish minority in 19th-century Cologne.

It was in particular economic motivation and the superior educational facilities in the metropolitan area which attracted Jews to Cologne. The far majority came from the Prussian territories, above all from the area later to be known as the Rhein-Provinz. Qualified professionals began immigration in larger numbers only with the beginning of the twenties.

A time-series analysis indicates that about half of the Jews were engaged in trading during the period under study. Here, however, a shift from doorstep sales toward retail and wholesale operations can be demonstrated, which can be characterized as a reduction in the numbers of those employed, coupled with an enhancement in the quality of the jobs held. Thus a considerable part of the Jewish rise in prestige took place within the trading community. Commercialization, intellectualization and industrialization had already made major progress by mid-century, under the guidance of Cologne's Jews.

Little intra-generational mobility was shown in the course of a career sequence analysis, with the exception of salaried employees, almost 50% of whom rose through the wholesale trades. The lower the ranking of a profession, the more frequent were career changes. Positions as salaried employees were used as a stepping stone to later self-employment, since in this way the city's stringent immigration regulations could be circumvented.

A multidimensional strata model was elected to analyze the social structure; it takes into consideration the economic and social position, status, possibilities for exerting influence on municipal politics, along with property ownership and business proprietorship. An evaluation of four sample years — 1808, 1820, 1835 and 1848 — revealed a decline in the number of Jews in the lower classes, from some three-quarters of the total Jewish population to approximately 50%, while the middle class tripled, from about 13% to more than 43%. The upper class was subject to major fluctuations. A comparison with the social structure of the general population of the city of Cologne revealed a class structure among the Jews which was all in all weighted more towards the upper class.

The investigation of inter-generation mobility showed that a considerable proportion of the younger generations enjoyed better career positions than their fathers. A comparison with Cologne's population as a whole showed again that a larger share of Jewish community was mobile, the trend being toward upward mobility.

In the economic sector one can, then, speak of a successful integration of the Jewish minority even before its full legal enfranchisement.

(Übersetzt von Stewart W. Lindemann)

Personale Verflechtung und gesellschaftliche Stellung der Hochschullehrer in Baden 1830–1890

1. Einleitung

In der sozialgeschichtlichen Forschung seit dem II. Weltkrieg nahm das Interesse an der Beamtenschaft erst in den letzten Jahren spürbar zu. Die zu dieser Gruppe erschienenen Untersuchungen weisen jedoch vor allem zwei Nachteile auf: einmal steht die politische Entwicklung der Beamtenschaft durch die Jahrhunderte und die verschiedenen Staatsformen im Zentrum des Interesses, so daß der sozialgeschichtliche Aspekt gänzlich vernachlässigt wird¹; zum anderen wird in ihnen die Beamtenschaft durchweg als homogene Gruppe betrachtet. Auf eine Darstellung der verschiedenen Teilgruppen unter sozialgeschichtlicher Fragestellung ist also bisher weitgehend verzichtet worden²; sie bleibt ein Desiderat der historischen Forschung.

Welche Teilgruppen man assoziiert, wenn von *der* Beamtenschaft gesprochen wird, und welche Teilgruppen damit außerhalb des Blickfeldes geraten, macht Otto Hintze in seinem berühmten Aufsatz „Der Beamtenstand“ deutlich:

„Wenn wir vom Beamtenstand reden, so denken wir natürlich in erster Linie an das staatliche Beamtentum, von dem das Staats- und Verwaltungsrecht redet ... Aber durch unseren leitenden Gesichtspunkt ist es bedingt, daß wir den Beamtenstand doch noch weiter fassen müssen, als das eigentliche Beamtentum reicht, welches obrigkeitliche Funktionen ausübt; den Kern bildet ja freilich der Stand der Richter und der Verwaltungsbeamten und mit diesen in engem Zusammenhang auch der Offiziersstand ... aber darüberhinaus rechnen wir zum Beamtenstand im wei-

1. Vgl. dazu z. B. Lotz, Albert, Geschichte des Deutschen Beamtentums, Berlin 1909, Wunder, Bernd, Die Entstehung des modernen Staates und des Berufsbeamtentums in Deutschland im frühen 19. Jahrhundert, in: Leviathan 2, 1974, S. 459ff., ders., Privilegierung und Disziplinierung. Die Entstehung des Berufsbeamtentums in Bayern und Württemberg 1780–1825, München 1978, und Hans Hattenhauer, Geschichte des Beamtentums, Köln 1980.
2. Erste Schritte auf dem Gebiet der Teilgruppenuntersuchung unternimmt Otto Most in seinem Aufsatz „Zur Wirtschafts- und Sozialstatistik der höheren Beamten in Preußen“, in: Schmollers Jahrbuch 39 I, 1915. Die erste umfassende Analyse der akademisch gebildeten Beamten für die preußischen Westprovinzen findet sich in Hansjoachim Hennings Untersuchung „Das westdeutsche Bürgertum in der Epoche der Hochindustrialisierung 1860–1914“, Teil I, Wiesbaden 1972.

teren sozialen Sinne auch die Geistlichkeit ... Und an die Geistlichkeit schließt sich der Lehrstand in seinen verschiedenen Schichten, auf Hochschulen, Gymnasien und Volksschulen; ferner die zahlreichen Gruppen der technischen Beamten in den öffentlichen Betrieben, wie Post und Eisenbahn.“³

Auf diesem Hintergrund ist die Untersuchung einer Teilgruppe der Beamtenschaft besonders reizvoll erschienen, denn erst die Analyse der verschiedenen Teilgruppen wird erweisen, ob es tatsächlich gerechtfertigt ist, von der Beamtenschaft schlechthin zu sprechen, oder ob die Aussagen über diese Gruppe stärker differenziert werden müssen.

Für eine detaillierte Darstellung hat sich die Hochschullehrerschaft als besonders geeignet herauskristallisiert. Zu den Hochschullehrern werden hier die Ordinarien, Extraordinarien und Privatdozenten gerechnet, obwohl letztere nicht den Beamtenstatus innehaben. Dieses Vorgehen erscheint aber dadurch gerechtfertigt, daß sie alle dasselbe Ziel haben oder gehabt haben: das Ordinariat. Extraordinarien und Privatdozenten erstreben es noch, während die Ordinarien dies Ziel bereits erreicht haben.

Die Auswahl der Hochschullehrerschaft für die vorliegende Arbeit ist aufgrund folgender Überlegungen erfolgt: Die Hochschullehrer bieten — besonders für den untersuchten Zeitraum 1830 bis 1890 — den großen Vorteil, eine überschaubare Teilgruppe zu sein, die eine Vollerhebung ermöglicht. Man ist also nicht — wie es bei umfangreichen Teilgruppen wie z. B. der mittleren Beamtenschaft der Fall ist — auf eine repräsentative Stichprobe angewiesen.

Diese Möglichkeit wird hier noch durch die regionale Eingrenzung auf Baden unterstützt. Für die Eingrenzung der Arbeit auf Baden war zweierlei ausschlaggebend: zum einen ist die badische Beamtenschaft generell und die Hochschullehrerschaft insbesondere noch nicht Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen zur sozialen Verflechtung gewesen^{3a}; zum anderen hat das Hochschulwesen in Baden eine besondere Förderung erfahren, besonders seit den 1860er Jahren⁴. Allein die Unterhaltung von zwei Universitäten (Heidelberg, Freiburg) und einer Technischen Hochschule (Karlsruhe) in dem vergleichsweise kleinen Großherzogtum stellt eine beacht-

3. Hintze, Otto, Der Beamtenstand, in: ders., Soziologie und Geschichte. Gesammelte Abhandlungen zur Soziologie, Politik und Theorie der Geschichte, hrsg. v. Gerhard Oestreich, Göttingen 1964², S. 67.

3a. Die Untersuchung von Riese, Reinhard, Die Hochschule auf dem Weg zum wissenschaftlichen Großbetrieb, Stuttgart 1977 geht auf die soziale Verflechtung der Hochschullehrer in Herkunft und Konnubium nicht ein.

4. Dies mag ein Blick auf die Ausgaben Badens für das Hochschulwesen verdeutlichen:

1835	235 000 Mk.
1850	310 100 Mk.
1860	341 700 Mk.
1870	533 100 Mk.
1880	1 068 800 Mk.
1890	1 377 600 Mk.
1900	1 851 000 Mk.

Nach: Buchenberger, Adolf, Finanzpolitik und Staatshaushalt im Großherzogtum Baden in den Jahren 1850 bis 1900, Heidelberg 1902, S. 79.

liche Leistung dar, besonders wenn man bedenkt, daß z. B. das wesentlich größere Königreich Württemberg bis 1876, dem Gründungsjahr des Polytechnikums Stuttgart, nur über die Universität Tübingen verfügt.

Der finanziellen Förderung der Hochschulen in Baden entspricht die personelle Entwicklung: von 1860 bis 1910 hat sich der Lehrkörper der Hochschulen Heidelberg, Freiburg und Karlsruhe von 83 auf 163 nahezu verdoppelt⁵.

Eine Ursache für die starke Zunahme der Zahl der Hochschullehrer von der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts an sieht Hartmut Kaelble in der Industrialisierung⁶, die eine intensive technische und naturwissenschaftliche Forschung notwendig gemacht hat. Die Universitäten bilden gerade in diesen Bereichen nun verstärkt Unternehmer aus und bereiten so neue Wege in der Industrie vor.

Ein anderer Grund für das Anwachsen der Hochschullehrerschaft liegt in der Verkörperung des Leistungsprinzips durch diesen Beruf, bei dem nur die Qualifikation des einzelnen entscheidet und nicht „überkommene Berufsordnungen und ... Beschränkungen regionaler und gesellschaftlicher Mobilität.“⁷ Dieser Aspekt wird im Verlauf der Darstellung noch genauer zu beleuchten sein, auch im Zusammenhang mit der potentiellen Vererbbarkeit solcher Positionen, so daß der Hinweis auf das Problem an dieser Stelle genügen mag.

Sozialstruktur meint im folgenden ganz allgemein das innere Gefüge einer oder mehrerer gesellschaftlichen Gruppen oder Teilgruppen, also das ganze Spektrum ihrer sozialen Verhaltensweisen und deren potentiellen Wandel. Für die Erkenntnis der Sozialstruktur der Hochschullehrer erschienen Angaben aus folgenden Lebensbereichen besonders relevant: Familie, Ausbildung und Beruf sowie öffentliche Tätigkeit. Jeder dieser Bereiche ist für die Bearbeitung der Quellen in eine Reihe von Indikato-

5. Wie stark die Hochschullehrerschaft anwächst, wird erst recht deutlich, wenn man die Entwicklung der Hochschullehrerstellen im ganzen 19. Jahrhundert betrachtet:

	Heidelberg	Freiburg	Karlsruhe
1803	28		
1806	25	21	
1810	27	21	
1820	26	23	7 (1825)
1830	25	25	14
1840	25	25	17
1850	30	29	19
1860	33	29	21
1870	40	34	26
1880	39	37	29
1890	42	46	31
1900	52	60	34

Die Zusammenstellung der Tabelle erfolgte nach: Rebmann, Edmund, Das Großherzogtum in allgemeiner, wirtschaftlicher und staatlicher Hinsicht, Bd. I, Karlsruhe 1912², S. 888, S. 902, S. 917.

6. Kaelble, Hartmut, Sozialer Aufstieg in Deutschland 1850-1914, in VSWG 60, 1973, S. 48.
7. Ferber, Christian von, Die Entwicklung des Lehrkörpers der deutschen Universitäten und Hochschulen 1864 bis 1954, Göttingen 1956, S. 164.

ren aufzuschlüsseln⁸, von denen einige jedoch aufgrund zu geringer Angabendichte nicht zum Tragen kommen können:

Familie

Konfession

Beruf des Vaters

Beruf des Schwiegervaters

Kinderzahl

Ausbildung und Beruf

eigene Ausbildung

Verbindungswesen

Laufbahn

regionale Mobilität

wirtschaftliche Verhältnisse

Öffentliche Tätigkeit

Tätigkeit in Vereinen

Beteiligung an politischen Vereinen und Parteien

Übernahme bürgerlicher oder kirchlicher Ehrenämter

erworbene Titel und Orden

Reserveoffiziere

Nobilitierung

Um die potentielle Veränderung der Sozialstruktur der Hochschullehrer erfassen zu können, werden hier zwei Generationen dieser Teilgruppe untersucht. Der Einschnitt, von dem aus eine Generation vor- und eine Generation zurückgerechnet wird, liegt um das Jahr 1860 herum, d. h. es geht in dieser Arbeit um eine Darstellung der Geburtsjahrgänge 1830 bis 1860 und 1861 bis 1890. Die ältere Generation hat also den Hochschullehrerberuf gewählt, als sich das badische Universitätswesen noch nicht einer so entschiedenen staatlichen Förderung erfreute wie nach 1860. Daneben gibt es noch einen anderen Grund, das Jahr 1860 als Einschnitt zu wählen: Eine Reihe zeitgenössischer Aussagen aus dieser Zeit belegen, daß in diesen Jahren ein Umbruch auf politischem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet stattfand, der wesentlich stärker empfunden wurde als z. B. die Reichsgründung⁹. Es wird zu zeigen sein, ob und wie weit sich diese Veränderungen auch in den sozialen Verhaltensweisen der Hochschullehrer in den beiden Generationen niedergeschlagen haben.

Als Quellen für die vorliegende Arbeit haben die folgenden biographischen Lexika gedient:

-
8. Der Indikatorenkatalog orientiert sich im wesentlichen an Henning, H., Das westdeutsche Bürgertum, S. 66, da er die Untersuchung weiterer sozialer Gruppen und Teilgruppen nach demselben Prinzip gestattet und damit ihre Vergleichbarkeit ermöglicht.
 9. Vgl. dazu die Äußerungen des Politikers Karl Friedrich Nebenius, des Publizisten Wilhelm Kießelbach und des Universitätsbibliothekars Georg Steinhausen in: Henning, H., Das westdeutsche Bürgertum, S. 40.

- H.A.L. Degeners, Wer ist's? Zeitgenossenlexikon, Leipzig 1908 (4. Ausgabe) und 1928 (9. Ausgabe). Dieses Lexikon ist für unsere Zwecke am ergiebigsten gewesen. Die darin enthaltene Informationsdichte ist wahrscheinlich in Degeners Methode begründet: er hat Fragebögen betreffend Herkunft, Familie, Lebenslauf und Parteimitgliedschaft an bekannte Zeitgenossen verschickt und dann anhand der ausgefüllten Fragebögen sein Werk zusammengestellt. Nothaas¹⁰ hat dieses Zeitgenossenlexikon bereits für einen Querschnitt durch das deutsche Volk ausgewertet und kommt hinsichtlich seiner Verlässlichkeit zu dem Ergebnis, daß Degeners Bestreben „auf eine möglichst weitgehende Erfassung aller bekannten Persönlichkeiten“¹¹ ging, so daß eine absichtliche Einseitigkeit ausgeschlossen werden kann.
 - Neue Deutsche Biographie (NDB), hrsg. v. der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Bde. 1-9, Berlin 1953-72. Ihre Angaben sind bezüglich ihrer Verlässlichkeit über jeden Zweifel erhaben, so daß auf dieses Werk nicht näher eingegangen zu werden braucht.
 - Reichshandbuch der Deutschen Gesellschaft. Das Handbuch der Persönlichkeiten in Wort und Bild, 2. Bde., Berlin 1930/31. Eine vergleichbare Zuverlässigkeit wie bei Degeners Zeitgenossenlexikon und der NDB kann hier leider nicht festgestellt werden. Der Verlag betont zwar in seinem Vorwort, das Handbuch habe „es sich zur Aufgabe gestellt, ... den Nachweis zu führen, welche geistigen Kräfte in Deutschland am Werke sind, und wird so einen geschlossenen Gesamteindruck der Berufs- und Gesellschaftskreise liefern, die das lebende Deutschland darstellen. Eine Auswahl der Persönlichkeiten erfolgte lediglich nach Maßgabe ihrer Bedeutung. Die Aufnahme konnte nicht etwa erkaufte werden“; jedoch konnte der Verdacht nicht aus dem Wege geräumt werden, daß mit „Gesellschaft“ hier nur die obere Gesellschaftsschicht gemeint ist. Das Ergebnis dieser Erhebung aller in dem Handbuch erfaßten Hochschullehrer stellt unsere anhand von Degeners Zeitgenossenlexikon und der NDB erzielten Resultate sowie die Ergebnisse der wenigen zur Sozialstruktur der Hochschullehrer erschienenen Arbeiten völlig auf den Kopf, so daß dieses Lexikon nur zum Schluß zu Ergänzungszwecken herangezogen worden ist.
 - Auch die „Badischen Biographien“, hrsg. v. Friedrich von Weech, 6 Bde., Leipzig 1875-1935, konnten nur der Vervollständigung der Daten dienen, allerdings nicht aus Gründen mangelnder Verlässlichkeit, sondern weil die Persönlichkeiten, die den Schwerpunkt dieses Werkes bilden, z. T. weit vor 1830 geboren sind¹².
- Diese Quellen sind anhand von Fragebögen, die die oben aufgeführten Indikatoren sozialen Verhaltens beinhalteten, bearbeitet worden. Dabei sind für den Zeitraum 1830 bis 1860 160 und für die Zeit zwischen 1861 und 1890 214 Hochschullehrer erfaßt worden. Wenn man bedenkt, daß es z. B. 1850 in Baden insgesamt 78 Lehrende gab und daß die Hochschullehrer im Durchschnitt wesentlich länger als heute an einer Hochschule geblieben sind, kann man das Ergebnis als eine fast vollständige Erhebung bezeichnen. Die Fragebögen sind dann quantitativ ausgewertet worden. Im

10. Nothaas, J., Sozialer Auf- und Abstieg im Deutschen Volk. Statistische Methoden und Ergebnisse, München 1930.

11. Ebd., S. 23.

12. Kürschners Deutscher Gelehrten-Kalender, Berlin/Leipzig 1925-71, war als Quelle nicht zu verwenden; er enthielt nur Angaben zur beruflichen Tätigkeit.

Verlauf der Darstellung soll versucht werden, Antwort auf folgende Fragen zu geben:

- Aus welcher sozialen Gruppe stammen die Hochschullehrer und in welche heiraten sie ein?
- Üben sie öffentliche Tätigkeiten aus, d.h. welche gesellschaftliche Stellung haben sie?
- War in der Teilgruppe der Hochschullehrer das Prinzip der Mobilität oder Exklusivität dominierend?

2. Soziale Verflechtung

2.1 Die Herkunft

Die Ermittlung der Herkunft der Hochschullehrer, d.h. der Berufe ihrer Väter, erscheint als der sicherste Weg zur Beantwortung folgender Fragen:

- Aus welchen sozialen Gruppen rekrutieren sich die Hochschullehrer?
- Wie hoch ist der Anteil der Aufsteiger¹³ in dieser Teilgruppe?
- Inwieweit hat die Förderung des Bildungswesens eine Verbreitung der Bildungsgüter in weite Teile der Bevölkerung bewirkt?

Der Praktikabilität von Hartmut Kaelbles Anregung der Unterscheidung sozialer Gruppen anhand ihrer jeweiligen Vermögensverhältnisse¹⁴ stehen zwei Hindernisse entgegen: zum einen sind die Daten — wie er selbst einräumt —, wenn überhaupt, nur äußerst schwierig zu ermitteln, zum anderen sind soziale Grenzen ausschließlich über das vorhandene Vermögen nicht zu markieren. Sie werden einfach zu ungenau, es gibt zu viele Überschneidungen, als daß man auf die Hinzuziehung der Berufsangaben verzichten könnte¹⁵.

Die Tabellen zur vertikalen Mobilität sind nach Berufsgruppen¹⁶ aufgebaut, von denen einige noch in Teilgruppen aufgeschlüsselt werden konnten, so daß die Anga-

13. Generell wird als Aufstieg der Wechsel von einer statusniederen in eine statushöhere soziale Gruppe bezeichnet. Da aber akademische Bildung im 19. Jahrhundert eindeutig eine soziale Grenze darstellt und für Hochschullehrer der Statusindikator akademische Bildung in besonderem Maße zutrifft, soll hier unter Aufstieg die Rekrutierung von Hochschullehrern aus nicht-akademisch gebildeten Bevölkerungskreisen verstanden werden.

14. Kaelble, H., *Historische Mobilitätsforschung*, Darmstadt 1978, S. 155.

15. Auf dieses Problem hat Hansjoachim Henning in seinem Vortrag „Besitzstrukturen mittlerer und unterer sozialer Gruppen in der Rheinprovinz 1870 bis 1913“ auf der 8. Arbeitstagung der Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte in Verbindung mit der Tagung der Gesellschaft für Agrargeschichte in Köln am 3. April 1979 besonders hingewiesen.

16. Auf die Übertragung der Berufsgruppen in ein Schichtenmodell, wie es z.B. von Theodor Geiger („Die soziale Schichtung des deutschen Volkes“, Stuttgart 1932) und Erwin K. Scheuch („Sozialprestige und soziale Schichtung“, in: *Soziale Schichtung und soziale Mobilität*, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 5, 1961) entwickelt worden ist, wird in der vorliegenden Arbeit verzichtet. Die Grenzen zwischen den einzelnen sozialen Schichten sind zu ungenau und überdies willkürlich, so daß die Gefahr besteht, eventuell vorhandenen soziologischen Vorurteilen zu erliegen.

ben teilweise recht differenziert sind. Voruntersuchungen sowie die Auswertung der Fragebögen erbrachten folgende Gruppierungen: Adel¹⁷, akademisch gebildete Beamtenschaft, selbständige Akademiker, Offiziere, Landwirte, Großunternehmer, gewerbliche Unternehmer, nicht-akademisch gebildete Beamte, Handwerker, Angestellte, Arbeiter, Politiker.

Die Beamtenschaft wird in akademisch und nicht-akademisch gebildet aufgeteilt, da die Bedeutung akademischer Bildung im 19. Jahrhundert — wie schon erwähnt — für die Markierung sozialer Positionen kaum hoch genug eingeschätzt werden kann. Die höchst unterschiedlichen sozialen Verhaltensweisen beider Gruppen¹⁸ sprechen für die Richtigkeit dieser Trennung.

Die akademisch gebildete Beamtenschaft konnte noch nach den verschiedenen Funktionen der Staatsdiener in Beamte der allgemeinen Verwaltung, Juristen, technische Beamte, Hochschullehrer, Oberlehrer und Geistliche gegliedert werden, so daß sich wenigstens für das vorliegende Beispiel des Zustroms der verschiedenen Teilgruppen zum Hochschullehrerberuf einmal feststellen läßt, wie groß die Mobilität innerhalb der akademisch gebildeten Beamtenschaft ist.

Aus der nicht-akademisch gebildeten Beamtenschaft ließen sich nur die Lehrer als Teilgruppe aussondern. Von den selbständigen Akademikern sollen Ärzte und Rechtsanwälte für sich betrachtet werden. Bei der Unternehmerschaft wird eine Trennung in Handel und Industrie vorgenommen. Die Angestellten werden in kaufmännische und technische Angestellte aufgeteilt.

Die Datenerhebung zur Herkunft der Hochschullehrer für den Zeitraum 1830–1860 erbrachte folgende Ergebnisse: Über ein Drittel der Hochschullehrer (37,6%) rekrutiert sich aus der Gruppe der akademisch gebildeten Beamten. Die selbständigen Akademiker stellen 16% der Hochschullehrer, gefolgt von den nicht-akademisch gebildeten Beamten mit 14,4%. Gewerbliche Unternehmer sind 8,8% der Väter der Hochschullehrer; etwa gleich stark sind die Landwirte vertreten (8%). Dem Handwerk entstammen 5,6% der Hochschullehrer, dem Offiziersstand 4%. Nur 3,2% der Hochschullehrer kommen aus der Gruppe der Großunternehmer. An vorletzter Stelle rangiert der Adel mit 1,6%. Das Schlußlicht bilden die Politiker, deren Söhne 0,8% der Hochschullehrer ausmachen. Söhne von Angestellten und Arbeitern sind noch gar nicht unter den Hochschullehrern¹⁹. Faßt man die Gruppen der akademisch gebildeten Beamten und der selbständigen Akademiker zusammen, so erscheint der Anteil derjenigen Hochschullehrer, die aus Akademikerfamilien stammen, mit 52% erdrückend. Das Bild wird jedoch beträchtlich aufgelockert, wenn man sich der Betrachtung der Teilgruppen innerhalb dieser beiden Berufsgruppen zuwendet.

17. Hier handelt es sich zwar nicht um einen Beruf, aber um eine bedeutende gesellschaftliche Gruppe. Ihren Anteil an der Hochschullehrerschaft festzustellen, ist von besonderem Reiz, und zwar vor allem hinsichtlich der Frage, ob der Adel in den Teilgruppen der akademisch gebildeten Beamtenschaft etwa gleich stark vertreten ist oder ob es Schwerpunkte gibt. Hinzu kommt, daß bei den Angehörigen des Adels der Beruf des Vaters nicht angegeben war, so daß eine andere Zuteilung gar nicht möglich ist.

18. Vgl. dazu Henning, H., *Das westdeutsche Bürgertum*, S. 116ff., und ders., *Sozialgeschichtliche Entwicklungen in Deutschland von 1815 bis 1860*, Paderborn 1977, S. 97–109 und S. 146–156.

19. Vgl. zu dieser Übersicht und der anschließenden Analyse Tabelle I.

Tabelle 1: Herkunft 1830–1860

	<i>absolut</i>	<i>in %</i>
Adel	2	1,6
akademisch gebildete Beamte	47	37,6
davon: allgemeine Verwaltung	6	4,8
Juristen	9	7,2
technische Beamten	—	—
Hochschullehrer	14	11,2
Oberlehrer	6	4,8
Geistliche	12	9,6
selbständige Akademiker	20	16,0
davon: Ärzte	13	10,4
Rechtsanwälte	2	1,6
Offiziere	5	4,0
Landwirte	10	8,0
Großunternehmer	2	1,6
davon: Großindustrie	1	0,8
Großhandel	1	0,8
gewerbliche Unternehmer	13	10,4
davon: Fabrikanten	3	2,4
Kaufleute	10	8,0
nicht-akademisch gebildete Beamte	18	14,4
davon: Lehrer	6	4,8
Handwerker	7	5,6
Angestellte	—	—
Arbeiter	—	—
Politiker	1	0,8
keine Angaben	35	—
	160	100,0

Von besonderem Interesse dürfte dabei der Grad der Selbstrekrutierung der Hochschullehrer sein. Von ihnen haben 11,2% einen Hochschullehrer zum Vater. Hier kann bei der Berufswahl der Wunsch mitbestimmend gewesen sein — gerade in den Wachstumsbereichen Naturwissenschaft, Technik und Medizin —, die Arbeit des Vaters fortzusetzen. Hinzu kommt wahrscheinlich, daß ihnen durch den Vater wissenschaftliches Arbeiten und das Universitätsleben vertraut waren. Daß der Anteil der Hochschullehrer aus Professorenfamilien nicht höher ist, hängt sicher mit der zunehmenden Attraktivität des industriellen Sektors zusammen. Von einer „Vererbung“ der Lehrkanzeln vom Vater auf den Sohn kann jedenfalls aufgrund der Ergebnisse bei den badischen Hochschullehrern keine Rede sein, und das schon seit der Aufklärung nicht mehr. Damals haben die Hochschullehrer „Anstoß an den Traditionen der

Professorendynastien²⁰ zu nehmen begonnen und in der Folge eine Art Berufsethos entwickelt: Bei der Besetzung eines Lehrstuhls komme es allein auf die Qualifikation des Bewerbers an, denn die Wissenschaft lebe nur von Spitzenleistungen²¹. Die soziale Herkunft sollte also kein Hindernis auf dem Weg zum Hochschullehrer sein.

Die zweitstärkste Teilgruppe innerhalb der akademisch gebildeten Beamtenschaft bilden die Geistlichen (9,6%), die die traditionelle geistige Führungsschicht darstellen. Mit ihrer umfassenden Bildung sind die Söhne, die denn auch in allen Fakultäten von der Medizin bis zu den alten Sprachen zu finden sind, von klein auf in Berührung gekommen; eine gewisse kontemplative Atmosphäre des Elternhauses mag ihre Berufswahl mit beeinflußt haben, zumal geistige Zucht und Ausdauer für einen Beruf, in dem die Forschung die erste Aufgabe — zumindest vor dem Zeitalter der Massenuniversität — ist, unerläßlich sind.

Der Anteil der Juristen ist mit 7,2% schon relativ gering. Ein Motiv für dieses Verhalten wird in der Praxisferne des Hochschullehrerberufs, im Vergleich etwa zum Richter, Rechtsanwalt oder auch zum Unternehmer, zu suchen sein. Denkbar ist auch, daß man die unter Umständen lange Habilitationszeit und die Dauer der Privatdozentenzeit gescheut hat.

Die Neigung der Söhne von akademisch gebildeten Beamten der allgemeinen Verwaltung zum Hochschullehrerberuf ist mit 4,8% noch geringer. Untersuchungen zur Beamtenschaft in den preußischen Provinzen²² haben einen teilweise sehr hohen Selbstrekrutierungsgrad der akademisch gebildeten Beamten in der allgemeinen und inneren Verwaltung ergeben, so daß hierin ein Grund für das Fehlen ihrer Söhne in der Hochschullehrerschaft gesehen werden kann. Da die badischen Hochschullehrer aus allen Staaten des späteren Deutschen Reiches stammen, ist es nicht möglich gewesen, anhand der Rekrutierung der Verwaltungsbeamten und Juristen in den Einzelstaaten Erklärungen für die relativ geringe Repräsentanz dieser Teile der Beamtenschaft unter den Hochschullehrern zu ermitteln²³.

Auch die Oberlehrer stellen mit 4,8% nur einen recht kleinen Teil der Hochschullehrerschaft. Da einige Hochschullehrer vor ihrer Habilitation den Lehrerberuf ausgeübt haben, ist es denkbar, daß ursprünglich mehr Söhne von Oberlehrern den akademischen Lehrerberuf erstrebten, diesen Plan dann aber im Schuldienst vielleicht aus finanziellen Gründen aufgegeben haben. Andererseits ist aber auch zu bedenken, wie viele wissenschaftliche Publikationen im 19. Jahrhundert von Oberlehrern verfaßt worden sind. Das heißt, daß die Oberlehrer neben ihrem Beruf noch wissenschaftlicher Beschäftigung nachgehen konnten, ohne die Mühsal von Habilitation und Privatdozentenzeit auf sich nehmen zu müssen.

20. Nauck, Th., Die Privatdozenten der Universität Freiburg 1818–1955, Freiburg 1956, S. 45.

21. Ebd., S. 45.

22. Vgl. dazu Fenske, Hans, Preußische Beamtenpolitik vor 1918, in: Der Staat 12, 1973, S. 352, und Henning, H., Sozialgeschichtliche Entwicklungen in Deutschland, S. 97f. Beide kommen z. B. für die Rheinprovinz zu dem Ergebnis, daß bei den Verwaltungsbeamten die Selbstrekrutierung etwa 50% beträgt.

23. Die Gründe liegen einmal in den noch nicht vorhandenen Untersuchungen zu diesem Problem, zum anderen reicht unsere Erhebung von der Quantität her für eine solch weitgehende Differenzierung nicht aus. Die Streuung wäre dann so groß, daß sich keine Strukturen mehr erkennen ließen.

Schließlich kann für die Teilgruppen der Juristen, Oberlehrer und Verwaltungsbeamten — wie schon für die Hochschullehrer — angenommen werden, daß ein Teil der Söhne sich von der seit etwa 1860 schnell wachsenden Wirtschaft bessere Berufsaussichten und Verdienstmöglichkeiten erwartete.

Der entscheidende Grund für das völlige Fehlen der technischen Beamten unter den Väterberufen der Hochschullehrer wird in ihrer — für die Jahre 1830 bis 1860 — noch sehr kleinen Zahl liegen. Auch werden die Interessen der Söhne in eine andere Richtung, d. h. in weniger theoretisch geprägte Berufe gegangen sein.

Aus der Gruppe der selbständigen Akademiker ist der Anteil der Arztsöhne an der Hochschullehrerschaft mit 10,4% beträchtlich. Der Fortschritt der Naturwissenschaften und der Medizin im 19. Jahrhundert, der sich nicht zuletzt in der Ausdehnung dieser Fakultäten an den Universitäten niederschlägt, sowie die eventuell schon vorhandenen Vorkenntnisse der Söhne mögen ihre Entscheidung für die Universitätslaufbahn erleichtert haben. Immerhin schlagen sieben von dreizehn Arztsöhnen die naturwissenschaftliche oder medizinische Fachrichtung ein. Auch die Aussicht auf den Beamtenstatus mag eine Rolle gespielt haben, besonders, wenn man bedenkt, daß die Verdienste eines Arztes in der Zeit noch nicht so hoch waren, daß sie die Beamtengehälter ausstachen.

Gegenüber den Arztsöhnen treten die Söhne von Rechtsanwälten unter den Hochschullehrern mit 1,6% kaum in Erscheinung. Das hängt sicher damit zusammen, daß der Rechtsanwaltsberuf in dem Erhebungszeitraum 1830 bis 1860 kein Beruf ist, der per se einen gewissen Lebensstandard garantiert; im Gegenteil, häufig sind die Rechtsanwälte auf finanzielle Unterstützung oder anderweitige Geschäfte angewiesen²⁴. Ein Teil von ihnen hat zwar einen beamtenähnlichen Status, d. h. ein durch feste Gebühren gesichertes Einkommen, jedoch wird man sich, was die Höhe der Einkommen anlangt, keinen Illusionen hingeben dürfen. Häufig übernahmen die Rechtsanwälte auch Nebenämter, um ihre Einkünfte etwas aufzubessern²⁵. Von daher ist der finanzielle Aufwand für Ausbildung und Wartezeit der Söhne bis zur Professur für einen Großteil der Rechtsanwälte sicher nicht tragbar gewesen. Ihre Söhne werden sich also beispielsweise der Richterlaufbahn zugewandt haben — hier waren der sichere Beamtenstatus und ein gesellschaftlich wichtiger Ratstitel schneller zu erlangen —, oder aber sie versuchten sich im expandierenden wirtschaftlichen Bereich, was aber wiederum mit einem größeren Risiko behaftet war.

Dem Offiziersstand entstammen 4% der Hochschullehrer. In dieser Berufsgruppe ist eine lange Ausbildung der Söhne vom Verdienst des Vaters her auch nur erschwert möglich gewesen. Außerdem liegt der theoretische, wissenschaftliche Beruf des Hochschullehrers stärker abseits der für die Söhne in Betracht kommenden Berufe, zumal der Einfluß der Vorstellungen der Väter bezüglich der Berufswahl der Söhne noch als durchaus maßgeblich anzusehen ist. Ein weiterer Grund für den geringen Anteil von Offizierssöhnen unter der Hochschullehrerschaft ist sicher auch

24. Den Typus des „Winkeladvokaten“, der sich aus finanzieller Not auch auf dunkle Geschäfte einläßt, stellt z. B. Gustav Freytag in seinem Roman „Soll und Haben“ von 1855 in der Gestalt des Hippus dar.

25. Vgl. Weißler, Adolf, Geschichte der Rechtsanwaltschaft, Frankfurt/Main 1967 (unveränderter Nachdruck der Ausgabe Leipzig 1905), S. 431.

die hohe Zahl lediger Offiziere²⁶, was natürlich auch die Basis für den wissenschaftlichen Nachwuchs aus diesen Kreisen schmälert.

Der Anteil der Landwirte bei den Hochschullehrervätern ist mit 8% recht hoch. Dabei handelt es sich keineswegs, wie man vermuten könnte, nur um Gutsbesitzer. Der Anteil derer, die sich „Gutsbesitzer“ nennen, ist mit vier von zehn sogar ausgesprochen gering. Die übrigen bezeichnen sich als „Bauern“ resp. „Landwirte“. Die Gutsbesitzer lebten alle in deutschen Staaten, in denen das Anerbenrecht galt, die Landwirte dort, wo das Prinzip der Realteilung herrschte. Man kann daher davon ausgehen, daß bei den Gutsbesitzern in der Regel die nachgeborenen Söhne den Hochschullehrerberuf ergriffen, d. h. sie erhielten eine qualifizierte Ausbildung, während die ältesten Söhne das Gut erbten. Die Söhne der Landwirte und Bauern in den Realteilungsgebieten, die das akademische Lehramt anstrebten, verzichteten auf ihren Teil des Gutes und erhielten dafür die Ausbildung. Dies ist ein Hinweis darauf, daß die Landwirtschaft in diesen Jahren ein Erwerbszweig war, der so florierte, daß die Landwirte es sich leisten konnten, so aufwendige Ausbildungen zu finanzieren und so den Aufstieg in akademisch gebildete Gesellschaftskreise zu ermöglichen. Von den Söhnen, die sich dann für den Hochschullehrerberuf entschieden, wählten die Söhne der Gutsbesitzer fast alle die naturwissenschaftlich-technischen Fakultäten, zumal der Fortschritt in diesen Wissenschaften in beträchtlichem Maße der Landwirtschaft — zu Intensivierungs- und Rationalisierungszwecken — zugute kam. Dies erwies sich als um so notwendiger, je mehr Landarbeiter in die Industrie abwanderten. Die Söhne der „Landwirte“ und „Bauern“ studieren überwiegend Theologie, die Fakultät, die den höchsten Zustrom aus nicht-akademisch gebildeten Kreisen hat, also einen „Kanal für sozialen Aufstieg“²⁷ bildet.

Die Großunternehmer stellen hinsichtlich der Rekrutierung der Hochschullehrer aus dieser Gruppe eine Randerscheinung dar. Dies hängt sicher einerseits mit der noch geringen Quantität der Großunternehmer zusammen, andererseits bleibt diese Berufsgruppe überhaupt weitgehend unter sich. Das heißt, der Zustrom aus anderen Berufsgruppen ist gering, der Selbstrekrutierungsgrad außerordentlich hoch²⁸.

26. Vgl. die Memoiren von Corvin, Otto, Ein Leben voller Abenteuer, hrsg. v. Wendel, Hermann, 2 Bde., Frankfurt/Main 1924, zit. nach Pöls, Werner, (Hrsg.), Deutsche Sozialgeschichte. Dokumente und Skizzen, Bd. I, 1815–1870, München 1976², S. 43f.: „Das Los eines Leutnants ist traurig, wenn er nicht Vermögen hat, und wer dies hat, wird entweder nicht Offizier oder bleibt es wenigstens nicht sehr lange ... Bei Hauptleuten ist der Nachweis eines Vermögens nicht nötig. Will ein Leutnant ohne Vermögen heiraten, so muß er warten, bis er Hauptmann wird. In Friedenszeiten ging es aber damals mit dem Avancement der Offiziere entsetzlich langsam; Leutnants mit grauem Haar waren keineswegs eine Seltenheit, mancher trug auf der Brust das goldene Dienstkreuz. Kamen sie dann endlich so weit, eine Frau notdürftig ernähren zu können, dann war ihr Körper durch Strapazen ruiniert, die oft im Frieden härter sind als im Krieg, und sie brauchten mehr eine Krankenpflegerin als eine Gattin. Die schönsten Jahre der Manneskraft waren in Einsamkeit hingegangen, und die meisten Offiziere mußten auf das Glück im Kreise einer Familie verzichten.“

27. Wehler, Hans-Ulrich, Das Deutsche Kaiserreich 1871 bis 1918, Göttingen 1973, S. 128.

28. Henning, H., Soziale Verflechtungen der Unternehmer in Westfalen 1860–1914, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, 23. Jg., Heft 1, S. 8. Danach stammen 75% der westfälischen Großunternehmer aus der eigenen Gruppe. Es ist möglich, daß ähnliches Verhalten auch für die Zeit von 1830–1860 zutrifft.

Dagegen ist der Anteil der gewerblichen Unternehmer mit insgesamt 8,8% beachtlich hoch. Die Teilgruppe der — sich selbst so bezeichnenden — „Fabrikanten“ tritt jedoch mit 0,8% so gut wie gar nicht in Erscheinung. Die Erklärung liegt wahrscheinlich in der Tatsache, daß der „Fabrikant“ zu der Zeit noch ein recht „junger“ Beruf ist, der sich erst noch konsolidieren muß. Die Söhne werden sich hier vornehmlich im väterlichen Unternehmen engagieren. Demgegenüber ist der Zustrom aus der Teilgruppe der Kaufleute zum Hochschullehrerberuf mit 8% zehnmal so hoch. Dieses Verhalten ist darin begründet, daß die Kaufleute finanziell in der Lage waren, den Söhnen die lange Ausbildung, mit der ja auch ein sozialer Aufstieg in Form von akademischer Bildung und Beamtenprivilegien verbunden war, zu ermöglichen. Man mußte nicht alle Kräfte auf den Erhalt und Ausbau des Unternehmens konzentrieren. Wahrscheinlich waren es die nachgeborenen Söhne, die die qualifizierte Ausbildung erhielten, während die ältesten das Geschäft übernahmen. Der möglichst hohe Verdienst spielte bei der Berufswahl keine ausschlaggebende Rolle, und zwar aus dem einfachen Grund, weil Vermögen allein noch kein gesellschaftliches Ansehen garantierte. Dafür sind „gesellschaftlich akzeptierte Statusindikatoren“ wie akademische Bildung und Beamtenstatus viel wichtiger²⁹.

Erstaunlich hoch ist auch der Anteil der nicht-akademisch gebildeten Beamten an den Väterberufen der Hochschullehrer, wobei die Teilgruppe der Lehrer mit 4,8% — wie schon die Oberlehrer bei den akademisch gebildeten Beamten — nur eine geringe Rolle spielt. Dies ist angesichts der wirtschaftlich bedrückenden Situation der Lehrer nur allzu verständlich. Wenn sie ihren Söhnen eine akademische Ausbildung zukommen lassen konnten, werden diese eher in die Teilgruppe der Oberlehrer aufgestiegen sein. Die übrigen nicht-akademisch gebildeten Beamten machen etwa 10% aus, was angesichts der nicht gerade großzügigen Haltung des Staates hinsichtlich der Einkünfte seiner Beamten einen außerordentlichen Aufstiegswillen dokumentiert. Verbunden ist damit wohl auch viel Liebe zur Sache, andernfalls wäre den Eltern ein solches Opfer, wie z. B. der standesgemäße Unterhalt über eine ungewisse Anzahl von Jahren hinweg, kaum zuzumuten gewesen. Erschwerend kommen noch die langen Zeiträume zwischen den Besoldungserhöhungen hinzu³⁰.

29. Henning, H., Sozialgeschichtliche Entwicklungen, S. 99.

30. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der nicht-akademisch gebildeten Beamten macht der Verwaltungsbericht des Steuerrats Römer, Koblenz, vom 16. Mai 1854 deutlich (zit. nach Henning, H., Quellen zur sozialgeschichtlichen Entwicklung in Deutschland 1815 bis 1860, Paderborn 1977, S. 119f.): „... die Theurung hierselbst (hat) sehr zugenommen ... Wie sehr hierunter die Beamten leiden, möchte schon daraus zu folgern seyn, daß dieselben, wiewohl meistens in sehr entlegenen Straßen und sehr beschränkt wohnend, 15,5% ihrer Besoldung an Miethe zahlen. Überhaupt haben sich die ökonomischen Verhältnisse der Beamten von Jahr zu Jahr trauriger, und endlich höchst niederschlagend gestaltet, wie dieß denn auch bei einem Blicke auf nachstehende Vergleichung der Durchschnittspreise vom Weizen, Roggen, Kartoffeln und Hafer der Jahre 1818/47 mit der heutigen wohl nicht zu verkennen ist. (Die Preise stiegen in diesem Zeitraum um etwa 100%, Anm. d. Vfs.) ... Um so mehr spricht dieß also für obige Behauptung, als nach den Preisen vorausgeführter Gegenstände auch die Preise aller übrigen Hauptlebensbedürfnisse sich richten, und bei der in 1818 stattgefundenen Feststellung der Besoldung wohl auch die damaligen Preise der Hauptlebensbedürfnisse maßgebend gewesen seyn dürften.“

Das Bestreben der Handwerkersöhne, Hochschullehrer zu werden, kann aufgrund vorhandener Daten nur als gering bezeichnet werden. Die entscheidende Ursache für dieses Verhalten ist in der extrem hohen Beschränkung auf die eigene Gruppe zu suchen, wie sie in so krasser Form keine andere soziale Gruppe aufweist³¹. Dieses ausgeprägte Standesbewußtsein führt in der Konsequenz zur Vererbung des Berufs. Die nachgeborenen Söhne werden im allgemeinen nicht-akademisch gebildete Beamte, ein Beruf mit sozialem Ansehen und kostengünstiger Ausbildung³². Den Sprung in die akademischen Berufe wagen nur wenige Handwerkersöhne. Die Schwierigkeiten, mit denen das Handwerk zu kämpfen hat, um sich während der Industrialisierung zu behaupten, verhindern nicht zuletzt eine teure Ausbildung.

Aus den Gruppen der Angestellten und Arbeiter stammen überhaupt keine Hochschullehrer. Hier ist die für das Studium erforderliche Schulbildung meist schon die Hürde, die nicht überwunden wird. Außerdem war eine finanziell so aufwendige Ausbildung nicht zu tragen, zumal die Familien oft kinderreich waren. Der Aufstieg der Angestellten und Arbeiter, der durchaus nicht unterschätzt werden sollte, vollzieht sich in nicht-akademischen Berufen.

Der Adel ist in der Teilgruppe der Hochschullehrer mit 1,6% nur ganz schwach vertreten. Berufe, die ganz entscheidend auf dem Statusindikator Bildung beruhen, scheint er zu meiden. Es wäre also verfehlt, generell von einem starken Einfluß des Adels in der akademisch gebildeten Beamtenschaft auszugehen. Zumindest die Hochschullehrer erweisen sich als eine fast vollständig bürgerliche Teilgruppe.

Die Politiker stellen hier mit einem Anteil von 0,8% eine quantité négligeable dar, was wohl nicht zuletzt daran liegt, daß es den Berufspolitiker zu der Zeit noch nicht gibt. Daher ist anzunehmen, daß die in der Politik Tätigen in der Berufsgruppe aufgehen, aus der sie ihre Einkünfte beziehen. Die gezahlten Diäten werden nicht so hoch gewesen sein, daß sie den Unterhalt der Familie ermöglichten.

Die bisher beschriebenen Ergebnisse für die Untersuchungsperiode 1830 bis 1860 lassen sich dahingehend zusammenfassen, daß das Verhalten der Hochschullehrer hinsichtlich ihrer Herkunft keineswegs von sozialer Exklusivität geprägt ist. Im Gegenteil, diese Offenheit gegenüber dem Zustrom aus den verschiedensten Berufsgruppen dokumentiert, daß das bürgerliche Leistungsprinzip alle anderen möglichen Kriterien aussticht. Gleichzeitig zeugt das breite Spektrum der Berufsgruppen von einer relativ hohen beruflichen Mobilität, die sich für die nicht-akademischen Berufe in sozialem Aufstieg niederschlägt. Dieser Anteil sozialer Aufsteiger — in dem oben definierten Sinn — ist mit fast 45% beachtlich hoch. Die Förderung des Bildungswesens im 19. Jahrhundert erreicht also auch gesellschaftliche Gruppen, die bis dahin nicht oder nur in geringem Maß in den Genuß akademischer Bildung kamen.

Die jüngere Hochschullehrergeneration, das heißt die im Untersuchungszeitraum 1861 bis 1890 Geborenen, entstammt folgenden Berufsgruppen: ihre Väter gehören noch zu 34,95% zur akademisch gebildeten Beamtenschaft; selbständige Akademiker sind 13,44% der Hochschullehrerväter. Aus Offiziersfamilien rekrutieren sich 2,69%, aus der Landwirtschaft 4,84% der Hochschullehrer. Der Anteil der Großunternehmer unter den Vätern liegt bei 1,61%, der der gewerblichen Unternehmer bei 29,75%.

31. Henning, H., Sozialgeschichtliche Entwicklungen, S. 138.

32. Ebd., S. 138.

Söhne von nicht-akademisch gebildeten Beamten sind 8,6% der Hochschullehrer. Der Zustrom der Handwerkersöhne zum Hochschullehrerberuf liegt bei 2,15%. Der Anteil der nun auftauchenden Angestelltenöhne beträgt 1,08%. Politiker und Adel machen je 0,54% der Väter aus³³.

Schon aus dieser Übersicht läßt sich unschwer erkennen, daß sich das Bild gegenüber der oben untersuchten Generation an einigen Stellen signifikant verändert hat. Der Anteil des Adels unter den Vätern der Hochschullehrer sinkt auf ein halbes Prozent zur Bedeutungslosigkeit ab. Sein Rückzug vollzieht sich nahezu vollständig in den Teilen der akademisch gebildeten Beamtenschaft, in denen (wissenschaftliche) Leistung die *conditio sine qua non* ist, zumal andere Teilgruppen der akademisch gebildeten Beamtenschaft ein noch weit höheres soziales Ansehen genossen³⁴.

Hinsichtlich des Anteils der verschiedenen Teilgruppen der akademisch gebildeten Beamtenschaft an den Väterberufen der Hochschullehrer ist ein leichter Anstieg bei der Selbstrekrutierung (14,52%) gegenüber der älteren Generation zu konstatieren. Dennoch kommen die Hochschullehrer, die der eigenen Teilgruppe entstammen, über ein gutes Siebtel an der Gesamtzahl nicht hinaus. Zwei parallel laufende Entwicklungen mögen zu der — geringen — Erhöhung des Selbstrekrutierungsgrades beigetragen haben: zum einen schlägt sich hier sicher der personelle Ausbau der Hochschulen nieder, worüber die Hochschullehrerväter als unmittelbar Betroffene natürlich mit die besten Informationen hatten und die Chancen der Söhne danach beurteilen konnten. Zusätzlich wird die „geistige Anregung im Elternhause“³⁵, also frühe Kenntnisse über den Hochschullehrerberuf und das Universitätsleben, eine Rolle gespielt haben. Zum anderen werden in diesem Verhalten möglicherweise die Folgen der Gründerkrise und der anschließenden wirtschaftlichen Stockung erkennbar. Diese ließ es als geraten erscheinen, die wirtschaftlich gesicherte und sozial angesehene Beamtenlaufbahn ungewissem materiellem Gewinn vorzuziehen.

Ähnliches dürfte auch für die akademisch gebildeten Beamten der allgemeinen Verwaltung gelten, deren Söhne nun 5,91% der Hochschullehrer stellen, was eine Zunahme von 1,1% bedeutet. Da etwas mehr als die Hälfte dieser Verwaltungsbeamten in preußischen Diensten stand, ist es denkbar, daß deren Söhne zwar um der materiellen Sicherheit willen Beamte werden, daß sie sich aber dem Zugriff des Staates, etwa wegen Puttkamers reaktionärer Politik³⁶, entziehen wollten und deshalb die größere äußere Unabhängigkeit des akademischen Lehramtes vorzogen. Diese war z. B. schon dadurch gegeben, daß die Professorengehälter nur einen Teil des Einkommens ausmachten. Der andere Teil setzte sich zusammen aus Kollegienhonoraren und Einkünften aus anderen Ämtern und Funktionen, wie z. B. ärztlicher Praxis³⁷. Ein anderer Grund für den etwas verstärkten Zustrom zur Hochschullehrerschaft aus dieser Teilgruppe kann in der Kenntnis der Verwaltungsbeamten über den verstärkten Zuwachs an Hochschullehrerstellen seit den 1860er Jahren vermutet werden.

33. Vgl. hierzu und zu der folgenden Darstellung Tabelle 2.

34. So war z. B. der Anteil der Adligen im Auswärtigen Amt bedeutend höher. Vgl. Handbuch für den Königlichen Preußischen Hof und Staat für das Jahr 1884, Berlin 1885.

35. Eulenburg, F., Der „akademische Nachwuchs“, Leipzig/Berlin 1908, S. 19.

36. Vgl. dazu Henning, H., Das westdeutsche Bürgertum, S. 287.

37. Vgl. Paulsen, Friedrich, Professorengelt und Kollegienhonorar in geschichtlicher Bedeutung, in: Preußische Jahrbücher 87, 1897, S. 138 und S. 143.

Die größere Stellenzahl ließ sie die Aussichten der Söhne, eine Professorenstelle zu erlangen, optimistischer beurteilen, so daß sie dafür die erhebliche finanzielle Belastung, deren Dauer ungewiß war, auf sich nahmen³⁸. Dennoch sollte die Tatsache, daß der Anteil der Söhne von Verwaltungsbeamten an der Hochschullehrerschaft trotz leicht steigender Tendenz verhältnismäßig gering bleibt, beachtet werden. Diese Zurückhaltung wird wahrscheinlich in der Ausweitung der allgemeinen Verwaltung seit den 1870er Jahren begründet sein, von der die Väter sich sicher gute Anstellungschancen für ihre Söhne erwarteten³⁹. Hinzu kommt, daß sich hier das Verhältnis des Statusindikators „akademische Bildung“ zu den Ausbildungskosten erheblich günstiger gestaltete. Das gilt auch für den Bereich der sich nunmehr ausbreitenden Industrie, die sicher auch einen Teil der Söhne z. B. in die leitende Angestelltenschaft zog, da hier höhere Verdienste als in der Beamtschaft winkten, ohne daß man auf das Statussymbol akademische Bildung verzichten mußte.

Der Anteil der Juristensöhne, die sich in diesem Zeitraum dem Hochschullehrerberuf zuwenden, geht dagegen um ein knappes Drittel auf 5,38% zurück. Bei ihnen liegt die Vermutung nahe, daß sie — wenn sie innerhalb der akademisch gebildeten Beamtschaft bleiben wollten — sich teilweise demselben Bereich wie ihre Väter gewidmet haben und beispielsweise Richter geworden sind. Diesen Beruf haben die erhebliche Gehaltsaufbesserung in den 1870er Jahren und ein gewisser Juristenmangel so attraktiv gemacht⁴⁰, daß häufig sogar angesehene Rechtsanwälte in den Richterstand übertraten. Nach Inkrafttreten der Rechtsanwaltsordnung 1878 erfreute sich auch der Rechtsanwaltsberuf zunehmender Beliebtheit, denn mit diesem Gesetz wurden die Rechtsanwaltsgebühren erhöht resp. für bestimmte Leistungen überhaupt erst eingeführt. Außerdem hatten die Rechtsanwälte keine beamtenähnliche Stellung mehr, und jeder, der bestandene Examen vorzuweisen hatte, mußte nun auch zum

38. Daß die Einkommen der Beamten großenteils eine sehr sparsame Lebensführung erzwingen und Bildung von Vermögen kaum möglich war, machen Leixners „Soziale Briefe aus Berlin“ deutlich (zit. nach Kocka/Ritter (Hrsg.), Deutsche Sozialgeschichte. Dokumente und Skizzen, Bd. II, 1870–1914, München 1977², S. 345): „Der Staatsdiener mit Hochschulausbildung gehört den höheren Ständen der Mittelklasse an und ist äußerlich zu anständigem Auftreten genötigt. Er muß deshalb heute nicht geringe sittliche Kraft besitzen, um allen Anforderungen zu genügen, und er und seine Frau benötigen große wirtschaftliche Begabung, wenn die Verhältnisse nicht in heillose Verwirrung geraten sollen ... Das Leben ist ein durchaus häusliches; Luxus kennt man nicht. Die Wohnung liegt ziemlich weit vom Amt entfernt, denn nur in den äußeren Teilen der Vorstädte sind etwas größere Wohnungen noch zu erschwingen ... (347) Beamte, Lehrer, Prediger, Schriftsteller und Künstler, die nicht besonderes Glück haben, können wohl langsam zu höherem Einkommen gelangen, aber sie zehren fast immer (348) das Einkommen auf, sodaß in diesen Kreisen in der Regel die Ansammlung eines nennenswerten Vermögens ausgeschlossen ist und das Erbe, das sie den Ih-rigen hinterlassen, gewöhnlich nur in guter Bildung bestehen kann.“

39. Man sollte allerdings auch hier die finanziellen Aufwendungen für eine solche Ausbildung nicht unterschätzen. So berichtet Gertrud Hermes in ihrem Aufsatz „Ein Preußischer Beamtenhaushalt 1859–1890“, in: Kocka/Ritter, Deutsche Sozialgeschichte, S. 343, daß die Ausgaben eines höheren Verwaltungsbeamten für die Ausbildung seiner drei Söhne, von denen zwei Juristen und einer Forstwirt wurde, insgesamt 135 691 Mark betrugen, was bei einer Gesamtausgabe von 415 321 Mark 31,8% bedeutet.

40. Vgl. Weißler, A., Geschichte der Rechtsanwaltschaft, S. 579/80.

Rechtsanwaltsberuf zugelassen werden, d. h. die Zahl der bei einem Gericht zugelassenen Anwälte war nicht mehr begrenzt. Eine andere Möglichkeit für Juristen bestand darin, in Industrie und Handel z. B. als Syndicus von Kapitalgesellschaften tätig zu werden. Damit war die Möglichkeit gegeben, besser als innerhalb der Beamtenlaufbahn zu verdienen und gleichzeitig über die für das soziale Ansehen wichtige akademische Bildung zu verfügen. Eine durch das Elternhaus geprägte praxisorientierte Mentalität wird die Juristensöhne zusätzlich vom doch recht theorieorientierten Hochschullehrerberuf ferngehalten haben.

Der Zustrom der Söhne von Oberlehrern zum Hochschullehrerberuf ist mit 4,3% im Vergleich zur älteren Generation annähernd konstant geblieben. Auch an den Motiven für das Fernbleiben vom akademischen Lehramt dürfte sich wenig geändert haben: Scheu vor einer eventuell langen Privatdozentenzeit, Möglichkeit der wissenschaftlichen Arbeit neben dem Beruf. Zusätzlich wird auch hier der Stellenzuwachs der allgemeinen Verwaltung das Streben nach dem Hochschullehrerberuf gebremst haben.

Die auffälligste Veränderung vollzieht sich bei der Teilgruppe der Geistlichen. Ihr Anteil an den Vätern der Hochschullehrer geht frappierend zurück, und zwar von 9,6% im ersten Untersuchungszeitraum auf nunmehr 4,84%. Dieser starke Rückgang läßt sich allenfalls mit der häufig großen Kinderzahl von Geistlichen erklären, die eine so aufwendige Ausbildung nicht zuließ. Die Söhne werden sich entweder auch dem Pfarrberuf gewidmet haben oder sind vielleicht Oberlehrer geworden, denn der Ausbau des Bildungswesens schuf ja nicht nur neue akademische Lehrstühle, sondern förderte auch die Schulen.

In der Berufsgruppe der selbständigen Akademiker rekrutieren sich zwischen 1861 und 1890 aus der Teilgruppe der Ärzte nur noch 6,99% der Hochschullehrer, d. h. der Anteil der Arztsöhne geht um ein Drittel zurück. Ein Grund für dieses Verhalten kann in einer möglicherweise vorhandenen verstärkten Selbstrekrutierung der Ärzteschaft gesehen werden, denn mit dem Krankenversicherungsgesetz von 1883 verbesserte sich ihre materielle Situation. Das Gesetz führte den Ärzten eine steigende Zahl von Kassenpatienten zu, deren Behandlungskosten die Versicherung übernahm, während die Ärzte vorher aufgrund des Armenrechts häufig unentgeltlich Hilfe leisten mußten. Eine andere Erklärung für den rückläufigen Anteil der Arztsöhne an der Hochschullehrerschaft ist die Abwanderung in unternehmerische Berufe, die für die preußischen Westprovinzen bereits nachgewiesen ist⁴¹. Den Vätern wird es häufig kaum möglich gewesen sein, den Söhnen eine akademische Ausbildung zukommen zu lassen. Wahrscheinlich maßen sie der akademischen Bildung auch noch nicht eine solche Bedeutung bei, daß sie dafür finanzielle Einbußen hinnahmen. Für die Wahl eines Berufes im wirtschaftlichen Bereich wird auch gesprochen haben, daß hier Aufstiegs- und Verdienstmöglichkeiten denen innerhalb der Beamtenschaft mindestens vergleichbar waren. Allgemein wird man sagen können, daß die selbständigen Akademiker und ihre Söhne materiellen Gesichtspunkten größere Bedeutung beimaßen als dem Erreichen gesellschaftlicher Positionen.

Der Rechtsanwaltschaft entstammt zwar auch in der jüngeren Generation nur ein geringer Teil der Hochschullehrer (3,2%), doch liegt dieser im Vergleich zur älteren Generation um 100% höher. Dieser Anstieg ist wahrscheinlich mit darin begründet,

41. Vgl. Henning, H., Das westdeutsche Bürgertum, S. 419ff., S. 429ff., S. 451ff.

Tabelle 2: Herkunft 1861–1890

	<i>absolut</i>	<i>in %</i>
Adel	1	0,54
akademisch gebildete Beamte	65	34,95
davon: allgemeine Verwaltung	11	5,91
Juristen	10	5,38
technische Beamte	—	—
Hochschullehrer	27	14,52
Oberlehrer	8	4,3
Geistliche	9	4,84
selbständige Akademiker	25	13,44
davon: Ärzte	13	6,99
Rechtsanwälte	6	3,23
Offiziere	5	2,69
Landwirte	9	4,84
Großunternehmer	3	1,61
davon: Großindustrie	1	0,54
Großhandel	1	0,54
gewerbliche Unternehmer	55	29,57
davon: Fabrikanten	19	10,22
Kaufleute	36	19,25
nicht-akademisch gebildete Beamte	16	8,6
davon: Lehrer	4	2,15
Handwerker	4	2,15
Angestellte	2	1,08
davon: kaufmännische Angestellte	—	—
technische Angestellte	1	0,54
Arbeiter	—	—
Politiker	1	0,54
keine Angaben	31	—
	217	100,0

daß die Rechtsanwälte seit der Aktienrechtsnovelle von 1870 verstärkt als Syndici von Kapitalgesellschaften tätig waren. Dadurch konnten sie ihre Verdienste wesentlich verbessern und infolgedessen ihren Söhnen eine wissenschaftliche Ausbildung zuteil werden lassen. Auch die Rechtsanwaltsverordnung von 1878 und die Gebührenverordnung 1879 brachten den Rechtsanwälten materielle Verbesserungen. Als weiteres Motiv für den verstärkten Zustrom der Söhne zum Hochschullehrerberuf wird auch ihre Möglichkeit — wenn sie einen Lehrstuhl in der juristischen Fakultät anstreben — gewertet werden dürfen, gleichzeitig als Rechtsanwalt tätig werden zu können; bei wöchentlich zwei Vorlesungsstunden behielten die Hochschullehrer dann sogar ihre *venia legendi*.

Nur noch 2,60% der Hochschullehrer stammen aus Offiziersfamilien. Ein wesentlicher Grund für diese Zurückhaltung dürfte — wie schon bei der älteren Generation — in der „wesentlich verschieden gerichteten geistigen Verfassung des Elternhauses“⁴² zu suchen sein. Die ohnehin schon geringe Neigung der Offizierssöhne zum akademischen Lehramt wird sicher durch die schwierige wirtschaftliche Situation der Offiziere noch weiter gebremst, die es ihnen nur in den allerwenigsten Fällen erlaubte, eine lange Ausbildungszeit der Söhne zu finanzieren, zumal — das kann hier bereits vorweggenommen werden — Söhne aus anderen, finanziell wesentlich potenteren Berufsgruppen, wie etwa die gewerblichen Unternehmer, sich in beträchtlichem Ausmaß der akademischen Laufbahn zuwandten. Das Problem der Ausbildungskosten kam ja schon mit dem Eintritt der Söhne in die Schule auf die Offiziere zu. So mußte für den Besuch der Kadettenanstalt bei weitem nicht so viel bezahlt werden wie für den des Gymnasiums, von den ganzen und halben Freistellen einmal abgesehen. Auch die weitere Ausbildung zum Soldaten kostete nicht die Hälfte eines Universitätsstudiums⁴³. Hinzu kommt noch, daß sich die Ausbildungszeiten für Juristen, Mediziner und nicht zuletzt Hochschullehrer verlängerten. Man kann sagen, daß Soldaten etwa acht bis zehn Jahre früher selbständig waren als akademisch gebildete Beamte, und soziales Ansehen war ihnen allemal gewiß. Das mag auch erklären, daß die Offiziere überwiegend aus der eigenen Gruppe stammten⁴⁴.

Ebenfalls rückläufig ist der Zustrom aus der Landwirtschaft zur Hochschullehrerschaft. Hier sinkt der Anteil von 8% in der ältesten Generation auf nunmehr 4,84% ab. Bemerkenswerterweise kehrt sich jetzt das Verhältnis von „Bauern“ und „Landwirten“ einerseits und „Gutsbesitzern“ andererseits um. Waren im ersten Untersuchungszeitraum die Landwirte aus Gebieten, in denen die Realteilung praktiziert wurde, in der Mehrheit, so überwiegen jetzt die Gutsbesitzer, die aus Gebieten mit Anerbenrecht stammen. Man muß sogar sagen, daß die Söhne von Landwirten aus den Einzelstaaten, in denen das Prinzip der Realteilung herrschte, fast völlig aus der Hochschullehrerschaft verschwunden sind. Es liegt nahe, daß die Güter durch Teilungen schon so klein geworden sind, daß die extrem lange Ausbildung zum Hochschullehrer die finanziellen Möglichkeiten überstieg, während die Gutsbesitzer aus Gebieten mit Anerbenrecht dem ältesten Sohn das Gut vererbten und die nachgeborenen Söhne entweder ausbezahlten oder ihnen eine entsprechende Ausbildung ermöglichten.

Der Anteil der Söhne von Großunternehmern an der Hochschullehrerschaft ist mit 1,6% im Vergleich zum ersten Untersuchungszeitraum gleichbleibend gering. Ein Unterschied in der Verteilung auf die Teilgruppen Großindustrie und Großhandel besteht nicht. Diese Abstinenz vom akademischen Lehramt ist zum Teil mit der für diese Gruppe anzunehmenden hohen Selbstrekrutierung zu erklären, die sich — wie bereits erwähnt — für Westfalen z. B. auf 75% beläuft⁴⁵. Nach der Gründerkrise sank die Selbstrekrutierung allerdings für eine Weile; die Söhne wandten sich stärker der akademisch gebildeten Beamtschaft zu, wobei zu vermuten ist, daß sie vornehm-

42. Eulenburg, F., *Der „akademische Nachwuchs“*, S. 21.

43. Vgl. dazu Schulte, Johann Friedrich Freiherr von, *Lebenserinnerungen*, Bd. 3, 3. Aufl. 1908/09, S. 70–74; Auszug in: Kocka/Ritter, *Deutsche Sozialgeschichte*, S. 230ff.

44. Vgl. Schulte, J. F. Freiherr von, *Lebenserinnerungen*, S. 232.

45. Henning, H., *Soziale Verflechtungen der Unternehmer*, S. 8.

lich an den praxisnahen Bereichen der allgemeinen Verwaltung und der Rechtsprechung interessiert waren. Gründe für den Verbleib in der eigenen Gruppe liegen für die Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs in der Verfügung über Kapital und der Fähigkeit, es einzusetzen^{45a}; in der Zeit mäßigen wirtschaftlichen Wachstums seit etwa 1875 galt es, „das Erbe zu mehren und die Funktionen der Väter zu tradieren“⁴⁶. Wenn also die Söhne von Großunternehmern der akademisch gebildeten Beamtenschaft zustrebten — hier wäre ein Augenmerk auch auf die nachgeborenen Söhne zu richten —, dann versuchten sie, in eine Teilgruppe Eingang zu finden, die ihrer praktischen Mentalität entsprach, in der sie schneller und sicherer zum Ziel kamen als in der Hochschullehrerschaft und die ihnen dennoch soziales Ansehen garantierte.

Für die Söhne der gewerblichen Unternehmer kann man geradezu von einem Ansturm auf den Hochschullehrerberuf sprechen. Innerhalb einer Generation steigt ihr Anteil von 10,4% auf 29,57%, d. h. hier ist eine Zunahme von fast 200% zu verzeichnen. Der stärkste Zustrom erfolgt aus der Teilgruppe der Kaufleute mit 19,35%, aus der Teilgruppe der Fabrikanten stammen 10,22%, eine fast viermal höhere Zahl als im Vergleichszeitraum 1830 bis 1860. Der im Vergleich zu den Kaufleuten geringe Anteil der Fabrikantensöhne an der Hochschullehrerschaft wird wahrscheinlich darauf zurückzuführen sein, daß die Unternehmen im industriellen Bereich zu einem Teil noch nicht lange bestanden und daher alle finanziellen Kräfte auf die Sicherung des Bestandes verwandt werden mußten. Vielen Fabrikanten wird es deshalb nicht möglich gewesen sein, die Söhne während der Privatdozentenzeit standesgemäß zu unterhalten, so daß diese verstärkt in anderen Teilgruppen der akademisch gebildeten Beamtenschaft zu finden sein dürften. Ansonsten werden jedoch die Motive für den enormen Zugang zur Hochschullehrerschaft in beiden Teilgruppen ähnlich gelagert sein, daher sollen sie im folgenden zusammen behandelt werden.

Ein Grund für die Neigung der gewerblichen Unternehmer, ihre Söhne Hochschullehrer werden zu lassen, ist sicher in dem Phänomen der Gründerkrise zu suchen, das den Wert des materiell gesicherten Beamtenstatus besonders deutlich werden ließ. Hinzu kommt, daß der gewerblichen Unternehmerschaft das Statussymbol „akademische Bildung“ noch fehlte, um sozial voll anerkannt zu werden. Als weitere Erklärung für das oben beschriebene Verhalten bietet sich an, daß die ältesten Söhne den Betrieb übernahmen, während den Nachgeborenen eine akademische Ausbildung zuteil wurde. Diese war häufig finanziell eher tragbar als z. B. die Kapitalausstattung für ein eigenes Unternehmen. Dies war besonders dann der Fall, wenn der Betrieb entweder relativ klein war, man denke nur an die vielen Einzelhandelskaufleute und Gastwirte, oder wenn der Investitionsbedarf sehr hoch war⁴⁷. Dieser Sachverhalt bedingt ferner, daß das Unternehmen aufgrund seiner Struktur nur einen Sohn ernähren konnte, so daß der oder die anderen sich zwangsläufig in irgendeiner Form eine andere Existenz aufbauen mußten. Die rückläufige Tendenz in der Rekrutierung der Hochschullehrerschaft aus fast allen anderen Berufsgruppen wirkt sich also zugunsten des starken Andrangs der Söhne aus der gewerblichen Unternehmerschaft aus, für die ja in der Tat auch eine hohe Motivation bestand.

45a. Vgl. Henning, H., Soziale Verflechtungen der Unternehmer, S. 6.

46. Ebd., S. 6.

47. Vgl. Henning, H., Das westdeutsche Bürgertum, S. 287.

Der Anteil der Hochschullehrer, die aus der nicht-akademisch gebildeten Beamtenschaft stammen, sinkt im Vergleich zur älteren Generation ebenfalls, und zwar von 14,4% auf 8,6%. Für die nicht-akademisch gebildeten Beamten scheint die Attraktivität der allgemeinen Verwaltung aufgrund ihres Stellenzuwachses höher gewesen zu sein als der Hochschullehrerberuf. Auch waren die nicht-akademisch gebildeten Beamten wirtschaftlich nicht so situiert⁴⁸, daß sie ohne weiteres mit den gewerblichen Unternehmern etwa „konkurrieren“ konnten, das heißt, die Söhne nicht-akademisch gebildeter Beamter waren weniger in der Lage, die Privatdozentenzeit von der ökonomischen Situation her durchzustehen. Von daher war ein sozialer Aufstieg in andere Teilgruppen der akademisch gebildeten Beamtenschaft etwas problemloser, besonders nach der allgemeinen Gehaltserhöhung. Daneben verbesserten viele Söhne nicht-akademisch gebildeter Beamter ihre soziale Position innerhalb der eigenen Gruppe, indem z. B. Söhne von Kanzlisten das Gymnasium besuchten und dann Sekretär wurden⁴⁹.

In gleichem Maß wie der Anteil der nicht-akademisch gebildeten Beamten geht auch die Teilgruppe der Lehrer an den Väterberufen der Hochschullehrer zurück. Aus ihr stammen jetzt nur noch 2,15% der Hochschullehrer. Der Grund für dieses Verhalten wird nicht so sehr in der Selbstrekrutierung der Lehrer zu suchen sein, diese wird mit 7% bis 8% beziffert⁵⁰, sondern vielmehr in dem Aufstieg in die Teilgruppe der Oberlehrer vermutet werden können. Denn in diesem Beruf war die Zeit bis zur wirtschaftlichen Selbständigkeit der Söhne abzuschätzen, die Kosten der Privatdozentenzeit blieben den Vätern hier erspart, und der Sprung der Söhne in akademisch gebildete Kreise war geschafft.

Ebenfalls zurückgedrängt wird in dieser Generation der Anteil der Hochschullehrer, die aus dem Handwerk stammen. Er ist um mehr als die Hälfte auf 2,15 % gefallen. Ein Grund wird die sicherlich nach wie vor hohe Selbstrekrutierung in dieser Gruppe sein, die nicht zuletzt darauf zurückzuführen ist, daß das Handwerk sich

48. Vgl. zur ökonomischen Situation der nicht-akademisch gebildeten Beamten Winters, Fritz, Die deutsche Beamtenfrage, Berlin 1918; zit. nach: Kocka/Ritter, Deutsche Sozialgeschichte, S. 308: „Der Eintritt in den mittleren Post- und Telegraphendienst erfolgt im Alter von etwa 17 Jahren als Gehilfe ... Die Assistentenprüfung wird durchschnittlich nach 4½ jähriger Dienstzeit ... abgelegt ... Während der vierjährigen Vorbereitungszeit werden die Gehilfen zeitweilig überzählig, zeitweilig auch gegen Tagegelder beschäftigt. Es gab zu Friedenszeiten aber auch Fälle, daß Gehilfen noch nach vier Dienstjahren überzählig, also ohne jede Vergütung, beschäftigt wurden ... Der mit 17 Jahren in den Dienst eingetretene Beamte wird im Alter von 21 Jahren Assistent, und damit bezieht er ein Tagegeld von 4 M., steigend jährlich um 25 Pf. täglich bis zum Höchstsatz von 5 M. ... Vom Tage der Anstellung (meist im 10. oder 11. Dienstjahr, Anm. d. Vfs.) bezieht der Beamte ein Gehalt von jährlich 1800 M. ... (309) Bis zur nächsten Gehaltszulage im Betrage von 300 M. vergehen drei lange Jahre ... und nun steigt das Gehalt alle drei Jahre um 250 M. ... Nach 20 Dienstjahren, im Alter von 37 Jahren, ist das Anfangsgehalt schneckenartig von 1800 M. auf 2600 M. emporgestiegen ... (310) Und in der Tat haben sich die Beamten bezüglich ihres Familienstandes diesen Verhältnissen angepaßt: bei den mittleren Postbeamten beträgt die durchschnittliche Kinderzahl 1,9, und über zwei geht sie bei den mittleren Beamten nirgends wesentlich hinaus.“

49. Vgl. Henning, H., Das westdeutsche Bürgertum, S. 124.

50. Vgl. Fischer, Konrad, Geschichte des deutschen Volksschullehrerstandes, Bd. 2, Hannover 1892; Auszug in: Kocka/Ritter, Deutsche Sozialgeschichte, S. 304ff.

durch die Industrialisierung hindurch als überaus lebensfähig erwiesen hat. Die Industrialisierung eröffnete dem Handwerk sogar neue Chancen, indem es etwa seinen Schwerpunkt von der Herstellung auf Bestellung auf die Dienstleistung (z. B. Reparatur) verlagerte⁵¹. Zur Umstrukturierung oder Neugründung von Betrieben standen günstige Finanzierungsmöglichkeiten durch Genossenschaften und Sparkassen zur Verfügung. Wo der väterliche Betrieb sich halten konnte oder florierte, übernahmen ihn die ältesten Söhne. Die nachgeborenen Söhne wurden entweder selbständige Akademiker oder akademisch gebildete Beamte, wobei sie vom Hochschullehrerberuf der zeitliche und finanzielle Aufwand abgehalten haben dürfte. Wenn die wirtschaftliche Lage es gestattete, waren Handwerkersöhne durchaus bestrebt, ihre soziale Position mittels akademischer Bildung zu verbessern. In den Fällen, in denen die Handwerker um ihre wirtschaftliche Existenz kämpfen mußten und die Finanzierung eines Studiums ausgeschlossen war, wandte sich ein Teil der Söhne der nicht-akademisch gebildeten Beamtschaft zu, vor allem wegen der dort zu erwartenden materiellen Sicherheit. Ein anderer Teil lernte ein Handwerk und nutzte — wenn der väterliche Betrieb sich nicht halten konnte — die Aufstiegschancen im industriellen Bereich, zum Beispiel als Werksmeister. Die vielfältigen Möglichkeiten, die sich den Handwerkern durch den durch die Industrialisierung bedingten Strukturwandel eröffneten, erklären den Verbleib in der eigenen Gruppe; der Wunsch nach materieller Sicherheit macht das Streben in die Beamtschaft verständlich, wobei die Hochschullehrer durch ihre unter Umständen späte Verbeamtung diese Gewähr nur teilweise boten.

Die Angestellten treten mit 1,08% noch kaum in Erscheinung. Ihr geringer Verdienst, der oftmals noch niedriger war als der der Arbeiter, erlaubte den Söhnen keine teure Ausbildung. Gleichwohl war bei ihnen ein Aufstiegswillen vorhanden, der sich z. B. darin manifestierte, daß die Söhne das Gymnasium oder die Realschule besuchten und dadurch innerhalb der eigenen Gruppe eine höhere soziale Position erlangen konnten. Hinzu kommt, daß sich die Zahl der Privatbeamten — wie die Angestellten häufig genannt wurden — in den Jahren von 1882 bis 1895 von 307 000 auf 622 000 erhöhte⁵², d. h. der Bedarf und damit auch die Bedeutung der Angestellten in Landwirtschaft, Industrie und Handel erhöhte sich laufend. Das führte zusammen mit der Tatsache, daß die Angestellten eine Zwischenstellung zwischen den Unternehmern einerseits und den Arbeitern andererseits einnehmen, dazu, daß sie sich als neuer Mittelstand konstituierten. In diesen Entwicklungen scheint uns ein wesentli-

51. Vgl. Böhmert, Victor, Die Handwerks- und Fabrikverhältnisse der Stadt Roßwein in Sachsen, 1897; zit. nach Kocka/Ritter, Deutsche Sozialgeschichte, S. 300: „Lebensfähig ist heutzutage nur derjenige Betrieb, welcher zu konkurrieren, zu wetteifern und sich neuen Erfindungen, Verbindungen und Aufgaben rasch anzupassen weiß, ohne darin durch veraltete Ordnungen, Gewöhnungen und Vorurteile gehemmt oder gestört zu werden. Es entstehen von selbst aus den Bedürfnissen der Produktion und des Verkehrs immer neue Mittelstufen zwischen Industriellen und Händlern, und alle geschickten Handwerksgehlen, welche früher oft jahrzehntelang auf eine Meisterstellung warten mußten, kommen jetzt viel rascher und auch sicherer bei festem und oft recht anständigem Wochenlohn vorwärts als die früheren sog. selbständigen Meister, welche ängstlich auf Kunden harreten und oft viel schlechter und ärmllicher leben mußten, als die heutigen Werkmeister und Facharbeiter.“

52. Vgl. dazu Potthoff, Heinz, Die Organisation des Privatbeamtenstandes, Berlin 1904, S. 5–7.

licher Grund dafür zu liegen, daß die Angestellten in den akademisch gebildeten Berufsgruppen noch eine quantité négligeable darstellen.

Für den Anteil der Politikersöhne an der Hochschullehrerschaft, der mit 0,54% im Vergleich zum ersten Untersuchungszeitraum etwa gleich geblieben ist, dürften die Gründe für den geringen Zustrom dieselben wie bei der älteren Generation geblieben sein: einmal war die Zahl der Politiker nicht so groß, zum anderen übten Politiker ihren angestammten Beruf in der Regel weiterhin aus, so daß sie — wenn unter den Hochschullehrervätern noch einige vorhanden sein sollten — in ihrer jeweiligen eigentlichen Berufsgruppe aufgegangen sind.

Zusammenfassend kann für die jüngere Hochschullehrergeneration festgestellt werden, daß die Herkunft aus der akademisch gebildeten Beamtenschaft etwa gleich bleibt, wenn es innerhalb der einzelnen Teilgruppen auch zu erheblichen Schwankungen kommt. Der Wunsch nach Statussicherung durch akademische Bildung und Beamtenprivilegien scheint der ausschlaggebende Grund zu sein. Dagegen scheinen die selbständigen Akademiker auf den Beamtenstatus weniger Wert zu legen, zumal das Statussymbol akademischer Bildung auch anderen Berufen eigen ist. Der starke Zustrom zum Hochschullehrerberuf aus den Kreisen der gewerblichen Unternehmer dokumentiert einen beträchtlichen Aufstiegswillen: ihnen mangelte es zur vollen sozialen Anerkennung noch an akademischer Bildung, deren Fehlen durch das Vorhandensein von Vermögen nicht ganz ausgeglichen werden konnte. Zu ihren Gunsten werden dann alle weiteren Berufsgruppen zurückgedrängt. Sie blieben entweder in der eigenen Gruppe, wo sie dann einen höheren Status erlangten als die Väter, oder strebten in die anderen Teilgruppen der akademisch gebildeten Beamtenschaft. Von einem exklusiven Verhalten der akademisch gebildeten Kreise kann man jedenfalls für die soziale Herkunft nicht sprechen: Der Anteil der Aufsteiger in der hier verwendeten Bedeutung liegt in der älteren Generation bei 47%, und er steigt in der folgenden Hochschullehrergeneration auf 54%. Diese Entwicklung zeigt nicht nur die Offenheit gegenüber Aufstiegswilligen, sondern auch den Erfolg der badischen Bildungspolitik, wie sie in der Einleitung dargestellt wurde. Von daher scheint die These Wehlers, daß „65% aller Habilitierten aus Beamten- und Professorenfamilien“⁵³ stammen, mindestens fragwürdig zu sein. Für Baden, für dessen Hochschullehrerschaft er diesen Prozentsatz auch behauptet, trifft das schon nicht zu: in der älteren Generation rekrutieren sich 52% der Hochschullehrer aus Beamtenfamilien (einschließlich der nicht-akademisch gebildeten Beamten), in der jüngeren Hochschullehrergeneration sind es noch ganze 43,55%. Deshalb ist die Behauptung Wehlers, daß die Schicht der Gebildeten sich immer aufs neue reproduzierte⁵⁴, zumindest in dieser Generalisierung nicht zutreffend. Dagegen erscheint es sachdienlicher, den recht hohen Anteil der Hochschullehrer, die aus nicht-akademisch gebildeten Familien stammen, zu betonen. Dieser ist um so beachtlicher, wenn man die oft nicht leichten Bedingungen der Habilitation bedenkt.

Anschließend sollen die vorgelegten Ergebnisse zur Herkunft der badischen Hochschullehrer noch mit denen Ch. von Ferbers, der den Lehrkörper aller deutschen Universitäten und Hochschulen untersucht hat, verglichen werden. Ferbers Darstel-

53. Wehler, H.-U., Das Deutsche Kaiserreich, S. 128.

54. Wehler, H.-U., Das Deutsche Kaiserreich, S. 126.

lung ist für einen Vergleich besonders geeignet, weil in ihr ebenfalls verschiedene Generationen analysiert werden. Allerdings geht von Ferber nach Habilitationsjahrgängen vor, so daß den Geburtsjahrgängen von 1830–1860 der vorliegenden Arbeit die Habilitationsjahrgänge 1860–1889 in von Ferbers Darstellung entsprechen und den Geburtsjahrgängen 1861–1890 die Habilitationsjahrgänge 1890–1919.

Die zum Teil andersartige Berufsgruppeneinteilung in der von von Ferber erstellten Tabelle zur Herkunft der Hochschullehrer⁵⁵ macht für den Vergleich eine Übertragung seiner Ergebnisse in die hier verwendete Tabelle notwendig.

Danach ergibt sich folgendes Bild (in Prozent):

	1860–89	1890–1919
akademisch gebildete Beamte	43,44	33,65
davon: allgem. Verwaltung	6,52	6,67
Juristen	4,56	4,24
Hochschullehrer	16,10	11,32
Oberlehrer	4,95	5,64
Geistliche	11,31	5,78
selbständige Akademiker	15,71	12,05
davon: Ärzte	11,0	7,2
Rechtsanwälte	1,49	1,63
Übrige	3,22	3,22
Offiziere	1,82	2,03
Landwirte	6,12	5,31
Großunternehmer	2,43	2,86
gewerbliche Unternehmer	13,28	22,35
davon: Fabrikanten	2,67	6,91
Kaufleute	10,61	15,45
nicht-akad. gebildete Beamte	7,14	9,23
davon: Lehrer	3,85	4,28
Handwerker	2,75	2,79
Angestellte	0,55	0,50
Arbeiter	0,94	1,0
Sonstige	5,82	8,2
	100,0	100,0

55. Vgl. Ferber, Ch. v., Die Entwicklung des Lehrkörpers der deutschen Universitäten und Hochschulen, S. 177f.

Diese Übersicht bestätigt im wesentlichen die oben beschriebenen Resultate. Daher soll nur kurz auf die wichtigsten Unterschiede eingegangen werden. Bemerkenswert für die ältere Generation ist der bei von Ferber beträchtlich höhere Anteil der akademisch gebildeten Beamten unter den Vätern (7%); auch liegt die Zahl der aus der eigenen Gruppe stammenden Hochschullehrer um 5% höher. Das kann als ein Hinweis auf die größere Offenheit der badischen Hochschulen gegenüber Aufsteigern gewertet werden. Bei von Ferber stammen 59% der Hochschullehrer aus Akademikerfamilien, während es in Baden immerhin 6% weniger sind. Der Anteil der Söhne nicht-akademisch gebildeter Beamter an den Hochschullehrern ist in Baden sogar doppelt so hoch wie im gesamten Reichsgebiet. Außerdem stellt Baden nach unserer Erhebung allein 20% der Söhne, die aus Nicht-Akademikerfamilien stammen; ein Zeichen dafür, daß hier wohl tatsächlich nur die Leistung des einzelnen entscheidet.

In der Generation der von 1861 bis 1890 Geborenen ist der Anteil der Söhne akademisch gebildeter Beamter in beiden Erhebungen rückläufig, ebenso der Anteil der Söhne selbständiger Akademiker. Beide Berufsgruppen machen nunmehr zusammen noch 46% aus. Die Mehrheit der Väter ist also in Berufen tätig, die keiner akademischen Vorbildung bedürfen, wobei der Hauptanteil auf die gewerblichen Unternehmer entfällt. Ihr Anteil ist in Baden allerdings deutlich höher als an den deutschen Hochschulen insgesamt. Auch in der jüngeren Generation stammen immer noch 20% der Aufsteiger aus Baden selbst.

Aus dem Gesagten ergibt sich, daß die Unterschiede zwischen den badischen und den übrigen deutschen Hochschulen zwar nicht überwältigend groß sind, indes sind sie an einigen Stellen deutlich erkennbar. Von daher wäre eine Untersuchung über die aus Baden stammenden Hochschullehrer sicherlich von Nutzen, weil sich dann unterschiedliche Verhaltensweisen vielleicht noch deutlicher herauskristallisieren ließen.

2.2. Das Konnubium

Das Konnubium bildet den zweiten Indikator für die Ermittlung vertikaler Mobilität. Dabei geht es vor allem um die Frage, ob sich die hohe soziale Mobilität der Hochschullehrer hinsichtlich ihrer Herkunft bei den — bewußt gewählten — ehelichen Verbindungen fortsetzt, oder ob hier ein entgegengesetztes Verhalten, d.h. soziale Exklusivität vorliegt. Dieser Frage und ihren möglichen Begründungen gilt es im folgenden nachzuspüren. Da zu diesem Bereich sozialen Verhaltens wissenschaftliche Arbeiten über die Hochschullehrer fehlen, ist es sehr schwierig, die möglichen Motive dieser Teilgruppe zu erfassen, so daß man weitgehend auf Vermutungen angewiesen ist.

Die Erhebung zur konnubialen Verflechtung kommt zu folgenden Ergebnissen: 12% der Hochschullehrer der älteren Generation heiraten in den Adel, ohne selbst nobilitiert zu sein; 46% heiraten in die eigene Gruppe. Die konnubialen Verbindungen zur selbständigen Akademikerschaft liegen bei 18%. 4% Hochschullehrergattinnen kommen aus der Landwirtschaft. Eheliche Verbindungen zu Großunternehmern können 4% der Hochschullehrer knüpfen. Der Anteil der gewerblichen Unternehmer unter den Schwiegervätern liegt bei 8%. 4% der Hochschullehrer heiraten in die

nichtakademisch gebildete Beamtschaft und je 2% in die Handwerkerschaft und in Politikerfamilien⁵⁶.

Am bemerkenswertesten scheint der hohe Anteil der Hochschullehrer zu sein, der Kontakt zum Adel aufnimmt oder unterhält, zumal die Hochschullehrer, die in adelige Familien heiraten, durchweg bürgerlicher Herkunft sind. Da sich die adeligen Schwiegerväter etwa zwei gleich großen Teilgruppen, dem Erbadel und dem Personaladel, zuordnen lassen, ist es möglich, dieses Verhalten der Hochschullehrer aus zwei verschiedenen Perspektiven zu interpretieren.

Bei der Heirat der Hochschullehrer in den erblichen Adel schlägt sich eindeutig das Streben nach Erhöhung des sozialen Status nieder: man legt zwar auf Berufskollegen aus dem Adel keinen Wert — wie der unbedeutende Anteil der aus dem Adel stammenden Hochschullehrer zeigt — zumal das Adelsprädikat keine Garantie für wissenschaftliche Qualifikation bedeutet, aber die gesellschaftliche Bedeutung des Adels und enger Beziehungen zu ihm weiß man sehr wohl zu schätzen. Wenn dagegen konnubiale Verbindungen zum Personaladel geknüpft werden, so geht es den Hochschullehrern dabei weniger um das gesellschaftliche Ansehen — denn das Adelsprädikat besaß der Nobilitierte allein, nicht aber seine Angehörigen — als um das vorhandene Vermögen. Damit soll den Hochschullehrern nun keine Erbschleicherei unterstellt werden; gleichwohl ist zu bedenken, daß ein Teil von ihnen die Privatdozentenzeit ohne den finanziellen Rückhalt der Ehefrau kaum durchgestanden hätte. Hinsichtlich der Intensität der Verbindungen zum Adel liegen die Söhne der akademisch gebildeten Beamten an der Spitze: sie heiraten zu 17% in den Adel. Anders ausgedrückt, von den 12% Adeliger unter den Gattinnen der Hochschullehrer heiraten die Söhne der akademisch gebildeten Beamten allein 8%, wobei der Erbadel etwas überwiegt. Die Söhne der Landwirte und Offiziere ehelichen die übrigen 4% der dem Adel zugerechneten Frauen. Hier handelt es sich ausschließlich um Personaladel, der, wenn man strenge Maßstäbe anlegt, eigentlich dem Bürgertum zugerechnet werden müßte. Von einer Statuserhöhung kann also nur bei den Söhnen der akademisch gebildeten Beamten gesprochen werden.

Was die Heirat der Hochschullehrer innerhalb der eigenen Gruppe der akademisch gebildeten Beamtschaft betrifft, so dürfte wieder die Frage nach dem Verbleib in der eigenen Teilgruppe von hohem Interesse sein. Auch hier zeigt sich im Vergleich zum Herkunftsverhalten ein beachtlicher Unterschied: Die Neigung der Hochschullehrer, konnubiale Verbindungen innerhalb der eigenen Teilgruppe zu knüpfen, ist fast dreimal höher (30%) als der Anteil der Hochschullehrer, die aus Professorenfamilien stammen. Hier ist also — im Gegensatz zur Herkunft — durchaus die Tendenz zum Erhalt oder zur Konsolidierung des eigenen Status erkennbar; in einigen Fällen scheint es sogar gerechtfertigt, von der Bildung von „Professoren-Clans“ zu sprechen. Demgegenüber tritt der Anteil der Hochschullehrer, die in die Teilgruppen der Verwaltungsbeamten und Oberlehrer heiraten, deutlich zurück (je 6%). Aus Familien von Juristen und Geistlichen stammen nur je 2% der Ehepartner. Interessant ist nun die Tatsache, daß von denjenigen Hochschullehrern, die aus der akademisch gebildeten Beamtschaft stammen, sich mehr als die Hälfte auch wieder in der eigenen Gruppe verheiraten. Es kann bereits an dieser Stelle vermerkt wer-

56. Hierzu und zu der folgenden Darstellung vgl. Tabelle 3.

den, daß keine andere soziale bzw. Berufsgruppe in ihrem konnubialen Verhalten so stark auf die eigene Gruppe fixiert ist wie die Söhne der akademisch gebildeten Beamten. Bei ihnen scheint die Statussicherung ein nicht zu unterschätzendes Motiv bei der Heirat gewesen zu sein.

In die selbständige Akademikerschaft heiraten 18% der Hochschullehrer, wobei die Unterschiede zwischen Ärzten (10%) und Rechtsanwälten (4%) bei der Wahl des Konnubiums genauso deutlich zutage treten wie beim Herkunftsverhalten. Vermutlich ist eine der Ursachen in dem höheren sozialen Ansehen der Ärzte zu sehen, zumal das, was heute Rechtsanwaltschaft genannt wird, zu jener Zeit noch eine reichlich diffuse Teilgruppe war, was sich leicht an den höchst unterschiedlichen — und auch von Staat zu Staat divergierenden — Bezeichnungen und deren Inhalten erkennen läßt⁵⁷. Auch war die ökonomische Situation der Anwälte teilweise noch schwieriger als die der Ärzte, was sich daraus erklärt, daß Anwaltszwang in der Regel nur bei höheren Gerichten bestand, und wenn es zu einer Vertretung bei den Unterge-richten kam, wie etwa seit 1829 in Sachsen, dann rückten die Gebühren doch sehr stark in die Nähe des Symbolischen⁵⁸.

Der Anteil der Hochschullehrer, die in die selbständige Akademikerschaft heiraten, verteilt sich bezüglich der Herkunft ziemlich gleichmäßig auf die akademisch gebildete Beamtenschaft, die gewerblichen Unternehmer und — allerdings zu einem deutlich geringeren Teil — auf die nicht-akademisch gebildeten Beamten und das Handwerk. Als mögliche Motive sind einmal die Wahrung des schon in der Vätergeneration vorhandenen sozialen Status, zum anderen die Konsolidierung des neuge-wonnenen Status (akademische Bildung) nach gelungenem Aufstieg zu nennen.

Insgesamt knüpfen also mehr als drei Viertel der Hochschullehrer (76%) eheliche Verbindungen zu akademisch gebildeten Gruppen resp. zum Adel. Bildung und so-ziale Ansehen können also für den Indikator Konnubium als wichtigste Kriterien für die Auswahl des Gesellschaftskreises, in dem man sich bewegte, angesehen werden. Damit ist unzweifelhaft eine Distanzierung von den anderen bürgerlichen Grup-pen und Teilgruppen gegeben, die man in diesem Fall getrost als Isolierung bezeich-nen kann.

Als ein anderes Kriterium, das langsam an Gewicht gewinnt und gerade für den zu Beginn der Karriere unsicheren materiellen Stand der Hochschullehrer von Bedeu-tung ist, ist der Besitz zu nennen. Dies deutete sich schon bei der Heirat in den Perso-naladel an und setzte sich bei der Heirat in die gewerbliche Unternehmerschaft fort. Daß die Hochschullehrer zu 8% in diese Gruppe heiraten, zeigt einen gewissen An-satz zu sozialer Mobilität. Im Vergleich zum Herkunftsverhalten kehrt sich das Ver-hältnis von Fabrikanten und Kaufleuten beim Konnubium um: Es heiraten viel mehr Hochschullehrer in Fabrikantenfamilien (6%) als in die Kaufmannschaft (2%). Die zunächst naheliegende Vermutung, daß die Hochschullehrer zum Teil noch stark der Herkunftsgruppe verhaftet waren und daher auch innerhalb dieser Gruppe heirate-ten, vielleicht auch, weil sie in der neuen sozialen Gruppe noch nicht recht Fuß fas-

57. Als ein Beispiel sei hier nur die unterschiedliche Handhabung der Begriffe „Advokatur“ und „Prokuratur“ genannt. Vgl. dazu Weißler, A., Geschichte der Rechtsanwaltschaft, S. 424.

58. Vgl. ebd., S. 427 und S. 435.

sen konnten, hat sich als nicht zutreffend erwiesen. Im Gegenteil, die Söhne von gewerblichen Unternehmern zeigen sich in ihrem personalen Verflechtungsverhalten äußerst mobil: keiner von ihnen heiratet in seine Herkunftsgruppe, sondern sie sind bemüht, ihren sozialen Aufstieg durch das Konnubium zu stützen, und heiraten Frauen, die entweder aus der selbständigen Akademikerschaft oder aus der akademisch gebildeten Beamtschaft stammen. Eine Erklärungsmöglichkeit deutet sich indes an, wenn man auf die Berufsgruppen blickt, aus denen die Hochschullehrer stammen, die in die gewerbliche Unternehmerschaft einheiraten. Hierbei handelt es sich an erster Stelle um Söhne akademisch gebildeter Beamter, dann um Söhne von nicht-akademisch gebildeten Beamten und Handwerkern. Wie bereits bei der Darstellung der Herkunft der Hochschullehrer gezeigt, sind die Handwerker eine ziemlich immobile soziale Gruppe, und dasselbe gilt im Grunde auch für das Konnubium⁵⁹. Nun ist es durchaus möglich, daß die Hochschullehrer, die dem Handwerk entstammen, diesem noch sehr stark verbunden sind oder der Kontakt zu akademisch gebildeten Gruppen noch gering ist, denn nur ein Drittel der aus dem Handwerk kommenden Hochschullehrer heiraten in Akademikerfamilien. Ferner kann man davon ausgehen, daß ein Teil der Betriebe von Fabrikanten ursprünglich Handwerksbetriebe waren, die dann ausgebaut wurden, so daß man bei dem Konnubium von dem Handwerk entstammenden Hochschullehrern in Fabrikantenfamilien von einer Heirat in eine statusverwandte Gruppe sprechen kann. Von daher ist eventuell auch die stärkere Repräsentanz der Fabrikanten gegenüber den Kaufleuten zu erklären.

Einigen Söhnen akademisch gebildeter Beamter war das Verbleiben in einer statusgleichen, d. h. akademisch gebildeten Gruppe, weniger wichtig, als Verbindungen zur aufstrebenden Industrie zu knüpfen, die, wenn es florierende Unternehmen waren, bei der Überbrückung der Privatdozentenzeit von Nutzen sein konnten. Für dieses Motiv spricht auch der — im Vergleich zur Herkunft — hohe Anteil der Hochschullehrer, die Töchter von Großunternehmern ehelichen. In diese Gruppe heiraten doppelt so viele Hochschullehrer, als aus ihr stammen (4%)⁶⁰. Die Väter dieser Hochschullehrer sind akademisch und nicht-akademisch gebildete Beamte. Hier scheinen also finanzielle Erwägungen durchaus mitgespielt zu haben. Andererseits war es den Großunternehmern via Schwiegersohn gelungen, in Verbindung mit den gesellschaftlich angesehenen akademisch gebildeten Beamten zu treten, was ihrem eigenen Sozialstatus sicher förderlich war.

Der Anteil der Hochschullehrer, deren Ehefrauen aus der Landwirtschaft stammen, ist mit 4% ziemlich gering. Das hängt sicher nicht zuletzt damit zusammen, daß die Landwirte wenig Kommunikationsmöglichkeiten hatten und der Gesellschaftskreis meist ortsgebunden war, so daß Kontakte zu den akademisch gebildeten Gruppen möglicherweise nur über die Söhne, die studierten oder studiert hatten, bestanden⁶¹. Da die Hochschullehrer, die in die Landwirtschaft heiraten, aus den Gruppen der selbständigen Akademiker und der akademisch gebildeten Beamtschaft stam-

59. Vgl. Henning, H., Sozialgeschichtliche Entwicklungen, S. 138.

60. Eine Unterscheidung in Großhandel und Großindustrie scheint hier aufgrund der Tatsache, daß bei der Hälfte der Großindustriellen keine Zuordnung getroffen werden konnte, als zu gewagt.

61. Vgl. Henning, H., Sozialgeschichtliche Entwicklungen, S. 159.

men, ist es denkbar, daß die Verbindungen durch den gesellschaftlichen Kontakt zu den Söhnen der Landwirte entstanden. Vielleicht hat auch hier die — zumindest teilweise — ökonomisch gute Lage der Landwirte Vorrang vor der Heirat in eine statusgleiche Gruppe gehabt.

In die nicht-akademisch gebildete Beamtenschaft, wobei es sich hier ausschließlich um Lehrer handelt, heiraten gleichermaßen wenig Hochschullehrer, die entweder aus dem Handwerk oder aus der nicht-akademisch gebildeten Beamtenschaft stammen. Es sind also Akademiker erster Generation, die vermutlich noch nicht voll in ihre neue Gruppe integriert sind oder aber noch starke Bindungen an ihre Herkunftsgruppe haben.

Die Hochschullehrer, deren Ehefrauen aus dem Handwerk stammen, stellen einen noch geringeren Anteil dar. Ein Grund ist sicher in dem Verharren des Handwerks in der eigenen Gruppe zu suchen. Vielleicht war die geistige Verschiedenheit zwischen Hochschullehrern und Handwerkern auch zu groß, als daß sich hier Verbindungen entwickeln konnten. Hinzu kommt, daß den Handwerkern das Statussymbol akademischer Bildung fehlte. Die 2% unter den Hochschullehrern, die in das Handwerk heiraten, stammen aus der akademisch gebildeten Beamtenschaft. Es ist denkbar, daß diese Handwerker gut situiert waren und von daher in der Lage, in der Privatdozentenzeit finanzielle Unterstützung zu leisten, so daß das Kriterium der Statusgleichheit in den Hintergrund trat.

Zu den übrigen sozialen Gruppen besteht eine scharfe soziale Grenze; konnubiale Verbindungen zur Angestellten- und Arbeiterschaft erscheinen noch völlig undenkbar.

Daß die Hochschullehrer — im Gegensatz zu ihrem Herkunftsverhalten — bei der konnubialen Verflechtung die Offiziere völlig übergehen, dürfte einmal in der schlechten wirtschaftlichen Position, zum anderen in der in dieser Gruppe recht hohen Homogenität begründet sein⁶². Schließlich sind beide Gruppen hinsichtlich ihrer Mentalität weit voneinander entfernt. Der Statusindikator akademischer Bildung fehlt, und vermutlich war das soziale Ansehen der Offiziere in dieser Zeit noch nicht so hoch, daß es die genannten „Mängel“ aufwog.

Blickt man noch einmal zurück, so kann man feststellen, daß bei der älteren Generation die Verhaltensweisen in Herkunft und Konnubiums bemerkenswert divergieren. Während die Hochschullehrer bezüglich der Herkunft eine beachtliche Offenheit für soziale Aufsteiger beweisen, muß für die Wahl des Konnubiums von stark exklusiven Tendenzen gesprochen werden. Diese manifestieren sich besonders in dem Verharren in statusgleichen Gruppen; eine Annäherung an statusniedere Gruppen ist offenbar nur vorhanden, wenn diese über entsprechende finanzielle Mittel verfügen. Oder aber der Aufstieg ist auf sozialem Gebiet noch nicht gelungen, so daß man seiner eigenen Herkunftsgruppe verbunden bleibt.

Für die jüngere Hochschullehrergeneration kommt die Erhebung über das konnubiale Verhalten zu folgendem Ergebnis:⁶³ 52,38% der Hochschullehrer heiraten innerhalb der akademisch gebildeten Beamtenschaft. Bei 15,48% stammt die Ehefrau aus der selbständigen Akademikerschaft. Eheliche Verbindungen zu Offizierstöch-

62. Vgl. Schulte, J. F. Freiherr von, *Lebenserinnerungen*, S. 232.

63. Vgl. Tabelle 4.

tern knüpfen 5,95% der Hochschullehrer, 1,19% heiraten in die Landwirtschaft. Der Anteil der Großunternehmer unter den Schwiegervätern liegt bei 4,76%, der der gewerblichen Unternehmer bei 9,52%. Töchter von nicht-akademisch gebildeten Beamten ehelichen ebenfalls 9,52% der Hochschullehrer, und in das Handwerk heiraten 1,19%.

Im Vergleich zur älteren Generation fällt zunächst einmal besonders auf, daß die Neigung der Hochschullehrer, Töchter aus dem Adel zu ehelichen, auf den Nullpunkt gesunken ist. Dieses Verhalten der jüngeren Generation bei beiden Indikatoren sozialer Verflechtung kann als endgültige Durchsetzung bürgerlichen Selbstbewußtseins, zumindest bei den Hochschullehrern, gewertet werden. Soziales Ansehen (Erbadel) und Vermögen (Personaladel) waren auch bürgerlichen Gruppen, also

Tabelle 3: Konnubium 1830-1860

	<i>absolut</i>	<i>in %</i>
Adel	6	12,0
akademisch gebildete Beamte	23	46,0
davon: allgemeine Verwaltung	3	6,0
Juristen	1	2,0
technische Beamte	—	—
Hochschullehrer	15	30,0
Oberlehrer	3	6,0
Geistliche	1	2,0
selbständige Akademiker	9	18,0
davon: Ärzte	5	10,0
Rechtsanwälte	2	4,0
Offiziere	—	—
Landwirte	2	4,0
Großunternehmer	2	4,0
davon: Großindustrie	1	2,0
Großhandel	—	—
gewerbliche Unternehmer	4	8,0
davon: Fabrikanten	3	6,0
Kaufleute	1	2,0
nicht-akademisch gebildete Beamte	2	4,0
davon: Lehrer	2	4,0
Handwerker	1	2,0
Angestellte	—	—
Arbeiter	—	—
Politiker	1	2,0
keine Angaben	110	
	160	100,0

etwa der akademisch gebildeten Beamtenschaft und den Unternehmern, eigen, und zwar auf Grund des bürgerlichen Prinzips der Leistung. Man benötigte den Adel also nicht mehr als Vehikel zu materiellem oder sozialem Aufstieg. Das Verschwinden des Adels vollzieht sich zu einem Teil zugunsten der akademisch gebildeten Beamtenschaft. Der Anteil der Hochschullehrer, die innerhalb der eigenen Gruppe heiraten, erhöht sich von 46% im Untersuchungszeitraum 1830 bis 1860 auf nunmehr rund 52%, wobei allerdings die Heirat in die eigene Teilgruppe eine rückläufige Tendenz aufweist; sie liegt aber immerhin noch bei 25%. Ein Grund dafür ist sicher in den gesellschaftlichen Kontakten innerhalb der Hochschullehrerschaft zu suchen. Verdoppelt auf 13,1% haben sich die Eheschließungen der Hochschullehrer mit Töchtern von akademisch gebildeten Beamten der allgemeinen Verwaltung, deren Väter teilweise Stellen bekleideten, die mit einem sehr hohen Sozialprestige verbunden waren, wie etwa Landräte oder Oberbürgermeister. Beträchtlich gestiegen (von 2% auf 4,76%) ist auch der Anteil der Hochschullehrer, die konnubiale Verbindungen zu den Juristen, von denen die Mehrzahl Landgerichtspräsidenten waren, knüpften. Die Neigung, in Familien von Oberlehrern (5,95%) und Geistlichen (2,38%) zu heiraten, ist etwa gleich geblieben.

Interessant ist nun wieder die Frage, inwieweit Hochschullehrer, die aus der akademisch gebildeten Beamtenschaft stammen, sich auch in dieser Gruppe verheiraten. Dieser Teil der Hochschullehrer verharrt zu 66,6% in der eigenen Gruppe, 15,3% heiraten in die Gruppe der selbständigen Akademiker. Das heißt, die Söhne der akademisch gebildeten Beamten erweisen sich in ihrem konnubialen Verflechtungsverhalten als ausgesprochen exklusiv: 82% von ihnen suchen den Ehepartner ausschließlich in Gruppen, denen das Statussymbol akademischer Bildung zukommt, so daß von einem ausgeprägten Standesbewußtsein und dem daraus resultierenden Bemühen um Stuserhalt gesprochen werden kann. Von den 15,48% der Gesamtheit der Hochschullehrer, die in die selbständige Akademikerschaft heiraten, entfällt der größte Teil, wie schon in der älteren Generation, mit 9,52% auf die Ärzte. Die Rechtsanwälte bilden mit 1,19% wieder eine Randerscheinung, und es handelt sich bei ihnen um die sozial angesehensten Anwälte, etwa die Anwälte am Reichsgericht, die auch einen entsprechenden Verdienst hatten. Daher dürften in diesen Fällen bei der Heirat in die Rechtsanwaltschaft die in Aussicht stehenden materiellen Vorteile ihre Bedeutung gehabt haben, besonders unter dem Aspekt der abzusichernden Privatdozentenzeit. Ähnliches dürfte auch für die Ärzte gelten, die sich in diesem Zeitraum zunehmenden Wohlstands erfreuten. Bei den selbständigen Akademikern trafen also zwei Kriterien zusammen, die für die Hochschullehrer bei der Wahl des Ehepartners von Wichtigkeit waren: erstens die akademische Bildung zum Erhalt und zur Sicherung des Sozialstatus, zweitens ein gewisser finanzieller Rückhalt der Ehefrau, um die Anlaufschwierigkeiten im Beruf zu meistern.

Daß die selbständigen Akademiker — wie schon bei der Darstellung des Herkunftsverhaltens vermutet — kein ausgeprägtes Standesbewußtsein haben, zeigt sich daran, aus welchen Berufsgruppen die Hochschullehrer stammen, die in diese Gruppe einheiraten. Den größten Anteil stellen die Söhne von akademisch gebildeten Beamten — aus den genannten Gründen — gefolgt von den Söhnen gewerblicher Unternehmer und nicht-akademisch gebildeter Beamter. Bei den gewerblichen Unternehmern und bei den nicht-akademisch gebildeten Beamten, d.h. also bei den Vätern, war sicher der Einstieg in Akademikerkreise via Schwiegertochter von Bedeu-

tung, und für die Söhne war es eine Konsolidierung des neugewonnenen Status. Ein Hinweis auf die Mobilität der selbständigen Akademiker ist darin zu sehen, daß von ihren Söhnen keiner innerhalb der eigenen Gruppe heiratet.

Bemerkenswert am Verflechtungsverhalten der jüngeren Hochschullehrergeneration neben ihrer Vorliebe für eine statusgleiche Gruppe ist, daß nun plötzlich fast 6% in Offiziersfamilien heiraten. Dies ist ein deutliches Zeichen für das gewachsene gesellschaftliche Ansehen der Offiziere im Kaiserreich, besonders nach den Siegen 1866 und 1870/71. Auch denke man nur an den Sozialstatus der vornehmen Garderegimenter. Gestützt wird die Vermutung, daß bei der Heirat das gesellschaftliche Ansehen die entscheidende Rolle spielte, dadurch, daß es vornehmlich Söhne akademisch gebildeter Beamter und selbständiger Akademiker waren, deren Ehefrauen aus Offiziersfamilien stammten. Diese Berufsgruppen wußten sehr genau um den sozialen Rang der gehobenen Militärs, zum Teil noch aus ihrer eigenen Dienstzeit, zum Teil durch Beobachtungen im gesellschaftlichen Leben, wo die Reserveoffiziere seit den 1870er Jahren ein besonders hohes Ansehen genossen. Andererseits war den Offizieren — bei dem sozialen Gewicht akademischer Bildung im 19. Jahrhundert — eine Verbindung zu den Akademikern sicherlich willkommen, was umgekehrt durch die Heirat der Offizierssöhne unter den Hochschullehrern in die akademisch gebildete Beamtschaft unterstrichen wird, wobei allerdings auch wirtschaftliche Gesichtspunkte eine Rolle gespielt haben dürften.

Geringfügig gestiegen ist der Anteil der Hochschullehrer, die eheliche Verbindungen zu Töchtern von Großunternehmern knüpften, wobei das Schwergewicht beim Großhandel liegt (3,57%). Hier dürften berechtigte Hoffnungen auf materielle Vorteile unter den Motiven eine Rolle gespielt haben, zumal die Hochschullehrer durchweg aus den beiden Beamtengruppen stammen. Die Überlegungen der Großunternehmer werden wahrscheinlich in Richtung auf eine Erhöhung ihres nicht gerade hohen sozialen Ansehens durch eine Heirat der Töchter in gesellschaftlich höher im Kurs stehende Gruppen (Beamtenstatus, akademische Bildung) gelaufen sein. Das zeigt sich auch daran, daß die Söhne von Großunternehmern, die den Hochschullehrerberuf ergriffen haben, zur Hälfte in die akademisch gebildete Beamtschaft heiraten. Beide Seiten zogen also aus diesen Verbindungen finanziellen bzw. sozialen Nutzen.

Ähnlich werden die Motive bei den Hochschullehrern gelagert gewesen sein, die Kontakte zur gewerblichen Unternehmerschaft herstellten. Ihr Anteil hat sich ebenfalls gegenüber der älteren Generation etwas erhöht, wobei die Verbindungen gleichmäßig auf Fabrikanten- und Kaufmannsfamilien verteilt sind (je 4,76%). In diese Gruppe heiraten vor allem Hochschullehrer, die dieser Gruppe auch entstammen, gefolgt von den Söhnen akademisch gebildeter Beamter und Großunternehmer. Offenbar hat das Bestreben der Unternehmersöhne, ihren mit dem Hochschullehrerberuf erreichten Sozialstatus durch eine Heirat in akademisch gebildete Familien zu sichern, nachgelassen. Möglicherweise waren auch die gesellschaftlichen Bindungen an die eigene Herkunftsgruppe noch so stark, daß sie die Eheschließungen innerhalb dieser begünstigten.

Das Konnubium der Hochschullehrer mit der Gruppe der nicht-akademisch gebildeten Beamten nimmt im Laufe einer Generation fast um das achtfache zu, und zwar von 1,25% auf 9,52%. Da hier keine Hoffnung auf materielle Vorteile bestand, kann die konnubiale Verflechtung mit dieser Gruppe, die die gleiche Intensität wie zur ge-

werblichen Unternehmerschaft erreicht, nur in der Anerkennung der Statusgleichheit (als Beamte) begründet sein. Für diese Überlegung spricht auch, daß die meisten Hochschullehrer, die in die nicht-akademisch gebildete Beamtenschaft heiraten, aus der akademisch gebildeten Beamtenschaft kommen. Das heißt, der Beamtenstatus ist durchaus in der Lage, die Kluft zwischen Akademikern und Nicht-Akademikern zu überwinden. Für die nicht-akademisch gebildeten Beamten andererseits bedeutete die Verbindung der Töchter mit den Hochschullehrern den ersehnten sozialen Aufstieg.

Dagegen stellt das Konnubium der Hochschullehrer mit den Gruppen der Landwirte und Handwerker eine Randerscheinung dar und bildet damit den Übergang zur scharfen sozialen Abgrenzung von der Arbeiter- und Angestelltenschaft. Von Bedeutung für die Distanzierung von diesen Berufsgruppen ist mit Sicherheit die Tatsache,

Tabelle 4: Konnubium 1861-1890

	<i>absolut</i>	<i>in %</i>
Adel	—	—
akademisch gebildete Beamte	44	52,38
davon: allgemeine Verwaltung	11	13,1
Juristen	4	4,76
technische Beamte	1	1,19
Hochschullehrer	21	25,0
Oberlehrer	5	5,95
Geistliche	2	2,38
selbständige Akademiker	13	15,48
davon: Ärzte	8	9,52
Rechtsanwälte	1	1,19
Offiziere	5	5,95
Landwirte	1	1,19
Großunternehmer	4	4,76
davon: Großindustrie	—	—
Großhandel	3	3,75
gewerbliche Unternehmer	8	9,52
davon: Fabrikanten	4	4,76
Kaufleute	4	4,76
nicht-akademisch gebildete Beamte (keine Lehrer)	8	9,52
Handwerker	1	1,19
Angestellte	—	—
Arbeiter	—	—
Politiker	—	—
keine Angaben	133	
	217	100,0

daß sie weder über die Statussymbole akademischer Bildung oder Beamtenstatus verfügen, noch von der materiellen Seite her dieses Manko auszugleichen vermögen.

Zusammenfassend kann man also — im Vergleich zum Untersuchungszeitraum 1830 bis 1860 — von einer deutlich gestiegenen sozialen Mobilität sprechen. Die Öffnung im konnubialen Verflechtungsverhalten gegenüber den nicht akademisch gebildeten sozialen Gruppen vollzieht sich zwar wesentlich langsamer als im Herkunftsverhalten, so daß der Anteil der Hochschullehrer, die innerhalb der Akademikerschaft heiraten, mit fast 68% immer noch sehr hoch ist; aber die aktive soziale Exklusivität, die noch im ersten Untersuchungszeitraum überdeutlich war, ist nun an einigen Stellen durchbrochen. Das läßt sich an den Heiraten in die Unternehmerschaft und in die nicht-akademisch gebildete Beamtenschaft ablesen.

Die Sozialstruktur der Hochschullehrer ist bei Herkunft und Konnubium im ersten Beobachtungszeitraum völlig verschieden. Für den Aufstieg in die Hochschullehrerschaft bestanden, sieht man von dem Fehlen der Arbeiter- und Angestelltenöhne ab, keine sozialen Barrieren. Man war aufnahmebereit für qualifizierte Bewerber, gleich welcher Gruppe oder Teilgruppe sie entstammten. Dagegen schlägt sich im konnubialen Verhalten der Hochschullehrer ein ausgeprägtes Standesbewußtsein nieder, das sich, abgesehen vom Adel — in der deutlichen Distanzierung von nicht-akademisch gebildeten Gruppen dokumentiert. Ansätze zur Öffnung sind nur gegenüber der gewerblichen Unternehmerschaft zu erkennen.

Im zweiten Erhebungszeitraum ändert sich das Bild etwas. Die Vielzahl der Berufsgruppen, aus denen die Hochschullehrer sich rekrutieren, bleibt zwar erhalten, doch gehen die einzelnen Anteile zugunsten eines ungeheueren Anwachsens der Unternehmerschaft deutlich zurück. Im Konnubium ist die Heirat innerhalb der eigenen Gruppe immer noch dominierend, gleichzeitig wird aber die Grenze zwischen Akademikern und Nicht-Akademikern weiter aufgesprengt; allein ein Fünftel der Hochschullehrer heiratet nun in die gewerbliche Unternehmerschaft und in die nicht-akademisch gebildete Beamtenschaft. Das heißt, entweder Leistung (auf wirtschaftlichem Gebiet) oder der gemeinsame Beamtenstatus sind in der Lage, die soziale Exklusivität zu durchlöchern.

3. Die gesellschaftliche Stellung

Die Frage nach dem Vorhandensein der im folgenden beschriebenen Indikatoren für die Erfassung der Sozialstruktur der Hochschullehrer soll dazu dienen, ihre gesellschaftliche Stellung zu bestimmen. Beteiligten sie sich am öffentlichen Leben, pflegten sie uns erkennbaren Kontakt zu anderen gesellschaftlichen Gruppen, oder erweisen sich die Hochschullehrer als eine Teilgruppe, die in ihrem sozialen Verhalten weitgehend auf sich selbst beschränkt bleibt oder bleiben will?

3.1. Tätigkeit in Vereinen

In dem Beobachtungszeitraum 1830 bis 1860 konnte bei 20% der Hochschullehrer eine Mitgliedschaft in Vereinen oder Vereinigungen ermittelt werden, wobei es sich ausnahmslos um beruflich orientierte Vereine handelt. Als Beispiel seien genannt die

Deutsche Mathematikvereinigung, die Görresgesellschaft, die Deutsche Chemische Gesellschaft usw. Ein Drittel dieser Hochschullehrer war Mitglied in einer der verschiedenen Akademien, was ein Anhaltspunkt für den wissenschaftlichen Ruf dieser Hochschullehrer ist, denn den Akademien konnte man nicht einfach beitreten, sondern man wurde in sie berufen.

Hinweise auf Geselligkeitsvereine aller Art fanden sich in den Quellen für diesen Zeitraum nicht. Es ist natürlich denkbar, daß diese Mitgliedschaften keinen Eingang in die Lexika gefunden haben, so daß weitere Nachforschungen in anderem Quellenmaterial erforderlich wären. Ein Hinweis darauf, daß dies nicht der Fall sein muß, ist das Auftreten von Vereinsmitgliedschaften — wenn auch nur in Ansätzen — in der zweiten hier untersuchten Hochschullehrergeneration. So waren in diesem Zeitraum 26,7% der Hochschullehrer Mitglied in berufsbezogenen Vereinen, und 1,8% waren in Sportvereinen tätig. Hinweise auf die Beteiligung an nationalen Vereinen, wie z. B. dem Flottenverein und Kriegsvereinen, waren in beiden Untersuchungszeiträumen nicht vorhanden. Wie gering auch das Interesse an einer Hochschullehrervereinigung war, zeigt sich in der Anzahl der Teilnehmer an einem Hochschullehrertag in Salzburg, der am 8. und 9. September 1907 stattfand; von den 5 000 bis 6 000 in Betracht kommenden Hochschullehrern nahmen einhundert teil⁶⁴.

3.2 Ehrenämter

Angaben über die Übernahme bürgerlicher oder kriechlicher Ehrenämter, z. B. Tätigkeit im Kirchenvorstand, Übernahme von Stadtverordnetenmandaten, Arbeit in verschiedenen Stiftungen usw. waren in beiden Generationen nicht vorhanden, obwohl die Hochschullehrer nicht durch festgesetzte Dienstzeiten oder ähnliches an einer solchen Aufgabe gehindert gewesen wären. Für dieses Verhalten erscheinen zwei Erklärungsmöglichkeiten plausibel. Einmal wird die wissenschaftliche Arbeit den Hochschullehrern wenig Zeit gelassen haben, zumal sie häufig noch einer praktischen Tätigkeit, etwa als Arzt oder Richter, nachgingen. Andererseits könnte hier wieder eine Tendenz zur Exklusivität zum Ausdruck kommen, die bereits an anderer Stelle vermutet wurde.

3.3. Orden und Titel

Die Zahl der Hochschullehrer, die einen Orden erhielten, ist in beiden Generationen gleichermaßen gering⁶⁵. In der ersten Generation waren es 1,87%, im zweiten Untersuchungszeitraum 1,38% der Hochschullehrer. Im Beobachtungszeitraum 1830 bis 1860 wurde den Ausgezeichneten in der Mehrheit der Rote Adlerorden IV. Klasse verliehen, keine besondere Auszeichnung, wenn man bedenkt, daß auch Regierungsräte und ähnliche Ränge ihn bei guten dienstlichen Leistungen erhielten⁶⁶. Die zwi-

64. Vgl. Kulemann, Wilhelm, Die Berufsvereine, Bd. I, Jena 1908, S. 17.

65. Militärorden wurden häufiger an sie verliehen, spielen aber in diesem Zusammenhang keine Rolle.

66. Vgl. Henning, H., Das westdeutsche Bürgertum, S. 280.

schen 1861 und 1890 geborenen Hochschullehrer erhielten, wenn sie ausgezeichnet wurden, mehrheitlich — zum Teil sehr hohe — Orden für wissenschaftliche Leistungen (Bayerisches Ludwigskreuz, Friedensklasse der Pour Le Mérite). Das heißt, die Hochschullehrer waren weit davon entfernt, Orden zur Demonstration ihres gesellschaftlichen Status anzustreben, im Gegensatz zu einigen anderen Teilgruppen innerhalb der Beamtenschaft.

Dagegen war die Zahl der Hochschullehrer, die einen Ehrentitel trugen, schon höher. Im ersten Untersuchungszeitraum trugen 14,38% der Hochschullehrer den Ehrendokortitel, ihr Anteil sank im zweiten Beobachtungszeitraum auf 6,45%. Dies ist ein Hinweis darauf, daß die Verleihung dieses Titels nicht in demselben Maß zunahm wie die Zahl der Hochschullehrer, d. h. der Titel blieb eine Auszeichnung für besondere wissenschaftliche Leistungen.

Ehrentitel wie Geheimer Hofrat, Geheimer Regierungsrat, Geheimer Rat wurden an 39,3% der Hochschullehrer der älteren Generation verliehen, während es im zweiten Zeitraum nur noch 14,7% waren. Ob die Hochschullehrer sich um den Erwerb eines solchen Titels bemühten, war nicht zu ermitteln. Es ist möglich, daß der Rats-Titel, der in der ersten Beobachtungsperiode sicher sparsamer verliehen wurde und besondere berufliche Leistungen belohnte, aber keine materiellen Vorteile bot, in dieser Zeit begehrter war. In der zweiten Generation nahm die Titelverleihung allgemein zu, dementsprechend sank ihr gesellschaftlicher Wert. Hinzu kommt, daß die Hochschullehrer schon einen persönlichen Titel (Doktor und/oder Professor) führten, mit dem sie angedredet wurden und der allein ihnen schon einen gesellschaftlichen Status garantierte. Welchen Stellenwert ein Ehrentitel unter den Hochschullehrern besaß, konnte bisher noch nicht festgestellt werden. Das geringe Vorhandensein anderer Indikatoren, die die gesellschaftliche Stellung festigen oder erhöhen könnten, weist allerdings darauf hin, daß die Hochschullehrer solchen Auszeichnungen vergleichsweise gleichgültig gegenüberstanden.

3.4. Reserveoffizierspatent

Die Frage nach dem Anteil der Reserveoffiziere unter den Hochschullehrern trifft nur für die jüngere Hochschullehrergeneration zu. Einmal gab es dieses Reserveoffizierspatent erst seit 1868, zum anderen beeinflusste es erst seit den 1870er Jahren die gesellschaftliche Stellung und wird damit zum Statussymbol. Aber auch hier sind die Hochschullehrer bemerkenswert zurückhaltend. Nur 4,61% von ihnen besitzen das Reserveoffizierspatent, Damit unterscheiden sich die Hochschullehrer in einem weiteren Punkt von anderen Teilgruppen der Beamtenschaft⁶⁷. Das heißt, äußere Merkmale wie Titel, Orden, Ehrenämter, Mitgliedschaft in Korporationen und das Reserveoffizierspatent die die gesellschaftliche Position anderer Teilgruppen der akademisch gebildeten Beamtenschaft beeinflussen und das Gruppenethos mitbestimmen, spielen bei den Hochschullehrern so gut wie keine Rolle. Hier scheinen Qualifikatio-

67. So besaßen die akademisch gebildeten Beamten etwa im Verwaltungs- und Justizdienst in den preußischen Westprovinzen durchschnittlich zur Hälfte das Reserveoffizierspatent. Vgl. Henning, H., Das westdeutsche Bürgertum, S. 282, S. 318 und S. 366.

nen, die sich in wissenschaftlichen Leistungen niederschlagen, eine weitaus höhere Bedeutung zu haben. Das dokumentiert sich auch in der Tatsache, daß in den Quellen immer die Veröffentlichungen der Hochschullehrer aufgeführt waren.

3.5. Nobilitierung

Was die Versuche, in den Adel aufzusteigen, betrifft, so deckt sich das Verhalten der Hochschullehrer ungefähr mit dem der anderen Teilgruppen der akademisch gebildeten Beamtenschaft. Bei diesen war die Neigung, sich um eine Nobilitierung zu bemühen, ausgesprochen gering⁶⁸, bei den Hochschullehrern konnte sie gar nicht festgestellt werden⁶⁹. Hier setzt sich also das bürgerliche Standesbewußtsein, das schon für die soziale Herkunft festgestellt werden konnte, fort, ebenso das Bewußtsein, daß es zur Sicherung des sozialen Ansehens nicht solcher Statussymbole bedarf. Der Status des Hochschullehrers sprach angesichts der Bedeutung des Indikators Bildung im 19. Jahrhundert für sich.

4. Zusammenfassung und Schluß

Wenn man die Ergebnisse der Untersuchung der verschiedenen einzelnen Indikatoren nun zu einem Gesamtbild zusammenfaßt, so ergibt sich folgende vorläufige Sozialstruktur der badischen Hochschullehrerschaft für den gesamten Zeitraum 1830 bis 1890. Man kann nämlich auf eine getrennte Behandlung verzichten, da sich die Verhaltensweisen der beiden Hochschullehrergenerationen — wie die Darstellung gezeigt hat — nicht in diametralem Gegensatz zueinander befinden, sondern eher eine logische Entwicklung stattfindet. Im Verlauf der Untersuchung hat sich jedoch eine andere Zweiteilung herauskristallisiert, und zwar einerseits in die Indikatoren, die unter den Begriff Beruf zu subsumieren sind, und andererseits jene, die das gesellschaftliche Verhalten der Hochschullehrer betreffen. Zu der ersten Kategorie gehört die soziale Herkunft. Der zweiten Kategorie sind das Konnubium und das Verhältnis der Hochschullehrer zu Vereinsmitgliedschaften, zur Übernahme von Ehrenämtern, zu Titeln, Orden, zum Reserveoffizierspatent, zur Beteiligung an Korporationen⁷⁰ und zur Nobilitierung zuzurechnen.

Zunächst zu den Aspekten, die den Beruf des Hochschullehrers betreffen. Hier haben sich die Hochschullehrer als eine Teilgruppe von erstaunlicher Mobilität erwiesen. Diese konnte bei der sozialen Herkunft, die aus den Väterberufen gewonnen

68. Vgl. Henning, H., Das westdeutsche Bürgertum, S. 282f., S. 319 und 367.

69. Die Einstellung der Hochschullehrer zur Nobilitierung, wenn sie erfolgte, macht die Haltung Robert von Mohls sehr deutlich, der der Erhebung in den Adelsstand nicht nur gleichgültig gegenüberstand, sondern sie auch als ziemlich unangenehm empfand. Vgl. Mohl, R. v., Lebenserinnerungen, S. 65.

70. Die Beteiligung am Verbindungswesen müßte zwar eigentlich dem Bildungsgang zugeordnet werden, jedoch kann eine solche Mitgliedschaft soziale Effekte haben, so daß es uns hier gerechtfertigt erscheint, die Mitgliedschaft in Korporationen den Indikatoren für gesellschaftliches Verhalten zuzuschlagen.

wurde, beobachtet werden. Die Hochschullehrer waren in beiden Generationen ausgesprochen aufnahmebereit für soziale Aufsteiger, d. h. für Hochschullehrer, die aus einer nicht akademisch gebildeten Gruppe stammten. Ihr Anteil lag im ersten Untersuchungszeitraum bei 46% und erhöhte sich innerhalb einer Generation auf knapp 52%, wobei der Löwenanteil auf die — im Vergleich zu anderen Gruppen finanziell leistungsfähigeren — Unternehmer entfiel. Der ohnehin geringere Anteil des Adels wurde innerhalb einer Generation fast vollständig verdrängt. Diese beiden Entwicklungslinien verweisen auf die Bedeutung des bürgerlichen Leistungsprinzips, das als Ethos hinter dem Hochschullehrerberuf wirkt: es kommt nicht darauf an, aus welcher sozialen Gruppe der Bewerber stammt, sondern darauf, daß er über die notwendige Qualifikation verfügt. Der Aufstiegszwillen der verschiedenen Gruppen, aus denen die Hochschullehrer stammen, dokumentiert sich in diesem Verhalten genauso wie in dem Bildungsgang der Hochschullehrer. Sobald den Absolventen der Realgymnasien und Oberrealschulen die Möglichkeit zum Studium gegeben wird, nutzen sie diese. Der Anteil ist zwar wegen der traditionell dominierenden Stellung des humanistischen Gymnasiums noch nicht sehr hoch, aber doch deutlich erkennbar.

Dieser Offenheit gegenüber sozialen Aufsteigern an den badischen Hochschulen steht ein exklusives Verhalten in allen Bereichen, die im gesellschaftlichen Leben des 19. Jahrhunderts relevant waren, gegenüber. So ist das konnubiale Verhalten in beiden Generationen sehr stark von Exklusivität geprägt, wenngleich sich in der jüngeren Hochschullehrergeneration Ansätze zu größerer Offenheit gegenüber anderen sozialen Gruppen erkennen lassen. Verstärkt hat sich im Vergleich beider Generationen die Heirat innerhalb der Akademikerschaft, während sich die Hochschullehrer vom Adel völlig abkehren, und zwar zugunsten von Unternehmer- und Offiziersfamilien, wobei zu den Unternehmern in puncto individueller Leistung Gemeinsamkeiten bestehen.

Die in beiden Generationen erstaunlich starke Neigung, unter sich zu bleiben, läßt sich auch an dem Verhältnis der Hochschullehrer zu allen gesellschaftlich bedeutsamen äußeren Kennzeichen ablesen: man pflegt keine — uns erkennbaren — Kontakte zu anderen Gruppen über Vereine, Ehrenämter werden nicht übernommen, Orden sind eine Rarität, ebenso Reserveoffizierspatente und Beteiligungen an Korporationen. Titel kommen in der ersten Generation recht häufig vor, wahrscheinlich weil durch sie berufliche Leistungen ausgezeichnet werden. Aber mit der allgemeinen Zunahme von Titelverleihungen in der jüngeren Hochschullehrergeneration nimmt das Interesse daran spürbar ab. Dem nicht vorhandenen Bemühen um Nobilitierung entspricht die Distanzierung vom Adel in Herkunft und Konnubium.

So stellt sich die badische Hochschullehrerschaft als eine Teilgruppe dar, die zwei gegensätzliche Verhaltensweisen in sich vereinigt: Offenheit gegenüber den verschiedensten Gruppen, wo berufliche Qualifikation das ausschlaggebende Moment ist, Exklusivität auf gesellschaftlichem Gebiet, die allerdings an einigen Stellen aufgebrochen wird, verbunden mit der Ablehnung alles dessen, was nicht durch — in diesem Falle wissenschaftliche — Leistung erworben ist. Die Teilung des Untersuchungszeitraums in zwei Generationen mit dem Einschnitt 1860 ermöglicht es, Erkenntnisse über die Entwicklung des Sozialverhaltens zu gewinnen. So kehrt sich das Verhalten der älteren Hochschullehrergeneration bei der zweiten Generation nicht um, sondern vorhandene Tendenzen oder Ansätze, die vielleicht nur bei einem Indikator festzustellen waren, verstärken sich im zweiten Beobachtungszeitraum und sind

nun an mehreren Indikatoren abzulesen. Man hat also keine Brüche, sondern vielmehr verschärfte Akzentuierung zu verzeichnen⁷¹.

Summary

This paper deals with a section of academically trained civil servants whose social stratification has scarcely been studied by historians.

The author chose the body university professors from the German grand-duchy „Baden“ in the 19th century because this professoriate constitutes a group which can be overlooked so well that the findings may be regarded as fairly valid. The study is based on an analysis of biographical dictionaries, and can consequently be called comprehensive.

The data considered have been evaluated by, essentially, making use of frequency distribution curves. Two generations of the „Baden“ university professors have been examined, i.e. the age groups born between 1830–1860. The social stratification has been determined by means of an analysis of the social mobility and the probable motives on the basis of descent and connubial behaviour.

The professors turned out to be very mobile with regard to their descent and to be directed towards personal achievement. Their behaviour was even reinforced by the second generation, but with regard to the connubial behaviour their tendency towards social mobility was less strong. Here their behaviour was dominated by a tendency towards ensuring the achieved status. The nobility was of no importance in the professoriate. People of noble birth were not eager to become members of a social group whose reputation was not based on representation but on excellent performance in a field of science. They were, however, considered a good match in the first generation, surprisingly much less in the second generation. The concentration on bourgeois principles of achievement could also be observed in a survey of the indicators of social prestige: activities in social clubs, honorary offices, received signs of recognition such as medals, titles, or rise to the nobility. The professoriate was not interested in social prestige, except in connection with scientific associations and titles for outstanding performance. The behaviour of the university professors, even in their social life, can be described as restricted to the rigid pursuit of scientific goals.

71. Die Ergebnisse der Büdinger Gespräche zur Erforschung historischer Führungsschichten über die Gruppe der Hochschullehrer sind bisher leider noch nicht im Druck erschienen und konnten daher nicht in die Untersuchung einfließen.

Wolfgang Weber

Die deutschen Ordinarien für Geschichte und ihre Wissenschaft

Ein historisch-wissenschaftssoziologischer Beitrag zur Erforschung des Historismus

I

Die gegenwärtige Forschungslage im Bereich der Wissenschaftsgeschichte der Geschichtswissenschaft ist dadurch gekennzeichnet, daß sich zwar die Produktion auf diesem Gebiet stark erhöht hat, der analytische Zugriff und die Leitperspektiven der Forschung im wesentlichen aber unverändert geblieben sind¹. Nach wie vor zerfallen die verschiedenen Ansätze in die bekannten Kategorien der Ideen- und Literaturgeschichte einerseits und die Gelehrten- und Institutionengeschichte andererseits, wobei in der Gelehrtengeschichte die individualbiographische Variante das Feld beherrscht². Es wird also nach wie vor streng zwischen „innerer“ und „äußerer“ Wissenschaftsgeschichte unterschieden, ohne daß der Zusammenhang zwischen beiden Bereichen hinreichend berücksichtigt wird, und unterstellt, daß die grundsätzlich gradlinig nach oben verlaufende Entwicklung der Geschichtswissenschaft hauptsächlich vom Auftreten einzelner genialer Historiker abhängt, mit deren Werken, die sich aufgrund ihrer hohen wissenschaftlichen Qualität selbständig durchsetzen, sich die jeweiligen Epigonen auseinanderzusetzen haben³.

1. Vgl. dazu die entsprechenden Bemerkungen in den einschlägigen Literaturberichten, z. B. bei Muhlack, Ulrich, Politische Ideengeschichte und Historiographie, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 26 (1975), S. 508-529. — Der vorliegende Beitrag bietet einen gerafften und thesenhaft zugespitzten Überblick über die Ergebnisse meiner Untersuchung: Priester der Klio. Historische-sozialwissenschaftliche Studien zur Herkunft und Karriere deutscher Historiker und zur Geschichte der deutschen Geschichtswissenschaft, Diss. phil. Augsburg 1982, die demnächst in Frankfurt a. M. beim Peter Lang Verlag erscheinen wird. Ich möchte an dieser Stelle Wilhelm H. Schröder danken, der mir die Gelegenheit verschaffte, auf dem Münsteraner Historikertag 1982 meine Ergebnisse erstmals einem größeren Publikum vorzutragen.
2. Dies gilt auch für das von Hans-Ulrich Wehler herausgegebene Sammelwerk: Deutsche Historiker, Bd. 1 ff., Göttingen 1971 ff., was auch U. Muhlack nicht entgangen ist — Politische Ideengeschichte, S. 516-517.
3. Vgl. dazu Sprandel, Rolf, Wie sieht die Geschichtswissenschaft sich selbst? in: Saeculum 30 (1979), S. 187-196, wo erstmals der Versuch gemacht wird, wissenschaftssoziologische Ansätze auf die Geschichte der Geschichtswissenschaft zu übertragen.

Diese Auffassung erkennt Wirkungen und Zusammenhänge, die in jüngster Zeit insbesondere in der modernen Wissenschaftssoziologie untersucht worden sind, aber in nuce zu einem Teil bereits auch in gängigen Gelehrtenbiographien zur Sprache kommen⁴. Danach setzen sich neue Theorien, Methoden und Forschungsergebnisse in der Wissenschaft keineswegs schon allein deshalb durch, weil sie streng wissenschaftlich, d. h. nach den anerkannten Regeln der Logik und Empirie „besser“, „wahrer“, „zutreffender“ usw. sind als ihre Vorgänger. Es bedarf vielmehr der Bereitschaft der maßgebenden Gelehrten, das Neue überhaupt zur Kenntnis zu nehmen, vorbehaltlos zu prüfen und gegebenenfalls die alten, vielleicht lieb gewonnenen Vorstellungen aufzugeben. Welche Schwierigkeiten hieraus erwachsen können, ist ohne weiteres einsichtig und vielen Wissenschaftlern aus persönlicher Erfahrung nur allzu bekannt. Das Problem liegt aber noch tiefer. Nicht nur muß zunächst überhaupt erst einmal der Zugang zu den maßgebenden Gelehrten offen stehen, d. h. die Möglichkeit gegeben sein, diesen über die üblichen Medien, also meistens das Buch, Kenntnis über die Existenz der neuen Idee, Methode usw. zu vermitteln, bevor diese den Prüfungsprozeß einleiten können. Vielmehr gibt es nämlich überhaupt keine stets eindeutigen Verfahrensprinzipien, mit deren Hilfe die Grenze zwischen zutreffenden und irrigen Vorstellungen in der Wissenschaft jederzeit zuverlässig festgelegt werden könnte. Diese Prinzipien sind vielmehr ebenso wie z. B. der Text einer politischen Verfassung eng an ihren historischen Kontext gebunden und werden zu verschiedener Zeit unterschiedlich interpretiert. Der wissenschaftliche Prozeß wird dementsprechend tatsächlich stets von denjenigen bestimmt, die die Verfahrensregeln der Prüfung der Wissenschaftlichkeit interpretieren und anwenden. Das sind im Prinzip zwar alle, die sich am wissenschaftlichen Dialog beteiligen, faktisch aber nur die professionellen Wissenschaftler und innerhalb dieser Gruppe die Inhaber der höchsten Positionen des Faches, die mit entsprechender Macht ausgestattet sind. Der wissenschaftliche Dialog mit dem Ziel der Akzeptierung der einen und der Verwerfung anderer Sätze ist nämlich ein sozialer Vorgang, in dem nicht nur rationale, sondern auch praktische Argumente vorgetragen werden, und in dem Handlungsstrategien zur Anwendung kommen, mittels derer die Akzeptierung bzw. Verwerfung von Sätzen zu fördern bzw. zu verhindern versucht wird. Zwar können diese Handlungsstrategien nicht beliebigen Argumenten zur Geltung verhelfen, weil jeder wissenschaftliche Dialog an seinen sprachlichen und historischen Kontext gebunden ist. „Gerade die Tatsache aber, daß es sich bei Argumentationen um soziale Prozesse handelt und Durchsetzungsstrategien im Spiel sind, zwingt zu dem korrespondierenden Schluß, daß Argumente andererseits auch nicht notwendig aufeinander bezogen sind. Es ist also nicht etwa so, daß die Durchsetzungsstrategien gar keine oder bestenfalls eine periphere Bedeutung haben, sondern Argumente verdanken ihre Geltung umgekehrt den sie stützenden Strategien.“⁵. Je weniger systematisch aber eine Wissenschaft ist,

4. Diese im Folgenden noch näher umschriebenen Aspekte werden jedoch ausschließlich der individuellen Biographie zugeordnet und daher nicht als Strukturelemente des Wissenschaftsbetriebs erkannt und gewürdigt. Zur Wissenschaftssoziologie, deren Buchproduktion bereits erhebliche Ausmaße angenommen hat, vgl. beispielsweise Weingart, Peter (Hg.), Wissenschaftssoziologie, 2 Bde., Frankfurt a. M. 1972, sowie Bühl, Walter L., Einführung in die Wissenschaftssoziologie, München 1974.

5. Weingart, Peter, Wissenschaftlicher Wandel als Institutionalierungsstrategie, in: ders., Wissenschaftssoziologie Bd. 2, S. 23.

je weniger eindeutig ihre methodischen Standards sind, desto bedeutsamer ist das Verhalten der maßgebenden Fachvertreter, desto größer der Ermessungsspielraum dieser Personen und damit die Bedeutung von Handlungsstrategien.

Die Konsequenzen aus dieser Betrachtungsweise für die Analyse der Wissenschaftsgeschichte sind klar. Dadurch, daß die Bestimmung der Wahrheit und der Wahrheitskriterien eng an die soziale Struktur der Wissenschaft bzw. der jeweiligen Einzeldisziplin gekoppelt wird, nimmt das lineare Fortschrittsmodell für die Wissenschaftsentwicklung schweren Schaden⁶. Vollzieht sich nämlich der Wissenschaftsfortschritt nicht — wie bislang insbesondere unter dem Einfluß der Falsifikationstheorie Karl Poppers angenommen — über einen rein rationalen Prozeß von Argument und Gegenargument in Richtung stetiger Annäherung an die Wahrheit, sondern in vielfacher Weise gebrochen über Machtkämpfe verschiedener Gelehrtengruppen, ist die Entwicklung nicht mehr stetig-linear, sondern nur noch schubweise und als ständiges Auf und Ab in nur bei Vorliegen idealer sozialer Bedingungen nach oben aufsteigender Linie denkbar. Dieser Befund ist freilich weniger für den Historiker als für den Naturwissenschaftler und Wissenschaftstheoretiker überraschend, insofern der Historiker sich wenigstens im Mikrobereich einzelner Gelehrtenbiographien oder kurzer Ausschnitte aus der Wissenschaftsgeschichte schon immer über die enge Verzahnung wissenschaftlicher und sozialer Bedingungen Rechenschaft abgelegt hat⁷. Um so bedeutsamer ist jedoch für den Historiker die Konsequenz aus der Einsicht, daß die Akzeptierung oder Verwerfung neuer Ideen maßgeblich über den Einsatz von Durchsetzungsstrategien in einem sozial bestimmten Prüfungsprozeß erfolgt. Denn vor diesem Hintergrund kann nicht mehr davon ausgegangen werden, daß wissenschaftliche bzw. in diesem Fall historische Werke und mit ihnen ihre Autoren stets kraft ihrer wissenschaftlichen Qualität selbständig ihren Weg finden⁸. Es muß vielmehr der Bereich, der bisher nur am Rande berücksichtigt wurde, in den Mittelpunkt gerückt werden: der Prozeß der wissenschaftlichen Kommunikation, die soziale Stellung des Autors eines Werkes, seine Strategie, mit der er den Erfolg seines Werkes zu fördern sucht, die Aktualität des behandelten Themas, die bei der Themenwahl direkt oder indirekt eine erhebliche Rolle spielt. „Äußere“ und „innere“ Wissenschaftsgeschichte sind auf diese Weise unauflösbar ineinander verzahnt, wenngleich es unverzichtbar bleibt, aus analytischen Gründen diese Trennlinie beizubehalten. Und vor allem wird der einzelne Wissenschaftler auf diese Weise in sein berufliches Umfeld, in den Kreis seiner Kollegen zurückgeholt. Es wird systematisch und nicht nur sporadisch berücksichtigt, daß auch ein genialer Gelehrter sich nur dann durchsetzen kann, wenn er einflußreiche Anhänger findet, und daß Anhänger

6. Heuß, Alfred, Das Problem des Fortschritts in den historischen Wissenschaften, in: Zeitschrift für Religions- und Geistesgeschichte 31 (1979), S. 134; Stegmüller, Wolfgang, Normale Wissenschaft und wissenschaftliche Revolutionen. Kritische Betrachtungen zur Kontroverse zwischen Karl Popper und Thomas S. Kuhn, in: Wissenschaft und Weltbild 29 (1976), S. 169–180.

7. Heuß, ebd.

8. Vgl. beispielsweise Ritter, Gerhard, Deutsche Geschichtswissenschaft im 20. Jahrhundert, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 1 (1950), S. 82, wo es heißt, die Konzeption Rankes habe sich „dank der Wahrheit und Tiefe ihrer Einsichten“ durchgesetzt.

keineswegs einfach dadurch zu gewinnen sind, daß die Ideen, die der Gelehrte vertritt, einen objektiven Erkenntnisgewinn mit sich bringen.

Eine Erprobung dieser Gedanken an der Geschichte der deutschen Geschichtswissenschaft liegt aus mehreren Gründen nahe. Einer ist bereits genannt worden, nämlich der trotz aller Fruchtbarkeit, die unter den herkömmlichen Forschungsperspektiven erstellte Untersuchungen auszeichnet, unzureichende analytische Ansatz der Wissenschaftsgeschichte im Bereich der Geschichtswissenschaft. Zweitens läßt der im Vergleich mit den sogenannten exakten Wissenschaften relativ niedere methodische Standard der Geschichtswissenschaft und ihre gleichzeitige enge Eingebundenheit in ihre jeweilige soziale Umwelt⁹ erwarten, daß in diesem Bereich sich besonders viele der oben angesprochenen Phänomene auffinden lassen. Und schließlich weist die deutsche Geschichtswissenschaft von ca. 1800–1970, d.h. im Zeitalter des Historismus¹⁰, ein spezielles Profil auf, das sie als Untersuchungsobjekt besonders geeignet erscheinen läßt: Sie zeichnet sich im internationalen Vergleich nicht nur durch eine spezifische Eigentümlichkeit, sondern auch durch eine besondere Einheitlichkeit aus. Einheitlichkeit, insofern nicht wie in anderen Ländern oder in der deutschen Gegenwart eine Mehrzahl unterschiedlicher, miteinander rivalisierender theoretisch-ideologischer Strömungen, sondern eine einzige Richtung das Gesicht der Geschichtswissenschaft prägte. Eigentümlichkeit insofern, als die theoretisch-ideologischen Grundvorstellungen der Historiker eine sonst unbekannte Eigenart aufwiesen¹¹.

Problemstellung des vorliegenden Beitrages ist entsprechend die Frage, wie diese zwar unterschiedlich bewertete, sachlich aber von keiner Seite grundsätzlich bestrittene Eigenart der historistischen deutschen Geschichtswissenschaft zu erklären ist. Die Erklärungen, die bisher vorgebracht wurden, sind nämlich unzureichend. Die historismusnahe wissensinterne Deutung¹² unterstellt, daß es eine ständige rationale

-
9. Vgl. Rösen, Jörn, Der Strukturwandel in der Geschichtswissenschaft und die Aufgabe der Historik, in: ders., Für eine erneute Historik. Studien zur Theorie der Geschichtswissenschaft, Stuttgart-Bad Cannstatt 1976, S. 45ff., sowie Ritter, Gerhard, Wissenschaftliche Historie, Zeitgeschichte und „Politische Wissenschaft“, in: Heidelberger Akademie der Wissenschaften. Jahreshefte 1957/58, S. 57f., wo es heißt: „Es gibt keine zweite wissenschaftliche Disziplin, in der es so schwierig wäre, zwischen echter wissenschaftlicher Leistung und bloß geistvollem Einfall, zwischen treffender Intuition und dilettantischem Gerede scharfe Grenzlinien zu ziehen“ ... „Eine strenge Beweisbarkeit geschichtswissenschaftlicher Forschungsergebnisse ... gibt es nicht“.
 10. Auf die einzelnen Befunde, die diese zeitlichen Grenzziehungen nahelegen, kann ich hier nicht eingehen. Zur inhaltlichen Bestimmung des Historismus-Begriffs siehe Nipperdey, Thomas, Historismus und Historismuskritik heute, in: ders., Gesellschaft, Kultur, Theorie. Gesammelte Aufsätze zur neueren Geschichte, Göttingen 1976, S. 59–73, sowie Faber, Karl Georg, Ausprägungen des Historismus, in: Historische Zeitschrift 228 (1979), S. 1–22.
 11. Iggers, Georg G., Deutsche Geschichtswissenschaft. Eine Kritik der traditionellen Geschichtsauffassung von Herder bis zur Gegenwart, 2. Aufl. München 1972, S. 11 u.ö. Vgl. auch ders., Neue Geschichtswissenschaft. Vom Historismus zur Historischen Sozialwissenschaft, München 1978, S. 97ff. u.ö.
 12. Vertreter dieser Richtung sind beispielsweise Nipperdey (wie Anm. 10) und Ritter (Anm. 8).

Diskussion der Historiker um die theoretischen Grundlagen ihrer Wissenschaft gegeben hat, in der ganz verschiedene Konzeptionen vorbehaltlos diskutiert wurden. Dies aber war, wie wir alle wissen, keineswegs der Fall, ganz abgesehen davon, daß die allgemeinste Grundlage einer derartigen Diskussion, nämlich eine eindeutige Historismusdefinition, bis heute fehlt. Die Schwächen der politischen Deutung¹³ dagegen, die den Historismus zu einer mehr oder weniger politisch durchgesetzten und geförderten Ideologie reduziert, werden insbesondere im Vergleich mit der eindeutig politisch instrumentalisierten Geschichtswissenschaft etwa der DDR deutlich. Einerseits läßt sich nämlich feststellen, daß die Produkte der historistischen Historiographie in der Regel keineswegs in so direkter Weise politische Interessen formulieren und vertreten, wie es bei den Produkten der DDR-marxistischen Historiographie der Fall ist. Andererseits fehlen fast sämtliche institutionellen Voraussetzungen zur Durchsetzung einer politischen Ideologie Historismus auch gegen Widerstand. Mehr noch, die juristische und soziale Stellung der entscheidenden Produzenten bürgerlichen historischen Wissens und ihre Organisationen sind dysfunktional einem unmittelbaren politischen Verwertungszusammenhang gegenüber. Der bürgerliche Ordinarius ist relativ unabhängig gegenüber Staat und Gesellschaft. Die DDR-Historiker hingegen bestimmen ihre Forschungsschwerpunkte und die Thesen, die sie vertreten, nicht selbst, sondern erhalten Richtlinien, die vom Parteitag ausgegeben werden und deren Vollzug kontrolliert wird¹⁴. Dies alles kennt die bürgerliche Geschichtswissenschaft nicht, und der Hinweis auf die bürgerliche Herkunft der historistischen Historiker — als Angehörige der herrschenden Klasse müssen sie gar nicht angewiesen und kontrolliert werden, weil sie von sich aus deren Interessen vertreten — kann nicht überzeugen. Die soziale Herkunft ist keineswegs notwendigerweise mit einer bestimmten lebenslangen politischen Interessenrichtung verbunden, wie die große Zahl entsprechender „Renegaten“ auch im marxistischen Lager zeigt.

Viel fruchtbarer erscheint es deshalb, wie oben angedeutet, die Gemeinschaft der Historiker zum Ausgangspunkt eines neuen Erklärungsmodells zu machen. Die entsprechende Hypothese lautet dann so: Die Durchsetzung und Herrschaft des Historismus ist weder ausschließlich noch maßgeblich aus seiner wissenschaftlichen bzw. seiner wie immer gearteten politischen Qualität zu erklären. Diese sind vielmehr nur in graduell unterschiedlichem Maße wichtige Vorbedingungen. Die Durchsetzung und Herrschaft des Historismus erklärt sich vielmehr vornehmlich daraus, daß diejenigen Gelehrten, die ihn entwickelten, es verstanden, eine treue Gefolgschaft heranzuziehen und fortlaufend mit den wichtigsten Positionen des Faches zu betrauen. Mit anderen Worten: der Schwerpunkt der Betrachtung wird vom Wissensbereich der Wissenschaft in ihren sozialen Bereich verlegt, die Geschichte der Wissenschaft als

13. Diese wird insbesondere von den marxistischen Historikern, vor verändertem Horizont (Orientierung am westlich-liberalen politischen Ideal) aber auch beispielsweise von Iggers (Anm. 11) vorgebracht. Für eine marxistische Interpretation siehe Schleier, Hans, Die bürgerliche deutsche Geschichtsschreibung der Weimarer Republik, Berlin 1975, auf die sich die folgenden Passagen stützen.

14. Vgl. dazu jetzt die einschlägigen Abschnitte bei Heydemann, Günter, Geschichtswissenschaft im geteilten Deutschland. Entwicklungsgeschichte, Organisationsstruktur, Theorie- und Methodenprobleme in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, Frankfurt a. M. et al. 1980.

Prozeß des Machterwerbs, der Machterhaltung und der Machterweiterung wissenschaftlicher Schulen und Richtungen angesehen.

Wie ist diese These aber in bezug auf die Geschichte der Geschichtswissenschaft konkret anzuwenden? Zunächst ist eine Theorie zu entwerfen, die zu zeigen hat, auf welche Weise eine wissenschaftliche Konzeption sich über die personale Struktur einer Disziplin durchsetzen und fortpflanzen kann. Hierbei kann auf entsprechende Ausführung von Peter Weingart zurückgegriffen werden, die entsprechend den spezifischen Bedingungen unserer Studie zu ergänzen sind¹⁵. Die Theorie hat zwei Aspekte abzudecken, nämlich erstens den Prozeß der Durchsetzung eines Konzepts und zweitens denjenigen der Perpetuierung dieses Konzepts.

Bei der Durchsetzung eines neuen wissenschaftlichen Konzeptes kommt es zunächst darauf an, in welcher Weise sich das neue Konzept vom herrschenden abhebt, ob es nur partiell oder total rivalisiert. Des weiteren ist bedeutsam, welche Position der Begründer des Konzeptes im akademischen Betrieb hat. Steht er völlig *außerhalb* des etablierten Wissenschaftsbetriebs, sind seine Chancen schlecht und ist der vor ihm liegende Weg lang und beschwerlich. Er muß sich der Hilfe von Instanzen versichern, die Einfluß auf den etablierten Betrieb ausüben, ohne dessen herrschende Auffassung zu teilen. Optimal erfüllt diese Bedingung im Hochschulsystem des mitteleuropäischen Raumes die politische Entscheidungsinstanz bzw. die Kultusbürokratie, weil sie prinzipiell von den herrschenden Wissenschaftlergruppen unabhängig und zugleich mit direkter Kompetenz ausgestattet ist. Steht der besagte Wissenschaftler *innerhalb* des Wissenschaftsbetriebs, kommt es auf seine hierarchische Position und die Tragfähigkeit seiner Beziehungen an. Der mächtigste Wissenschaftler ist im deutschen System ohne Zweifel der Lehrstuhlinhaber.

Der Prozeß der Durchsetzung des neuen Konzeptes läuft dann idealtypisch so ab: Der Begründer macht zunächst über seine vorhandenen persönlichen Beziehungen Kollegen und Freunde mit seiner Auffassung bekannt. Je stärker eine derartige Beziehung ist, desto leichter wird es sein, weitere Personen zu gewinnen. Unterstützt wird dieser Prozeß dadurch, daß es in der ersten Kommunikationsphase zu einer gemeinsamen stärkeren inhaltlichen Profilierung und eindeutigeren Formulierung der neuen Auffassung kommt, was zugleich ein verstärktes Zusammengehörigkeitsgefühl erzeugt.

Schließlich führen die informellen Kommunikationsbeziehungen zu festeren sachbezogenen Bindungen. Gruppengrenzen werden definiert, Eintrittsbedingungen gestellt. Die Gruppe schafft sich aus ihrem zuvor unregelmäßig und nur intern zirkulierenden Mitteilungs- und Diskussionsblatt ein offizielles Publikumsorgan und tritt damit erstmals sichtbar an die wissenschaftliche Öffentlichkeit. In der anschließenden Phase gelingt es mit Hilfe der vorhandenen Mittel, einen Mindestbestand an institutionellen Machtpositionen zu übernehmen, dadurch im Gesamtfach allmählich zumindest den Rang einer Vetogruppe zu erreichen und letztendlich die durch das neue Konzept definierten Normen als objektive Standards des Faches durchzusetzen.

Der entscheidende Moment im Institutionalisierungsprozeß ist aber wie bei jeder Herrschaftssicherung die Vergabe derjenigen zur Verfügung stehenden höchsten Stel-

15. Weingart, Wissenschaftlicher Wandel.

len, die relative Unabhängigkeit für ihre Inhaber mit sich bringen. Alles hängt davon ab, ob der in diese Position eingerückte Gelehrte „bei der Stange bleibt“ oder vom Kurs abweicht. Jetzt entfällt ja die Kontrolle dieser Person von oben; was bleibt, ist nur die Möglichkeit der Einflußnahme von der Gesamtgruppe und von parallelen Positionen aus.

Um nach dem Wegfall der wichtigsten Sanktionsmechanismen dennoch Meinungs- und Verhaltenskonformität sicherzustellen, gibt es nur einen Weg: Die neuen Positionsinhaber müssen gezielt erzogen und in ihrer ganzen Lebenssituation an die Gruppe gebunden sein. Damit sind wir beim Aspekt der Perpetuierung des Konzeptes. Der Begründer eines neuen Konzeptes muß entsprechenden Nachwuchs heranziehen, d. h. seine Auffassung jüngeren Gelehrten und Studenten so effizient nahebringen, daß sie sie als ihre eigene internalisieren. Bei diesem Erziehungsprozeß, dessen Konturen ich hier nicht weiter ausführen will, kommt es naturgemäß aber auch auf jene Sozialisationsphasen an, die vor dem Studium liegen, also auf Elternhaus und Schule¹⁶. Am effizientesten ist die Erziehung im Studium ohne Zweifel in der Regel dann, wenn der Lehrer dem Schüler durch gemeinsame Merkmale wie geographische und soziale Herkunft, Konfession etc. nahesteht oder gar durch familiäre Beziehungen vertraut ist. Das wiederum führt zum Aspekt der Einbindung des Nachfolgers in die Herkunftsgruppe: In seiner ganzen Lebenssituation in die Gruppe eingebunden ist ohne Zweifel der, der auch außerwissenschaftlich eng an die Gruppe geknüpft ist, vor allem durch Verwandtschaft und Freundschaft. Hat die Gruppe ihre Konzeption mit Hilfe der skizzierten Offensivstrategie durchgesetzt und institutionalisiert, treten an die Stelle der Offensiv- Defensivstrategien, um die Konkurrenten abzuhalten. Die soeben etablierte Gruppe benutzt also dieselben Mittel, die auch ihre nunmehr überwundenen Gegner einsetzten: 1. „Soziale und kommunikative Isolierung“ der Herausforderer einschließlich der „Weigerung positiver Sanktionierung im Sinne der Prüfung von Ergebnissen“, 2. „Verhinderung der Verbreitung der Innovation durch Fachzeitschriften“ und sonstiger Fachpublikationen, 3. „Verhinderung der Lehre und damit der Rekrutierung von Studenten“¹⁷. Sie zielt mit anderen Worten darauf ab, einerseits bereits die Veröffentlichung der konkurrierenden bzw. zumindest nichtkonformen Vorstellungen zu unterbinden, und andererseits die Schaffung einer entsprechenden Anhängerschaft zu verhindern.

Diese Erklärungshypothese, die mit ihren Fragen nach der Herkunft, Sozialisation und Selektion der Historiker, nach den persönlichen Beziehungen untereinander und zwischen akademischem Lehrer und Schüler nicht nur in diffizile Problembereiche, sondern auch in Tabuzonen der institutionalisierten Wissenschaft stößt, läßt es jedoch unmöglich erscheinen, alle skizzierten Probleme am jeweiligen Einzelfall in ihrer konkreten Erscheinungsform en detail nachzuprüfen. Und zwar schon aus praktischen Gründen, weil ausgedehnte archivalische Studien zu jedem der in Frage kommenden Inhaber historischer Lehrstühle an deutschen Universitäten und Hochschulen anzustellen für einen Einzelnen schon prinzipiell kaum möglich ist. Hinzu kommt, daß einerseits aufgrund rechtlicher Bestimmungen große hier relevante Quellenbestände dem Zugriff ganz entzogen sind, andererseits aber wichtige Tatbestände

16. S. dazu die Ausführungen in den einschlägigen Abschnitten bei Hurrelmann, Klaus, und Ulrich, Dieter (Hgg.), *Handbuch der Sozialisationsforschung*, Weinheim-Basel 1980.

17. Weingart, *Wissenschaftlicher Wandel*, S. 25.

z. B. der Besetzung von Lehrstühlen in archivalischen Quellen überhaupt keinen oder nur unzureichenden Niederschlag finden, zumal im Zeitalter des Telefons¹⁸. Es bleibt daher nur übrig, den Nachweis hauptsächlich indirekt, auf dem Wege von Indizienschlüssen zu führen und in der Übernahme sozialwissenschaftlich-empirischer Methoden primär vom Ergebnis des Sozialisations- und Institutionalisierungsprozesses auszugehen anstatt von seinen jeweiligen konkreten Verlaufsformen. Konkret: es ist erstens ein Kriterienkatalog zu entwickeln, der einerseits die objektiven Merkmale der Herkunft, Ausbildung und des Karriereverlaufs fixiert und andererseits alle handhabbaren Indizien und Angaben festhält, die Rückschlüsse auf die persönlichen Beziehungen der Historiker erlauben, und es sind zweitens diese Ergebnisse mit demjenigen Befund zu vergleichen, der bei Zugrundelegung der Ausgangshypothese unter den entsprechenden Rahmenbedingungen logischerweise erwartet werden kann. Diese Operation kann naturgemäß nicht wie in den Sozialwissenschaften üblich anhand eines differenzierten Sortiments hochabstrakter, mathematisch exakter Methoden der Messung von Hypothesen durchgeführt werden, weil sich hier die einzelnen Merkmale und Faktoren nicht mit hinreichender Schärfe voneinander isolieren lassen. Der Vergleich der empirischen mit den erwarteten Daten ist also nicht mathematisch-formelhaft, sondern auf der Ebene der Plausibilität in der üblichen Sprache des Historikers und an den entscheidenden Stellen in möglichst enger Verknüpfung mit klassischen historischen Belegelementen zu realisieren. Obwohl der zwangsläufige Verzicht auf mathematische Signifikanz eine gewisse Einbuße an Argumentationsschärfe mit sich bringt, ist aber dennoch davon auszugehen, daß statistischer Indizienschluß und historisch-exemplarische Beweisführung zusammengekommen prinzipiell ausreichen, den Zusammenhang von theoretisch unterstellter Ursache und beobachteter Wirkung überzeugend zu belegen. Und zwar zumal dann, wenn nach der Analyse der Herkunft, Ausbildung und des Karriereverlaufs der deutschen Ordinarien für Geschichte (Abschnitt II) und ihres Zusammenhanges in Schulen und Gruppen, bezogen auf das wichtige Moment der ersten Berufung auf einen Lehrstuhl (Abschnitt III) in einem separaten Abschnitt (IV) zusätzlich Aspekte des Selbstverständnisses der Historiker ausgelotet werden, die das ihnen unterstellte bzw. nachgewiesene Verhalten fördern oder erst verursachen.

II

Bezüglich der Herkunft bestätigt die Auszählung der aus Dissertationsviten, Nachrufen, Biographien usw.¹⁹ gewonnenen Daten im wesentlichen den Eindruck, den frühere Beobachter bei der Betrachtung kleinerer Untersuchungseinheiten gewannen²⁰. Die 532 deutschen Lehrstuhlinhaber für Geschichte zwischen 1800 und 1970 stammen überwiegend aus Mittel- und Großstädten Preußens und innerhalb Preußens

18. Vgl. dazu schon Schramm, Percy Ernst, Über die schriftliche Fixierung zeitgenössischer Vorgänge. Wo liegen die Schwierigkeiten? in: Festgabe für Leonhard von Muralt, Zürich 1970, S. 24-33.

19. Bei lebenden Historikern wurde das biographische Material zum Teil per Umfrage gewonnen.

20. Vgl. die Angaben bei Iggers, Deutsche Geschichtswissenschaft, S. 29 u. ö.

Brandenburgs und der Rheinprovinz. Die Hochburg ist Berlin, insofern aus dieser Stadt allein fast 10% aller Ordinarien kommen. München stellt 18, Hamburg 16 und Leipzig 13 Gelehrte. Ihrer sozialen Herkunft nach sind die deutschen Ordinarien für Geschichte mehrheitlich der protestantischen Oberschicht der deutschen Gesellschaft zuzuordnen, wobei ihre zur Hälfte akademisch gebildeten Väter zumeist als höhere oder mittlere Beamte, Pfarrer, Lehrer und Professoren im öffentlichen Dienst tätig sind. Die in die höchsten Positionen der akademisch etablierten deutschen Geschichtswissenschaft eingerückten Historiker sind im Kern damit ohne Zweifel Vertreter des staatsorientierten protestantischen Bildungsbürgertums²¹, wenngleich der Anteil des Besitzbürgertums (Kaufleute etc.) mit rund 20% höher ist als erwartet. Eine Ausnahme sind lediglich die 121 (= 23% von 532) katholischen Ordinarien, die indes verstärkt erst gegen Ende des Untersuchungszeitraumes auftreten. Sie rekrutieren sich signifikant häufiger aus der Mittelschicht, kommen häufiger aus kleineren Orten und haben wesentlich öfter (71%) Männer ohne akademische Bildung zu Vätern.

Die studienqualifizierende Schulausbildung der Historiker vollzog sich wie kaum anders zu erwarten ganz überwiegend an Humanistischen Gymnasien vornehmlich protestantischer Prägung. Absolventen der Realzweige begegnen erst ganz zum Schluß der Erhebungszeit, und zwar gehäuft bei Wirtschafts- und Sozialhistorikern. Fast 50% der Historiker haben protestantische Gymnasien in Preußen besucht, 8 sind Zöglinge der protestantischen Eliteschule Schulpforta²², 9 des Joachimsthalschen Gymnasiums in Berlin bzw. ab 1912 in Templin/Uckermark. Weitere Schwerpunkte der Ausbildung sind das Bremer Domgymnasium, das Askanische und Französische Gymnasium sowie das Gymnasium zum Grauen Kloster in Berlin, das Heidelberger Großherzogliche Gymnasium, die Nikolaischule und die Thomasschule in Leipzig sowie — auf der katholischen Seite — das Gymnasium Paulinum in Münster.

Im Studium setzt sich die Tendenz fort: Die überwiegend ein bis zwei Studienhochschulen sind zumeist protestantische Universitäten Preußens; in rund einem Drittel der Fälle ist dabei die Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin genannt. Das Auslandsstudium ist stets relativ selten; zur Gegenwart hin verlagert sich dabei das Interesse zunehmend vom französischen Bereich in den anglo-amerikanischen. Bevorzugte Studienfächer sind neben Geschichte als Pflichtfach Klassische Philologie und Philosophie, also der klassische Fächerkanon des Bildungsbürgertums²³. Zum Ende des Untersuchungszeitraumes werden allerdings diese Beifächer von Germanistik und Geographie allmählich überrundet. Die systematischen Gesellschaftswissenschaften wie vor allem Soziologie und später Politikwissenschaft werden in der Zeit, in der sie im Studienangebot zur Verfügung stehen, kaum gewählt, wenngleich sich

21. Welche besonderen qualitativen Merkmale dieser Bevölkerungsgruppe zugeschrieben werden können, ist derzeit freilich noch offen, vgl. vom Bruch, Rüdiger, Forschungen und Arbeiten zur politischen und Sozialgeschichte des deutschen Bildungsbürgertums im 19. und frühen 20. Jahrhundert mit besonderer Berücksichtigung der Hochschullehrerschaft, in: Jahrbuch der Historischen Forschung 1982, München 1983, S. 36–41.

22. Nämlich Leopold von Ranke, Hartwig Floto, Curt Wachsmuth, Eugen Bormann, Karl Lamprecht, Erich Ziebarth, Martin Lintzel und Hugo Preller.

23. Vgl. dazu die einschlägigen Abschnitte bei Vondung, Klaus (Hg.), Das Wilhelminische Bildungsbürgertum. Zur Sozialgeschichte seiner Ideen, Göttingen 1976.

am Ende ein gewisser Trend in diese Richtung abzuzeichnen beginnt. Was die Rechtswissenschaften und die Evangelische Theologie betrifft, so haben immerhin rund 15% bzw. rund 9% aller Ordinarien im Laufe ihrer Universitätsausbildung mit einem dieser beiden Fächer in dieser oder jener Form engeren Kontakt unterhalten. Das meist mit der Promotion oder mit der Promotion in Verbindung mit dem Lehramtsexamen im Alter von erst 22 und später bis etwa 28 Jahren abgeschlossene Studium dauert durchschnittlich vier bis fünf Jahre. Die Homogenität in diesem Ausbildungs- und Studienverhalten lockert sich zwar zur Gegenwart hin, sie wird aber nicht aufgelöst.

Nach dem Examen rücken die meisten späteren Ordinarien in Mitarbeiter- bzw. Assistentenstellen ein, zum Teil vor oder nach einer vorübergehenden Tätigkeit im Lehramt. Die Entwicklung tendiert zu einer immer stärkeren Konzentration auf den Universitätsbereich bei gleichzeitig stetiger Ausdehnung der Dauer dieser ersten Laufbahnphase. Knapp über 90% der Untersuchungspersonen sind habilitiert, wobei die *venia legendi*, die sich zumeist auf eines der klassischen Teilfächer der Historie erstreckt, überwiegend an einer größeren Universität erworben wird. Auch in diesem Zusammenhang erweist sich die Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität als ein besonderer Schwerpunkt. Die meisten habilitierten späteren Ordinarien werden noch zu außerplanmäßigen Professoren ernannt und brauchen rund fünf bis neun Jahre, bevor sie einen ordentlichen Lehrstuhl erlangen. Ihre nichthabilitierten Kollegen, die je länger desto mehr nicht mehr unmittelbar von außen, sondern aus dem Bereich der Universität selbst berufen werden, d. h. sich zunächst als Mitarbeiter, außerordentliche Professoren etc. bewähren müssen, benötigen im Durchschnitt länger bis zum Ordinariat. Ihnen gelingt der Aufstieg zum Lehrstuhlinhaber überdies vornehmlich nur an kleineren Universitäten und dann, wenn sie als ehemalige Archivare ein mediävistisches Ordinariat anzielen. Die erste Berufung ist bei der habilitierten Mehrheit zumeist eine Berufung im eigentlichen Sinn und erfolgt zuerst überwiegend im Alter von 33–38, später von 40–43 Jahren. Während die meisten Ordinarien ihren einmal gewonnenen Lehrstuhl beibehalten und damit vergleichsweise immobil sind, wechselt eine starke Minderheit ihn wenigstens einmal, wobei die Staatsgrenzen allerdings nur selten überschritten werden und das Ziel des Wechsels regelmäßig eine vergleichsweise bedeutendere Universität ist. Insbesondere durch die Einführung der Regelemeritierung verkürzt sich die durchschnittliche Dauer der im übrigen höchst unterschiedlich langen Amtszeit der Lehrstuhlinhaber auf ungefähr 22 Jahre.

Die chronologische Struktur der Laufbahn der hier untersuchten Teilgruppe der deutschen Geisteswissenschaftler entspricht damit wie bereits auch das Promotionsalter in der Tendenz genau derjenigen der Gesamtgruppe, wie sie von Christian von Ferber dargestellt worden ist²⁴. Bei der Gesamtgruppe liegen die Werte indessen häufig etwas höher, d. h. die verschiedenen Karrierephasen dauern etwas länger und die Gelehrten sind relativ älter.

Die Ergebnisse zur sozialen Herkunft, zur Schulausbildung und zum Verlauf der Karriere stehen damit — soweit feststellbar, weiteres systematisches Vergleichsmaterial fehlt — im wesentlichen im Einklang mit der Gesamtentwicklung bei den deutschen Hochschullehrern der Geisteswissenschaften. Es gilt also in diesem Rah-

24. Die Entwicklung des Lehrkörpers der deutschen Universitäten und Hochschulen 1864–1954, Göttingen 1956 (= Untersuchungen zur Lage der deutschen Hochschullehrer Bd. III).

men generell, was auf höherer Abstraktionsebene als Hauptergebnis dieser Teilanalyse festzuhalten ist: daß sich nämlich erstens Herkunft, Schulausbildung und Studieneinrichtung seit mindestens der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts im Grunde kaum verändert haben²⁵, d. h. durch relativ große Einheitlichkeit gekennzeichnet sind, und daß zweitens das Studium und die gesamten Karrierephasen vor der Berufung sich einerseits zeitlich erheblich ausweiten und andererseits sowohl die Ausbildung als auch die Laufbahn sich immer stärker auf den Universitätsbereich selbst konzentrieren. Die Entwicklung zeigt dementsprechend vor dem Hintergrund der durch das Hochschulsystem gesetzten Rahmenbedingungen alle Züge einer wachsenden Professionalisierung auf einer grundsätzlich gleichbleibenden Basis²⁶. Die höhere Bildungsqualifikation als Voraussetzung zum Eintritt in den Beruf wird fast stets durch das Humanistische Gymnasium erworben. Der soziale und mentale Zusammenhang der Profession bzw. der „Zunft“ fußt auf einer bei der Elite gemeinsamen Herkunft aus dem oberen Stratum des in Staatsstellungen arbeitenden Bildungsbürgertums, der gemeinsamen protestantischen Konfession und häufig genug preußischer Landsmannschaft. Studium und Laufbahn weisen auch jenseits der juristisch festgelegten Normen starke Vereinheitlichungstendenzen auf, die erst an ganz wenigen Stellen schwache Anzeichen einer allmählichen Aufweichung zeigen. Das aber sind alles Bedingungen, die nicht ohne Folgen für das von den Historikern produzierte Wissen bleiben können.

III

In bezug auf die Verteilung der erfaßten Ordinarien für Geschichte auf die verschiedenen Schulen und Traditionsrichtungen — wobei als Traditionsrichtung diejenige Aufeinanderfolge von Schulen definiert ist, die auf einen gemeinsamen Gründervater zurückgeht — ergibt sich zunächst der statistische Befund, daß die Traditionsrichtung Rankes die größte Zahl an Vertretern aufzuweisen hat²⁷. Mit dem Gründervater selbst zählt sie insgesamt 306 Lehrstuhlinhaber, das sind 57% der Gesamtzahl der Ordinarien im vorliegend behandelten Untersuchungsbereich. Die direkt auf Ranke zurückgehende Richtung stellt dabei die Mehrheit mit insgesamt 235 Ordinarien. Hinzu kommen weitere kleinere Richtungen, nämlich die Teilrichtung von Erich Marcks, Paul Scheffer-Boichorst und Michael Tangl. Die zweitstärkste Traditionsrichtung ist

25. Schumann, Hans-Gerd, Führungsschicht und Führungsgruppen heute: Anmerkungen zur (sic!) Methodologie-Problemen der deutschen Elitologie, in: Hofmann, Hanns Hubert und Franz, Günter (Hgg.), Deutsche Führungsschichten in der Neuzeit. Eine Zwischenbilanz, Boppard am Rhein 1980, S. 216ff.

26. Siehe dazu Rüchemeyer, Dietrich, Professionalisierung. Theoretische Probleme für die vergleichende Geschichtsforschung, in: Geschichte und Gesellschaft 6 (1980), S. 311-325.

27. Die Zuordnung der einzelnen Historiker zu den verschiedenen Schulen und Traditionsrichtungen erfolgte zunächst über die Feststellung von Doktor- und ggfs. Habilitationsvater und in einem zweiten Schritt über die Berücksichtigung der Zuordnungen, die in der historiographiegeschichtlichen Literatur vorgenommen werden, also beispielsweise bei Srbik, Heinrich Ritter von, Geist und Geschichte vom deutschen Humanismus bis zur Gegenwart, 2 Bde., München-Salzburg 1951-1964.

die von Theodor Mommsen begründete althistorische Teilfachtradition, in der rund 11% aller Ordinarien stehen. Dieser hohe Gesamtanteil weist schon darauf hin, daß im Teilbereich Alte Geschichte die Richtung Mommsens geradezu eine monopolartige Stellung besitzt. Und tatsächlich können sich in diesem Fall neben solchen Gelehrten, die als von den übrigen Altertumswissenschaften kommende hin und wieder Lehrstühle für Alte Geschichte erhalten, nur noch einige Anhänger der Tradition Alfred von Gutschmids und Ernst Curtius' bzw. Curt Wachsmuths halten, abgesehen von den wenigen Vertretern der Richtung Rankes und Droysens, die ebenfalls Alte Geschichte betreiben²⁸. Insgesamt kommt im übrigen die Tradition Droysens auf rund 9% aller Ordinarien für Geschichte an den deutschen Universitäten, so daß die drei Hauptrichtungen zusammen 77% stellen.

Historisch kommt dieser hohe Gesamtanteil dadurch zustande, daß ab spätestens der Dekade von 1860–1870 die zuvor erst noch dominierenden Gelehrten insbesondere Göttinger Provenienz bald nur noch sehr wenige Anhänger auf historische Ordinariate bringen können. In den ersten beiden Dekaden (1800–1820) stellen sie zwar noch weit über 50% aller Neuberufenen, schon unmittelbar darauf schieben sich aber Einzelpersonen und kleinere Gruppierungen unterschiedlicher Prägung nach vorne, die dann ihrerseits von den Anhängern Rankes und Droysens verdrängt werden. Die Traditionsrichtung Rankes ist dabei mit nur wenigen Ausnahmen sowohl im Gesamtbereich des Faches als auch im speziellen Bereich der Mittleren Geschichte, die je länger desto mehr ihre eigentliche Domäne wird, und der Neueren Geschichte, wo insbesondere die Nachfolger Droysens mit ihr konkurrieren, die beherrschende (d. h. über 50% der jeweils neu berufenen Ordinarien stellende) bzw. bestimmende (relativ größter Einzelanteil) Gruppierung.

Mit dem Eintritt Leopold von Rankes in die akademische Tätigkeit wird also der Grundstein zu der geschichtswissenschaftlichen Traditionsrichtung gelegt, die in der Folge das wissenschaftliche Profil des Faches entscheidend bestimmt — Grund genug, Bedingungen und Umstände dieses Vorganges einer näheren Betrachtung zu unterziehen.

Die Geschichtswissenschaft der Aufklärung ist gegen Ende des 18. Jahrhunderts, nachdem sie bereits „die historische Quellenkritik systematisch gefördert“ hat, „von den besonders für die Rechtswissenschaft wichtigen diffizilen Echtheitsbeweisen bei Urkunden übergegangen zu konstruktiven kritischen Versuchen an erzählenden Quellen“, und zwar „nicht zuletzt nach dem Vorbild der Bibelkritik, die sich nicht leisten konnte, bei destruktiven Ergebnissen stehenzubleiben“²⁹. Zur kritischen Geschichtsschreibung, d. h. einer Verbindung von kritischer Quellenforschung und erzählender Darstellung, ist sie aber noch nicht durchgestoßen. Genau diese schwebt jedoch vielen Historikern der Zeit als Ziel vor, zumal die epochemachenden Ereignis-

28. In der Traditionsrichtung Rankes war der einzige voll auf die Alte Geschichte spezialisierte Historiker der Giesebrecht-Schüler Robert Pöhlmann, die althistorische Tradition Droysens wurde insbesondere von Carl W. Nitzsch und dann vor allem von Heinrich Nissen fortgeführt.

29. Schulin, Ernst, Rankes Erstlingswerk oder der Beginn der kritischen Geschichtsschreibung über die Neuzeit, in: ders., Traditionskritik und Rekonstruktionsversuch, Göttingen 1979, S. 44–64, hier S. 45. Hiernach auch das Folgende.

nisse der Freiheitskriege das Bedürfnis nach originaler, lebendiger Information über die Geschichte Deutschlands erheblich verstärkt haben.

In dieser Situation gelingt es dem bis dahin ganz unbekannten Gymnasiallehrer aus Frankfurt an der Oder, Leopold von Ranke, als erster ein Geschichtswerk fertigzustellen, das Quellenforschung und lebendige Darstellung in bislang unerreichter Weise integriert. Rankes Vorbild und Anreger ist der in der Tradition der Aufklärung stehende Leipziger Historiker Gustav Adolf Stenzel, der selbst die kritische Geschichtsschreibung über das Mittelalter begründet, aber mit seiner Darstellung erst wenig später als Ranke fertig wird³⁰. Obwohl die „Geschichten der romanischen und germanischen Völker“ — um dieses Werk Rankes handelt es sich — auch in der darstellerischen Qualität für die Zeitgenossen viel zu wünschen übrig lassen und daher diesbezüglich nur von „geringe(r) Wirkung“³¹ sind, finden sie doch ein gewisses Echo. Dem Autor gelingt es nämlich, durch Anwendung der schon bekannten quellenkritischen Methoden unter anderem die Glaubwürdigkeit desjenigen frühneuzeitlichen Geschichtsschreibers zu erschüttern, der bislang als *die* Autorität für die Geschichte Italiens und der europäischen Italienpolitik angesehen wird: Francesco Guicciardini (1483–1540)³². Wesentlicher als der im Ganzen durchaus bescheidene wissenschaftliche Zugewinn, den dieses Buch bringt, ist für die Entwicklung der Geschichtswissenschaft in Deutschland aber die Tatsache, daß es Ranke in höchst effizienter Weise versteht, seine Darstellung und damit sich ins rechte Licht zu rücken. Was sein Ziel ist, spricht er selbst in aller Eindeutigkeit aus: „Meine einzige Absicht für dies Leben ist, meine wissenschaftliche Idee durchzusetzen“³³. So begnügt er sich in voller Absicht bei seinem Erstlingswerk nicht mit einer historischen Darstellung, sondern fügt einen kritischen Anhang bei, um „Freunde unter den Gelehrten zu erwerben“³⁴. Parallel dazu pflegt er seine Beziehung zu Friedrich von Raumer, der als einflußreicher ehemaliger Ministerialbeamter 1819 einen Lehrstuhl an der Philosophischen Fakultät der Berliner Universität übernommen hat und mit Ranke schon seit längerem familiären Kontakt unterhält. Kurz vor Veröffentlichung des Buches besucht Leopold von Ranke Raumer in Berlin, ein entsprechendes Gutachten Raumers über Rankes Werk reicht wenig später völlig aus, Ranke als für die Übernahme einer Professur möglicherweise ebenfalls in Berlin als wissenschaftlich geeignet erscheinen zu lassen³⁵. Der ehrgeizige Oberschullehrer unternimmt aber noch mehr, um sein Ziel einer Universitätsprofessur zu erreichen. Ohne dieses Ziel anzusprechen, übersendet er sein Buch an die beiden wichtigsten Amtsinhaber im preußischen Unterrichtsministerium und versucht in Begleitschreiben, diese Herren für sich einzunehmen. Seine Absicht gelingt nicht zuletzt deswegen, weil er in der in seinem Werk zum Ausdruck kommenden politischen Tendenz genau den Auffassungen der beiden Beamten entspricht³⁶. Außerdem läßt Ranke den beiden einflußreichsten Hi-

30. Schulin, ebd.

31. Ebd. S. 50.

32. Ebd. S. 49.

33. Leopold von Ranke an Heinrich Ranke vom 26. 11. 1835, in: L. von Ranke. Das Briefwerk. Eingeleitet und herausgegeben von W. P. Fuchs, Hamburg 1949, S. 272.

34. L. von Ranke an H. Ranke vom 17. 4. 1824, ebd. S. 60.

35. Berg, Gunter, Leopold von Ranke als akademischer Lehrer, Göttingen 1968, S. 22.

36. Schulin, Rankes Erstlingswerk, S. 47.

strikern seiner Zeit, nämlich A. H. L. Heeren und B. G. Niebuhr, Exemplare seiner Arbeit zukommen, um sich deren Unterstützung zu versichern. Niebuhr bezeichnet er bei dieser Gelegenheit als „cardinalis patronus“ aller Historiker, dessen Römische Geschichte er immer wieder mit Gewinn gelesen habe und dem gegenüber er „Dankbarkeit nicht allein zu fühlen, sondern, wo möglich, zu bezeigen“ entschlossen sei³⁷. Ranke nähert sich Niebuhr damit als Klient, der von seinem Patron eine bestimmte Leistung erbittet, die in dessen Kompetenz fällt, und im Gegenzug künftige Dankesleistungen anbietet.

Das Ergebnis dieser geschickten Strategien ist bekannt. Ranke erhält eine außerordentliche Professur für Geschichte in Berlin, wenngleich zunächst nur als Lückenbüßer und mit der Maßgabe, mit einer eventuellen Versetzung z. B. nach Halle schon vorab einverstanden zu sein³⁸. Er nutzt jedoch in der Folgezeit die ihm gebotenen Chancen, worin durchaus ein wesentlicher Teil seiner Meisterschaft zu sehen ist. Die ihm dank seiner Persönlichkeit und seiner wissenschaftlichen wie politischen Verdienste von der preußischen Regierung gewährten günstigen Lebens- und Arbeitsumstände ermöglichen ihm eine immense wissenschaftliche Produktion, die Festigung seiner akademischen Position, die effiziente Bildung einer eigenen Schule und die gezielte Unterbringung seiner Schüler auf entsprechende Positionen der nicht zuletzt unter seinem Einfluß und durch seinen Erfolg bei maßgebenden politischen Kreisen expandierenden Geschichtswissenschaft. Es gelingt ihm mit anderen Worten tatsächlich, seine wissenschaftliche Idee durchzusetzen, d. h. seine Auffassungen zu den Standards des Faches zu machen und seine Schüler als die unter diesen Standards geeignetsten Kandidaten in die entscheidenden Machtpositionen zu bringen.

Die Berufung des vielleicht wichtigsten Schülers Rankes Georg Waitz 1842 nach Kiel geht zwar nicht auf eine Initiative Rankes, sondern auf Waitz' ursprüngliche Kieler Lehrer zurück³⁹. Ranke hat aber zwei Jahre später durch sein Votum den Wechsel von Waitz' nach Göttingen vorbereitet, wo Waitz bekanntermaßen seine größte Wirkung entfalten konnte. Ähnliches gilt für die erste Station der Karriere Heinrich von Sybels und des erst später zu Ranke gestoßenen Carl von Hegel⁴⁰. Bei nahezu allen anderen Rankeschülern hat aber speziell der Einsatz des Meisters von Anfang an entscheidend bewirkt, daß das hohe Ziel eines ordentlichen Lehrstuhles erreicht wurde⁴¹. Dadurch war bereits in der ersten Schülergeneration die Konzep-

37. L. von Ranke an B. G. Niebuhr, in: Ranke, Briefwerk, S. 71.

38. Berg, Ranke, S. 23.

39. Waitz, Georg, Selbstbiographie, in: ders., Deutsche Kaiser von Karl dem Großen bis auf Maximilian, Berlin 1864, S. XV; Jordan, Karl, G. Waitz als Professor in Kiel, in: Festschrift für Percy Ernst Schramm, Göttingen 1964, S. 90–94.

40. Zum Vorschlag Rankes für Göttingen siehe Von Selle, Goetz, Die Georg-August-Universität zu Göttingen. Wesen und Geschichte, Göttingen et al. 1964, S. 295, zu Sybel die Angaben bei Dotterweich, Volker, H. von Sybel. Geschichtswissenschaft in politischer Absicht (1871–1861), Göttingen 1978 (= Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Heft 16), S. 51 ff. u. ö., sowie zu Hegel dessen Leben und Erinnerungen, Leipzig 1900, S. 170 ff. und Dickerhof-Fröhlich, Hedwig, Das historische Studium an der Universität München im 19. Jahrhundert. Vom Bildungsfach zum Berufsstudium, München 1979, S. 81 u. ö.

41. Vgl. dazu die Angaben bei Dickerhof-Fröhlich zu München, wonach Ranke nach und nach fast alle seine Schüler für die dortigen Lehrstühle in Vorschlag brachte.

tion institutionell hinreichend abgesichert, zumal Ranke außer in Preußen über seinen prominenten Anhänger Maximilian II. auch in Bayern und dort speziell in München entscheidenden Einfluß ausüben konnte. Die weitere Durchsetzung und endgültige Perpetuierung des Konzepts läuft nun nach Plan ab. Georg Waitz, der Fortsetzer Rankes insbesondere in dessen subjektiv unpolitischen, quietistisch-positivistischen Auffassungen, kann mit Hilfe der ursprünglich unabhängig entstandenen Monumenta Germaniae Historica als institutionellem Hilfsmittel insbesondere die Mediävistik fast völlig unter seine Kontrolle bringen. Von Heinrich von Sybel, dem Vertreter der bewußt politischen Strömung des Historismus, geht einerseits über die Historische Kommission in München und andererseits insbesondere über die Historische Zeitschrift starker Einfluß aus, der sich keineswegs auf die Neuere Geschichte beschränkt⁴². Bei der Besetzung der Professuren handeln die Vertreter der neuen Traditionsrichtung die Personalentscheidungen zunehmend ausschließlich unter sich aus, ungestört von ernstzunehmenden Rivalen. In der Kandidatenauswahl haben zwar diejenigen Aspiranten einen erheblichen Startvorteil, die unabhängig von ihrer Schulzugehörigkeit über einschlägige familiäre, verwandtschaftliche und freundschaftliche Beziehungen verfügen. Wie das Beispiel Carl von Noordens zeigt, sind es aber dennoch überwiegend die akademischen Lehrer bzw. sonstige Angehörige derselben wissenschaftlichen Gruppierung, die schließlich den Ausschlag geben. Die ausführliche und ohne verklärende Tendenz verfaßte ungedruckte Dissertation Leo Philippsborns, aus der die folgenden Nachrichten fließen, ist im übrigen ein gutes Beispiel dafür, daß die Hintergründe von Berufungen nur dann wenigstens annähernd rekonstruiert werden können, wenn entsprechende Privatbriefe vorliegen und ungekürzt zugänglich sind⁴³.

Durch Heirat mit Leopold von Ranke in verwandtschaftliche Beziehung getreten⁴⁴ und durch seine Mutter mit der Gelehrtenfamilie Nasse verwandt⁴⁵, hatte Carl von Noorden zunächst in Bonn und Marburg vor allem Philologie, insbesondere Sanscrit (bei Martin Haug und J. G. Gildemeister) und daneben alte Geschichte (bei Joseph Rubino und J. W. Leobell) studiert⁴⁶. Nach der Promotion trieb er musikwissenschaftliche, philologische und schließlich historische Studien u. a. in Berlin, wo ihm sein Onkel Ernst Konstantin Ranke und Erwin Nasse Zugang zu Leopold von Ranke verschafften⁴⁷. In Bonn schließlich aber fand er in Sybel „den entscheidenden Förderer seiner geschichtswissenschaftlichen Neigungen und Fähigkeiten“.⁴⁸ 1863 unter Sybel habilitiert, versuchte ihm dieser bereits 1865 die Professur für Geschichte und Literatur in Karlsruhe zu verschaffen, was aber mißlang⁴⁹. 1867/68 gelang es auch nicht, mit Hilfe Reinhold Paulis auf das neue Extraordinariat in Gießen zu kommen, das dann mit Sigurd Abel besetzt wurde⁵⁰. Die Chancen für Kiel standen

42. Ein bedeutender Mediävist aus der Schule Sybels war beispielsweise Julius Weizsäcker.

43. Philippsborn, L., Carl von Noorden, Diss. phil. Göttingen 1963.

44. Rankes jüngster Bruder hatte eine Noorden geheiratet — Philippsborn, S. 2.

45. Ebd. S. 1.

46. Ebd. S. 33 u. ö.

47. Ebd. S. 27.

48. Ebd. S. 35.

49. Ebd. S. 131.

50. Ebd.

ebenfalls schlecht, da dort Rudolf Usinger vorgezogen wurde⁵¹. Immerhin setzte sich Usinger nach seinem Weggang aus Greifswald für Noorden als Nachfolger ein. Auch dort gelang der Sprung auf das Ordinariat jedoch erst, nachdem Ranke, der von Noorden alarmiert worden war, eingegriffen hatte und eine weitere persönliche Beziehung zum Tragen gekommen war: Der Pfarrer, der Noorden getraut hatte und seither mit ihm befreundet war, hatte wiederum seinen Freund, den Hofprediger und Vortragenden Rat im Kultusministerium, entsprechend bestürmt⁵². So ging Noorden also als Oktroyierter nach Greifswald, denn eine zweite Möglichkeit, die sich in der nämlichen Zeit abzeichnete, hatte sich ebenfalls zerschlagen. Reinhold Pauli hatte sich, von seinem Freund Erwin Nasse, mit dem Noorden wie o. a. verwandtschaftlich verbunden war, angeregt, für Noorden verwandt. Das Spiel wurde ihm jedoch durch seinen Onkel, den Gießener Physiologen Hermann Nasse, verdorben: „Daß ich nicht nach Gießen gekommen, daran ist lediglich das Ungeschick meines Onkels schuld, der seine Patronage so pedantisch gespielt hatte, daß man mich als Imbecill beurteilt. Schönen Dank für die Verwandtschaft!“⁵³ Aber nun war der Bann gebrochen. 1870 kommt Noorden durch den Einsatz wiederum Reinhold Paulis, den er auch durch seine Beziehungen zu Josias von Bunsen schon lange persönlich kannte, *primo et unico loco* berufen als dessen Nachfolger nach Marburg — gegen den Willen des Rankeschülers E. A. Herrmann, der im Gegensatz zu Sybel stand und einen Schüler des ihm verbundenen Waitz haben wollte, und gegen die erneuten Versuche Johann Gustav Droysens, dessen Sohn unterzubringen⁵⁴. 1876 nahm Noorden einen Ruf nach Tübingen an, als dort der ursprünglich favorisierte Max Duncker abgelehnt hatte und der dann Erstplazierte Max Büdinger von der Regierung abgelehnt, der Zweitplazierte Arnold Schäfer aber von der Regierung ignoriert worden war⁵⁵. Noch im selben Jahr wird er aber auf seines Lehrers Wunsch dessen Nachfolger in Bonn⁵⁶, und schließlich, als sich die Tätigkeit dort als höchst unbefriedigend herausstellt, 1877 Nachfolger Wuttkes in Leipzig — nicht ohne Zutun seiner dortigen Freunde Georg Ebers, Anton Springer und Bernhard Windscheidt sowie seines Lehrers Sybel⁵⁷.

Es versteht sich nach dem zu Anfang des Beitrages Gesagten, daß nur bei einem geringen Teil der Untersuchungspersonen derartig genaue Informationen der Literatur zur Verfügung stehen. Glücklicherweise finden sich jedoch in vielen Universitäts-geschichten einschlägige Nachrichten wenigstens zur Verteilung der Listenplätze bei Lehrstuhlbesetzungen oder darüber, aufgrund welcher Gutachten die zuständige Fakultät entschied. Als Beispiel sei der Artikel von Helga Schultz, Gerhard Heitz und Karl-Friedrich Olechnowitz zur Entwicklung geschichtswissenschaftlicher Studien an der Universität Rostock seit dem Ende des 18. Jahrhunderts⁵⁸ sowie Helga

51. Ebd. S. 132–133.

52. Ebd. im Anmerkungsteil S. 16, Anm. 278.

53. Ebd. S. 172 und Anm. 391.

54. Ebd. S. 172–174.

55. Seewald, Heinz, Die Vertretung der Geschichtswissenschaft an der Universität Tübingen in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts, Diss. phil. Tübingen 1950, S. 109 ff.

56. Philippsborn, Noorden, S. 253 ff.

57. Ebd. S. 270 ff.

58. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Rostock, Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe, 19 (1970), S. 355–375.

Oesterreichs Beitrag zur Geschichte der Geschichtswissenschaft und des Geschichtsstudiums in Münster im ausgehenden 19. und im 20. Jahrhundert in der Münsteraner Festschrift von 1980⁵⁹ genannt. Mit diesen Daten allein ist freilich noch nicht alles gewonnen, weil in den allermeisten Fällen keine Informationen über die persönlichen Beziehungen der Akteure untereinander oder zu einflußreichen Dritten mitgeliefert werden. So ist die Bestellung von Willy Andreas 1916 zum Nachfolger von Arnold Oskar Meyer in Rostock aufgrund von Gutachten Friedrich Meineckes und Georg von Belows nicht zu verstehen ohne entsprechende Berücksichtigung der Tatsache, daß Andreas wie Meyer Schüler von Erich Marcks waren, was in dem genannten Artikel nur beiläufig erwähnt wird, und ohne Kenntnis der engen Beziehungen, die Marcks mit Meinecke und Meinecke mit Below verbanden⁶⁰. Desgleichen die formal durch Oktroyierung durchgesetzte Berufung Heinrich Finkes zum Nachfolger Georg von Belows in Münster. Hier geht, obwohl entsprechende Literatur vorliegt, aus dem erwähnten Beitrag nicht hervor, daß Below und Finke seit dem Amtsantritt Belows in Münster enge Freunde geworden waren⁶¹. So eng, daß, nachdem Finke 1898 von Münster nach Freiburg gewechselt war, auch Below 1905 nach Freiburg kam. In beiden Fällen fehlt die direkte Quellen- oder Literaturnachricht, daß der eine die Ernennung des anderen bewirkte. Dennoch ist meines Erachtens dieser Schluß nicht zu bestreiten, jedenfalls so wenig oder so viel wie beispielsweise entsprechende Schlüsse zu bestreiten sind, die Mediävisten bei ähnlich unzureichender Quellenlage ziehen. Diese Indizienschlüsse sind jedoch glücklicherweise durchaus noch zu untermauern. Zum einen ergeben sich dank entsprechender Widmungen, gemeinsamer Herausgabe von Büchern, gemeinsamer Mitgliedschaft in Verbindungen, Parteien u.ä. weitere Hinweise, die, je mehr sie sich häufen, nicht länger zu ignorieren sind⁶². Zum anderen ist auch der Vergleich zwischen den Fällen, in denen direkte Nachrichten vorliegen, und denjenigen, bei denen nur auf Indizien zurückgegriffen werden kann, nicht ohne Bedeutung. Sind die Fälle ähnlich gelagert, nimmt die Wahrscheinlichkeit erheblich zu, daß die nur bei einer Minderzahl direkt nachweisbare Intervention von Lehrern, Kollegen aus derselben wissenschaftlichen Schule, Freunden etc. in dieser oder jener Form auch den übrigen Entscheidungen zugrundeliegt. Da gleichzeitig aber auch die übrigen konkreten Umstände eines Berufungsvorgangs berücksichtigt werden müssen, ist es unvermeidlich, daß die Rekonstruktion von Zusammenhängen sich besonders bei einzelnen Berufungsfällen im letzten Viertel des Untersuchungszeitraumes nur im Bereich relativer Plausibilität bewegen kann — einer Plausibilität freilich, die bei Berücksichtigung des Gesamtrahmens an Überzeugungskraft gewinnt.

59. Oesterreich, H., *Geschichtswissenschaft ...*, in: Dollinger, Heinz (Hg.), *Die Universität Münster, 1780–1980*, Teil 2, Münster 1980, S. 347–375.

60. Zu Andreas und Meyer siehe Schultz, Rostock, S. 366–369, zur Verbindung Meinecke-Below beispielsweise die Angaben bei Meinecke, Friedrich, *Autobiographische Schriften*. Herausgegeben und eingeleitet von Eberhard Kessel, Stuttgart 1969 (= Werke Bd. VIII), und ders., *Ausgewählter Briefwechsel*, herausgegeben und eingeleitet von Ludwig Dehio und Peter Classen, Stuttgart 1962 (= Werke Bd. VI).

61. Vgl. dazu die aufschlußreichen Angaben bei Von Below, Minnie, Georg von Below. *Ein Lebensbild für seine Freunde*, Stuttgart 1930, S. 58, 95 u. ö.

62. Below beispielsweise hat seinem Freund Finke sein Werk „*Deutsche Städte*“ (1920) gewidmet.

Als Beispiele seien die Rekonstruktionen der Laufbahnen bzw. ersten Berufungen der Kötzschkeschüler Herbert Helbig⁶³ und Heinz Quirin⁶⁴ erwähnt. Herbert Helbig, der in Leipzig und in Freiburg i. B. studiert hatte und seinen älteren Kollegen aus der Kötzschkeschule Walter Schlesinger bereits als Dozenten hörte, wurde 1939 promoviert. 1936 war er Assistent in Kötzschkes Institut geworden, danach trat er in die Dienste der damaligen Zentralstelle für Deutsche Personen- und Familiengeschichte, die unter der Leitung von Kötzschkes unmittelbarem Nachfolger, dem aus politischen Gründen aus Österreich in das Reich gekommenen Innsbrucker Historiker und „Volksforscher“ Adolf Helbok, stand. 1949 habilitierte sich Helbig in Leipzig, 1951 habilitierte er sich an die Freie Universität in Berlin um. 1958 wurde ihm dort ein planmäßiges Extraordinariat übertragen — zu der Zeit, als sein Leipziger Kollege und Freund Schlesinger ein Ordinariat an der Freien Universität bekleidete. 1962, nachdem Schlesinger 1960 nach Frankfurt abgewandert war, wurde Helbig Ordinarius. Es ist zu vermuten, daß Schlesinger Helbig zu seinem Nachfolger nominierte und die entsprechenden Verhandlungen zu dieser Lösung führten. 1964 nominierte Schlesinger in Frankfurt Helbig nämlich (erneut?) zu seinem Nachfolger, welchen Ruf Helbig aber diesmal ablehnte⁶⁵. Ähnliches gilt für Heinz Quirin, den Dritten im Bunde. Dieser war infolge der Kriegsumstände erst 1947 von dem ehemaligen Leipziger H. Heimpel promoviert worden, habilitierte sich aber bei Helbig in Berlin und wurde nur wenige Jahre nach dessen Ernennung an dessen Seite zum Ordinarius befördert. Stellt man in Rechnung, daß Schlesingers Lehrstuhl in Frankfurt nach der Ablehnung Helbigs erst 1965 wiederbesetzt wurde, so ist denkbar, daß nach Helbig Quirin den Ruf erhielt, ebenfalls ablehnte und daraufhin Berliner Ordinarius wurde⁶⁶. Auf jeden Fall ist es sehr viel wahrscheinlicher, bei einem Zusammentreffen zweier oder mehrerer Angehöriger einer Schule an einem Ort, an dem eine dieser Personen schon von Amts wegen Einfluß auf das Fortkommen des oder der anderen ausübt, auch eine entsprechende Förderung anzunehmen, als Neutralität oder Widerstand dagegen zu unterstellen. Dies jedoch keinesfalls unabhängig vom wissenschaftlichen Zusammenhang oder von der wissenschaftlichen Leistung, also rein aus persönlichen und insofern fragwürdigen Gründen. Darüber sollte man sich nicht täuschen: Die Verrechtlichung der Laufbahnen und der Berufungsvorgänge einerseits und der Ethos der Wissenschaftler des 20. Jahrhunderts andererseits haben die Zahl derartiger offener Korruptionsfälle längst gegen Null reduziert, wenngleich beispielsweise der Einfluß der Parteipatronage sich möglicherweise inzwischen erhöht hat. Kenn-

63. Siehe zu ihm den Lebenslauf der Dissertation: Untersuchungen über die Kirchenpatrozinien in Sachsen auf siedlungsgeschichtlicher Grundlage, Diss. phil. Leipzig 1939, den Artikel in: Handbuch der Freien Universität Berlin, Berlin 1961, S. 75 f., sowie die Angaben in Kürschners Deutschen Gelehrtenkalender 1976 u. ö.

64. Siehe zu ihm den Lebenslauf der Dissertation: Herrschaft und Nachbarschaft nach mitteldeutscher bäuerlicher Ordnung, Diss. phil. Göttingen 1947, sowie die Artikel in Kürschners Deutschen Gelehrtenkalender 1976 u. ö. und Wer ist Wer 1976/77 u. ö.

65. Zum Ruf nach Frankfurt siehe Das Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin 1960–1970, Berlin S. 13. Quirin und Helbig sind Mitautoren an der Schlesinger-Festschrift von 1973, deren Initiatoren sie überdies waren, Quirin beteiligte sich an der Helbig-Festschrift von 1976.

66. Die Ernennung zum Ordinarius am Ort nach Ablehnung eines Rufes nach auswärts ist durchaus üblich.

zeichnend ist vielmehr, daß die Förderung genau aufgrund der Leistung des Kandidaten erfolgt, diese Leistung jedoch bewußt oder unbewußt letztlich nach Kriterien gemessen wird, die an den Schulzusammenhang gebunden sind. Der jeweilige eigene Schüler oder Kollege aus derselben Schule ist daher objektiv der am besten geeignete Kandidat, hat sich aufgrund seiner überzeugenden Leistungen zu Recht seinen neuen Platz verdient. Nur so ist jedenfalls zu erklären, daß in der langen Dauer die Strukturen der drei wesentlichen Traditionsrichtungen bekräftigt werden und gleichzeitig das wissenschaftliche Niveau der Geschichtswissenschaft erhalten bleibt, obwohl langfristige Planungen, planmäßiges Verhalten in den Personalentscheidungen und bedingungslose Loyalität im Interesse der Schule bei Konfliktfällen weniger häufig direkt nachzuweisen sind als zu erwarten, vielmehr sich viele Entscheidungen zunehmend aus Augenblicksumständen und im Zusammenspiel von adhoc-Koalitionen ergeben.

Faßt man die unterschiedlichen Umstände und Vorgänge bei den Erstberufungen auf höherer Abstraktionsebene zusammen — ein Analyseschritt, der freilich nur durch Vereinfachung relativ stabile Ergebnisse bringen kann — so ergibt sich allerdings folgender, das Gesamtbild deutlich weiter differenzierende Befund (s. Tabelle).

Tabelle: Verteilung der Erstberufungsfälle nach Berufungsumständen (in Prozent)

Umstände	Erstberufungsjahre			gesamt
	1804–1870	1871–1945	1946–1970	
unbekannt	7%	6%	15%	9%
nur im Schulmilieu bzw. über Schulbeziehungen	31%	41%	45%	39%
im Schulmilieu und im Sozialmilieu	30%	24%	17%	24%
nur im Sozialmilieu bzw. über Sozialbeziehungen	20%	15%	9%	15%
Sonstige Umstände	12%	14%	12%	13%

Der größte Teil der erfaßten Historiker hat sich bei seiner ersten Bestellung ins Amt als Ordinarius im Milieu der jeweils eigenen Schule bewegt, d. h. wurde zum Beispiel Kollege eines Schulkollegen, Nachfolger des Lehrers oder Nachfolger eines älteren Schulkollegen (empirische Häufigkeit in dieser Reihenfolge). Ein weiterer, abgesehen von der Anfangszeit bis 1870 jedoch deutlich geringerer Teil konnte bei seiner ersten Berufung bzw. Ernennung gleichzeitig zusätzlich auf sonstige soziale Beziehungen zurückgreifen bzw. diese aktivieren, so daß nicht unterscheidbar ist, welcher Faktor jeweils den Ausschlag gab. Immerhin deutlich über 10% — in der Anfangszeit mehr, später merklich weniger — erreichten jedoch die Spitze der Hierarchie unter sozialen Umständen bzw. in einem sozialen Beziehungsgeflecht, ohne daß

direkte schulmäßige Faktoren erkenntlich wären. Und der Anteil derjenigen, die durch sonstige Umstände unabhängig von Verwandtschaft, Freundschaft und Schulbeziehungen auf Ordinarie für Geschichte kamen, liegt insgesamt etwa gleich hoch. Der Gesamtbefund ist also der, daß mit großer Wahrscheinlichkeit zwar bei rund 40% der Erstberufungsfälle die Selektion der Kandidaten — sofern eine solche stattfand — ausschließlich oder vorwiegend über Bewertungskriterien erfolgte, die in engem Zusammenhang mit der jeweiligen Schulkonzeption stehen, aber in einem fast ebenso großen Teil der Fälle entweder zusätzlich oder ausschließlich Verflechtungselemente außerhalb des Schulzusammenhanges zum Tragen kamen. Mit anderen Worten: die Bedeutung des vom schulmäßigen, konzeptionellen, wissenschaftlichen Faktor mehr oder weniger unabhängigen sozialen Faktors ist in diesem Zusammenhang höher als erwartet. Überraschend viele Angehörige der etablierten Schulen erhalten ihren ersten Lehrstuhl offenbar nicht oder jedenfalls nicht ausschließlich dank dieser ihrer Schulzugehörigkeit, obgleich die Mehrzahl derjenigen, die somit nachweisbar eher über soziale Beziehungen oder — noch mehr — durch sonstige Umstände zu Ordinarien der Geschichte aufsteigen, nicht Angehörige der etablierten Schulen sind und keine eigene Tradition begründen können. Allerdings — und das ist entscheidend — gerade für das jüngste Drittel des Untersuchungszeitraumes fehlt es aufgrund der ungünstigen Quellenlage an Erkenntnissen zu den Einflüssen, die oberhalb der Ebene der einzelnen Universitäten einwirken. Die Verdichtung von Indizien wie zum Beispiel Festschriftbeiträgen, die für sich allein jedoch wenig aussagekräftig sind, könnte darauf hindeuten, daß einzelne bedeutende Ordinarien („Schulpäpste“) stärker als früher Personalentscheidungen auch an Universitäten beeinflussen können, an denen noch kein Vertreter der entsprechenden Schule sitzt. Eine gewisse Wahrscheinlichkeit hierfür ergibt sich jedenfalls daraus, daß die Begutachtung durch universitätsfremde Fachleute im Zuge der allgemeinen Durchrationalisierung des akademischen Betriebes nach 1945 erheblich zugenommen hat. Außerdem bleiben ja wie gezeigt diejenigen Schulen am stärksten, die in den Haupttraditionsrichtungen stehen.

IV

Den grundsätzlichen Bedingungen, denen jedes mit Aussicht auf Erfolg in den akademischen Konkurrenzkampf geworfene wissenschaftliche Paradigma genügen muß, wird das historische Konzept voll gerecht. Alles in allem stellt es sogar geradezu einen Idealfall dar. Der Historismus als „disziplinäre Matrix“⁶⁷ der Geschichtswissenschaft besteht nämlich aus zwei zwar im Prinzip, aber kaum im Konkreten eindeutig voneinander zu trennenden und in ihren gegenseitigen Abhängigkeiten bestimmbar Komponenten, die beide zusammengenommen erstens zu einer starken Immunisierung gegen Angriffe auf wissenschaftstheoretischer Ebene führen und zweitens ihm zugleich den Charakter von nur einem Kreis ausgewählter Personen vorbehalten-

67. So der neue Begriff für die miteinander zusammenhängenden Grundregeln, die eine Wissenschaft theoretisch bestimmen, ihre Hauptprobleme definieren und ihre möglichen Problemlösungen eingrenzen.

nen Spezial- und Herrschaftswissen verleihen können. Die erste, als rational zu definierende Komponente sind die elementaren Grundsätze der historischen Erkenntnis und Quellenkritik nebst ihrer systematischen Umsetzung in der historischen Forschung. Die Quellenkritik und damit die herkömmlich verkürzt so bezeichnete „historische Methode“ ist keine Erfindung Rankes bzw. der historischen Geschichtswissenschaft. Wie wir bereits gesehen haben, beschränkt sich die innovatorische Leistung des Historismus auf dieser Ebene vielmehr darauf, erstmals eine systematische Anwendung dieser Methode propagiert und praktiziert sowie diese in eine literarisch anspruchsvolle Geschichtsdarstellung integriert zu haben⁶⁸. Die Vertreter des Historismus haben es aber immer wieder verstanden, sie als ureigenste Wesenselemente speziell ihrer Auffassung zu reklamieren. Aus dieser rationalen Komponente resultiert die wesentliche Chance für die Vertreter des Historismus, sich gegen wissenschaftstheoretische Argumente zu wehren. Die Vorgehensweise dabei ist klar: Als Definition des Historismus wird von vornherein nur eine solche zugelassen, die die rationale Komponente betont. Damit laufen aber alle historismuskritischen Gegenargumente ins Leere, das historistische Konzept erscheint als das, was es sein will, nämlich als undiskutierbares „Grundgesetz aller wissenschaftlichen historischen Forschung“⁶⁹. Die zweite Komponente sind die prinzipiell historischem Wandel unterworfenen geschichtsphilosophischen und sonstigen weltanschaulichen Prämissen, die meist unausgesprochen die Auswahl der zu behandelnden Themata, die innere Verknüpfung der auf quellenkritischem Wege gewonnenen historischen Einzelerkenntnisse und die Bewertung des Einzelnen und des Ganzen bedingen. Diese im vorliegenden Fall in ihrer grundlegenden Dimension erstaunlich lange kaum veränderten fortgeschriebenen Prämissen können unmittelbar politisch bestimmt sein, müssen es aber nicht. Was sie jedoch in jedem Fall auszeichnet, ist ihre letztlich subjektive Qualität, d. h. daß sie wissenschaftlich-rational nicht hinreichend begründbar und damit in ihrer wissenschaftlichen Tragfähigkeit auch nicht kontrollierbar sind, zumal dann, wenn sie sich bereits expliziter Definition entziehen.

Wie hervorragend die bedeutenderen Anhänger des Historismus durch diese Doppelgesichtigkeit ihrer Konzeption in die Lage versetzt waren, auf entsprechende Angriffe flexibel zu reagieren, zeigt sich unter anderem bei der Auseinandersetzung der protestantischen historistischen Geschichtsschreibung mit der katholisierenden Geschichtsdarstellung Johannes Janssens. Johann Gustav Droysen, das Haupt der eher die irrationale Komponente betonenden und doch zugleich stärker um die wissenschaftstheoretischen Grundlagen der Historie sich mühenden Teilrichtung, stellte dazu fest: Die neueren Historiker — gemeint sind die unflexiblen Historisten aus der Tradition Rankes — „wollen objektiv ‚die Geschichte‘ in den aufgegangenen Regentropfen, in den Urkunden und den Quellen und wie das Zeug weiter heißt, finden und werden bloß langweiliger, rechthaberisch und immer konfus. Janssen beweist auf ganz methodischem Wege, mit glänzender Gelehrsamkeit und triumphierendem Lächeln, daß die Blüte des Menschengeschlechtes das 15. Jahrhundert und Luther ein Lump und Greuel war, der mit seiner groben Faust die glücklichste Entwicklung

68. Siehe dazu die Feststellungen von Schulin, Rankes Erstlingswerk (Anm. 29).

69. Fuchs, Walther Peter, Zum hundertsten Todestag von F. C. Schlosser, in: *ruperto carola* 30 (1961), S. 155.

der Menschheit zerschlagen, sie in ein Chaos verwandelt hat. Und die starren Methodiker ... wissen sich seiner nicht zu erwehren, müssen ihm da und dort recht geben“.⁷⁰ In einer derartigen Situation mußte die Auseinandersetzung auf die weltanschaulich-philosophische Ebene geschoben werden, d. h. mußten Argumente und Argumentationshilfen eingesetzt werden, die ihren Ursprung in der irrationalen Komponente haben und dennoch einer vordergründigen Plausibilität nicht entbehren. Feststellungen Friedrich Meineckes, dessen Einfluß sich zumindest bis zum Schlußjahr der Untersuchung erstreckt, weisen den Weg: Es war unter diesen Umständen zu betonen, „daß die kritischen Grundsätze an sich noch gar kein ausreichendes Ergebnis geben, daß es Werkzeuge sind, die in der Hand des einen viel und in der des anderen unendlich wenig besagen, daß das Ausschlaggebende zuletzt die ganz individuellen Eigenschaften ..., Ziele und Aufgaben, die er (der Autor, W. W.) sich stellt, sind.“⁷¹ Diese individuellen Eigenschaften, Ziele und Aufgaben sind jedoch nicht beliebig, sondern müssen bestimmten Ansprüchen genügen. Der Historiker muß „kritisch streng und liebevoll einführend zugleich“⁷² vorgehen, muß in seinen „Grundgedanken groß und fruchtbar“⁷³ sein sowie, wie der Meineckeschüler Hans Rothfels die von Meinecke vertretene und von dessen Lehrer Droysen — womit sich der Kreis schließt — formulierte Auffassung beschreibt, in der Lage und willens sein, „in der Geschichte hinter den äußeren Richtigkeiten ... die innere Wahrheit“ zu finden⁷⁴. Was aber unter dieser „inneren Wahrheit“ bzw. den geforderten Eigenschaften und Fähigkeiten eines Historikers konkret zu verstehen ist, das entscheiden ausschließlich die etablierten Vertreter des Historismus selbst, da nur diese über die notwendige Erkenntnisfähigkeit und Urteilskraft verfügen. Hierzu setzen sie die Methode der Intuition ein, die sich ebenfalls durch eine folgenreiche Doppelgesichtigkeit auszeichnet. Einerseits häufig unverzichtbares Instrument, um eine Kette einzelner Quellenbefunde oder einen singulären Beleg angemessen oder plausibel zuzuordnen und zu bewerten, eröffnet sie bei entsprechend übersteigerter Betonung oder gar Verabsolutierung die Möglichkeit, bloße Meinungen oder gar interessegeleitete Überzeugungen als wissenschaftliche Erkenntnisse zu deklarieren, mit den entsprechenden Folgen. Und dies um so mehr, als die Befähigung zur Intuition und damit — entsprechende Betonung ihrer Bedeutung vorausgesetzt — zur Geschichtswissenschaft selbst im wesentlichen oder gar völlig von einer ursprünglichen Begabung abhängig gemacht wird. Die übersteigerte Bewertung der Intuition ist demnach die entscheidende Einbruchsstelle für jene subjektiv als Rationalität empfundene objektive Irrationalität, die ein wesentliches Moment des klassischen Historismus in der deutschen Geschichtswissenschaft ausmacht und einen Denker wie Friedrich Meinecke zu der illusionären und selbstzufriedenen Feststellung verführte: „Der Durchgang durch die Subjektivität war es also eigentümlicherweise, der das neuere ge-

70. J. G. Droysen an seinen Sohn Gustaf Droysen vom 16. 2. 1884, in: Hübner, Rudolf (Hg.), J. G. Droysen, Briefwechsel, Bd. 2, Osnabrück 1967, S. 975 f.

71. Meinecke, Friedrich, Ranke in der Auffassung von Ottokar Lorenz ..., in: ders., Zur Geschichte der Geschichtsschreibung, herausgegeben und eingeleitet von Eberhard Kessel, Stuttgart 1968 (= Werke Bd. VII), S. 47 f.

72. Ders., Ranke und Burckhardt, S. 109.

73. Ders., Nachruf auf Karl Lamprecht, S. 331.

74. Rothfels, Hans, Friedrich Meinecke, Berlin-Dahlem 1954, S. 8.

schichtliche Denken zu demjenigen Grade von Objektivität geführt hat, der überhaupt dem menschlichen Geist möglich ist.“⁷⁵

Was aber ist das Fundament bzw. die Quelle der besonderen Auffassung vom Beruf des Historikers und dem Wesen der Geschichtswissenschaft, die sich in der Selbststilisierung als von Geburt an auserlesene „Priester“ und Herolde, in der bewußten Verschmelzung von Forschung und Darstellung durch die Geschichtsschreibung anstatt ihrer die Intersubjektivität und damit die Rationalität fördernden strikten Trennung und ähnlichen Prämissen äußert? Meines Erachtens — an dieser Stelle müßte freilich noch genauer geforscht werden — sind es bestimmte Elemente des Protestantismus, insbesondere auch Einflüsse des evangelischen Pfarrhauses. Denn in dieser Richtung weisen nicht nur Merkmale der oben beschriebenen Herkunft und der Ausbildung, sondern auch eine ganze Reihe weiterer Daten, so die geistesgeschichtliche Herkunft der Quellenkritik, die Hauptmerkmale der Sozialpsychologie der klassischen Vertreter des Historismus wie zum Beispiel der ständige Zwang zur Sinnfindung und Sinnstiftung, Selbstbewußtsein, Selbstbezogenheit, Sendungsbewußtsein, auch nicht zuletzt die Organisierung des Historismus als Religion und Konfession — von daher erhält der Satz, daß der Historismus die „letzte Religion der Gebildeten“ sei, eine neue, tiefere Bedeutung⁷⁶.

Die verhaltenssteuernden Auffassungen, die auf diesem Wurzelgrund wachsen, sind hervorragend dazu geeignet, das irrationale Element des historistischen Konzeptes zu verstärken. Das Lehrer-Schüler-Verhältnis wird durch affektive Momente ausgekleidet, wie es beispielsweise in den Sätzen Gustav Wolfs zu dessen Lehrer Wilhelm Maurenbrecher, einem Sybelschüler, zum Ausdruck kommt: „Das Verhältnis zwischen Maurenbrecher und seinen nächsten Schülern läßt sich nicht mit dem Ausdruck ‚Lehrer‘ erschöpfen. Da Maurenbrecher diese liebte und auf Gegenliebe Wert legte, so entstanden Beziehungen, die einer Ehe glichen: denn es war ein Bund nicht nur des Studiums, sondern auch der Herzen, aus gegenseitiger Achtung und Liebe geschlossen für das ganze Leben ...“⁷⁷ Die Diskussion über die wissenschaftstheoretischen Grundlagen des Faches wird als überflüssig empfunden, als lästig abgelehnt oder gar zeitweise bewußt verweigert. Nicht nur — in der Früh- und Blütezeit — das durchaus berechtigte Hoch- und Sicherheitsgefühl und in der Spät- und Krisenzeit die Angst führen zum „Einigeln in den einmal eroberten Stellungen“⁷⁸. Es ist auch die aus der überbetonten Verankerung der wissenschaftlichen Leistung eines Historikers in der je eigenen Individualität und besonderen Begabung resultierende Konsequenz, daß diese Diskussion auf jeden Fall hätte personenbezogen geführt werden müssen, was sich aber aufgrund der Hochstilisierung zumindest der Gründerväter von selbst ausschloß. Friedrich Meinecke hat dieses Problem in bezug auf Karl Lamprecht so angesprochen: „Lamprechts Versuch mußte scheitern, weil er nicht vom reinen Erkenntnisbedürfnis, sondern vom praktischen Bedürfnis, sich selbst auf den

75. Rezension zu W. Nigg, Die Kirchengeschichtsschreibung ..., in: Meinecke, Zur Geschichte, S. 28.

76. Karl Löwith, zitiert nach Mommsen, Wolfgang J., Die Geschichtswissenschaft jenseits des Historismus, 2. Aufl. Düsseldorf 1972, S. 14.

77. Wolf, Gustav, Wilhelm Maurenbrecher, Berlin 1893, S. 23 f.

78. So die treffende Begrifflichkeit bei Mommsen, Geschichtswissenschaft, S. 14 u. ö.

Stuhl des Meisters zu setzen, ausging.“⁷⁹ Mit der Kritik an einzelnen historiographischen Werken ist es nicht anders. Von Ranke ist seit längerem bekannt, daß er dem Rezensionswesen durchaus ablehnend gegenüberstand und ausschließlich positive Buchbesprechungen veröffentlicht sehen wollte⁸⁰. Das wichtigste Fachorgan, die Historische Zeitschrift, hat sich erst allmählich zu einem um tatsächliche Objektivität bemühten Medium entwickelt⁸¹. Schon Ranke hat, nachdem er mit Anmerkungen und Quellenbelegen durchaus sparsam umging, beim Abdruck von Quellenstücken sich Verstöße gegen den von ihm selbst aufgestellten strengen Objektivitätskodex erlaubt⁸². Kommunikationswesen und wissenschaftliche Kritik sind streng hierarchisch aufgebaut; wagt es ein Nachwuchshistoriker, das Werk eines älteren Kollegen einer sachlich völlig gerechtfertigten Kritik zu unterziehen, so ruft dies ebenso Erstaunen hervor wie der Fall, daß der Angegriffene gegen seinen Rezensenten keine Sanktionen verhängt⁸³. Freilich: damit ist nicht gesagt, daß sich alle historistischen Historiker stets so verhalten haben. Zumeist geht es vielmehr um ein Mehr oder Weniger, um graduelle Unterschiede etwa auch im Vergleich zu anderen Wissenschaften, wenngleich wie dargelegt eine starke, aus den theoretischen Grundlagen des Konzeptes resultierende Tendenz die beschriebenen Auffassungen und Verhaltensweisen förderte.

Dies gilt auch für den konkreten Ablauf der Sozialisation und Selektion der künftigen Lehrstuhlinhaber für Geschichte in Studium und Laufbahn. Auch hier findet nicht eine ihrer Gefahren bewußte, sondern eine selbstgewisse, subjektiv ausschließlich im Interesse der Wissenschaft veranstaltete Nutzung der Möglichkeiten statt, die im akademischen Ausbildungs- und Qualifikationssystem des deutschen Bildungswesens liegen.

Die Selektion setzte konkret im Studium ein, wie wohl wichtige Entscheidungen schon vor diesem Zeitpunkt gefallen waren: Die traditionell selektive Struktur des Schulsystems und die unterschiedliche Beteiligung der verschiedenen Bevölkerungsschichten und -gruppen am höheren Ausbildungssektor hatten bereits zu einer sozial einseitig rekrutierten und damit bis zu einem gewissen Grade sozial homogenen Studentenschaft geführt.

79. Zur Beurteilung Rankes, in: ders., Zur Geschichte, S. 50. Nach einer vergleichenden Untersuchung von Ekkehard Klusa (Zum Gruppenbewußtsein akademischer Subkulturen. Deutsche Fakultäten um 1900. Ein inhaltsanalytischer Vorstoß in wissenschaftssoziologischer Absicht, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 33 (1981), S. 329–344) stehen die Historiker nach den Theologen und den Kunstwissenschaftlern an dritter Stelle, was das in Autobiographien zum Ausdruck kommende Bewußtsein betrifft, aus einer „Urbestimmung“ heraus zu ihrem Fach gekommen zu sein.

80. Stromeyer, Rainald, Ranke und sein Werk im Spiegel der Kritik, Diss. phil. Heidelberg, besonders S. 20–21.

81. Schieder, Theodor, Die deutsche Geschichtswissenschaft im Spiegel der historischen Zeitschrift, in: Historische Zeitschrift 179 (1959), S. 1–73, hier S. 17, 12 ff. u. ö.

82. Meinecke, Friedrich, Zur Kritik der Radowitzschen Fragmente, in: ders., Zur Geschichte, S. 223. Für weitere Hinweise in diese Richtung siehe Philippsborn, Noorden, S. 102 u. ö.

83. Vgl. Bleicken, Jochen, et al., Matthias Gelzer und die römische Geschichte, Kallmünz 1977, S. 66, Anm. 62, wo es um zwei Rezensionen des jungen Gelzer gegen den weit älteren und berühmten Eduard Meyer geht.

Das Problem bestand darin, aus einer im Laufe der Zeit schwankenden Zahl von Studenten, die ausschließlich oder unter anderem Geschichte studieren, eine erste Auswahl herauszufiltern. Es versteht sich, daß die Schärfe dieser Auswahl von der Zahl der Studenten bzw. dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage abhing. Nur bei einem großen Angebot war eine strenge Selektion möglich und nötig. Die erste Auswahl ergab sich nach Ausweis des vorliegenden Materials dadurch, daß ein Teil der Kandidaten dem Dozenten bereits persönlich bekannt war — im Extremfall aufgrund von Verwandtschaft — oder Empfehlungsschreiben von Verwandten, Bekannten oder gelehrten Kollegen des näheren oder fernereren Umkreises mitbrachte⁸⁴. Ein zweiter Filter bestand in den oben herausgearbeiteten gemeinsamen sozialen Merkmalen mit kontakterleichternder Wirkung wie gemeinsamer geographischer Herkunft, gleicher oder ähnlicher sozialer Herkunft inklusive des konfessionellen Momentes und der Herkunft aus der gleichen Schule. Dadurch trat der betreffende Student gegebenenfalls einerseits bereits aus der Anonymität heraus, d.h. konnte sich erstens schneller bemerkbar machen bzw. wurde schneller bemerkt, wurde zweitens u. U. stärker gefordert und sah sich daher drittens zu konzentrierterem Studium veranlaßt. Der Dozent wiederum fand leichteren Zugang zu diesen Studenten, weil die Gemeinsamkeiten, die sie verbanden, bereits eine mehr oder weniger tragfähige Grundlage zu einem weiterreichenden Vertrauensverhältnis bildeten.

Die erste wesentliche Station, an der diese Verhältnisse zum Tragen kamen, war die Zulassung zu den Lehrveranstaltungen, speziell zu den Übungen bzw. später den Seminaren. Nicht ohne Grund galt (und gilt) das „Privatissimum“ unter den Ordinarien als die geeignetste Veranstaltungsform⁸⁵. Denn hier war dem jeweiligen Veranstalter alles überlassen. Er konnte lange Zeit den Zugang ganz nach eigenem Gutdünken regeln und die Form und den Inhalt der Veranstaltung ohne die geringsten Vorgaben selbständig bestimmen. Mit der zunehmenden staatlichen Reglementierung des Studiums wurden zwar die Bedingungen des Zugangs formalisiert, die Entscheidungskompetenz der Veranstalter aber faktisch dennoch nicht angetastet. Es ist klar, daß der verwandte, bekannte oder mit einem entsprechenden Empfehlungsschreiben ausgestattete bzw. auf andere Weise bereits nicht mehr ganz fremd erscheinende Student eher zugelassen wurde. Sonstige Kandidaten hatten es erheblich schwerer, zumal dann, wenn es eben keine objektiven Bedingungen gab, an die die Zulassung geknüpft war⁸⁶. Durch die Übungen hingegen wurde es möglich, die Studenten konsequent zu erziehen. Grundlegend dafür war, daß „die kritische Methode ein lehrbares und übertragbares Handwerk ist“⁸⁷. Die Formen, in der diese Übungen abgehalten wurden, ähnelten sich, wiewohl es auch Unterschiede gab. Zumeist wurde in einem ersten Schritt gemeinsam ein Quellenstück gelesen, gegebenenfalls übersetzt, in den historischen Zusammenhang eingeordnet und interpretiert. Im

84. Vgl. beispielsweise den Fall bei Stern, Alfred, *Wissenschaftliche Selbstbiographie*, Zürich 1932, S. 4.

85. Hantsch, Hugo, *Das Fach Neuere Geschichte an der Wiener Universität seit 1945*, in: *Österreichische Hochschulzeitung* 1965, Heft 19, S. 7.

86. Vgl. dazu das Erlebnis von Johannes Haller in Heidelberg nach Hallers *Lebenserinnerungen*, Stuttgart 1960, S. 69.

87. Schnabel, Franz, *Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert*, Bd. 5, Freiburg i.Br. 1965, S. 126.

zweiten Schritt hatten die Übungsteilnehmer Quellen individuell zu bearbeiten, ein entsprechendes Referat darüber zu halten und sich der Diskussion bzw. Kritik durch die übrigen Teilnehmer bzw. den Übungsleiter zu stellen. Obwohl die praktische Grundlage dieser „*exercitiones historicae*“ also in der Beschäftigung mit der rationalen Komponente des Historismus bestand, wurden gleichzeitig auch Elemente der irrationalen Komponente eingeführt, indem entsprechende Interpretationen bzw. Interpretationsmodelle favorisiert, eingeübt und letztendlich von den Teilnehmern internalisiert wurden⁸⁸ — ein Ziel, das um so eher erreicht werden konnte, als erstens die Teilnehmer eben oft von vornherein bis zu einem gewissen Grade „gleichgeschaltet“ waren, also Kritiker fehlten, zweitens wie oben gezeigt, grundlegende Gemeinsamkeiten in Herkunft, Schulbildung und Studienfächern bestanden, drittens die Dauer des Studiums immer länger wurde und viertens das Lebensalter, in das diese Ausbildung fiel, die meisten Studenten besonders empfänglich für weltanschauliche Orientierungsvorgaben machte⁸⁹. Hinzu kommt das einzelgängerische Wesen so mancher deutscher Historiker⁹⁰. Eine gewisse hemmende Wirkung ergab sich höchstens daraus, daß es wenigstens später und bevorzugt im Bereich der Neueren Geschichte Parallellehrstühle und damit Parallelveranstaltungen gab und die meisten Studenten die Universität ein- bis zweimal wechselten, also konkurrierende Erziehungsinstitutionen vorhanden waren und einwirkten. Ob es sich dabei freilich um wirkliche Alternativen handelte, hing von der personellen Besetzung ab. Diese aber war, wie oben in den entsprechenden Abschnitten dieses Beitrags gezeigt werden konnte, keineswegs wirklich grundlegend pluralistisch, so daß sich zwar eine Konkurrenz von graduell unterschiedlichen Varianten, aber kaum von echten Alternativen ergab. Die neben den Übungen fortgeführten Vorlesungen, die meist in Form von „Kollegs“, d. h. thematisch zusammenhängenden Blöcken über mehrere Semester hinweg, abgehalten wurden, boten zumeist entsprechend zugeschnittene Überblicksdarstellungen. Sie waren so zumindest in der Anfangszeit eine Art Handbuchersatz, nahmen aber bisweilen sogar catechismusartigen Charakter an. Es kam nämlich nicht nur vor, daß der Lehrer seinem ersten Schüler oder seinen ersten Schülern in einem mehr oder weniger feierlichen Akt seine Vorlesungsmanuskripte übergab und auf diese Weise sich die Auffassungen eines Schulgründers wortwörtlich fortpflanzten⁹¹. In den Vorlesungen wurden vielmehr auch ausdrücklich gegen rivalisierende Strömungen argumentiert, polemisiert, ja sogar von dem Besuch von Lehrveranstaltungen bei den entsprechenden Dozenten gewarnt⁹². Die Argumente wurden naturgemäß in den Vorlesungsmanuskripten mitüberliefert und auf der zweiten Überlieferungsebene, den Vorlesungsmitschriften der Studenten, wurden auch die aus dem Augenblick geborenen Ausfälle tradiert.

88. Vgl. dazu die Hinweise auf die Seminarübungen bei Hübinger, Paul Egon, *Das Historische Seminar der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn*, Bonn 1963.

89. Vgl. dazu die Befunde bei Roths Schuh, Karl E., *Physiologie im Werden*, Stuttgart 1969, S. 55.

90. Ernst, Fritz, *Zeitgeschehen und Geschichtsschreibung*, in: *Die Welt als Geschichte* 17 (1957), S. 178.

91. Vgl. beispielsweise diese Praxis nach Jung, Julius, Julius Ficker (1826–1902), Innsbruck 1906, S. 205.

92. Vgl. Lewald, Ursula, Karl Lamprecht, in: *Bonner Gelehrte. Beiträge zur Geschichte der Wissenschaften in Bonn*, Bd. 2, Bonn 1968, S. 231.

Die zunehmende administrativ geförderte bzw. sogar erzwungene Gepflogenheit, das Studium mit der Promotion abzuschließen und dabei eine schriftliche Dissertation vorzulegen, stellte eine ganz wesentliche Bedingung erfolgreicher Sozialisation und Selektion dar. Echte Schüler konnten ja in der Regel überhaupt nur dann herangezogen werden, wenn mit ihrer Ausbildung die Betreuung einer schriftlichen Arbeit verbunden war⁹³. Ein wesentlicher Punkt dabei war bereits die Wahl des Themas. Zwar war es üblich, daß der akademische Lehrer bei der Auswahl die landsmannschaftliche Verbundenheit oder sonstige Besonderheiten, insbesondere natürlich auch die Leistungsfähigkeit des Schülers, berücksichtigte. Daß der Schüler sich sein Thema völlig selbstständig wählte, war aber auch aus objektiven Gründen höchst selten. Die Regel war vielmehr, daß der Betreuer Themen seines eigenen Interesses vergab, um damit seine Auffassungen vertieft und erprobt zu sehen. Beim zweiten wesentlichen Punkt, nämlich der Frage der Methode, gab es noch weniger Kompromisse. Einmal schon deshalb, weil der Bearbeiter ja Schüler seines Betreuers war und insofern überhaupt nur eine bestimmte Methode gelernt hatte. Andererseits, weil die Dissertation eine wichtige Qualifikationsstufe markierte und damit ein — graduell gewiß unterschiedlicher — direkter Zwang zur Anpassung bestand. So konnte es geschehen, daß eine bereits eingereichte Dissertation, weil sie neben einer Reihe von Flüchtigkeiten eine der Auffassung des (einen) Betreuers scharf zuwiderlaufende These enthielt, abgelehnt wurde und daher zurückgezogen werden mußte, um durch eine andere Schrift ersetzt zu werden — ein Vorgang, der in der Darstellung Stephan Skalweits ganz selbstverständlich dem Promovenden angelastet wird, der es aus „Naivität und Eigensinn“ versäumt habe, der personellen Situation „Rechnung zu tragen“⁹⁴. Und so konnte es weiter vorkommen, daß Dissertationen von Schülern ganze Texte des Lehrers enthielten, was sicher der Untermauerung der Auffassung des Lehrers dient, aber schwerlich mit der propagierten Objektivität und Leistungsorientiertheit der wissenschaftlichen Ausbildung in Einklang zu bringen ist⁹⁵.

Die Verteilung der Chancen nach dem Studium bot naturgemäß eine weitere einschneidende Möglichkeit zur Selektion für die Ordinarien. Obwohl die Zuteilung der Gymnasiallehrer zu bestimmten Schulen ausschließlich in die Kompetenz der Schulverwaltung fällt, konnten Ordinarien diese Zuteilung mit dem Ziel beeinflussen, bestimmte favorisierte Personen allgemein in Universitätsstädte oder in bestimmte Universitätsstädte bzw. in Orte zu bringen, wo gute Bibliotheken oder Archive vorhanden waren. Auf diese Weise hielten die entsprechenden Lehrer auch in dieser Zeit Kontakt zu ihren Schülern, von denen viele neben dem Schuldienst an Editionen oder sonstigen Vorhaben mitarbeiteten. Die Vermittlung bzw. Öffnung von Mitarbeiter- und Assistentenstellen für entsprechende Schüler war ein zumindest ebenso wichtiges Moment. Denn hier war die Abhängigkeit des Schülers von seinem Lehrer noch viel größer, zumal es weitreichende arbeitsrechtliche Bestimmungen noch

93. Vgl. dazu beispielsweise die Bemerkungen bei Schmid, Karl, Der Freiburger Arbeitskreis. Gerd Tellenbach zum 70. Geburtstag, in: Zeitschrift für Geschichte des Oberrheins 122 (1974), S. 331–343, hier S. 333.

94. Skalweit, Stephan, Moriz Ritter, in: Bonner Gelehrte, S. 212.

95. Gemeint sind Dissertationen, die bei Moriz Ritter entstanden. Vgl. dazu Von Below, Georg, Selbstdarstellung, in: Steinberg, Sigfrid (Hg.), Deutsche Geschichtswissenschaft der Gegenwart in Selbstdarstellungen, Leipzig 1925, S. 16.

nicht gab. Hinzu kommt nämlich noch, daß in diese Zeit im allgemeinen die ersten publizistischen Gehversuche fielen. In der Regulierung des Zuganges zu den Fachmedien konkretisierte sich die Machtstellung der Etablierten aber am eindrücklichsten. Schon die Chance der Publikation der Dissertation hing entscheidend vom Engagement bzw. der Stellungnahme des akademischen Lehrers ab. Dasselbe galt für die danach verfaßten Aufsätze und Rezensionen. Schon vor der Abfassung von wissenschaftlichen Darstellungen und Abhandlungen konnte der Einfluß des Lehrers, dessen Vertrauen der Schüler sich nur durch Bewährung und Leistung im Sinne des Lehrers erwerben konnte, ausschlaggebend sein. Im größten Teil des Untersuchungszeitraumes und in bestimmten Fällen bis heute ist nämlich bereits der Zugang zu den Quellen, d. h. den Archivalien und Archiven, von entsprechenden Empfehlungen abhängig. Zuerst natürlich in direkter Weise: der Interessierte erhält seine gesuchten Quellen nur, wenn sein Antrag von den maßgebenden Ordinarien ausreichend unterstützt wird. In zweiter Linie aber auch indirekt: ist das einschlägige Archiv vom Wohnort weit entfernt, müssen die Anreise und der Aufenthalt, daneben unter Umständen Benutzungsgebühren finanziert werden. Das geschieht meist in der Form von Stipendien. Diese Stipendien oder Zuschüsse sind aber ebenso nur durch ein entsprechendes Votum des Lehrers zu erreichen. Die primär projektbezogene Begutachtung durch idealerweise unabhängige Gutachter, die wenigstens eine gewisse Objektivierung bedeutet, spielte im Untersuchungszeitraum offensichtlich noch kaum eine Rolle.

Die sich bei den meisten Nachwuchsgelehrten anschließende Habilitation war schon deshalb eine der entscheidendsten Etappen im Sozialisations- und Selektionsprozeß, weil mit der Gewährung der *venia legendi* einerseits bereits eine gewisse Unabhängigkeit für den Schüler vom Lehrer gegeben war, sie andererseits wenigstens gelegentlich im Untersuchungszeitraum bereits eine gewisse Anwartschaft auf eine Betreuung mit einer Dauerstelle mit sich brachte und der Habilitierte bereits seinerseits weitergehenden Einfluß auf den studentischen Nachwuchs auszuüben in der Lage war. So verwundert es nicht, daß die Rolle des Lehrers und gegebenenfalls weiterer persönlicher Beziehungen gerade auch in diesem Moment besonders zutage tritt und der faktische Anpassungszwang auch bezüglich des Inhaltes und der Form der Habilitationsschrift gerade hier offenbar wird. Carlrichard Brühl hat sich im Vorwort seiner Habilitationsschrift von 1961 noch mit einer diesbezüglichen Andeutung begnügt. Er stellt fest, daß der Betreuer seine Darstellung als Habilitationsschrift annahm, „ohne daß ich jemals bei ihm eine Veranstaltung besuchte. Dem Kundigen ist damit genug gesagt“⁹⁶. Deutlicher wird Ahasver von Brandt in seinem Bericht über die Habilitation des Wirtschafts- und Sozialhistorikers Ludwig Beutin 1939: „Diese Pionierarbeit (Der deutsche Seehandel im Mittelmeergebiet bis zu den Napoleonischen Kriegen) ist ... wohl nicht so beachtet worden, wie es zweifellos geschehen wäre, wenn ein entsprechendes Thema in den Niederlanden oder in England behandelt worden wäre. Weder in Kiel noch in Berlin sind dann auch die Versuche Beutins, sich mit dieser Arbeit zu habilitieren geglückt ... Hauptsache war doch wohl, daß man Wert und Bedeutung jener see- und handelsgeschichtlichen Untersuchung und die damit bewiesenen Fähigkeiten ihres so gut wie unbekannten Autors nicht

96. Fodrum, *gistum, servitium regis*, Bd. 1, Köln 1961, S. XIII.

recht erkannt hat. Ludwig Beutin hat später bisweilen erzählt, welches Befremden dieses Objekt historischer Forschung bei den damals maßgebenden Größen der Berliner Fakultät erregte — wiewohl doch mit Walther Vogel ausnahmsweise ein sachkundiger und verständnisvoller Beurteiler zur Stelle war (der freilich als Vertreter der „Historischen Geographie“ selbst halber „Außenseiter“ in der Zunft war)⁹⁷.

Schließlich sind auch die nach der Habilitation auftretenden Probleme in den Zusammenhang von Sozialisation und Selektion unter dem herrschenden Paradigma eingebunden. Sowohl die Erteilung von Lehraufträgen, die Mitarbeit bei Publikationsorganen, die Bewilligung von Mitteln für Archiv- und Studienreisen als auch nicht zuletzt der Erfolg bei Bewerbungen um Extraordinariate als letzte Stufe vor dem vollen Ordinariat sind grundsätzlich von entsprechender Bewährung und der Pflege entsprechender Beziehungen abhängig, die in ihrer Bedeutung in erster Linie nur bei der Verfügung über Spezialkenntnisse relativiert werden können, wie es gelegentlich zum Beispiel im Bereich der Osteuropäischen Geschichte zu beobachten ist⁹⁸. Daß die jeweils besten Wissenschaftler sich durch die immanente Kraft ihrer überlegenen Lehre quasi von selbst durchsetzen würden, davon kann jedenfalls kaum die Rede sein. Das zeigt sich nicht zuletzt im äußersten Notfall, wenn nämlich der akademische Lehrer von der Situation der Karriere seines Schülers her gesehen zu früh emeritiert wird oder gar stirbt. Peter Rassow mußte in bezug auf Hans Delbrücks Karriere deshalb feststellen: „Ranke war längst emeritiert. Dessen Zuneigung also nützte ihm nichts mehr.“⁹⁹ Als der Protektor Wilhelm Bauers und anderer österreichischer Nachwuchsgelehrter, nämlich Engelbert Mühlbacher, starb, schien für diese „der Boden unter unserer Zukunft ... ins Wanken geraten“¹⁰⁰. Ahasver von Brandt faßte diese Zusammenhänge in dem erneut in charakteristischer Weise an „Insider“-wissen appellierenden Satz zusammen: „Jeder weiß, was es bedeutet, wenn der akademische Lehrer einen vielversprechenden Schüler verläßt, ehe er die betreuende Fürsorge, die zu seinen schönsten Pflichten gehört, vollenden konnte.“¹⁰¹ Diese Beziehungsstrukturen waren naturgemäß um so bedeutsamer, als im größten Teil des Untersuchungszeitraumes Professuren nicht öffentlich ausgeschrieben wurden, sondern mögliche Kandidaten in der Regel ausschließlich auf informellem Wege, d. h. über persönliche Kanäle, angesprochen und ausgewählt wurden¹⁰². Auf diese Weise war es den Vertretern der historistischen Konzeption, nachdem sie einmal institutionell abgesichert waren, leicht, ungeeignet erscheinende Lehrstuhlaspiranten auszu-

97. Von Brandt, Ahasver, Nachruf auf Ludwig Beutin, in: *Hansische Geschichtsblätter* 77 (1959), S. 4–5.

98. Ein Beispiel ist die gegen viele Widerstände entscheidend mit Hilfe des Preußischen Außenministeriums, das an den Spezialkenntnissen des Gelehrten interessiert war, durchgesetzte Karriere des jüdischen Polenexperten Jacob Caro, vgl. Rachfahl, Felix, J. Caro, in: *Vorträge und Essays*, Gotha 1906, S. 1–31.

99. H. Delbrück als Historiker und Politiker, in: *Die Sammlung* 4 (1949), S. 136.

100. Bauer, Wilhelm, *Mein Werdegang*, zitiert nach Schulz, Elisabeth, W. Bauer. *Leben und Werk*, Wien 1979, S. 25.

101. Von Brandt, Beutin, S. 3.

102. Vgl. dazu beispielsweise die Angaben im Briefwechsel Theodor Sickels (in: Erben, Wilhelm (Hg.), *Th. Sickel. Aus dem Leben eines deutschen Historikers*, München-Berlin 1926, S. 25, Anm. 53) zu den wechselseitigen Informationen betreffs erst noch „zu erwartender Vakanzen“.

schalten. Rudolf Köttschke und Friedrich Luckwaldt sind bekannte Beispiele hierfür¹⁰³.

V

Die Struktur der effektiven Verflechtung der das Fach tragenden Ordinarien stellt nach der Leithypothese der vorliegenden Analyse einen maßgebenden Indikator für die Art und Weise der Durchsetzung des historistischen Konzeptes dar. Mit anderen Worten, es wird davon ausgegangen, daß mit jedem der drei angesprochenen Erklärungsansätze für die Durchsetzung des Historismus in der deutschen Geschichtswissenschaft notwendig eine mehr oder weniger eindeutig beschreibbare bestimmte Verflechtungsstruktur einhergeht, so daß der empirische Befund als erste Bestätigung oder Widerlegung dieser oder jener Hypothese angesehen werden kann¹⁰⁴. Wie bereits dargelegt, läßt sich im vorliegenden Rahmen jedoch kein mathematisch exakter Vergleich der theoretischen Alternativmodelle mit dem empirischen Befund durchführen, sondern bewegt sich die Argumentation auf der Ebene der Plausibilität. Ich gehe davon aus, daß sowohl der wissenschaftsinterne als auch der politische Erklärungsansatz notwendig eine aufs Ganze gesehen relativ geringe Verflechtung der Ordinarien erwarten lassen. Die wissenschaftsinterne Deutung, nach der der Historismus sich als kritische Methode der Geschichtswissenschaft schlechthin vornehmlich oder ausschließlich kraft seines Wahrheitsgehaltes und seiner wissenschaftlichen Fruchtbarkeit durchgesetzt hat, betont so allgemeine unbezweifelbare grundlegende Einsichten, daß deren Verbreitung keineswegs notwendig ständig an Schulzusammenhänge gebunden ist. Die bewußte und konsequente Anwendung der kritischen Methode, als die der Historismus in dieser Deutung definiert wird, müßte vergleichsweise einfach, etwa im Rahmen einer Zusatzausbildung, zu erlernen sein. Die älteren Historiker hätten sich unter diesen Umständen aber nicht die Chance entgehen lassen, ihre eigenen Arbeiten mit ihren ganz verschiedenen ideologisch-philosophischen Tendenzen, politischen Zielen usw. durch die Übernahme und Anwendung der Techniken der Quellenkritik abzusichern und damit ihre Stellung zu bewahren. Ein streng rationaler Auswahlprozeß, wie er in dieser Deutung unterstellt wird, hätte dann aber das Ergebnis zeitigen müssen, daß nach einer unter Umständen durch die Gründergeneration beherrschten Anlaufphase Vertreter ganz verschiedener Richtungen in die hohen Positionen einrücken, mit anderen Worten die Gesamtbilanz deutlich weniger überproportional zugunsten der drei herrschenden Hauptrichtungen ausfällt. Ähnlich die politische Deutung: Sie koppelt die Zusammensetzung der Inhaber der höchsten Positionen der Geschichtswissenschaft enger mit der Zusammensetzung der Inhaber der höchsten politischen Positionen als empirisch belegbar ist. Zumindest in

103. Luckwaldt kam als Schüler des Renegaten Max Lehmann nur auf einen Lehrstuhl an einer Technischen Hochschule, wo er keine Schüler ausbilden konnte, obwohl er von Lehmann für Universitätslehrstühle in Vorschlag gebracht worden war (vgl. Hübinger, Bonn, S. 30 und S. 192), Köttschke hatte nach Helbig, Herbert, in: Neue Deutsche Biographie, Bd. 12, S. 416, Schwierigkeiten als (vermeintlicher?) Anhänger Lamprechts.

104. Für eine genauere Darlegung dieser Beweisführung vgl. künftig meine in Anm. 1 angegebene Veröffentlichung.

der Phase vor der Reichsgründung 1871 mußte die Personalrekrutierung für die Geschichtswissenschaft wesentlich stärker länderspezifisch ablaufen, da jedes Land sich eigene politisch-historische „Propagandisten“ hält. Die Ernennung zum Lebenszeitbeamten wäre wie bereits bemerkt in höchsten Maße dysfunktional. Die Struktur der Verflechtung müßte demnach ebenfalls aufs Ganze gesehen pluralistischer sein als sie es effektiv ist, es sei denn, man definiert die politischen Bezüge viel allgemeiner, wodurch aber der Erklärungswert des gesamten Modells geringer wird.

Schon der empirische Befund, daß sich 77% der deutschen Ordinarien für Geschichte aus nur drei Haupttraditionsrichtungen des Historismus rekrutieren, kann also nur plausibel erklärt werden, wenn wir von der Existenz einer strategischen Elite ausgehen, die völlig davon überzeugt war, daß ihre Auffassung die einzig richtige war, und in der Ausbildung und Nachlese des Nachwuchses entsprechend handelte. Hinzu kommt, daß sich in der Analyse der Herkunft, Ausbildung und des Karriereverlaufs Gemeinsamkeiten abzeichneten, die die Vertreter des Historismus als relativ geschlossene Gruppe erscheinen lassen. Weiterhin ließen sich wenigstens Konturen der Verhaltensweisen aufdecken, durch die eine mehr oder weniger gezielte entsprechende Rekrutierung des Nachwuchses erreicht werden konnte, und wurden diejenigen Grundprämissen benannt, die zu diesem Verhalten führten. Es konnte gezeigt werden, daß die wissenschaftliche Kommunikation der historistischen Geschichtswissenschaft theoretisch und praktisch erhebliche Defizite aufwies. Defizite, die es noch unwahrscheinlicher werden lassen, daß die Vertreter dieses geschichtswissenschaftlichen Ansatzes alternative Entwürfe stets von neuem unvoreingenommen geprüft und schließlich aus objektiven Gründen verworfen haben sollen, was notwendige Voraussetzung für ein Zutreffen des o. a. wissenschaftsinternen, rationalen Erklärungsmodells für die Durchsetzung des Historismus ist.

Dennoch läßt natürlich auch der vorliegende, aufgrund der geschilderten Rahmenbedingungen nur über eine kollektive Biographie realisierbare Ansatz viele Fragen offen. Zunächst ist ganz allgemein festzuhalten, daß die vorgetragene These eine Theorie mit relativ großer Allgemeinheit darstellt, was bekanntlich die Falsifikationsmöglichkeiten entsprechend beeinträchtigt. Dann handelt es sich um eine systematische Untersuchung, d. h. die Ausgrenzung des Untersuchungsfeldes und die gewählten Merkmale und Variablen strukturieren das Ergebnis in erheblichem Maße vor. So wurde fast ausschließlich der innerfachliche und dort der soziale Aspekt berücksichtigt, die kognitiv-wissenschaftsinterne Dimension jedoch nur dort, wo sie nach der engen Untersuchungsperspektive unvermeidlich beachtet werden mußte. Diese Feststellungen sind letztlich zwar insofern trivial, als jede Untersuchung bestimmte Faktoren in den Vordergrund und andere in den Hintergrund rückt. Im vorliegenden Fall erscheint es jedoch deshalb erforderlich, sie explizit zu machen, weil die gewählte Perspektive den herkömmlichen Vorstellungen stark zuwiderläuft.

Des weiteren war das Ziel der Untersuchungen nur mit Hilfe einer komplexen Verbindung direkter und indirekter Beweisführung zu erreichen, die dort, wo sie noch relativ unerprobte Analyseschritte miteinbezieht, weiterer Erklärung bedarf. Inhaltlich ergab sich der Befund, daß die Bedeutung der Verflechtung über die Schul- und sogar Fachgrenzen hinweg größer ist als angenommen, Augenblicksumstände und Geschäfte auf Gegenseitigkeit in Berufungsfragen wichtiger sind als erwartet. Stünde nicht insbesondere die Berufung als Nachfolger des Lehrers bzw. im Schulumilieu als tragendes Strukturelement dem entgegen, so könnten sich sogar die Konturen einer

neuen These am Horizont abzeichnen: daß nämlich die Besetzung der Lehrstühle für Geschichte für den Fortgang der Geschichtswissenschaft weniger wichtig ist als erwartet — mit Konsequenzen, die sich hier kaum formulieren lassen. Der tatsächlich entscheidende Bereich wäre dann die wissenschaftliche Kommunikation, deren Maßstäbe dementsprechend noch viel genauer untersucht werden müßten. Das grundsätzliche, erst zu einem neuen Erklärungsversuch Anstoß gebende Problem bleibt ja bestehen. Die deutsche Geschichtswissenschaft ist in ihrer historistischen Phase ein methodisch-theoretisch höchst eigentümliches und relativ einheitliches Gebilde, auch wenn die Anwendung der grundsätzlich immer gleichen Methode und die Anlegung grundsätzlich gleicher Interpretationsmaßstäbe auf immer weitere Bereiche der Geschichte — Sozial- und Wirtschaftsgeschichte freilich ausgenommen — zu einer erstaunlichen Vielfalt historischer Darstellungen und einer respektgebietenden Vertiefung und Ausweitung unserer geschichtlichen Kenntnisse geführt haben. Und nicht zuletzt sollten sich auch die Vertreter neuer Methoden und Interpretationsansätze vor einem wie immer gearteten Wissenschaftsdogmatismus hüten, der die heutigen Chancen der weiteren Rationalisierung des geschichtswissenschaftlichen Betriebes erneut verschütten könnte.

Summary

The persistence of the historical paradigm in the German Geschichtswissenschaft has found some analysis, but there are still no sufficient explanations for this phenomenon. Therefore the present contribution tries a new approach, mainly based on results of studies in the sociology of science. The hypothesis is, that the historical paradigm has not succeeded and found such an exclusive position because of his 'scientific' quality or his political functions but mainly because the founders and early followers of this concept have been able to gain the institutional power positions of the historical discipline and to leave these continuously to their disciples. That means, the centre of the consideration is transferred from the cognitive sphere to the social field, the history of historical studies in Germany is seen as a process of gaining, widening, and obtaining power between academic groups and schools of thought.

The analysis consists of three parts. It favors an indirect argumentation, because the situation of the sources does not enable us to prove the hypothesis in a direct way. In the first part a collective biography of all 532 full professors for history at German universities and highschools between 1800 and 1970 (without GDR) shows, that the geographical and social origins, the religious confession, the education on secondary schools and universities, and the development of the academic career of these scholars tend to be uniform, so that the community of these historians is a most important part of the elite of the German protestant Bildungsbürgertum, secluding itself from others through increasing professionalisation. In the second part the study of the relations of the examined historians with the different schools of thought proves, that about 77 per cent of all scholars belong to the three main historical schools respectively traditions (i.e. the tradition of Leopold von Ranke, Johann Gustav Droysen, and Theodor Mommsen in the field of ancient history), that most of the

scholars gained their first full professorship under circumstances, in which their connections with one of the diverse historical schools were decisive, and that beside this in many cases other personal relations played an important role for the ascension into high positions. The story of Leopold von Ranke's way to his professorship on the university of Berlin shows, how carefully Ranke planned his career, not trusting exclusively in the success of his first book. In the third part an analysis of theoretical, autobiographical, and biographical literature verifies and exemplifies the inherent tendency of the main principles of the historical paradigm to produce a behavior which favors the adherents of the concept and opposes its rivals. So the indirect argumentation closes up: although we are not able — and will because of the missing sources never be —, to prove our hypothesis in every individual case directly, nevertheless it seems to be proven because not only the final result of the diverse processes in the recruitment of the personal for the highest positions of the discipline corresponds with it and many single examples verify it, but also important items in the cognitive dimension substantiate it.

Geschichtswissenschaft zwischen professioneller Autonomie und politisch-sozialer Heteronomie: Wissensproduktion und kollektive Biographie der rumänischen Historiker 1924–1974*

1. Forschungsstrategie

1.1 Regelkreis der Wissenschaft

Innerhalb der modernen Wissenschaftssoziologie gilt es inzwischen als Allgemeinplatz festzustellen, daß eine Wechselwirkung zwischen Wissenschaft und Gesellschaft besteht, d. h. zwischen den Gegenständen und Handlungen der Wissenschaft einerseits und den Gegenständen und Handlungen der Gesellschaft andererseits¹. Allgemein lassen sich sechs Grundfunktionen der Wissenschaft in einem Regelkreis, der wiederum einen inneren und einen äußeren Funktionskreis enthält, verorten und aufeinander beziehen².

An Grundfunktionen sind zu nennen:

- Kompetenzsicherung,
- Identitäts- und Wirklichkeitsabsicherung,
- Wissensproduktion,
- Paradigmenbildung,
- Austausch von Wissen und Personal und
- Reputation.

* Die Ergebnisse dieses Projekts sind zuerst publiziert worden: Deutsch, R. und Schröder, W. H., *Quantitative Analyse der rumänischen Historiographie*, Köln 1976. Beim folgenden Beitrag handelt es sich — auf der Basis einer Sekundäranalyse — um eine umfassende Überarbeitung der Erstveröffentlichung; für die damit verbundenen Veränderungen, Modifikationen und Ergänzungen bin ich (W. H. S.) allein verantwortlich.

1. Vgl. Weingart, P. (Hg.), *Wissenschaftssoziologie*, 2 Bde., Frankfurt a. M. 1973 und 1974; ders. (Hg.), *Perspektiven der Wissenschaftsforschung*, Frankfurt a. M. 1975; ders., *Wissensproduktion und soziale Struktur*, Frankfurt a. M. 1976; Bühl, W. L., *Einführung in die Wissenschaftssoziologie*, München 1974; Spiegel-Rösing, J. S., *Wissenschaftsentwicklung und Wissenschaftssteuerung: Einführung in die Wissenschaftsforschung*, Frankfurt a. M. 1974; immer noch grundlegend die Pionierarbeit der modernen Wissenschaftsforschung: Bernal, J. D., *Wissenschaft (Science in History, dt.)*, 4 Bde., Reinbek 1970.
2. Vgl. das Regelkreismodell bei Bühl, *Wissenschaftssoziologie*, S. 86.

An Funktionen des inneren Kreises sind zu nennen:

- Durchführung von Grundlagenforschung bzw. von „reiner“ Forschung;
- Publikation und Kritik von wissenschaftlichen Ergebnissen;
- Kodifizierung des Wissens in Form von standardisierten und möglichst auch didaktisch aufbereiteten Instrumenten der Wissens- und Technikproduktion;
- Selektion des Wissenschaftspersonals, das in Forschung und Lehre die Ausbildung und die systemgerechte Sozialisation des wissenschaftlichen Nachwuchses übernimmt und das aufgrund der ihm von der wissenschaftlichen Gemeinschaft zuerkannten Reputation Positionen in der Wissenschaft und im Wissenschaftsmanagement einnimmt;
- Sozialisation des wissenschaftlichen Nachwuchses im Hinblick auf die Regeln und Rollenverteilung innerhalb der Wissenschaftsgemeinschaft.

An Funktionen des äußeren Kreises sind zu nennen:

- angewandte Forschung,
- wissenschaftliche Praxis,
- Gutachten, Beratung und Prüfung.

Zentrale Bedeutung als intermediäre Instanz für die Rückkopplung von innerem und äußerem Systemkreis einerseits und von dem Subsystem Wissenschaft und dem Gesamtsystem Gesellschaft andererseits kommt dem Wissenschaftsmanagement zu. Management umfaßt hier im weitesten Sinn sowohl wirtschaftlich und politisch bestimmtes Management als auch den Bereich der Wissenschaftsverwaltung. Diesem Wissenschaftsmanagement obliegt (nicht nur in Rumänien) allein oder partiell die Entscheidung über Problemformulierung, Prioritätensetzung, Forschungsentwicklung und Ressourcenverteilung, ebenso sorgt es für die Realisierung und Verwertung der Wissens- und Technikproduktion sowie für deren öffentliche Vermittlung und Legitimierung.

Der innere Funktionskreis wird tendenziell durch eine graduelle Autonomie der Wissenschaft selbst bestimmt; graduell autonom nur deshalb, weil die Funktionen des äußeren Funktionskreises im inneren Kreis zumindest latent und mehr oder weniger wirksam sind. Dieser äußere Funktionskreis, der die Autonomie der Wissenschaft begrenzt, spielt bei der Analyse der rumänischen Geschichtswissenschaft eine entscheidende Rolle. Gerade die Entwicklung der rumänischen Historiographie seit der staatlichen Neugründung 1944 wird durch die latente Spannung zwischen angestrebter professioneller Autonomie und dominanter politisch-sozialer Heteronomie gekennzeichnet.

Betrachtet man die Geschichtswissenschaft als Subsystem des (Gesamt-)Systems Wissenschaft, dann zeigt sich in der Interdisziplinarität des Faches Geschichte am deutlichsten der Stellenwert der Geschichtswissenschaft innerhalb der Wissenschaften^{2a}. Versucht man entsprechend die Dynamik des Subsystems Geschichtswissenschaft nach S. Watanabe (1969) mit *entropischen* Systemen (Wachstum der Ungewißheit, der Unordnung) oder *antientropischen* Systemen (Streben nach Abbau der Ungewißheit, der Unordnung) zu vergleichen, ergibt sich ein wechselseitiges, tendenziell symmetrisches Verhältnis. Um die Zusammenhänge dieser Symmetrie aufzudecken, ist disziplinäre Grenzüberschreitung notwendig. In erster Linie geht es um die Über-

2a. Vgl. zu folgendem auch: R. Deutsch, Die Psychohistorie und die sowjetische Geschichtsschreibung, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 33 (1983), S. 168-191.

schreitung der Grenzen der Systemtheorie selbst. Der Geschichtswissenschaft sollte in diesem Sinne nicht, wie den Wissenschaften im allgemeinen, ausschließlich eine antientropische, sondern auch eine endogene entropische Dynamik zugeschrieben werden. Auf diese Weise werden Verschiedenheit und Identität in der Geschichte nicht mehr entweder durch Ausschließung oder durch Integration behandelt. Interdisziplinarität ist so als ein Zustand beschrieben, bei dem die Überschreitung der Grenzen des eigenen Faches wie auch der Grenze gegenüber anderen Fächern als ein Ausdruck der Stellung des Historikers zu seinem Beruf und seiner Zeit wie auch als Widerspiegelung der jeweiligen Gegenwart aufgefaßt wird.

Die Gemeinsamkeit, die sich aus Systemtheorie und Interdisziplinarität für die Geschichtswissenschaft ergibt, ist mit dem Begriff der irreversiblen Vorgänge verbunden. Wenn man Geschichte als irreversiblen Vorgang ansieht, erscheint sie als unordnungstiftend. Durch diese Eigenschaft bestimmt sie auch die endogene entropische Dimension der Geschichtsschreibung. Im Falle geschlossener Systeme geht man gegen die Auswirkungen von irreversiblen Vorgängen durch Repression vor. In offenen Systemen versucht man, die Unordnung durch den Austausch und Wechsel der konstituierenden Elemente entgegenzuwirken. Überträgt man diese Überlegungen auf die Geschichtsschreibung, dann hat Repression die Geschichte der Geschichtsschreibung in den kommunistisch regierten Ländern (mithin in unserem Untersuchungsfall auch die rumänische Geschichtsschreibung) begleitet und zweifellos nachhaltig auf sie gewirkt. Unordnungsstiftende Faktoren wurden immer wieder eliminiert. Da jedoch die Auswahl der unordnungstiftenden Faktoren (in diesem Fall Historiker und ihre Werke) von sich wandelnden politischen Konjunkturen abhängig war, hat sich im Verlauf der Geschichte der Geschichtsschreibung in den kommunistisch regierten Ländern ein permanenter Wertaustausch vollzogen. Werke, die früher von Nutzen für die Motivation der Macht waren und denen eine ordnungstiftende Funktion zugeschrieben wurde, verschwanden aus der Öffentlichkeit. Umgekehrt wurden abgeurteilte Werke, die als unordnungstiftend eingestuft worden waren, erneut aufgewertet und als systemkonform und ordnungstiftend in den Vordergrund gestellt. Damit wurde die Grenze zwischen konform und nonkonform fließend und in die Geschichte integriert. Die Nuancen zwischen den Extremen wurden zahlreicher und die Zeitabhängigkeit wurde sichtbar.

Im Widerspruch zu den uniformisierenden, ordnungsstiftenden Maßnahmen der Macht, bildete sich aber ein ungewißheit- und unordnungsstiftendes Element innerhalb der Geschichtswissenschaft heraus. Entsprechend den konkreten Einwirkungen der politischen Macht vergrößert oder verkleinert sich diese Ungewißheit. Kurzfristig wirken solche Einwirkungen ordnungstiftend. Langfristig jedoch bilden sie eine Kette von Widersprüchen, durch die der Zustand der Ungewißheit genährt wird. Daraus ergibt sich für den Historiker ein Freiraum, in dem Kreativität und Innovation ihren Platz haben.

1.2 Methode: Quantitative Analyse der Wissensproduktion

In den Untersuchungen über die Entwicklung der Wissenschaft im allgemeinen und einzelner Wissenschaftsbereiche im besonderen werden — vor allem im Anschluß an die funktionalistische Wissenschaftstheorie — seit den 1960er Jahren zunehmend quantitative Parameter verwandt. Diese Arbeiten knüpfen u. a. an die früheren For-

schungsergebnisse von Robert K. Merton und Bernard Barber an³. Die Anwendung von Mathematik und Statistik innerhalb der Wissenschaftssoziologie kann keinesfalls die qualitativen Methoden — nach Derek de Solla-Price die „humanitäre“ Analyse — substituieren. Die Wertung der Wissenschaft nach der inhaltlichen Qualität ihrer Ergebnisse, auch wenn diese sich oft einer unmittelbaren Erkenntnis verschließt, behält ihre entscheidende, aber nicht immer unumstrittene Bedeutung. Gleichzeitig aber — abhängig von den angestrebten Zielen und den verfügbaren Quellen — eröffnet sich ein weites Feld für die Anwendung quantitativer Methoden innerhalb dieses Bereichs. Unter den bisher schon erprobten Parametern werden wir uns bei der Analyse vor allem des Publikationsindikators, wie er u. a. von Derek de Solla-Price⁴ erfolgreich verwandt worden ist, bedienen, d. h. wir werden anhand der Zahl bzw. der numerischen Verteilung der veröffentlichten wissenschaftlichen Arbeiten versuchen, Aussagen über die Entwicklung und Tendenzen der rumänischen Historiographie, besonders seit 1944, zu treffen.

Eine quantitative Analyse der Geschichtswissenschaft, die den Publikationsindikator verwenden will, setzt das Vorhandensein einer möglichst vollständigen Bibliographie der Publikationen innerhalb des projektierten Untersuchungszeitraums voraus. Für die rumänische Geschichtswissenschaft liegt eine derartige Bibliographie für den Berichtszeitraum 1944 bis 1974 vor; in der bibliographischen Reihe der rumänischen Akademie sind die insgesamt 17 621 Veröffentlichungen (Bücher, Aufsätze, Sammelbände, Quelleneditionen usw.) der rumänischen Historiker nach einheitlichen Selektionskriterien erfaßt und entsprechend systematisiert herausgegeben worden⁵.

Inhalt und Reichweite unserer Aussagen werden vor allem durch fünf Faktoren bestimmt:

1. Die formale Kommunikationsstruktur der Wissenschaft unterliegt in der Regel der Kontrolle und Selektion durch die von der „Wissenschaftsgemeinschaft“ eingesetzten „Torwächter“ (z. B. durch die Herausgeber von wissenschaftlichen Zeitschriften und Reihen usw.), die den Zugang zu den Publikationsmitteln reglementieren⁶. Diese Funktion wird in Rumänien von Wissenschaftlern, die dafür von den staatlichen Instanzen ausgewählt worden sind, übernommen. Bei unserer Analyse werden wir demnach das eigentümliche Interdependenzverhältnis zwischen Geschichtswissenschaft und Gesellschaft, das durch die politische Struktur des Landes vorgegeben ist und das der innerwissenschaftlichen Kommunikationsstruktur ihr besonderes Gepräge verleiht, zu berücksichtigen haben.

3. Merton, R. K., *Science, Technology and Society in Seventeenth Century*, New York 1970; ders., *The Sociology of Science*, Chicago 1973; ders., *Social Theory and Social Structure*, 1. Aufl., Glencoe (Ill.) 1949; Barber, B., *Science and Social Order*, New York 1952.

4. Grundlegend in Solla-Price, D. de, *Little Science, Big Science*, New York/London 1963 (dt. *Little Science, Big Science*. Von der Studierstube zur Großforschung, Frankfurt a. M. 1974).

5. Pascu, St. (Hg.), *Bibliografia istorica a României*, Bd. 1: 1944–1969, Bd. 2: 1969–1974, București 1970 und 1973.

6. Vgl. Crane, D., *The Gatekeepers of Science: Some Factors Affecting the Selection of Articles of Scientific Journals*, in: *The American Sociologist* 2 (1967), S. 195–201; Merton, R. K. und Zuckermann, H., *Patterns of Evaluation in Science: Institutionalization, Structure and Functions of the Referee System*, in: *Minerva* 9 (1971), S. 66–100; Bühl, *Wissenschaftssoziologie*, S. 114–118.

2. Eine ständig anwachsende Informationsflut wissenschaftlicher Literatur erschwert es dem einzelnen Forscher, ständig den Überblick über das bestehende Informationsangebot zu wahren und sich auf dem Stand der Forschung zu halten⁷. Immer länger werdende Verzögerungen in der Drucklegung wissenschaftlicher Publikationen stehen immer kürzer werdenden Verwertungszeiten wissenschaftlicher Ergebnisse gegenüber. Angesichts dieser unüberschaubaren Situation läßt sich die zunehmende Konstituierung von informellen Gruppen beobachten; diese „invisible colleges“ besitzen ein eigenes informelles Informationssystem mit eigenen informellen Führern und tauschen untereinander (meist sind weitere Mitglieder der Wissenschaftsgemeinschaft angeschlossen) Informationen und Forschungsergebnisse (z. B. in Form von unveröffentlichten Manuskripten) aus⁸. Soll auch die (wachsende) Wirksamkeit solcher informeller Kommunikationssysteme nicht bestritten werden, so dürfen wir doch annehmen, daß sie für die Geschichtswissenschaft im allgemeinen und für die rumänische Historiographie im besonderen (noch) keine erhebliche Rolle spielen und daß dadurch die Entwicklung der „formalen“ Publikationen für die Geschichtswissenschaft repräsentativ ist.

3. Da es unseres Wissens auf dem Gebiet der Geschichtswissenschaft bisher keine vergleichbaren Untersuchungen gibt, bleibt unsere Analyse vorrangig auf die Entwicklung und Anwendung analysenimmanenter Maßstäbe, Typen und Modelle beschränkt. Der besondere Stellenwert der nationalen rumänischen Historiographie innerhalb der internationalen Geschichtswissenschaft läßt sich erst dann hinreichend ermessen, wenn entsprechende Analysen auch für die nationale Geschichtswissenschaft in anderen Ländern durchgeführt worden sind.

4. Die Grundgesamtheit der Publikationen von 1944 bis 1974 zerfällt — chronologisch gegliedert — in zwei Teileinheiten: die des Berichtszeitraumes 1 (1944 bis 1969) und die des Berichtszeitraumes 2 (1969 bis 1974). Ein Zwei-Phasen-Vergleich liegt nahe, hat aber zwei Bedingungen besonders zu beachten.

- Der Zwei-Phasen-Vergleich repräsentiert die kleinste Reduktionsform eines Zeitreihenvergleichs⁹, der nur Nettobewegungen feststellen kann: d. h. jede Abweichung der Struktur einer Analyseeinheit zu einem gegebenen Zeitpunkt (Zeitraum) von der eines vorangegangenen, der als Ausgangspunkt fixiert worden ist, kann beobachtet werden. Mögliche Veränderungen in den nicht beobachteten Zwischenzeiten oder innerhalb des kumulierten Ergebnisses eines Zeitraums (d. h. in einem Gesamtergebnis kumulieren die Einzelergebnisse) entziehen sich einer Analyse. Je dichter diese momentanen Analysepunkte auf der Zeitachse aneinandergereiht bzw. je kleiner und häufiger die kumulierten Zeiträume sind, um so genauer und differenzierter lassen sich strukturelle Wandlungsprozesse nachzeichnen. In unserem Falle hätte eine Umordnung der Publikationen nach ihren jeweiligen Erscheinungsjahren und der Vergleich der zu untersuchenden 30 Jahrgänge untereinander

7. Im Hinblick auf die Rezeption historischer Zeitschriften hat dies für Rumänien exemplarisch untersucht Deutsch, R., *Historiometric Contributions to the Optimization of Primary Sources of Historical Information and Documentation*, in: Deutsch/Schröder, *Historiographie*, S. 60-71.

8. Vgl.: Crane, D., *Invisible Colleges, Diffusion of Knowledge in Scientific Communities*, Chicago 1972.

9. Vgl. u. a.: Dierkes, M., *Die Analyse von Zeitreihen und Longitudinalstudien*, in: *Techniken der empirischen Sozialforschung*, Bd. 7, München 1977, S. 111-169.

eine wesentlich detailliertere Untersuchung der Entwicklung erlaubt. Eine derartige Vorgehensweise kam für uns wegen des überstarken Arbeitsaufwands nicht in Frage, nur bei einer periodisch erscheinenden Bibliographie zur rumänischen Geschichtswissenschaft wäre eine solche Vorgehensweise vertretbar gewesen.

- Die durch die beiden abgeschlossenen Bibliographien vorgegebene zeitliche Cäsar im Jahre 1969 darf nicht nur eine willkürliche Entscheidung der bibliographischen Erhebungsmethode darstellen, sondern muß zugleich auch eine Cäsar innerhalb der Entwicklung der rumänischen Geschichtswissenschaft bedeuten, ansonsten sind statistische Verzerrungen zu erwarten. Daß ein solcher Einschnitt Ende der 1960er Jahre tatsächlich vorhanden war, wird sich noch unten bei der Analyse der promovierten Historiker zeigen.

5. Entwicklung und wissenschaftliche Produktivität der rumänischen Geschichtswissenschaft ließen sich grundsätzlich genauer anhand einer detaillierten Inhaltsanalyse¹⁰ der bibliographisch erfaßten Titel beobachten und quantifizieren. Bietet eine solche Inhaltsanalyse auch ein breiteres Spektrum möglicher aussagefähiger Kriterien, so lassen sich für unsere Untersuchungen zwei wesentliche Einwände gegen eine derartige Vorgehensweise anführen:

- Festlegung und Operationalisierbarkeit von quantifizierbaren „qualitativen“ Meßkriterien wissenschaftlicher Publikationen unterliegen zu stark dem subjektiven Standpunkt des einzelnen Forschers; Objektivität und intersubjektive Überprüfbarkeit der dabei gewonnenen Ergebnisse scheinen dadurch gefährdet, zudem beeinträchtigen die oft nur unscharf zu fassenden Kriterien die angestrebte Validität der Aussagen.
- Die erforderliche Detailanalyse von weit mehr als 17000 Publikationen wäre — wie oben der Zeitreihenvergleich — nur unter einem immensen Zeitaufwand zu leisten, was u. E. in keinem ausgewogenen Verhältnis zur Reliabilität der zu erwartenden Resultate steht.

Eingedenk dieser letzten Einschränkungen und anknüpfend an das Ordnungsschema der benutzten Bibliographie, werden wir uns bei der allgemeinen Analyse mit einem vereinfachten Raster begnügen, das uns erlaubt, die zu untersuchende Grundgesamtheit ausreichend zu strukturieren, Vergleiche zu ziehen, vorhandene Tendenzen zu skizzieren und Hypothesen zu formulieren.

1.3 Methode: Kollektive Biographie der Wissenschaftler

Grundfunktionen und Rollenstruktur des wissenschaftlichen Regelkreises objektivieren sich in ihren individuellen Ausprägungen in den Biographien des wissenschaftli-

10. Vgl. u. a.: Holsti, O. R., Content Analysis for the Social Sciences and Humanities, Reading 1969; Mochmann, E., Computer-Aided Content Analysis of Historical and Process-Produced Data: Methodological and Technical Aspects, in: Clubb, J. and Scheuch, E. K. (Hg.), Historical Social Research, Stuttgart 1980, S. 235-243; ders. (Hg.), Computerstrategien für die Kommunikationsanalyse, Frankfurt a.M. 1980 (dort auch wichtige Anwendungsbeispiele); vgl. auch die Zusammenfassungen der Vorträge der von mir (W. H. S.) geleiteten Veranstaltung „Akten-, Dokumenten- und Inhaltsanalyse“ auf dem 32. Deutschen Historikertag in Hamburg 1978.

chen Personals¹¹. Um eine umfassende kollektive Biographie von Wissenschaftlern zu erarbeiten, ist ein lückenloses Maß an detaillierten biographischen Informationen erforderlich; analog zu dem beschriebenen Regelkreis müßten vor allem folgende Datenkomplexe recherchiert werden:

- Grunddaten zum Lebenszyklus,
- Daten zur regionalen und sozialen Herkunft,
- Daten zur schulischen, universitären und beruflichen Ausbildung,
- Daten zur außeruniversitären Berufstätigkeit,
- Daten zur Tätigkeit innerhalb der Wissenschaftsgemeinschaft,
- Daten zur Tätigkeit innerhalb des Wissenschaftsmanagements,
- Daten zur Tätigkeit in der wissenschaftlichen Praxis allgemein und
- Daten zum sozialen und politischen Verhalten.

Jeder Datenkomplex enthält wiederum eine Vielfalt von kleineren Informationsbereichen. Die Tätigkeit innerhalb der Wissenschaftsgemeinschaft, um den für unsere Untersuchung wichtigsten Bereich herauszugreifen, könnte z. B. weiter untergegliedert werden in:

- Daten zur Quantität und Qualität der Wissens- und Technikproduktion des jeweiligen Wissenschaftlers,
- Daten zur Quantität und Qualität der Kodifizierungsleistung von Wissens- und Technikproduktion durch den jeweiligen Wissenschaftler und
- Daten zur Form, zum Inhalt und zum Ablauf der wissenschaftlichen „Laufbahn“.

Läge ein derartig vielfältiges Material vor, könnte man ein exaktes Bild des zu untersuchenden Wissenschaftlerkollektivs und der von ihm repräsentierten Wissenschaft zeichnen. Bei der Festlegung der Forschungsstrategie für die Erstellung einer kollektiven Biographie gilt es für den Historiker abzuwägen zwischen dem notwendigen Maß an damit untersuchbaren Fragestellungen einerseits und dem verfügbaren Maß an verlässlichen Quellen sowie Zeit und Mittel andererseits. Vor dem Hintergrund der spezifischen Quellenlage für die rumänischen Historiker folgt die Eingrenzung der Untersuchung auf die Analyse der biographischen Daten zur Tätigkeit innerhalb der wissenschaftlichen Gemeinschaft, insbesondere zur Wissensproduktion.

1.4 Grundgesamtheit: Doktoren der Geschichtswissenschaft 1924–1974

Reicht auch die Tradition der rumänischen Historiographie weit zurück¹², so hat sich die nationale Geschichtswissenschaft in Rumänien erst relativ spät aus der Anfangsstufe der „Amateurwissenschaft“ und der Einzelforschung gelöst und zumindest die

11. Vgl. zu den methodischen Überlegungen: Schröder, W. H., Die Lehrkörperstruktur der Technischen Hochschule Berlin 1879–1945, in: Rürup, R. (Hg.), Wissenschaft und Gesellschaft, Berlin/Heidelberg/New York 1979, Bd. 1, S. 53f.

12. Zur Entwicklung der rumänischen Historiographie vgl.: Weczerka, H., Literaturbericht über die Geschichte Rumäniens (bis 1945): Veröffentlichungen 1944–1970, in: HZ, Sonderheft 5 (1973), S. 324–420; über den Stand der Quantifizierung innerhalb der rumänischen Geschichtswissenschaft vgl.: Liveanu, V., Quantitative Research and the Use of Computers in Rumanian Historiography, in: Quantum Information 6 (1978), S. 1–4.

zweite Stufe, die „akademisch-professionelle Wissenschaft“ erreicht; für einen Übergang zur dritten Entwicklungsstufe, der „großorganisatorischen Wissenschaft“, sind bis heute — nicht nur in Rumänien — allenfalls erste Ansätze verwirklicht¹³. An dieser Stelle soll keinesfalls ein strenges dreistufiges Entwicklungsmodell der Wissenschaft postuliert werden, wonach jede Wissenschaftsdisziplin notwendigerweise diese drei Stadien hintereinander durchlaufen müßte, sondern diese Entwicklung läßt sich als graduell differenzierte Gleichzeitigkeit von Elementen aller drei Stadien mit tendenzieller Ausrichtung auf eine großorganisatorische Wissenschaft, die durch „Internationalisierung“ und „Pluralisierung“ vornehmlich charakterisiert wird, beschreiben. Doch wird die Entwicklung der Wissenschaft, darunter auch die der Geschichtswissenschaft, in der Regel nicht mehr durch wissenschaftliche Autodidakten und Einzelforscher bestimmt, sondern durch eine zahlenmäßig ständig wachsende Kategorie hochqualifizierter Forscher, die in den verschiedenen wissenschaftlichen Institutionen ausschließlich oder teilweise an Forschungsprojekten arbeiten.

Fehlt auch bis heute noch eine allgemeine gegenseitige Anerkennung der erworbenen akademischen Grade und Diplome in den verschiedenen Ländern — trotz der entsprechenden Initiativen der Vereinten Nationen — so weisen die meisten Länder inzwischen eine im hohen Grade professionalisierte Wissenschaft auf: ein abgeschlossenes Hochschulstudium und in der Regel die Promotion oder vergleichbare Qualifikationsnachweise gelten als Mindestanforderungen für den Zugang zu einer wissenschaftlichen Berufskarriere. Läßt man die wenigen Ausnahmen unberücksichtigt, dann wird die wissenschaftliche Fortentwicklung auf allen Gebieten durch solche professionellen Wissenschaftler determiniert, die eben diese Mindestleistungsnachweise erbracht haben¹⁴. Wenn wir in der Folge die Daten der 266 promovierten Historiker Rumäniens analysieren, dann dürfen wir daher annehmen, daß die Wissensproduktion des promovierten Wissenschaftspersonals zugleich eine qualitative Selektion aus der Gesamtzahl der historischen Publikationen darstellt. Die Grundgesamtheit „Doktoren der Geschichtswissenschaft“ kann insgesamt als repräsentatives Sample der umfassenden Grundgesamtheit „Rumänische Geschichtswissenschaft“ gelten.

Noch in der zweiten Hälfte des 19. und am Anfang des 20. Jahrhunderts promovierten die rumänischen Historiker in der Regel nicht in Rumänien, sondern im Ausland, vornehmlich in Frankreich, Deutschland und Italien. Erst nach der einheitlichen Reglementierung der Promotion nach 1918 wurden zunehmend die geschichtswissenschaftlichen Dissertationen an den vorhandenen rumänischen Universitäten abgegeben. Unsere Untersuchung setzt daher erst mit der staatlichen Registrierung der Doktorarbeiten ein, wobei daneben die bisherige Tradition, im Ausland zu promovieren, noch längere Zeit fortgeführt wurde. Die nach den politisch-staatlichen

13. Zum Stadienmodell der Wissenschaftsorganisation vgl. u. a.: Krohn, R. G., *Patterns of the Institutionalization of Research*, in: Nagi, S. und Corwin, R. C. (Hg.), *The Social Context of Research*, London 1972, S. 29–66; Clark, T. N., *The Stages of Scientific Institutionalization*, in: *International Social Science Journal* 24 (1972), S. 658–671; Bühl, *Wissenschaftssoziologie*, S. 35–37.

14. Vgl. u. a.: Ben-David, J., *The Profession of Science and its Powers*, in: *Minerva* 10 (1972), S. 362–383; ders., *The Scientist's Role in Society: A Comparative Study*, Englewood Cliffs (N. J.) 1971; Bühl, *Wissenschaftssoziologie*, S. 162–168.

Veränderungen von 1944 in Rumänien durchgeführte Bildungsreform schuf keine neue Reglementierung der Promotion, sondern beschränkte sich auf allgemeine Formulierungen, so daß angesichts der rechtlich ungeklärten Situation kein Historiker in Rumänien selbst promoviert werden konnte und eine ganze Generation von Wissenschaftlern ihre Dissertationen an sowjetischen Universitäten abgab; so promovierten von den rumänischen Historikern insgesamt 32 (= 13%) an den Universitäten Moskau und Leningrad.

Erst seit 1956 gewann das Promotionssystem schrittweise jene Gestalt, wie es heute in Rumänien praktiziert wird. Kennzeichnend für die vollzogenen Veränderungen sind:

- die nahezu ausschließliche Promotion an den eigenen Landesuniversitäten (insbesondere an der Universität Bukarest mit weit mehr als der Hälfte aller geschichtswissenschaftlichen Promotionen);
- erhöhte wissenschaftliche Ansprüche an die Promotion, was u.a. auch dazu geführt hat, daß die wissenschaftlichen Publikationen des Doktoranden *vor* seiner Promotion zu einem der wichtigsten Kriterien für die offizielle Erlaubnis zur Promovierung erhoben wurden.

Insgesamt wurde der Einfluß des Staates auf die personelle Besetzung wissenschaftlicher Positionen und auf die Entwicklung der Forschung und der Hochschulen allgemein ständig erweitert, die Vergabe eines wissenschaftlichen Arbeitsplatzes zugleich an den Vollzug der Promotion geknüpft.

1.5 Quellen und Quellenwert

Im Jahre 1973 erschien ein hektographierter Bericht der Universitätsbibliothek Bukarest mit einer Übersicht über die rumänischen Dissertationen der Geschichtswissenschaft für den Berichtszeitraum 1948 bis 1970; neben dem Namen des Historikers wird dort noch das Thema seiner Dissertation, das Abgabedatum und der Name des Doktorvaters genannt. Sowohl eine Reihe von unvollständigen Angaben als auch die nur äußerst knappen Informationen über die Doktoren, machten es notwendig, die zugrundeliegenden Primärquellen, welche im rumänischen Erziehungsministerium archiviert sind, einzusehen und auszuwerten, um die Individualdaten der Doktoren zu überprüfen und sie nach Möglichkeit zu vervollständigen oder zu erweitern. Die dort gelagerten Dossiers aller promovierten Historiker, die seit 1948 und teilweise auch früher ihre Dissertation abgegeben haben, umfassen in der Regel alle Daten, welche bei der Analyse verwandt worden sind. Diese Dossiers müssen der sogenannten „Comisia Superiora de Diplome“, welche die Entscheidung über die Promotion eines Kandidaten zu überprüfen und zu sanktionieren hat, vorgelegt werden, tragen demnach amtlichen Charakter; die dort von den Doktoranden gemachten persönlichen Angaben dürften daher grundsätzlich der Wahrheit entsprechen.

Konnten auch auf diese Weise mehr als neun Zehntel aller Doktoren der Geschichtswissenschaft im Zeitraum von 1924 bis 1974 durch unsere Erhebung erfaßt werden, so standen einer Totalerhebung zwei bedeutsame Lücken in den verfügbaren Quellen entgegen:

- Informationen über die Dissertationen und ihre Verfasser vor 1944 liegen nur unvollständig vor.

- Die Dossiers solcher promovierter Historiker, die durch den Titel „Doktor-do-zent“¹⁵ geehrt und die in der Regel schon vor 1944 promoviert worden sind, konnten nicht in unserer Erhebung ausgewertet werden.

Die Lücke vor 1944 läßt sich mithin überwiegend auf die fehlenden Daten der Doktor-do-zenten zurückführen; über diese besonders ausgezeichnete Gruppe von Historikern standen uns keine persönlichen Daten zur Verfügung, sondern nur das Themen-gebiet ihrer Doktorarbeit und die Art und Zahl ihrer Publikationen. Um trotzdem die wichtigen Daten der Doktor-do-zenten mit in unsere Analyse einzubeziehen, werden wir unsere Untersuchung einerseits mit den Daten der 243 registrierten Doktoren durchführen und andererseits — soweit möglich — diese Daten durch die von 23 Doktor-do-zenten ergänzen.

Die Quellenlage erlaubte die Erhebung von 13 Grundvariablen für jede Analyse-einheit:

1. Geburtsjahr des Doktoranden
2. Geburtsregion des Doktoranden (zugeordnet nach der gegebenen politisch-geographischen regionalen Gliederung Rumäniens)
3. Ländliche oder städtische Herkunft des Doktoranden
4. Art des Arbeitsplatzes bei Abgabe der Doktorarbeit (Universität, Schulen, Stipendium, Forschungsinstitut etc.)
5. Regionale Lage des Arbeitsplatzes (zugeordnet wie Geburtsregion)
6. Fachgebiet der Doktorarbeit (anknüpfend an das Einteilungsschema der benutzten Bibliographien der rumänischen Geschichtswissenschaft, wurde die Zuordnung nach 14 Hauptgebieten unternommen: Theorie der Geschichte und Historiographie, Rumänische Geschichte nach Einzelperioden und nach mehreren Perioden, allgemeine Geschichte nach Einzelperioden und mehreren Perioden, andere Gebiete der Geschichte und Hilfswissenschaften)
7. Abgabedatum der Doktorarbeit
8. Abgabeuniversität (Bukarest, Iasi, Cluj und ausländische Universitäten)
9. Doktorvater
10. Gesamtzahl der Publikationen, die der Doktorand bis 1969 (Ende der Bibliographie) veröffentlicht hatte
11. Gesamtzahl der veröffentlichten Artikel
12. Gesamtzahl der veröffentlichten Bücher
13. Gesamtzahl der Publikationen, die der Doktorand auf dem engeren Fachgebiet seiner Doktorarbeit (= Teilgebiet der obengenannten Hauptgebiete) veröffentlicht hatte.

Die erhobenen Daten liegen generell in einer ausreichenden Dichte vor, die zu erwartenden statistischen Verzerrungen halten sich daher in einem tolerierbaren Rahmen. Die Lücken unserer Datenerhebung beruhen weitestgehend auf den graduell unvollständigen Angaben zu den Doktoranden der Phasen 1, 3 und 4, die Daten aus den Phasen 2 und 5 sind in der Regel fast vollständig bekannt. Eine nur eingeschränkte Verwendungs- und Aussagefähigkeit, die wir in unserer Darstellung be-

15. Die Doktor-do-zenten rekrutierten sich aus solchen Historikern, die in der Regel schon vor 1944, d. h. vor der staatlichen Neugründung Rumäniens, promoviert hatten und schon als Hochschullehrer tätig waren. Für ihre kontinuierliche wissenschaftliche Tätigkeit auch im Rahmen des neuen politischen Systems wurde ihnen der Titel „Doktor-do-zent“ verliehen.

rücksichtigen werden, gilt für die Grundvariablen des sozialen „backgrounds“ („Geburtsjahr“, „Geburtsregion“, „Herkunft“) und für alle daraus abgeleiteten Variablen.

Das System der Promotion in Rumänien entspricht in seiner Teilgebietsgliederung im wesentlichen dem oben schon vorgestellten Ordnungsschema der benutzten Bibliographie, die Einordnung der Dissertation nach Fachgebieten wurde dadurch vereinfacht. Allerdings sind die Publikationsvariablen nicht in einem denkbar umfassenden Rahmen verwertbar. Zur Zeit unserer Datenerhebung und -auswertung (1975) lag die schon im allgemeinen Teil unserer Arbeit miteinbezogene Bibliographie 1969 bis 1974 noch nicht vor, die von uns erhobene Publikationszahl erfaßt daher nur Veröffentlichungen der Doktoren bis zum Jahre 1969, dabei wurde die Bibliographie der Akademie — soweit notwendig — durch die entsprechende Bibliographie von Robert Deutsch ergänzt¹⁶. Eine nachträgliche vollständige Einarbeitung der Publikationsziffern der zweiten Bibliographie der Akademie hätte einen sehr hohen zusätzlichen Arbeitsaufwand bedeutet, der — auch für eine Sekundäranalyse — in keiner vertretbaren Relation zum möglichen Nutzen stand; Veränderungen, die sich dadurch ergeben haben und die sich durch nichtmaschinelles Zuordnen verwirklichen ließen, wurden bei Bedarf angemerkt.

Unsere Darstellung erlaubt die Einordnung der Doktoren und ihrer Publikationen nur nach dem Hauptteilgebiet ihrer Dissertation; eine künftige Untersuchung müßte — unter erheblich größerem Arbeitsaufwand — auch die Publikationen einzeln und nach ihrem spezifischen Sachgebiet einordnen. Im Rahmen dieses Aufsatzes beschränken wir uns daher auf eine vereinfachende Gleichsetzung von weiterem Dissertationsthemengebiet mit dem zu erwartenden wissenschaftlichen Arbeitsgebiet des Doktoranden nach seiner Promotion.

2. Datenanalyse

2.1 Allgemeine Publikationsstruktur 1944–1974

Herausragendes Ergebnis eines Zwei-Phasen-Vergleichs stellt der starke Zuwachs an wissenschaftlichen Publikationen vom BRZ 1 (1944 bis 1969) zum BRZ 2 (1969 bis 1974) dar¹⁷. Liegen uns auch die Publikationsziffern der einzelnen Jahrgänge nicht vor, so dürfen wir den Verlauf des Zuwachses in Form einer Exponentialkurve annehmen¹⁸. Entgegen dem allgemeinen Erfahrungswert, daß in den bisher untersuchten Wissenschaftsbereichen sich meist die Zahl der wissenschaftlichen Publikationen erst alle 10 bis 15 Jahre verdoppelt, übertrifft die Zahl der Veröffentlichungen der rumänischen Historiker innerhalb der letzten fünf Jahre (BRZ 2) bei weitem (um 28,8%) die Zahl innerhalb der 25 vorhergehenden Jahre (BRZ 1).

16. Deutsch, R., *Istoricii si Stiinta istorica din Romania, 1944–1969*, Bucuresti 1970.

17. In der Folge werden ständig wiederkehrende Bezeichnungen von Fachgebieten der Geschichtswissenschaft und von anderen Analysekatégorien abgekürzt, siehe das Abkürzungsverzeichnis am Ende des Beitrags.

18. Vgl. Solla-Price, D. de, *The Exponential-Curve of Science*, in: Barber, B. und Hirsch, W. (Hg.), *The Sociology of Science*, New York 1972, S. 516–524.

Tabelle 1: Publikationsstruktur der rumänischen Geschichtswissenschaft 1944–1974

	Bibliographischer Berichtszeitraum		
	1944–1974	1944–1969	1969–1974
Rumänische Geschichte	13 092 74,30%	5 904 76,67%	7 188 72,46%
Hilfswissenschaften	1 412 8,01%	625 8,12%	787 7,93%
Universalgeschichte	1 009 5,73%	299 3,87%	710 7,16%
Allgemeine methodologische und theoretische Arbeiten, Quellen- sammlungen und Bibliographien	2 108 11,96%	873 11,34%	1 235 12,45%
Insgesamt	17 621 100,00%	7 701 100,00%	9 920 100,00%

Tabelle 2: Publikationsstruktur der Arbeiten zur Rumänischen Geschichte und zur Universalgeschichte nach Teilgebieten 1944–1974 (relative Anteile)

		Bibliographischer Berichtszeitraum		
		1944–1974	1944–1969	1969–1974
Allgemeine Arbeiten	RG	1,00%	1,06%	0,92%
	UG	10,90%	8,36%	11,97%
Altertum	RG	15,97%	14,52%	17,17%
	UG	17,54%	30,43%	12,11%
Mittelalter	RG	12,53%	13,66%	11,62%
	UG	18,53%	29,43%	13,94%
Neuzeit	RG	21,12%	24,97%	17,97%
	UG	14,67%	15,72%	14,23%
Zeitgeschichte	RG	18,66%	19,87%	17,67%
	UG	27,06%	15,05%	32,11%
Geschichte der Kultur etc.	RG	26,51%	22,57%	29,74%
Ortsgeschichte	RG	4,21%	3,35%	4,91%
Sonstiges	UG	11,30%	1,01%	15,64%
Insgesamt	RG	100,00%	100,00%	100,00%
	UG	100,00%	100,00%	100,00%

Die Gliederung der Publikationen nach den größeren Teilgebieten der Geschichtswissenschaft dokumentiert eine starke Dominanz der Arbeiten zur RG (fast drei Viertel aller Publikationen) und zugleich eine entsprechend geringere Repräsentanz von Veröffentlichungen anderer Teilgebiete. Der Vergleich der Publikationsstruktur beider Berichtszeiträume (BRZ 1 und BRZ 2) zeigt wohl kleinere Anteilsverschiebungen an (vor allem den geringen Verlust der Arbeiten zur RG), aber an der vorgegebenen Verteilung der Publikationen auf die einzelnen Teilgebiete ändert sich insgesamt nur wenig. Unter dem methodischen Vorbehalt der Implikationen eines vereinfachten Zeitreihenvergleichs lassen sich — bei kalkulierter Streuung — allgemein nahezu Stabilität und Kontinuität in der Publikationsstruktur erkennen, obgleich die Zahl der Veröffentlichungen sich kurzfristig mehr als verdoppelt hat. Erst eine detaillierte Aufschlüsselung der Arbeiten zur RG und der zur UG, die beide die relativ höchsten Schwankungen aufweisen, nach Geschichtszeiträumen (Altertum, Mittelalter, Neuzeit, Zeitgeschichte) wird erweisen, daß sich trotz dieser oberflächlichen allgemeinen Stabilität starke strukturelle Veränderungen vollzogen haben.

Die Publikationen zur RG weisen einen absoluten Mangel an allgemeinen Arbeiten überhaupt auf (nur 1% in BRZ 1 + 2). Obgleich sich teilweise die absolute Zahl der Publikationen — beispielsweise zur Geschichtswissenschaft — verdoppelten, sank der Anteil der allgemeinen Arbeiten an den Publikationen zur RG in BRZ 2 noch weiter ab; so machten die Veröffentlichungen zu theoretischen und methodologischen Problemen der Geschichtswissenschaft nur 0,08% (BRZ 1) und 0,06% (BRZ 2) aus.

Unter den Veröffentlichungen zur Geschichte des Altertums überwiegen mit einem Anteil von 92% (BRZ 1) stark die Arbeiten zur RG gegenüber nur 8% zur UG. Der relative Anteil der Publikationen zur Geschichte des Altertums sowohl an den Arbeiten zur RG insgesamt (BRZ 1+2: 15,97%) als auch an denen zur UG (BRZ 1+2: 17,54%) blieb dagegen fast gleich. Besonders auffällig ist das starke Anwachsen der Veröffentlichungen zur AGR im BRZ 2: mit 17,17% erreichen sie fast die relativen Publikationsanteile der NGR (BRZ 2: 17,97%) und der ZGR (BRZ 2: 17,67%). Demgegenüber steht ein bedeutender Anteilsverlust der Alten Geschichte an den Publikationen zur UG von 30,43% (BRZ 1) auf 12,11% (BRZ 2).

Ähnlich wie bei der Geschichte des Altertums überwiegen auch bei den Arbeiten zur Geschichte des Mittelalters bei weitem die Arbeiten zur nationalen RG (BRZ 1+2: 88,7%) gegenüber denen zur UG. Während aber der relative Anteil der Publikationen zur AGR an den Gesamtpublikationen zur RG sich im BRZ 2 beträchtlich erhöhte, sank der Anteil der Arbeiten zur MGR dagegen im BRZ 2 merklich ab: von 13,66% (BRZ 1) auf 11,62% (BRZ 2). Ähnlich wieder wie bei den Arbeiten zur alten Geschichte läßt sich auch für die Veröffentlichungen zur Geschichte des Mittelalters ein starker Anteilsrückgang an den Publikationen zur UG feststellen: von 29,43% (BRZ 1) auf 13,94% (BRZ 2).

Die umfangreichsten Umschichtungen innerhalb der Publikationsstruktur der Arbeiten zur RG ergaben sich für die Arbeiten zur Geschichte der Neuzeit. Wurde die Neuere Geschichte im BRZ 1 mit einem Anteil von 24,97% an den Gesamtpublikationen zur nationalen RG noch als das Teilgebiet mit den meisten Veröffentlichungen ausgewiesen, so fiel ihr Anteil im BRZ 2 drastisch auf nur noch 17,97% hinab. Demgegenüber steht ein nur geringer Anteilsrückgang der Arbeiten zur Geschichte der Neuzeit an denen der UG von 15,72% (BRZ 1) auf 14,23% (BRZ 2). Entsprechend

vergrößerte sich wohl der Anteil der Arbeiten zur UG der Neuzeit an den Arbeiten zur Neueren Geschichte insgesamt von 3% (BRZ 1) auf 7% (BRZ 2), die Publikationen zur Geschichte der Neuzeit wiesen aber weiterhin die stärkste Präferenz der nationalen RG auf.

Obgleich die absolute Zahl der Publikationen zur ZGR im BRZ 2 die des BRZ 1 noch überstieg, verringerte sich der Anteil der Arbeiten zur ZGR an den Gesamtpublikationen zur RG von 19,87% (BRZ 1) auf 17,67% (BRZ 2). Der Vergleich zwischen den Publikationen zur ZGR und denen zur UG bestätigt diese Anteilsverminderung, auch hier stieg der Anteil der Arbeiten zur UG an den Gesamtpublikationen zur Zeitgeschichte von 3,5% (BRZ 1) auf 15,0% (BRZ 2) an.

Als Innovation innerhalb der rumänischen Geschichtswissenschaft und als ein Zeichen eines erweiterten Verständnisses von Begriff und Aufgabe der Geschichtswissenschaft ist die Aufnahme der Rubrik „Geschichte der Kultur, Kunst, Wissenschaften usw.“ zu werten. Die unter dieser Rubrik aufgeführten Veröffentlichungen beschäftigen sich mit der rumänischen Kultur, ihren Beziehungen zur allgemeinen Kultur, mit biographischen Arbeiten über Schriftsteller, Künstler und Wissenschaftler, mit der Geschichte der verschiedenen kulturellen und wissenschaftlichen Institutionen, mit der Geschichte einzelner Fachwissenschaften (Natur-, Sozial-, Sprachwissenschaft usw.), der Kunst, des Unterrichts und der Literatur. Diese Rubrik erscheint sowohl bei der Publikation zur RG als auch zur UG. Der hohe Anteil solcher Publikationen zur RG kann als zweites herausragendes Ergebnis unserer Analyse gelten: diese Arbeiten wiesen die höchsten Wachstumsraten auf. blieb ihr Anteil im BRZ 1 an den Publikationen zur RG mit 22,57% noch hinter dem der Arbeiten zur Geschichte der Neuzeit zurück, so rangierten sie im BRZ 2 mit deutlichem Abstand zu dem nächsten Teilgebiet mit 29,74% an der Spitze der Veröffentlichungen zur RG. Fügt man zu diesem Anteil noch den der ebenfalls relativ wie absolut wachsenden Zahl der Arbeiten zur Ortsgeschichte hinzu, dann ließen sich im BRZ 1 ein Viertel und im BRZ 2 mehr als ein Drittel aller Publikationen zur RG nicht in das traditionelle Einteilungsschema der rumänischen Geschichtswissenschaft einordnen — ein bemerkenswertes Phänomen, da die Themenbereiche dieser Sonderrubrik als Gegenstand von Dissertationen in der Regel nicht infrage kamen.

Dieses sprunghafte Wachstum scheint nicht nur durch eine Mehrproduktion an derartigen Arbeiten entstanden zu sein, sondern auch — wie die Statistik der bibliographisch ausgewerteten Zeitschriften beweist — durch eine bloß quantitative Erweiterung der bibliographisch erfaßten Zeitschriften des außergeschichtswissenschaftlichen Bereichs¹⁹. Auch geht nicht aus diesem Wachstum hervor, inwieweit vor allem professionelle Historiker — im interdisziplinären Rahmen — an diesen Publikationen als Autoren selbst beteiligt waren. Erst ein solcher Nachweis könnte bestätigen, ob es sich hier tatsächlich um eine zunehmende interdisziplinäre Ausrichtung der rumänischen Geschichtswissenschaft und ihrer Kooperation mit anderen Fachdisziplinen handelt oder ob hier nur die umfassendere bibliographische Erhebung eine Innovation vortäuscht. Eine Untersuchung über die Profession der angeführten Autoren könnte darüber Aufklärung bringen.

19. Vgl. die tabellarische Übersicht der durch die Akademie-Bibliographie ausgewerteten Zeitschriften bei Deutsch/Schröder, Historiographie, S. 41.

Als wichtigste Ergebnisse der Analyse der allgemeinen Publikationsstruktur lassen sich festhalten:

- der unverhältnismäßig hohe Anteil der Veröffentlichungen zur Rumänischen Geschichte,
- der äußerst geringe Anteil der Universalgeschichte,
- die Prädominanz der Veröffentlichungen auf dem Gebiete der Zeitgeschichte und der Neueren Geschichte Rumäniens,
- das ständige Wachstum und der hohe relative Anteil der Arbeiten zur Geschichte der Kultur, Kunst, Wissenschaft usw.,
- das Wachstum der Publikationen zur Geschichte des Altertums und der Ortsgeschichte und
- die Veränderungen der Publikationsstruktur zur Universalgeschichte im BRZ 2, die vornehmlich gekennzeichnet sind durch eine starke Anteilsvermehrung der Zeitgeschichte und durch die entsprechenden relativen Rückgänge von Altertum und Mittelalter.

Im Hinblick auf den Zusammenhang zwischen der Struktur des formalen Kommunikationssystems und der Struktur der Geschichtswissenschaft selbst ergeben sich daraus u. a. folgende Fragen:

- Welcher Wirkzusammenhang besteht zwischen der beobachteten allgemeinen Stabilität und dem partiellen Wandel in Teilbereichen einerseits und der vergangenen und künftigen Struktur der rumänischen Geschichtswissenschaft andererseits?
- Welche Faktoren determinieren Wachstum oder Rückgang der Veröffentlichungen innerhalb der verschiedenen Forschungsbereiche?
- Inwieweit besteht zwischen dem exponentiellen Wachstum der Publikationen und der Zahl des wissenschaftlichen Personals ein Zusammenhang und lassen sich dabei Unterschiede innerhalb der einzelnen Forschungsbereiche erkennen?
- Inwieweit hat sich die (außerwissenschaftlich initiierte) Steuerung der rumänischen Geschichtswissenschaft als effizient erwiesen und inwieweit vermochte sich die Geschichtswissenschaft im Rahmen dieser Steuerung als „relativ autonomes“ Subsystem der Gesellschaft zu entwickeln?

Die folgende Analyse des wissenschaftlichen Personals, die promovierten Historiker, die zugleich die wichtigsten Träger des Subsystems Geschichtswissenschaft repräsentieren, soll zur Beantwortung dieser Fragen beitragen.

2.2 Kompetenz und Produktivität

Die wissenschaftliche Reputation in Form der Promotion darf in Rumänien zumindest gleichermaßen sowohl als soziale Anerkennung, deren Antriebskräfte partiell im außerwissenschaftlichen Bereich angesiedelt sind, als auch als Ausdruck der „kompetenten Reaktion“ der Wissenschaft²⁰, die dadurch die wissenschaftliche Leistung des Forschers legitimiert, gelten. Bedeutet aber die Promotion in Rumänien noch viel mehr als beispielsweise in Deutschland eine entscheidende Stufe innerhalb der graduellen Abfolge der Wissenschaftsreputation, so muß überprüft werden, inwieweit

20. Buhl, Wissenschaftssoziologie, S. 66f.

zwischen zuerkannter Promotions-Reputation und tatsächlich nachweisbarer Kompetenz noch eine Konkordanz besteht bzw. inwieweit sich Verwerfungen zwischen beiden Elementen des inneren Wissenschaftssystems ergeben haben.

Läßt sich auch die Kompetenz eines Wissenschaftlers nur schwer messen, so hat die Wissenschaftssoziologie drei quantitative Methoden entwickelt, um zumindest tendenziell den Beitrag des einzelnen Wissenschaftlers zur Wissensproduktion bzw. zum Wissensstand seiner Disziplin zu bestimmen:

- die Zahl seiner nachweisbaren Publikationen,
- das Maß der durch den Zitationsindex nachweisbaren Rezeption seiner Forschungen bzw. die Struktur des Kommunikationsnetzwerkes²¹,
- das Maß der zuerkannten Reputation.

Analog zu unserer allgemeinen Untersuchung werden wir auch bei der Analyse der Doktoren den Publikationsindikator verwenden und aufgrund der bei dieser Analyse errechneten Werte folgende fünf Produktivitätsgrade unterscheiden:

- *Nullproduktive* (ohne Veröffentlichungen),
- *Geringproduktive* (die individuelle Produktivität liegt unter der variablen Durchschnittsproduktivität, jedoch ist mindestens eine Publikation nachweisbar),
- *Normalproduktive* (die individuelle Produktivität entspricht mindestens der Durchschnittsproduktivität und reicht bis zur Grenze der Hochproduktiven),
- *Hochproduktive* (Nachweis von mindestens 20 Publikationen oder 15 Artikeln oder fünf Büchern),
- *Extremproduktive* (Nachweis von mindestens 40 Publikationen oder 30 Artikeln oder zehn Büchern).

Die konkreten Abgrenzungen der einzelnen Produktivitätsgrade ergeben sich ausschließlich als spezielle Erfahrungswerte bei der Analyse der Bibliographie 1944 bis 1969, der Einbezug der zweiten Bibliographie hätte mit Sicherheit die Grenzen der einzelnen Grade (nach oben) verschoben.

Individuelle Gesamtzahl der Publikationen

<i>Nullproduktive:</i>	46	(17,3%)
<i>Geringproduktive:</i>	106	(39,9%)
<i>Normalproduktive:</i>	70	(26,3%)
<i>Hochproduktive:</i>	35	(13,1%)
<i>Extremproduktive:</i>	9	(3,4%)
	<hr/>	<hr/>
	266	100,0%

Eingedenk der Notwendigkeit vorhergehender wissenschaftlicher Bewährung und des später noch zu untersuchenden außergewöhnlich hohen Durchschnittsalters der rumänischen Doktoranden, erscheint die Zahl der Nullproduktiven erstaunlich hoch. Eine breite Streuung der individuellen Publikationszahlen liegt bei den Geringproduktiven vor. Die relativ kleine Spitzengruppe der Hoch- und Extremproduktiven beherrscht dementsprechend weitgehend den Publikationsmarkt: *ein Sechstel* der Dok-

21. Vgl. u.a. Cole, St., Wissenschaftliches Ansehen und die Anerkennung wissenschaftlicher Leistungen, in: Weingart, Wissenschaftssoziologie, Bd. 1, S. 165-187.

toranden schrieb *die Hälfte* aller Publikationen, *knapp die Hälfte* aller Artikel und *weit mehr als zwei Drittel* aller Bücher²².

Profil 1: Der extremproduktive Publikationsschreiber

Neben sechs Doktordozenten veröffentlichten nur noch drei weitere Doktoren 40 oder mehr Publikationen. Vier Doktordozenten und ein Doktor gehören sowohl hier bei den Publikationen als auch später bei den Artikeln und Büchern zur Gruppe der extremproduktiven Historiker²³. Die Abgabe der Dissertationen der drei Doktoren erfolgte in PH 5, das Abgabesalter bei den zwei bekannten Fällen betrug über 45 Jahre. Zwei der Doktoren arbeiteten zur Zeit der Abgabe in einem Forschungsinstitut, einer an der Universität/Schule. Ordnet man die Doktoren und Doktordozenten nach ihrem Dissertationsgebiet ein, so haben drei ein Thema aus dem Bereich HWAG und zwei eines aus dem der MGR bearbeitet, die übrigen verteilen sich auf die restlichen Gebiete der RG (3) und der AG (1). Nur jeweils ein Vertreter der Doktoren bzw. der Doktordozenten hat mehr Publikationen innerhalb als außerhalb seines engeren Dissertationsgebietes veröffentlicht (14:1 bzw. 1,2:1); bei allen anderen überwiegen die Publikationen außerhalb des engeren Dissertationsgebietes meist bei weitem die innerhalb (1:1,1 bis 1:13,5).

Individuelle Gesamtzahl der Artikel

<i>Nullproduktive:</i>	46	(17,3%)
<i>Geringproduktive:</i>	108	(40,6%)
<i>Normalproduktive:</i>	57	(21,4%)
<i>Hochproduktive:</i>	42	(15,8%)
<i>Extremproduktive:</i>	13	(4,9%)
	<hr/> 266	<hr/> 100,0%

Die bei weitem häufigste Publikationsform repräsentiert der wissenschaftliche Artikel, insgesamt kommen auf ein Buch fünf Artikel. Der Artikel stellt auch die nächstliegende und oft einzige Verwertungsform der Doktorarbeiten sowohl innerhalb als auch außerhalb des engeren Themengebietes dar.

22. Vgl. zur Veranschaulichung der Produktivitätsanalyse den graphischen Anhang bei Deutsch/Schröder, Historiographie, S. 51–58: die Produktivität der Doktoren wurde anhand des Statistikverfahrens der Student's t-Verteilung berechnet, dadurch konnte die Signifikanz von Unterschieden in den Mittelwerten der intervallskalierten Publikationsvariablen bei den Doktorengruppen mit festgelegter Publikationszahl bestimmt werden (vgl.: ebd., S. 18 und 51).
23. Ein nachträglicher Einbezug der Bibliographie 1969–1974 reiht weitere sieben Doktordozenten und 22 Doktoren unter die Extremproduktiven ein, wobei nur zwei Doktoren vorher als normalproduktiv, alle anderen aber schon als hochproduktiv eingestuft waren. Durch die Addition weiterer Publikationen wurde die 40er-Grenze in den letzten fünf Jahren überschritten, die Trends wurden dadurch nicht entscheidend verändert. Die Verdopplung der Produktionszahl der Doktoren im BRZ 2 ließ eine derartige Verschiebung erwarten. Inwieweit es sich um eine Wirkform des „Matthäuseffekts“ (Merton, R. K., The Matthew Effect in Science, in: Science 159, 1968, S. 56–63) handelt, nach dem die Autoren mit hoher Publikationszahl und entsprechend hoher Reputation (die „Reichen“) über Gebühr bei der Möglichkeit zur Veröffentlichung berücksichtigt werden, während die Wissenschaftler mit einer kleinen Publikationszahl und geringer Reputation (die „Armen“) bei der Verteilung benachteiligt sind, ließe sich hier nur unter Verwendung weiterer Indikatoren belegen.

Ähneln der Anteil der Artikelschreiber mit Null- und Geringproduktivität auch dem dieser beiden Gruppen bei der Publikationszahl, so hat sich hier die mittlere Gruppe der Normalproduktiven verringert und eine relativ breite Spitzengruppe hoch- und extremproduktiver Artikelschreiber beherrscht mehr als die Hälfte des Artikelmarktes: *ein Fünftel* der Doktoren schrieben *weit mehr als die Hälfte* (55%–56%) aller Publikationen, aller Artikel, aller Bücher, eine bemerkenswert gleichmäßige Verteilung.

Profil 2: Der extremproduktive Artikelschreiber

Neben fünf Doktordozenten veröffentlichten weitere acht Doktoren 30 oder mehr Artikel. Drei Viertel der Doktoren gaben ihre Dissertationen in der Phase 5 ab; bei sieben Doktoren betrug das Abgabalter mindestens 45 Jahre, diese sieben gehören den Geburtsjahrgängen 1925 und älter an. Die Hälfte der Doktoren arbeitete zur Zeit der Abgabe in einem Forschungsinstitut, an der Universität/Schule (2) oder mit einem Forschungsstipendium (1).

Während erneut die Dissertationsgebiete besonders auf die Einzelgebiete der RG verteilt sind, haben drei Doktoren und ein Doktordozent eine Dissertation aus dem Bereich HWAG angefertigt. Nur jeweils ein Vertreter der Doktoren bzw. der Doktordozenten (vgl. oben bei den Publikationen) hat mehr Artikel innerhalb als außerhalb des engeren Bereichs seines Dissertationsgebietes geschrieben (14:1 bzw. 1,2:1); bei allen anderen überwiegen die Artikel außerhalb meist bei weitem die innerhalb des engeren Gebietes (1:1,1 bis 1:32). Nimmt man erneut das durchschnittliche Verhältnis zwischen Büchern und Artikeln (1:4,9) zum Vergleich, dann können zumindest die Doktoren, die die Proportion 1:10 aufweisen, als hervorragende Artikelspezialisten angesehen werden. Tatsächlich zählen von den acht Doktoren sieben, von den fünf Doktordozenten nur einer, zu solchen Spezialisten, darunter sogar einer, der ausschließlich Artikel veröffentlicht hat.

Individuelle Gesamtzahl der Bücher

<i>Nullproduktive:</i>	153	(57,6%)
<i>Geringproduktive:</i>	45	(16,9%)
<i>Normalproduktive:</i>	40	(15,0%)
<i>Hochproduktive:</i>	16	(6,0%)
<i>Extremproduktive:</i>	12	(4,5%)
	<hr/> 266	<hr/> 100,0%

Ganz anders sind die Verhältnisse bei den Buchveröffentlichungen gestaltet: nur 42,4% aller Doktoren konnten eine Buchpublikation vorweisen. Dagegen gibt es eine relativ starke Gruppe von extremproduktiven Bücherschreibern, die teilweise ausgesprochene Bücherspezialisten sind; die Prädominanz der Hoch- und Extremproduktiven auf dem Publikationsmarkt betrifft vor allem die Bücher, weniger dagegen die Publikationen und Artikel: *ein Zehntel* der Doktoren veröffentlichte *ein Drittel* der Publikationen, *ein Viertel* aller Artikel, aber *zwei Drittel* aller Bücher.

Profil 3: Der extremproduktive Bücherschreiber

Neben acht Doktordozenten veröffentlichten nur noch vier weitere Doktoren zehn oder mehr Bücher.

Die Abgabe der Dissertationen der vier Doktoren erfolgte ausschließlich in der Phase 5; das Abgabalter liegt nur in zwei Fällen vor (dort: 39 und 43 Jahre).

Je zwei der Doktoren arbeiteten in einem Forschungsinstitut bzw. an der Universität/Schule.

Die Doktoren haben nur Dissertationsthemen aus dem Bereich der rumänischen Geschichte bearbeitet (nicht in ZGR), die Doktorozenten dagegen vor allem aus dem Bereich der allgemeinen Geschichte (3) und aus dem der MGR (3).

Während die vier Doktoren und fünf Doktorozenten mehr Bücher außerhalb als innerhalb ihres engeren Dissertationsgebietes veröffentlicht haben (1.1:1 bis 6:1), gibt es unter den Doktorozenten drei ausgesprochene Spezialisten für Bücher innerhalb des engeren Dissertationsgebietes (1:2 bis 1:25).

Im allgemeinen Durchschnitt aller Doktoren und Doktorozenten beträgt das Verhältnis von Büchern zu Artikeln 1:4.2. Unter den zwölf Extremproduktiven lassen sich vier hervorragende Bücherspezialisten, die trotz hoher Publikationszahl mehr Bücher als Artikel geschrieben haben, feststellen (1.2:1 bis 12:1); einen, der nur Bücher veröffentlicht hat, gibt es nicht.

Individuelle Gesamtzahl der Publikationen innerhalb und außerhalb des engeren Themengebietes

	innerhalb		außerhalb	
<i>Nullproduktive:</i>	109	(41,0%)	61	(22,9%)
<i>Geringproduktive:</i>	64	(24,0%)	110	(41,4%)
<i>Normalproduktive:</i>	76	(28,6%)	56	(21,1%)
<i>Hochproduktive:</i>	15	(5,7%)	31	(11,6%)
<i>Extremproduktive:</i>	2	(0,7%)	8	(3,0%)
	<hr/>		<hr/>	
	266	100,0%	266	100,0%

Die Gering- und Normalproduktiven weisen überwiegend höhere Anteile von Arbeiten innerhalb ihres Themengebietes an den Gesamtpublikationen auf, dagegen besitzen die Hoch- und Extremproduktiven höhere Anteile an den Arbeiten außerhalb ihres Themengebietes.

Allerdings blieb allgemein die Verwertung der Doktorarbeit resp. der Vor- und Nacharbeiten auf diesem Themengebiet überraschend gering: nur 59% aller Doktoren veröffentlichte überhaupt eine Arbeit in seinem engeren Dissertationsgebiet. Selbst die Doktoren, die auf dem Gebiete ihrer Doktorarbeit etwas veröffentlicht haben, schrieben weit überwiegend nicht mehr als ein bis zwei Arbeiten. Dagegen gibt es hier eine ausgesprochene hoch- und extremproduktive Spezialistengruppe, die nur 6,4% der Doktoren ausmacht und mindestens 15 Publikationen auf dem Gebiete ihrer Doktorarbeit veröffentlicht hat. Daß es sich hier tatsächlich um Spezialisten für kleinere Wissenschaftsbereiche handelt, läßt sich daran ermesen, daß sie trotz ihrer hohen Publikationszahl nur äußerst geringe Anteile an den Arbeiten außerhalb ihrer Doktorarbeit aufweisen. Mehr als drei Viertel aller Doktoren publizierten Arbeiten außerhalb des Gebietes ihrer Doktorarbeit. Die Spitzengruppe bleibt hier wesentlich breiter mit 14,6% (39 Personen), allerdings haben diese Doktoren nur wenig auf dem Gebiete ihrer Doktorarbeit publiziert.

2.3 Regionale Herkunft

Die 39 Doktoren der ersten drei Phasen rekrutierten sich aus nur 12 Regionen mit deutlich erkennbaren Schwerpunkten auf die universitären Regionen Bukarest, Iasi

und Cluj. Nach dem Moratorium der dritten Phase erfolgte seit 1957 eine ständige Erweiterung der Doktorenrekrutierung auf solche Historiker, die aus bisher noch nicht repräsentierten Regionen stammten. In der Phase 4 vermehrte sich die Zahl der Geburtsregionen auf 23, in der Phase 5 auf 39 Geburtsregionen, wobei sich die überproportionale Steigerung in der letzten Phase wesentlich auf die regionale Neugliederung Rumäniens in 40 kleinere Verwaltungseinheiten zurückführen läßt. Am Ende unseres Untersuchungszeitraums wiesen — mit einer Ausnahme — alle rumänischen Gebietsteile mindestens einen promovierten Historiker auf.

Diese ausgewogene Repräsentanz aller Regionen und die auffällige breite Streuung der Doktoren stellt keine wissenschaftsgeschichtliche Zufallsgröße dar, sondern läßt eine gezielte systematische Selektion und Präferenz nach regionalen Gesichtspunkten erkennen. Vier Extremfälle von Regionen, die entgegen der breiten Streuung eine außergewöhnliche Repräsentanz nach 1965 erreichten, machen die Hintergründe dieser Entwicklung sichtbar: Olt (PH4: 1 Promovend; PH 5:10 Promovenden), Suceava (PH4: 1; PH5:10), Vilcea (PH4: 0; PH5:6) und Vrancea (PH4: 0; PH5:4). Um das lange Zeit in Rumänien bestehende Gefälle zwischen weniger- und weiterentwickelten Gebieten auszugleichen, wurden seit Anfang der 1950er Jahre im Rahmen einer umfassenden regionalen Strukturpolitik die weniger entwickelten Gebiete besonders intensiv gefördert; die Gründung z. B. der Universität Craiova in den 1960er Jahren dokumentiert diese Politik auch innerhalb des institutionellen Wissenschaftsbereichs. Die vier beobachteten Extremfälle gehören zu diesen besonders geförderten Gebieten, die erst spät, aber dann vergleichsweise überproportional an der Rekrutierung professioneller Historiker partizipierten.

Mit der Vermehrung der Geburtsregionen ging auch eine offensichtliche Verschiebung zugunsten landgebürtiger Promovenden einher: in der Phase 5, die eine hohe Datendichte aufwies, waren 61% auf dem Lande und nur 39% in den Städten geboren. Entspricht diese Repräsentanz auch besser der gesamtgesellschaftlichen Stadt-Land-Struktur Rumäniens, so zeigt ein Blick auf die angewandten Selektionsprinzipien, nach denen die Doktorväter ihre Doktoranden auswählten, gerade bei den häufigstfrequentierten Doktorväter der Phase 5 eine erstaunliche einseitige Präferenz von landgebürtigen Doktoranden (z. B. keinen stadtgebürtigen, aber neun landgebürtige Doktoranden oder nur einen gegenüber neun).

Daß neben wissenschaftlichen Kriterien auch vordergründig Provenienzkriterien und hintergründig politisch-soziale Kriterien bei der Selektion eine wichtige Rolle gespielt haben, hat nachhaltig auf die Verteilung der Doktorarbeiten nach historischen Sachgebieten gewirkt. Ländliche Herkunft und starke Option besonders für die ZGR, wo 74% der Doktoranden vom Lande stammten, und auch für NGR scheinen signifikant. Die stadtgebürtigen Doktoranden sind dagegen relativ gleichmäßig über die vorhandenen Sachgebiete verstreut und dominieren im Verhältnis zu den landgebürtigen vor allem bei Dissertationen über HWAG (63%) und über AGR (56%). Die landgebürtigen Doktoren weisen eine tendenziell geringere Produktivität auf; gruppenintern sind die Anteile der Null- und Geringproduktiven relativ höher und die der Hochproduktiven relativ geringer als bei den Stadtgebürtigen. Daß zwischen Selektion nach Provenienzkriterien und geringerer wissenschaftlicher Produktivität ein unmittelbarer Zusammenhang besteht, läßt sich vermuten, allerdings nicht mit dem vorhandenen Datenmaterial hinreichend abstützen: denn gerade die Doktoren, die auf dem Lande oder in entlegeneren Regionen geboren wurden, sind vor allem in

Phase 5 — besonders nach 1969 — zahlreich vertreten und somit verstärkt durch die bibliographische Lücke für die Zeit nach 1969 betroffen²⁴.

2.4 Alter

Ogleich in den früheren Phasen die Datendichte partiell relativ niedrig liegt, läßt sich mit Sicherheit ein kontinuierliches Ansteigen des durchschnittlichen Abgabealters feststellen.

<i>Phase 1</i> (1924–1943):	29,3 Jahre
<i>Phase 2</i> (1944–1948):	33,0 Jahre
<i>Phase 3</i> (1949–1956):	36,7 Jahre
<i>Phase 4</i> (1957–1964):	38,1 Jahre
<i>Phase 5</i> (1965–1974):	39,5 Jahre

Die Extremwerte des Abgabealters liegen bei 24 Jahre (PH5: 28 Jahre) und 58 Jahre (PH5: 58 Jahre), der Modalwert beträgt 36 Jahre (PH5: 36 Jahre). Während in den Phasen 1 und 2 alle Dissertationen vor dem Erreichen des 40. Lebensjahres abgegeben wurden, blieben in der Phase 4 schon ein Drittel und in der Phase 5 mehr als die Hälfte der Doktoranden über dieser Altersgrenze. Die Tabelle Nr. 3 zeigt die Produktivität der verschiedenen Abgabealtersgruppen auf; das herausragende Ergebnis stellt die eindeutig geringe Produktivität der Gruppe der 35–39jährigen dar. Da hier keine detaillierte Analyse für alle Alterskohorten unternommen werden kann, beschränken wir uns darauf, den Zusammenhang zwischen geringer Produktivität und anderen Variablen exemplarisch anhand dieser zahlenmäßig stärksten, aber am geringsten produktiven Gruppe zu überprüfen.

Profil 4: Die Abgabealter-Kohorte der 35–39jährigen

Die Kohorte besitzt ausnahmslos die höchsten relativen Anteile an den Nullproduktiven: 30% haben überhaupt keine Publikation veröffentlicht, 70% keine Bücher, 30% keine Artikel, 43% keine Arbeit außerhalb und 52% keine Arbeit innerhalb ihres engeren Dissertationsgebietes. Die Gruppe weist keinen Extrem- und nur drei Hochproduktive auf, ihr Schwerpunkt liegt auf den Geringproduktiven (22 = 41%)²⁵. Das Themengebiet der Dissertation fast der Hälfte dieser Gruppe (48,1%) liegt innerhalb der ZGR bzw. diese Gruppe stellt allein 38,1% aller Doktoranden

24. Der nachträgliche Einbezug der Bibliographie 1969–1974 bestätigt diese Vorsicht, unter Hinzufügung der Publikationen des BRZ 2 verkehren sich — zumindest quantitativ — teilweise die beobachteten Trends: danach weisen die Landgebürtigen nicht nur absolut, sondern auch gruppenintern relativ mehr Normal- und Hochproduktive auf als die Stadtgebürtigen, die offensichtlich an der Verdopplung der Publikationen nur geringer beteiligt waren, allerdings unter den neuen Doktoren deutlich weniger vertreten waren als früher.

25. Unter Einbezug der Bibliographie 1969–1974 verändert sich im Trend nur wenig: verschwinden auch alle Nullproduktiven, so stellen die Geringproduktiven nun die Hälfte der Gruppe, die Normalproduktiven bleiben etwa gleich, dagegen steigt die Zahl der Hochproduktiven auf elf und die der Extremproduktiven auf vier. Die anderen Abgabealtersgruppen weisen nun einen teilweise bedeutend kleineren Anteil an Gering- und Nullproduktiven auf.

Tabelle 3: Abgabealtersgruppen und Produktivität (Publikationen insgesamt)

Abgabealter	Produktivität der Doktoren					davon Frauen
	Null	Gering	Normal	Hoch/ Extrem	Ins- gesamt	
unter 30 Jahre	2 15,4%	5 38,4%	4 30,8%	2 15,4%	13 100,0%	2 6,5%
30 bis 34 Jahre	10 24,4%	19 46,4%	6 14,6%	6 14,6%	41 100,0%	7 22,6%
35 bis 39 Jahre	16 29,6%	22 40,7%	13 24,1%	3 5,6%	54 100,0%	8 25,8%
40 bis 44 Jahre	6 13,3%	26 57,8%	8 17,8%	5 11,1%	45 100,0%	9 29,0%
45 bis 49 Jahre	4 16,0%	12 48,0%	4 16,0%	5 20,0%	25 100,0%	4 12,9%
über 49 Jahre	1 5,9%	5 29,4%	7 41,2%	4 23,5%	17 100,0%	1 3,2%
					195 100,0%	31 100,0%

Zählbasis: 195 bekannte Fälle von 243 Doktoren, bei den Frauen 31 von 39 Fällen.

zur ZGR. Daneben bearbeiteten viele ein Thema aus der AGR (9,3%) und aus dem Bereich HWAG (9,3%). Eine außergewöhnliche breite Steuerung bei den bekannten Geburtsregionen (31 Regionen sind repräsentiert) wird begleitet von einer starken Überrepräsentation der Landgebürtigen (72,2%). Eine kleine Anzahl von Doktorvätern, die bevorzugt im außeruniversitären Bereich tätig waren, betreute ausschließlich nur Doktoranden in diesem Abgabealter. Entgegen der allgemeinen Konzentration der Arbeitsplätze der Doktoranden in Bukarest, arbeiteten zur Zeit der Dissertationsabgabe dort nur zwei Drittel der Gruppenmitglieder, insgesamt arbeiteten sie in acht verschiedenen Regionen. Knapp 70% der Kohorte promovierte in Bukarest. In der Gruppe dominieren eindeutig die Geburtsjahrgänge 1930–1934 (58%), die Jahrgänge 1925–1929 und 1935–1939 sind nur mit jeweils einem Sechstel vertreten, die wenigen älteren Jahrgänge spielen zahlenmäßig keine Rolle.

Bevor wir aus diesen Ergebnissen einer Einzelgruppe allgemeine Schlüsse ziehen, soll noch das Geburtsalter der Doktoranden mit in die Betrachtung einbezogen werden. Die Verteilung der verschiedenen Geburtsjahrgangsgruppen ist in Tabelle Nr. 4 dargestellt. Mit Vorbehalt aufgrund der nur 80%-Quellenbasis dominieren allgemein die Geburtsjahrgänge 1925–1929 (28%), 1930–1934 (22%) und 1935–1939 (14%), d. h. zwei Drittel der heutigen promovierten Historiker in Rumänien gehören zu diesen Jahrgangsgruppen bzw. ihr Alter schwankte am Ende unseres Untersuchungszeitraums zwischen 35 und 49 Jahren, vorausgesetzt, daß niemand davon bis dahin verstorben war. Sieht man von den Doktordozenten ab, die durchgängig zu den älte-

Tabelle 4: Verteilung der Doktoren nach Geburtsjahrgangsgruppen

Geburtsjahrgangskohorte	Lebensalter 1974	Ins-gesamt	Mit Pro-motion in PH 5	Mit Pro-motion in PH 4	Abgabealter 35-39 Jahre	Frauen
vor 1905	älter 69	3 1,5%	0 0,0%	1 4,2%	1 1,8%	0 0,0%
1905-1909	65-69	7 3,6%	0 0,0%	1 4,2%	3 5,6%	0 0,0%
1910-1914	60-64	11 5,6%	2 1,4%	1 4,2%	2 3,7%	1 3,2%
1915-1919	55-59	16 8,2%	9 6,1%	0 0,0%	0 0,0%	3 9,7%
1920-1924	50-54	25 12,8%	19 12,9%	5 20,8%	0 0,0%	3 9,7%
1925-1929	45-49	54 27,7%	38 25,8%	16 66,6%	8 14,8%	8 25,8%
1930-1934	40-44	43 22,1%	43 29,3%	0 0,0%	31 57,4%	10 32,3%
1935-1939	35-39	27 13,9%	27 18,4%	0 0,0%	9 16,7%	6 19,3%
1940 und jünger	unter 35	9 4,6%	9 6,1%	0 0,0%	0 0,0%	0 0,0%
Insgesamt		195 100,0%	147 100,0%	24 100,0%	54 100,0%	31 100,0%

ren Jahrgängen zählen und teilweise schon verstorben sind, sind sowohl die jüngeren als auch die älteren Jahrgänge nur relativ schwach repräsentiert.

Neben den erstaunlichen späten Promotionen der Über-50jährigen in der Phase 5, die oben schon als überdurchschnittlich produktiv ausgewiesen worden sind, und der starken Zunahme der Geburtsjahrgänge 1925-1929 in den Phasen 4 und 5, kann als herausragendes Ergebnis der Phase 5 das Anwachsen der Jahrgänge 1930-1934 angesehen werden: waren diese Jahrgänge bis einschließlich der Phase 4 (soweit bekannt) überhaupt nicht vertreten, promovierten in Phase 5 allein 43 Historiker aus dieser Jahrgangsgruppe, die damit knapp drei Zehntel aller in Phase 5 rekrutierten Historiker-Doktoren repräsentierten. Die Geburtsjahrgangsgruppe 1930-1934 profitierte stark demnach von der beschleunigten Vermehrung der Doktoren in Phase 5. Die mehrheitliche Kongruenz dieser Jahrgangsgruppe mit der Abgabealtersgruppe der 35-39jährigen ergibt für diese Jahrgänge tendenziell ähnliche Ergebnisse.

Für die altersmäßige und für die regionale Selektion der promovierten Historiker in Rumänien bieten sich als Erklärungen weit mehr politische und weniger wissenschaftsbezogene Rekrutierungskriterien an. Neben der wissenschaftlichen Produktivität scheinen allgemeine Kriterien wie „Bewährung“, „Seniorität“ und altersbedingter Aufstieg entscheidende Bedeutung zu besitzen, insgesamt tritt der Nachweis wissenschaftlicher Qualifikation in Form von Veröffentlichungen dagegen zurück. Dieser Typ des promovierten Historikers, den wir wegen der besonderen Art seiner Selektion als „tendenziell politisch“ charakterisieren wollen, erfuhr in der Phase 5 augenscheinlich eine intensivere Förderung. Das relative Zurückdrängen des anderen Typs des promovierten Historikers, den wir als „tendenziell wissenschaftlich-produktiv“ charakterisieren wollen, läßt erwarten, daß die durchschnittliche Produktivität der promovierten Historiker längerfristig dadurch beeinträchtigt wird sowohl quantitativ als auch qualitativ.

2.5 Frauen

Die in den sozialistischen Staaten rechtlich garantierte besondere staatliche und gesellschaftliche Förderung der Frau — vor allem bei ihrer beruflichen Qualifikation und bei ihrer geistigen Entfaltung — ließe zumindest eine angemessene Repräsentation der Frauen unter den promovierten Historikern in Rumänien erwarten. Diese Erwartung wird nicht erfüllt; um das Analyseergebnis gleich vorwegzunehmen: in Rumänien bleiben die Frauen mit einem Anteil von nur 16% an den Doktoren der Geschichtswissenschaft deutlich unterrepräsentiert. 1928 promovierte die erste Frau in der Geschichtswissenschaft, insgesamt promovierten nur 39 Frauen im gesamten Untersuchungszeitraum. Vor der staatlichen Neugründung Rumäniens erreichten die Frauen immerhin einen Anteil von 24%; nachdem in PH2, der staatlichen Konstituierungsphase, ausschließlich Männer promoviert hatten (w:0, m:10), stieg der Frauenanteil von 13% (PH3, w:1, m:8), über 14% (PH4, w:5, m:33) auf 17% (PH5, w:28, m:166) an. Offensichtlich waren die Frauen ebenfalls an dem Promotionsboom der Jahre 1970–1972 beteiligt: allein 44% (= 17) aller Frauen promovierte in diesen drei Jahren. Dennoch verbesserte sich der Frauenanteil nur wenig, denn analog dazu erfolgte eine entsprechende Steigerung der Zahl der männlichen Promovenden.

Der verfügbare Datensatz bietet nur wenige Hinweise zur Erklärung dieser Unterrepräsentation. Vordergründig läßt sich der geringe Frauenanteil stringent mit zwei Variablenfeldern in einen Zusammenhang bringen: die eigentümliche Promotionspolitik der rumänischen Großordinarien in der Geschichtswissenschaft und die geringe wissenschaftliche Produktivität der promovierten Historikerinnen. Im Vergleich mit den zahlreichen anderen Doktorvätern, die durchschnittlich ein bis vier Doktoranden betreuten, tragen vor allem jene fünf schon oben erwähnten höchstfrequentierten Doktorväter zur quantitativen Unterrepräsentation der Frauen bei: diese fünf (männlichen) Großordinarien promovierten in PH5 insgesamt 68 Historiker (das sind 41% aller Promovenden in PH5), darunter befanden sich nur acht Frauen (das sind 12% von 68), wobei zwei Großordinarien überhaupt keine Frauen promovierten. Was insbesondere die beiden letztgenannten Doktorväter zu ihrem Verhalten bewegte, darüber gibt unser Datensatz keine Auskunft. Der zweite Zusammenhang betrifft die Wissensproduktion der rumänischen Historikerinnen; alle drei quantitativen Publi-

kationsindikatoren signalisieren eine deutlich geringere Produktivität der Frauen im Vergleich mit ihren männlichen Kollegen:

- *überdurchschnittlicher hoher Anteil der Frauen an den Nullproduktiven:*
Drei Viertel aller Frauen haben kein Buch (w: 72%, m: 55%), ein Viertel hat keinen Artikel (w: 23%, m: 16%) und ein Fünftel hat weder ein Buch noch einen Artikel (w: 21%, m: 16%) veröffentlicht.
- *unverhältnismäßig geringer Anteil der Frauen an den Hochproduktiven:*
Nur eine Frau gehört bei den Büchern (w: 2%, m: 6%), vier Frauen gehören bei den Artikeln (w: 10%, m: 17%) und zwei Frauen bei den Gesamtpublikationen (w: 5%, m: 15%) zu den hochproduktiven Autoren.
- *kein Anteil der Frauen an den Extremproduktiven:*
(bei den Männern dagegen: 5% bei Büchern, 6% bei Artikeln und 4% bei den Gesamtpublikationen).

Über die Ursachen dieser geringen Produktivität sagen die verfügbaren Zahlen unseres Datensatzes nichts.

Profil 5: Die promovierten Historikerinnen

Unter den Geburtsregionen gibt es nur beachtenswerte Häufungen für Bukarest (8 = 21%) und Vilcea (4 = 10%), sonst sind die Geburtsregionen stark gestreut. Auffällig die Dominanz der stadtgebürtigen (58%) gegenüber den landgebürtigen (42%) Frauen, wobei damit das Verhältnis bei den Männern (37% zu 63%) fast umgekehrt ist. Die Abgabealters-Kohorte der 40–44-jährigen (9 von 45 = 20%) weist den höchsten Frauenanteil auf, ansonsten streut der Frauenanteil zwischen 15% und 17% nur bei der Abgabealters-Kohorte der über 49-jährigen sind die Frauen kaum (1 von 16 = 16%) vertreten.

Die Geburtsjahrgangs-Kohorte 1930–1934 (vgl. die Analyse oben) weist mit 23% und die 1935–1939 mit 22% die höchsten Frauenanteile auf.

Auch die Zuordnung der Dissertationen nach Themengebiete erweist eine deutliche geschlechtsspezifische Differenzierung: überdurchschnittliche Frauenanteile gab es in AGR (26%; w:5, m:12) und in HWAG (21%; w:7, m:27); unterdurchschnittliche Anteile gab es in NGR (11%; w:6, m:48) und in MGR (9%, w:5, m:49); nur in der ZGR (17%; w:14, m:67) gab es eine dem Gesamtanteil der Frauen entsprechende Repräsentation.

Ein gutes Drittel der Frauen (36%) arbeitete bei Abgabe der Dissertation an einem Forschungsinstitut und eine weiteres knappes Drittel (31%) an Universität/Schule mit Arbeitsplatz in Bukarest (72%). Ähnlich wie bei den Männern dominierte bei weitem als Abgabeuniversität Bukarest (65%), mit großem Abstand gefolgt von den Universitäten Cluj (13%) und Jasi (8%).

Diese starke Unterrepräsentation von Frauen in dem wissenschaftlichen Personal der Geschichtswissenschaft stellt keineswegs ein Sonderphänomen Rumäniens dar. Erste Untersuchungen in den westlichen Ländern haben eine ähnliche Diskriminierung von Frauen in akademischen Berufen im allgemeinen und in der Geschichtswissenschaft im besonderen erwiesen²⁶. Der Frauenanteil betrug z. B. in den USA bei den Universitätslehrern der Geschichtswissenschaft mit Promotion 12% (1977) und in der Bundesrepublik beim geschichtswissenschaftlichen Hochschulpersonal 13% (1977). Unmittelbar vergleichbar mit dem 16%-Frauenanteil in Rumänien ist das Ergebnis

26. Vgl. Puhle, H.-J., Warum gibt es so wenige Historikerinnen? Zur Situation der Frauen in der Geschichtswissenschaft, in: *Geschichte und Gesellschaft* 7 (1981), S. 364–383 (zitierte Frauenanteile: S. 370f.).

für die Bundesrepublik für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg: hier hat man als Frauenanteil an den Promotionen der Geschichtswissenschaft ca. 15% errechnet, mithin nahezu den gleichen Anteil wie in Rumänien. Im Verhältnis zu anderen Disziplinen der Geistes- und Sozialwissenschaften blieb die Geschichtswissenschaft — trotz der allmählichen Erhöhung des Frauenanteils — bislang eine ausgesprochene Männerdomäne. Die Ursachen dieser geschlechtsspezifischen Eigentümlichkeit der Geschichtswissenschaft, die nicht auf Rumänien und auf die Bundesrepublik beschränkt ist, sind wohl ansatzweise diskutiert, aber bisher nur wenig konkret er-

Tabelle 5: Dissertationen nach Themengebieten 1924–1974

Themen- gebiet	PH 1	PH 2	PH 3	PH 4	PH 5	PH 1 bis PH 5	BRZ 1 und BRZ 2	Mit Doktor- dozenten	Frauen
Theorie, Philosophie, Historiographie	2 9,5%	0 0,0%	0 0,0%	1 2,6%	0 0,0%	3 1,3%	1 0,5%	3 1,1%	1 2,6%
AGR	0 0,0%	0 0,0%	0 0,0%	1 2,6%	16 9,6%	17 7,0%	17 7,7%	19 7,2%	5 12,8%
MGR	6 28,6%	5 50,0%	4 50,0%	7 18,4%	27 16,3%	49 20,2%	43 19,4%	54 20,3%	5 12,8%
NGR	3 14,3%	3 30,0%	2 25,0%	6 15,8%	40 24,1%	54 22,3%	50 22,9%	54 20,3%	6 15,4%
ZGR	0 0,0%	0 0,0%	1 12,5%	20 52,7%	59 35,6%	80 33,0%	80 36,0%	81 30,5%	14 35,9%
RG mehrerer Perioden	2 9,5%	1 10,0%	0 0,0%	0 0,0%	6 3,6%	9 3,8%	7 3,1%	9 3,4%	0 0,0%
AUG	1 4,8%	0 0,0%	0 0,0%	0 0,0%	0 0,0%	1 0,4%	0 0,0%	2 0,7%	0 0,0%
MUG	1 4,8%	0 0,0%	0 0,0%	1 2,6%	1 0,6%	3 1,3%	2 0,9%	5 1,9%	0 0,0%
NUG	0 0,0%	0 0,0%	0 0,0%	0 0,0%	0 0,0%	0 0,0%	0 0,0%	1 0,4%	0 0,0%
ZUG	0 0,0%	0 0,0%	0 0,0%	0 0,0%	1 0,6%	1 0,4%	1 0,5%	1 0,4%	0 0,0%
UG mehrerer Perioden	1 4,8%	0 0,0%	0 0,0%	0 0,0%	0 0,0%	1 0,4%	0 0,0%	1 0,4%	1 2,6%
HWAG	4 19,0%	1 10,0%	1 12,5%	2 5,3%	16 9,6%	24 9,9%	20 9,0%	34 12,9%	7 17,9%
TOTAL	20* 95,3%	10 100,0%	8 100,0%	38 100,0%	166 100,0%	243 100,0%	222 100,0%	266 100,0%	39 100,0%

* Hinzu kommt eine Dissertation mit unbekanntem Themengebiet

forscht worden; an der geschlechtsspezifischen Differenzierung der Historiker wird sich in nächster Zukunft wohl wenig ändern.

2.6 Themengebiete

Bei der Darstellung der Ergebnisse müssen folgende Bedingungen beachtet werden. Einem Vergleich zwischen der allgemeinen Publikationsstruktur und der quantitativen Verteilung der Dissertationen nach bearbeitetem Themengebiet liegen zwei verschiedene analytische Ebenen zugrunde, ein solcher Mehrebenenvergleich läßt sich nur mit Vorsicht anhand exakter Prozentzahlen durchführen. Wenn auch ein solcher Prozentzahlenvergleich in der Folge versucht wird, so sollen grundsätzlich nur die dadurch ausgedrückten Trends miteinander verglichen werden. Ein unmittelbarer Vergleich der allgemeinen Publikationsstruktur mit der der Veröffentlichung der Doktoren muß mit den schon oben genannten Beeinträchtigungen rechnen, die sich aus unserer vereinfachten Erhebungsmethode ergeben.

Tabelle 6: Anteil der wichtigsten Doktorengruppen an der Gesamtzahl der von allen Doktoren veröffentlichten Publikationen, Artikel und Bücher (BRZ 1) (einschließlich der Doktordozenten)

Doktoren mit Themengebiet	Publikationen	Bücher	Artikel	Gruppenanteil an Doktoren insgesamt
AGR	8,1%	8,0%	8,1%	7,2%
MGR	22,5%	28,1%	21,4%	20,3%
NGR	16,6%	16,8%	16,5%	20,3%
ZGR	18,4%	7,8%	20,6%	30,5%
HWAG	21,3%	15,9%	22,3%	12,9%
Andere	13,1%	23,4%	11,1%	8,8%
	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Die promovierten Historiker wiesen im BRZ 1 insgesamt 2828 Publikationen auf (= 36,7% aller Publikationen im BRZ 1), im BRZ 2 insgesamt 2840 (= 28,6% aller Publikationen im BRZ 2), in beiden Berichtszeiträumen 5468 Publikationen (= 31,0% in BRZ 1 und 2). Der Vermehrung der Gesamtpublikationen um mehr als das Doppelte im BRZ 2 stand ungefähr eine Verdopplung sowohl der Zahl der promovierten Historiker als auch der von diesen veröffentlichten Arbeiten gegenüber.

Die Gliederung der Dissertationsthemen nach den größeren Teilgebieten dokumentiert eine noch stärkere Dominanz der Arbeiten zur RG, als wir sie oben bei den

Gesamtpublikationen schon aufgezeigt haben. Mit Ausnahme der PH1 schwankt in den anderen vier Phasen der Anteil solcher Dissertationsthemen zur RG ständig zwischen 86,6% und 90,0% aller abgegebenen Dissertationen. Nur unter Einbezug der Doktorarbeiten der Doktordozenten, die ihre Arbeit in der Regel noch vor 1944 abgegeben haben, sinkt der Anteil auf immer noch hohe 81,6% (PH1-5), mithin weisen die Dissertationsthemen der Doktordozenten eine breitere Streuung auf als bei den anderen Doktoren. Während der Anteil der Publikationen zur RG an den Gesamtpublikationen im BRZ 2 zurückging, stieg dagegen der Anteil der abgegebenen Dissertationen zur RG noch deutlich an: von 86,6% (BRZ 1) auf 89,3% (BRZ 2). Die Universalgeschichte blieb dagegen unter den Dissertationen der Doktoren nur mit 2,4% aller Doktorarbeiten (PH1-5) und unter Hinzuziehung der Arbeiten der Doktordozenten mit 3,8% (PH1-5) unterrepräsentiert, wenn man sie mit dem allgemeinen Anteil der UG an den Gesamtpublikationen vergleicht. Wohl etwas stärker, aber auch nicht ihrem allgemeinen Publikationsanteil angemessen waren die Dissertationen in HWAG vertreten.

Profil 6: Promovenden in Hilfswissenschaften/Andere Gebiete

Allein zehn Doktordozenten bearbeiten ein Dissertationsthema aus diesem Bereich. Fast ein Drittel der Doktoren rekrutierte sich aus der Abgabekohorte der 45-49jährigen; die Geburtsjahrgangskohorte 1925-1929 (25%) und 1920-1924 (21%) dominieren. Hier findet sich die höchste Repräsentanz von stadtgebürtigen Doktoren. Die Hälfte der Doktoranden arbeitet z. Z. der Dissertationsabgabe in Forschungsinstituten. Die HWAG-Promovenden zeichnen sich durch eine überdurchschnittlich hohe Produktivität aus: starke Überrepräsentation bei den Anteilen an der Gesamtproduktion aller Doktoren (Publ.: 21%, Bücher: 16%, Art.: 21%), höchste Zahl von extremproduktiven Autoren. Die zehn hoch- bzw. extremproduktiven Autoren beherrschen mehr als die Hälfte des internen HWAG-Publikationsmarkts (Publ.: 57%, Bücher: 59%, Art.: 56%).

Die Dissertationen mit allgemeinen Themen zur RG sind mit einem Anteil von 4,9% aller Doktorarbeiten (PH1-5) im Vergleich mit dem Anteil an den Gesamtpublikationen überrepräsentiert, verdeutlichen aber u. E. trotzdem ein allgemeines Defizit an derartigen Dissertationen, wobei allerdings gerade in PH5 mit sechs Doktorarbeiten zur RG mehrerer Perioden begonnen wurde, diesen Mangel teilweise zu beseitigen. Die zahlenmäßig unbedeutende Rolle der UG bestätigt sich auch hier: nur eine einzige Dissertation, die zudem vor 1944 geschrieben worden ist, beschäftigt sich mit einem allgemeinen Thema der UG. Auffällig dabei bleibt auch, daß nicht ein einziger Doktordozent sich unter den Doktoranden mit solchen allgemeinen Themen befand.

Sieht man von zwei Doktordozenten ab, dann wurde erst 1963 die erste Dissertation zur AGR abgegeben; nach einer längeren Pause wurden jedoch — stark forciert seit 1970 — 16 weitere Doktorarbeiten zur AGR angenommen. Das völlige Defizit an Dissertationen vor 1970 widerspricht dem hohen Anteil der Arbeiten zur AGR an den Gesamtpublikationen (PH2-5: 11,9%); mit einem Anteil von nur 7,2% (PH1-5, einschl. der Doktordozenten) bleiben die Dissertationen deutlich unterrepräsentiert, erklären aber u. a. die Steigerung des Anteils der Arbeiten zur AGR an den Gesamtpublikationen vom BRZ 1 zum BRZ 2.

Zur Universalgeschichte des Altertums liegen nur zwei Dissertationen (darunter ein Doktordozent) vor, allerdings beide noch vor 1944.

Profil 7: Die Promovenden der Alten Geschichte Rumäniens

Die Abgabealters-Kohorten der 35–39jährigen (32%) und der 30–34jährigen (25%) dominieren. Die AGR-Doktoranden arbeiteten z.Z. der Dissertationsabgabe überwiegend (59%) an Forschungsinstituten. Ihre regionale Herkunft ist mehrheitlich (56%) städtisch. Die AGR-Promovenden sind durch eine ausgeglichene relative Produktivität gekennzeichnet: nur eine leichte Überrepräsentation bei den Anteilen an der Gesamtproduktion aller Doktoren (Publ.: 8%, Bücher: 8%, Art.: 8%). Wie in keinem anderen Fach wird allerdings der interne AGR-Publikationsmarkt von nur vier extremproduktiven Autoren weitgehend monopolisiert (Publ.: 60%, Bücher: 82%, Art.: 56%)!

Die erste uns bekannte Doktorarbeit wurde 1924 über ein Thema der MGR verfaßt. Bis 1965 lassen sich wohl keine besonderen Abgabehäufungen erkennen, doch wurden über alle vier Phasen hinweg mit einigen Unterbrechungen regelmäßig ein bis zwei Doktorarbeiten zur MGR abgegeben. Dementsprechend wurden auch schon fast die Hälfte aller Dissertationen zur MGR (46,0%, einschl. der Doktordozenten sogar weit mehr als die Hälfte) vor PH5 angenommen. Verglichen mit dem Anteil der Arbeiten zur MGR an den Gesamtpublikationen (PH2–5: 9,3%) sind diese Doktorarbeiten erstaunlich überrepräsentiert (PH1–5, einschl. der Doktordozenten: 20,3% aller Dissertationen!). Die Hälfte aller Dissertationen zur UG entfielen auf das Mittelalter (drei und zwei Doktordozenten = 1,9% aller Dissertationen), die Abgabe blieb über drei Phasen verstreut; verglichen mit dem Anteil der Arbeiten zur UG des Mittelalters an den Gesamtpublikationen (PH2–5: 1,1%) blieb dieser Themenbereich leicht überrepräsentiert.

Profil 8: Die Promovenden der Mittelalterlichen Geschichte Rumäniens

Alle Abgabealters-Kohorten sind relativ gleichmäßig vertreten, nur die der 40–44jährigen (25%) ist etwas stärker repräsentiert; dagegen dominieren die MGR-Promovenden stark in der Kohorte der Unter-30jährigen (39% der Kohorte, fast alle in PH1) und leicht in der Kohorte der 45–49jährigen (24% der Kohorte). Der hohen Zahl von MGR-Dissertationen in der PH1 entspricht erwartungsgemäß eine hohe Repräsentanz der Geburtsjahrgänge vor 1910, d.h. daß möglicherweise schon vom fortgeschrittenen Alter her MGR-Doktoren inzwischen verstorben oder nicht mehr wissenschaftlich tätig sind; ein Fünftel der MGR-Doktoren (20%) rekrutiert sich aus den Geburtsjahrgängen 1925–1929. Die MGR-Promovenden promovierten überdurchschnittlich häufig an der Universität Cluj (28% aller MGR-Dissertationen). Die Gruppe wird durch eine überdurchschnittlich hohe relative Produktivität charakterisiert: leichte Überrepräsentation bei den Anteilen an den Gesamtpublikationen aller Doktoren (23%) und an den Gesamtartikeln (22%), aber stark bei den Gesamtbüchern (28%). Eine relativ breite Hoch- und Extremproduktiven-Gruppe (11 = 20% aller MGR-Promovenden) beherrscht den fachinternen MGR-Büchermarkt zu drei Vierteln (73%!) (dagegen: Publ.: 54%, Art.: 49%).

Die erste Arbeit zur NGR wurde erst 1936 registriert (ohne Doktordozenten); seit 1947 erfolgte eine relativ regelmäßige Abgabe von ein bis zwei Doktorarbeiten ohne größere Häufigkeit; drei Viertel aller Dissertationen zur NGR entfallen auf PH5. Mit insgesamt 54 Dissertationen (= 20,3% aller Dissertationen, einschl. der Doktordozenten) erreicht die NGR denselben Anteil wie die MGR und ist — verglichen mit dem Anteil der Arbeiten zur NGR an den Gesamtpublikationen — nicht ganz so hoch, aber deutlich überrepräsentiert. Nur eine einzige Doktorarbeit zur UG der Neuzeit (durch einen Doktordozenten) liegt vor.

Profil 9: Die Promovenden der Neueren Geschichte Rumäniens

Die Abgabealters-Kohorte der 40–44-jährigen stellt das Hauptkontingent (33%) dieser Gruppe, wobei die Geburtsjahrgänge 1925–1929 am stärksten (30%) repräsentiert sind. Über zwei Drittel (68%) der NGR-Doktoren sind ländlicher Provenienz. Die NGR-Doktoranden arbeiteten z. Z. der Dissertationsabgabe am häufigsten (42%) an Universitäten/Schulen; die Promotion erfolgte überdurchschnittlich oft in Bukarest. Die NGR-Promovenden weisen nur eine geringe relative Produktivität auf: starke Unterrepräsentation bei den Anteilen an den Gesamtpublikationen aller Doktoren (Publ.: 17%, Bücher: 17%, Art.: 17%). Es sind nur sechs hoch- bzw. extremproduktive Autoren vorhanden, die nur gering den fachinternen NRG-Publikationsmarkt beherrschen (Publ.: 36%, Bücher: 49%, Art.: 34%).

Die erste Abgabe einer Dissertation zur ZGR erfolgte 1955, seit 1957 wurden kontinuierlich Doktorarbeiten zur ZGR abgegeben. Drei Viertel aller ZGR-Arbeiten (74,7%) wurden in der PH5 angenommen. Die ZGR wurde am häufigsten als Themengebiet von Dissertationen gewählt (81 = 30,5% aller Dissertationen) und ist — verglichen mit dem Anteil der Arbeiten zur ZGR an den Gesamtpublikationen — total überrepräsentiert.

Profil 10: Die Promovenden der Zeitgeschichte Rumäniens

Die Abgabealters-Kohorte der 35–39-jährigen dominiert bei weitem (38% aller ZGR-Doktoren), wobei die Geburtsjahrgangs-Kohorten 1930–1934 (38%) und 1925–1929 (28%) am häufigsten vertreten sind. Die Gruppe weist die höchste Repräsentanz (73%) an landgebürtigen Doktoren auf; sechs Geburtsregionen stellen ausschließlich Doktoren der ZGR, 18 ausschließlich der ZGR und NGR. Die Arbeitsplätze der ZGR-Doktoranden fanden sich vorwiegend an den Universitäten/Schulen (38%); aber die Hälfte der staatlichen Stipendiaten (15) wählte ein Thema aus der ZGR. Es bestand eine deutliche Abgabepreferenz für Bukarest, weniger für Cluj. Die ZGR-Promovenden sind durch die geringste relative Produktivität gekennzeichnet: extreme Unterrepräsentation bei den Anteilen an den Gesamtpublikationen aller Doktoren (Publ.: 18%, Bücher: 8%, Art.: 21%). Die vier vorhandenen hoch- bzw. extremproduktiven Autoren beherrschen nur gering den fachinternen ZGR-Publikationsmarkt (Publ.: 26%, Bücher: 49%, Art.: 24%).

Wie schon oben bemerkt, zählte der Bereich „Geschichte der Kultur etc.“ nicht zu den Themenbereichen der Dissertationen, demgemäß wurden auch keine Doktorarbeiten darüber angefertigt. Sollten professionelle Historiker über derartige Themen gearbeitet haben, so zählten solche Publikationen in jedem Fall zu den Arbeiten außerhalb ihres engeren Dissertationsgebiets. Das praktizierte Promotionssystem trug den tendenziellen Veränderungen innerhalb der Publikationsstruktur bislang noch nicht Rechnung, eine geschichtswissenschaftliche Dissertation im interdisziplinären Rahmen war bisher nicht möglich.

3. Schlußfolgerungen

Obgleich die besonderen politisch-sozialen Verhältnisse in Rumänien der nationalen Geschichtswissenschaft ihr Eigentümliches Gepräge verliehen haben, wurde in unserer Untersuchung deutlich, daß die rumänische Geschichtswissenschaft durchaus als ein Bestandteil des modernen Systems der Wissenschaft gelten kann. Die Wirksam-

keit charakteristischer Elemente dieses allgemeinen Systems konnte nachgewiesen werden, so u.a. die zunehmende Professionalisierung der Wissenschaft, das exponentielle Wachstum der Veröffentlichungen und die Polarisierung bzw. tendenzielle Monopolisierung des Publikationsmarkts durch hoch- und extremproduktive Autoren. Neben der Wirksamkeit allgemeiner Faktoren konnten wir zahlreiche Besonderheiten in der historischen Entwicklung der rumänischen Geschichtswissenschaft bestimmen:

(1) Wachstum des Wissenschaftspersonals

Die beschleunigte Rekrutierung des promovierten Nachwuchses zeigt die steuernden Eingriffe des Staates an. In den vier frühen Phasen wurden nur relativ wenige Historiker promoviert (durchschnittlich ein bis zwei Personen pro Jahr), was sicher nicht den steigenden Bedarf an professionellen Historikern decken konnte; die dafür vorgesehenen Positionen innerhalb des Wissenschaftspersonals mußten teilweise mit nichtpromovierten Historikern besetzt werden. Dieser Mangel an derartigem Wissenschaftspersonal wurde innerhalb der letzten Phase in nur wenigen Jahren behoben. Die Zahl der Promotionen hatte in den Jahren 1970 (31 Prom.), 1971 (32 Prom.) und 1972 (26 Prom.) ihren absoluten Höchstpunkt erreicht, seitdem ist die Zahl der Promotionen rapide gesunken und hatte im letzten Beobachtungsjahr 1974 mit nur 4 Promotionen einen relativen Tiefpunkt erreicht. Insgesamt läßt sich aus dieser zahlenmäßigen Entwicklung eine vorläufige Sättigung des geschichtswissenschaftlichen Subsystems mit promovierten Historikern erkennen. Daraus lassen sich vor allem zwei wichtige (heute retrospektive) Prognosen für die Entwicklung der rumänischen Geschichtswissenschaft seit 1974 stellen:

- Für die nächsten Jahre läßt sich nur noch eine stark reduzierte Promotionszahl erwarten, da offensichtlich nur noch ein geringer Bedarf an derartig qualifizierten Kräften besteht. Die Verfestigung des Wissenschaftspersonals läßt aber zugleich erwarten, daß sich zumindest in den nächsten Jahren die Strukturen und Tendenzen, wie wir sie für die Zeit bis 1974 beobachten konnten, perpetuieren und nur wenig modifiziert auch für die weitere Entwicklung Gültigkeit besitzen.
- Das Abgabearter der promovierten Historiker stieg in den einzelnen Phasen kontinuierlich an, in der geringen Rekrutierungsquote der Phasen 1 bis 4 konnten wir dafür einen wichtigen Grund ausmachen; auch für die nächste Zukunft läßt sich keine Senkung des Abgabearters prognostizieren. Die verfügbaren Positionen des Wissenschaftspersonals werden mehrheitlich von heute 35- bis 50jährigen Wissenschaftlern eingenommen, ein altersmäßiges Ausscheiden dieser Majorität aus dem Wissenschaftspersonal ist nur längerfristig zu erwarten. Die Chancen für jüngere Historiker, in das Wissenschaftspersonal aufzurücken, bleiben stark eingeschränkt; ähnlich wie in der Zeit vor 1966 werden sie gleichsam in den Wartestand versetzt, allerdings bei weit geringerem Angebot an disponiblen Positionen, die auch ohne Promotion verwaltet werden können. Wissenschaftliche Innovationsimpulse, wie sie beispielsweise durch die Rekrutierung junger Wissenschaftler ausgelöst werden können, bleiben unter diesen Umständen aus oder sind selten.

(2) Selektionsmuster

Wir haben oben gezeigt, daß das praktizierte Selektionsmuster für Doktoranden — besonders in seiner „tendenziell-politischen“ Variante — oft nicht in einer unmittel-

baren Konkordanz mit einer adäquaten umfangreicheren wissenschaftlichen Produktivität stand und daß die beobachtete Polarisierung innerhalb der Publikationsstruktur (allerdings nach Teilbereichen unterschiedlich) hier eine ihrer Wurzeln hat. Der gesteuerte regionale Pluralismus und die damit verbundene Präferenz landgebürtiger Doktoranden trug zur Erhöhung des Abgabalters und zur Senkung der durchschnittlichen Produktivität bei, er zeigt zugleich einen zentralen Aspekt der Interdependenz von Gesellschaft und Geschichtswissenschaft auf.

(3) Förderungsschwerpunkte

Diese Interdependenz wirkte intensiv auf die Publikationsstruktur und auf die Zahl und Themenwahl der promovierten Historiker ein und führte zu einer Ungleichgewichtigkeit des Subsystems Geschichtswissenschaft. Die nachhaltige Förderung des Staates galt besonders in der letzten Phase den Forschungen auf dem Gebiete der ZGR und NGR, das Maß der Förderung stand — im Sinne der wissenschaftlichen Kompetenz und Produktivität — in keinem ausgewogenen Verhältnis zu den dadurch erzielten Ergebnissen. Verglichen z. B. mit der Forschung auf dem Gebiete der MGR, fehlten hier Stabilität, Kontinuität und eine innere Balance der Entwicklung.

(4) Forschungsdefizit

Als ein bemerkenswertes Defizit innerhalb der Publikationsstruktur konnten wir den Mangel an generalisierenden und synthetisierenden Arbeiten nachweisen, vor allem für die Einzelperioden und für mehrere Perioden, für die Geschichte Rumäniens und die Universalgeschichte und schließlich für die Theorie, die Historiographie und die Philosophie der Geschichte bzw. Geschichtswissenschaft. Das praktizierte Promotionssystem in Rumänien, das eine Themenwahl nach Perioden favorisiert, hat zu diesem Defizit beigetragen.

(5) Innerer Wandel und Notwendigkeit der Anpassung

Wollen wir auch die oben genannten Einschränkungen beachten, so verdeutlicht das Wachstum und der hohe Anteil der Veröffentlichungen zur „Geschichte der Kultur etc.“ das Vorhandensein und die Wirksamkeit eines modernen thematischen Potentials der aktuellen rumänischen Geschichtswissenschaft im interdisziplinären Rahmen. Dieser offensichtliche Wandlungsprozeß läßt sich eher als das Ergebnis einer eigenen autonomen Bewegung der Geschichtswissenschaft verstehen und sollte u. E. durch eine Anpassung des Promotionssystems an die veränderten Verhältnisse begleitet werden. Die thematische Fixierung von Dissertationen auf engumgrenzte Teilbereiche müßte einer grundsätzlich breiteren Auffächerung der Promotionsgebiete nach wenigen Hauptbereichen weichen: dazu bieten sich einerseits die Geschichte Rumäniens und die Universalgeschichte an und andererseits der weite interdisziplinäre Forschungsbereich. Diese Anpassung wird sich allerdings in Rumänien — bei gegebener Struktur — nur längerfristig verwirklichen lassen, da — wie wir oben gezeigt haben — das wissenschaftliche Personal noch nach dem traditionellen Promotionssystem ausgebildet und rekrutiert worden ist, so daß den Anpassungsnotwendigkeiten ein Mangel an entsprechend geschultem Lehrpersonal gegenüber steht.

Wenn auch im beschränkten Rahmen dieses Aufsatzes aus der Vielfalt der gewonnenen Analyseergebnisse nur einige wichtige Aspekte vorgestellt werden konnten, so

haben unsere Resultate hinreichend gezeigt, daß eine quantitative Analyse sowohl anhand des Publikationsindikators als auch anhand von persönlichen Daten der promovierten Historiker auf dem Gebiete der Geschichtswissenschaft angewandt werden kann. Die von uns ausgearbeiteten und angewandten methodischen Ansätze, deren Implikationen wir nach Möglichkeit genannt haben, können durchaus als allgemeiner Rahmen eines Analysenmodells betrachtet werden, das künftigen Analysen über die Verhältnisse innerhalb der Geschichtswissenschaft anderer Länder als Anregung dienen kann²⁷.

Abkürzungsverzeichnis

<i>RG</i>	Rumänische Geschichte	<i>ZUG</i>	Universalgeschichte
<i>AGR</i>	Rumänische Geschichte Altertum		Zeitgeschichte
<i>MGR</i>	Rumänische Geschichte Mittelalter	<i>HWAG</i>	<i>Hilfswissenschaften</i> und andere Gebiete
<i>NGR</i>	Rumänische Geschichte Neuzeit	<i>PH</i>	Phase
<i>ZGR</i>	Rumänische Geschichte Zeitgeschichte	<i>BRZ</i>	Berichtszeitraum
<i>UG</i>	Universalgeschichte	<i>PH 1</i>	1924 bis 1943
<i>AUG</i>	Universalgeschichte Altertum	<i>PH 2</i>	1944 bis 1948
<i>MUG</i>	Universalgeschichte Mittelalter	<i>PH 3</i>	1949 bis 1956
<i>NUG</i>	Universalgeschichte Neuzeit	<i>PH 4</i>	1957 bis 1964
		<i>PH 5</i>	1965 bis 1974
		<i>BRZ 1</i>	1944 bis 1969
		<i>BRZ 2</i>	1969 bis 1974

27. Die Forschungen zur Geschichte der Geschichtswissenschaft sind in den meisten Ländern in den letzten Jahrzehnten stark vernachlässigt worden. So stellt K. Repgen (Methoden- oder Richtungskämpfe in der deutschen Geschichtswissenschaft seit 1945?, in: GWU 1979, S. 591–610) z. B. für die bundesrepublikanische Geschichtsschreibung fest: „Nie in den letzten hundert Jahren ... ist die Geschichte unserer eigenen Wissenschaft so schlecht erforscht und diese Erforschung so wenig gründlich betrieben worden wie seit 1945“ (S. 591). Vgl. u. a. Conze, W., Die deutsche Geschichtswissenschaft seit 1945. Bedingungen und Ergebnisse, in: HZ 225 (1977), S. 1–28; Vierhaus, R., Zur Lage der historischen Forschung in der Bundesrepublik Deutschland, in: Jahrbuch der historischen Forschung in der Bundesrepublik Deutschland 1 (1974), Stuttgart 1974, S. 17–32; Sprandel, R., Wie sieht sich die Geschichtswissenschaft selbst?, in: Saeculum 30 (1979), S. 187–196; Mommsen, W. J., Gegenwärtige Tendenzen in der Geschichtsschreibung der Bundesrepublik, in: Geschichte und Gesellschaft 7 (1981), S. 149–188; allgemein: Koselleck, R., Lutz, H. und Rusen, J. (Hg.), Formen der Geschichtsschreibung, München 1982.

Die von uns vorgestellten methodischen Ansätze lassen sich auch auf mikroanalytischer Ebene anwenden, vgl.: R. Deutsch, Peters, Chr. und Schomerus, H., Eine Studie zum Alltagsleben der Historie. Zeitgeschichte des Fachs Geschichte an der Heidelberger Universität 1945–1978. Heidelberg 1978.

Summary

The authors tried to apply the customarily used quantifiable indicator of the number of scientific publications — which is used in common scientific research and sociology — to the publications in the field of historiography. Also, it was to be connected with the quantifiable data of promoted (attaining the Ph. D.) Rumanian historians' social history: i. e., their age, background, area of specialization, years of habilitation, category and field of publications, etc. The thus gained synthesis of different groups of sources permitted us to describe in detail the developments, changes, tendencies and structures of Rumanian historiography since the 1920's, and, beyond this, to make a prognosis of the future development of Rumanian historiography.

The results tend to prove an increasing professionalisation of Rumanian historiography, an exponential growth of publications, and a tendentious monopolisation of this market by extremely productive authors. The increasing stabilization of the scientific personnel leads us to expect a retention, at least during the following years, of the structures and tendencies that were noticed for the time up to 1974. Chances for younger historians to ascend into the ranks of these scientists are highly restricted. Scientific innovations, such as could be induced by recruiting young scientists, are rare or non-existent.

The findings of the analysis show how the different aspects of political interdependence between society and historiography influence the principles by which scientific promotions are chosen; this applies to scientists as well as to the development and structure of publications. At the same time, however, an autonomous process of change can be noticed, which is marked by its interdisciplinary character and its non-conformity with the present system of promotions.

**Biographie und politisches Verhalten:
Wirtschaftliche Interessen, Sozialisations-
erfahrungen und regionale Bindungen als
Determinanten parlamentarischen
Entscheidungshandelns in Deutschland,
Frankreich und Großbritannien um die
Mitte des 19. Jahrhunderts**

1. Problemstellung

Für eine fernere Vergangenheit bleibt die Anwendung von Verfahren der kollektiven Biographie zumeist auf eine Sozialdemographie der Eliten beschränkt. Die Quellen berichten bevorzugt über die oberen und obersten Segmente historischer Gesellschaften, und die Merkmale, über die wir am vollständigsten unterrichtet werden, sind im allgemeinen Standarddaten „sozialer Buchführung“ wie Geburtsjahr und Konfession, regionale Herkunft und Beruf, Ausbildung und geführte Titel. Im Fall politischer Führungsgruppen treten Informationen über die Ausübung politischer Ämter und die Zugehörigkeit zu Organisationen hinzu. Bei günstiger Quellenlage können wir die Veränderung dieser Daten über Zeit verfolgen. Dann werden Aussagen über politische Karrieren, räumliche und soziale Mobilität möglich. Aber selbst bei hoher Datendichte beschreiben Kollektivbiographien zumeist nur sozialstrukturelle Eigenschaften von Aggregaten, während Aspekte wie Persönlichkeit und Persönlichkeitsentwicklung, Mentalitäten und ihre Formierung, die zum Repertoire klassischer individualbiographischer Geschichtsschreibung aber auch aktuellerer Ansätze wie der Psychohistorie gehören, im allgemeinen ausgeblendet bleiben¹.

Die Analyse des sozialen Hintergrundes von Eliten hat eine selbstverständliche Berechtigung, wenn es um die Untersuchung von Rekrutierungsprozessen geht: Sozialdemographische Merkmale bilden Elemente der Gelegenheitsstruktur, die die Zu-

1. Schröder, Wilhelm H., „Probleme und Methoden der quantitativen Analyse von kollektiven Biographien. Das Beispiel der sozialdemokratischen Reichstagskandidaten (1898–1912)“, in: Best, Heinrich, u. Mann, Reinhard (Hrsg.), *Quantitative Methoden in der historisch-sozialwissenschaftlichen Forschung*, Stuttgart 1977, S. 108–125; Edinger, Lewis J., u. Searing, Donald D., „Social Background in Elite Analysis: A Methodological Inquiry“, in: *APSR*, Vol. 61 (1967), S. 428–445.

gangs- und Karrierechancen von Aspiranten bestimmt². Problematischer und umstrittener ist der Einfluß, den der soziale Hintergrund von Elitemitgliedern auf ihre Einstellungen und ihr Verhalten hat. Gegenwartsbezogene Untersuchungen zeigen, daß wir hier mit intuitiven Unterstellungen vorsichtig sein müssen: Art und Ausmaß dieses Einflusses variieren erheblich in verschiedenen kulturellen Kontexten, und vermeintlich wirkungsmächtige Variablen sind weit weniger bedeutsam als erwartet wurde³. In historischen Untersuchungen ist dagegen immer noch die „intuitive Psychologisierung“ von sozialdemographischen Variablen die Regel. So gibt es allein für die Frankfurter Nationalversammlung fünf verschiedene Berufsklassifikationen, ohne daß uns genau mitgeteilt würde, auf welche Weise sie helfen, das Verhalten der Akteure auf der parlamentarischen Bühne zu verstehen⁴. Mit unserem Beitrag beabsichtigen wir, diese Unklarheit zu verringern und zur Lösung des Relevanzproblems in der historisch-kollektivbiographischen Forschung beizutragen: In einer historisch vergleichenden und multivariaten Analyse haben wir die Wirkung einer Reihe besonders häufig verwendeter biographischer Merkmale auf das politische Verhalten von Abgeordneten gemessen. Wir wollen auf diese Weise präziser und differenzierter als bisher bestimmen, von welchen sozialdemographischen Merkmalen in verschiedenen Kontexten der größte politische Einfluß ausgeht und wie der Gesamteffekt der in der Forschung standardmäßig verwendeten sozialen Hintergrundvariablen zu bewerten ist.

Diese methodologische Problemstellung hat eine theoretische Implikation, denn die Stärke der statistischen Beziehung zwischen biographischen Merkmalen der Abgeordneten und Variablen, die ihr politisches Verhalten messen, können wir als einen Indikator für das Ausmaß verwenden, in dem sozialkulturelle Cleavages auf die Ebene parlamentarischen Entscheidungshandelns einwirkten. Wir gehen dabei von der Überlegung aus, daß Eigenschaften wie Beruf, Konfession, ethnische und regionale Herkunft im Prozeß parlamentarischen Entscheidungshandelns dann eine politische Deutung und Bedeutung erhalten, wenn sie zu den gruppendifinierenden Merkmalen bei der Bildung sozialkultureller Cleavages werden. Damit wird der Bezug zu einem grundlegenden Konzept der (historisch-) politischen Soziologie hergestellt. Unter einem Cleavage versteht Pappi einen „dauerhaften politischen Konflikt, der in der Sozialstruktur verankert ist und im Parteiensystem seinen Ausdruck gefunden hat“⁵. Arthur Stinchcombe hat vorgeschlagen, Cleavages als Koalitionen zwischen Parteieliten und gesellschaftlichen Großgruppen aufzufassen. Diese Koalition-

2. Czudnowski, Moshe M., „Political Recruitent“, in: Greenstein, Fred J., u. Polsby, Nelson W., (eds.), *Handbook of Political Science*, Vol. 2 (Micropolitical Theory), Reading/Mass. u. a. (1975), S. 178ff.; Putnam, Robert D., *The Comparative Study of Political Elites*, Englewood Cliffs/N.J. (1976), S. 110ff.
3. Czudnowski, M., *Recruitment*, S. 185f.; Searing, Donald D., „The Comparative Study of Elite Socialization“, in: *Comparative Political Studies*, 1 (1969), S. 471–500; Schleth, Uwe, „Once again: Does it pay to study social background in elite analysis?“, in: *Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik*, 2 (1971), S. 99–118.
4. Vgl. die Synopse in Botzenhart, Manfred, *Deutscher Parlamentarismus 1848–1850*, Düsseldorf (1977), S. 161.
5. Pappi, Franz Urban, „Sozialstruktur, gesellschaftliche Wertorientierung und Wahlabsicht“, in: *PVS*, 18 (1977), S. 195; ders. u. Laumann, Eduard O., „Gesellschaftliche Wertorientie-

nen werden geschlossen, wenn eine Gruppe zum ersten Mal politisch mobilisiert wird, und sie bleiben gewöhnlich über lange Zeit hinweg bestehen. Nun kann man für den von uns untersuchten historischen Zeitraum sicherlich noch nicht von klar definierten „Partieliten“ sprechen: Dies war die Ära des „Honoratiorenparlamentarismus“, die organisatorischen Bindungen politischer Eliten an gesellschaftliche Großgruppen waren noch locker, interessenpolitische Lager und ideologische Gesinnungsgemeinschaften noch kaum formiert. Doch vermuten wir, daß die Jahre um die Mitte des 19. Jahrhunderts für den Prozeß der Parteienentwicklung formative Bedeutung hatten und sich damals jene sozio-politischen Weichenstellungen vollzogen, die für lange Zeit das Bild der Parteienlandschaften in den untersuchten Ländern bestimmten. Sie markieren — in allerdings national spezifischen Kombinationen und Entwicklungsmustern — den Ausgangspunkt eines beschleunigten Umbaus sozialer, ökonomischer und politischer Strukturen, der hier nur mit den bekannten Stichworten: Ausweitung der Partizipationsrechte, Ausbau des Systems sozialer Sicherung, Übergang in die Phase der Hochindustrialisierung und Vollendung des Prozesses nationaler Integration angedeutet werden soll. Zudem bilden die Jahre 1848/49 in ganz Mittel- und Westeuropa den Höhepunkt einer politisch-sozialen Krisenperiode, von der selbst das relativ stabile Großbritannien betroffen war. In Frankreich und Deutschland kommt hinzu, daß nach dem Wegfall zuvor bestehender politischer Restriktionen und der plötzlichen Ausweitung der Partizipationsrechte soziale, ökonomische und kulturelle Spannungslinien aufbrachen, die vor 1848 und nach 1849 hinter der Fassade autoritärer Regime weitgehend verdeckt blieben. Die Durchsetzung von Vereins-, Presse-, Versammlungs- und Petitionsfreiheit sowie die Etablierung von nach dem allgemeinen Männerstimmrecht gewählten Parlamenten stimulierten die Entstehung eines Verbands- und Vereinswesens der sozioökonomischen Interessengruppen, der konfessionellen Lager und der ideologisch-politischen Formationen, das erst nach 1871 wieder eine Entsprechung erhalten sollte. Das bedeutet, daß 1848/49 gesellschaftliche und kulturelle Disparitäten zum ersten Mal als Cleavages definiert, organisiert und offen auf nationaler Entscheidungsebene ausgetragen werden konnten.

Konkret sind wir daran interessiert zu erfahren, ob sich in den nationalen Parlamenten Großbritanniens, Frankreichs und Deutschlands um die Mitte des 19. Jahrhunderts schon jene Verbindung von Soziallagen und weltanschaulichen Elementen andeutete oder sich gar vollzogen hatte, die für die Formierung von Cleavages konstitutiv ist. Wir unterscheiden dabei eine segregierte von einer amorphen Ausformung der Binnenstruktur von Parlamenten: Im einen Fall sind die politischen Lager sozial scharf voneinander unterschieden, im anderen Fall sind sie sozial heterogen.

Ausgehend von fundamentalen Konzepten der politischen Soziologie schlagen wir vor, den Zusammenhang zwischen gesellschaftlicher Konfliktstruktur und parlamen-

nung und politisches Verhalten“, in: Zeitschrift für Soziologie (1974), S. 157–188; Stinchcombe, Arthur L., „Social Structure and Politics“, in: Greenstein, Fred I., u. Polsby, Nelson B., (eds.), *Handbook of Political Science*, Vol. 3 (Macropolitical Theory), Reading/Mass. u. a. (1975), S. 557–622; Scheuch, Erwin K., „Social Context and Individual Behavior“, in: Dogan, Mattei, u. Rokkan, Stein, (eds.), *Quantitative Ecological Analysis in the Social Sciences*, Cambridge/Mass. (1969), S. 141ff.

tarischem Entscheidungshandeln über drei Weisen der Genese und Vermittlung politischer Orientierungen herzustellen⁶. Dabei unterscheiden wir folgende Varianten:

1. einen interessentheoretischen Ansatz, der politisches Handeln durch das Streben nach direkten und persönlichen Vorteilen in Verteilungskämpfen um Macht, Reichtum und Prestige gesteuert sieht (hier überprüft anhand einer Merkmalskonstellation mit den unabhängigen Variablen: Beruf, Schichtzugehörigkeit, vertikale Mobilität, Vermögen und Ausbildungsstatus);

2. einen sozialisationstheoretischen Ansatz, der darauf abhebt, daß politische Orientierungen im Verlauf der politischen Sozialisation und Selektion durch wertevermittelnde Instanzen und Erfahrungen im Karriereverlauf erworben werden (hier überprüft anhand der Merkmalskonstellation: Dauer der Parlamentszugehörigkeit, politische Verfolgung, politische Ämter, Zugehörigkeit zum Staatsdienst, politische Funktionen des Vaters, Beruf des Vaters, besuchte Universitäten, Studienfächer, Schultyp); und

3. einen repräsentationstheoretischen Ansatz, der eine Rückbindung parlamentarischen Entscheidungshandelns an die Orientierungen der Wähler annimmt (hier überprüft anhand der Merkmalskonstellation: geographische Lage, Wirtschafts- und Sozialstruktur des Wahlkreises, Beziehung des Abgeordneten zum Wahlkreis).

Um den generellen Zusammenhang zwischen sozialdemographischen Merkmalen und politischem Verhalten zu erfassen, haben wir zunächst ein „Grundmodell“ konstruiert, das einige Standardmerkmale historisch-kollektivbiographischer Forschung miteinander verbindet, die zugleich Kernvariablen der drei Modellvarianten sind: Alter und Beruf, Zugehörigkeit zum Adel und regionale Herkunft. Die Modellvarianten werden in einem weiteren Untersuchungsschritt eingeführt. Ausgeblendet bleiben in unserem Untersuchungsansatz Einflüsse des unmittelbaren parlamentarischen Kräftefeldes auf das Entscheidungshandeln der Abgeordneten wie z. B. die Wirkungen von Ämterpatronage und Postrekrutierungs-Sozialisation, von „cue-taking“ und Fraktionsdisziplin.

2. Daten und Methoden

Unsere Untersuchung kombiniert Eigenerhebungen von biographischen Merkmalen und des Abstimmungsverhaltens der Abgeordneten in der Pariser und der Frankfurter Nationalversammlung 1848/49 mit der Sekundäranalyse eines Datensatzes über das britische Unterhaus von 1841 bis 1847⁷. Zusätzlich haben wir Ergebnisse von Untersuchungen herangezogen, die eine der unseren verwandte Problemstellung verfolgten: eine Studie über die mexikanische verfassungsgebende Nationalversamm-

6. Best, Heinrich, „Elitentransformation und Elitenkonflikt in Frankreich 1848/49“, in: *Historical Social Research* 25 (1983), S. 44–75; R. Putnam, *Study*, S. 92ff.

7. Die Datenbasen werden beschrieben in Aydelotte, William O., *British House of Commons 1841–1847* (Codebook Number 19), Lab. for Political Research, University of Iowa (1970); Best, Heinrich, *Die Abgeordneten der Assemblée Nationale Constituante 1848/49*. (Datenhandbücher für die historische Sozialforschung, Bd. 2), Köln (1983). Ein Datenhandbuch über die Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung wird gegenwärtig vorbereitet.

lung von 1917⁸ und eine Analyse legislativen Verhaltens in den Deutschen Reichstagen von 1898 und 1903⁹. Auf der Grundlage einer so begrenzten empirischen Basis kann keine Aufdeckung anthropologischer Konstanten erwartet werden. Angestrebt sind hier lediglich Aussagen über Zusammenhänge zwischen biographischen Kern-daten und politischem Verhalten für Situationen relativ ephemerer Koalitions- und Fraktionsbindungen, aber unter kontrastierenden Bedingungen, was die Formen, Traditionen und Funktionen parlamentarischer Repräsentation angeht: in Großbritannien ein Parlament, das nach einem rigiden Zensuswahlrecht rekrutiert wurde und in einer ungebrochenen politischen Tradition stand, in Deutschland und Frankreich aus der Revolution hervorgegangene Vertretungen, die nach einem mehr oder weniger allgemeinen Männerstimmrecht gewählt worden waren und einen neuen Verfassungsrahmen setzen sollten, allerdings in Frankreich unter der Voraussetzung seit langem bestehender nationaler Identität und kontinuierlicher Tätigkeit parlamentarischer Vertretungen auf nationaler Ebene, in Deutschland in beider Hinsicht als ein Neubeginn. Diese Konstellation von Ähnlichkeiten und Abweichungen der Bedingungen für und der Herausforderungen an das Handeln von parlamentarischen Führungsgruppen eröffnet gute Perspektiven für eine historisch-komparative Analyse. Es wird zu prüfen sein, wie die durch den biographischen Hintergrund gesetzten politischen Handlungsspielräume von Abgeordneten unter diesen unterschiedlichen Rahmenbedingungen variierten.

Abgeordnete sind für unser Forschungsproblem ein besonders gut geeigneter Untersuchungsgegenstand. So sind in ihrem Fall biographische Angaben relativ leicht zugänglich und für einen Kern sozialdemographischer Merkmale auch mit annähernder Vollständigkeit verfügbar. Zum anderen sind sie als Gruppe nicht so exklusiv, daß durch geringe Fallzahlen die analytischen Möglichkeiten zu sehr begrenzt werden oder die Reichweite der Aussagen auf singuläre Führungspersonen beschränkt bliebe. Unser Interesse an parlamentarischen Führungsgruppen ist aber vor allem durch ihre Position in der Machtstruktur motiviert:

1. sind sie eine Schnittstelle verschiedener Segmente des Elitensystems, ein *mixtum compositum* aus Vertretern konkurrierender Anspruchsgruppen und
2. ist der Bereich von Entscheidungen, in die sie involviert sind, außergewöhnliche weit gefaßt und heterogen¹⁰.

Hinzu kommt, daß wir im Fall parlamentarischer Führungsgruppen mit den namentlichen Abstimmungen über eine Datenquelle zur Erforschung von politischen Orientierungen und Verhalten in der Vergangenheit verfügen, die im Hinblick auf ihre empirische Dichte, Zuverlässigkeit und Gültigkeit dem Interview zumindest ebenbürtig ist. Die Voraussetzung für eine Anwendung von Abstimmungsanalysen sind ungefestigte bzw. im Zeitverlauf stark variierende Binnenstrukturen der Parlamente. Wird das Verhalten der Abgeordneten in parlamentarischen Entscheidungen nicht durch Fraktionszugehörigkeiten und konstante Koalitionsbindungen festgelegt,

8. Smith, Peter H., „The Making of the Mexican Constitution“, in: Aydelotte, William O., (ed.), *The History of Parliamentary Behavior*, Princeton/N.J. (1977), S. 186-224.

9. Smith, Woodruff, u. Turner, Sharon A., „Legislative Behavior in the German Reichstag 1898-1906“, in: *Central European History*, 14 (1981), S. 3-29.

10. Best, Heinrich, „Recruitment, Careers, and Legislative Behavior of German Parliamentarians, 1848-1952“, in: *Historical Social Research*, 23 (1982), S. 29.

bewährt sich die Analyse legislativen Verhaltens als eine Methode — oder genauer: als ein Methodenkanon —, der es u.a. ermöglicht, die grundlegenden politischen Spannungslinien in Parlamenten aufzudecken, Einflüsse externer Akteure auf legislative Entscheidungen zu identifizieren, den Verlauf politischer Kontroversen über Zeit zu verfolgen und Prozesse der Koalitions- und Fraktionsbildung zu rekonstruieren¹¹.

Die vielen verschiedenen Fragestellungen bei Analysen namentlichen Abstimmungsverhaltens lassen sich zwei hauptsächlichen Untersuchungsrichtungen zuordnen:

1. einer Vorgehensweise, die darauf zielt, die wichtigsten Politikdimensionen im legislativen Prozeß zu identifizieren und
2. ein Forschungsinteresse, das darauf gerichtet ist, die Positionen der Abgeordneten auf diesen Politikdimensionen zu bestimmen.

Für den einen Untersuchungsansatz ist die Abstimmung die Aussageeinheit, für den anderen der Abgeordnete. In unserer Untersuchung folgen wir der zweiten Betrachtungsweise: Abstimmungsdaten liefern uns die Indikatoren über politisches Verhalten der Abgeordneten, die wir als abhängige Variablen in unsere Modelle einführen werden.

Ein methodisches Hauptproblem der Analyse legislativen Verhaltens ist die Verdichtung gelegentlich mehrere hundert Voten umfassender Abstimmungsserien zu summarischen Indizes, die die Dimensionen parlamentarischen Entscheidungshandelns abzubilden vermögen. Während in der Vergangenheit überwiegend Skalierungsverfahren eingesetzt wurden, die wie z. B. Guttman-Scaling Eindimensionalität der Items voraussetzen, werden heute Methoden bevorzugt, die die Mehrdimensionalität legislativen Verhaltens bei der Variablenreduktion erhalten. Dies gilt insbesondere für die Faktorenanalyse, die der multidimensionalen Skalierung insofern überlegen ist, als sie über eine dimensionale Analyse des Abstimmungsverhaltens hinaus mit den Faktorwerten fallbezogene Indizes bereitstellt, die die Positionen der Abgeordneten auf den verschiedenen Politikdimensionen darstellen¹². Mit den Faktorwerten verfügen wir — wie Validitätskontrollen ergeben haben — über außerordentlich leistungsfähige Maßzahlen zur Bestimmung der politischen Positionen von Abgeordneten¹³. Da Faktorwerte metrisches Meßniveau haben, können sie als abhängige Variablen in Varianzanalysen problemlos mit den meist qualitativen biographischen Merkmalen der Abgeordneten kombiniert werden. Forschungsstrategisch ist dieses Vorgehen die Operationalisierung eines theoretischen Hauptaspektes unserer Untersuchung: die Analyse von Art und Ausmaß der Verlängerung sozialkultureller Cleavages in die Parlamente und der Variation dieser Konstellation über verschiedene politische Kontexte hinweg.

11. Clausen, Aage R., „Some Basic Approaches to the Measurement of Roll Call Voting“, in: Freeman, Donald M., (ed.), *Foundation of Political Science. Research, Methods and Scope*, New York u. London (1977), S. 313–345; Mac Rae, Duncan, *Issues and Parties in Legislative Voting. Methods of Statistical Analysis*, New York u. a. (1970), S. 1–10.

12. Ders., S. 131–174.

13. Best, Heinrich, u. Kuznia, Reiner, „Die Behandlung fehlender Werte bei der seriellen Analyse namentlicher Abstimmungen; oder: Wege zur Therapie des Horror Vacui“, in: *Historical Social Research*, 26 (1983), S. 49–82.

3. Ergebnisse

3.1 Dimensionen legislativen Verhaltens

In einer Faktorenanalyse des namentlichen Abstimmungsverhaltens (oblique Lösung) ermittelten wir für alle drei von uns untersuchten Parlamente einen dominanten Hauptfaktor. Sein Varianzbeitrag betrug in Deutschland 47%, in Frankreich 21% und in Großbritannien 37%. Die Varianzbeiträge des jeweils nächstbedeutenden Faktors liegen deutlich unter diesen Werten: in Deutschland bei 10% (Dimension: groß-deutsch vs. kleindeutsch), in Frankreich bei 2% und in Großbritannien bei 5%. Eine Überprüfung der Faktorenladungen und der Korrelationen der Faktorwerte des Hauptfaktors mit Daten über die politische Richtung der Abgeordneten (insbesondere ihrer Fraktionszugehörigkeit) zeigt eindeutig, daß der Hauptfaktor die Rechts-Links-Dimension politischer Orientierungen abbildet¹⁴. Dies ist ein bedeutsames inhaltliches Ergebnis, zeigt es doch, daß sich bei allen Unterschieden der Dauer parlamentarischer Traditionen, der Reichweite politischer Partizipation und des Ausmaßes nationaler Integration in den drei von uns untersuchten Repräsentativkörperschaften eine dominante Konfliktfront herausgebildet hatte, die sich zwischen zwei Polen aufspannte, welche wir mit wechselnder Terminologie aber gleichem Bedeutungsgehalt als konservativ-progressiv, radikal-gemäßigt, links-rechts etikettieren können. Zwar sind in Frankreich, England und Deutschland jeweils unterschiedliche Issues den beiden polarisierten Positionen zugeordnet, die politische Substanz dieser Hauptkonfliktfront ist aber über die verschiedenen Systeme hinweg gleich. Von der verlockenden Aufgabe, diesen Befund näher zu interpretieren, müssen wir hier Ab-

Abbildung 1: Verteilung der Abgeordneten der Assemblée Nationale Constituante auf der Rechts-Links-Skala

Links	Rechts	
	H	
	HH	
HH	HH	
HHH	HH	
HHH	HH	
HHH	HHH	
HHH	HHHH	
HHHH	HHHHH	
HHHHHHH	HHHHHHH	
HHHHHHHHHHHHHHHHHHHHHHHHHH		
Durchschnitt	.00	
Median	.21	
Modus	- 1.03	

Jedes „H“ repräsentiert
14 Abgeordnete

14. Best, Fehlende Werte, S. 63; ders., Elitentransformation, S. 51-55.

[illegible][illegible]

Ordnet man die Faktorwerte den einzelnen Abgeordneten zu, erhält man eine Skala, die über die Verteilung der Parlamentarier auf „linke“ und „rechte“ Positionen

Auskunft gibt. Die Verteilungsform ist in allen drei Fällen eindeutig bimodal, wobei positive Werte rechte Positionen, negative Werte linke Positionen anzeigen. Die Extremwerte liegen jeweils bei ca. + 2 („extrem rechts“) und - 2 („extrem links“), die Modi bei ca. + 1 und - 1, das arithmetische Mittel liegt durchgängig bei 0, da Faktorwerte standardisiert sind.

Die Beobachtung von Abweichungen des Links-Rechts-Index zwischen den Kategorien der unabhängigen, in unserem Fall der biographischen, Variablen ist der Ansatzpunkt der Multiplen Klassifikations-Analyse — einer Methode, die wir zum Test des „Grundmodells“ und der Modellvarianten eingesetzt haben¹⁵. Dieses Verfahren liefert fünf Typen von Informationen, die in unserem Analysezusammenhang von Bedeutung sind:

1. Durchschnittswerte des Rechts-Links-Index für die verschiedenen Kategorien der biographischen Merkmale. Diese Maßzahlen geben uns z. B. darüber Auskunft, wie „links“ im Durchschnitt Publizisten im Vergleich zu anderen Berufskategorien waren.

2. ETA-Werte, die anzeigen, wie stark der statistische Zusammenhang zwischen einzelnen biographischen Merkmalen und den politischen Orientierungen der Abgeordneten ist. Diese Koeffizienten geben uns z. B. darüber Auskunft, wie groß der Effekt der Variablen „regionale Herkunft“ im Vergleich zur Variablen „Beruf“ ist.

3. „Bereinigte“ Durchschnittswerte des Rechts-Links-Index, die anzeigen, welche Positionen die verschiedenen Sozialkategorien auf der Rechts-Links-Dimension einnehmen, wenn wir die Effekte der Kontingenz biographischer Merkmale kontrollieren. Unter Kontingenz biographischer Merkmale verstehen wir, daß soziodemographische Variablen nicht unabhängig voneinander variieren: Zum Beispiel sind Gutsbesitzer überproportional häufig adelig und Verwaltungsbeamte haben gewöhnlich eine juristische Schulung. Das statistische Komplement dieses Sachverhalts ist die Multikollinearität. Wollen wir den Nettoeffekt soziodemographischer Variablen bestimmen, ist es erforderlich, die Daten um solche Interaktionen zu bereinigen. Wir haben dazu einen Ansatz gewählt, der bei jeder unabhängigen Variablen die Interaktion mit allen anderen unabhängigen Variablen kontrolliert (classic experimental approach)¹⁶.

4. BETA-Werte, die um Interaktionen bereinigte ETA-Werte sind. BETA mißt also den Effekt eines soziodemographischen Merkmals, nachdem die Effekte aller anderen unabhängigen Variablen kontrolliert sind.

5. R^2 als ein Maß, das angibt, wie groß der Beitrag aller von uns in einem Modell verbundenen biographischen Merkmale ist, wenn wir die Rechts-Links-Orientierung von Abgeordneten erklären wollen. Dieser Koeffizient gibt uns also z. B. darüber Auskunft, ob das sozialisationstheoretische oder das interessentheoretische Modell die größere Erklärungskraft besitzt.

Da unsere Untersuchung darauf zielt, den Effekt von Konfigurationen biographischer Merkmale auf politisches Verhalten zu bestimmen, haben wir bei der Interpretation der Ergebnisse vornehmlich auf die BETA-Werte und R^2 Bezug genommen.

15. Andrews, Frank M., et al., Multiple Classification Analysis, Ann Arbor/Mich (1973); Nie, Norman H., et al., SPSS. Statistical Package for the Social Sciences, New York u. a. (2. Aufl. 1975) S. 409f.

16. Ebd., S. 413ff.

Die Variationen der (bereinigten) Durchschnittswerte des Rechts-Links-Index zwischen verschiedenen Sozialkategorien sollen hier lediglich im Hinblick auf Berufsbereiche betrachtet werden. Dabei muß bedacht werden, daß ein vollständiger Vergleich dieser Variablen nur zwischen der Frankfurter und der Pariser Nationalversammlung möglich ist. Im Britischen Unterhaus war wegen seiner Inkompatibilitätsbestimmungen und wegen der rigiden Wahlrechtsbeschränkungen nur ein kleiner Ausschnitt des Berufssystems repräsentiert.

3.2. *Der Test des Grundmodells*

3.2.1. Der Zusammenhang zwischen Beruf und politischen Orientierungen

In den Tabellen 1a-1c sind für die drei von uns untersuchten Parlamente die Ergebnisse des Tests des Grundmodells mit allen fünf Maßzahlen dargestellt. Vergleichen wir die (bereinigten) Durchschnittswerte des Rechts-Links-Index zwischen Berufsbereichen und politischen Systemen, zeigt sich eine Konstellation von Abweichungen und Übereinstimmungen, die sowohl den Einfluß genereller Determinanten wie auch die Wirkung spezifischer sozialkultureller Bedingungen auf politische Orientierungen erkennen läßt.

In allen drei Parlamenten tendierten Publizisten zur Linken und verteilten sich Gutsbesitzer annähernd gleich auf beide politische Lager, mit einer leichten, in Großbritannien einer etwas ausgeprägteren Tendenz zur Rechten. In Frankreich und Deutschland waren der Klerus und die Angehörigen des Bildungssystems eher auf dem rechten Flügel, Abgeordnete aus klein- und unterbürgerlichem Milieu eher auf dem linken Flügel zu finden. Dagegen verteilten sich die Angehörigen von Justiz und Verwaltung in Deutschland etwa gleich auf beide Lager der Nationalversammlung, während sie in Frankreich — im Fall der Verwaltungsbeamten deutlich — zur Rechten neigten. Umgekehrt war diese Konstellation im Fall der Militärs, die im House of Commons und in der Pariser Nationalversammlung auf beiden Flügeln zu finden waren, in der Frankfurter Nationalversammlung dagegen eindeutig die Rechte favorisierten. Anwälte, die in Deutschland eher zur Linken tendierten, zeigten in Großbritannien und Frankreich keine gruppenspezifische politische Präferenz. In Deutschland und Frankreich war die Kategorie der Unternehmer indifferent, während sie in Großbritannien tendenziell links stand.

Aus diesen zunächst diffus erscheinenden Ergebnissen lassen sich zwei generelle Aussagen destillieren:

1. Es ist in den von uns untersuchten Parlamenten kein klarer Zusammenhang zwischen ökonomischem Interesse und politischen Orientierungen nachweisbar. Weder Gutsbesitzer noch Unternehmer können eindeutig einem politischen Lager zugeordnet werden. Dieser Befund ist überraschend, widerspricht er doch der vielgeübten Praxis, die Bourgeoisie oder die „landed interests“ als kollektive Akteure zu behandeln, deren einheitliches Klasseninteresse auch auf der Ebene politischen Handelns regulativ gewirkt habe¹⁷. Deutlich wird vielmehr, daß kollektive politische Einstel-

17. Vgl. u. a. Schmidt, Walter, „Zur Rolle der Bourgeoisie in den Revolutionen 1789 und 1848“, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 21 (1973), S. 301-320; Cobban, Alfred, „The Middle Class in France, 1815-1848“, in: French Historical Studies, 5 (1967), S. 41-56.

Tabelle 1a: Der Zusammenhang zwischen soziodemographischen Variablen und politischen Orientierungen: die Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung

(Unabhängige Variablen: Wahlregion, Stand, Beruf

Kovariate: Alter

Abhängige Variable: Position der Abgeordneten auf der Rechts-Links-Skala)

	Zahl der Abge- ordneten	Durchschnitt- liche Position Rechts-Links- Skala (unbereinigt)	ETA	Durchschnitt- liche Position Rechts-Links- Skala (bereinigt)	BETA
<i>Wahlregion</i>					
Bayern	75	.43		.43	
Süddeutsche Klein- und Mittelstaaten	77	-.93		-.85	
Mitteldeutsche Klein- und Mittelstaaten	81	-.68		-.62	
Norddeutsche Klein- und Mittelstaaten	82	.13		.18	
Rheinpreußen	75	.27		.26	
Provinz Sachsen, Schlesien	76	.16		.11	
Ostseeprovinzen	108	.59		.48	
Böhmen-Mähren	41	-.68		-.63	
Restliches Österreich	112	.13	.51	.12	.46
<i>Stand</i>					
Bürgerlich	616	-.09		-.05	
Adelig	111	.48	.21	.30	.13
<i>Beruf</i>					
Justizdienst	137	.14		.03	
Verwaltung	140	.10		.03	
Bildung	124	.11		.18	
Militär	15	.58		.32	
Klerus	34	.29		.31	
Unternehmer	50	-.06		.00	
Gutsbesitzer	57	.30		.04	
Anwälte	105	-.46		-.30	
Publizisten und andere freie Berufe	64	-.50		-.29	
Kleingewerbe	9	-.70	.29	-.58	.19

$R^2 = .31$

Gesamtdurchschnitt der abhängigen Variablen = .01

N = 727

Tabelle 1b: Der Zusammenhang zwischen sozialdemographischen Variablen und politischen Orientierungen: die Abgeordneten der Assemblée Nationale Constituante 1848/49

(Unabhängige Variablen: Wahlregion, Stand, Beruf Kovariate: Alter Abhängige Variablen: Position der Abgeordneten auf der Rechts-Links-Skala)					
	Zahl der Abge- ordneten	Durchschnitt- liche Position Links-Rechts- Skala (unbereinigt)	ETA	Durchschnitt- liche Position Links-Rechts- Skala (bereinigt)	BETA
<i>Wahlregion</i>					
Bretagne	120	.57		.45	
Südwesten	60	-.09		-.06	
Languedoc	129	-.44		-.40	
Nordosten	104	-.62		-.59	
Zentralmassiv	207	.14		.15	
Burgund	47	-.57		-.50	
Champagne/Paris	203	.27		.26	
Übersee-Besitzg.	16	.07	.40	.03	.36
<i>Stand</i>					
Bürgerlich	755	-.10		-.08	
Adelig	131	.60	.25	.44	.18
<i>Beruf</i>					
Justiz	67	.08		.13	
Verwaltung	34	.38		.23	
Bildung	34	.02		.13	
Militär	45	.22		.07	
Klerus	14	.85		.66	
Unternehmer	117	.00		.07	
Gutsbesitzer	195	.18		.05	
Anwälte	234	-.10		-.05	
Publizisten und andere freie Berufe	101	-.34		-.28	
Kleingewerbe, Arbeiter	45	-.39	.23	-.26	.16
R ² = .22 Gesamtdurchschnitt der abhängigen Variablen = .01 N = 886					

Tabelle 1c: Der Zusammenhang zwischen soziodemographischen Variablen und politischen Orientierungen: die Abgeordneten des British House of Commons 1841-1847

(Unabhängige Variablen: Wahlregion, Stand, Beruf

Kovariate: Alter

Abhängige Variablen: Position der Abgeordneten auf der Rechts-Links-Skala)

	Zahl der Abge- ordneten	Durchschnitt- liche Position Links-Rechts- Skala (unbereinigt)	ETA	Durchschnitt- liche Position Links-Rechts- Skala (bereinigt)	BETA
<i>Wahlregion</i>					
Südengland	291	.16		.16	
Nordengland	256	.02		.05	
Schottland	63	-.32		-.28	
Ulster	36	.62		.54	
Südirland	77	-.72	.31	-.78	.31
<i>Stand</i>					
Bürgerlich	402	-.08		-.01	
Adelig	321	.11	.09	.01	.01
<i>Beruf</i>					
Grundbesitzer	332	.15		.14	
Unternehmer	102	-.48		-.48	
freie Berufe	26	-.68		-.73	
Anwälte	111	.01		.07	
Offiziere (auch Ex-)	152	.10	.25	.08	.25
R ² = .16 Gesamtdurchschnitt der abhängigen Variablen = .01 N = 723					

lungen und Verhaltensweisen nicht befriedigend über Klassenzugehörigkeit erklärt werden können. Vielmehr zeichnet sich in der Naheinstellung das Bild einer vielfältig gegliederten politischen Landschaft mit klassenüberschreitenden Koalitionen und Konfliktlinien ab.

2. Einige Befunde deuten an, daß die für eine bestimmte Soziallage charakteristischen politischen Erfahrungshorizonte eine bessere Prädikation politischer Positionen erlauben als ökonomische Interessen. Dies gilt insbesondere für die unterschiedlichen Chancen und Wege, vom Staat kontrollierte Machtpositionen oder Appropriationsgelegenheiten zu erwerben. So hatte eine große Anzahl der Richter und Verwaltungsbeamten in der Assemblée Nationale Constituante ihre Posten auf dem Wege der Ämterpatronage erworben. Als Günstlinge der Juli-Monarchie standen sie

einem reformistischen oder gar revolutionären Kurs distanziert gegenüber und sympathisiererten mit der Rechten¹⁸. Ihre deutschen Kollegen waren dagegen überwiegend Karrierebeamte, die Politik als Fortsetzung ihrer Dienstgeschäfte mit anderen Mitteln betrachteten und auf Traditionen einer von der Verwaltung exekutierten „Revolution von oben“ zurückblicken konnten. Ihre politischen Orientierungen waren angesichts variierender Loyalitätsbindungen und Gesinnungen heterogener¹⁹. Anders die Situation der Militärs: Sie waren in Deutschland während der Jahre 1848/49 überwiegend als Verteidiger des monarchischen Prinzips aufgetreten, während in Frankreich eine Tradition des „Prätorianismus“ bestand, die sich auch mit Positionen der Linken verbinden ließ, und in Großbritannien das Offizierskorps als Kollektiv keinem politischen Lager zuzuordnen war²⁰.

Diese Beispiele sollen zunächst mehr illustrieren als beweisen, daß ein Zusammenhang zwischen Soziallage und politischen Positionen eher unmittelbar über konkrete politische Erfahrungen und Affiliationen von Abgeordneten als indirekt über klassenspezifische ökonomische Interessen hergestellt werden kann. Dieser Sachverhalt kommt auch in den BETA-Werten zum Ausdruck. Das Gewicht des Merkmals „Beruf“ ist danach durchgängig geringer, als die verbreiteten Hypothesen einer Steuerung politischer Orientierungen durch ökonomische Interessen suggerieren. Im britischen Unterhaus und in der Frankfurter Nationalversammlung tritt seine Bedeutung hinter die der Variablen „Region“, in der Pariser Nationalversammlung auch hinter die der Variablen „Zugehörigkeit zum Adel“ zurück, in der mexikanischen Konstituante teilt Beruf mit dem Alter sogar die Position der Merkmale mit der geringsten Erklärungskraft.

Die Reichweite dieses Befundes scheint allerdings begrenzt zu sein. Für die Reichstage der Jahrhundertwende wird ein deutlich stärkerer Zusammenhang berichtet (ETA = .5), wobei dieses Ergebnis allerdings unter dem Vorbehalt steht, daß in der betreffenden Untersuchung die Kontingenz biographischer Merkmale nur unzureichend kontrolliert wurde²¹. Wir vermuten jedoch, daß diesem Befund für das Kaiserreich ein Prozeß zugrunde liegt, den die Zeitgenossen mit dem Schlagwort „Sozialisierung des Parlaments“ benannten: d. h. die fortschreitende Kristallisierung politischer Strukturen entlang sozio-ökonomischer Spannungslinien²². Doch auch bei einer Einschränkung der Reichweite unserer Befunde können wir festhalten, daß die so häufig ungeprüft unterstellte Erklärungskraft des Merkmals „Beruf“ für politisches Verhalten durch unsere Ergebnisse relativiert wird. Die Übernahme linker und

18. Jardin, A., u. Tudesq, A. J., *La France des Notables. L'évolution générale 1815-1848*, Paris (1973), S. 241ff.; Higonnet, L.-R., u. Higonnet, Trevor B., „Class, Corruption and Politics in the French Chamber of Deputies 1846-1848“, in: *French Historical Studies*, Vol. 5 (1967), S. 204-224.

19. Koselleck, Reinhart, *Preußen zwischen Reform und Revolution*, Stuttgart (2. Aufl. 1975), S. 217ff.; Gillis, John R., *The Prussian Bureaucracy in Crisis 1840-1860*, Stanford/Calif. 1971.

20. Best, *Elitentransformation*, S. 59.

21. Smith u. Turner, *Legislative Behavior*, S. 14-16.

22. Lederer, Emil, „Klasseninteressen, Interessenverbände und Parlamentarismus“ und „Probleme des deutschen Parlamentarismus“, in: ders., *Kapitalismus, Klassenstruktur und Probleme der Demokratie in Deutschland 1910-1940*, Göttingen (1980), S. 33-50 u. 186-198.

rechter Positionen ist nicht oder jedenfalls nicht durchgängig eine Funktion von mit Berufszugehörigkeit verbundenen Interessen und Mentalitäten.

3.2.2. Der Einfluß des Alters auf politische Orientierungen

Den geringsten Einfluß der in das Grundmodell aufgenommenen Variablen hatte das Alter der Abgeordneten. Dies gilt für die drei von uns untersuchten Parlamente wie auch für die mexikanische Konstituante und die Reichstage von 1898 und 1903. Der Beitrag des Alters zur Erklärung der Varianz des Rechts-Links-Index schwankt zwischen 1% und 3%. Auseinandersetzungen um rechte und linke Positionen wurden danach in keinem der Fälle, in denen wir über Daten verfügen, als Kohorten- oder als Generationenkonflikte ausgetragen²³. Uns hat dieser Befund und auch rechentechnische Notwendigkeit dazu veranlaßt, Alter als Kovariate in das Grundmodell einzuführen, d. h. hier lediglich seinen Beitrag zur gesamten Erklärungskraft des Grundmodells und seinen Einfluß auf die übrigen unabhängigen Variablen zu messen.

3.2.3. Der Zusammenhang zwischen der Zugehörigkeit zum Adel und politischen Orientierungen

Einen relativ großen Einfluß hatte dagegen in der Frankfurter und in der Pariser Nationalversammlung die Zugehörigkeit zum Adel. Für die Reichstage der Jahrhundertwende und — selbstredend — für die mexikanische Konstituante werden zu diesem Zusammenhang keine Befunde berichtet. Bemerkenswert ist, daß der Effekt der Zugehörigkeit zum Adel in Frankreich auch nach der Kontrolle der Merkmale „Beruf“ und „Region“ relativ stabil bleibt. Sein Einfluß auf politisches Verhalten scheint hier also nicht eine Funktion ökonomischer Interessen oder regionaler Kontexteinflüsse, sondern überwiegend die Folge genuin ständischer Orientierungen gewesen zu sein. In der Frankfurter Nationalversammlung verringert sich demgegenüber das Gewicht der Variablen „Zugehörigkeit zum Adel“ nach Kontrolle der übrigen unabhängigen Variablen erheblich. Ihr Effekt wird hier vor allem durch regionale Bezüge überlagert: Adelige aus den Klein- und Mittelstaaten standen tendenziell links während ihre ostdeutschen Standesgenossen dem rechten Flügel angehörten²⁴. In Großbritannien schließlich hatte die Abkunft aus einer adeligen Familie keine Bedeutung für die Festlegung politischer Orientierungen auf der Rechts-Links-Dimension. Dies ist ein Ergebnis, das mit Befunden anderer Untersuchungen übereinstimmt, die eine relativ geringe ständische Abgrenzung der britischen Aristokratie gegenüber den übrigen Segmenten der Oberschicht ermittelt haben²⁵. Festzuhalten bleibt, daß die Bedeutung des Adels von allen im Grundmodell berücksichtigten Variablen am ausgeprägtesten über die verschiedenen politischen Systeme hinweg variiert.

23. Mannheim, Karl, „Das Problem der Generationen“, in: Martin, Kohli (Hrsg.), *Soziologie des Lebenslaufs*, Darmstadt (1978), S. 38–53.

24. Die adeligen Abgeordneten aus den Klein- und Mittelstaaten hatten auf dem Rechts-Links-Index einen Wert von $-0,25$, ihre Standesgenossen aus dem östlichen Preußen einen Wert von $0,75$.

25. Perkins, H., *The Origins of Modern English Society 1780–1880*, London (3. Aufl. 1974), S. 17; Habakuk, M. J., „England“, in: ders. (Hrsg.), *The European Nobility in the Eighteenth Century*, London (2. Aufl. 1967).

3.2.4. Der Zusammenhang zwischen regionaler Herkunft und politischen Orientierungen

Das Merkmal, das in allen von uns untersuchten Parlamenten wie auch in der mexikanischen Konstituante das größte Gewicht hat — zum Reichstag liegen für diesen Zusammenhang bisher noch keine Daten vor²⁶ — ist die Wahlregion der Abgeordneten. Dem Versuch einer intuitiv einleuchtenden Deutung dieses Ergebnisses steht die Tatsache entgegen, daß Region eine notorisch „schwierige“ Variable ist, die territoriale Disparitäten wirtschaftlicher, sozialer und politischer Strukturen erfaßt, ohne daß wir ad hoc entscheiden könnten, ob dieser Katalog empirisch unscharfer Merkmalsdimensionen vollständig ist, oder in welchem Mischungsverhältnis sie wirksam wurden. Wir haben versucht, durch eine Analyse ökologischer Daten, die die Statistique de la France bereitstellt, etwas Licht in dieses Dunkel zu bringen. Eine solche Untersuchung ist bislang weder für die Abgeordneten des britischen Unterhauses noch für die Mitglieder der Frankfurter Nationalversammlung durchführbar, da hier vergleichbare ökologische Daten auf Wahlkreisebene fehlen²⁷.

Verbunden mit diesem Analyseschritt ist ein Wechsel der Untersuchungseinheit: Es interessieren nicht mehr die Merkmale der einzelnen Abgeordneten, sondern die Eigenschaften der Departements, in denen sie gewählt worden waren. Erfaßt wurden Angaben zur Siedlungsstruktur (Verteilung der Einwohner auf verschiedene Gemeindegrößeklassen, Bevölkerungsdichte 1846, Anteil der nicht fest ortsansässigen Bevölkerung), zur Agrarstruktur (Anteile verschiedener Betriebsgrößeklassen, Hektarpreise für Agrarland erster Güte, Bevölkerungsanteile der in der Landwirtschaft tätigen und mithelfenden Familienangehörigen), zur regionalen Mobilität (Veränderung der Bevölkerungsdichte zwischen 1841 und 1851), zur Gewerbestruktur (Bevölkerungsanteile der in Groß- und Kleinbetrieben Beschäftigten und der Angestellten), zur Struktur des tertiären Sektors (Bevölkerungsanteile verschiedener Kategorien freier Berufe und des Staatsdienstes), die Schüler- und die Studentenquote sowie der Bevölkerungsanteil der unter dem zensitären Regime (1846) Wahlberechtigten.

Um aus den ursprünglich 46 Indikatoren übergreifende Indizes zur Messung von Disparitäten regionaler Wirtschafts- und Sozialstrukturen zu gewinnen, haben wir die Faktorenanalyse eingesetzt (orthogonale Lösung). Es wurden zehn Faktoren extrahiert, die strukturelle Eigenschaften der Departements wie Urbanisierung (erklärte Varianz: 27,3%), Bevölkerungsanteil der Angehörigen des Staatsdienstes (9,4%), Siedlungsstruktur (7,9%) „Wohlstand“ (6,8%), Dominanz landwirtschaftlicher Groß- (5,2%) und Kleinbetriebe (4,7%), Schülerquote (4,3%), Anteil der Freiberufler und Kleriker (3,6%), Anteil der Mediziner (3,4%) und der im industriellen Sektor Beschäftigten (3,1%) erfassen. Um die Zusammenhänge zwischen Strukturvariablen einerseits und den regional differenzierten politischen Orientierungen der Abgeordneten andererseits aufzudecken haben wir eine schrittweise Regressionsanalyse durchgeführt. Als unabhängige Variablen wurden die aus den ökologischen Daten gewonnenen Faktorwerte, als abhängige Variable der Prozentanteil rechter Abgeordneter je Departement eingesetzt.

26. Die Ausweitung der Datensammlung in die Zeit des Kaiserreichs ist Gegenstand eines durch die DFG geförderten Forschungsprojektes, an dem wir gegenwärtig arbeiten. Vgl. Best, Recruitment.

27. Aydelotte, William O., „Constituency Influence in the British House of Commons“, in: ders. (ed.), *The History of Parliamentary Behavior*, S. 227ff.

Die Erklärungskraft der ökologischen Daten ist mit insgesamt 13,6% erklärter Varianz gering. Mit einem BETA-Wert von $-0,2$ hat der Faktor „Dominanz landwirtschaftlicher Kleinbetriebe“ das relativ größte Gewicht. D.h. konkret, daß der Anteil rechter Abgeordneter in Departements mit geringem Anteil landwirtschaftlicher Kleinbetriebe tendenziell groß war. Dieser Befund sollte jedoch angesichts des insgesamt schwachen Zusammenhangs nur mit Vorsicht inhaltlich interpretiert werden und vermag kaum zur Erklärung der Regionalisierung politischer Orientierungen von Abgeordneten beizutragen ($R^2\text{-change} = 0,04$). Angesichts dieses Ergebnisses liegt der Einwand nahe, daß die geringe Erklärungskraft der ökologischen Daten ihrem Unvermögen zuzuschreiben ist, politikrelevante Aspekte regionaler Wirtschafts- und Sozialstrukturen zu erfassen. Dieser Vorbehalt hat auch den theoretischen Aspekt, daß wirtschafts- und sozialstrukturelle Disparitäten nicht eo ipso mit Interessenkonflikten gleichgesetzt werden dürfen, daß eine Interessendifferenzierung vielmehr die kulturelle Definition einer Situation voraussetzt²⁸. Dieser Einwand trifft jedoch im gegebenen Fall nicht zu. Wenn wir die abhängige Variable „Prozentanteil rechter Abgeordneter“ durch den von Louis-Napoléon in der Präsidentschaftswahl (Dezember 1848) erreichten Stimmenanteil ersetzen, steigt die Erklärungskraft der ökologischen Variablen auf beachtliche 57,1%. Dieses, trotz der zeitlichen Nähe überraschend deutlich von dem Befund für die Abgeordneten der Assemblée Nationale Constituante abweichende Ergebnis kann hier nicht weiter inhaltlich interpretiert werden. In unserem Zusammenhang muß es genügen, darauf hinzuweisen, daß die ökologischen Daten tatsächlich politikrelevante Aspekte regionaler Kontexte erfassen und daß ihr geringer Beitrag zur Erklärung der regionalen Differenzierung politischer Lager in der Assemblée Nationale Constituante keine Folge mangelnder Indikatorenqualität ist. Offenbar ist die Annahme, die mehr oder weniger amorphen politischen Orientierungen der Abgeordneten hätten direkt die regionalen Disparitäten der Sozial- und Wirtschaftsstruktur reflektiert, zu einfach, um die tatsächlich komplizierteren Vermittlungsprozesse zu erfassen. Andererseits sind, wie der hohe BETA-Wert in Tabelle 1 b ausweist, beide politischen Lager zu deutlich auf Hochburgen in bestimmten Departements konzentriert, als daß wir unterstellen könnten, die Abgeordneten hätten abgelöst von regionalen Bezügen gehandelt. Damit stellt sich erneut die Frage, auf welche Ursachen die deutliche Regionalisierung der politischen Strukturen zurückzuführen ist, die sich so markant von dem eher unklaren Bild unterscheidet, das die Analyse der Beziehungen zwischen der Soziallage und den politischen Orientierungen der Abgeordneten geliefert hat.

Einen ersten Hinweis gibt ein Blick auf die politische Topographie Frankreichs im Untersuchungszeitraum: Die Verteilung der Hochburgen beider politischen Lager folgt in groben Zügen den Grenzen der Landschaften des Ancien Régimes. Die Zentren der Linken lagen im Süden Frankreichs (Provence, Languedoc, Roussillon, Foix), in der Bourgogne, im Bereich der Gironde-Mündung, in Flandern, im Elsaß und in Lothringen, die der Rechten in der Bretagne und in den angrenzenden Gebieten (Anjou, Maine, Vendée, Normandie) am südlichen Rand Zentralfrankreichs, im Pariser Becken, der Picardie, dem Artois und der Champagne. Das übrige Zentralfrankreich war tendenziell indifferent, entsandte also Delegationen, in denen weder Abgeordnete der Rechten noch solche der Linken eindeutig dominierten.

28. Pappi u. Laumann, S. 160.



≅ ⅓ der Mandate entfielen auf die Rechte



≅ ⅓ der Mandate entfielen auf die Linke

Linke Departements

03 Allier
08 Ariège
09 Aube
10 Aude
16 Charente-Inf.
20 Côte-d'Or
21 Côtes-du-Nord
25 Drôme
26 Eure
30 Garonne (Haute-)
33 Hérault
37 Isère
53 Meurthe
56 Moselle
58 Nord
64 Pyrénées (Hautes-)
65 Pyrénées (Orient.-)
66 Rhin (Bas-)
70 Saône-et-Loire
76 Sèvres (Deux-)
80 Var
81 Vaucluse
85 Vosges
86 Yonne
88 Überseeische Bes.

Rechte Departements

05 Alpes (Hautes-)
06 Ardèche
07 Ardennes
11 Aveyron
24 Doubs
28 Finistère
34 Ille-et-Vilaine
36 Indre-et-Loire
39 Landes
43 Loire-Inférieure
45 Lot
46 Lot-et-Garonne
47 Lozère
48 Maine-et-Loire
50 Marne
51 Marne (Haute-)
52 Mayenne
54 Meuse
55 Morbihan
59 Oise
60 Orne
69 Saône (Haute-)
71 Sarthe
73 Seine-Inférieure
75 Seine-et-Oise
77 Somme
78 Tarn
82 Vendée
87 Algérie

Indifferente Departements

01 Ain
02 Aisne
04 Alpes (Basses-)
12 Bouches-du-Rhône
13 Calvados
14 Cantal
15 Charente
17 Cher
18 Corrèze
19 Corse
22 Creuse
23 Dordogne
27 Eure-et-Loir
29 Gard
31 Gers
32 Gironde
35 Indre
38 Jura
40 Loir-et-Cher
41 Loire
42 Loire (Haute-)
44 Loiret
49 Manche
57 Nièvre
61 Pas-de-Calais
62 Puy-de-Dôme
63 Pyrénées (Basses-)
67 Rhin (Haut-)
68 Rhône
S Seine (Paris)
74 Seine-et-Marne
79 Tarn-et-Garonne
83 Vienne
84 Vienne (Haute-)

Mit aller gebotenen Vorsicht schlagen wir vor, dieses Muster geographischer Verteilung der politischen Lager als Ausdruck eines Zentrum-Peripheriekonflikts zu deuten, dessen historische Wurzeln in die Formationsphase des französischen Staates während des Ancien Régimes zurückreichen. Folgt man dieser Interpretation, dann hätte die Herkunft aus jenen Peripherien, die relativ spät in den Staatsverband integriert wurden, über lange Zeit eine gewisse administrative Eigenständigkeit bewahrt hatten, vor und während der Revolution von 1789 vom Prozeß der „Entchristlichung“ am stärksten ergriffen waren und/oder in den konfessionellen Konflikten des 17. Jahrhunderts Zentren des protestantischen Widerstandes waren (Deux Sèvres, Charente Inférieure) eine Affinität gegenüber der Linken begründet, während die Herkunft aus den Kerngebieten der alten Monarchie und der christlichen Tradition die Übernahme rechter Positionen begünstigte. Als Träger der Vermittlung politi-

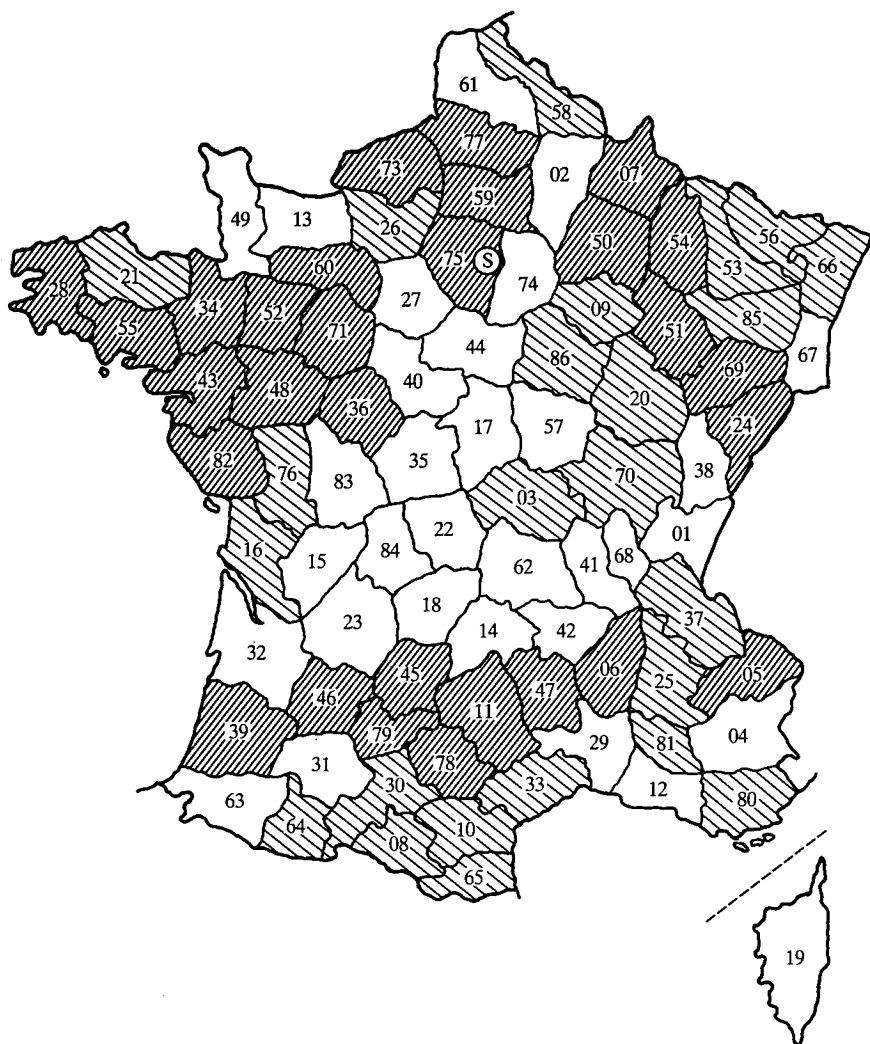


Abbildung 4: Die regionale Verteilung der Rechten und der Linken in der Assemblée Nationale Constituante

scher Traditionen lassen sich die regionalen Führungsgruppen denken, die, wie man weiß, bei der Aufstellung der Kandidatenliste eine entscheidende Rolle spielten und auch auf das Verhalten der Abgeordneten in Paris auf vielfältige Weise einwirkten²⁹.

Da wir weder für Deutschland noch für England über ähnlich umfassende Regionaldaten wie in Frankreich verfügen, können wir nicht entscheiden, inwieweit diese Befunde und Interpretationen zu verallgemeinern sind. Ein Blick auf die politische Topographie Englands und Deutschlands spricht allerdings eher für eine Generalisierbarkeit des französischen Musters, d.h. für eine überwiegende Bedeutung von Regionalfaktoren, die auf kulturelle und politisch-administrative Traditionen zurückzuführen sind, gegenüber solchen, die in sozioökonomischen Strukturunterschieden begründet sind. So rekrutierte sich in Deutschland die Linke überwiegend aus den territorialen Trümmergebieten des alten Reiches in Süd-, West- und Mitteldeutschland, d.h. aus solchen Regionen, die erst im „Reichsdeputationshauptschluß“ oder nach den napoleonischen Kriegen den neu organisierten Einzelstaaten zugeschlagen wurden und die deshalb keine ausgeprägten Loyalitäten gegenüber den herrschenden Dynastien entwickelt hatten, die neue staatliche Ordnung vielmehr häufig als eine Fremdherrschaft empfanden. In Großbritannien waren Schottland und Südirland Zentren der parlamentarischen Linken; eine territoriale Verteilung politischer Lager, in der nach unseren Einschätzungen die Opposition der jungen Peripherien gegenüber dem integrierenden Zentrum zum Ausdruck kommt³⁰. Auch in Deutschland und Großbritannien spricht also die topographische Evidenz dafür, daß sich die Linke und die Rechte auf geographische Schwerpunkte konzentrierten, deren Verteilung sich nicht durch regionale Disparitäten der Sozial- und Wirtschaftsstruktur, sondern am ehesten durch die fortdauernde politische Bedeutung der administrativen und kulturellen Territorialstruktur des Ancien Régimes erklären läßt. Eine Erklärung für das Überdauern dieser Muster politischer Topographie vermuten wir in der Persistenz regionaler und lokaler Machtstrukturen: Sie bildeten eine „Ressource“ für etablierte Führungsgruppen, die ihnen in Auseinandersetzungen mit konkurrierenden Gegeneliten einen erheblichen Vorsprung verschafften. So konnten wir in einer Untersuchung über die Zirkulation parlamentarischer Führungsgruppen in Frankreich 1846 - 1849 feststellen, daß sich nach der markanten Zäsur der Februarrevolution das Sozialprofil der Abgeordneten der Assemblée Nationale Constituante kaum von dem der letzten Kammer der Julimonarchie unterschied. Tiefgreifende Veränderungen vollzogen sich erst, als sich die regionalen Machtstrukturen unter einem äußeren Veränderungsdruck auflösten und die durch sie koordinierten Abhängigkeiten und Loyalitäten erodierten: Vor allem die Expansion und organisatorische Verfestigung von Arbeiterparteien wurde zum Anstoß für die Etablierung einer „Gegenmacht“, die der politischen Topographie ein neues Gesicht gab.

29. Tudesq, André Jean, *Les grands notables en France (1840-1849). Etude historique d'une psychologie sociale*, t. 2, Bordeaux (1963), S. 1054ff.; Agulhon, Maurice, *La République au village*, Paris (1970), S. 362-368; Le Bras, Hervé, u. Todd, Emmanuel, *L'invention de la France*, Paris (1981), S. 333-350; Best, Heinrich, „Kontinuität und Wandel parlamentarischer Repräsentation im revolutionären Frankreich 1848/49“, in: *Francia*, 11 (1984), S. 642-654; Vovelle, Michel, *Die Französische Revolution — Soziale Bewegung und Umbruch der Mentalitäten*, München u. Wien (1982), S. 51ff. (vgl. insbesondere die Karte auf S. 56).
30. Vgl. auch Urwin, Derek W., „Territorial Structures and Political Developments in the United Kingdom“ und „Germany: From Geographical Expression to Regional Accommodation“, in: Rokkan, Stein, u. Urwin, Derek W., (eds.), *The Politics of Territorial Identity. Studies in European Regionalism*, London u.a. (1982), S. 19-74 u. 165-250.

3.2.5. Die Erklärungskraft des Grundmodells

Wenn wir den Gesamteffekt der im Grundmodell verknüpften Variablen betrachten, wird deutlich, daß selbst bei Einschluß regionaler Bezüge die Bedeutung sozialdemographischer Merkmale als Determinanten politischen Verhaltens nicht überschätzt werden sollte. Im Fall der Frankfurter Nationalversammlung erklären Alter, Zugehörigkeit zum Adel, Wahlregion und Beruf zusammengekommen Abweichungen politischer Positionen zwischen den Abgeordneten nur zu 29%. Ein Vergleich mit den anderen Parlamenten zeigt, daß dieses Ergebnis sogar eine Obergrenze markiert: In der Pariser Nationalversammlung lag die erklärte Varianz bei 22%, im britischen Unterhaus während der Jahre 1841 bis 1847 nur bei 16%. Für die mexikanische Konstituante von 1917 hat Peter Smith bei einer vergleichbaren Variablenkonstellation und mit einer ähnlichen Untersuchungsmethode einen Wert von 27% ermittelt. Die häufige Unterstellung, daß der soziale Hintergrund politische Orientierungen determiniere, wird also durch die Befunde nicht gestützt. Das Sozialprofil rechter und linker Abgeordneter unterscheidet sich in den untersuchten Parlamenten nicht so erheblich voneinander, daß Auseinandersetzungen um solche politischen Positionen als Konflikte zwischen sozialdemographisch klar voneinander abgrenzbaren Lagern gedeutet werden könnten. Dieser schwache Zusammenhang besteht offenbar unabhängig von den kulturell, wirtschaftlich, sozial und politisch deutlich unterschiedenen Kontexten.

Nachzutragen bleibt, daß wir in dieser Untersuchung den Einfluß konfessioneller Konflikte auf die Formierung politischer Lager ausgeblendet haben. Der Grund hierfür liegt in der einfachen Tatsache, daß eine solche Ausweitung die Systematik des Vergleichs sprengen würde. Konfessionelle Konflikte waren im 19. Jahrhundert eine deutsche Spezialität, für die es im übrigen Europa kaum Entsprechungen gab. So verliefen in Frankreich die Auseinandersetzungen um religiöse Positionen nicht entlang der Konfessionslinie sondern zwischen Laizismus und Klerikalismus. Dies war aber ein Konflikt, der a priori politische Prämissen und Implikationen hatte. Er war eine zentrale Komponente des ideologischen Repertoires der Linken und der Rechten. Die Andersartigkeit religiös bestimmter Konfliktlagen hat uns veranlaßt, hier auf den interkulturellen Vergleich zu verzichten. Im Fall der Frankfurter Nationalversammlung konnten wir im übrigen feststellen, daß die Konfessionszugehörigkeit 1848/49 (noch) keinen markanten Einfluß auf die Formierung politischer Orientierungen hatte. Der Variablen „Konfession“ wird, wenn man sie an Stelle von „Adelstitel“ in das Grundmodell einführt, lediglich ein ETA-Wert von .03 und ein BETA-Wert von .04 zugeordnet.

3.3. *Der Test der Modellvarianten*

3.3.1. Das interessentheoretische Modell

Nach der ausführlichen Diskussion des Grundmodells werden wir die Modellvarianten nur kurz diskutieren und uns weitgehend darauf beschränken, die Erklärungskraft der ausgewählten Variablenkonstellationen insgesamt zu vergleichen. Für den Test des interessentheoretischen Modells haben wir zwei Dimensionen der Soziallage von Abgeordneten unterschieden: zum einen ihren Situs, d.h. ihre Stellung im System der gesellschaftlichen Arbeitsteilung unter funktionaler Perspektive — hier er-

faßt durch die Berufsvariable —, zum anderen ihren Status, d. h. ihre Position in einem System gesellschaftlicher Über- und Unterordnungen — hier erfaßt durch die Variablen „social class“ (Großbritannien) und „Schicht“. Im Fall Großbritanniens haben wir weitere Angaben über die Qualität der Ausbildung der Abgeordneten und — als Kovariate — über ihr Vermögen eingeführt, im Fall Frankreichs und Deutschlands Daten über intergenerationale Mobilität.

Tabellen 2a–2c: Das interessentheoretische Modell

Tabelle 2a: Die Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung

	ETA	BETA
Beruf	.30	.25
Schichtzugehörigkeit	.27	.26
Soziale Mobilität	.10	.10

$$R^2 = .14$$

Tabelle 2b: Die Abgeordneten der Assemblée Nationale Constituante

	ETA	BETA
Beruf	.20	.16
Schichtzugehörigkeit	.28	.30
Soziale Mobilität	.06	.03

$$R^2 = .10$$

Tabelle 2c: Die Abgeordneten des British House of Commons (Kovariate: Vermögen)

	ETA	BETA
Ausbildung	.19	.12
„Social Class“	.22	.15
Beruf	.23	.17

$$R^2 = .09$$

Trotz des recht differenzierten Untersuchungsansatzes bleibt die Erklärungskraft des interessentheoretischen Modells gering. In Deutschland liegt die erklärte Varianz bei 14%, in Frankreich und Großbritannien bei 9% und 10% der Gesamtvarianz der abhängigen Variablen. Das Vermögen der Abgeordneten und ihre soziale Mobilität hatten keinen spezifischen Einfluß auf politische Orientierungen. Das relative Ge-

wicht der übrigen Merkmale variiert deutlich in Abhängigkeit vom nationalen und historischen Kontext: Während in der Pariser Nationalversammlung der Effekt des Status dominiert, tritt in Deutschland neben dieses Merkmal gleichwichtig der Situs und in England zusätzlich die Art der Ausbildung. Wir vermuten, daß diese Unterschiede auf den je spezifischen Verlauf sozio-ökonomischer Cleavages zurückzuführen sind. In Frankreich ging es 1848/49 überwiegend um Fragen des Machtzugangs und der Partizipationsrechte bislang benachteiligter Schichten, d.h. um den Umbau des Statussystems³¹. In Großbritannien waren die Kornzölle, das Wahlrecht und die Fabrikgesetze die dominierenden Topoi parlamentarischer Auseinandersetzungen, d.h. es kreuzten sich verteilungspolitische Konflikte um eine Neuformierung des Systems gesellschaftlicher Arbeitsteilung zwischen Wirtschaftssektoren mit solchen um die soziale Sicherung und die Partizipationsrechte unterer Statusgruppen³². Auch in Deutschland waren beide Konfliktdimensionen bedeutsam: Die Bestrebungen um die Herstellung eines einheitlichen Binnenmarktes verschärften hier die Interessengegensätze zwischen Wirtschaftssektoren, während issues wie die Abschaffung der Adelstitel oder der Feudallasten eher das Statussystem der Gesellschaft betrafen³³. Festzuhalten bleibt jedoch, daß bei allen Abweichungen der Ergebnisse im einzelnen der Gesamteffekt sozio-ökonomischer Variablen auf die politischen Orientierungen der Abgeordneten in allen untersuchten Parlamenten gering war.

3.3.2. Das sozialisationstheoretische Modell

Das sozialisationstheoretische Modell haben wir in zwei Varianten getestet, die zum einen Einflüsse des Elternhauses und des Ausbildungssystems, zum anderen Erfahrungen im Prozeß politischer Sozialisation erfassen. Wegen Problemen der Datenglage konnten wir bei diesen Modellspezifikationen nicht jeweils alle drei Parlamente einbeziehen. Für Großbritannien und Deutschland haben wir den Einfluß wertevermittelnder Instanzen, wie Elternhaus, Schule und Universität, für Frankreich und Deutschland die Wirkung von Erfahrungen im Prozeß der politischen Sozialisation vor der Übernahme des Mandats untersucht. Hier wurde die Merkmalskonstellation „Verfolgung aus politischen Gründen“, „Übernahme und Niederlegung politischer Funktionen im Staatsdienst“ und „Übernahme politischer Ämter“ erfaßt, für Frankreich haben wir zusätzlich die Variablen „politische Funktion des Vaters“ und „Dauer der Parlamentszugehörigkeit vor 1848“ aufgenommen.

Die Varianzreduktion dieser Modellvariante liegt in Frankreich bei 13%, in Deutschland nur bei 3%. Dies ist eine frappante Abweichung, für die wir bislang noch keine zureichende Begründung gefunden haben. Besonders irritierend ist das in Deutschland sehr geringe Gewicht der Variablen „politische Verfolgung“. Wir hätten einen stärkeren Zusammenhang mit politischen Orientierungen erwartet, etwa in der Weise, daß die Erfahrung politischer Verfolgung die Neigung zu einer fundamental-

31. Agulhon, Maurice, 1848 ou l'apprentissage de la République 1848-1852, Paris (1973).

32. Aydelotte, William O., „The House of Commons in the 1840s“, in: History, 39 (1954), S. 249ff.

33. Best, Heinrich, Interessenpolitik und nationale Integration. Handelspolitische Konflikte 1848/49, Göttingen (1980); Stadelmann, Rudolf, Soziale und politische Geschichte der Revolution von 1848, Darmstadt (2. Aufl. 1962).

Tabellen 3 a–3 b: Das sozialisationstheoretische Modell (Politische Sozialisation)

Tabelle 3 a: Die Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung

	ETA	BETA
Politische Verfolgung	.09	.07
Zugehörigkeit zum Staatsdienst	.11	.11
Politisches Amt	.10	.08

$R^2 = .03$

**Tabelle 3 b: Die Abgeordneten der Assemblée Nationale Constituante (Kovariate:
Dauer der Parlamentszugehörigkeit vor 1848)**

	ETA	BETA
Politische Verfolgung	.21	.21
Politisches Amt	.27	.26
Zugehörigkeit zum Staatsdienst	.12	.10
Politische Funktion des Vaters	.13	.08

$R^2 = .13$

Tabellen 4 a–4 b: Das sozialisationstheoretische Modell (Sozialisation in der Familie und im Ausbildungssystem)

Tabelle 4 a: Die Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung

	ETA	BETA
Beruf des Vaters	.17	.15
Studienfach	.05	.06
Studienort	.15	.14

$R^2 = .05$

Tabelle 4 b: Die Abgeordneten des British House of Commons

	ETA	BETA
Beruf des Vaters	.20	.16
Besuchte Universität	.32	.28
Besuchte Public School	.17	.05

$R^2 = .13$

oppositionellen Haltung mit systemverändernder Perspektive begünstigte. Dies war in Deutschland offenbar nicht der Fall. Als eine mögliche Erklärung für den im Vergleich zu Frankreich schwachen Zusammenhang zwischen politischer Sozialisation und politischen Orientierungen schlagen wir die in Deutschland vor 1848 nur unvollständig vollzogene Ausdifferenzierung des politischen Systems vor³⁴. Während in Frankreich politische Restriktionen und Begünstigungen diskriminierenden Charakter hatten, von denen verschiedene Statusgruppen und Gesinnungsgemeinschaften sehr unterschiedlich betroffen waren, waren in den vorkonstitutionellen Staaten Deutschlands alle nicht unmittelbar im Rahmen der Institutionen des bürokratischen Staates Beteiligten vom Entscheidungsprozeß ausgeschlossen. Vehemente Bürokratiekritik war deshalb keineswegs nur eine Angelegenheit der bürgerlichen Linken sondern wurde z. B. auch von Angehörigen der Grundaristokratie vorgetragen, die ihre traditionellen Prärogativen gefährdet sah³⁵. Die vormärzliche Oppositionsbewegung war insofern in Deutschland eine heterogene Sammelbewegung, die sich erst im Vorfeld der Märzrevolution in zwei rivalisierende politische Lager schied³⁶.

Bei der Interpretation dieser Ergebnisse ist allerdings Vorsicht geboten, denn im Fall politischer Sozialisation läßt sich nicht immer klar entscheiden, was die abhängige und was die unabhängige Variable ist. So können wir etwa davon ausgehen, daß unter der Julimonarchie Politiker, die der Linken zuzurechnen waren, eher politisch verfolgt wurden als Anhänger der Rechten, während es andererseits auch plausibel ist, daß die Erfahrung politischer Verfolgung oppositionelle Haltungen verstärkte. Um so bemerkenswerter ist es, daß trotz solcher zu vermutender Interdependenzen der Gesamteffekt der politischen Sozialisationserfahrungen eher gering bleibt.

Weniger problematisch ist die Erklärung der Abweichung zwischen Großbritannien und Deutschland im Hinblick auf die Bedeutung von Sozialisationserfahrungen im Ausbildungssystem und im Elternhaus. In Deutschland erklärt das sozialisationstheoretische Modell 5%, in Großbritannien 13% der Varianz der Variablen „politische Orientierungen“. Diese Abweichung ist nach unserer Einschätzung auf die in beiden Ländern unterschiedlichen Systeme der Elitensozialisation zurückzuführen. Die Daten zeigen, daß in Großbritannien die Universität vor dem Elternhaus und vor der Schule die wertvermittelnde Instanz mit der größten politischen Bedeutung war. Dies ist ein Ergebnis, das Hypothesen unterstützt, die einen im Verlauf politischer Sozialisation zunehmenden Einfluß zeitlich nachgeordneter Sozialisationserfahrungen annehmen³⁷. In Deutschland tritt dagegen die Bedeutung der besuchten Universität und des Studienfachs deutlich zurück. Wir führen dies auf ein im Vergleich zu Großbritannien regional parzelliertes und offeneres Universitätssystem zurück, das eher auf die Vermittlung von Wissen denn auf die Reproduktion eines bestimmten Sozialtyps zielte³⁸.

Die Erklärungskraft des sozialisationstheoretischen Modells weist die größten Abweichungen zwischen den untersuchten Parlamenten auf. Wir schlagen vor, diesen

34. Koselleck, Preußen, S. 52ff.

35. Sheehan, James J., *German Liberalism in the Nineteenth Century*, Chicago (1978), S. 34ff.

36. Faber, Karl-Georg, *Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert*, Wiesbaden (1979), S. 174ff.

37. Putnam, Study, S. 92ff.

38. McClelland, C. E., *State, Society and University in Germany 1700–1914*, Cambridge (1980).

Befund unter dem Aspekt zu interpretieren, daß die Praktiken der Elitensozialisation zum einen Gegenstand bewußter und planender Eingriffe zentraler Instanzen, zum anderen Ausdruck spezifischer kultureller Traditionen waren. Dagegen wurden generelle Struktureigenschaften der umgebenden Gesellschaften hier nur indirekt und abgeschwächt wirksam. Dies galt für die unterschiedliche Gestaltung der Schul- und Universitätssysteme, dies galt auch für abweichende Zulassungs- und Verfolgungspraktiken gegenüber politisch Ambitionierten. England kann danach als ein Beispiel für die politische Formung der Elite in einem rigiden Ausbildungssystem, Frankreich als ein Beispiel für die Effekte von Diskriminierungen und Privilegierungen im Prozeß politischer Sozialisation und Selektion gelten. In Deutschland hinterließen dagegen weder das Ausbildungssystem noch die politische Erfahrungen vor 1848 markante Spuren in den politischen Orientierungen.

3.3.3. Das repräsentationstheoretische Modell

Die größte Erklärungskraft hatte in allen drei von uns untersuchten Parlamenten, wie auch in der mexikanischen Nationalversammlung, das repräsentationstheoretische Modell. Für Großbritannien haben wir dieses Modell mit einem Untersuchungsansatz überprüft, der Informationen über die geographische Lage der Wahlkreise, deren Größe (gemessen an der Zahl der Wähler) und ihren Status (differenziert nach County und Borough) erfaßt. Zusätzlich wurden Daten einbezogen, die Auskunft darüber geben, ob der Abgeordnete im Wahlkreis ansässig war oder nicht. In Deutschland haben wir neben den Variablen „Lage des Wahlkreises“ und „Bezie-

Tabellen 5 a-5 b: Das repräsentationstheoretische Modell

Tabelle 5a: Die Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung (Kovariate: Zahl der Ortswechsel)

	ETA	BETA
Wahlregion	.46	.48
Beziehung zum Wahlkreis	.05	.10
Dauer der Ansässigkeit	.05	.12

$$R^2 = .24$$

Tabelle 5b: Die Abgeordneten des British House of Commons (Kovariate: Zahl der Wähler)

	ETA	BETA
Wahlregion	.32	.39
Typ des Wahlkreises (County/Borough)	.30	.43
Beziehung zum Wahlkreis	.13	.01

$$R^2 = .23$$

hung zum Wahlkreis“ die Dauer der Ansässigkeit des Abgeordneten und — als Kovariate — die Zahl seiner Ortswechsel vor der Mandatsübernahme einbezogen.

Die Erklärungskraft des repräsentationstheoretischen Modells liegt in England bei 23%, in Deutschland bei 24% der erklärten Varianz und damit nahe bei bzw. über dem für das Grundmodell ermittelten Wert; ein Ergebnis, das erneut die zentrale Bedeutung des Faktors „Region“ bestätigt. Einen markanten Einfluß auf das Abstimmungsverhalten hatten im Rahmen des repräsentationstheoretischen Modells alle diejenigen Variablen, die Eigenschaften der Wahlkreise selbst erfassen, während die Art und die Dauer der Beziehung zum Wahlkreis wenig bedeutsam sind. Dieser Befund deutet darauf hin, daß die Rückbindung an die Wahlregion auch bei räumlicher Distanz oder bei nur kurzer Ansässigkeit des Abgeordneten wirksam war. Dies gilt auch für Frankreich, wo bei einem großen Gewicht des Faktors „Region“ die Art der Beziehung zum Wahldepartement ebenfalls nur eine schwache Wirkung auf politische Orientierungen hatte³⁹. Über die Bedeutung des regionalen Kontextes und die Wege seiner Vermittlung auf die Ebene parlamentarischen Entscheidungshandelns haben wir an anderer Stelle des Beitrages ausführlicher berichtet. Trotz der Einschränkung, daß unsere Überlegungen in dieser Hinsicht beim jetzigen Stand der Forschung noch vorläufigen Charakter haben, steht fest, daß der Einfluß des Faktors „Region“ über die Zeit und verschiedene politische Systeme hinweg überraschend groß ist, größer jedenfalls, als daß die bisher von der Forschung geübte Bevorzugung des interessentheoretischen Modells gerechtfertigt wäre. Dies ist auch insofern ein überraschendes Ergebnis, als Modernisierungstheorien behaupten, daß im Verlauf nationaler Integration territoriale Konflikte zwischen Regionen von funktionalen Konflikten zwischen Klassen und Wirtschaftssektoren abgelöst werden⁴⁰. Unsere Daten zeigen demgegenüber, daß die territoriale Komponente ihre zentrale Bedeutung behielt, gleichgültig, ob wir saturierte Nationalstaaten wie England und Frankreich oder einen „unfertigen“ Nationalstaat wie Deutschland betrachten.

4. Schlußbemerkung

Ungeachtet der gleichbleibenden Bedeutung regionaler Bindungen variiert das Gewicht anderer biographischer Merkmale erheblich in unterschiedlichen nationalen Kontexten. Dieser Befund bekräftigt die Kritik an einer Betrachtungsweise, die Zusammenhänge zwischen sozialdemographischen Variablen und politischem Verhalten gewissermaßen als anthropologische Konstanten behandelt⁴¹. Insgesamt lag der Einfluß, den sozialdemographische Merkmale auf politisches Verhalten hatten, in unserer Untersuchung deutlich über der Grenze der Irrelevanz, war aber weit davon entfernt, politische Positionen der Abgeordneten eindeutig festzulegen. Offenbar waren die Einflüsse des engeren parlamentarischen Kräftefeldes und die individuellen

39. Best, *Elitentransformation*, S. 66f.

40. Vgl. u. a. Rokkan, Stein, *Citizens, Elections, Parties*, Oslo (1970), S. 101ff.

41. Vgl. z. B. Czudnowski, M., *Recruitment*, S. 185f. Vgl. auch Lepsius, M. Rainer, „Die Bundesrepublik Deutschland in der Kontinuität und Diskontinuität historischer Entwicklungen. Einige methodische Überlegungen“, in: ders. (Hrsg.), *Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zum Kontinuitätsproblem*, Stuttgart (1983), S. 17f.

Handlungsspielräume größer, als dies Modelle einer externen sozialen Steuerung parlamentarischen Entscheidungshandelns erfassen können. Erste Befunde deuten allerdings darauf hin, daß sich im deutschen Parlamentarismus der Kaiserzeit der Zusammenhang zwischen sozialdemographischen Merkmalen und den politischen Orientierungen von Abgeordneten verstärkte⁴². Vor allem seit Ende der 1880er Jahre läßt sich ein Übergang von einem amorphen Parlamentarismus mit sozial heterogenen politischen Gruppierungen zu einem segregierten Parlamentarismus mit sozialdemographisch deutlich voneinander unterschiedenen politischen Lagern betrachten. Dies war eine Periode, in der Merkmale wie der Beruf, ethnische Zugehörigkeit und die Konfession eine neue politische Deutung und symbolische Bedeutung erhielten. Wir sehen in dieser Entwicklung den Ausdruck einer zunehmenden Prägnanz sozialkultureller Spannungslinien und ihrer wachsenden Wirkung auf die Formierung der politischen Landschaft.

Dies gilt in je spezifischer Weise auch für Großbritannien und Frankreich. In allen drei von uns untersuchten politischen Systemen begann in den Jahrzehnten nach 1849 die Ära der Klassenpolitik und der Aufstieg von Arbeiterparteien. Es setzte damit ein Umbau gesellschaftlicher Machtstrukturen ein, in dem Interessenbindungen anstelle von traditionellen Loyalitäten und paternalistischen Abhängigkeiten zur dominierenden Kraft wurden. Wenn es zutrifft, daß wir heute in den Demokratien Westeuropas das Ende der Klassenpolitik erleben — ein Sachverhalt der zumeist unter dem Stichwort des „Postmaterialismus“ diskutiert wird —, dann hat unsere Untersuchung angedeutet, daß dies die Vollendung eines säkularen Zyklus sein könnte, der von einer „prämaterialistischen“ Konstellation um die Mitte des 19. Jahrhunderts seinen Ausgang genommen hat⁴³.

Summary

The purpose of this study is to investigate how significant social-demographic characteristics are, if we want to explain the political behavior and orientations of actors in past societies. We approached this problem on the basis of roll-call data and biographic data of the representatives of the Frankfurt National Assembly, the Paris Assemblée Nationale Constituante 1848/49 and the British House of Commons 1841–1847. For comparative purposes results of related studies in the Mexican National Assembly of 1916–1917 and the German „Reichstag“ of 1898 and 1903 have been used.

In the first step of the analysis we condensed roll-call data into summarized measures of political positions using factor analysis. In all three parliaments the right-left dimension formed the dominant cleavage which structured the voting behavior. The position of representatives in this policy dimension was introduced as the dependent variable. The biographic attributes of the representatives were treated as independent variables.

42. Best, Recruitment, S. 24.

43. Zuckerman, Alan S., „New Approaches to Political Cleavage. A Theoretical Introduction“, in: Comparative Political Studies, Vol. 12, No. 2 (1982), S. 131–144; Rogowski, R., „Social Class and Partisanship in European Electorates: A Reassessment“, in: World Politics (1981), S. 639–649.

Our central hypothesis was that the social background and the social affiliations of the representatives determined their parliamentary decision making. This assumption has been tested first by a heterogeneous model („basic model“) which combines „standard“ attributes of collective-biographical research: age, profession, membership in the nobility and regional origin. In a second step we split up the basic model in partial hypotheses, which have been derived from general assumptions concerning the genesis and transmission of political orientations:

1. an interest-oriented approach which interprets political behaviour according to the wish to get actual advantages in the allotment struggle for power, wealth and prestige;
2. an approach which emphasizes the effects of socialization and which assumes that political orientations have been acquired during political socialization and selection by institutions which transmit values and by experiences in the political career;
3. a theoretical approach which is focused on geographic representation and which assumes a close connection between parliamentary decision making and the orientations of the electors.

Multiple Classification Analysis was used to test the different models.

Our strongest finding for all three parliaments has been a dominant influence of the regional origin on the political orientations of representatives. The impact of the variable „profession“ was permanently lower than this could be expected according to theories which suggest that political orientations are determined by class interests. The importance of the variable „membership in the nobility“ varied most significantly: it was high in the Paris National Assembly, lower in the Frankfurt National Assembly and close to zero in the British House of Commons. The influence of the variable „age“ was spurious in all three parliaments. Generally the „basic model“ can not explain too much of the variance of the dependent variable: For the Frankfurt National Assembly R^2 is .29, for the Assemblée Nationale Constituante .22, for the British House of Commons only .16. The widely shared assumption, that the social background determines political orientations is not supported by these results. The social profile of right and left representatives does not differ so significantly, that the contrasts between political positions could be interpreted as a conflict between socially definable groups. This weak connection exists obviously independent of economically, socially and politically contrasting contexts.

The test of the partial models verifies in the main points the results for the basic model. The interest-oriented-model and the socialization-model explain between 9% and 13% of the variance of the dependent variable „political orientation“. Only the representational-model was with an R^2 of .20 to .23 clearly above these values. This gives a hint that preference given by many researchers to the interest-oriented-model is not always justified while the genesis and the structure of political topography turns out to be a central aspect of research, at least for early parliamentary systems.

The influence of biographical attributes on political behaviour is significantly beyond the limits of irrelevance, but does not determine political positions of representatives unequivocally. Obviously influences of the immediate parliamentary context and the individual margins of action were larger than theories of an external social determination of parliamentary decision-making suggest.

Frauen im Parlament: Lebensläufe sozialdemokratischer Parlamentarierinnen in der Weimarer Republik

Vorbemerkung

Frauen sind auch sechzig Jahre nach Erlangung des Wahlrechts in gewisser Weise noch Exotinnen in der parlamentarischen Welt, und das, obwohl sich seither an der rechtlichen Gleichstellung der Frau Entscheidendes verbessert hat. Eine (biographische) Untersuchung der Frauen, die 1919 als „Pionierinnen“ in die Parlamente eingezogen sind und keinerlei weibliche Vorbilder für ihre Aufgaben hatten¹, war bisher in der historischen Forschung bzw. der Geschichte der Arbeiterbewegung eine Leerstelle. Dies hängt zum einen mit der Tatsache zusammen, daß man sich lange nicht besonders für den Beitrag der Frauen in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft interessierte, zum anderen mit der diesbezüglichen desolaten Quellenlage, aber nicht zuletzt auch mit den methodischen Problemen einer Gruppenbiographie auf der Basis sehr unterschiedlicher Informationen².

1. Seit Mitte des 19. Jahrhunderts hatte sich in Deutschland zunächst eine „bürgerliche“ Frauenbewegung organisiert, die sehr bald das Frauenstimmrecht in ihren Forderungskatalog aufgenommen hatte und so den Boden vorbereitete für die in den 90er Jahren sich herausbildende „proletarische“ Frauenbewegung, die das Wahlrecht von Anfang an forderte. Die Parlamentarierinnen von 1919 sind also nur die „Pionierinnen“ der Praxis, innerhalb der „Bewegung“ sind sie der „3. Generation“ zuzurechnen: Stellvertretend für die „1. Generation“ seien hier Louise Otto Peters, für die „2. Generation“ Helene Lange („Bürgerliche“ Frauenbewegung) und Clara Zetkin („Proletarische“ Frauenbewegung) genannt. Diese Periodisierung wendet sich gegen den Vorschlag von Jean Helen Quataert, welche in ihrer Dissertation die „Proletarische“ Frauenbewegung isoliert betrachtet. Demnach zählt sie Clara Zetkin zur „1. Generation“. (Quataert, Jean H., *The German socialist women's movement 1890-1918: Issues, international conflicts and the main personages*, Ph. D. Los Angeles 1974, S. 567.)
2. Dieser Aufsatz basiert auf den methodischen Überlegungen und inhaltlichen Zusammenfassungen meiner Dissertation: Wickert, Christl, *SPD und Frauenemanzipation in der Weimarer Republik. Biographie und politischer Werdegang der weibl. SPD-Abgeordneten in der Nationalversammlung, im Deutschen Reichstag, in der Preußischen Landesversammlung und im Preußischen Landtag*, 2 Bde., disc. pol. Diss., Göttingen 1983.

Für Frauen ergeben sich, bedingt durch ihren im Unterschied aus „Beruf“ und „Politik“ als „privat“ angesehenen Lebenszusammenhang, erhebliche Rollenkonflikte, wenn sie sich gesellschaftspolitisch oder beruflich exponieren. Das wird verstärkt in dem Augenblick, in dem Frauen sich in einen Bereich begeben, der bisher nur Männern vorbehalten war. So nahm 1919 eine — wenn auch kleine — Gruppe Frauen ihren Platz in der bisher unangefochtenen „Männerdomäne Parlament“ ein.

Eine Untersuchung über das Leben von Politikerinnen sollte von folgenden Leitfragen ausgehen: Aus welchen Familien kamen die Frauen? Wie wuchsen sie auf? Wodurch wurden sie politisiert? Wie verarbeiteten sie ihr Leben und ihre tagespolitischen Erfahrungen? Welchen Arbeitsschwerpunkten haben sie sich gewidmet? Wie beurteilen sie ihre Erfolge und Mißerfolge aus der Perspektive einer zeitlichen Distanz heraus?

Die SPD-Vertreterinnen in der Nationalversammlung, im Reichstag, in der Preußischen Landesversammlung und im Preußischen Landtag wurden hier ausgewählt, weil diese Partei für sich in Anspruch nehmen konnte, als einzige seit 1891 (Erfurter Programm) für die politische Gleichstellung der Frauen und damit für deren Wahlrecht gekämpft und im Vergleich zu anderen Parteien die Frauen auch stärker an der Arbeit beteiligt zu haben³. Es scheint nicht weiter verwunderlich, wenn man die Parteienlandschaft des deutschen Kaiserreiches und der Weimarer Republik betrachtet, daß es nur eine Partei gab, die politische Gleichheitsansprüche ausdrücklich auf Frauen ausgedehnt hat. Denn orientiert man sich an Lepsius' Bestimmung sozialmoralischer Milieus⁴, dann war die SPD als Ausdruck eines in sich relativ geschlossenen Milieus, des sozialistischen, im Gegensatz zu dem konservativen, dem liberalen und dem katholischen weniger von den Konflikten um die Reichsgründung (1871) und regionalen Loyalitäten belastet⁵.

Der Reichstag und der Preußische Landtag verzeichneten in den 20er Jahren mit

3. Frauenanteil in der Nationalversammlung 1918: 8,7%, in der SPD-Fraktion: 11,5% (vgl. Schneider, Max, Frauen an der Wahlurne. 14 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland, in: Die Gesellschaft 10 (1933), Heft 1, S. 77). Damit soll nicht gesagt sein, daß Frauen in der SPD wirklich gleichberechtigt beteiligt waren.

4. Lepsius, M. Rainer, Parteiensystem und Sozialstruktur: Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: Abel, Wilhelm u. a. (Hg.), Wirtschaft, Geschichte und Wirtschaftsgeschichte. Festschrift zum 65. Geburtstag von Friedrich Lütge, Stuttgart 1966, S. 371–393.

5. Ebd., S. 392: „So wird die Arbeiterbewegung auch zum stärksten Verfechter der politischen Gleichberechtigungsansprüche. Doch die sie umgebende sozialmoralische Diskriminierung und die beständige Bedrohung mit dem Entzug der nationalen Legitimität isoliert die von ihr getragenen Demokratisierungsimpulse. Auf spezifische Klasseninteressen eingeengt, verwickelt sich die Sozialdemokratie in einen vielseitigen Kampf um politische und soziale Gleichberechtigung, wobei über die Priorität des einen oder des anderen der Sache nach keine Einmütigkeit entstehen kann. Sie vermag keine breite Reorganisation der politischen Kräfte auf die Durchsetzung der politischen Gleichberechtigung, die Weiterentwicklung der demokratischen Institutionen einzuleiten. Die Dynamik, die durch die Industrialisierung in den Demokratisierungsprozeß hätte getragen werden können, wird durch die Abdrängung und Selbstisolierung der SPD in eine Subkultur aufgefangen.“

Abstand den höchsten Frauenanteil eines Parlaments in der Welt⁶. Davon stellte die SPD mehr als die Hälfte der weiblichen Abgeordneten⁷.

Insgesamt 74 Frauen vertraten zwischen 1919 und 1933 die SPD im Reichstag und im preußischen Parlament. Aufgrund mangelhafter Informationsbasis können über vier Frauen, die in der Verfassungsgebenden Preußischen Landesversammlung ein Mandat inne hatten, keine Aussagen zu deren Lebensdaten gemacht werden. Neunzehn Frauen konnten aufgrund schriftlicher und mündlicher Quellen detaillierter erfaßt werden. Allerdings sind die Informationen über die einzelnen Lebensabschnitte von unterschiedlicher Dichte und Tragfähigkeit bzw. Genauigkeit. Daß sich so statistisch gesehen kein wirklich repräsentatives Bild vom Leben sozialdemokratischer Parlamentarierinnen erstellen läßt, ist nicht zu bestreiten. Die Alternative wäre jedoch gewesen, Arbeit und Leben sozialdemokratischer Frauen weiterhin vergessen zu lassen. Mit den SPD-Frauen ist auch die zahlenmäßig wichtigste und wohl einflußreichste Gruppe der ersten weiblichen Vertreterinnen im deutschen Reichsparlament ausgewählt.

Frauen im Deutschen Reichstag und z. T. auch im Bundestag waren schon Gegenstand mehrerer Untersuchungen⁸. Auch die SPD-Frauenpolitik wurde schon unter verschiedenen Aspekten untersucht und/oder dargestellt, wie unter „ideologischen“ Gesichtspunkten⁹, nach ihren publizistischen bzw. programmatischen Aussagen¹⁰ und als Teil der gesamten Frauenbewegung¹¹. Es fällt ansonsten in der Literatur auf, daß die Frauen — im Gegensatz zu Männern — wenig als historisch handelnde Individuen in Betracht kommen.

-
6. Fessenden, Patricia L., *The Role of the Women Deputies in the German Constituent Assembly and the Reichstag 1919–1933*, Ohio State University, Ph. D. 1976, S. 32.
 7. Nationalversammlung 1919: achtzehn Sozialdemokratinnen und drei Unabhängige Sozialdemokratinnen von insgesamt 37 Frauen; Reichstag 1933: Frauenanteil insgesamt 3,53%, SPD 10,11%, d. h. zwölf von zwanzig Frauen (s. Wickert, Diss. Bd. 2, S. 25/30).
 8. Bremme, Gabriele, *Die politische Rolle der Frauen in Deutschland. Eine Untersuchung über den Einfluß der Frauen bei Wahlen und ihre Teilnahme in Partei und Parlament*, Diss. Göttingen 1956;
Bridenthal, Renate/Koonz, Claudia, *Beyond Kinder Küche Kirche. Weimar Women in Politics and Work*, in: Bernice Carrol (Ed.), *Liberating Women's History. Essays on Women's History and Women's Liberation*, University of Illinois Press 1975;
Koonz, Claudia, *Conflicting Allegiances: Political Ideology and Women Legislators in Weimar Germany*, in: *Signs. Journal of Women in Culture and Society*, Spring, 1976, Vol. 1, No. 3, Part. 1, p. 663–683;
Fülles, Mechthild, *Frauen in Partei und Parlament. Die Frau in der Politik*, Köln 1969;
Fessenden, Patricia L., S. 209;
Mabry, Hannelore, *Unkraut ins Parlament. Die Bedeutung parlamentarischer Arbeit für die Emanzipation der Frau*, München 1971.
 9. Pore, Renate E., *The German Social Democratic Women's Movement 1919–1933*, Morgantown Ph. D. 1977.
 10. Thönessen, Werner, *Frauenemanzipation. Politik und Literatur der deutschen Sozialdemokratie zur Frauenbewegung 1863–1933*, Frankfurt a. M. 1969;
Vormschlag, Elisabeth, *Inhalte und Leitbilder und Funktionen politischer Frauenzeitschriften der SPD, der USPD, der KPD in den Jahren 1890–1933 und der NSDAP in den Jahren 1932–1945*, Diss. Göttingen 1970.
 11. Evans, Richard J., *The feminist movement in Germany 1894–1933*, London 1976.

Im folgenden sollen die Quellenlage zu den Biographien sozialdemokratischer Parlamentarierinnen in der Weimarer Republik dargelegt, die daraus resultierenden Bearbeitungsprobleme der „Oral History“ und der biographischen Methode diskutiert werden, um im Anschluß daran kurz die Ergebnisse der Gruppenbiographie auf dem Hintergrund sozialdemokratischer Frauenpolitik in der Weimarer Republik darzulegen. Hierbei wird es nötig, eine Gruppierung der verschiedenen Lebensläufe nach dem familiären Hintergrund der Frauen vorzunehmen, die ihre Grenze in dem Augenblick findet, wenn sie aktiv in die politische Arbeit integriert sind und damit einen relativ ähnlichen Lebens- und Arbeitszusammenhang haben.

Zur Quellenlage

Die Quellensuche erwies sich als äußerst langwierig. Dies hängt einmal mit dem prinzipiellen Problem bei der Erforschung von Frauengeschichte zusammen, zum anderen ist durch die Zeit des Nationalsozialismus (Konfiszierungen, Zerstörungen, Emigration etc.) viel interessantes Material verloren gegangen: sei es durch Vernichtung von seiten der Nationalsozialisten oder von den Beteiligten und Verfolgten selbst, oder aber auf dem Weg in/durch die Emigration.

Ausgehend von den 74 Namen und groben Lebensdaten von Sozialdemokratinnen in der Nationalversammlung, im Reichstag, in der Preußischen Landesversammlung und im Preußischen Landtag aus den Handbüchern¹² hat die Verfasserin nach veröffentlichten und unveröffentlichten Autobiographien, Biographien, biographische Sammlungen, Erinnerungen mit Berichten von und über einzelne Frauen, nebst Nachlässen gesucht.

12. Hillger, Hermann, Hillgers Handbuch der Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung 1919, Berlin/Leipzig 1919;
- Osterroth, Franz, Biographisches Lexikon des Sozialismus, Bd. 1: Verstorbene Persönlichkeiten, Hannover 1960;
- Bureau des Reichstages (Hg.), Reichstagshandbuch 1. Wahlperiode, Berlin 1920, 2. Wahlperiode, Berlin 1924, 3. Wahlperiode, Berlin 1924, 4. Wahlperiode, Berlin 1928, 5. Wahlperiode, Berlin 1930, 6. Wahlperiode, Berlin 1932, 7. Wahlperiode, Berlin 1932, 8. Wahlperiode, Berlin 1933.
- Kürschner, Joseph, (Hg.), Handbuch zum deutschen Reichstag (seit 1924 hg. von Hillger), Leipzig 1924, 1928, 1930, 1933.
- Bureau des Reichstages (Hg.), Handbuch der Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung. Biographische Notizen und Bilder, Weimar, 1919, Berlin o.J.;
- Große Frauen der Weltgeschichte. Tausend Biographien in Wort und Bild, Wiesbaden o.J. (1976?);
- Vorstand des Vereins Arbeiterpresse (Hg.), Handbuch des Vereins Arbeiterpresse, Berlin 1927;
- Klöcker, Alois, Der erste Preußische Landtag. Ein Handbuch für die preußischen Landtagswahlen, hg. vom Landessekretariat der preußischen Zentrumsparlei, Berlin 1921;
- Schwarz, Max, Mitglieder des Reichstages. Biographisches Handbuch der Reichstage, Hannover 1965;
- Kienast, E. (Bearb.), Handbuch für den Preußischen Landtag, 1. Wahlperiode, 1921, Berlin 1921, 2. Wahlperiode, 1925, Berlin 1925, 3. Wahlperiode, 1928, Berlin 1928, 4. Wahlperiode, 1932, Berlin 1932, 5. Wahlperiode, 1933, Berlin 1933.

Veröffentlichte Autobiographien liegen von Marie Juchacz, Toni Sender, Käte Frankenthal, Hedwig Wachenheim und Hildégard Wegescheider¹³ vor. Eine unveröffentlichte Autobiographie in zwei Fassungen existiert von Anna Siemsen¹⁴, unvollständige Manuskripte von Adele Schreiber-Krieger und Maria Reese¹⁵. August Siemsen hat 1951 eine Biographie seiner Schwester Anna veröffentlicht¹⁶.

Paul Löbe schrieb einen Lebensbericht über Louise Schroeder¹⁷. Marie Juchacz verfaßte nach ihrer Rückkehr aus der amerikanischen Emigration eine Reihe Lebensgeschichten ihrer Mitkämpferinnen¹⁸. Vereinzelt finden sich in den Memoiren führender Sozialdemokraten und anderer Zeitgenossinnen und Zeitgenossen Berichte über einzelne Frauen¹⁹.

Es gibt Nachlässe von:

- Maria Reese: im Bundesarchiv Koblenz, Kleine Erwerbungen 379.
- Adele Schreiber: im Bundesarchiv Koblenz.
- Toni Sender²⁰: in der State Historical Society of Wisconsin in Madison/Wis., USA.

13. Juchacz, Marie, Kindheit, Jugend und erste politische Tätigkeit, in: Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt (Hg.), Marie Juchacz. Gründerin der Arbeiterwohlfahrt. Leben und Werk, Bonn 1979 (liefert auch Hinweise auf das Leben ihrer Schwester Elisabeth Kirschmann-Roehl, betrifft jedoch nur die Zeit bis etwa 1916);
Frankenthal, Käte, Der dreifache Fluch: Jüdin, Intellektuelle und Sozialistin. Erinnerungen einer Ärztin in Deutschland und im Exil, hg. von Pearle, Kathleen M. und Leibfried, Stephan, Frankfurt a. M. 1981;
Sender, Toni, Autobiographie einer deutschen Rebellin, hg. von Brinker-Gabler, Gisela, Frankfurt a. M. 1981;
Wachenheim, Hedwig, Vom Großbürgertum zur Sozialdemokratie. Memoiren einer Reformistin, hg. von Miller, Susanne, Berlin 1973;
Wegescheider, Hildegard, Weite Welt im Spiegel. Erinnerungen, hg. v. Suhr, Susanne, Berlin 1953.
14. Eine Fassung besitzt ihr Neffe Pieter Siemsen in Berlin (DDR). Eine Kopie stellte der Verfasserin Wendula Dahle/Bremen zur Verfügung. Eine weitere fand sich in der Peace Collection der Houghton Library University in Cambridge/Ma., USA, in der Sammlung „My life in Gemany before and after January 30, 1933“ (Ergebnisse eines Preisausschreibens 1940).
15. Bundesarchiv Koblenz: Nachlaß Schreiber; Kleine Erwerbungen 379. Nachlaßpapiere von Maria Reese, geb. Meyer.
16. Siemsen, August, Anna Siemsen. Leben und Werk, Hamburg 1951.
17. Löbe, Paul, Lebensbild einer deutschen Frau, in: Louise Schroeder. Ein Frauenleben unserer Zeit, Berlin 1956, S. 7-22.
18. Juchacz, Marie, Sie lebten für eine bessere Welt. Lebensbilder führender Frauen des 19. und 20. Jahrhunderts, Berlin/Hannover 1956.
19. Buck, Pearl S., So kommt's dazu. Gespräche über das deutsche Volk 1914-1933 mit Erna v. Pustau, Wien 1948;
Hoegner, Wilhelm, Flucht vor Hitler. Erinnerungen an die Kapitulation der ersten deutschen Republik 1933, Frankfurt a. M. 1979;
Keil, Wilhelm, Erlebnisse eines Sozialdemokraten, 2 Bde., Stuttgart 1947 und 1948;
Löbe, Paul, Der Weg war lang. Lebenserinnerungen, Berlin 1954;
Oehme, Walter, Die Weimarer Nationalversammlung 1919. Erinnerungen, Berlin 1962;
Saran, Mary, Gib niemals auf. Erinnerung, übers. v. Susanne Miller, Bonn 1979;
Stampfer, Friedrich, Die ersten 14 Jahre der deutschen Republik, Offenbach/Main 1947.
20. Wheeler, Robert F., Der Restnachlaß Toni Sender, in: IWK 8 (1972), H. 16, S. 74-76; Die Amerikaner führen Frau Sender unter „Tony“, so auch in den State Historical Society of

– Johanna Tesch: im Privatbesitz der Enkeltochter Sonja Tesch in Frankfurt am Main/Hamburg.

Personalakten, die jede Schulbehörde über Lehrerinnen und Lehrer geführt hatte, existieren über Anna Siemsen²¹, Hildegard Wegscheider²² und Toni Pfülf²³, Polizeiakten über Johanna Reitze²⁴. Ein Restnachlaß von Toni Pfülf²⁵ enthält die letzten Briefe und eine Abschiedspostkarte vor ihrem Freitod 1933.

Zusätzlich gibt es Informationen in den Privatsammlungen von Pieter Siemsen, Herta Beese, Lotte Lemke, Walter G. Oschilewski, Elfriede Denecke, Toni Wohlgemuth, Berta Jourdan, Elsbeth und Herbert Weichmann, John Caspari (†), Karla Seifarth und den Nachlässen Marie Juchacz und Hedwig Wachenheim²⁶, Julius Moses²⁷, Albert Grzesinski und Karl Kautsky²⁸, Ernest Hamburger, Kurt Kersten, Julie Braun-Vogelstein und Philipp Loewenfeld²⁹, Otto Braun, Adolf Grimme³⁰ und Wilhelm Sollmann³¹.

Hinweise und Informationen verdankt die Verfasserin Gesprächen und Briefwechseln mit Zeitgenössinnen und Zeitgenossen der Weimarer Republik³².

Antwort auf Fragen nach dem Leben der Frauen, die sich nicht schriftlich über ihr Leben geäußert haben und denen kaum jemand Beachtung in schriftlichen Äußerungen geschenkt hat, konnten nur Interviews geben. Beeindruckend waren die Gespräche, welche die Verfasserin mit den beiden noch lebenden Frauen der ausgewählten Untersuchungsgruppe geführt hat, den beiden Abgeordneten des Preußischen Landtages Berta Jourdan (am 4. Dezember 1981 in Frankfurt am Main gestorben) und Toni Wohlgemuth (1984 in Berlin/DDR gestorben).

Mit den Töchtern von Anna Nemitz, Elfriede Nemitz (†), Elise Bartels, Elfriede Denecke (†) und Else Höfs, Grete Levin, und dem Sohn von Else Höfs, Johannes Höfs, konnten noch ausführliche Interviews über ihre Eindrücke an die politische Arbeit der Mütter und deren Auswirkungen auf das Familienleben und die Lebensplanungen der Kinder geführt werden. Über das Umfeld der Familie wurden Anna Siemens Neffen Pieter und Jan Karl (†) befragt, Louise Schroeders Nichte Karla Seyfarth und Johanna Teschs Enkeltochter Sonja.

Wisconsin. Unterschrieben hat sie bis 1933 immer, danach überwiegend, mit „Toni“. Entsprechend wird sie in der vorliegenden Untersuchung „Toni“ geschrieben.

21. Stadtarchiv Düsseldorf.

22. Stadtarchiv Bonn.

23. Bayerisches Hauptstaatsarchiv München, Stadtarchiv München.

24. Stadtarchiv Hamburg.

25. Archiv der Franz-Neumann-Stiftung, Berlin; s. auch: Antje Dertinger, Dazwischen liegt nur der Tod. Leben und Sterben der Sozialistin Antonie Pfülf, Berlin/Bonn 1984.

26. Archiv der sozialen Demokratie, Bonn.

27. Privatbesitz von Kurt Nemitz, Bremen.

28. Internationales Institut für Sozialgeschichte/Amsterdam.

29. Leo-Baeck-Institut, New York/NY, USA; vgl. hierzu auch Milton, Sibyl, Die Quellen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung im Leo-Baeck-Institut, New York, in: IWK 11 (1975), H. 2, S. 232–243.

30. Preußisches Geheimes Staatsarchiv der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Berlin-Dahlem.

31. Peace-Collection im Swarthmore-College, PN, USA.

32. Herta Beese, Ella Ehlers, Walter Fabian, Josef Felder, Walter Friedlander, Rose Fröhlich, Ernest Hamburger, Magdalene Heilmann, Fritz Heine, Ella Kay, Lotte Lemke, Dora Lösche, Edith Lücke, Susanne Miller, Walter G. Oschilewski, Elisabeth Schäfer, Heinz Steinitz, Fritz Tobias, Elsbeth Weichmann und Reinhold Walz.

Spezielle Fragen konnten beantworten: Hans Caspari, der in San Francisco als John Caspari lebte, über die Arbeiterwohlfahrt, Hedwig Wachenheim und Anna Siemsen; Wilhelm Hoegner (†) über Toni Pfülf; Gertrud Loppach über Louise Schroeder; Hans Staudinger (†) über Hedwig Wachenheim; Susanne Suhr über Hildegard Wegscheider.

Zur Analyse der politischen Positionen der Frauen wurden Broschüren nach drei Kriterien gesammelt: 1. von den Frauen selbst verfaßte, 2. sich mit den Fragen der SPD-Frauenpolitik im weitesten Sinn befassende, 3. Agitationsschriften, die für die Politik der Frauen eine Rolle gespielt haben, unabhängig welcher politischen Grundhaltung die Verfasser/innen waren³³.

Die Protokolle aus der Nationalversammlung, dem Deutschen Reichstag, der Preußischen Landesversammlung und dem Preußischen Landtag wurden sowohl nach der quantitativen und qualitativen Beteiligung als auch den grundsätzlichen Möglichkeiten der SPD-Frauen in den Parlamenten durchgearbeitet, sowie die SPD-Parteitageprotokolle und die Frauenbeilage des „Vorwärts“ in Relation zur „Frauenwelt“ und „Genossin“ nach den gleichen Fragen für die Parlaments- und Parteiarbeit. Zur Behandlung der Frauenfrage in der USPD bis 1922 dienten auch die Protokolle der USPD-Parteitage und die Frauenzeitung „Die Kämpferin“.

Die Protokolle örtlicher Parlamente gaben Einblick in die Aktivitäten einzelner Frauen auf lokaler Ebene, die wiederum durch die Berichterstattung der Lokalpresse überprüft wurden³⁴.

Wertvolle Hinweise über die Schwierigkeiten politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Partizipation von Frauen in der Weimarer Republik gaben allgemeine zeitgenössische Untersuchungen zur Situation der Frauen (in Beruf, Familie etc.) und Stellungnahmen aus der „bürgerlichen“ Frauenbewegung.

Das so erschlossene Material ist sehr heterogen, sowohl was Verfasserinnen und Verfasser, Umstände, zeitliche Dimensionen, als auch Intentionen zum Schreiben und Weitergeben und damit die Glaubwürdigkeit der (herausgefilterten) Informationen angeht. Da das in Archiven vorhandene schriftliche Material nicht ausreichend Auskunft zu den projektierten Fragen gibt, mußten deshalb neue Quellen erschlossen, Interviews hergestellt werden. Für die Geschichtswissenschaft und die historisch orientierte Politikwissenschaft sind die hieraus sich ergebenden neuen Methoden zur Schaffung von Quellen im Forschungsprozeß bzw. das Heranziehen von Spuren als Quellen, die traditionellerweise von den Historikern nicht anerkannt werden, innovativ. So erscheint es notwendig, die Verschiedenartigkeit der Quellen zu diskutieren, um den Stellenwert der einzelnen Informationen für die Fragestellungen und die Aussagekraft vorab zu (er-)klären³⁵.

33. Fundorte waren hier: Internationales Institut für Sozialgeschichte/Amsterdam; Hoover-Library der Stanford-University/Ca., USA; Widener Library der Harvard-University in Cambridge/Ma., USA; Main Library der State University of Wisconsin in Madison/Wis., USA; Staatsbibliothek in Berlin-West; Archiv der Sozialen Demokratie in Bonn-Bad Godesberg; Bayerische Staatsbibliothek in München.

34. Stadtarchive in Frankfurt a. M., Bonn und Köln, Düsseldorf.

35. Dieses Vorgehen kann sich zwar auf Methodendiskussionen und Nachbardisziplinen wie Soziologie, Pädagogik und Volkskunde stützen.

Die Wahl der je anzuwendenden Methoden hat sich grundsätzlich am Forschungsgegen-

1. Zur Methodendiskussion

Autobiographien und Lebensberichte bildeten den Ausgangspunkt für die Untersuchung. Auf den ersten Blick fällt auf, daß in diesen Berichten unterschiedliche Inhalte und Gewichtungen historischer Ereignisse zum Tragen kommen. Sie spiegeln das in jeder Lebensgeschichte unterschiedliche Spannungsverhältnis zwischen Individuum und Gesellschaft wider³⁶. Konstitutives Moment jeder erzählten oder schriftlich niedergelegten Lebensgeschichte ist die Bewältigung des miterlebten historischen Entwicklungsprozesses, denn jeder Mensch ist historisch-konkret eingebunden: Es gibt bestimmte Ereignisse, wie Revolutionen, Wirtschaftskrisen etc., auf die jeder Mensch — und sei es nur im Rahmen seiner/ihrer Alltagsbewältigung³⁷ — reagieren muß oder innerhalb derer er/sie auch agieren kann. Diese Ereignisse beeinflussen den Lebensverlauf, indem er/sie selbst Einfluß nehmen kann. Aufgrund struktureller Gemeinsamkeiten (Geschlechtszugehörigkeit, gesellschaftlicher Status, Bildungsmöglichkeiten und Arbeitszusammenhänge, Parteizugehörigkeit, religiöse Bindungen) werden bestimmte Ereignisse gruppenspezifisch erlebt und wiedergegeben³⁸. Auf das Thema der Untersuchung angewendet bedeutet dies, daß sich Grundzüge der familialen Sozialisation von Mädchen aufzeigen lassen, die von unter-

stand zu orientieren (vgl. Lehmann, Albrecht, Autobiographische Erhebungen in den sozialen Unterschichten. Gedanken zu einer Methode der empirischen Sozialforschung, in: Zeitschrift für Volkskunde 73 (1977), S. 164) und ist gleichzeitig beeinflusst durch die eigene Persönlichkeit: „Die Charakterstruktur des Forschers — die auch die subjektiven Determinanten seiner wissenschaftlichen Auffassung einschließt — beeinflusst in radikaler Weise sowohl seine Daten wie seine Schlüsse.“ (Devereux, George, Angst und Methode in den Verhaltenswissenschaften, München 1967, S. 229; vgl. auch Osterland, Martin, Lebensgeschichtliche Erfahrung und gesellschaftliches Bewußtsein. Anmerkungen zur sozialbiographischen Methode, in: Soziale Welt, Zeitschrift für sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis 24 (1973), S. 409).

36. „Die Grundspannung zwischen Individuum und Gesellschaft, zwischen individuellem Anspruch auf Triebbefriedigung und gesellschaftlicher Forderung nach Triebverzicht, die unterschiedliche Intensität, mit der das Individuum vergesellschaftet wird, all dies prägt die verschiedenen Typen der eigenen Lebensbeschreibung in Form und Inhalt.“ (Neumann, Bernd, Identität und Rollenzwang. Zur Theorie der Autobiographie, Frankfurt a. M. 1970, S. 24).

Osterland, Erfahrung, S. 412: Konstitutives Moment der Autobiographie sei die subjektive Bewältigung historischer Ereignisse, die so gewissermaßen selbst objektive Realität des Subjekts darstelle; vgl. auch Schulze, Theodor, Autobiographie und Lebensgeschichte, in: Baake, D./Schulze, Th. (Hg.), Aus Geschichte lernen. Zur Einübung pädagogischen Verstehens, München 1979, S. 54ff.

37. Wohnen, Essen, Schlafen, Arbeit, Freizeit.

38. So auch Ziehe, Thomas, Lebensgeschichte und politisches Bewußtsein, in: Maurer, Friedemann (Hg.), Lebensgeschichte und Identität. Beiträge zu einer biographischen Anthropologie, Frankfurt a. M. 1981, S. 133: Zur Analyse von Lebensgeschichte und politischem Bewußtsein ist es notwendig, die „Analyse der Subjektivität eines Menschen zu ‚schieben‘, also seiner ganzen Form der Verarbeitung, des Leidens, des Deutens einer von ihm erlebten objektiven Realität“. Diese ist für sich genommen nur scheinbar objektiv. Sie muß zu einem der Wahrnehmung des Menschen konkret gegenübergestellt werden und zum anderen denjenigen weiterer Zeitgenossinnen und Zeitgenossen.

schiedlicher Herkunft den Weg in die Arbeiterbewegung gegangen sind, und die dann auf dieser Basis, gemeinsame Erfahrungen gemacht haben, die sie wiederum innerhalb ihrer Lebensgeschichte — entweder schon in der konkreten Situation oder im Nachhinein — unterschiedlich gewichteten.

Der Stellenwert biographischer Untersuchungen wird gegenwärtig höher eingeschätzt³⁹, als es Sczepanski noch 1967 tat⁴⁰. Für Historiker werden Fragen nach der methodischen Herangehensweise an andere Arten von Informationsmöglichkeiten für neue Fragestellungen erst allmählich aktuell⁴¹. Da die methodisch-theoretischen Auseinandersetzungen bisher über einen allgemeinen Rahmen wenig hinausgekommen sind, bietet sich eine Orientierung an den Methodenüberlegungen in der Soziologie⁴² an. Die Verfasserin trennt die Materialien in a) solche aus erster Hand und b) solche aus zweiter Hand.

Es wurde also unterschieden zwischen

Kategorie A:

1. Autobiographien, wobei zwischen vollständigen, um einen Schwerpunkt angelagerten, edierten und unvollendeten unterschieden wurde;
2. narrativen bzw. qualitativen Interviews, die sich an der Lebenszeit und an den historischen Zeitabschnitten orientieren und über Bekenntnisse, Wünsche und Ereignisse Auskunft geben sollten, d.h. sogenannte Lebensverlaufsinterviews;
3. narrativen bzw. qualitativen Interviews um eine bestimmte Fragestellung (Person, Ereignisfolge, inhaltliche Diskussion) zentriert;
4. tagebuchartigen Niederschriften (Tagebücher, persönlich formulierte Niederschriften, Erinnerungen, Terminkalender) und (persönliche und offizielle) Briefen;
5. expressiven Dokumenten (Literatur in Form von Gedichten, Romanen etc.);
6. Photos (sowohl offiziellen als auch persönlichen).

Kategorie B:

Zeitungsberichten, amtlichen und nichtamtlichen Protokollen, Biographien, Inter-

39. Kohli, Martin, Erwartungen an eine Soziologie des Lebenslaufs, in: Ders. (Hg.), *Soziologie des Lebenslaufs*, Neuwied 1978, S. 9–32;
Rosenmayr, Leopold, *Die menschlichen Lebensalter. Kontinuität und Krisen*, München 1978.

40. Sczepanski, Jürgen, Die biographische Methode, in König, R. (Hg.), *Handbuch der empirischen Sozialforschung*, Bd. 1, Stuttgart 1974, S. 651 ff.: Interviews als ergänzende Funktion für den Hypothesenbildungsprozeß.

41. Vgl. Forster, Robert, *Family Biography*, in: Klingenstein/Lutz/Stourzh, *Biographie und Geschichtswissenschaft*, München 1979, S. 111 und 125; Hausen, Karin, Familie als Gegenstand historischer Sozialwissenschaften. Bemerkungen zu einer Forschungsstrategie, in: *Geschichte und Gesellschaft* 1 (1975), S. 175 ff.

Auf dem Historikertag 1982 in Münster beschäftigte sich eine Sektionsveranstaltung mit dem Thema: „Lebenslauf und Gesellschaft: Zum Einsatz von kollektiven Biographien in der historischen Sozialforschung“. Aus den Diskussionen heraus entstand die Planung für den vorliegenden Sammelband.

42. Hoerning, Erika M., Biographische Methode in der Sozialforschung, in: *Das Argument* 123, September/Okttober 1980, S. 677 ff.;
Lehmann, *Autobiographische Erhebungen*, S. 161 ff.;
Ders., Erzählen eigener Erlebnisse im Alltag, in: *Zeitschrift für Volkskunde* 2 (1978), S. 198 ff.

viewtranskripten von Kolleginnen und Kollegen⁴³, biographischen Notizen in zeitgenössischen Handbüchern etc.

1.1 Autobiographien als historische Quelle⁴⁴

Aus heutiger Sicht sind Frauen, die ihre Leben aufschreiben, nichts außergewöhnliches mehr. Zu den ersten Veröffentlichungen von Frauenautobiographien kam es jedoch erst in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts; zeitlich wohl nicht zufällig fallen sie mit dem Entstehen einer Frauenbewegung in Deutschland ab 1865 zusammen⁴⁵.

Die Frauen begannen, ihre eigenen Bedürfnisse zu nennen und gegen die sie aufreibende Unterdrückung anzukämpfen, ihre Erfahrungen und Fragen, welche sie interessierten, zu artikulieren. Sie gaben die „Kunst nach innen zu weinen“⁴⁶ mehr und mehr auf, d. h. sie trugen ihre Probleme in die Außenwelt: Sie entwickelten Selbstbewußtsein, wofür die Entstehung der Frauenbewegung und ihre Arbeit nur ein zusätzliches Indiz ist. Die Welt sollte mit den Problemen der Frauen konfrontiert werden.

Allgemein — also auch für Männer — ist festzustellen, daß der Stellenwert von Autobiographien zur Zeit wächst, sowohl in der wissenschaftlichen Auseinanderset-

43. Die Verfasserin möchte an dieser Stelle Atina Grossman, Roswitha Mattausch und Erhard Lucas-Busemann dafür danken, daß sie Transkripte bzw. Kopien von Tonbändern zur Verfügung gestellt haben.

44. Wickert, Christl, Biographische Methode und „Oral History“ in der Frauengeschichte am Beispiel einer Untersuchung über die führenden SPD-Frauen der Weimarer Republik, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis 5. Frauengeschichte, München 1981, S. 50 ff.

45. Kay Goodman spricht für die Zeit bis zum Ersten Weltkrieg von einer Blütezeit der Frauenautobiographien, rund neunzig Jahre nach der literaturwissenschaftlich definierten „großen Epoche“ der — von Männern geschriebenen — Autobiographie (Goethe: Dichtung und Wahrheit). (Goodman, Kay, Die große Kunst nach innen zu weinen. Autobiographien deutscher Frauen im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert, in: Paulsen, W. (Hg.), Die Frau als Heldin und Autorin. Neue kritische Ansätze zur deutschen Literatur, Bern/München 1979, S. 125 ff.).

Die frühen Autorinnen kamen überwiegend aus bürgerlichen, intellektuellen Kreisen, ab 1890 sind sie nahezu alle politische Aktive und/oder Arbeiterinnen. Trotz unterschiedlicher biographischer Hintergründe lassen sich doch bestimmte gemeinsame Eigenschaften feststellen: Bezeichnenderweise spielen in späteren Schriften Liebesbeziehungen zu Männern eine geringe Rolle, während sie in den frühen die Abschnitte der Autobiographien mitprägten. Aston, Meysenburg und Lewald (Poppenberg, Felix, Fanny Lewald. Quasimodogenita, in: Die Frau 7 (1899), S. 628 ff.; Widmann, H., Malwida von Meysenburg gestorben, in: Die Frau 10 (1902/1903), S. 516 f.; Heinritz, Charlotte/Neumann, Elisabeth/Koepke, Ruth, Autobiographische Schriften von Frauen: Zur Lebensgeschichte Fanny Lewalds, in: Randgänge der Pädagogik, H. 13 (1980). Frauenforschungsprojekt Marburg, S. 30–42) können sich nicht mit ihren Müttern über ihre Lebenszweifel und Umorientierungen verständigen, während die nächste Generation Sympathie und Solidarität mit den Müttern beschreibt, sie teils zu Heroinnen stilisiert. (Münchow, Ursula, Frühe deutsche Arbeiterautobiographie, Berlin (DDR), 1973, S. 117).

46. Braun, Lily, Memoiren einer Sozialistin, München 1909, Bd. 1, S. 164.

zung als auch gemessen an der Qualität und der Quantität der Neuerscheinungen auf dem Buchmarkt. Zu den Ursachen zählen nach Bahrdt und Kohli⁴⁷ die Erhöhung der Diskontinuität im Lebenslauf im Zuge des gesellschaftlichen Differenzierungsprozesses und die zunehmend höhere Mobilität, die es für den Einzelnen notwendig macht, seinem Lebenslauf eine Folgerichtigkeit und einen Sinnzusammenhang zu geben.

Gerade erzählte Geschichten — seien sie mündlich oder schriftlich gegeben — erlauben Vorgänge, Gefühle, Erwartungen zu artikulieren, welche aus statistischen Datenerhebungen und Beobachtungen nicht erkennbar sind. Alles, was erzählt wird, ist zunächst einmalig und läßt keine Verallgemeinerung zu⁴⁸, was aber auch heißt, daß sie durchaus anderen Quellen gegenübergestellt werden müssen, soweit dies möglich ist⁴⁹.

Im Gegensatz zur Autobiographie, die sich mehr auf das persönliche und psychische Erleben eines Individuums bezieht, sind Memoiren eher an das „Tragen sozialer (exponierter, d. V.) Rollen geknüpft“, in denen diese in literarischer Form definiert und/oder gerechtfertigt werden⁵⁰.

Biographische Untersuchungen spielen jedoch schon in der wissenschaftlichen Diskussion um die Jahrhundertwende erstmals in Deutschland eine Rolle. Auffallend ist das gesellschaftliche Umfeld: Dilthey diskutierte darüber in der Phase der Konsolidierung des Deutschen Reiches⁵¹.

In den letzten 15 Jahren ist zunächst in der Soziologie und Pädagogik mit der Frage nach der Biographie der sogenannte „subjektive Faktor“ (gegen die sogenannten „objektiven Strukturanalysen“) wiederentdeckt worden, der in der Volkskunde schon länger eine größere Bedeutung zukam. Dies zeigt sich zum einen an den verschiedenen Arbeiten über/mit Autobiographien⁵² und zum anderen an der Neuauflage bzw. Erstherausgabe einiger Lebenserinnerungen⁵³. Diese Entwicklung scheint Teil des „Ausdrucks der berechtigten Auflehnung des Subjekts gegen Objektivismus und Geschichtssplitterung, Dogmatismus und Entpersönlichung“ zu sein⁵⁴.

47. Kohli, Lebenslauf, S. 27;

Bahrdt, Hans Paul, Erzählte Lebensgeschichte von Arbeitern, in: Festschrift für Solms-Roedelheim. Arbeitssituation, Lebenslage und Konfliktpotential, Frankfurt a. M. 1975, S. 9 ff.

48. Vgl. auch Schwartz, Howard/Jacobs, Jerry, Qualitative Sociology. A Method to the Madness, New York/London 1979, S. 61 ff.

49. Ritter, Gerhard A. und Kocka, Jürgen benennen in dem von ihnen herausgegebenen Band „Deutsche Sozialgeschichte. Dokumente und Skizzen.“, Bd. 2: 1870–1914, München 1977, ausdrücklich Autobiographien neben anderen Quellen. Allerdings wird bei ihnen nicht die Problematik des Anspruchs der Authentizität angesprochen (vgl. dazu Hardach-Pinke, Irene/Hardach, Gerd (Hg.), Deutsche Kindheiten 1700–1900. Autobiographische Zeugnisse, Kronberg/Ts. 1978, S. 53), der leider aufgrund der mangelnden Vergleichsbasis oft nicht überprüft werden kann.

50. Neumann, Identität, S. 12.

51. Dilthey, Wilhelm, Einleitung in die Geisteswissenschaften, Leipzig 1883, 1. Buch, Kap. VIII, S. 42.

52. Ursula Münchow, Peter Bollenbeck, Bernd Neumann.

53. Neudrucke erscheinen von Bromme, Popp, Wegrainer, Baader, Erstveröffentlichungen sind die von Sender und Frankenthal.

54. Grunenberg, Antonia/Voigt, Bodo, Das merkwürdige Interesse an Biographien, in: Berliner Hefte 5 (1977), S. 28.

Ähnlich wie Thomas und Znaniecki in den 20er und 30er Jahren Briefe als zusätzliche Informationsträger herangezogen haben⁵⁵, wird diese Art Material aus den verschiedenen Nachlässen, besonders für das Verfolgen des Lebensweges einiger Frauen nach 1933 wichtig⁵⁶. In einigen Nachlässen führender Sozialdemokraten fanden sich Informationen und Urteile über die Frauen und ihre politische Arbeit, welche ein Bild über die Position der Männer geben.

Den Überlegungen der autonomen Frauenbewegung, die Subjektivität in Geschichte, Politik und Gesellschaft einzubringen („Das Private ist politisch“) würde sich die Verfasserin anschließen⁵⁷, nur sollte vermieden werden, eine subjektivistische oder ausschließlich parteiiche Umdeutung zum Prinzip zu machen.

Idealtypisch unterscheidet Theodor Schulze⁵⁸ fünf Prozeßstufen einer Autobiographie, die aber letztendlich sich gegenseitig überlagern und deswegen konkret nie klar zu unterscheiden sind, als Arbeitskategorien nur bedingt tragfähig sind, jedoch als Orientierungshilfen bei einer Analyse bedacht werden sollten: Objektive Lebensdaten und Tatsachen, die das Gerüst der Autobiographie bilden (1), werden mit subjektiven Erfahrungen (Gefühlen, Antrieben, Vorstellungen, Erwartungen) gemischt (2) und den späteren Erinnerungen⁵⁹ gegenübergestellt (3), die dann in einer Sprache aufgeschrieben werden, die in der Regel nicht der Sprache entspricht⁶⁰, die in der konkreten historischen Situation gesprochen (4) und mit kommentierenden Reflexionen und übergreifenden Deutungsversuchen abgerundet wurde (5).

Zu den vorliegenden Autobiographien

Die Autobiographien von Käte Frankenthal und Anna Siemsen sind Ergebnisse eines Wettbewerbs, welcher in den USA Ende der 30er Jahre ausgeschrieben worden war und deutsche Emigrantinnen und Emigranten ansprechen sollte: Aufgabe war es

Geschichtssplitterung wird so verstanden, daß, im Versuch der Aneignung von Geschichte im Rahmen einer Identitätssuche, schon die Gefahr besteht, an den verschiedenen Ebenen (Subjekt-Objekt, Frau-Mann, Basis-Überbau, etc.) zu scheitern, weil es nicht mehr möglich scheint, die historische Ganzheit zu erfassen. Vgl. auch Ziehe, Thomas, S. 135 ff. (Technokratisierung und das Verlangen nach Subjektivität).

55. Thomas, William I./Znaniecki, Florian, *The Polish Peasant in Europe and America*, New York 1958, Vol. I, S. 76;

vgl. auch Paul, Sigrid, *Begegnungen. Zur Geschichte persönlicher Dokumente in Ethnologie, Soziologie und Psychologie*, Bd. 1, Hohenschäftlarn 1979, S. 192 ff.

56. Nachlaß Reese, Nachlaß Sender und Nachlaß Schreiber.

57. Cagin, Boris A., *Der subjektive Faktor. Struktur und Gesetzmäßigkeit*, Köln 1974, S. 44: „Die Kategorie ‚subjektiver Faktor‘ widerspiegelt den Mechanismus des Einwirkens der Menschen auf die objektiven Bedingungen und Verhältnisse in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, indem sie die Bedeutung der Praxis bei der Veränderung der Wirklichkeit aufzeigt. Mit anderen Worten, die Kategorie ‚subjektiver Faktor‘ widerspiegelt den Funktionsprozeß der auf die Erhaltung oder Veränderung des historischen Prozesses gerichteten Tätigkeit des Menschen.“

58. Schulze, Theodor, *Autobiographie und Lebensgeschichte*, in: Baake, D./Schulze Th. (Hg.), *Aus Geschichte lernen. Zur Einführung pädagogischen Verstehens*, München 1979, S. 54 ff.

59. „Die Fähigkeit zur Erinnerung ist die Voraussetzung für die Ausbildung einer persönlichen und sozialen Identität.“ (ebd., S. 56).

60. „Erinnertes wird mit Gewußtem verknüpft und in Übereinstimmung gebracht.“ (ebd.).

Leben und Politik auf dem Hintergrund der politischen Entwicklungen im Verlauf der Weimarer Republik zu beschreiben und zu analysieren. Es herrschte in den USA daran ein reges Interesse erstens aufgrund soziologischer Fachdiskussionen um „Life records“⁶¹, zweitens für eine Informationssammlung zur ideologischen Bekämpfung des nationalsozialistischen Regimes und drittens zur Vorbereitung des Wiederaufbaus Deutschlands nach Hitler. Im Rahmen dieser Bemühungen entstanden teils in Zusammenarbeit mit der OSS (Office of Strategic Services)⁶² Toni Senders Bericht über die Emigration „Report on Labor Personalities and German Socialist Parties“ (1945 for the United Nations)⁶³, Käte Frankenthals Denkschrift für ein demokratisches Gesundheitswesen in Deutschland „Council for a Democratic Germany. A Democratic System of Public Health for Germany, including emergency Measures, prepared by Felix Boenheim, Käte Frankenthal and Kurt Glaser“, New York 1945⁶⁴ und Hedwig Wachenheims Manuskripte über das öffentliche Gesundheitswesen in Deutschland „Public Health Administration in Germany 1919–1945, principle in charge Arnold Brecht“, New York Institute of World Affairs 1945 und über „Germany in the Transition Period“, New York 1944.

1939 entstand auch Toni Senders Autobiographie.

Während diese Autobiographien zum Ende eines spezifischen Lebensabschnitts geschrieben wurden, nämlich dem der politischen Aktivitäten in Deutschland, liegen auch Autobiographien vor, welche erst nach 1945 – meist kurz vor dem Tod – publiziert wurden. Sie sind z. T. entweder nur bruchstückhaft (Marie Juchacz) oder als Sammlung von kurzen Artikeln (Hildegard Wegscheider⁶⁵) vorhanden. Außer Marie Juchacz kommen alle Schreiberinnen aus einem „bürgerlichen“⁶⁶ Elternhaus, drei von ihnen gehören zur ersten Generation Frauen, welche in Preußen ein ordnungsgemäßes Studium mit einer Promotion abschließen konnten. Schriftliche Äußerungen von Mitgliedern der Arbeiterschicht sind auch für eine biographische Untersuchung sozialdemokratischer Parlamentarierinnen der Weimarer Republik selten.

61. Angeregt durch die schon erwähnte Studie von Thomas und Znaniecki.

62. Borsdorf, Ulrich/Niethammer, Lutz (Hg.), Zwischen Befreiung und Besatzung. Analysen des US-Geheimdienstes über Positionen und Strukturen deutscher Politik 1945, Wuppertal 1976, S. 10/11/16 (Herkunft und Charakter der Dokumente, Einleitung der Herausgeber): Der OSS wurde während des Zweiten Weltkrieges als erster vom Militär unabhängiger Geheimdienst gegründet, um die Lage in Deutschland, die Lage der Bündnisachse und die in den besetzten Gebieten zu eruieren. Seine Informationen bezog der OSS primär aus der Zusammenarbeit mit Angehörigen der Linksorganisationen. Der OSS ist sozusagen der Vorläufer des heutigen US-Geheimdienstes CIA (Central Intelligence Agency).

63. Nachlaß Sender Box 12.

64. Pearl, Kathleen M./Leibfried, Stephan, Endpunkt einer Flucht, in: Frankenthal. Der dreifache Fluch, S. 249 ff., hier S. 258.

65. Otto Suhr veranlaßte Hildegard Wegscheider zum Niederschreiben ihrer Lebenserinnerungen, die dann in der von ihm und Louise Schroeder in Berlin herausgegebenen Zeitschrift „Das sozialistische Jahrhundert“ nach und nach veröffentlicht wurden. Nach ihrem Tod gab Susanne Suhr das zum Teil mit der Autorin noch einmal durchgesprochene Manuskript als Buch heraus. (Susanne Suhr, Berlin, 3. Juni 1981).

66. Der Begriff „bürgerlich“ orientiert sich hier an der Selbsteinschätzung der Sozialdemokratinnen entsprechend der Kategorien der Marxschen Klassenanalyse. In ihren mündlichen und schriftlichen Lebensberichten spielen jedoch auch nichtklassengesellschaftliche Faktoren eine Rolle, die eine Differenzierung erforderlich machen.

Die Möglichkeit, eine schriftliche Fixierung des Lebensverlaufs bei Toni Wohlgemuth und Berta Jourdan anzuregen, kam nicht mehr in Frage, da sie leider schon zu alt gewesen waren.

Die vorliegenden Texte lassen den Schluß zu, daß die Autorinnen beabsichtigten, ihren Bildungsweg, das damit verbundene Abweichen vom traditionellen Rollenverhalten und die daraus resultierenden Probleme und Konsequenzen (zur Mitarbeit in der SPD, Entscheidungen gegen ein sonst übliches Familienleben) zu schildern⁶⁷. Sie sahen die Grenzen der (patriarchalen) Gesellschaftsnormen, stellten diese aber nicht grundsätzlich in Frage. Eine Auseinandersetzung damit war für sie eher ein individuelles Arrangement, da der Kampf um eine sozialistische Gesellschaftsordnung Vorrang hatte. Persönliche Beziehungen spielten im Vergleich zu Frauenautobiographien im 19. Jahrhundert und in den letzten 15 Jahren keine so große Rolle in den Lebensbeschreibungen. Es wurden nur kurze Passagen darauf verwendet, deren Interpretation manchmal nur durch Zusatzinformation von Freundinnen, Freunden und Verwandten oder anderen schriftlichen Quellen möglich war.

1.2 Zur Methode der mündlichen Befragung: „Oral History“

Wenn also schriftliche Quellen nur begrenzte Antwort auf die Kardinalfragestellung, wie Frauen Leben und politische Arbeit koordiniert haben, geben, bleibt, so lange dies möglich ist, die Befragung und Diskussion mit Betroffenen: die „Oral History“. Die Methode wurde in den USA während der letzten Jahrzehnte entwickelt und ist inzwischen auch in Deutschland bekannter geworden⁶⁸. „Oral History“ bedeutet eine Erweiterung beziehungsweise überhaupt erst Schaffung von Quellen zu einem spezifischen historischen Bereich durch das Interviewen Beteiligter/Betroffener unter einem bestimmten mehr oder weniger weitgefaßten Erkenntnisinteresse der Forscherin bzw. des Forschers⁶⁹.

Dem Anspruch auf Verallgemeinerbarkeit bzw. Repräsentativität über das Leben von Politikerinnen in der Weimarer Republik kann und will die Verfasserin, selbst wenn sie einmal von der kleinen Grundeinheit der Untersuchungsgruppe abstrahieren würde, nicht unbedingt nachkommen: „Mündliche Quellen“ können zwar eine

67. Ob diese Interpretationen der Verfasserin mit deren „wirklicher“ Absicht übereinstimmen, konnte nicht mehr geklärt werden, da alle Autorinnen zum Zeitpunkt des Beginns der Untersuchungen bereits gestorben waren.

68. Träger, Annemarie, „Ich komme da mit den feministischen Gedanken nicht mit ...“, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis 5. Frauengeschichte, München 1981, S. 39 ff.; Niethammer, Lutz, (Hg.), Lebenserfahrung und kollektives Gedächtnis. Die Praxis der „Oral History“, Frankfurt a. M. 1980.

69. Thompson, Paul, *The voice of the Past. Oral History*, Oxford/London/New York 1978, S. 4f.: „... while women's history has to a remarkable extent focused on the political struggle for civil equality, and above all for the vote ... Oral history provides a source quite similar in character to published autobiography, but much wider in scope. Oral history, by contrast, may choose precisely whom to interview and what to ask about. The interview will provide, too, a means of discovering written documents and photographs which would not have otherwise been traced ... Oral history (...) imagine what evidence is needed, seek it out, and capture it.“

Lücke schließen, die bei Beschränkung auf schriftliches Material bestehen bleiben würde, aber ihre Benutzung ist gleichwohl nicht unproblematisch.

In den Interviews kommen Individuen zu Wort. Die historische Realität ist durch Retrospektive, Wunschenken, subjektive Veränderungen vielfach gebrochen. Aussagekraft erhalten die Ergebnisse der Interviews daher erst in Kombination mit anderen schriftlichen Quellen, sozusagen als „Verlängerung“ dessen, was man aus dem schriftlichen Material herausziehen kann.

Die angedeutete Problematik soll in ihrem Spannungsverhältnis diskutiert werden. Das zeigt sich zum einen in dem Erkenntnisinteresse der Verfasserin — geprägt durch deren individuelle, gesellschaftliche und politische Sozialisation — und den Vorstellungen der Interviewten, zum anderen in dem persönlichen Verhältnis zwischen ihr und den Partnerinnen und Partnern. In diesem Rahmen sind auch Ansprüche der Verfasserin von Bedeutung, erstens einen Beitrag zur Aufarbeitung von Frauengeschichte zu liefern und zweitens die Interviewpartnerinnen und -partner nicht in die Rolle von ausgelieferten Untersuchungsobjekten hineinzupressen.

Für die vorliegende Fragestellung ist zunächst nicht ausschließlich das relevant, was man den objektiven Rahmen einer Lebensgeschichte nennt, sondern die subjektiven Verhaltensweisen der Erzählerinnen und der Schreiberinnen. In einem menschlichen Leben ist dabei die Lebens- und Arbeitssituation des Individuums als Resultat eines (Lebens-)Prozesses zu betrachten, in dem die historischen Bedingungen und persönlichen Verhaltensweisen zur gegenwärtigen Situation geführt haben⁷⁰. Fuchs hebt ausdrücklich die Verquickung der Lebensumstände der einzelnen miteinander und die Beeinflussung durch historische Ereignisse hervor⁷¹.

Durch diese Sichtweise scheint es eher möglich, Lebensverhältnissen näher zu kommen, als mit den Abstraktionen und Objektivationen der geläufigen Theorien und Methoden. Ausgangspunkt ist dabei die Annahme, daß Menschen ihr Leben als unter spezifischen Bedingungen individuell gestaltbar ansehen⁷². Probleme, Widersprüchlichkeiten und Unterschiedlichkeiten im Leben werden oft geglättet⁷³, und zwar aus der Sicht des Heute, Jetzt und Morgen⁷⁴. Dies klingt vordergründig nachtei-

70. Osterland, Erfahrung, S. 411.; Vgl. auch Deppe, Wilfried, Drei Generationen Arbeiterleben. Eine sozio-biographische Darstellung, Vorwort von Hans Paul Bahrdt, Frankfurt a. M. 1982 (Studienreihe des soziologischen Forschungsinstituts Göttingen), S. 3.

71. „Es gibt kein Leben unabhängig vom Leben aller. Keine Biographie ist vorstellbar, die nicht in Geschichte gelebt würde. Zugleich bleiben diese Konstellationen, in denen zu leben, zu entscheiden und zu wünschen war, dem typisierenden Ansatz zufolge bloßer Rahmen, ‚Einflüsse‘, ‚zeitgeschichtliche Bedingungen‘. Sie werden nicht als Material für Entscheidungen, Anpassung und Widerstand sichtbar, als Stoff, der von der Lebenspraxis der einzelnen mitgetragen, weiterentwickelt, verändert wird, in dem sie als Produzenten ihres Lebens — wie eingeschränkt durch Gegebenheiten des gesellschaftlichen Lebens auch immer — aktiv Zukunft machen, mindestens annehmen.“ Fuchs Werner, Zur Reflexivität der biographischen Methode, Werkstattbericht Hagen 1979, S. 73; vgl. auch: Ders., Biographische Forschung, Opladen 1984.

72. Fuchs, Biographische Methode, S. 99; vgl. auch Kohli, Lebenslauf, S. 27 f.

73. Lefebvre, Henri, Kritik des Alltagslebens, Bd. 1, München 1974, S. 197.

74. Es handelt sich sowohl bei einer schriftlich fixierten als auch bei einer mündlich erzählten Lebensgeschichte um eine nachträgliche Strukturierung. (Osterland, Erfahrung, S. 272; Fi-

lig, tatsächlich ist jedoch zeitlich Distanz zu Erlebnissen notwendig, d.h. ein bestimmter Prozeß im Leben muß erst abgeschlossen werden, bevor er als bedeutsam ausgewählt, erinnernd dargestellt und reflektierend wiedergegeben werden kann.

Eine wichtige Rolle dafür, wie sich die Beziehung zwischen der Verfasserin und ihren Gesprächspartnerinnen (und -partnern) entwickelte, spielte die Kontaktaufnahme und das erste Gespräch. — Die Verfasserin erhielt alle Namen und Adressen ihrer Interviewpartnerinnen und -partner im „Schneeballsysteem“, d.h. durch Empfehlungen von Freunden, Freundinnen und Genossen.

In Briefen wurden zunächst das Projekt vorgestellt, die Hauptinteressen erklärt und beschrieben, warum gerade dieses Thema interessant sei. Die Reaktionen waren unterschiedlich: freundliche, ja begeisterte Antwortbriefe oder Telefonate — wenn das Schreiben schon zu schwer fiel — oder aber Schweigen. Die Verfasserin hat im letzten Fall in der Regel vierzehn Tage vor dem angekündigten Besuchstermin (es wurden jeweils drei oder vier Tage zur Auswahl gestellt) angerufen und erhielt dann des öfteren etwas reserviertere Reaktionen, eine Verabredung kam jedoch immer zustande.

Um möglichst nahe das Verhalten und Bewußtsein zu erfassen und verändernde Einflüsse zu reduzieren, wurde auf Tonbandaufzeichnungen verzichtet⁷⁵. Dadurch war der Verfasserin neben den Rollen des kommunizierenden Subjekts und der unbeteiligten Beobachterin nicht auch noch die der Tontechnikerin aufgezwungen. Außerdem zeigte die Erfahrung, daß besonders Frauen freier und gelöster sprachen.

Im ersten Gespräch wurde in der Regel nur wenig zum Thema gesprochen, vielmehr standen die derzeitige Lebenssituation, politische Ereignisse und Diskussionen im Vordergrund. Die Situationen in den ersten Treffen waren mit wenigen Ausnahmen, trotz der Ängste und Hemmungen, denen die Verfasserin jedesmal neu ausgesetzt war, wenn sie eine neue Haustürschwelle überschreiten mußte, sehr bald entspannt. Mit Berta Jourdan und Toni Wohlgemuth entwickelte sich eine persönliche Beziehung, die sich vielleicht mit einer Großmutter-Enkeltochter-Beziehung vergleichen ließe. Eine regelmäßige Korrespondenz entspann sich mit den Befragten, sei es aus dem Urlaub, zum Geburtstag oder zu Weihnachten. Alle weiteren Gespräche standen primär unter den Interessen der Untersuchung. Nachdem diese abgeschlossen schien, hat die Verfasserin die alten Damen hier und da weiterhin besucht und bekam zwischendurch noch (unerwartet) wertvolle Anstöße und Informationen.

scher, Wolfram, Struktur und Funktion erzählter Lebensgeschichten, in: Kohli, Soziologie, S. 319.)

75. Schon während der Recherchen zu zwei Lokalstudien in den Jahren 1977–1979 machte die Autorin bei Befragungen sehr alter Menschen die Erfahrung, daß diese authentischer (unbefangener) erzählten, wenn keine technischen Hilfsmittel zur Aufzeichnung benutzt wurden. Bei mehreren Versuchen, mit einem Tonband zu interviewen, kam es des öfteren vor, daß vielleicht eine Stunde das Gerät mitlaufen durfte, d.h. so lange, wie die Partnerinnen und Partner meinten, das für die Fragestellung Relevante sagen zu sollen. Die Gespräche wurden anschließend weitergeführt und kamen oft dann erst zum eigentlichen Kern und zu Berichten, die Eindrücke über Persönlichkeit, Verarbeitung und Erfahrungen brachten. (Wickert, Christl, Zwischen Familie und Parlament. Sozialdemokratische Frauenarbeit in Südniedersachsen 1919–1950, Kassel 1983;

Wickert, Christl, Es begann mit dem Arbeiterbildungsverein. 100 Jahre Sozialdemokratie im Eichsfeld, Göttingen 1981.)

Auch wenn der Spontaneität der Interviewpartnerinnen möglichst breiter Raum gelassen werden sollte, so war es doch in der Regel so, daß die Verfasserin diejenige war, welche Fragen — orientiert an einem Interview-Leitfaden — stellte: Es handelte sich, zumindest bei den themenorientierten Treffen, phasenweise um ein Gespräch, „das Elemente einer Alltagskommunikation integriert, ohne zugleich auch die Regeln der Alltagskommunikation — die Reziprozitätsnorm, die Tabuisierung des Ausfragens u. a. — zu übernehmen“⁷⁶.

Auf der anderen Seite entstand oft genug der Eindruck, daß die Gespräche gerade den Frauen zum einen die Gelegenheit gaben, sich einmal außerhalb der alltäglichen Beziehungen und Konflikte auszusprechen, ohne unmittelbare Konsequenzen und Verbindlichkeiten⁷⁷, zum anderen mag es eher befriedigend für die Partnerinnen gewesen sein, sich gegenüber einer aufmerksamen und sie ermutigenden ZuhörerIn äußern zu können über Dinge, denen Angehörige in der Regel schon Jahre überdrüssig waren. Beides muß allerdings nicht unbedingt die Wahrscheinlichkeit wirklichkeitsnaher Antworten erhöhen⁷⁸.

Ziel der Interviews war es, „das geistige und handelnde Verhältnis der Befragten“⁷⁹ zu ihrer politischen Arbeit und ihrem Leben in der Weimarer Republik zu erfassen und die Ergebnisse systematisierend zu verwerten. Dabei gilt es zu bedenken, daß der Gegenstand der Gespräche ein historischer war und weniger weit zurückliegende Erinnerungsfiler⁸⁰ nicht ohne weiteres erkannt werden konnten.

Zusätzlich beeinflussten natürlich die noch relativ ungewohnte Situation das Gespräch, ebenso wie die beiderseitigen Erwartungshaltungen, welche nicht unbedingt klar formuliert werden konnten.

Die Interviews wurden zu einem vorher verabredeten Schwerpunktthema geführt. Die Verfasserin stellte Ausgangsfragen und ließ dann erzählen, hakte ein oder formulierte Folgefragen. Es wurden Stichworte, manchmal auch wörtliche Zitate, auf Papier notiert, mit der Erlaubnis zur Veröffentlichung der jeweiligen Mitteilungen. Die Länge der Treffen variierte zwischen zweieinhalb und sechs Stunden. Sie waren immer mit Einladungen zum Kaffee oder Essen verbunden. Das Ende war in der Regel durch die Grenzen der geistigen Aufnahmefähigkeit der Interviewerin bestimmt.

Als zentrales methodisches Medium von Intensivinterviews, Lebensverlaufsinterviews oder qualitativen Interviews ist die Interviewerin bzw. der Interviewer anzuse-

76. Hopf, Christel, Die Pseudo-Exploration. Überlegungen zur Technik qualitativer Interviews in der Sozialforschung, in: Zeitschrift für Soziologie 7 (1978), S. 107; vgl. auch Schwartz/Jacobs, Qualitative Sociology, S. 63.

77. Fuchs, Biographische Methode, S. 112.

78. Schwartz/Jacobs gehen sogar soweit, daß sie sich die Frage stellen, ob an einem solchen Punkt noch von einem Interview gesprochen werden kann oder ob es nicht sinnvoller sei, nach einer neuen Kategorie/Definition zu suchen, was allerdings auch sie nicht zu leisten vermochten. (Schwartz/Jacobs, Qualitative Sociology, S. 66.)

79. So auch Berger, Hartwig, Untersuchungsmethode und soziale Wirklichkeit. Eine Kritik an Interview und Einstellungsmessung in der Sozialforschung, Frankfurt a. M. 1974, S. 32.

80. Gemeint sind hier Ereignisse und Taten in der näheren Vergangenheit, welche Leben und Denken beeinflusst haben, wahrscheinlich aber doch nicht abschließend ins Lebenskonzept eingebracht worden sind.

hen⁸¹. Die Verfasserin will zwar an dieser Stelle nicht ihre lebensgeschichtliche Entwicklung detailliert schildern, es gilt aber dennoch, über die Reflexion von sozialer Herkunft, politischen und gesellschaftlichen Erfahrungen hinaus, bisher verdrängte Bedürfnisse, die hier und da in Interviews aktualisiert wurden, zur Kenntnis zu nehmen und zu überprüfen.

Um eine Hierarchie zwischen der Interviewerin und den Informationspartnerinnen etwas zu reduzieren, hat die Verfasserin versucht, auf sogenannte „Suggestivfragen“⁸² zu verzichten, wobei natürlich klar ist, daß schon durch die Art und den Tonfall der Stellung einer Frage Unterstellungen oder Vermutungen einfließen.

Die Interviewerin fühlte und stellte sich bewußt unter mehr oder weniger permanente Selbstüberprüfung der eigenen Position und jeweiligen psychischen Verfaßtheit. Sie war in einer Doppelrolle als kommunizierendes Individuum und als Beobachterin, die sich funktional ergänzten. Freundlichkeit und Hilfsbereitschaft von ihrer Seite dienten gerade bei den ersten Besuchen der Förderung und Aufrechterhaltung der Antwortbereitschaft, die sie auch bewußt eingesetzt hat, andererseits empfand sie dieses Verhalten oft als gestellt, was die Partnerinnen und Partner zumindest registriert haben werden und deren Reaktion möglicherweise beeinflusst hat⁸³.

Die Beziehung zwischen den Frauen und der Interviewerin konnte trotzdem nicht gleichwertig sein. Sie erlebten eine Zeit, welche man heute aus der Distanz heraus beurteilt mit der Kenntnis um ihre Folgewirkungen. Man beurteilt die übergreifenden Zusammenhänge und kommt zu Überlegungen, die über das Referieren von einzelnen Geschichten hinausgehen⁸⁴. Gerade in den Phasen des persönlichen Kennenlernens, in denen die Interviewerin ihre Person bewußt nicht in den Hintergrund gestellt hat, ist jedoch in gewisser Weise ein beiderseitiger Lernprozeß trotz oder aufgrund der unterschiedlichen Lebenserfahrungen und -bereiche eingeleitet worden: Die Partnerinnen interessierten sich für den Lebenszusammenhang der Interviewerin, diskutierten über aktuelle politische Ereignisse und Trends und waren überhaupt sehr daran interessiert, „was die jungen Menschen heute so denken und tun“.

Die Bereitwilligkeit zur Auseinandersetzung und die sich entwickelnde Vertrautheit in den Beziehungen zu den Frauen⁸⁵ gab die Möglichkeit, Lebensentwürfe der Frauen genauer zu thematisieren, brachte die Verfasserin aber auch in schwierige Situationen, wenn die Frauen Probleme hatten oder durch das Gespräch verdrängte, schmerzhaftes Erinnerungen (z. B. aus den Jahren des Nationalsozialismus) geweckt worden waren.

81. Fuchs, Biographische Methode, S. 115.

Es bleibt als, wie Christel Hopf es formuliert, stärker als in allen anderen Interviewformen den „Kategorien fachlicher und persönlicher Kompetenz (der Interviewer, d. V.) vorbehalten“, zu welchen Ergebnissen eine Befragung kommt (Hopf, Pseudo-Exploration, S. 98).

82. Vgl. dazu Richardson, Stephen A./Dohrenwend, Barbara S./Klein, David, Die „Suggestivfrage“. Erwartungen und Unterstellungen im Interview, in: Hopf, Christel/Weingarten, Elmar (Hg.), Qualitative Sozialforschung, Stuttgart 1979, S. 205–232, bes. S. 208.

83. Ähnliche Bedenken hat auch Berger, Untersuchungsmethode, S. 47.

84. Fuchs, Biographische Methode, S. 120.

85. „Das Arbeitsbündnis zur Herstellung lebensgeschichtlicher Materialien scheint dann ertragreich zu werden, wenn es durch eine emotionale Beziehung fundiert wird, die beide herstellen.“ (Fuchs, Biographische Methode, S. 117.)

Die Interviewpartnerinnen und -partner waren überwiegend älter als fünfundsiebzig Jahre, d.h. in der Regel griffen sie nicht mehr in die tagespolitische Arbeit und das allgemeine gesellschaftliche Leben ein. Erstaunlich war, wie gerade die Frauen durchgängig ihr Lebensalter positiv beurteilten und damit auch im groben ihre Lebensziele als erfüllt ansahen⁸⁶.

Bei Berta Jourdan und Toni Wohlgemuth bestand die Möglichkeit konkret auf der Basis der Erzählungen über ihr Leben nach persönlichen Einschätzungen zu fragen: welche historischen Ereignisse ihnen besonders wichtig erschienen, wie sie den Erfolg ihrer politischen Bemühungen der 20er Jahre einschätzten, wie sie ihr Leben mit der Politik arrangiert hatten, und ob sie zufrieden sind, wie ihr Leben verlaufen ist. Die Kinder von SPD-Frauen befragte die Verfasserin zu ihren konkreten Erinnerungen, Gefühlen und Konsequenzen aus den Erfahrungen ihrer Kindheit und Jugend. Neben der Politik stand der Alltag im Vordergrund der Erinnerungen, Meinungen und Einstellungen. Leithäuser würde dies Alltagsbewußtsein nennen. Alltagsbewußtsein ist notwendigerweise von politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ereignissen mitbeeinflußt, die die gemeinsame gesellschaftliche Grundlage aller Menschenleben bilden⁸⁷. Kompliziert waren besonders jene Situationen, wenn aus den Erzählungen ein Gefühl entstand, es ginge nur um eine Rechtfertigung bestimmter Handlungen und Haltungen, wofür möglicherweise auch Ereignisfolgen umkonstruiert wurden.

1.3 Photos und Plakate als historische Quelle

Die Photographie im allgemeinen erlangt in sozialgeschichtlichen Untersuchungen zunehmendes Interesse als Quelle, nachdem sie lange zu Unrecht unterbewertet wurde⁸⁸. „Sie ist ein spezifisches Ausdrucksmittel einer zweckbewußten, rationalistischen Gesellschaft einer technisierten Zivilisation“⁸⁹, deren Alltagserscheinung sie darstellt. Den Frauen bot sie die Möglichkeit, Erinnerungen an für sie wichtige Ereignisse zu sammeln. Sie wurde wahrscheinlich von allem einmal Alltagsgeschichte widerspiegelnden Material am längsten aufbewahrt, überlebte aber selten die zweite Generation, für die sie weniger Erinnerungswert hatte.

Bei den Interviewpartnerinnen und in verschiedenen Nachlässen (Schreiber, Reese, Sender) fanden sich sowohl Photos mit privaten Motiven als auch Erinnerungen an politische Aktionen und Portraitaufnahmen. Aus den Erzählungen von Berta

86. Fookien, Insa, Frauen im Alter. Eine Analyse intra- und interindividueller Differenzen, Frankfurt a.M./Bern 1980 (Europäische Hochschulschriften Reihe VI Psychologie, Bd. 62), S. 249.

87. „Alltagsbewußtsein ist der Bereich, durch den und in dem sich die Individuen ohne große und schwerwiegende Problematisierungen verstehen; es konstituiert sich eine gemeinsame Welt, die allen bekannt und vertraut ist, in die das Fremde nur beschränkt Einfluß finden kann. Alltagsbewußtsein ist der jeweils individualisierte Ausdruck einer allgemeinen öffentlichen Erfahrung.“ Leithäuser, Thomas, Formen des Alltagsbewußtseins, Frankfurt a.M. 1976, S. 14.

Vgl. hierzu auch Berger, Untersuchungsmethode, S. 59.

88. Hausen, Familie, S. 171 ff.

89. Freund, Gisèle, Photographie und Gesellschaft, München 1976, S. 6.

Jourdan und Toni Wohlgemuth, Elfriede Denecke und Elfriede Nemitz war zu entnehmen, daß Photos damals — noch weit weniger gebräuchlich als heute — doch schon einen Bestandteil ihres Alltagslebens darstellten.

Die Verfasserin wollte mit der Sammlung von Photographien diese nicht als „Dokumente von sich im Alltag vollziehenden Veränderungen“⁹⁰ auszuwerten versuchen, aber das, was Wolfgang Kunde und Leinhard Wawrzyn als Fragen an die Möglichkeiten der Photographie stellen⁹¹, kann die Photographie bei den Interwies leisten: Sie kann in das Verhältnis zu historischen Ereignissen eingreifen und Verdrängtes aktualisieren, vielleicht besser einer Bearbeitung zugänglich machen. Photos sind also ein erfolgreiches Medium zur Auffrischung von Erinnerungen⁹².

Darüber hinaus gilt es zu beachten, daß die Photographie, die zwar die äußere Wirklichkeit genau wiederzugeben in der Lage ist, nur eine scheinbare Objektivität der Darstellung bietet: Denn der Photograph bestimmt ja den Inhalt eines Photos durch die Art und Weise der Darstellung des Themas und des Ausschnitts, was z. T. nicht nur durch seine Interessen, sondern auch die Forderungen seiner Auftraggeber bestimmt ist⁹³.

Neben Photos wurden auch politische Plakate als Quellen herangezogen. Plakate zeigen anschaulich — in der Art und Weise wie sie anzusprechen versuchen —, an welche Zielgruppe sie gerichtet sind, welches Menschen- bzw. Gesellschaftsbild sie vermitteln wollen. Sie können als ein weiterer Spiegel der Geschichte der Frau in der Gesellschaft und ihrer Stellung angesehen werden. Manfred Hagen hat ihre Bedeutung für die Geschichte des 20. Jahrhunderts pointiert hervorgehoben⁹⁴. Bemerkenswert ist hier die Tendenz der Veränderung z. Z. des Ersten Weltkrieges von vorher Schrift- und Wortplakaten zum suggestiven Bild, wo nur der optische Eindruck noch zählt: Flammen, Blitze, die riesige Faust, auf Schock zielende Farbgestaltungen. Plakate bieten Einblick in das Selbstverständnis und die politische Situation der Auftraggeber, sowie in die jeweilige politische Mentalität⁹⁵ und können im vorliegenden Untersuchungsfall weitere Auskünfte über die Frauenideologie der Partei geben, der sich die Frauen zugehörig fühlten.

2. Kurze Zusammenfassung der Ergebnisse

Wie schon erwähnt, ergab sich besonders für die Darstellung von Kindheit und Jugend eine Hervorhebung von Frauen, von denen mehr als nur die groben Personalda-

90. Pazzini, Karl Josef, Der unsichtbare Berg, in: Ästhetik und Kommunikation 28. Beiträge zur politischen Erziehung 8 (1977), Berlin, S. 62.

91. Kunde, Wolfgang/Wawrzyn, Leinhard, Was ist „eingreifendes Fotografieren“?, in: Dies., Eingreifendes Fotografieren. Geschichte, Theorie, Projekte, Berlin 1979, S. 7.

92. Solche Erfahrungen machte auch: Kallinilch, Joachim, Fotografieren — Probleme der empirischen Untersuchung einer populären ästhetischen Praxis, in: Ästhetik und Kommunikation 28. Beiträge zur politischen Erziehung 8 (1977), Berlin, S. 20.

93. Freund, Photographie, S. 18.

94. Hagen, Manfred, Das politische Plakat als zeitgeschichtliche Quelle, in: Geschichte und Gesellschaft 4 (1978), H. 3, S. 412ff.;

Westphal, Regilindis (Hg.), Die Frau im politischen Plakat, Berlin 1979, S. 10.

95. So auch Hagen, Plakat, S. 426.

ten (Geburtsdatum, Familienstand, Beruf) der Verfasserin bekannt geworden waren.

2.1. Kindheit und Jugend. Aus unterschiedlichen Milieus zur Arbeiterbewegung

Die Geburtsdaten dieser Frauen fallen zwischen 1861 bzw. 1871 und 1892: Berta Jourdan wurde 1892 geboren, als Hildegard Wegscheider 21 Jahre alt war. Man könnte sagen, daß die Untersuchungsgruppe demnach zwei Generationen umfaßt.

Der familiäre Hintergrund der Frauen der Untersuchungsgruppe läßt sich in Stichworten durch die berufliche Tätigkeit des Vaters, politische und religiöse Orientierungen und regionale Besonderheiten skizzieren. So heißt es z. B. ausdrücklich: Louise Schroeder entstammte dem Hamburger Proletarierviertel, Marie Juchacz und Elisabeth Kirschmann-Roehl einer proletarisch-kleinbürgerlichen Familie aus Landsberg a. d. Warthe, Anna Siemsen einem Pastorenhaushalt im Westfälischen am Rande des Ruhrgebietes, Toni Sender einer Rabbinerfamilie aus Bieberich bei Wiesbaden, Toni Pfülf einer Offiziersfamilie aus Metz und Maria Reese einer katholischen Lehrerfamilie in der Eifel⁹⁶. Obwohl die Zeitgenossinnen und Zeitgenossen selbst sich an der marxischen Klassentheorie orientierten („die war eine Bürgerliche“ oder „die kam aus dem Proletariat“), differenzierten besonders die Frauen, die Lebenserinnerungen schriftlich hinterlassen haben und die beiden preußischen Landtagsabgeordneten, die die Verfasserin nach ihrem Lebenslauf befragen konnte, nach Wertorientierungen und Eigentümlichkeiten, die wie sie glaubten aus der Erziehung im Elternhaus resultierten. Diese Bereiche decken sich, mit Ausnahme der Frauen jüdischer Herkunft, mit Lepsius' Milieubeschreibungen⁹⁷: Er unterscheidet im wilhelminischen Deutschland das katholische, das konservative, das liberale und das sozialistische Milieu⁹⁸. Er verwendet diese Einteilung ausdrücklich nur auf die Parteistrukturen des Kaiserreiches und der Weimarer Republik hin und erklärt damit die Stabilität des

96. Diese Aussagen wurden aus den verschiedenen Interviews mit Zeitgenossinnen und Zeitgenossen und Artikeln zusammengezogen.

97. Lepsius, Parteienstruktur.

98. Das katholische Milieu ist nach Lepsius' Beobachtungen die „Reinkultur“ seiner Theorie: Das Zentrum ist „in der Tat nur der politische Ausschuß der seit den 50er Jahren (des 19. Jahrhunderts, d. V.) sich (als Gegenbewegung zu den Säkularisierungen infolge der Französischen Revolution, d. V.) entfaltenden Volksbewegung“ zum Schutz der erschütterten Stellung der katholischen Geistlichkeit (Lepsius, Parteienstruktur, S. 383, 385). Es verlor nach Beendigung des Kulturkampfes an Boden, seine Infrastruktur in Form von Kirchen-, Wohltätigkeits- und Geselligkeitsvereinen blieb jedoch erhalten, wenn auch durch die Vorurteile der Protestanten isoliert (ebd. S. 385). Der Katholizismus bildete durch Dogmen geprägte Wertorientierungen, die sich gegenüber neuen Entwicklungen moralisch abschließen konnten, aber auf der Ebene von „Nächstenliebe“ und Hilfsbereitschaft das durch die Industrialisierung entstandene menschliche Elend sehen und lindern helfen konnte.

Das konservative Milieu behielt bis Ende der 20er Jahre seine (agrarisch)-feudale Struktur mit paternalistischen Leitbildern bei, das selbst durch große politische Veränderungen (wie den Weg vom Kaiserreich zur Republik) nicht unmittelbar betroffen war (ebd., S. 379). Ihm konnten selbständige Geschäftsleute und Angehörige einer ständisch orientierten Berufssparte wie die Offiziere zugeordnet werden. Es war geprägt von der Orientierung am Leben

deutschen Parteiensystems gegenüber politischen Veränderungen und den Aufschwung des Nationalsozialismus, der seine Chancen in dem Orientierungsvakuum hatte, das durch die Desintegration des liberalen Milieus entstand, welches ab 1924 rapide an Integrationskraft verloren hatte. Durch dieses Raster fällt jedoch eine wissenschaftsgeschichtlich und ökonomisch wichtige, wenn auch nicht potente, zudem zahlenmäßig kleine Gruppe der deutschen Gesellschaft durch: die Juden und diejenigen jüdischer Abstammung. Sie könnten zwar teils dem liberalen Milieu zugeordnet werden. Ihnen war aber der Zugang zu den eigentlichen gesellschaftlichen Privilegien versperrt geblieben, und sie vertraten zudem religiös-moralische Werte, die vom „Alten Testament“ geprägt waren, was sich auch auf die Möglichkeiten von Erziehung, Bildung und Berufsentscheidungen für Mädchen z.T. ausgewirkt hat. Die Verfasserin würde von einem eigenständigen politisch-moralischen Milieu sprechen, dem jüdischen. Dies muß jedoch im folgenden genauer dargestellt werden.

Juden kämpften auf der Basis liberal-demokratischer Ideale der Französischen Revolution um ihre Emanzipation, die ihnen 1871 unter Aufgabe ihrer Religion und Tradition zuerkannt wurde⁹⁹. Das jüdische Milieu hatte es also formal geschafft, sich auf der Basis dieser Ideen, die den Katholizismus bedrohten, Anerkennung zu verschaffen.

des Adels und seiner alten Standesrechte sowie von „Ressentiments gegen die Industrialisierung“ (ebd., S. 387).

Das liberale Milieu bestand nach Lepsius aus „relativ unstrukturierten Gesinnungsgemeinschaften“, die zwar ebenso wie die Konservativen eine „vorindustrielle Grundorientierung an quasi-ständischen Wertvorstellungen“ band, aber sich instabil gegenüber wirtschaftlichen und politisch-sozialen Veränderungen zeigte, was sich in den wechselnden Parteiformationen und Abspaltungen ausdrückte (ebd., S. 379). Seine Basis seien die Honoratioren der vorindustriellen Gesellschaft gewesen (Richter, Kommunalbeamte, Professoren, Rechtsanwälte, Redakteure), im rechtsliberalen Lager zusätzlich einige Gutsbesitzer und Unternehmer, im linksliberalen wohlhabende Handwerker und Lehrer (ebd. S. 386).

Außerhalb dieses schon zu Beginn des Kaiserreiches festgefügt Systems vollzog sich der Aufstieg der Arbeiterbewegung in einer doppelten Organisationsform, der SPD und der Gewerkschaften. Mit dieser Entwicklung wurde eine Abschließung der drei anderen Milieus gegen die Strukturbedingungen der Industriegesellschaft verstärkt und damit auch die Bindung an vorindustrielle Wertvorstellungen aufrecht erhalten (ebd., S. 388, 390). Über Lepsius hinaus würde die Verfasserin behaupten, daß dies besonders für die beiden protestantisch orientierten Milieus der Konservativen und Liberalen (hier besonders der Rechtsliberalen) gilt. „Die Sozialdemokratie, auf einer sozio-ökonomischen Minderheitslage beruhend, aktiviert spezielle ökonomische und soziale Wertvorstellungen und greift zur marxistischen Deutungsformel.“ (ebd., S. 388).

Im Verlaufe der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts war also ein viertes Milieu entstanden, das Bevölkerungsteile integrierte, die infolge der fortschreitenden Industrialisierung aus den übrigen Milieus ausgeschieden worden waren (ebd., S. 392). Diesem Milieu wären demnach verarmte Handwerker und Kleinunternehmer, ehemalige Tagelöhner ebenso zuzuordnen wie Fabrikarbeiter. Wie sich im katholischen Milieu die „Geschlossenheit“ als moralisch überhöhte Handlungsmaxime infolge des Kulturkampfes herausgebildet hatte, entwickelte sich in der Arbeiterbewegung die „Solidarität“ infolge der Sozialistengesetze (ebd., S. 388/389).

99. Kaplan, Marion A., Die jüdische Frauenbewegung in Deutschland. Organisation und Ziele des Jüdischen Frauenbundes 1904–1938, Hamburg 1981, S. 20/21.

Dieser Schritt implizierte „Verrat an der soziokulturellen und religiösen Identität“, beseitigte aber keineswegs die gesellschaftlichen Ressentiments, sondern er legte den Juden immer wieder die Beweislast für ihre Abkehr vom Judentum neu auf¹⁰⁰. Deutsch-jüdische Frauen waren mit einem, wie Marion Kaplan es nennt, „doppelten Handicap“ belastet, zogen jedoch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts „ihren Nutzen aus den Erfolgen jüdischer Männer und aus der Tatsache, daß die deutschen Frauen in die männlichen Heiligtümer der höheren Ausbildung, des Berufslebens und schließlich der Politik eindringen“.¹⁰¹ Sie lösten sich nach und nach aus ihren Familienbanden. Einige prägten entscheidende Teile der deutschen Frauenbewegung: Alice Salomon die Bildungsbewegung und den „Bund deutscher Frauenvereine“, Henriette Fürth die SPD-Frauenpolitik vor 1914 und den „Jüdischen Frauenbund“¹⁰², Hedwig Wachenheim die Arbeiterwohlfahrt etc.

Nicht nur in den hier vorliegenden Lebensberichten kehren Erzählungen über

100. Hellige, Hans Dieter, Generationskonflikt, Selbsthaß und die Entstehung antikapitalistischer Positionen im Judentum. Der Einfluß des Antisemitismus auf das Sozialverhalten jüdischer Kaufmanns- und Unternehmersöhne im Deutschen Kaiserreich und in der K. u. K.-Monarchie, in: Geschichte und Gesellschaft 5 (1979), H. 4, S. 476 ff., hier S. 479.

Zur Veranschaulichung der Situation der Juden sei hier ein kurzer Blick in die Geschichte geworfen. Aus dem Mittelalter hatte sich der „Geldmensch“ als typischer Jude erhalten (Hellige, Generationskonflikt, S. 480). Die Familienstruktur war — zusätzlich durch Ghettoleben und gesellschaftliche Vorurteile verstärkt — sehr autoritär, was sich besonders in solchen Familien verstärkt haben soll, wo der Vater Assimilationsbestrebungen nachging: Als Autoritäten in Familie, Betrieb und Gemeinde entbehrten die Väter in der Öffentlichkeit der sozialen Anerkennung (ebd., S. 513, 478), was zwangsläufig Widerspruch herausforderte, weil die Position selbst widersprüchlich war.

Opposition/Abgrenzung gegen den Vater (Generationskonflikt) verschränkt mit gesellschaftlichen Konflikten (ebd., S. 478) spiegeln eine innere Zwiespältigkeit wider, die Knütter (Knütter, H. H., Die Juden und die deutsche Linke in der Weimarer Republik 1918–1933, Düsseldorf 1971, S. 24) als eine von fünf jüdischen Eigenarten sieht, die sich durch die zwangsläufige Teilnahme an zwei Kulturkreisen und damit zwei Schicksalsgemeinschaften bedingt: der jüdischen und der deutschen (Arnold Zweig zitiert Walther Rathenau in der Weltbühne 18. Jg., Nr. 31, 3. August 1922: „Ich bin ein Mensch in seinem Widerspruch.“)

Die Unsicherheit, die sich in dieser Widersprüchlichkeit zeigt, suchte verschiedene Wege (Auswege oder Distanzierungen), die sich von der Hinwendung zur „Germanomanie“ (preußischer Konservatismus), der fast grenzenlosen Verehrung für deutsche Kultur (Walther Rathenau) über die wissenschaftliche Analyse als Sublimation des Hasses auf das „Geldjudentum“ (Marx und Lassalle), den gemeinsamen Kampf aller Diskriminierten für ihre Emanzipation (Kautsky, SPD als Beispiel, wie auch Nichtjuden an dieser Unsicherheit nicht vorbeikommen) bis zur teils idealisierten Hervorhebung jüdischer Eigenarten (Zionismus) erstreckten. Diese Gespaltenheit bedeutete auf der anderen Seite eine hohe geistige Beweglichkeit, auch Anpassungsfähigkeit (z. B. Heine, Kafka etc., vgl. auch Knütter, Juden und Linke, S. 28), in der persönlichen Ausstrahlung, Aufregtheit und Empfindlichkeit (ebd., S. 30.).

101. Kaplan, Jüdische Frauenbewegung, S. 22; s. auch Richarz, Monika (Hg.), Jüdisches Leben in Deutschland, 2. Band: Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte im Kaiserreich, New York/Stuttgart 1979, bes. S. 51: Jüdische Familien befürworteten, ihren Töchtern Bildung ange-deihen zu lassen, aber anschließende Berufstätigkeit lehnten sie ab.

102. Kaplan, Jüdische Frauenbewegung, S. 23, 49, 59, 100.

Schwierigkeiten in Elternhaus, Schule und Universität immer wieder, die als Fehler der Gesellschaft gesehen und als Unfreiheit empfunden wurden¹⁰³.

In den Einschätzungen über politische und gesellschaftliche Ereignisse findet sich eine ungebrochene Widersprüchlichkeit, wie sie Heinrich August Winkler auch in seiner Rezension über Toni Senders Autobiographie konstatiert¹⁰⁴. Knütter sieht dies als Folge einer engen Ich-Bezogenheit: Probleme werden diskutiert, statt gelöst, Theoretisieren steht über Handeln¹⁰⁵.

Aus solchen Widersprüchlichkeiten heraus lassen sich auch unvereinbar erscheinende Widersprüche im Leben der jüdischen Frauen in der vorliegenden Untersuchungsgruppe wie auch anderer prominenter Juden nachvollziehen. Bei Käte Frankenthal und Toni Sender könnte man die Widersprüchlichkeiten ihrer Lebensläufe unter die Stichworte Egoismus — Engagement für die Gemeinschaft, Menschenliebe — Menschenverachtung, Bindungslosigkeit — Sehnsucht nach Bindung, vielleicht auch Tiefsinn — Oberflächlichkeit subsumieren¹⁰⁶.

Möglicherweise lassen sich die Antipole in den Persönlichkeitsstrukturen auch durch die Umbruchphase erklären, in der Juden und Frauen besonders seit den letzten beiden Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts lebten¹⁰⁷. Hedwig Wachenheims Mutter ließ ihre beiden Töchter nach dem Tode des Vaters protestantisch taufen, Hedwig trat jedoch zu Beginn der Weimarer Republik wieder aus der Kirche aus. Adele Schreiber-Krieger erwähnt nur nebenbei, daß die Eltern vom Judentum zum Katholizismus konvertiert waren. Beide sind also Kinder assimilierter Großstadtjuden, die ihr Jüdischsein nicht weiter bewußt verfolgten. Großstadtjuden gelang ihre Integration am vollendetsten. Im politischen Leben waren Juden in der DDP und in der SPD vertreten, wobei die zahlenmäßig meisten jüdischen Mandatsträger in der Politik Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten waren. Ein Viertel der jüdischen Wahlberechtigten soll vor 1914 die Arbeiterpartei gewählt haben¹⁰⁸, die sich seit Kautskys Broschüre „Rasse und Judentum“ die Assimilation aller Juden im Rahmen der Emanzipation aller Minderheiten und Unterdrückten, wozu ja auch die Frauen gehörten, zum Ziel gesetzt hatte¹⁰⁹.

Bekannte jüdische Sozialdemokraten wie Julius Moses und Henriette Fürth sahen sich als deutsche und Sozialdemokraten mit ihren, wie sie es nennen, jüdischen Eigenarten und Traditionen und wollten anerkannt werden. Assimilierung konnte für sie nicht die Negierung ihrer Geschichte heißen¹¹⁰.

103. S. auch Knütter, Juden und Linke, S. 28.

104. Abgedruckt in: Die ZEIT Nr. 18 vom 4. Mai 1982.

105. Als ein Beispiel nennt Knütter, Juden und Linke, S. 31, Rudolf Hilferding, der es 1918 als Tragik bezeichnet haben soll, daß die Sozialisten in dem Augenblick an die Macht gelangten, da die Realisierung einer gesellschaftlichen Umwälzung so große Schwierigkeiten mache.

106. In Anlehnung an Knütter, Juden und Linke, S. 27.

107. Aus ihren ambivalenten Positionen sind Frauen bis heute noch nicht herausgekommen, was ebenso für Juden in der deutschen Gesellschaft gilt, wo sie allerdings heute kaum noch vertreten sind.

108. Hamburger, Ernest, Juden im öffentlichen Leben Deutschlands. Regierungsmitglieder, Beamte und Parlamentarier in der monarchischen Zeit 1848–1918, Tübingen 1968, S. 147.

109. Kautsky, Karl, Rasse und Judentum, Berlin 1921² (1914).

110. Moses, Julius, Einleitung zu: Ders., Die Lösung der Judenfrage. Eine Rundfrage, Berlin/Leipzig 1907, S. 7–18; Fürth, Henriette, Zur Judenfrage, in: ebd., S. 61–66.

Für manche jüdische Familien, besonders im sozialdemokratischen Milieu, schien allerdings die Vergangenheit irrelevant, da sie sich trotz antisemitischer Ressentiments¹¹¹ voll integriert fühlten, sie wurde erst wieder nach der Machtergreifung Hilfers zu einem Thema¹¹². Aus heutiger Sicht, wissend um die Progrome in Osteuropa und die Vernichtungslager der Nationalsozialisten, scheint es unvorstellbar, daß der jüdische Ursprung wirklich ohne jeden Einfluß geblieben sein soll¹¹³.

Die verschiedenen religiös-moralischen Orientierungen zeigen Auswirkungen auf den Lebensweg und die Lebensbeschreibungen der Sozialdemokratinnen, die als Erwachsene bis 1933 einem (gemeinsamen) Milieu zuzuordnen sind. Ihre Wege dorthin sind unterschiedlich geprägt, wenn es auch hier und da Parallelen gibt.

Toni Pfülf stammte aus einer konservativen Offiziersfamilie. Katholische Wertorientierungen zeigt der Lebensbericht von Maria Reese, in Ansätzen auch der von Adele Schreiber-Krieger. Käthe Frankenthal und Toni Sender kamen aus Rabbinerfamilien. Die Väter erfüllten nicht nur eine religiöse Aufgabe, sondern hatten damit auch noch eine politische Aufgabe. Hedwig Wachenheim und Adele Schreiber-Krieger waren jüdischer Abstammung, jedoch in der ersten Generation protestantisch bzw. katholisch getauft. Drei Frauen kamen aus einem liberalen Elternhaus: Anna Siemsen, Johanna Tesch und Hildegard Wegscheider. Die Mehrheit der 19 Frauen ist dem (sozialistisch-)proletarischen Milieu¹¹⁴ im weitesten Sinne zuzuordnen: Elise Bartels, Clara Bohm-Schuch, Gertrud Hanna, Else Höfs, Marie Juchacz, Elisabeth (Kirschmann-)Roehl, Anna Nemitz, Louise Schroeder, Toni Wohlgemuth.

Religiöse Erziehung und religiöses Leben spielte im Erwachsenenalter kaum eine Rolle: Mehr als die Hälfte (13 von 19 Frauen) gab in der Weimarer Republik an, konfessionslos zu sein¹¹⁵, davon hatte allein schon die Hälfte keine religiöse Erziehung in der Familie genossen, nur drei kamen aus einem ursprünglich katholischen Elternhaus. Die Jüdinnen sahen sich nur als kulturell geprägt, nicht aber religiös und gesellschaftlich ihrer Gemeinde zugehörig¹¹⁶.

Der Ausbildung nach finden wir in dieser Untersuchungsgruppe einen für die damalige Zeit (ja selbst im Vergleich zu heutigen Verhältnissen) überdurchschnittlich

111. Kaplan, Jüdische Frauenbewegung, S. 324/325.

112. Inge Deutschkron z. B. berichtet, daß sie erst 1933 überhaupt wußte, daß sie Jüdin war, vorher sei dies für sie gar kein Begriff gewesen (Deutschkron, Inge, Ich trug den gelben Stern, Köln 1978).

113. Vgl. Grossman, Atina, Ein offener Brief aus New York an Henryk Broeder und die TAZ, in: Die Tageszeitung vom 27. Mai 1981, S. 10/11; Bednartz, Dieter/Lüders, Michael (Hg.), Blick zurück ohne Haß. Juden aus Israel erinnern sich an Deutschland, Köln 1981.

114. Sozialistisch-proletarisch deswegen in Ergänzung zu Lepsius, weil die Verfasserin dieses Milieu ausdrücklich auf die Lebensumstände bezogen sehen will, die den Schritt in die Arbeiterbewegung auf der Basis eigener Erfahrungen ermöglichen, wenn nicht andere intensive Wertorientierungen dies verhinderten.

115. Auch in der Gesamtgruppe aller 74 sozialdemokratischen Parlamentarierinnen war der Anteil nicht-religiös gebundener Frauen sehr hoch, so daß man vielleicht sogar sagen kann, daß Religion eine untergeordnete, wenn nicht sogar gar keine Rolle (mehr) in der moralischen Orientierung spielte.

116. Dies entspricht in etwa auch der Gruppe aller 74 Sozialdemokratinnen wie überhaupt der Gruppe aller Abgeordneten aus der Arbeiterbewegung (SPD, KPD, USPD, SAP).

hohen Anteil an Vollakademikerinnen¹¹⁷. Vier bzw. sechs absolvierten die Ausbildung auf der Lehrerbildungsanstalt, welche „höheren Töchter“ damals am ehesten möglich war. Eine nach der Volksschule weiterführende Schule besuchten immerhin vier, zwei absolvierten ein Lehre, während sieben (alle aus armen Familienverhältnissen) keinerlei Ausbildung nach der Volksschule erhielten.

2.2 Berufstätigkeit — Eintritt in die aktive Politik

Entsprechend gliedert sich die berufliche Tätigkeit der 19 Frauen aus der Kerngruppe: Vier haben nie gearbeitet (waren zudem sehr jung verheiratet), drei verdienten sich ihr Geld als Facharbeiterinnen, drei als Ungelernte bis zur Heirat oder einem Berufsechsel, zwei wurden Partei- bzw. Gewerkschaftsangestellte, drei waren als sonstige Angestellte tätig gewesen, fünf unterrichteten (in verschiedenen Schulstufen), eine war als Kommunalärztin tätig, eine gab als Beruf eine „Berufung“ zur Schriftstellerin an¹¹⁸.

Bei der Betrachtung des Familienstandes der Frauen fällt der überdurchschnittlich hohe Anteil an alleinstehenden Frauen auf. Nur sieben waren verheiratet, davon zwei in der Weimarer Republik in zweiter Ehe (mit Sozialdemokraten), sechs der Ehemänner waren SPD-Parteimitglieder. Zwei Frauen lebten im Witwenstand, drei geschieden und acht waren ledig. Die Scheidungen sind z. T. in die Zeit erweiterter erster politischer Aktivitäten gefallen¹¹⁹.

Im Vergleich zu ihrer eigenen Geschwisterzahl (keine war als Einzelkind aufgewachsen) hatten die Frauen relativ weniger Kinder: Adele Schreiber-Krieger war kinderlos verheiratet, vier hatten nur eines, sechs hatten zwei oder drei Kinder. Die Hälfte der Mütter wurde allerdings erst politisch aktiv, als diese versorgt waren¹²⁰.

Immerhin die Hälfte der Frauen führte ihr Interesse für Politik auf persönliche Motivation zurück. Durch die Familie (Vater/Bruder) politisiert wurden vier aus dem sozialistisch-proletarischen Milieu und eine aus dem jüdischen. Ehemann oder Freund ebneten vier (zwei aus dem sozialistisch-proletarischen, einer aus dem liberalen, einer aus dem jüdischen Milieu) den Weg, der noch bei zwei weiteren (je einer aus dem sozialistisch-proletarischen und dem jüdischen) schon durch die Familie vorgezeichnet war. Über politische und soziale Mißstände fanden acht Frauen den Weg zur Politik und zur Arbeiterbewegung: drei Jüdinnen, eine Konservative, eine

117. Drei gehörten zu den ersten Frauen, welchen in Preußen eine Promotion möglich war, davon war Hildegard Wegscheider, geb. Ziegler überhaupt Preußens erste Abiturientin und promovierte Frau und Käthe Frankenthal, eine der ersten promovierten Ärztinnen.

118. Auffallend ist allgemein, daß in der Weimarer Republik sehr viele Abgeordnete aus der Arbeiterbewegung als Beruf Schriftsteller/in angaben, die vorher einen anderen Beruf ausgeübt hatten. In der vorliegenden Gruppe gaben vier Frauen als Beruf Schriftstellerin an (nur Adele Schreiber-Krieger schon vor dem Ersten Weltkrieg).

119. Dies steht allerdings im Unterschied zur Gesamtgruppe, wo die Verheirateten überwogen: Die Mehrheit von ihnen war jedoch nicht mehr als eine Wahlperiode, manchmal auch nur als Nachrückerinnen eine Teilperiode Abgeordnete. Unter denjenigen, die über einen längeren Zeitraum das Amt der Abgeordneten wahrnahmen, fällt der überdurchschnittlich hohe Anteil lediger, geschiedener und verwitweter Frauen auf.

120. Die Kinderzahl entspricht, soweit dies noch recherchierbar war, auch dem Anteil der Gesamtgruppe aller 74 Frauen.

Katholische, eine Jüdisch/Katholische und zwei Liberale. Erfahrungen in der Erwerbsarbeit politisierte drei Frauen aus dem sozialistisch-proletarischen Milieu.

Als Barometer dazu, welche Eindrücke und Entwicklungen der Partei sie in ihre Arbeit der Weimarer Republik mitgebracht haben, kann das Beitrittsjahr dienen: Fünf kamen bis 1900 zur SPD (davon eine schon 1896), weitere fünf 1904/1905, d. h. noch während der Zeit der preußischen Vereinsgesetzgebung, die Frauen die Mitgliedschaft in politischen Parteien untersagte, weswegen die Frauenbewegung noch unbestritten als eigenständige Organisation der Partei gelten mußte. Nach der Aufhebung dieses Verbotes (1908) traten zwei bei, weitere drei in den nächsten Jahren. Während des Weltkrieges stießen noch vier zur SPD. Die Frauen traten durchschnittlich im Alter zwischen 20 und 30 Jahren der SPD bei, es sei denn die familiäre Prägung hatte ihnen schon früher den Weg geebnet.

Die Hälfte der Frauen aus der Kerngruppe¹²¹ arbeitete zuerst in der örtlichen SPD-Frauengruppe mit, z. T. waren sie überhaupt erst einmal am Aufbau beteiligt. Neun Frauen gaben an, im Weltkrieg Kriegsfürsorgerinnen gewesen zu sein, nur vier berichteten von expliziten Aktivitäten gegen den Krieg, eine Frau fand ihre erste politische Heimat bei den Gewerkschaften, zwei der Frauen waren schon vor dem Weltkrieg Mandatsträgerinnen auf Parteitag gewesen. Während des Krieges wurden drei Frauen die Arbeit in jeweils örtlichen Parteivorständen angetragen, drei waren 1918 in der Rätebewegung aktiv. Fast alle Frauen hatten sich also bis 1918/1919 schon in gewisser Weise exponiert, außer Berta Jourdan und Anna Siemsen, die sich gegen Kriegsende zur SPD bzw. USPD bekannten und erst 1928 Abgeordnete im Preußischen Landtag und im Reichstag wurden.

2.3 Politik in der Weimarer Republik

Lepsius' erweiterte Milieubeschreibungen können nur für die Zeit vor 1914/1918 geltend gemacht werden, denn spätestens mit dem Schritt in die aktive Tagespolitik/Arbeiterbewegung wird das Leben der Frauen weitgehend vom Parteileben bestimmt. Arbeitsinteressen und Arbeitsweisen differieren z. T., sie lassen sich jedoch meist aus der familiären Sozialisation, den Bildungswegen und daraus resultierenden Berufsschwerpunkten erklären. Für die 20er Jahre wurden zudem die Daten aller 74 Sozialdemokratinnen im Reichstag und im Preußischen Landtag zur Grundlage der Darstellung gemacht.

Die erste Hürde auf dem Weg ins Parlament hatten die Frauen bei der Kandidatenaufstellung in den Wahlkreisen zu überwinden: Die SPD stellte im Vergleich zu allen anderen Parteien die meisten Kandidatinnen auf, jedoch entgegen einer internen Absprache längst nicht in jedem Wahlkreis eine Frau.

Bei den Angaben der politischen Arbeitsschwerpunkte handelt es sich fast ausschließlich um sogenannte frauenspezifische Bereiche, die sich zum großen Teil auch an ihren beruflichen Interessen orientierten: Frauenfragen aller Art, Probleme der Frauenerwerbsarbeit, Sozialpolitik, Gesundheitspolitik und Aufklärung, § 218. Bedenkt man die Möglichkeit der Mehrfachnennungen, so werden nur neunmal andere Themen genannt: Wirtschafts- und Handelsfragen, Agrarpolitik, Friedenspolitik und

121. Und soweit noch recherchierbar die Mehrheit der Gesamtgruppe.

Bekämpfung des Nationalsozialismus. Sozialdemokratinnen der Weimarer Republik nahmen wenig an außerparlamentarischen Frauenaktionen (wie der Kampagne zur Streichung des § 218 in der Endphase der Weimarer Republik) teil, integrierten jedoch diese Anregungen allen Widerständen innerhalb der eigenen Fraktion und gegenüber den anderen Parteien zum Trotz in die parlamentarischen Auseinandersetzungen. Daran, daß der Reichstag durch Artikel 48 der Weimarer Verfassung manipulierbar war und sich aufgrund der politischen Wirren selbst ausgeschaltet hat, sind die meisten Vorstöße der Frauen gescheitert.

Über all diesen Vorschlägen zur Verbesserung der Situation der Frau auf dem gesellschaftsimmanenten reformistischen Wege stand immer ihr Anspruch von der Zielvorstellung der sozialistischen Gesellschaft. Zumindest die führenden Sozialdemokratinnen bis hin zu den Führerinnen auf regionaler und lokaler Ebene betrachteten Bebels „Die Frau im Sozialismus“ und Karl Kautskys Volksausgabe des „Kapitals“ als ihre theoretischen Standardwerke¹²². Das stand im Gegensatz zu dem Bild der Frau, welches in der sozialdemokratischen Frauenzeitung „Frauenwelt“ angesprochen wurde: Politische Aufklärung war Nebensache, Hauptsache war die Unterweisung in Haushaltsführung und Kindererziehung.

In der Phase der Stabilisierung der Republik nach 1920 ist ein Rückgang der parteiinternen Beschäftigung mit der Frauenfrage festzustellen, gleichzeitig ein Gründungsboom sozialdemokratischer Frauengruppen auf lokaler Ebene. Diese Tendenz kippt in der Abschaffung sozialdemokratischer Frauenkonferenzen vor oder nach den Parteitag und auf dem Kieler Parteitag 1927. Erst in der Phase der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus wurden Frauen wieder stärker in die politische Agitation einbezogen.

Sowohl unter den weiblichen Mitgliedern im Parteivorstand der SPD, als auch unter den Sozialdemokratinnen in den Präsidien von Reichstag und Preußischem Landtag (als Schriftführerinnen) ist ebenso eine personelle Kontinuität festzustellen wie man von einem „harten Kern“ von Frauen in den sozialdemokratischen Fraktionen sprechen kann. Es handelt sich bei diesen Frauen in der Mehrheit um solche, die schon vor oder um 1910 der SPD beigetreten waren. Dieses Phänomen ist nicht weiter verwunderlich, wenn man sich vor Augen hält, daß die Weimarer Republik nur 14 Jahre gedauert hat.

Eine relativ konstant arbeitende Gruppe Frauen hatte sich also in den 14 Jahren der Weimarer Republik ihren Platz in öffentlichen Funktionen „erobert“, aber auf die informellen Strukturen politischer Entscheidungsprozesse und die Verwaltung hatten sie wenig Einflußmöglichkeiten. Sie hatten erst lernen müssen, mit ihrer neuen Rolle als Parlamentarierinnen und Gremienarbeiterinnen in der Partei bzw. den damit verbundenen Aufgaben und Ansprüchen umzugehen. Kaum daß sie darin eine gewisse Selbstverständlichkeit gefunden hatten, war mit dem Einzug der Nationalsozialisten in die Parlamente und mit der Wirtschaftskrise der Niedergang der Republik nicht mehr aufzuhalten.

Durch ihren familiären Hintergrund und ihre Erfahrungen in Berufswelt und Ausbildung geprägt, hatten sich Sozialdemokratinnen z.T. absolut für ein Leben im

122. Wickert, Familie und Parlament.

Dies wurde auch über die dort dokumentierten Interviewergebnisse hinaus für die hier besprochene Untersuchung bestätigt.

Dienste der Arbeiterbewegung entschieden. Das bedeutete Verzicht auf ein Familienleben im traditionellen Sinne, nicht aber Privatleben als ganzem, und bei denjenigen aus nicht-sozialistisch-proletarischem Milieu den Bruch mit dem Elternhaus.

Im Leben der Frauen sind zusammenfassend drei einschneidende Ereignisse festzustellen, die grundsätzlich deren Situationen und den bis dahin vorgezeichneten Lebensweg veränderten: 1. die Politisierung, die langfristig den Beitritt zur SPD zur Folge hatte, 2. das Frauenwahlrecht, das ihnen die Aufgabe der Parlamentarierin brachte und 3. die Machtergreifung Hitlers, die sämtliche kleinen Erfolge und Hoffnungen aus ihrer bisherigen Arbeit und schließlich ihren (politischen) Lebenszusammenhang zerstörte.

Sozialdemokratische Parlamentarierinnen haben sich in den 20er Jahren für Ziele eingesetzt, die erst 50 Jahre später unter der sozial-liberalen Koalition — wenn auch noch nicht ausreichend — verwirklicht worden sind. Den Autobiographien, Lebensberichten und mündlichen Erzählungen ist durchweg ein Einverständnis darüber zu entnehmen, daß die Frauen ihre Arbeit und ihre Ziele auch später positiv bewerten. Die Mißerfolge im tagespolitischen Alltag treten in den Berichten eher in den Hintergrund, sie sind in Vergessenheit geraten.

2.4. Lebenswege 1933–1945

Nach dem 30. Januar 1933 waren Sozialdemokratinnen, ebenso wie alle anderen Mitglieder der Parteien der Arbeiterbewegung, die Vertreterinnen der „radikalen bürgerlichen“ Frauenbewegung und besonders die Jüdinnen und Juden, an Leib und Leben gefährdet.

Fünf Frauen waren schon gestorben (davon eine durch Freitod: Helene Grünberg). Über das Leben von 36 der 69 Sozialdemokratinnen der Untersuchungsgruppe nach der Machtergreifung Hitlers sind der Verfasserin keine Informationen mehr zugänglich gewesen. Man kann jedoch davon ausgehen, daß sicher einige nationalsozialistischen Repressionen ausgesetzt waren. Sechs Frauen starben zwischen 1933 und 1945 eines natürlichen Todes. Ganz wenige sind wohl selten auffällig durch die Gestapo behelligt worden (so z. B. Louise Schroeder und Hildegard Wegscheider). Drei gingen freiwillig aus dem Leben: Ein Zusammenhang mit der politischen Situation in Deutschland wird von Freundinnen und Freunden ausdrücklich überliefert (Toni Pfülf, Minna Bollmann, Gertrud Hanna).

Im Rahmen der sogenannten „Gewitteraktion“ nach dem 20. Juli 1944 wurden zahlreiche Gegner des Nationalsozialismus verhaftet, die schon meist in den ersten Wochen des Dritten Reiches vorübergehend in „Schutzhaft“ gesessen hatten. Aus der vorliegenden Untersuchungsgruppe waren das neben Johanna Tesch und Annemarie Oestreicher, Lore Agnes, Frieda Hauke und die damals 66jährige Johanne Reitze. In dem einzigen Frauen-KZ Ravensbrück waren 1944/1945 vier Frauen (Johanna Tesch, Marie Ansorge, Luise Schiffgens, Annemarie Oestreicher) interniert, zwei erlebten die Befreiung nicht mehr (Johanna Tesch, Annemarie Oestreicher). Elf Frauen verließen 1933 Deutschland. Eine kehrte 1½ Jahre später nach Deutschland zurück (Maria Reese). Zwei Emigrantinnen waren wohl nicht mehr politisch aktiv, die anderen arbeiteten z. T. in einem Rahmen, der ihren bisherigen Arbeitsschwerpunkten nahe lag.

Zusammenfassend ist über die verschiedenen Lebenswege in der Zeit des Nationalsozialismus festzustellen, daß mehr als die Hälfte der vorliegenden Untersuchungsgruppe inhaftiert oder emigriert war und mindestens sechs Todesfälle, davon drei Freitode, in direktem Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus zu verzeichnen sind¹²³.

2.5. Lebenswege nach 1945

Drei Emigrantinnen blieben in den USA, fühlten sich aber der Sozialdemokratie weiterhin verbunden, nahmen aktiven Anteil am Wiederaufbau Deutschlands nach Kriegsende und besuchten Deutschland öfter. Vier kehrten nach Deutschland zurück, wovon einzig Anna Siemsen in den wenigen ihr noch verbleibenden Jahren sich aktiv politisch engagierte (in der sozialistischen Bildungsarbeit und für ein vereintes Europa). Von den Frauen, welche die Hitlerzeit in Deutschland überlebt hatten, gingen drei 1945 (alle in Berlin) wieder in die aktive politische Arbeit. Die bekannteste Frau der Untersuchungsgruppe für die Zeit nach 1945 ist Louise Schroeder, Bürgermeisterin der ehemaligen Reichshauptstadt und Oberbürgermeisterin während der Blockade. Mindestens 15 erlebten also noch die Neuordnung Deutschlands, d. h. die Gründung der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik, die meisten starben jedoch in den 50er Jahren, Berta Jourdan verstarb am 4. Dezember 1981, 1984 Toni Wohlgemuth.

Die Kinder waren — soweit dies der Verfasserin bekannt geworden ist — meist der Arbeiterbewegung weiterhin verbunden. Die Töchter sozialdemokratischer Parlamentarierinnen, mit denen die Verfasserin noch Gelegenheit hatte zu sprechen, hatten aus den Erfahrungen ihrer Kindheit jedoch die Konsequenz gezogen, erst dann politisch aktiv zu werden, nachdem ihre eigenen Kinder erwachsen waren. Sie wollten ihnen die Entbehrungen ersparen, die sie durch die Abwesenheit der Mutter von der Familie erlebt hatten. In der Enkelgeneration scheint die politische Orientierung der Eltern und Großeltern weniger prägend zu sein, was sich allerdings nicht mehr zahlenmäßig exakt verifizieren läßt.

Summary*

Up to now, a group biography of Social Democratic Party women in the German Reichstag and Prussian Landtag at the time of the Weimar Republic has been missing in historical research for several reasons: 1. a lack of interest in the contributions of women in history and politics, 2. the desolate state of source material (occasioned by National Socialist destruction and deficient interest in the marks left by women), 3. methodological problems, such as how women's history is to be sufficiently understood, i. e. with appropriate questions and hypotheses, and how such heterogeneous source material is to be summarized and interpreted. The Reichstag and the Prussian Landtag of the 1920s registered by far the highest percentage of women in any parlia-

123. Als sechste ist Clara Bohm-Schuch zu nennen: Ihr Tod 1935 war eine Spätfolge der Gestapo-Haft 1933.

* Für die Hilfe bei der Erstellung des englischen Textes danke ich Peggy White.

ment in the world. More than half of the female members of parliament were seated by the Social Democratic Party, and they can be characterized as the most politically influential group. An inquiry into the lives of women politicians should proceed from the following key questions: What was their family background? How did they grow up? How did they become politisized? How did they come to terms with their lives and the politics of their daily experience? What did they devote their major efforts to their work? How do they evaluate their successes and failures in the retrospect?

Of the 74 Social democratic women, only 19 could be dealt with in detail, and these constitute the core group of the research. In addition, the information concerning the difficult segments of their lives is presented with varying degrees of accuracy. For these reasons, it becomes clear that the genuinely representative picture of the lives of Social Democratic women in parliament cannot be created.

The following source materials were used: published biographies, literary legacies, official records of school authorities, private collections, brochures, political pamphlets, photographs, posters, interviews with peers and children of the women, and autobiographical interviews with the last two living women in the group being investigated. Autobiographies, orally related life histories and other interviews („oral history“) seem to be especially problematic. Stories and life histories which have just been related, whether orally or written, permit the articulation of events, feelings and expectations which are not discernible in statistical surveys and observations. The author understands „oral history“ to be extension or creation of source material in a specific area of history by means of interviewing the person who is involved or affected on the basis of a more or less broadly defined subject matter (Erkenntnisinteresse). Reality is broken numerous times in the retrospect by wishful thinking and subjective alternations. Therefore, oral and written reminiscences are able to make statements only when combined with other sources and electoral posters. As a specific means of expression in a utilitarian, rational society of a technological civilization, photographs are especially important in actualizing memories. — In summarizing recollections of family and childhood, the author took as her basis Lepsius' categories of social — moral milieus, adding to it the „Jewish experience“.

The group of Social Democratic women in parliament includes among others Hildegard Wegscheider, Prussia's first woman to qualify for admission to the university on the basis of the school-leaving examination (Abitur) and to receive a doctorate degree. In the lives of these women who experienced very diverse childhoods, joining the Social Democratic Party, oftentimes after succeeding in receiving vocational education against the wishes of their parents, was the decisive turning-point. For those women in the non-socialist-proletarian milieu, this step usually meant estrangement from their parents. The second important event in their lives was the November Revolution, which presented them the perspective of working as members of parliament. Their major political efforts were usually within the framework of their professional interests. Problems in their family lives generally arose for those women who were married. Hitler's rise to power brought a threat to the lives of most of the women, as well as the of many hopes for changes in the opportunities available to women: emigration, suicide, protective custody, and concentration camps. Those who were still alive in 1945 took an active part in the reconstruction of the German Federal Republic and the German Democratic Republic. The most well-known was Louise Schroeder, the mayor of (West-)Berlin during the blockade.

Lebensläufe von Angestellten: Die Schweizer Techniker im 19. und 20. Jahrhundert

1. Einleitung

Den Anlaß für die vorliegende, im Rahmen eines Projektes über schweizerische Angestellte¹ durchgeführte, kollektivbiographische Untersuchung über Techniker bildete die Vermutung, daß die stärkere Berücksichtigung von Berufs- und Lebensverläufen einiges zur Erklärung von Wandel oder Stabilität des Bewußtseins und Verhaltens von Angestellten zwischen 1880 und 1950 beitragen könnte. Mit dem biographischen Ansatz, der die Reflexe struktureller Verhältnisse auf der Ebene des Individuums erfaßt, sollten sich gewisse Defizite der in der Angestelltengeschichte vorherrschenden Forschungsperspektiven und Erklärungsweisen beheben lassen, die Lage, Bewußtsein und Verhalten überwiegend auf der Ebene von Sozialstruktur, Betrieben, Verbänden und Politik angehen².

1. Es handelt sich um ein vom Schweizerischen Nationalfonds gefördertes, 1978–1979 an der Forschungsstelle für Schweizerische Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Universität Zürich gemeinsam mit M. König und R. Vetterli durchgeführtes Projekt zur „Sozialgeschichte der Angestellten in der Schweiz 1870–1950“, in welchem kaufmännische Angestellte, Verkäuferinnen, Techniker und Werkmeister vergleichend im Hinblick auf inner- und außerbetriebliche Merkmale und Verhaltensweisen untersucht wurden. M. König und R. Vetterli danke ich für Kritik und Anregungen zu einer kürzeren, früheren Fassung, die demnächst erscheinen wird in: König, M., Siegrist, H., Vetterli, R., Warten und Aufrücken. Die Angestellten in der Schweiz 1870–1950, Zürich 1985.
2. Vgl. dazu einige Überblicksdarstellungen zur Angestelltenproblematik, in denen die bisherige Forschung dargestellt und diskutiert wird, wo auch auf weitere Literatur verwiesen wird: Bayer, H. (Hg.), *Der Angestellte zwischen Arbeiterschaft und Management*, Berlin 1961; Hartfiel, G., *Angestellte und Angestelltengewerkschaften in Deutschland. Entwicklung und gegenwärtige Situation von beruflicher Tätigkeit, sozialer Stellung und Verbandswesen der Angestellten in der gewerblichen Wirtschaft*, Berlin 1961; Fehrmann, E. und Metzner, U., *Angestellte in der sozialwissenschaftlichen Diskussion. Ein Literaturbericht*, Köln 1977; Kadritzke, U., *Angestellte — die geduligten Arbeiter*, Frankfurt 1975; Kocka, J., *Die Angestellten in der deutschen Geschichte 1850–1980. Vom Privatbeamten zum angestellten Arbeitnehmer*, Göttingen 1981; ders., *Angestellte zwischen Faschismus und Demokratie. Zur politischen Sozialgeschichte der Angestellten: USA 1890–1940 im internationalen Vergleich*, Göttingen 1977; ders. (Hg.), *Angestellte im europäischen Vergleich. Die Herausbildung angestellter Mittelschichten seit dem späten 19. Jahrhundert*, Göttingen 1981 (*Geschichte und Gesellschaft*, Sonderheft 7); Siegrist, H., *Angestellte, technisch-wissenschaftliche Intelligenz und Arbeiterklasse*, in: *Neue Politische Literatur*, 23. Jg. (1978), S. 367–380; Steiner, H., *Soziale Strukturveränderungen im modernen Kapitalismus. Zur Klassenanalyse der Angestellten in Westdeutschland*, Berlin 1967.

Wieweit wurde die biographische Perspektive in der bisherigen Angestelltenforschung zur Kenntnis genommen oder für Erklärungen genutzt? Der folgende kurze Überblick über die Literatur verweist darauf, daß die biographische Perspektive in der Angestelltenforschung vielleicht mehr als in anderen Spezialgebieten ansatzweise immer wieder aufgegriffen, aber kaum konsequent durchdacht und untersucht wurde. Verweise auf zeit- oder generationsspezifische Lebens- und Berufsverlaufsmuster gehören durchaus zum Kernbestand der Sozialgeschichte/Soziologie von Angestellten³. So wird wiederholt darauf hingewiesen, daß Angestellte seit etwa dem Ende des 19. Jahrhunderts geringere Chancen hatten, zur Selbständigkeit zu gelangen (Angestelltenstatus als Durchgangsstation oder lebenslängliches Schicksal). Gerade in jüngster Zeit sind einige empirische Untersuchungen veröffentlicht worden, die sich etwas ausdrücklicher mit dem Aspekt von Karriere oder beruflichem Lebenslauf von Angestellten im allgemeinen oder Technikern/Ingenieuren im besonderen befassen⁴. Manche Autoren postulieren für die Angestellten oder Techniker eine im Vergleich zu den Arbeitern stärkere Aufsteigermentalität und reale Aufstiegsmobilität.

3. Als exemplarische klassische Arbeiten seien hier genannt: Croner, F., *Soziologie der Angestellten*, Köln 1962 (der wie viele andere die Karrierechance geradezu als Definitionsmerkmal der Angestellten gegenüber den Arbeitern begreifen möchte); Henze, L., *die Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten*, Opladen 1961; und Mills, C. W., *Menschen im Büro*, Köln 1955 (die das Vorhandensein allgemeingültiger Karrierechancen verneinen und den in der Regel engen Rahmen einer Angestelltenkarriere betonen).
4. Die folgende, nicht unbedingt vollständige Liste vermittelt einen Eindruck von den in jüngster Zeit veröffentlichten Studien über Angestellte bzw. Techniker und Ingenieure, die auf lebensgeschichtliche Aspekte mehr oder weniger ausdrücklich und empirisch fundiert eingehen. Schulz, G., *Die Arbeiter und Angestellten bei Felten & Guillaume. Sozialgeschichtliche Untersuchung eines Kölner Industrieunternehmens im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert*, Wiesbaden 1979 (Mit einigen Verweisen auf Lebensperspektiven für verschiedene Angestelltengruppen und wertvollen Untersuchungen über tatsächliche Einkommensentwicklung im Lebensverlauf bei einer Gruppe von Angestelltenindividuen.); Scholl, L. U., *Ingenieure in der Frühindustrialisierung. Staatliche und private Techniker im Königreich Hannover und an der Ruhr (1815-1873)*, Göttingen 1978 (Mit Untersuchungen über Herkunft, Ausbildung, Tätigkeitsfelder und Karriere sowie Hinweisen auf den Einkommensverlauf für eine quasi-willkürliche Stichprobe von Nachrufen.); Lundgreen, P., *Techniker in Preußen während der frühen Industrialisierung. Ausbildung und Berufsfeld einer entstehenden sozialen Gruppe*, Berlin 1975 (Mit einer Analyse von Abgängern des Gewerbeinstituts für eine zufällige Stichprobe der Abgänger zwischen 1821 und 1850, die zeigt, daß nur ein Drittel aller Techniker selbständig wurde, was darauf hinweist, daß Techniker in Deutschland schon früh ein Angestelltenberuf war. Bei den Bautechnikern war die Selbständigenrate allerdings sehr viel größer, und ein Vergleich verschiedener Gebiete weist auf starke regionale Unterschiede in der Chance zur Selbständigwerdung hin. Im Grunde hat Lundgreen leider nur eine größere Geburtskohorte untersucht, so daß Vergleiche mit späteren Perioden und Kohorten unmöglich sind.); Pierenkemper, T., *Allokationsbedingungen im Arbeitsmarkt. Das Beispiel des Arbeitsmarktes für Angestelltenberufe im Kaiserreich, 1880-1913*, Opladen 1982 (Mit Untersuchungen über Zusammenhänge von innerbetrieblicher Positionsmobilität und dem Dienstalter bei Krupp.); Torstendahl, R., *Dispersion of Engineers. Swedish Technicians 1860-1940*, Uppsala 1975 (Eine kollektiv-biographische Untersuchung über vertikale und horizontale Mobilität von schwedischen Technikern aufgrund von systematischen biographischen Analysen.). Weniger ergiebig in dieser Beziehung, da auf beschreibende Kurzporträts von Werkstattleitern beschränkt, ist Rupieper, H.-J., *Arbeiter und Angestellte im*

Um eine Konzeption, die im Grunde — ohne dies systematisch so zu thematisieren — die Berufs- und Lebensverlaufsperspektive ins Auge faßt, handelt es sich z. B. auch bei der historischen These von der Orientierung deutscher Angestellter am Laufbahnmuster der Beamten⁵. Eine lebensgeschichtliche Akzentuierung enthält ebenfalls jene immer wieder geäußerte eher mentalitätsgeschichtliche These, daß sich Denken und Verhalten von Angestellten an einem längeren Zeithorizont orientieren würden, während Arbeiter eher eine Alltags- oder Kurzzeitorientierung hätten: Angestellte würden eher kurzfristige Nachteile in Kauf nehmen, weil sie mit langfristigen Vorteilen rechneten (evolutionäre Perspektive). Zumindest einen Ausschnitt der Biographie von Angestellten behandeln Autoren, welche die Einkommensentwicklung im Lebensverlauf untersucht haben⁶. Leider wird dabei immer noch zu selten die tatsächliche Einkommensentwicklung einer größeren Anzahl von Individuen verfolgt; es handelt sich vielmehr häufig um diachrone Interpretationen von Statistiken, die Lebensalter und Einkommenshöhe zu einem bestimmten historischen Zeitpunkt erfassen, was bei dem engen Zusammenhang dieser beiden Merkmale für manche Angestelltengruppen zu beschränkt gültigen Aussagen führt. Manche Arbeiten beziehen sich in bildungsgeschichtlicher Perspektive auf die berufliche Sozialisation von Angestelltengruppen, also auf die Jugendphase des Lebens. Zumindest am Rande an lebensphasenspezifischen Phänomenen interessiert sind ferner neuere Arbeiten, die den Lebensstil von Angestellten (etwa in bezug auf Konsumstil, Heiratsalter oder Kinderzahl/Familienplanung) thematisieren und dabei bisweilen auf lebensaltersspezifische Phänomene eingehen⁷. Nicht mehr in den engeren Rahmen von Lebensverlaufsuntersuchungen für Angestellte gehören schließlich einige interessante soziologische Arbeiten über die unterschiedlichen Chancen der Angehörigen verschiedener Geburtskohorten, überhaupt Angestellter zu werden und damit einen bestimmten Lebensverlauf (der nicht untersucht wird) einzuschlagen⁸.

Insgesamt läßt sich festhalten, daß Ansätze zur Erforschung von Berufs- und Lebensverlauf durchaus vorhanden sind, daß diese Ansätze aber zu wenig systematisch herausgearbeitet sind, weil im Grunde andere Fragen (Mobilität, Bildung, betriebliche Entwicklung, Arbeitsmarkt, Lage, Verbände) im Zentrum des Interesses stehen. Entsprechende Aussagen stützen sich zudem vielfach nicht auf tatsächliche Untersuchungen von Berufs- und Lebensverläufen, sondern vielmehr auf diachrone Interpretationen von Momentaufnahmen, auf zeitgenössische Äußerungen oder auf davon abgezogene Verallgemeinerungen. Es wird nur selten tatsächlich analysiert (vielmehr öfter suggeriert), wann welche Vorstellungen von Berufs- und Lebensverlauf vorherrschten, wie häufig welcher Lebensverlauf von Angehörigen verschiedener Geburts-

Zeitalter der Industrialisierung. Eine sozialgeschichtliche Studie am Beispiel der Maschinenfabriken Augsburg und Nürnberg (MAN), 1837–1914, Frankfurt a. Main/New York 1982; nur einige Hinweise auf Karrieren u. ä. von Schweizer Technikern gibt: Siegrist, H., Vom Familienbetrieb zum Managerunternehmen. Angestellte und industrielle Organisation am Beispiel der Georg Fischer AG in Schaffhausen, 1797–1930, Göttingen 1981.

5. Kocka, Die Angestellten.

6. Vgl. z. B. die in Anm. 4 genannte Arbeit von Schulz.

7. Vgl. mit weiteren Literaturhinweisen Spree, R., Angestellte als Modernisierungsagenten, in: Kocka (Hg.), Angestellte im europäischen Vergleich, S. 279–308.

8. Vgl. dazu etwa: Müller, W., Der Lebenslauf von Geburtskohorten, in: Kohli, M. (Hg.), Soziologie des Lebenslaufs, Darmstadt 1978, S. 54–77.

kohorten⁹ zu realisieren war und welche Folgen betrieblicher, wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und kultureller Wandel für den Lebensverlauf verschiedener Generationen hatte.

Die vorliegende Untersuchung behandelt den Berufs- und Lebensverlauf von Technikern vorwiegend in soziologischer Perspektive. Berufs- und Lebensverlauf werden als „Bewegung von Individuen durch das Leben“ begriffen, wobei diese Individuen in zeitlicher Abfolge mehr oder weniger altersgebundene Positionen und Rollen in der Sozialstruktur oder Teilbereichen davon einnehmen¹⁰. Untersucht werden typische Verlaufsmuster, Institutionalisierungsformen und soziale Bestimmungsgründe. Große Bedeutung wird der Frage zugemessen, wie der Lebensverlauf um das Erwerbssystem, das System der gesellschaftlichen Organisation von Arbeit, herum organisiert und gestaltet wird¹¹. In erster Linie werden dabei Positionssequenzen und ihre Periodisierung im Lebensverlauf thematisiert. In beschränktem Maße soll indessen der Lebenslauf auch als Abfolge von Status-Rollen-Konfiguration betrachtet werden: Denn Bewegungen erfolgen ja nicht nur, indem Positionen auf einer vertikalen Statuslinie gewechselt werden (z. B. Auf- und Abstieg auf der Einkommensskala oder einer beruflichen Positionsleiter), sondern auch, indem ein Status in bestimmten Institutionen und Sektoren einer horizontal differenzierten Gesellschaft übernommen oder abgegeben wird. Eine Heirat z. B. läßt sich kaum einfach als Mobilität auf einer Statuslinie begreifen, vielmehr handelt es sich um eine Veränderung der Status-Rollen-Konfiguration des betreffenden Individuums. Derartige „Konfigurationsveränderungen bedeuten ... auch Veränderungen der Bezugsgruppenorientierung und der entsprechenden normativen Felder, der sozialen Beziehungen und der durch sie validierten Identitätsaspekte“¹². Ein weiterer Hauptpunkt wird die Frage sein, wie der Berufs- und Lebensverlauf von Technikern sozial geregelt wurde, wie weit sich institutionelle Regelungen herausbildeten, die zu einer homogenisierenden Verzeitlichung des Techniker- oder Angestelltenlebens durch altersgeschichtete Systeme von Rechten, Pflichten und Chancen¹³ führten. Schließlich wird zu beachten sein, wie sich die Lebenslaufperspektive beim einzelnen entwickelte: Wenn wir von der Annahme ausgehen, daß das Individuum sein vergangenes und künftiges Leben unter der Perspektive der Gestaltung des Lebensablaufs ständig analysiert und interpre-

9. Kohorten sind Gruppen — besser „Aggregate“ — von Individuen, „die ein zentrales Ereignis im Lebenszyklus oder eine Lebensphase zum ungefähr gleichen historischen Zeitpunkt erfahren“ (Müller, Lebenslauf, S. 54). Im folgenden werden vorwiegend Geburtskohorten oder Abgängerkohorten von Schulen untersucht.

10. Levy, R., Der Lebenslauf als Statusbiographie. Die weibliche Normalbiographie in makrosoziologischer Perspektive, Stuttgart 1977, S. 27. Die theoretischen Überlegungen meines Aufsatzes stützen sich auf die genannte Arbeit von Levy sowie auf Arbeiten von M. Kohli, die wichtige Zusammenfassungen, Diskussionen und Verweise auf die neuere Literatur enthalten. Kohli, M. (Hg.), Soziologie des Lebenslaufs, Darmstadt 1978; ders. Erwartungen an eine Soziologie des Lebenslaufs, in: Kohli (Hg.), Lebenslauf, S. 9-31; ders., Thesen zur Geschichte des Lebenslaufs als sozialer Institution, in: Conrad Ch., und Kondratowitz, H.-J., von (Hg.), Gerontologie und Sozialgeschichte. Wege zu einer historischen Betrachtung des Alters, Berlin 1983, S. 133-150.

11. Kohli, Thesen, S. 135.

12. Levy, Lebenslauf, S. 35.

13. Kohli, Thesen, S. 138.

tiert, so gerät damit die wichtige Problematik der Selbst- und Fremdsozialisation ins Blickfeld. Ich werde in beschränktem Maße auf Prägungen, wie sie in Elternhaus und Ausbildung sowie ständig in Beruf und Milieu vermittelt werden (Fremdsozialisation), eingehen und zumindest kurz auf die Selbstsozialisation des Individuums, das vergangene, aktuelle und antizipierte Erfahrungen aufgrund allgemeiner und persönlichkeitspezifischer Einstellungen reflektiert, hinweisen¹⁴.

Im folgenden sollen zuerst einige Strukturen, in denen sich die Berufs- und Lebensverläufe von Technikern abspielten, umrissen werden, nämlich 1. das Ausbildungssystem, mit dem sich Aspekte der Institutionalisierung des Lebensverlaufs verbinden und in dem sich beim Individuum wichtige, auch lebensverlaufsbezogene Vorstellungen ausprägen, und 2. das Erwerbs- und Arbeitssystem, wobei ich mich auf die Aspekte betriebliche Arbeitsorganisation und Arbeitsmarkt beschränke. Im zweiten Teil werden Berufs- und Lebensverläufe von Schweizer Technikern seit dem späten 19. Jahrhundert im Hinblick auf Herkunft, Ausbildung, Position, Status, Einkommensentwicklung und Familie quantitativ analysiert. Zumindest ein Teil dieser Aspekte kann aufgrund von Individualdaten behandelt werden. Abschließend fasse ich die wichtigsten Ergebnisse zusammen und diskutiere die Bedeutung des kollektivbiographischen Ansatzes für die Angestelltengeschichte.

Der Beruf des Technikers entwickelte sich in der Schweiz während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts im Zusammenhang mit der Verbreitung neuer Technologien, Fertigungs- und Arbeitsmethoden sowie in Verbindung mit der Vergrößerung der Betriebe und der Differenzierung von Leitungs- und Planungsfunktionen¹⁵. Zwischen 1874 und der Jahrhundertwende entstand unter der Bezeichnung „Technikum“ eine Reihe von spezifischen Bildungsinstitutionen, die Wissen, Fähigkeiten und Einstellungen systematisch vermittelten und einen quasi-institutionalisierten Zugang zum Beruf bildeten. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgte die Umbenennung in Ingenieurschule oder Höhere Technische Lehranstalt, was den heutigen deutschen Fachhochschulen entspricht. Die Lehrgänge orientierten sich an einem Berufsbild das durch leitende, vorbereitende, planende und kontrollierende Funktionen gekennzeichnet war. Ursprünglich dachte man dabei an eine Ausbildung für spätere Gewerbe- und Industrieunternehmer oder für spätere Angestellte oder Beamte, die in der Betriebshierarchie über Werkmeistern oder Zeichnern standen (denen sie eine stärker theoretische Ausbildung voraus hatten). Im Verlaufe des 20. Jahrhunderts betonten die Technika dann deutlicher, daß sie auf eine Funktion als Arbeitnehmer vorbereiteten. Die Ausbildungsprogramme, die mit gewissen Verzögerungen immer wieder an die Erfordernisse der Praxis angepaßt wurden, waren theoretisch-praktisch ausge-

14. Levy, Lebenslauf, S. 37 f.; Kohli, Thesen.

15. Zum folgenden, wenn nicht anders angemerkt, König, Siegrist, Vetterli, Warten und Aufrücken. Erste Ergebnisse wurden bereits veröffentlicht in König, M., Siegrist, H., und Vetterli, R., Zur Sozialgeschichte der Angestellten in der Schweiz. Arbeitssituation, soziale Lage, Verbände und gesellschaftliches Verhalten, 1880–1940, in: Kocka (Hg.), Angestellte im europäischen Vergleich, Göttingen 1981, S. 169–195; König, M. und Siegrist, H., Kaufleute und Techniker. Qualifikation, Arbeitserfahrung, Bewußtsein und Organisation 1870–1920, in: Arbeitsalltag und Betriebsleben. Zur Geschichte industrieller Arbeits- und Lebensverhältnisse in der Schweiz, hg. vom Schweizerischen Sozialarchiv zum Jubiläum seines 75jährigen Bestehens, Diessenhofen 1981, S. 211–266. Als weitere neuere Arbeit mit Kapiteln über Techniker ist zu nennen Siegrist, Familienbetrieb.

richtet, während die Allgemeinbildung (Sprachen u. ä.) drittrangig blieb. Von der Hochschulingenieursausbildung unterschied sich die Technikerqualifikation durch die geringere Allgemeinbildung sowie durch die schwächere wissenschaftlich-theoretische, aber stärkere fabrikationstechnische Ausrichtung. In dem im Studium vermittelten Technikerbewußtsein zeigten sich gleichwohl deutliche Ansätze zu einem professionalistischen Denken, das aufbaut auf einem systematischeren, komplexeren, nur über eine besondere Ausbildung zugänglichen Wissen, mit dem ein Anspruch auf gewisse Funktionen, Positionen, Einkommen und Karrieren verknüpft wird.

Die Zahl der Schweizer Techniker stieg von ca. 300 im Jahre 1880 auf 2 000 1900, 7 200 1920 und 14 000 1950. Noch um die Jahrhundertwende arbeiteten vier von fünf Technikern als Angestellte, danach waren neun von zehn in unselbständiger Stellung. Das heißt, daß es sich beim Techniker auch in der Schweiz schon früh um einen eigentlichen modernen Angestelltenberuf handelt, wobei der Anteil der Selbständigen bei den älteren Technikern stets deutlich größer war als bei den jüngeren. Der Anteil der Techniker an der gesamten technischen Angestelltenschaft stieg von knapp 10% im Jahre 1900 auf 20% um 1920. Er blieb in der Folge auf diesem Niveau, wobei diese relative Bedeutungszunahme nach der Jahrhundertwende vor allem auf die Verdrängung von Werkmeistern aus mittleren Funktionen sowie auf die Herausbildung neuer Funktionsfelder zurückzuführen ist.

Innerhalb der Technikerschaft stellten die Maschinen- und Elektrotechniker, die vorwiegend in expandierenden Branchen arbeiteten, stets und zunehmend die Mehrheit. Der Anteil der Bautechniker sank dagegen von einem Drittel (1900) auf ein Viertel 1940. Angestellte Techniker arbeiteten stets eher in mittleren oder größeren Betrieben als Betriebs- oder Bürotechniker, wobei der Anteil der in den Planungs-, Konstruktions- und Berechnungsbüros arbeitenden Bürotechniker im historischen Verlauf zunahm.

Mit dem Wandel des betrieblichen und gesellschaftlichen Arbeitssystems änderten sich im Verlauf der historischen Entwicklung auch die die Arbeit und Lage des Technikers prägenden Funktions-, Anforderungs- und Autoritätsstrukturen. In den weniger arbeitsteiligen frühen Betrieben (sowie auch noch später in Kleinbetrieben) hatte der Techniker in der Regel ein umfassendes Funktionsspektrum, größere Dispositions- und Autoritätsbefugnisse. Seit etwa der Jahrhundertwende wurden derartige Universaltechnikerfunktionen durch eine stärkere Differenzierung von Leitungs-, Planungs- und Dispositionsfunktionen stärker aufgespalten. Gleichzeitig nahm die Formalisierung von Arbeit und Arbeitsabläufen zu. Aus dem Universaltechniker bildeten sich, vergrößert gesagt, zwei neue Typen: der Betriebstechniker und der Bürotechniker, die in verschiedenen, sich ständig weiter ausdifferenzierenden und wachsenden Funktions- und Autoritätsbereichen arbeiten.

Der Ausbau des Ingenieurschulwesens bis zur Jahrhundertwende führte zu einer vergleichsweise gewaltigen Zunahme des Angebots an Technikern, das von der vor allem seit den 1890er Jahren schnell wachsenden Industrie jedoch rasch und unproblematisch absorbiert wurde. In der Folge stieg die Zahl der Technikumsabsolventen bis Anfang der zwanziger Jahre weiter an, sie ging dann in der Zwischenkriegszeit etwas zurück und steigerte sich im lang anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwung nach dem Zweiten Weltkrieg auf noch nie dagewesene Höhen. Lang- oder kurzfristige Schwankungen der Absolventenzahlen waren in komplizierter Weise von Hoffnungen und Ängsten abhängig, wobei sich Krisen und Konjunkturen jeweils erst mit

einer gewissen Verzögerung auf Veränderungen im Technikerangebot auswirkten. Allgemein läßt sich zum Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem Techniker-Arbeitsmarkt folgendes festhalten: Bis über die Jahrhundertwende hinaus scheint die Nachfrage nach Technikern eher größer gewesen zu sein als das Angebot. Dann wurde die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt etwas schärfer. Das vermehrte Angebot an ausgebildeten Stellenbewerbern führte im Zusammenhang mit dem Wandel des Arbeitssystems dazu, daß jüngere Techniker anfänglich öfter untergeordnete, spezialisierte Stellen einnehmen mußten, was zu ersten Klagen über den Zustand des Arbeitsmarktes veranlaßte, die den Eindruck erwecken konnten, daß der Markt schon voll sei. Dem war aber kaum so: Wenn Techniker vereinzelt stellenlos waren, so handelte es sich um kürzere Arbeitslosigkeit bei Stellenwechsel u. ä.. Eine gewisse Entlastung des Arbeitsmarktes dürfte zudem die Möglichkeit der Emigration ins Ausland gebracht haben. Zu größeren Störungen auf dem Arbeitsmarkt kam es aber, zuerst nur vorübergehend, dann anhaltender, seit dem Ersten Weltkrieg. Diese waren bedingt durch allgemeine Geschäftsstockungen bei Kriegsausbruch, Einbrüche in der Bauwirtschaft und — seit Anfang der zwanziger Jahre — durch die Krise sowie durch die Abschließung vieler ausländischer Arbeitsmärkte. Nachdem sich die Verhältnisse bis gegen Ende der zwanziger Jahre/Anfang der dreißiger Jahre wieder erheblich gebessert hatten, verwandelte sich das schon länger prekäre Gleichgewicht des Arbeitsmarktes in der Krise der dreißiger Jahre zu einem für Technikerbegriffe geradezu katastrophalen Ungleichgewicht, indem zeitweise bis zu maximal 10% der Techniker — dabei vor allem jüngere — arbeitslos waren. Danach pendelte sich ein neues Gleichgewicht auf höherem Niveau ein, das bis in die jüngste Zeit fort dauert.

2. Berufs- und Lebensverläufe

Die folgenden Ausführungen behandeln in biographischer Perspektive Beruf und Leben von Schweizer Technikern, wobei Methode und Informationsgrundlage je nach Aspekt variieren. Leider kann in Ermangelung genügend guter Daten die Frage nach dem Herkunftsmilieu weder exakt noch kohortenspezifisch beantwortet werden. Der Zusammenhang von Ausbildung und Lebensalter — ein stärker institutionalisierter Aspekt — läßt sich anhand von Schul- und Bildungsstatistiken perioden- und kohortenspezifisch behandeln. Die Angaben über die Einkommensentwicklung im Lebensverlauf wiederum basieren gezwungenermaßen stärker auf der diachronen Interpretation von Momentaufnahmen, ebenso die knappen Hinweise auf die für die Lebensverlaufsperspektive wichtige Frage der Planung der Altersphase. Das Kernstück aber bildet eine kollektivbiographische, vielfach kohortenspezifisch ausgewertete Studie über Berufsverläufe.

2.1 Das Herkunftsmilieu

Obwohl beide in Tabelle 1 vorgestellten Herkunftsuntersuchungen über Techniker manche Mängel aufweisen, lassen sich daraus doch vorsichtige Schlüsse auf das soziale Herkunftsmilieu sowie auf den Zusammenhang von Herkunftsmilieu und Berufswahl ziehen. Techniker stammten überwiegend aus dem alten und neuen „Mittelstand“, seltener aus Unternehmerfamilien, minderheitlich aus Arbeiterverhältnissen,

Bauernfamilien und Akademikerhaushalten, kaum aus großbürgerlichen Verhältnissen. Im Vergleich zur schweizerischen Sozialstruktur waren sicher zu jeder Zeit vor allem die Arbeiter- und Bauernsöhne deutlich unterrepräsentiert. Insgesamt gesehen

Tabelle 1: Soziale Herkunft von Technikern in der Schweiz (%)¹⁶

Techniker-Enquête 1908		Nachruf-Untersuchung (1850-1912 Geborene)	
Fabrikanten, Unternehmer	4	Unternehmer, Kaufleute (selbständig)	13
Architekten, Baumeister	5	Handwerker, Gewerbetreibende (selbständig)	29
Arzt, Notar, Advokat	3	Freie Berufe	1
Ingenieur, Techniker	5*		
Kaufleute*, Bankbeamte	14*	Privatangestellte	5
Beamte, Lehrer, Pfarrer	17	Beamte, Lehrer	21
Werkmeister, Lokomotivführer	6	Werkmeister, Lokomotivführer	5
Handwerker*	19*	Arbeiter, einfache Verhältnisse	10
Landwirte, Gärtner	14	Landwirte	10
Sonstige	13	Sonstige	—
Insgesamt %	100		99
N=	692		143

* Eine Unterscheidung nach Selbständigkeit/Unselbständigkeit ist nicht möglich. Ein guter Teil der Kaufleute resp. Handwerker müßte vermutlich als selbständige Gewerbetreibende gerechnet werden. Damit würden sich die Enquête-Resultate denjenigen der Nachruf-Untersuchung einigermaßen angleichen.

16. Quellen: Statistische Erhebungen über die materielle und soziale Stellung der Mitglieder des Schweizerischen Techniker-Verbandes (Frühjahr 1908), o. O., O. J. (im folgenden zit. als Statistische Erhebungen 1908); Auswertung der Nachrufe in der Techniker-Zeitung (s. S. 252 und Anm. 40f.). Die Herkunftsangaben sind wegen der verwendeten Kategorien oder Quellen mit einigen Vorbehalten aufzunehmen. Die Kategorien der Techniker-Enquête (Statistische Erhebungen 1908, S. 5) erlauben nicht einmal immer die Unterscheidung in Selbständige und Unselbständige. Nur knapp die Hälfte der Nachrufe enthält einigermaßen brauchbare Aussagen über die soziale Herkunft, und es ist zu vermuten, daß eine prestigereichere Herkunft eher erwähnt wurde als eine „bescheidene“. Immerhin dürften die Resultate nicht völlig verzerrt sein, da eine einfache Herkunft entsprechend dem Aufstiegs- und Leistungsdenken der Techniker durchaus auch als erwähnenswert galt. Auf weitergehende Analysen, etwa aufgrund der Schulakten, wird verzichtet, da die Art der dort vorhandenen Herkunftsangaben keine genaueren Ergebnisse erwarten läßt. — Die Ergebnisse der Untersuchung über die nicht-akademischen technischen Privatbeamten in Berlin 1907 und über die deutschen Techniker 1910 weisen in dieselbe Richtung: Jäckel, R., Statistik über die Lage der technischen Privatbeamten in Groß-Berlin, Jena 1908, S. 25–29; Günther, A., Die deutschen Techniker. Ihre Lebens-, Ausbildungs- und Arbeitsverhältnisse, Leipzig 1912, S. 50–57, bes. S. 55.

rekrutierten sich die Techniker vornehmlich aus jenen Sozialgruppen, in denen ein gewisses Maß an Bildungs- und Aufstiegsmotivationen (und -chancen) vorhanden war, denen aber die Mittel für den Hochschulbesuch oder die Vertrautheit mit der Hochschulbildung fehlten. Den Söhnen von Gewerbetreibenden mußte dieser — wegen seiner auch praktischen Ausrichtung nicht abstoßende — Typ von höherer Qualifikation als attraktive Strategie zur Erhaltung der Selbständigkeit oder zum Umsteigen auf einen Arbeitnehmerstatus erscheinen. Den Söhnen aus dem Beamten-, Lehrer- oder Angestellten-Milieu schien der Technikerberuf in einer vom Glauben an Technik und Fortschritt geprägten Zeit eine gesicherte Zukunft zu versprechen. Bei den Bauersöhnen handelte es sich teilweise um Nachkommen, die infolge der Erbregelung aus der Landwirtschaft ausschieden. Für Arbeiter- und Werkmeistersöhne war „Techniker“ ein erreichbarer Aufstiegsberuf. Techniker stammen indessen seltener aus Arbeiterfamilien als etwa die Werkmeister¹⁷. Dagegen kamen Hochschulingenieure etwas häufiger aus bessergestellten Selbständigenfamilien sowie aus städtischen Verhältnissen als Mittelschultechniker. Lehrer- und Beamtensohne waren sowohl unter Hochschul- wie Mittelschulingenieuren relativ stark vertreten, wobei es sich bei den Vätern von Hochschülern anscheinend eher um Beamte und Lehrer der mittleren und oberen Stufen handelte¹⁸.

Es läßt sich aufgrund verschiedener Quellen nur vermuten, welche Rolle das Herkunftsmilieu für das Denken und Verhalten der Techniker spielte. Jedenfalls dürfte das bei Technikern häufige Aufwachsen in „mittelständischen“ Familien (klein-)bürgerliche soziale Wertvorstellungen gefördert haben. Gleichzeitig traten bei dieser Gruppe natürlich auch Verunsicherungen auf: z. B. durch den Übertritt aus einer Selbständigenfamilie in die Angestelltenschaft. Auf derartige Verunsicherungen konnte man entweder durch Verdrängung, Anpassung oder Leistung reagieren — was wohl mehrheitlich der Fall war — oder durch verschiedenartigste Formen individuellen oder kollektiven Protests. Die Tatsache, daß der größte Teil der Techniker intergenerationell einen Aufstieg oder mindestens einen Statuserhalt schaffte, dürfte das Vertrauen in die bestehenden Verhältnisse gestärkt haben.

2.2 Ausbildung

Die je nach Technikum mehr oder weniger formalisierten Eintrittsvoraussetzungen führten dazu, daß es sich bei den Technikerstudenten größtenteils um Sekundarschulabsolventen handelte; wobei sich diesbezüglich leichte Unterschiede zwischen sehr weit gefaßten Abgänger-Kohorten zeigen. Die Technikerenquête von 1908 registrierte bei 73% der Beteiligten einen an die Primarschule anschließenden „höheren Schulbesuch“, womit in etwa die letzte Sekundarklasse gemeint war¹⁹. Die selektive

17. König, Siegrist, Vetterli, Warten und Aufrücken.

18. Darauf verweist zumindest für einen späteren Zeitraum: Die Studierenden an schweizerischen Hochschulen, Sondererhebung 1936, hg. vom Eidgenössischen Statistischen Amt (Beiträge zur Schweizerischen Statistik, 7), Bern 1938. Es ist nicht anzunehmen, daß früher der Zugang zur Hochschulbildung „demokratischer“ gewesen wäre.

19. Statistische Erhebungen 1908. Der Ausdruck „Kohorte“ für die bis dahin vom Technikum Abgegangenen, in der Enquête Erfassten, ist wohl etwas überspannt.

Wirkung des Bildungssystems läßt sich auch mit den Angaben über die Schüler des Technikums Burgdorf bestätigen, von denen im Zeitraum 1894-1920 86% eine Sekundarschul- oder vergleichbare Bildung aufwiesen. Für den Zeitraum 1920-1930 betrug dieser Anteil 91%, für 1930-1940 und 1940-1950 95% respektive 96%²⁰. Die Selektionsfunktion des unteren Bildungssystems verstärkte sich sowohl langfristig als auch in wirtschaftlich ungünstigeren Jahren.

Obwohl die Technika das Erfordernis einer dem Technikumsbesuch vorangehenden praktischen Qualifikation (Berufslehre) immer wieder hervorhoben, hatte doch bis nach der Jahrhundertwende eine bemerkenswerte Minderheit der Technikumsstudenten wenig gründliche oder gar keine praktischen Kenntnisse (Tabelle 2).

Tabelle 2: Anteil der Technikumsstudenten ohne praktische Lehre und Anteil der jüngsten Altersklasse der Schülerschaft mit vermutlich geringen oder keinen praktischen Kenntnissen, 1888-1948 (%)²¹

	Burgdorf (alle Abteilungen) ohne Lehre	Burgdorf (alle Abteilungen) 15- bis 16jährige	Winterthur (Maschinentechniker) 15- bis 16jährige
1894-1900	19	28 (1895/96)	40 (1888)
1901-1910	14	20 (1907/08)	26 (1908)
1911-1920	13		
1921-1930	6	11 (1927/28)	13 (1928)
1931-1940	5	0 (1947/48)	0 (1948)

Technikumslehrer wie Industrielle betonten deshalb immer wieder die Unerläßlichkeit einer praktischen Lehrzeit für den Techniker. Dessen Mittelstellung zwischen Ingenieur und Arbeiter erfordere, „daß er nach beiden Seiten hin das nötige Verständnis besitze, nach unten, um die Tätigkeit des Arbeiters zu leiten und zu beaufsichtigen, nach oben, um die Weisungen und Ideen seines Chefs zu erfassen und die notwendige Detailarbeit ausführen zu können“. Ein Techniker ohne praktische Kenntnisse nehme eine „klägliche Stellung“ ein, weil er als „selbständiger Mann“ nicht zu gebrauchen, für untergeordnete Dienste aber überqualifiziert sei²². Die Mehrheit der Techniker verfügte tatsächlich stets über praktische Kenntnisse; der

20. Quelle: Jahresberichte (Jb.) Technikum Burgdorf 1894/95 ff., „Vergleichbare Bildung“ heißt Progymnasium oder Gymnasium. Die meisten Technikumsstudenten waren ehemalige Sekundarschüler.

21. Quellen: Jb. Technikum Burgdorf 1894/95 ff.; Festschrift 75 Jahre Technikum Winterthur, 1874-1949, Winterthur 1959, S. 12. — Die Angaben über den Anteil der 15-16jährigen an der Schülerschaft wurden aufgenommen, da die Angaben für die Vorbildung der Winterthurer Absolventen fehlen. Die Anteile nach Altersgruppen liegen sowohl in Burgdorf als auch in Winterthur höher als der Prozentsatz derjenigen ohne Lehre, doch die Tendenz verläuft in dieselbe Richtung.

22. So zum Beispiel Weber, A., Reorganisationsvorschläge für die Ausbildung des Elektrotechnikers an den Schweizer technischen Fachschulen, Schweizerische Techniker-Zeitung (STZ), 1907, S. 266-270.

Anteil derjenigen ohne Lehre oder längere Praxis war schon nach der Jahrhundertwende gering und nahm langfristig deutlich ab. Erst in den 1930er und 1940er Jahren allerdings wurde die Lehre von einigen Technika obligatorisch erklärt.

Die Dauer der dem Technikumsbesuch vorangehenden beruflichen Praxis (betriebliche Lehre oder ähnliches) betrug laut Technikerenquête von 1908 durchschnittlich noch knapp unter drei Jahren, später zwischen drei und vier Jahren²³. Die Dauer der Praxis verweist also darauf, daß die meisten Techniker in ihrem Lebensverlauf zwar eigene Erfahrungen mit dem Lehrlingsleben, nicht aber mit einem darauf folgenden Arbeiterleben aufwiesen.

Das Studium am Technikum dauerte im Untersuchungszeitraum in der Regel um drei Jahre (sechs Semester). Die meisten Technika hatten ursprünglich ein kürzeres Programm, das sie aber schon bald um ein bis zwei Semester ausdehnten. Alle Technika außer Winterthur schlossen seit ihrer Etablierung die Ausbildungsgänge mit einer Diplomprüfung ab. Das größte Technikum, Winterthur, stellte dagegen bis 1884 nur Abgangszeugnisse aus, führte dann eine Fähigkeitsprüfung mit Fähigkeitszeugnis ein und bezeichnete diese ab 1921 als Diplomprüfung bzw. Diplom. „Techniker“ war allerdings in der Schweiz zu keiner Zeit ein geschützter Titel, sondern galt als Berufsbezeichnung, die man sich in der Regel durch den Besuch eines Technikums erwarb, die aber — seltener — auch Autodidakten mit entsprechenden Kenntnissen oder Funktionen führen konnten. Bis zum Ersten Weltkrieg wurde in der Schweiz dem Technikerdiplom keine größere Bedeutung zugemessen. In Winterthur zum Beispiel absolvierte noch in den 1890er Jahren nur etwa die Hälfte der Technikerstudenten die abschließende Fähigkeitsprüfung. Erst danach wurde der Erwerb eines Abschluß-Ausweises zur Regel. Die lange Zeit beschränkte Bedeutung des Diploms dürfte damit zu erklären sein, daß in der Arbeitgeber- und Einsteller-Position noch eine Chefgeneration wirkte, die selbst nicht diplomiert oder eine geringere formale Ausbildung hatte. Die Wirkung dieses Faktors dürfte dann aber auch durch die politische Kultur der Schweiz verstärkt worden sein: Demokratische Gleichheitsideologie und industrielles Leistungsdenken behinderten das Aufkommen des formalen Berechtigungswesens mit Titeln und Diplomen. Die Wirkung von Leitbildern aus der benachbarten deutschen, bürokratisch-ständisch geprägten Gesellschaft (die Titel und Stand betonte) wurde so abgeschwächt. Die ungünstigeren Arbeitsmarktverhältnisse in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts und die Bürokratisierungstendenzen in Verwaltung und Industrie führten dann aber auch in der Schweiz zu einer Aufwertung des Diploms.

Ein Diplom zu haben oder nicht, ist für den beruflichen Lebensverlauf insofern von Bedeutung, als eine schwächere Ausbildung des Berechtigungswesens auch eine geringere Zugeschriebenheit von Leistungsfähigkeit und Status signalisiert. Techniker konnten sich nicht allzu sehr auf ein Diplom als lebenslang gültige Legitimation berufen, sondern mußten sich durch ständige Leistung, die erfahrungs- und damit in einem gewissen Maße alterszugeschrieben ist, rechtfertigen. Weniger das Diplom als die berufliche Erfahrung strukturierte den beruflichen Lebensverlauf. Für spätere Alterskohorten wurde allerdings die Diplom-Etikette unerlässlich, ohne daß deswegen die ständige Legitimierung durch Leistung abgenommen hätte.

23. Zum folgenden König, Siegrist, Vetterli, Warten und Aufrücken; König und Siegrist, Kaufleute und Techniker.

Der Abschluß der Ausbildung zum Techniker erfolgte meist spätestens bis zum 23./24. Altersjahr. Die Angehörigen älterer Abgängerkohorten (etwa bis zum Ersten Weltkrieg) beendeten die Ausbildung deutlich früher als spätere Schülergenerationen: Während z. B. über die Hälfte derjenigen, die 1888 oder 1908 das Technikum verließen, nur bis 21 Jahre alt waren, betrug dieser Anteil 1928 nur noch ein Viertel, und 1948 war er gleich Null²⁴. Das Alter der Technikumsabsolventen/Berufsanfänger war im wesentlichen eine Folge der stärkeren formellen und informellen Steuerung des Ausbildungsprozesses. Die stärkere Institutionalisierung der Ausbildung wirkte sich strukturierend und homogenisierend auf den Lebensverlauf aus; wobei den früheren Alterskohorten wegen der vergleichsweise geringen Formalisierung der Vorbildungsanforderungen und eines vermutlich geringeren Konsens' über Altersangemessenheit von Bildungsstufen ein größerer Spielraum blieb als späteren. Dies wirkte sich vor allem in dem Sinne aus, daß früher der einzelne das Eintrittsalter ins Technikum noch eher selbst steuern konnte, indem z. B. auf die Absolvierung einer längeren Lehrzeit verzichtet wurde.

2.3 Berufliche Lebensverläufe

Wie offen war nach der Ausbildungsphase die (Berufs-) Welt? Unter Technikern herrschte, auch wenn einzelne oder Teile der Berufsgruppe bisweilen daran zweifelten, die Meinung, daß subjektive Faktoren wie Wissen, Fertigkeiten, soziale Fähigkeiten und Wille für das berufliche Fortkommen entscheidend seien. Wie sich die Laufbahn gestalten läßt und welche Position der einzelne schließlich einnimmt, ist indessen wesentlich von äußeren Gegebenheiten abhängig, mit denen sich der Einzelne bloß mehr oder weniger geschickt arrangieren kann. Laufbahnentwicklung und Karrierechancen sind bedingt durch den Wandel des Arbeitssystems, des Arbeitsmarktes, der Technik sowie durch die wirtschaftliche Entwicklung im allgemeinen oder der besonderen Arbeitgeberfirma. Konfigurationen in der Existenz des einzelnen (Familie, soziale Beziehung, Ortsbindung) können sich fördernd oder behindernd auswirken. Im folgenden fragen wir nach dem Ergebnis dieses komplexen Zusammenwirkens von subjektiven und objektiven Faktoren, indem wir die Berufsbiographien von über 300 Technikern analysieren, die zwischen der Mitte des 19. Jahrhunderts und dem Jahre 1912 geboren wurden. Wir stützen uns dabei auf Nachrufe (Nekrologe) aus der Schweizerischen Technikerzeitung (STZ), d. h. auf eine Quelle, deren Inhalt relativ standardisiert und homogen ist. Es wurden 317 Nachrufe erfaßt, die zwischen 1904 und 1973 in der Schweizer Techniker-Zeitung bzw. den ähnlich genannten Nachfolgeorganen erschienen und ein Minimum an Angaben zu den hier interessierenden Aspekten enthalten (jung Verstorbene wurden ausgeschieden). Es handelt sich mithin um eine Quasi-Totalerhebung der Nachrufe, nicht aber der Techniker überhaupt! Die Repräsentativität dieser durch die Frage „Wer bekam einen Nachruf?“ gesteuerten Auswahl ist wohl nicht schlecht, da auch beruflich weniger Erfolgreiche, die in einer Ortssektion des Schweizer Techniker-Verbandes integriert

24. Dies aufgrund der Berechnung von Zahlen in: Festschrift Technikum Winterthur, S. 12 und S. 143. Die frühen Zahlen werden weitgehend bestätigt durch: Statistische Erhebungen 1908.

waren, einen Nachruf bekommen konnten. Tabelle 3 zeigt, daß mit diesem nicht ganz willkürlichen, aber auch nicht systematisch-zufälligen „Auswahlverfahren“ insgesamt etwa 3% der Technikumsabgänger erfaßt wurden, wobei der Prozentsatz je nach Geburtskohorte/Abgängerkohorte zwischen knapp 1% und 9% schwankt.

Tabelle 3: Stichprobengröße und Gesamtpopulation²⁵

Alterskohorte	Zahl der Fälle (Nachrufe)	Zahl der Technikumsabgänger pro Periode	Periode des Abgangs	Durchschnittsalter der Abgänger	Stichprobengröße %
bis 1869					
Geborene	29	646	bis 1890	21	4,5
1870-1879	103	1 151	1891-1900	21	9
1880-1889	98	2 411	1902-1911	22	4
1890-1899	53	3 128	1912-1921	22	2
1900-1912	34	4 135	1923-1935	23	1
Insgesamt	317	11 772	bis 1935		3

Auf eine Manipulation der Stichproben wurde aus praktischen und methodischen Gründen verzichtet. Es wäre z. B. selbst mit viel Aufwand kaum möglich gewesen, Lebensverläufe aus anderen Quellen zu rekonstruieren; damit wären im übrigen auch kaum zu lösende Probleme mit den Auswahlkriterien aufgetaucht. Es handelt sich hier um einen Versuch, mit einer keineswegs idealen, aber für die quantifizierende Auswertung recht geeigneten Quelle zu arbeiten. Der Fortschritt für die Angestelltenforschung liegt einerseits in der Bereitstellung von — bei aller Vorsicht doch — einigermaßen gültigen Erkenntnissen, die über jene aus Betriebsstudien gewonnenen hinausgehen. Die Methoden dieser Untersuchung sind aus vielen Gründen sicher nicht „raffinierte“, sondern eher dem Material angepaßte, einfache. Im übrigen läßt sich die Gültigkeit der Ergebnisse nicht nur statistisch, sondern auch dadurch prüfen, daß sie mit möglichst altersbezogenen Strukturdaten verglichen werden. Die Datenaufnahme erfolgte aus ökonomischen Gründen mit Randlochkarten, was bei der Zahl der Fälle durchaus sinnvoll ist. Problematisch bleibt dabei, daß wegen der beschränkten Informationskapazität dieser Randlochkarten manche Kategorien praktisch von vornherein, aufgrund von Überlegungen und Kenntnissen über Strukturen und Entwicklungen, festgelegt werden und etwas gröber ausfallen mußten. Die Untersuchung soll Auskunft geben über typische Berufsverläufe und berufliche Leitbilder von Technikern, teilweise unterschieden nach Geburtskohorten und Fachrichtung; über die Bedeutung von Firmenwechsel und Auslandsaufenthalt; sowie über Aufstiegsmöglichkeiten, Zwischen- und Endstationen im Angestelltenleben und die Chancen zur Selbständigkeit.

25. Zu den Grundlagen dieser Berechnungen vgl. König, Siegrist, Vetterli, Warten und Auf-
rücken.

Mit den Angaben über das Alter von Technikumsabgängern wurde bereits angedeutet, daß Techniker-Anfänger meist jünger waren als die Werkmeister, von denen die allermeisten erst nach dem 25. Altersjahr in die Meisterposition aufstiegen²⁶. Das vergleichsweise geringe Alter dieser Techniker gab bisweilen Anlaß zu Spannungen oder Konflikten in den Betrieben, indem Arbeiter, die an „erfahrene, ältere“ Vorgesetzte gewöhnt waren, die Autorität und „Technikerweisheit“ der jungen Vorgesetzten nur widerwillig akzeptierten. Solche „bartlosen“ Techniker hatten es nicht leicht, sich durchzusetzen²⁷.

Als Anfänger mußte der Techniker jene im Betriebsalltag unerläßlichen sozialen, psychologischen und organisatorischen Fähigkeiten lernen, die ihm das Technikum höchstens ansatzweise vermittelt hatte. Er mußte versuchen, seine fachliche Qualifikation zu verwerten und auszubauen sowie eine angemessene Stelle zu finden. Die ersten Berufsjahre galten als Phase der Weiterbildung, die meist auf eine Spezialisierung auf eine Branche, eine Technologie oder ein engeres Fachgebiet hinauslief. Zu diesem Stadium des Suchens gehörte in der Regel ein mehrmaliger Firmenwechsel (Tabelle 4), der nicht nur der Qualifizierung diente, sondern stets auch durch den Anspruch auf eine höhere Position, auf bessere berufliche Entfaltungschancen, ein günstigeres Arbeitsklima, ein höheres Einkommen und Prestige motiviert war.

Tabelle 4: Häufigkeit des Firmenwechsels von Technikern nach Jahrgangsgruppen (%) (signifikant auf dem 5%-Niveau)²⁸

Geburtskohorte	Kein Wechsel	1-3 Wechsel	4 und mehr Wechsel	Insgesamt	Anzahl Fälle n =
Bis 1869	13,8	37,9	48,3	100	29
1870-1879	8,7	64,1	27,2	100	103
1880-1889	10,9	57,6	31,5	100	92
1890-1899	12,5	70,8	16,7	100	48
1900-1912	23,5	55,9	20,6	100	34
	12,1	59,8	28,1	100	306

Die Mehrheit legte sich nach höchstens drei Firmenwechseln endgültig fest; ein häufigerer Wechsel (vier und mehr Male) wurde zunehmend unüblich. Kein Wechsel war stets die Ausnahme, doch langfristig scheint eine Zurückhaltung vor allzu häufigem Wechseln trotz der Warnung der Berufsverbände vor verfrühter Spezialisierung

26. Ebd.

27. Siegrist, Familienbetrieb, S. 93 f.

28. Nachrufuntersuchung. — Eine Statistik von 31 Tiefbautechnikern, die 1935 das Technikum Winterthur verließen, deren Berufsverlauf also durch Krise und Krieg tangiert war, zeigt, daß unter besonderen Umständen auch später häufiger — und öfter wohl nicht freiwillig — die Stelle gewechselt wurde; denn 44% dieser Techniker hatten 1946 fünf und mehr Stellenwechsel hinter sich! Und ebenso groß war der Anteil der Auslandswanderer (Tiefbautechniker nach 10 Jahren Praxis, STZ 1946, S. 653 f.).

und daraus resultierender größerer Abhängigkeit an Bedeutung gewonnen zu haben. Die Möglichkeit des Wechsels innerhalb von Großunternehmen, die Tendenz zur Spezialisierung sowie die zeitweise ungünstige Arbeitsmarktlage führten wohl dazu, daß sich ein Teil der Techniker frühzeitig an eine Firma band. Der Firmenwechsel war stets ein Element der Laufbahnplanung, zumindest bis zum Ersten Weltkrieg spielte der unfreiwillige Wechsel angesichts der Arbeitsmarktlage eine zweitrangige Rolle.

Vergleichbare Untersuchungen über das Wechselverhalten von Werkmeistern, deren Qualifikation aus einer handwerklichen Berufslehre oder Praxis bestand und keine weitere schulische Bildung einschloß, zeigen nun, daß dieses Wechselverhalten von Technikern demjenigen von aufstiegsorientierteren Arbeitergruppen durchaus nicht unähnlich war. Betrachtet man die Werkmeister im Hinblick auf die Frage, wie oft sie *vor* der Beförderung zum Meister, noch als Arbeiter, die Firma wechselten, so ergibt sich eine weitgehende Übereinstimmung mit den Technikern (Tabelle 5).

Tabelle 5: Firmenwechsel bei Technikern und Werkmeistern (%)²⁹

Gruppe	Anzahl Wechsel			
	0	1-3	4 und mehr	n
Arbeiter, die später Werkmeister wurden, nach abgeschlossener Ausbildung	17	47	36	215
Wechsel als Werkmeister	68	29	3	207
Techniker nach abgeschlossener Ausbildung	12	60	28	306

Im Vergleich zu den Meistern von denen *nach* ihrer Beförderung zum Meister nur noch ein Drittel die Firma wechselte, waren Techniker dann aber deutlich mobiler: ihre Qualifikation und ihr Status waren eben weniger an eine bestimmte Firma gebunden. Das heißt, der Berufs- und Lebensverlauf der Techniker war zumindest in dieser Beziehung weniger an das quasi-institutionalisierte Laufbahnsystem eines bestimmten Betriebs gekoppelt.

Zur Weiterbildung gehörte vielfach ein Aufenthalt im Ausland (Tabelle 6). Bei den früheren Jahrgängen wirkte sicher die Tradition der Handwerker-Wanderung noch intensiver nach. Die Nachfolgenden orientierten sich am Leitbild der Älteren, sie reagierten aber auch auf den Qualifikationsdruck, der z.B. von der exportorientierten Maschinenbauindustrie ausging, und — je nachdem — auf die Zwänge des schweizerischen Arbeitsmarktes. Insgesamt blieb die Rate der Auslandswanderer

29. Zu den Werkmeistern (auch im folgenden) vgl. König, Siegrist, Vetterli, Warten und Auf-
rücken.

Tabelle 6: Auslandserfahrung bei Technikern nach Jahrgangsgruppen (signifikant auf dem 10%-Niveau)³⁰

Geburtskohorte	Anteil der Auslandswanderer	
	%	n
Bis 1869	65	29
1870-1879	47	103
1880-1889	46	98
1890-1899	34	53
1900-1912	41	34
Insgesamt	46	317

— bei leicht fallender Tendenz — stets hoch³¹. Die Wandererquote der Geburtskohorte 1890-1899, die etwa zwischen 1911 und 1921 auf den Arbeitsmarkt gelangte, war wohl deshalb geringer, weil die Emigration im Krieg schwieriger war und in den zwanziger Jahren verschiedene ausländische Arbeitsmärkte geschlossen wurden. Diejenigen, die in den zwanziger oder dreißiger Jahren wegen des Techniker-Überflusses in der Schweiz emigrierten, riskierten nun auch, daß man sie bei ihrer Rückkehr trotz der höheren Qualifikation nicht mit offenen Armen empfing. Mancher, der nach einigen Jahren im Ausland in die Schweiz zurückkehrte, fand die ihm entsprechenden Stellen besetzt, wurde als zu alt oder zu wenig eingearbeitet beurteilt, oder gar als „Verräter“ angesehen, weil er im Ausland für ein Konkurrenzunternehmen tätig gewesen war.

Nach Fachrichtung unterschieden, zeigt es sich, daß der Anteil der Auslandswanderer bei den Maschinentechnikern mit 56% signifikant (auf dem 1%-Niveau) höher war als bei den Bautechnikern (36%) oder den Elektrotechnikern (35%)³². Ein Vergleich mit Meistern der schweizerischen Metall- und Maschinenindustrie zeigt, daß

30. Nachrufuntersuchung. Obwohl die statistische Signifikanz nicht gerade hoch ist, gebe ich die Tabelle hier wieder. Für die Richtigkeit dieser Zahlen sprechen die Resultate der Techniker-Enquête von 1908, wonach 31% der 745 Antwortenden irgendwann in ihrem Leben im Ausland gearbeitet hatten. Die Differenz zu unseren Zahlen dürfte sich damit erklären lassen, daß der Anteil der jüngsten, die möglicherweise noch einen Auslandsaufenthalt vor sich hatten, in der Techniker-Enquête ins Gewicht fällt (Statistische Erhebungen 1908).
31. Eine Untersuchung von 2498 Absolventen des Technikums Winterthur im Jahr 1951 konstatierte, daß sich damals nur 8% im Ausland aufhielten, und sie kommentierte diesen Sachverhalt folgendermaßen: „Früher war es doch so, daß ein großer Teil der jüngeren Semester sich die Sporen im Auslande abverdiente. Man betrachtete den Auslandsaufenthalt direkt als einen Teil der Ausbildung. Heute hat sich das radikal geändert.“ (Grütter, M., Was wird aus den Absolventen des Technikums Winterthur? Wo wirken sie?, STZ 1951, S. 843 f.). In der Tendenz ist diese Aussage zwar richtig, sie berücksichtigt allerdings nicht, wie sich die Stichprobe altersmäßig zusammensetzt und überspitzt damit den Gegensatz zu früher.
32. Die Ergebnisse der Techniker-Enquête von 1908 bestätigen diese Tendenz einigermaßen (Statistische Erhebungen 1908).

in jener Gruppe bei den bis 1900 Geborenen der Anteil der Auslandswanderer etwa auf demselben Niveau lag wie bei den Technikern³³.

Es läßt sich somit festhalten, daß das quasi-institutionalisierte Wandermuster der Techniker sich bis ins 20. Jahrhundert hinein kaum von dem aufstiegsorientierter Arbeiter (späteren Meistern) unterschied. Und daß gerade für die stärker exportorientierte Schweizer Maschinen- und Apparateindustrie jener Epoche die Rekrutierung von auslandserfahrenen technischen Kadern wichtig war. Die Emigration bedeutete für diese exportorientierte Branche, daß Schweizer Emigranten im Ausland als Verantwortliche für den Maschinen- und Werkzeugeinkauf die ihnen bekannten Schweizer Produkte bevorzugten und daß die Rückwanderer teilweise bessere oder gar neue Kenntnisse in die Schweizer Betriebe mitbrachten. Politische Entwicklungen, wirtschaftliche Krisen und die damit einhergehende zeitweilige Abschließung ausländischer Stellenmärkte, sowie die insgesamt etwas geringe Fluktuationsneigung dürften dazu geführt haben, daß von den späteren Jahrgängen etwas mehr Techniker in der Schweiz blieben.

Unter Technikern und Unternehmern bestand offensichtlich weit ins 20. Jahrhundert hinein — teilweise bis heute — ein je nach Umständen mehr oder weniger hoher Konsens darüber, daß für den Technikerberuf eine Qualifikationswanderung ins Ausland wünschenswert sei. Der Status „Emigrant“ bildete einen zwar nicht unerläßlichen, aber durchaus wichtigen Bestandteil der Vorstellungen über eine optimale Status-Rollen-Konfiguration in einer bestimmten Lebens- und Berufsverlaufsphase. Die Übernahme einer Auslandsstelle konnte zwar auch als Positionsmobilität gelten, sicher aber handelte es sich dabei um die Übernahme eines Status, mit dem eine positiv bewertete Beteiligung an Betrieben, Wissen, Leben und Kultur im Ausland verbunden war. Offensichtlich bestand aber auch ein hoher Konsens darüber, daß ein solcher Status nach einiger Zeit wieder abgegeben werden sollte: In der Regel hatte dieser Auslandsaufenthalt tatsächlich Übergangscharakter, denn drei Viertel der Emigranten blieben bis zu höchstens fünf Jahren im Ausland, und von den restlichen kehrte nur eine Minderheit nicht mehr in die Schweiz zurück³⁴.

Was im Ausland zu lernen war und welche Erfahrungen gemacht wurden, hing von dem gewählten Land, der Firma, der Branche usw. ab. Hier muß eine Analyse der Zielregionen genügen, die zeigt, daß 1. bis ca. 1920 der größte Teil der Emigranten in technisch-industriell relativ fortgeschrittene Länder ging und 2. zwischen den einzelnen Geburtskohorten erhebliche Unterschiede bestanden, die mit wirtschaftlichen und politischen Gründen sowie mit Vorstellungen von der Attraktivität eines Gebietes zu erklären sind (Tabellen 7 und 8).

Die Unterschiede zwischen den Kohorten sind zwar nicht statistisch signifikant, doch dürfte mit Blick auf Tabelle 8 geschlossen werden, daß bei kohorten- oder periodenspezifischen Schwankungen die Nachbarländer bis weit ins 20. Jahrhundert hinein zu den bevorzugten Zielen gehörten, zuerst vor allem Deutschland, dann Frankreich und Norditalien. Die USA waren bei den zwischen 1890 und dem Ersten Welt-

33. Von den nach 1900 geborenen Meistern waren nur 9% im Ausland gewesen. Während bei den Maschinentechnikern der Anteil der Auslandswanderer in den ersten drei untersuchten Geburtskohorten bei 71%, 56%, 61% lag, sank er dann auf 48% und 44%.

34. $n = 140$; Dauer bis 5 Jahre in 74% der Fälle, in 26% der Fälle über 5 Jahre. Die Unterschiede zwischen den Kohorten sind geringfügig.

Tabelle 7: Zielregionen von emigrierten Schweizer Technikern (%) (nicht signifikant)^{34a}

Geburtskohorte	Deutschland, Österreich, Nordeuropa	Frankreich, Italien, übriges Europa	USA	Andere unentwickelte Länder	n
bis 1869	64,7	29,4	0,0	5,9	17
1870–1879	40,4	42,6	8,5	8,5	47
1880–1889	48,8	39,0	7,3	4,9	41
1890–1899	47,1	47,1	5,9	0,0	17
1900–1912	30,8	61,5	0,0	7,7	13
Insgesamt	45,9	42,2	5,9	5,9	135

Tabelle 8: Aufenthaltsort von emigrierten Schweizer Technikern 1912–1951 (%)³⁵

Land, Region	1912 (N = 254)	1937 (N = 347)	1949 (N = 419)	1951 (N = 197)
Deutschland (1912 inkl. Elsaß)	25	7	—	3
Frankreich	22	16	9	12
Italien	16	10	5	8
Österreich (Kernland)	4	1	—	3
Restl. Donaumonarchie, Südosteuropa	3	3	1	—
Rußland	4	—	—	—
Belgien (inkl. vereinzelte i. Holland, Luxbg.)	3	4	3	2
Großbritannien	2	2	2	6
Iberische Halbinsel	2	3	4	5
Skandinavien	—	1	—	2
Nordamerika	12	4	10	21
Süd-, Zentralamerika (1937 u. 1949 vor allem Argentinien)	4	35	55	19
Nordafrika, Naher Osten	2	5	—	1
Übriges Afrika (1949 „Afrika“)	1	3	6	13
Asien	1	3	3	6
Australien	—	0,2	0,2	1
Restliche (Liechtenstein)	—	—	1	2

34a Quelle: Nachrufe.

35. Quellen: Mitglieder-Verzeichnisse des Schweizerischen Techniker-Verbandes (STV) 1912; 1937; Jb. STV 1948; Grütter, Was wird aus den Absolventen, STZ 1951, S. 843 f.

krieg in den Arbeitsmarkt Eingetretenen eher gefragt. Tabelle 8, mit den Resultaten einer Untersuchung des Aufenthaltes von Auslands-Mitgliedern des Schweizerischen Techniker-Verbandes zu verschiedenen Zeitpunkten, bestätigt die Ergebnisse der Nachruf-Analyse und weist zusätzlich auf spätere Entwicklungen hin. Während bis zum Ersten Weltkrieg vor allem die Nachbarländer Deutschland, Frankreich und Italien sowie Nordamerika als Ziel gewählt wurden, wanderten die Techniker nach der relativen Abschließung dieser Arbeitsmärkte seit den zwanziger Jahren vermehrt in Entwicklungsregionen, erst nach 1945 auch wieder in die USA.

Eine Beschäftigung in Deutschland wurde lange als solide Qualifikation betrachtet, die in erster Linie das technische Wissen, bisweilen aber auch die Managementkenntnisse erweiterte. Bei einer deutschen Großfirma gearbeitet zu haben, galt vor dem Ersten Weltkrieg nach den Worten eines Technikers und späteren Journalisten geradezu als Verbesserung des Status, da Deutschland in der Prestigeskala der Länder weit oben stand. „Wenn man bei Siemens landet, ist die Brust geschwellt. Von Siemens aufgenommen werden, würdig sein, Ingenieur bei Siemens zu werden, das will etwas heißen! Eine Firma wie Siemens kann keine Dummköpfe brauchen! Also ist schon die Tatsache der Anstellung der denkbar beste Intelligenzausweis! So waren damals meine Gefühle.“³⁶

Der Frankreichaufenthalt diente neben der fachlichen Qualifikation auch der Verbesserung der Französischkenntnisse, die für verantwortliche oder leitende Positionen in der Schweiz vielfach erwünscht waren. Technikern, die vor dem Ersten Weltkrieg z. B. in Italien arbeiteten, boten sich noch länger relativ umfassende Gestaltungsmöglichkeiten; gefordert war die Fähigkeit zu improvisieren, die in den fortgeschritteneren Ländern — und besonders in den Großbetrieben — zunehmend an Bedeutung verlor. Die USA galten seit den 1890er Jahren als attraktives Qualifizierungsgebiet, wo Techniker und Ingenieure „ihr bescheidenes Rüstzeug vervollständigten, amerikanische Methoden studierten und den Hauch jener großzügigen Lebens- und Schaffensauffassung auf sich einwirken“ lassen konnten, die — so der Verfasser eines Nachrufes auf einen 1916 verstorbenen USA-Emigranten — in der Schweiz immer mehr abhanden gekommen sei³⁷. Die Angehörigen der Minderheit, die in ferne, unentwickelte Gebiete emigrierte, galten als technische Pioniere oder Träger von Zivilisation und Fortschritt. Man beneidete sie um Gestaltungschancen und jene Ellbogenfreiheit, die Techniker in der Schweiz immer weniger hatten. Diese Emigranten mußten sich allerdings auf andere Lebensgewohnheiten umstellen, anfänglich sich öfter mit untergeordneter Arbeit durchschlagen oder damit zurechtkommen, daß die Organisation von Arbeit und Leben schwierig war.

Wie lange dauerte die Phase der Qualifizierung und des Suchens, bevor man sich definitiv auf eine Firma festlegte? Wenn wir als definitive Stelle (oder besser: definitive Firma) jene bezeichnen, die zehn oder mehr Jahre beibehalten wurde, so ergibt sich, daß sich von 309 Fällen 66% bis zum 30. Altersjahr festlegten, 29% zwischen dem 31. und 40., 5% erst danach³⁸. Der Vergleich zwischen den Geburtskohorten weist für spätere Kohorten auf eine Tendenz zu früherer Festlegung im Leben hin, doch sind die Unterschiede zwischen den Kohorten statistisch nicht signifikant. Die

36. Bütikofer, E., Aus meiner Lebenspraxis, STZ 1926, S. 231 f.

37. Nachruf auf P. G. Roesti, 1883–1915, STZ 1916, S. 30.

38. Wechsel nach zehn Jahren Zugehörigkeit zu einer Firma waren selten.

selbstständigen unterscheiden sich von den angestellten und beamteten Technikern, indem mehr als die Hälfte den Schritt zur Selbständigkeit erst nach dem 30. Lebensjahr machte, während 71% der Angestellten sich bis zum 30. Altersjahr für eine Firma entschieden hatten³⁹. Bis zum 40. Altersjahr war jedenfalls in der Regel entschieden, ob man Angestellter blieb oder Selbständiger wurde.

Die Frage ist nun, ob die Nachrufuntersuchung die in der Angestelltenforschung zentrale These einer historischen Tendenz zur Angestelltenexistenz als lebenslanglichem „Schicksal“ bestätigt. Die Angaben in Tabelle 9 weisen tatsächlich deutlich darauf hin, wozu allerdings einige die Interpretierbarkeit der Tabelle nicht allzusehr einschränkende Vorbehalte zum Material anzubringen sind, da im Vergleich zu verschiedenen zeitpunktbezogenen Statistiken über die Zusammensetzung der Technikerschaft der Anteil der Selbständigen in Tabelle 9 zu hoch erscheint⁴⁰.

Die Angehörigen der ältesten Kohorte, die in die Phase des wirtschaftlichen Aufschwungs hineinwuchsen, wurden häufiger selbständige Unternehmer oder Büroinhaber. Wenn wir die Selbständigen und vorübergehend Selbständigen zusammenfassen, zeigt sich für die drei früheren Geburtskohorten eine bemerkenswerte Tendenz

Tabelle 9: Techniker in selbständiger oder abhängiger Stellung (%) (signifikant auf dem 1%-Niveau)

Geburtskohorte	in abhängiger Stellung	Selbständige	vorübergehend Selbständige	n =
Bis 1869 Geborene	44,8	48,3	6,9	29
1870-1879 Geborene	70,9	19,4	9,7	103
1880-1889 Geborene	72,4	18,4	9,2	98
1890-1899 Geborene	86,8	11,3	1,9	53
1900-1912 Geborene	82,4	14,7	2,9	34
Insgesamt	72,9	19,9	7,3	317

39. 44% der 61 dazu erfaßten Selbständigen entschieden sich bis zum 30. Altersjahr für die Unabhängigkeit, weitere 39% bis 40, 16% erst danach. Bei den Angestellten und Beamten traten 71% ihre definitive Stelle bis zum 30. Altersjahr an. Die in der Untersuchung speziell ausgeschiedenen „vorübergehend Selbständigen“ werden hier zu den abhängig Beschäftigten gerechnet, was sie in der Regel auch den größten Teil ihres Lebens waren.

40. Für den zu hohen Selbständigen-Anteil in der Nachruf-Auswertung (vgl. dagegen die Angaben auf S. 246) dürfte weniger die Verzerrung verantwortlich sein, die sich aus der sozialen Logik der Nachruf-Publizierung ergeben könnte, indem Selbständige oder beruflich Erfolgreichere gerade in späteren Zeiten etwas eher so geehrt wurden. Wichtiger scheint mir die Frage der Altersstruktur zu sein, die bei einer Gruppe von abgeschlossenen Lebensläufen anders ist als bei der zu einem bestimmten Zeitpunkt gemachten Enquête (deren Zusammensetzung zweifellos auch verzerrt war) oder Volkszählung. Um die Ergebnisse vergleichbar zu machen, wären also bestimmte Geburtskohorten entsprechenden Altersgruppen in Enqueten und Volkszählungen gegenüberzustellen, wobei sich ergibt, daß bei den Kategorien der Älteren in den Strukturstatistiken der Anteil der Selbständigen weit überdurchschnittlich war (vgl. König, Siegrist, Vetterli, Warten und Aufrücken). Trotzdem scheint die Selbständigenrate in der Nachrufuntersuchung noch etwas zu hoch zu sein.

zur Selbständigkeit. Bei den Selbständigen handelte es sich teils um Besitzer von kleineren und mittleren Unternehmen wie Bau-, Maschinenbau- oder Installationsfirmen, teils um Inhaber eines Architekturbüros; mehrheitlich um Unternehmer in weniger kapitalintensiven Branchen. Unternehmer größeren Stils waren selten, der Aufstieg zum Großunternehmer, wie etwa bei Sidney W. Brown (BBC), blieb die Ausnahme. Bautechniker und Architekten hatten insgesamt eine etwas größere Chance selbständig zu werden, doch ergaben sich etwa im Zusammenhang mit der Expansion des elektrischen Installationsgewerbes oder mit der Nachfrage nach Service- und Reparaturleistungen im Automobilgewerbe auch für Maschinen- und Elektrotechniker bisweilen (nach der Jahrhundertwende, in den dreißiger Jahren und nach dem Zweiten Weltkrieg) Möglichkeiten zur Eröffnung eines eigenen Betriebs. Wie sehr auch bei den Schweizer Techniker-Unternehmern die Herkunft die Chance zur Selbständigkeit beeinflusste, zeigt sich daran, daß fast die Hälfte der Selbständigen Söhne Selbständiger (exklusive Bauern) waren, was ihre immateriellen und materiellen Startbedingungen wohl verbesserte⁴¹. Daß der Schritt zur Selbständigkeit vielfach nicht überzeugend ausfiel und wieder rückgängig gemacht wurde, zeigt die bemerkenswerte Rate der „vorübergehend Selbständigen“ in Tabelle 9, also jener, die ihr eigenes Büro oder Unternehmen nach einiger Zeit wieder aufgaben und, oft gezwungenermaßen, in den Angestelltenstatus zurückgingen. Diese Angaben weisen auch auf die Ausstrahlungskraft des Leitbildes der beruflichen Selbständigkeit für frühere Generationen hin, während die späteren Kohorten sich schon deutlicher auf ein Angestelltenleben ausrichteten. Techniker wurde immer mehr zum eigentlichen Angestelltenberuf, was sich mit einer vergleichenden altersbezogenen Statistik über die Stellung von Angehörigen von Ingenieursberufen unterschiedlicher Qualifikation für 1930 (Tabelle 10) noch einmal vorführen läßt.

Technikumsabsolventen blieben öfter Angestellte als jene Ingenieure und Architekten, die ihre Qualifikation an der Hochschule erworben hatten. Besonders Hoch-

Tabelle 10: Prozentualer Anteil der abhängig beschäftigten Techniker, Hochschulingenieure und Hochschularchitekten nach Altersstufen, Schweiz 1930⁴²

	Anteil der abhängig Beschäftigten in der Gruppe der	
	unter Dreißigjährigen	über Vierzigjährigen
Techniker	97%	91%
Hochschulingenieure	95%	74%
Hochschularchitekten	71%	29%

41. 30 der 63 Selbständigen waren Söhne von Selbständigen. Die Problematik, daß Herkunftangaben in den Nachrufen nur sehr unsystematisch erscheinen, fällt hier nicht so ins Gewicht, da anscheinend gerade Unternehmerherkunft noch am ehesten vermerkt wurde. Zur starken Vererbung des Unternehmerstatus durch direkte Vererbung oder bessere immaterielle Startchancen Lévy-Leboyer, M. (Hg.), *Le patronat de la seconde industrialisation*, Paris 1979 (mit verschiedenen Beiträgen über Deutschland, Frankreich, England und die USA). Entsprechend gute Studien für die Schweiz gibt es höchstens auf regionaler Ebene, so z. B. Oberhänsli, S., *Die Glarner Unternehmer im 19. Jahrhundert*, Diss. Universität Zürich, (Zürich) (1983).

42. Statistische Quellenwerke der Schweiz, 66, 1930.

schularchitekten, mit denen Hochbautechniker (Architekten mit Technikumsbildung) in Konkurrenz standen, wurden in der Regel selbständig. Zwar arbeiteten auch die Hochschularchitekten einige Jahre ihres Berufslebens in unselbständiger Stellung, aber für sie war dies tatsächlich nur ein Durchgangsstatus auf dem Wege zur Selbständigkeit.

Die Frage, wie die Karriere der abhängig beschäftigten Techniker nach den ersten Berufsjahren und dem Eintritt in die ‚definitive‘ Firma weiterging, wird im folgenden für Privatangestellte und Techniker in öffentlichen oder gemischtwirtschaftlichen Betrieben gemeinsam beantwortet, denn es scheint, daß dieser Statusunterschied für die hier interessierenden Aspekte in der Schweiz nicht sehr wichtig war. Stellen in privaten, gemischtwirtschaftlichen oder öffentlichen Betrieben galten bis weit ins 20. Jahrhundert hinein für Techniker als austauschbar. Eine Stellung im öffentlichen Dienst erhielt in der Regel nur, wer vorher in der Privatindustrie gearbeitet hatte. Eisenbahn- oder Kraftwerksangestellte wechselten aber durchaus auch wieder in die Privatindustrie, wenn sie damit eine höhere Position, interessantere Arbeit oder besseres Gehalt erhielten. Für das beruflich-fachliche Selbstverständnis (eingeschlossen die Frage nach der Lebensplanung) spielte die Frage öffentlicher oder privater Arbeitgeber vermutlich keine besondere Rolle.

Schon das Erreichen des Techniker-Status kann für manche intra- oder intergenerationell als Aufstieg oder wenigstens Statuserhalt interpretiert werden. Die Frage nach der weiteren beruflichen Karriere von unselbständigen Technikern soll hier vereinfacht, mit Blick auf die höchste erreichte Position (die meist die Endposition war), beantwortet werden. Wenn wir alle Kohorten zusammenfassen, so zeigt es sich, daß drei von vier Technikern im Lebensverlauf in eine mittlere oder höhere Position aufstiegen; die Hälfte in eine mittlere technische Kaderposition, ein Viertel gar in eine Stellung in der Unternehmensleitung (Tabelle 11). Würden die Gruppen der mittleren und höheren Angestellten mit der Gruppe der Selbständigen (Tabelle 9) zusammengefaßt, so würde die Aufwärts-Mobilität der Techniker noch deutlicher erscheinen. Der Technikerberuf bot also tatsächlich beträchtliche Chancen, wobei der aus statistischen Gründen nur mit Vorsicht zu genießende Vergleich zwischen den Geburtskohorten auf eine Verschlechterung im Verlauf der Geschichte verweist.

Gute Aufstiegschancen als Angestellter hatte im allgemeinen, wer während der Phase des wirtschaftlichen Aufschwungs und des Unternehmensausbaus von den 1890er Jahren bis zum Ersten Weltkrieg in die berufliche Laufbahn einstieg, als neue Unternehmen entstanden oder in rasch expandierenden technisch-betrieblichen Leitungsapparaten neue „Plätze“ zu vergeben waren. Diese „Frühstarter“ besetzten dann für einige Zeit die oberen Positionen, und wer danach innerhalb eines Unternehmens aufsteigen wollte, mußte unter Umständen mit etwas längeren Wartezeiten rechnen. Zu einer mit den Verhältnissen um die Jahrhundertwende vergleichbaren Öffnung kam es vermutlich erst wieder durch die wirtschaftliche Expansion nach dem Zweiten Weltkrieg. Vergleiche nach Fachrichtung sowie nach öffentlicher oder privater Anstellung, die wegen der Stichprobengröße nur für Maschinen- und Elektrotechniker sinnvoll sind, zeigen kaum größere Abweichungen vom allgemeinen Trend.

Die Unterscheidung zwischen Betriebs- oder Bürotechnikern, die für die Frage nach Arbeitsanforderungen, Status und Arbeitsmilieu von Bedeutung ist, konnte nur in bezug auf die höchste erreichte Position gemacht werden. Sie erbrachte erwart-

tungsgemäß (mit einer Signifikanz auf dem 5%-Niveau), daß der Anteil der Bürotechniker bei den späteren Geburtskohorten deutlich größer war als bei den früheren.

Tabelle 11: Höchste erreichte Position von unselbständig erwerbenden Technikern (%) (signifikant auf dem 10%-Niveau)⁴³

Geburtskohorten	Untere*	Mittlere*	Höhere*	n =
-1869	8,3	75,0	16,7	12
1870-1879	18,3	50,7	31,0	71
1880-1889	21,4	42,9	35,7	70
1890-1899	28,3	50,0	21,7	46
1900-1912	42,9	35,7	21,4	28
Insgesamt	23,8	47,6	28,6	227

* Erläuterung zu den Stufen:

Untere: Betriebstechniker, Betriebsassistent, Abteilungsleiter, Obermeister, Bau-führer; Büro-Techniker (Sachbearbeiter) in Konstruktion, Kalkulationsbü-ro, städtischer Verwaltung u. ä. ohne Vorgesetztenfunktion

Mittlere: Betriebsleiter, techn. Leiter einer Filiale, Oberingenieur, Depotchef; Grup-penführer oder Bürochef im technischen Büro, Fachlehrer an Gewerbe-schule, Kantonaler Inspektor u. ä.

Höhere: Prokurist, techn. Direktor und Stellvertreter, Chefs einer größeren Verwal-tung u. ä.

Die Frage nach der Altersgebundenheit von bestimmten Positionen bzw. Positions-übergängen läßt sich wegen der Qualität der Quellen und aus methodischen Gründen nur grob beantworten (Tabelle 12):

Tabelle 12: Zusammenhang von Lebensalter und höchster erreichter Stellung bei Technikern (%) (signifikant auf dem 1%-Niveau)⁴⁴

Position/Stufe \ Alter	bis 30	31-40	41 u. mehr	n =
Gruppen- oder Bürochef in den technischen Büros	23	42	35	43
Betriebsleiter u. ä.	32	50	18	44
Prokurist	22	28	50	18
Direktor u. ä.	15	28	56	39

43. Selbstverständlich ist es nicht unproblematisch, ohne Berücksichtigung der Unternehmensgröße einfach nach Positionsbezeichnungen (Betriebsleiter, Prokurist usw.) zuzuordnen, da ein Betriebsleiter in einem Großunternehmen eine bedeutendere Position haben kann als der Direktor einer kleineren Firma. Dieses Problem ist indessen mit dem Quellenmaterial nicht befriedigend zu lösen.

44. Kategorien wie in Tabelle 11, exklusive unterste.

Rasche Aufstiege waren stets möglich, aber doch nicht sehr üblich (Tabelle 12). In eine mittlere Kaderposition stieg man in der Regel erst nach dem 30. Altersjahr auf, in höhere Stellungen vielfach erst nach 40. Insgesamt zeigt sich eine gewisse Altersgebundenheit der betrieblich-beruflichen Position, die jedoch keineswegs so fest institutionalisiert war, daß man von einer echten Alterszugeschriebenheit sprechen könnte. Überraschend war für mich, daß der Zusammenhang von Alter und Position im Vergleich zwischen den Kohorten statistisch nicht signifikant ist. Dies ist zum einen sicher auf die mangelnde Differenziertheit der Alters-Kategorien zurückzuführen, was bei der Qualität der Datenquellen und dem Zwang zur Vereinfachung bei der Arbeit mit Randlochkarten nicht zu vermeiden war. Die Daten sind allerdings auch wegen der geringen Fallzahl nur beschränkt differenziert auswertbar. Für die Tatsache, daß Wartezeiten im Karriereverlauf später länger wurden, sprechen verschiedenste zeitgenössische Äußerungen von Angestellten und Industriellen, beschränkt auch Aussagen in Betriebsstudien⁴⁵. Möglicherweise sind diese Eindrücke nur beschränkt gültig, weil durch die Expansion und Differenzierung der technisch-betrieblichen Leitungsapparate ständig neue Stellen in der Hierarchie geschaffen wurden, die bei entsprechenden Voraussetzungen auch später noch relativ Jüngeren offenstanden, dies um so eher, als Jüngere bei raschem technischen Wandel eher die geforderte modernere Qualifikation hatten.

Insgesamt können wir zum beruflichen Lebensverlauf von Schweizer Technikern verschiedener Kohorten festhalten, daß die Aufstiegschancen — in der Rückschau auf ein Leben — ganz gut waren. Da der einzelne die Zukunft aber nicht kannte, konnten längere Phasen des Wartens oder der Unsicherheit bisweilen den Anlaß für Zweifel, Unzufriedenheit oder gar Resignation bilden. Wer eine weniger interessante Arbeit hatte und z. B. wegen sozialer und familiärer Bindungen nicht beliebig mobil war, litt unter den psychologischen und sozialen Spannungen des Wartens und Hoffens. Da es kein beamtenähnliches Muster des Fortkommens gab, blieb der Aufstieg eine schwierige Angelegenheit, verbunden mit Leistungs- und Anpassungsdruck, Rivalitäten oder gar Intrigen. Wobei immerhin diese Untersuchung zu zeigen scheint, daß zumindest ein Teil der Aufstiegshoffnungen für die meisten irgendwann in Erfüllung ging. So leicht gaben Techniker die Aufstiegsansprüche nicht auf. Da die beruflich-fachliche Entfaltung gerade mit der fortschreitenden Arbeitsteilung zunehmend an eine mittlere oder höhere Position gebunden war, wurde die professionalistische Grundorientierung zu einem Faktor, der Aufstiegsaspirationen auch in ungünstigen Zeiten nährte. Zudem waren die Vorbilder, die es geschafft hatten, präsent, sei es am Arbeitsort selbst oder in der Techniker-Zeitung mit ihren Beförderungsmeldungen und Nachrufen, deren Funktion für die Techniker-Ideologie nicht zu unterschätzen ist.

2.4. Der Nachruf als ideologischer Text

Die Quelle, die für die vorstehende Untersuchung quantitativ ausgewertet wurde, gibt — hermeneutisch interpretiert — verschiedene Hinweise auf die Vorstellungen

45. König, Siegrist, Vetterli, Warten und Aufrücken; Siegrist, Familienbetrieb.

über Lebens- und Berufsverläufe. Der Nachruf ist ein Instrument der individuellen und kollektiven Sinnstiftung und Traditionsbildung. Nachrufe beeinflussen den einzelnen bei der Interpretation seines eigenen bisherigen Lebenslaufs und tragen insgesamt – wenn sie ihre Funktion erfüllen – zur Integration des Individuums in die Gesellschaft bei. Die Nachrufe in der Schweizerischen Techniker-Zeitung haben, wie Nekrologe allgemein, ihren eigenen Code, den der Leser und Berufskollege mehr oder weniger gut entschlüsseln kann. Wer den Verstorbenen persönlich kannte, weiß genau, was zurückhaltende, einebnende Aussagen sowie Verschönerungen und Idealisierungen zu bedeuten haben. Der Fernerstehende dagegen neigt, obwohl er im Prinzip die Regeln des Nachrufs kennt, eher dazu, die Informationen und Wertungen für wahr oder richtig zu halten.

Inhalt und Aufbau der Nachrufe machen deutlich, daß eine Aufwärtsbewegung im Lebensverlauf gleichsam als Norm galt, die desto besser erfüllt wurde, je rascher die Mobilität vonstatten ging. (Allerdings galt auch Beharrlichkeit als Tugend.) Als Beitrag zur kollektiven Identität betonten die Nachrufe in jedem Fall die Leistung des Individuums für Fortschritt, Zivilisation, betriebliches, familiäres und allgemeines Wohl; für einen Fortschritt, den auch jener beförderte, dessen individuelle Karriere weniger berauschend erschien. Homogener als die Vorstellungen über die Periodisierung des Lebens und die Bewegung im Lebensverlauf sind die geäußerten Vorstellungen über Eigenschaften und Einstellungen, die als Voraussetzung für das berufliche Fortkommen galten. Die Nachrufverfasser besannen sich dabei überwiegend auf persönlichkeitsimmanente Qualitäten, die sie als endogene Begründung für die Karriere anführten. Strukturelle und konjunkturelle Gründe, die bei der Gestaltung des Lebensverlaufs intervenieren, wurden nur selten oder am Rande erwähnt. Ein aus den Nachrufen gewonnener idealtypischer Katalog dieser persönlichen Eigenschaften umfaßt etwa die folgenden Merkmale: Leistungsfähigkeit, Wissen, Intelligenz, Bildung, Können, rasches Arbeiten, Lernbereitschaft, Aufgeschlossenheit, Eifer, Energie, Gesundheit, Gewissenhaftigkeit, Beharrlichkeit, Ausdauer, Streben, Pflichtbewußtsein, treffliche Charaktereigenschaften; Beliebtheit und Achtung bei Vorgesetzten, Mitarbeitern und Kollegen; aufrichtiges, gerechtes und gradliniges, aber auch echt „leutseliges“ Verhalten gegenüber Untergebenen. Die Gewichtung der aufgezählten Eigenschaften variierte natürlich je nach beruflicher Laufbahn, Arbeitsanforderungen und Position⁴⁶.

2.5. Zusammenfassung

Abschließend läßt sich zu den Berufsverläufen zusammenfassend festhalten, daß die Techniker sich nach einigen Firmenwechseln auf einen Arbeitsort festlegten, daß zur Weiterbildung vielfach ein Aufenthalt im Ausland gehörte, und daß die Aufstiegschancen für die untersuchten Jahrgangsgruppen insgesamt gut waren, langfristig wohl leicht sanken. In Bezug auf Fluktuationsverhalten und Auslandspraxis konstatierten wir Gemeinsamkeiten zwischen Technikern und Arbeitern, die später Meister wurden. Ein beträchtlicher, langfristig etwas abnehmender Teil der Techniker war

46. Exemplarische Auszüge aus Nekrologen sind abgedruckt in König und Siegrist, Kaufleute und Techniker, S. 262 f.

sozial und lokal relativ mobil. Wie sich die Mobilität auf das Denken auswirkte, ist indessen nur schwer auszumachen. Unproblematisch dürfte die Aussage sein, daß Aufstiegsmobilität die vorhandenen beruflichen Einstellungen verstärkt. Die lokale oder gar interkulturelle Mobilität fördert möglicherweise die Relativierung von Werthaltungen, doch kann sie gleichzeitig die Anpassungsfähigkeit und -bereitschaft verstärken und damit eine affirmative Haltung zu den vorgefundenen Verhältnissen unterstützen. Mir scheint, daß das zweite Moment dominierte. Durch die Orientierung an relativ festen beruflich-fachlichen Normen und Idealen — die international nicht allzu sehr variierten — behielt das Leben des jungen Technikers während der Wanderjahre eine gewisse Konstanz und Perspektive. Die äußere Instabilität in einer verlängerten Jugend wurde kompensiert durch eine hohe Konstanz nach dem Eintritt in die „definitive“ Firma, in der zweiten Lebenshälfte.

2.6. Die Altersphase

Tabelle 12 verweist darauf, daß die Mehrheit der Techniker ihre höchste Position spätestens bis zum 40. Lebensjahr erreichte, daß sie also teilweise sehr lange auf dieser letzten Stelle blieben. Wie lange, wurde durch die Frage nach dem Wann und Wie des Ausscheidens aus dem aktiven Berufsleben entschieden. Für einen großen Teil der in der Nachrufuntersuchung Erfassten entschied sich diese Frage biologisch, indem sie während des Arbeitslebens, an dem sie teilweise über das Alter von 65 Jahren hinaus partizipierten, starben. Da die Schweiz zu jenen liberalen Ländern gehört⁴⁷, in denen eine allgemeine staatliche Altersversicherung erst spät (in den späten 1940er Jahren) eingeführt wurde, war das Ausscheiden aus dem Arbeitsprozeß bzw. der Übergang in die Altersphase nicht einheitlich institutionell geregelt. Nur eine Minderheit der Techniker, dabei vor allem die in Großbetrieben oder öffentlichen Verwaltungen und Betrieben beschäftigten, gehörte einer der meist erst um 1918 gegründeten betrieblichen Altersvorsorgeversicherungen (Pensionskasse u. ä.) an: in den 1920er Jahren schätzungsweise ein Viertel⁴⁸. Immerhin konnten aber die Angehörigen der späteren Geburtskohorten noch von der 1947 eingeführten Altersversorgung (AHV) profitieren. Da es sich bei den betrieblichen Pensionskassen um Versicherungen handelte, bei denen man die Ansprüche auf Leistungen und einbezahlte Gelder durch Firmenwechsel verlor, trug dieses System für jene davon erfaßte Minderheit von Technikern zu einer stärkeren Betriebsbindung und geringeren Mobilität bei. Dieser institutionelle Zwang, vielfach als „goldene Fessel“ bezeichnet, mochte bisweilen als sehr unangenehm empfunden werden; noch problematischer waren aber die Aussichten derer, die selbst durch Ersparnisse oder eine private Al-

47. Albers, J., Vom Armenhaus zum Wohlfahrtsstaat. Analysen zur Entwicklung der Sozialversicherung in Westeuropa, Frankfurt/New York 1982; Köhler, P. A. und Zacher H. F. (Hg.), Ein Jahrhundert Sozialversicherung in der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Österreich und der Schweiz, Berlin 1981. (Darin besonders zu beachten, aber stark rechtshistorisch ausgerichtet: Maurer, A., Geschichte des schweizerischen Sozialversicherungsrechts, S. 730–833).

48. Ausführlicher über die Altersversicherung für Angestellte König, Siegrist, Vetterli, Warten und Aufrücken.

tersversicherung vorsorgen mußten, was nur bei entsprechender Gehaltshöhe oder großer Sparsamkeit besser möglich war. Gerade die Einsicht, daß eine effiziente, genügende private Altersvorsorge vielen unmöglich war, führte langfristig dazu, daß der Vorsorge-Individualismus unter den Technikern (bzw. in den Verbänden, in denen Techniker sich organisierten: Schweizerischer Techniker-Verband (STV), Bund technischer Angestellter, Angestellten-Vereine in den Großbetrieben der Metall- und Maschinenindustrie) sich auflöste und die Idee der kollektiven betrieblichen oder staatlichen Versicherung immer mehr Unterstützer fand.

2.7. Einkommen und Lebensalter

Da nur vereinzelte, dann auch nur auf kurze Lebensabschnitte bezogene Daten über den Einkommensverlauf von Individuen aus Betriebsarchiven vorliegen, diese aber die Tendenz der folgenden altersbezogenen Gehaltsstruktur-Angaben stützen, konzentrierte ich mich im folgenden auf die Auswertung allgemeiner Statistiken, die immerhin teilweise auch kohortenspezifisch zu interpretieren sind.

Der Technikerberuf bildet die höchste Stufe einer Arbeiterkarriere, die im Gegensatz zur Werkmeisterstellung durch eine längere formale Qualifikation zu erreichen ist. Absolventen einer Handwerker- oder Arbeiterlehre erwarteten von der zusätzlichen höheren Qualifizierung am Technikum, daß sie ihnen den Schlüssel in die Hand gab zum Aufstieg in eine Angestelltenposition, zum Eintritt in attraktivere Tätigkeitsfelder und zur Erlangung eines den Arbeiter- oder Werkmeisterlohn übersteigenden Gehaltes. Der Vergleich der *Techniker-Anfangsgehälter* (Tabelle 13) zeigt in-

Tabelle 13: Verhältnis der Technikergehälter nach Erfahrungsstufe zu Löhnen von Werkmeistern und männlichen erwachsenen Arbeitern (Werkmeister bzw. Arbeiterlohn = 100)⁴⁹

Jahr	Techniker zu Werkmeister			Techniker zu Arbeiter		
	Anfangs- gehalt als Techniker	24-28- jährige bzw. 2-5 Dienst- jahre	30-37- jährige bzw. 9-15 Dienst- jahre	Anfangs- gehalt als Techniker	24-28- jährige bzw. 2-5 Dienst- jahre	30-37- jährige bzw. 9-15 Dienst- jahre
1900	65-90	120-150	180	115-144	192-240	288
1913/14	75-80	101-126	151-201	92-113	142-177	213-284
1921	66-78	92-108	114-149	91-107	126-149	158-205
1925	73			111		
1939	85			132		

49. Dazu und zum folgenden König, Siegrist, Vetterli, Warten und Aufrücken. Knappe Hinweise auf die Einkommensentwicklung finden sich auch in König, Siegrist, Vetterli, Zur Sozialgeschichte; zur Verbandspolitik vgl. König und Siegrist, Kaufleute und Techniker.

dessen, daß sich die zusätzliche Qualifikation vorerst kaum, oder doch nur beschränkt auszahlte. Ein Techniker verdiente zu Beginn seiner Karriere nicht mehr als ein besser qualifizierter Facharbeiter; unter ungünstigen Bedingungen überstieg sein Gehalt kaum einen durchschnittlichen Arbeiterlohn. Die früheren Geburtskohorten starteten etwas günstiger als z. B. jene, die um den Ersten Weltkrieg in den Arbeitsmarkt eintraten.

Noch ungünstiger stellten sich die jüngsten Techniker im Vergleich zu den Werkmeistern (Tabelle 13). Sie waren allerdings vielfach jünger als diese und standen zudem noch auf der untersten Stufe der Gehaltstreppe, während in die durchschnittlichen Werkmeisterlöhne auch die Einkommen von erfahrenen und älteren Angestellten eingingen.

Die Nähe der Anfangsgehälter für Techniker zu den Arbeiterlöhnen wurde in der Technikerpresse schon in den letzten Jahren vor dem Ersten Weltkrieg wiederholt beklagt, indem man auf die Diskrepanz zwischen hohen Arbeitsanforderungen und Verantwortung einerseits, und geringem Entgelt andererseits hinwies. Im Ersten Weltkrieg wurde die Lage für die jüngsten Techniker allerdings geradezu prekär, denn die Inflation „fraß“ die Gehälter, und gerade diese Gruppe erlitt wegen häufiger Militärdienstleistungen massive Verdiensteinbußen. Gegen Ende des Ersten Weltkrieges sah sich der Schweizerische Techniker-Verband, dessen lohnpolitische Aktivitäten sich bis dahin auf vereinzelte moralische Aufrufe an die Arbeitgeber beschränkt hatten, zu einem energischeren Vorgehen zugunsten dieser schlechtgestellten Technikerschicht gedrängt. Ende 1918, als sich die sozialpolitische Unruhe auch unter den Technikern verschärfte, erreichte er zusammen mit anderen Angestelltenverbänden, daß im Rahmen der Berner Übereinkunft minimale Techniker-Anfangsgehälter festgelegt wurden. Diese erwiesen sich wegen der fortschreitenden Inflation sehr rasch als überholt. Aber erst 1925 gelang es dem STV in Zusammenarbeit mit dem Verband Schweizerischer Angestelltenvereine der Maschinenindustrie (VSAM), der eine größere Zahl von Maschinen- und Elektrotechnikern organisierte, mit verschiedenen Arbeitgeberverbänden ein neues Abkommen über Techniker-Mindestgehälter abzuschließen. Derartige Normen bedeuteten insgesamt nicht mehr als eine Sanktionierung der Praxis; sie verhinderten zwar ein weiteres Absinken, erschwerten aber auch das Ansteigen der Gehälter. Denselben Effekt dürften auch die vom STV 1930, 1939, 1948 und 1952 propagierten Richtlinien für Mindestgehälter gehabt haben.

Zu keinem Zeitpunkt genügten derartige Gehälter dem in Technikerkreisen immer wieder geäußerten Anspruch, daß sie auch eine Entschädigung für die Studienkosten darstellen sollten. Die jungen Techniker mußten also versuchen, eine besser bezahlte Stellung einzunehmen. In normalen Zeiten sprach die Wahrscheinlichkeit dafür, daß sich ihr Gehalt mit zunehmendem Alter bzw. Dienstalter, d. h. größerer Erfahrung und Leistungsfähigkeit, regelmäßig erhöhte (Tabelle 14).

Es bestand stets ein enger Zusammenhang zwischen Alter/Dienstalter und Gehaltshöhe, wobei die Steigerung in den ersten Jahren der Berufslaufbahn noch fast automatisch erfolgte, dann aber zunehmend ausgehandelt werden mußte. Techniker und Ingenieure, die längere Zeit auf einer Funktionsstufe stehenblieben, riskierten also durchaus, daß ihr Einkommen stagnierte, oder sie mußten in Inflations- oder Krisenjahren gar Einbußen hinnehmen, wenn sie keinen neuen Vertrag aushandeln konnten.

Tabelle 14: Differenz zwischen den Durchschnittsgehältern von Technikern nach Altersstufen, 1908⁵⁰

Altersstufe (Jahre)	Zuwachsrate (%)
18-20/20-22	+ 18
20-22/22-24	+ 8
22-24/24-28	+ 21
24-28/28-32	+ 22
28-32/32-36	+ 15
32-36/36-40	+ 7
36-40/40-45	+ 1

Dies änderte jedoch nur wenig an der relativen Position der Techniker in der Lohnstruktur im Vergleich zu den Werkmeistern und Arbeitern. Mit zunehmendem Alter konnte sich der Techniker generell im Vergleich zu diesen besser stellen (Tabelle 13). Schon die Gehälter der 24-28jährigen Techniker übertrafen die Arbeiterlöhne sehr deutlich, und sie lagen höher als die Werkmeisterbezüge. Die Betriebs-techniker dieser Erfahrungsstufe übertrafen dabei die unter ihnen stehenden Werkmeister merklich, während die durchschnittlichen Bürotechnikergehälter etwa auf dem Stand der Werkmeisterlöhne lagen. Bei Teilgruppen der Bürotechnikerschaft konnte sich also zur Unzufriedenheit mit der betrieblichen Lage und Arbeit das Gefühl, ungenügend bezahlt zu sein, gesellen. Dieser Nachteil wurde indessen gerade in Großbetrieben bisweilen durch das Privileg einer kürzeren Arbeitszeit ausgeglichen.

Daß sich ‚Ausdauer und Energie‘ schließlich bezahlt machten, erfuhren die meisten Techniker nach dem 30. Altersjahr bzw. nach etwa zehn Berufs- oder Dienstjahren. Die Durchschnittsgehälter dieser Schicht lagen stets deutlich über den Werkmeisterlöhnen, und auch Bürotechniker dieser Erfahrungsstufe kamen einkommensmäßig mindestens auf die Höhe der besten Werkmeisterbezüge. Vor inflations- oder krisenbedingten Einkommenseinbußen war auch diese Gruppe nicht verschont. Selbst verantwortlichen Betriebsleitern und hochqualifizierten Bürotechnikern blieben diese Erfahrungen, die sich aus ihrer Lage als angestellte Lohnabhängige ergaben, nicht erspart. Insgesamt scheint es, daß die mittleren und höheren Gehälter seit dem Ersten Weltkrieg real etwas nach unten nivelliert wurden. Hervorragend gestellt und zudem vielfach durch eine zusätzliche Gewinnbeteiligung privilegiert, war schließlich im ganzen Untersuchungszeitraum eine schmale obere Schicht von Technikern, die als Prokuristen oder technische Direktoren angestellt waren.

Bei einer gewissen Abhängigkeit von konjunkturellen, betrieblichen und individuellen Bedingungen etablierte und erhielt sich im Untersuchungszeitraum eine Gehaltsstruktur, die deutlich auf den Zusammenhang von Lebensalter (respektive Erfahrung und Dienstalter) und Einkommenshöhe verweist. Die Techniker hatten als Angestellte also nicht nur eine kurzfristige Einkommenssicherheit, indem sie die Höhe der Bezüge pro Monat oder Jahr kannten, sondern es bestand auch eine hohe Wahrscheinlichkeit dafür, daß das Einkommen im Lebensverlauf stieg. Die Lebens-

50. Statistische Erhebungen 1908.

verdienstkurve flachte sich zwar früher oder später im Lebensverlauf ab, doch im Gegensatz zu den Arbeitern führte sie im Alter (vor dem Ausscheiden aus der Erwerbsprozeß) kaum nach unten.

2.8. Heirat und Familie

Abschließend sollen mit Blick auf Heirat und Familie einige Aspekte untersucht werden, die sich auf die Altersbindung von Statuskonfigurationen und auf die Lebensplanung beziehen, wobei der Zusammenhang zu beruflichem Lebensverlauf und Einkommensentwicklung noch einmal in Kürze aufgegriffen wird. Tabelle 15 zeigt, daß Techniker häufig zwischen 26 und 30 heirateten, also in der Lebensperiode, in der das Ende der Phase starker Mobilität, bei der man besser frei von „hemmenden Familienangelegenheiten“ war, abzusehen war.

Tabelle 15: Heiratsalter von Technikern nach Status (Selbständige, Unselbständige) (%)⁵¹

Status \ Altersklasse						Insgesamt	
	-25	26-30	31-35	36-40	41 u. mehr	%	n =
Unselbständige	15	43	23	13	5	99	92
Selbständige	8	63	13	8	8	100	24
Insgesamt	14	47	21	12	6	100	116

Zur langfristigen Entwicklung des Heiratsalters gibt es Hinweise, daß die Angehörigen späterer Kohorten etwas später heirateten⁵². Daß zwei Fünftel der Techniker erst nach 30 heirateten, unterstreicht den erwähnten Zusammenhang zwischen Berufsverlauf und Heiratsverhalten und weist auf ein ökonomisch rationales Verhalten hin. Denn eine Familie und einen „standesgemäßen“ Haushalt konnte sich der Techniker eigentlich erst dann einigermaßen leisten, wenn sein Einkommen deutlich über dem eines Arbeiters lag. Eine Minderheit, in unserer Stichprobe 17%, blieb stets ledig. Neben persönlichen Gründen mögen ein weitgehendes Aufgehen im Beruf oder eine hohe Mobilität dafür verantwortlich gewesen sein, daß diese Techniker auf Heirat und Familie verzichteten.

Wenn schon in bezug auf den Zeitpunkt der Heirat eine gewisse Rationalität und Selbstkontrolle zu erkennen war, so interessiert nun die Frage, ob sich diese auch auf die Familienplanung (Kinderzahl) auswirkte. Aus den Angaben in Tabelle 16 geht tatsächlich hervor, daß die meisten Technikerfamilien schon früh nur ein bis zwei Kinder hatten, d. h. so viele, wie sich mit dem Verhältnis von Einkommen, Lebensstil und Erziehungszielen sicher vertreten ließ.

51. Nachrufuntersuchung. — In dieselbe Richtung weist eine kleine Untersuchung von 1946: Tiefbautechniker nach 10 Jahren Praxis, STZ 1946, S. 653 f.

52. Unterschiede zwischen den Geburtskohorten lassen sich nur insofern feststellen, als bei den bis 1879 Geborenen eine Heirat bis zum 25. Altersjahr noch etwas häufiger war als bei den später Geborenen. Dies hing wohl einerseits mit dem teilweise etwas früheren Abschluß am Technikum zusammen, mußte aber auch mit den etwas besseren wirtschaftlichen Chancen der bis zur Jahrhundertwende auf den Arbeitsmarkt Gekommenen zu erklären sein.

Tabelle 16: Kinderzahl in Technikerfamilien nach Status (Selbständige, Unselbständige) und Geburtskohorten (%)⁵³

Anzahl Kinder	0	1-2	3	4 u. mehr	(n =)
Selbständige	3	57	17	24	(35)
Unselbständige	8	60	27	5	(137)
Insgesamt	7	59	25	9	(172)
Nur Unselbständige nach Geburtskohorten					
bis 1889 Geborene	8	54	31	7	(89)
1890-1912 Geborene	8	71	19	2	(48)

Die Tatsache, daß Selbständige öfter eine größere Familie hatten als Angestellte, läßt vermuten, daß sich die selbständigen Techniker stärker am Ideal der bürgerlichen Familie orientierten, unselbständige dagegen stärker am Leitbild der Angestellten-Kleinfamilie⁵⁴. Der Vergleich zweier Geburtskohorten zeigt, daß sich das Muster der 1-2-Kinderfamilie immer mehr durchsetzte. Die genannten Tendenzen finden sich im übrigen auch durch Strukturuntersuchungen für verschiedene Zeitpunkte bestätigt⁵⁵.

3. Schluß

Die vorstehenden Ausführungen über den Berufs- und Lebensverlauf von Schweizer Technikern verweisen auf eine vielfältig verzögerte, aber zunehmende Institutionalisierung des Lebensverlaufs im Laufe der Geschichte, was sich sowohl in bezug auf die Ausbildungsphase als auch in bezug auf das Ausscheiden aus dem Arbeitsprozeß zeigt. Allerdings erfolgte diese Institutionalisierung der Hauptlebensphasen in der Schweiz wegen der relativen Rückständigkeit von Berechtigungswesen und staatlicher Altersversicherung vergleichsweise spät. Die feinere Strukturierung des Lebensverlaufs zeigt im übrigen, daß sich in Betrieb und Gesellschaft zwar gewisse Muster von Berufsverläufen herausbildeten. Indem diese Muster jedoch nur beschränkt „normiert“ waren, blieb für den Einzelnen ein großer Rest an Unsicherheit über deren Realisierbarkeit in seinem speziellen Fall. Techniker war in der Schweiz ebenso wie in Deutschland schon früh eher ein Angestelltenberuf. Der große Unterschied zwischen frühen und späten Geburtskohorten von Technikern liegt im Unterschied der Gangbarkeit der Alternative Selbständigkeit/Angestelltenleben. Die späteren

53. Nachrufuntersuchung.

54. Spree, Modernisierungsagenten.

55. In dieselbe Richtung weisen die Ergebnisse der Statistischen Erhebungen 1908; sowie die Angaben in Brüscheiler, C., Sozialer Aufbau des Personals der Maschinen- und Metallindustrie, Zürich 1942, S. 56 f.

Kohorten waren sehr viel häufiger lebenslängliche Angestellte, sie mußten erfahren und lernen, was das heißt und wie man sich dies am besten einrichtet. Insgesamt zeigt es sich, daß auch spätere Kohorten von Technikern (Mittelschulingenieuren) relativ gute Fortkommenschancen hatten, wobei allerdings die Hochschulingenieure für höchste Positionen etwas bevorzugt worden sein dürften⁵⁶. Der Einkommensverlauf im Technikerleben dürfte sich im Verlauf der Geschichte nicht grundsätzlich verändert haben. Während die früheren Geburtskohorten für ihr Alter noch selbst vorsorgen mußten, so hatte zumindest ein Teil der späteren Kohorten die Aussicht auf eine halbwegs befriedigende Altersversorgung. Die Angaben zu Heiratsalter und Kinderzahl suggerieren eine gewisse Rationalität des Verhaltens; spätere Geburtskohorten richteten ihr Leben stärker auf die Möglichkeiten eines Angestellten aus.

Abschließend soll nun angedeutet werden, wie der biographische Ansatz eine allgemeine strukturalistische oder historische Erklärungsweise der Angestelltengeschichte ergänzen könnte. Ein struktureller Ansatz dominiert in der vorwiegend verbands-, ideologie- und politikgeschichtlich orientierten Angestelltenforschung, die Bewußtsein und Verhalten mit strukturellen Merkmalen von Angestelltengruppen, wie betriebliche und soziale Lage usw., zu erklären versucht. Dieser eher statische Ansatz kann durchaus auch historische Entwicklungen begreifen, indem die postulierten Zusammenhänge für verschiedene, aufeinanderfolgende Zeitpunkte analysiert werden. Bisweilen wird dabei auch explizit oder implizit auf die Altersstruktur und auf lebensaltersspezifische Erfahrungen unter besonderen historischen Umständen verwiesen: so z. B., indem für die Zeit um 1918 argumentiert wird, daß die Gruppe der jungen Angestellten relativ groß war, bei denen sich alters- und periodenspezifische Frustrationserfahrungen dramatisch überlagerten, und daß diese deshalb am ehesten als Träger einer politisch-gewerkschaftlichen Umorientierung wirkten. Damit wird auf die allgemeine Tatsache verwiesen, daß auch in sogenannten offenen Leistungsgesellschaften der zugeschriebene Status Alter in einem gewissen Maße die Verteilung von Gütern, Positionen und Symbolen — das Schichtungssystem — mitbestimmt und daß die Legitimation dieser Altersschichtung gerade in Zeiten raschen sozialen Wandels in Frage gestellt, die Altersbindung von Lage, Fähigkeiten und Aktivitäten in Zweifel gezogen wird⁵⁷. Dieser Ansatz wurde, obwohl immer wieder angedeutet, m. E. in der Angestelltenforschung zu wenig aufgegriffen. Er könnte zwar verschiedene Phänomene des Angestelltenprotests miterklären, doch die Qualitäten eines biographischen Ansatzes hat er nicht.

Auch bei den Schweizer Technikern — deren Altersstruktur 1918 durch eine starke Besetzung der jüngeren Kategorien gekennzeichnet war, wobei sich gegenüber der Vorkriegszeit schon eine gewisse Alterung zeigte — waren es vor allem jüngere, die am Ende des Ersten Weltkrieges die Umorientierung der Verbände in Richtung Angestelltengewerkschaft vorantrieben. Der bis dahin sozialpolitisch sehr gemäßigte Techniker-Verband wandelte sich programmatisch vom Berufsverband zu einem Angestelltenverband mit etwas gewerkschaftlichem Einschlag. Und der bisher bedeutungslose angestelltengewerkschaftliche Bund technischer Angestellter (BTA) erlebte einen riesigen Aufschwung durch den Zustrom jüngerer Angestellter. Wenige Jahre später, in der Phase der Krise und Repression der frühen zwanziger Jahre, vermochte

56. König, Siegrist, Vetterli, Warten und Aufrücken.

57. Levy, Lebenslauf, S. 89-93.

sich der BTA kaum mehr zu halten (Ende der zwanziger Jahre verschwand er dann endgültig von der Bildfläche); und der Schweizer Techniker-Verband verwandelte sich in einen Berufsverband zurück, wobei er — für Jahrzehnte — einen schwachen sozialpolitischen und einen stärkeren professionalistischen Akzent beibehielt.

Gerade derartige Wechsel innerhalb kürzerer Frist, die auch nicht einfach mit der innerverbandlichen Dynamik zu erklären sind, lassen sich nicht leicht mit allgemeinen sozialstrukturellen Veränderungen begründen, da sich einige wesentliche Strukturmerkmale nicht so rasch änderten. Solche Wechsel sind aber sicher bis zu einem gewissen Grad mit dem Wandel der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Gesamtkonstellation zu erklären oder, wie dies z. B. Kocka für ähnliche Vorgänge bei deutschen Angestelltengruppen tut, mit dem nachhaltigen, oft nur vorübergehend oder partiell unterdrückten Fortwirken älterer Leitbilder (mittelständische oder beamtenmäßige Leitbilder), d. h. mit Traditionen, die gleichsam als Mentalitätsstrukturen aufgefaßt werden müßten⁵⁸. Um dieselbe Erklärungsweise handelt es sich, wenn ich für die Schweizer Techniker anführe, daß sich professionalistische oder bürgerliche Leitbilder und Traditionen bei den Technikern damals nach kurzem Unterbruch wieder stärker geltend machten. Dies sind im Grunde Varianten einer Erklärungsstrategie, die Bewußtsein und Verhalten nicht (allein) mit der Lage usw. begründet, sondern mit dem Hinweis darauf, daß sich die Handelnden bei der Wahl von ideologischen Alternativen an bestimmten Traditionen (historische Erklärung) oder Bezugsgruppen ausrichten⁵⁹. Problematisch und nicht vollständig befriedigend gelöst bleibt aber bei solchen Versuchen, die die ganze Angestelltenschaft oder wenigstens größere Teilgruppen relativ pauschal erfassen, die Frage, wie sich auf der *Ebene des Individuums* Lage, Erfahrung und Bewußtseinsformen kombinieren. Wenigstens einen Teil dieser Frage kann die biographische Forschung genauer beantworten, indem sie zusätzlich eine Vorstellung von Lebenserfahrung und Lebensperspektive des Individuums vermittelt. Zudem kann die biographische Analyse — um im Beispiel zu bleiben — zeigen, wie das Leben der um 1918/20 beruflich Aktiven weitergegangen ist, und ob sich die Vorstellungen vom Lebensverlauf, die in der Inflation sowie in der Umbruch- oder Krisenphase der Nachkriegszeit in Frage gestellt wurden, so oder anders doch noch realisieren ließen.

Meine implizite Ausgangshypothese war die Annahme, daß es mehr oder weniger fixe Leitvorstellungen vom Lebenslauf gibt, die deshalb von vielen Technikern geteilt werden, weil es einen durch Kommunikation oder Gruppendruck innerhalb gewisser Plausibilitätsstrukturen zustande gekommenen und immer wieder durch reale Vorkommnisse empirisch abgesicherten Konsens darüber gibt⁶⁰. Die Plausibilität einer Karriere war nach dem Ersten Weltkrieg zwar gestört, aber nicht vollständig erschüttert. Da innerhalb der Technikerschaft — in Arbeitssystem oder Verbänden — die

58. Kocka, Die Angestellten, S. 142–176.

59. Vgl. zu dieser Debatte z. B. Kocka, Angestellte zwischen Faschismus und Demokratie; Speier, H., Die Angestellten vor dem Nationalsozialismus. Ein Beitrag zum Verständnis der deutschen Sozialstruktur 1918–1933, Göttingen 1977; Kadritzke, Angestellte; König, Siegrist, Vetterli, Zur Sozialgeschichte.

60. Vgl. zu dieser wissenssoziologischen Position vgl. Berger, P. L. und Luckmann, Th., Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie, Frankfurt a. M. 1969.

verschiedenen Altersgruppen meist relativ wenig voneinander abgeschottet waren, wirkten Vorbild, Erfahrungen und Vorstellungen älterer Angestellter weiterhin auf die jüngeren ein. Die Chance, daß sich eine isolierte Techniker-Jugendsubkultur herausbildete, die die überkommenen Vorstellungen vollständig in Frage gestellt hätte, war unter diesen Umständen nicht sehr groß; sie war höchstens vorübergehend etwa im BTA vorhanden.

Die vorliegende Untersuchung stützt die Annahme, daß die Klagen über schlechte Lage und Aussichten nach dem Ersten Weltkrieg unter den Bedingungen einer unsicheren wirtschaftlichen Lage und im Rahmen einer allgemeineren sozial-politischen Protestbewegung deshalb lauter wurden, weil sich die Unzufriedenheit mit der *Lage* mit einem Gefühl der Irritation über die *Gültigkeit von Berufs- und Lebensverlaufsmustern verband*. Derartige Irritationen treten in einer dynamischen Gesellschaft ständig auf, doch werden sie in einer Periode vermeintlich oder tatsächlich raschen sozialen Wandels, der als Krise interpretiert wird, verstärkt wahrgenommen. Eine typische Irritations-Situation war für jüngere Angestellte insofern gegeben, als manche durch Fremd- oder Selbstsozialisation vielleicht zu rigide auf bestimmte Berufskarrieren eingestellt waren, die sich nicht oder wenigstens nicht „rechtzeitig“ realisieren ließen⁶¹. Irritationen über den Lebensverlauf konnten aber auch bei Angestellten mittlerer oder höherer Alterstufen auftreten, wenn sich z. B. wegen der Inflation (bei ungenügender Gehaltsanpassung) ihre am Kriterium von standes- und altersgemäßem Einkommen gemessenen Ansprüche nicht mehr erfüllten oder gar die Altersvorsorge gefährdet erschien.

Allgemein würde ich von Irritationen, die auch sozial sichtbar werden, dann sprechen, wenn mit einem hohen sozialen Konsens behaftete Vorstellungen über die Altersgebundenheit von Status-Positionen, Positions-Übergängen usw. erheblich in Frage gestellt oder nicht mehr leicht zu realisieren sind. Diese Untersuchung scheint zu zeigen, daß 1. diese Irritationen sich abschwächten, wenn die allgemeine Lage sich verbesserte und sich die Lebensverlaufsmuster innerhalb der gegebenen strukturellen Bedingungen wieder einigermaßen verwirklichen ließen, daß 2. angesichts der relativ geringen Institutionalisierung des beruflichen Lebensverlaufs während des aktiven Berufslebens die Vorstellungen von der Altersgebundenheit von Positionen bei Technikern nicht sehr rigide waren, daß also 3. auch die Erwartungen an den Lebensverlauf schon relativ flexibel sein mußten, daß 4. sich immer wieder neue, teilweise geburtskohortenspezifische Lebensverlaufsbilder (z. B. für Bürotechniker der späteren Kohorten) herausbildeten, die den neuen strukturellen Verhältnissen besser angepaßt waren, und daß es 5. verschiedene typische und einigermaßen gleichwertige Berufsverlaufsmuster gab, die allesamt akzeptiert wurden, sofern sie nicht prinzipiell mit der Leistungsorientierung und den Anerkennungsansprüchen der Techniker kollidierten.

Dies läßt sich mit einer Untersuchung der Lebensläufe von Schweizer Technikern zeigen, deren Leben zwar kohorten- und periodenspezifisch in gewissen Grenzen variierte, wobei aber die Chancen zur Verwirklichung eines für akzeptabel gehaltenen und im Vergleich zu anderen Sozialgruppen recht günstigen Lebensverlaufs langfristig, trotz gewisser kurz- und mittelfristiger Störungen, intakt blieben. Dies ist viel-

61. Siegrist, Familienbetrieb, S. 189–203; allgemeiner König, Siegrist, Vetterli, Warten und Auf-rücken.

leicht die Erklärung für die starke Kontinuität im Verhalten und Bewußtsein der Schweizer Technikerschaft, deren kollektive Stellung höchstens vorübergehend gefährdet wurde und die im Gegensatz zur kaufmännischen Angestelltenschaft in bezug auf Qualifikation, Stellung, Karrierechancen und Geschlecht erheblich homogener war. Der STV war weniger zu Rücksichtsnahmen auf untere Gruppen, die kaum mit einer Karriere rechnen konnten, gezwungen als etwa der Schweizerische Kaufmännische Verband, dessen sozialpolitische Ausrichtung seit 1918 stärker war. Die Tatsache, daß der STV seit den frühen 1920er Jahren getrennt von der schweizerischen Angestelltenbewegung agierte, wäre dann nicht allein durch das durch Qualifikation, Stellung und Lage bedingte starke berufliche Sonderbewußtsein (Technikerbewußtsein, professionalistische Orientierung) zu erklären, sondern auch dadurch — was natürlich damit verbunden ist —, daß diese Gruppe in bezug auf die grundsätzlichen Lebensverlaufschancen vergleichsweise homogen blieb und sich von einem verbandlichen Zusammengehen mit anderen, teilweise heterogeneren Angestelltengruppen wenig versprach.

Summary

The article begins by discussing whether and to what extent the concept of the life-course has been used in the social history of white-collar workers in Germany and Switzerland. It then presents some results of a prosographic study on Swiss technicians (born between 1850 and 1912), which is based on obituaries in the periodical of the Swiss Technicians Association. Finally, the utility of the biographical approach for an explanation of the ideology and behaviour of Swiss technicians and their organisations is discussed.

The results of the study show that there are some quite striking differences in the life-courses of different birth cohorts; at the same time, however, there were remarkable similarities — for example, in respect of the fact that position or income of the level aspired to was often reached by the individuals. The most obvious difference between the earliest birth-cohorts and later ones is that more and more technicians had to accept the life-course of an employee; the desire for and the opportunity of acquiring entrepreneurial status diminished very early in the period under discussion. In its initial stage — the training phase — the professional life-course was determined by the prescriptions of the educational institutions (*Technika*), founded from 1874 onwards for the training of engineers. These technical colleges slowly but surely formalised the educational prerequisites for admission to the profession; admission became more closely connected with a specific age. The professional career itself began with a phase of further practical qualification on the job, during which the technician also acquired job-related social skills, and which in most cases lasted until before the age of thirty. This was a phase of remarkable job fluctuation, and one in which a sizeable minority of technicians worked abroad. The inclination to work abroad for a short period and the predilection for specific countries changed during the period under review in respect to objective and subjective criteria. There was a clear consensus among Swiss technicians and firms that the experience of working abroad was a desirable element of status configuration in the early years of professional life. Most technicians then made a definitive choice in favour of a particular

firm around the age of thirty. Many, though not all, reached a middle position in the workshop or the administrative hierarchy before the age of forty. Higher positions were more seldom reached before the age of forty, but, throughout the period, there were many exceptions. This indicates that the details of the professional life-course were never greatly regulated or institutionalised. Until the late 1940s there was no fixed age at which working life came to an end; one reason for this is that a uniform system of statutory old-age pensions, which also leads to a more formal regulation of retirement, did not exist in Switzerland until 1947. The fact that the professional life-course was not extensively regulated, and that there were no uniform prescriptions, led to great insecurity for the individual but also gave him the opportunity to shape his life-course.

The article then shows how earning patterns changed over the life-course: in the early years, income was closely related to age or period of employment; later on in the life-course (from around the age of thirty onwards), it was based on individual bargaining. The starting salary of a technician was on a par with the wages of a skilled worker but below a foreman's salary; after five or ten years, however, technicians reached a very much higher level of income. The age of marriage was closely connected with the professional life-course and the level of income. The average size of technicians' families (one or two children) was typical for white-collar workers; in this respect, we note a certain rationality in family and life planning, reflecting existing opportunities and constrictions.

Finally, the author shows that periods of social and economic crisis led to anxiety on the part of individuals as to how far their life plans could be realised. Besides general discontent with their condition, this insecurity was a factor which could lead to social protest. But in the long term, that is, both in the course of history and in the individual life-course, this irritation was not permanent because technicians had no very rigid ideas with respect to the life-course and individual plans could normally be realised, if only after a certain delay. This fact helps to explain the stability in the social thought and behaviour of Swiss technicians in the 20th century.